FES/Mu Och

SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG 1925 IN HEIDELBERG

*

PROTOKOLL

MIT DEM BERICHT DER FRAUENKONFERENZ

J. H. W. DIETZ NACHF. BERLIN
1925

DER PARTEITAG TAGTE

VOM 13. BIS 18. SEPTEMBER 1925

IN HEIDELBERG. IN DER STADTHALLE

DIE FRAUENKONFERENZ

AM 19. SEPTEMBER 1925 EBENDORT

X 1275

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Otto Wels-Berlin. — Emil Maier-Heidelberg.

Schriftführer:

Adolf Dichtl-München
Frau Lohmann-Hannover
Minna Todenhagen-Berlin
Ludwig Lewerenz-Krefeld
Carsten-Altona
Lorenz Riedmiller-Köln
Otto Saupe-Leipzig
Albert Pflüger-Stuttgart
Pietsch-Breslau

Mandatsprüfungs- zugleich Beschwerdekommission.

Fritz Henßler-Dortmund
Bruno Asch-Höchst a. M.
Rudolf Wendt-Neuruppin
Minna Bollmann-Halberstadt
Otto Buchwitz-Görlitz
Dr. Kieß-Jena
Johann Schmitt-Bielefeld
Fritz Puchta-Bayreuth
Wilh. Kaisen-Bremen

Programmkommission.

Dr. Ad. Braun
Herm. Molkenbuhr
Max Leuteritz
Herm. Müller-Potsdam
Antonie Pfülf
Dr. Quarck
Friedrich Stampfer
Heinrich Ströbel
Artur Crispien
Wilh. Dittmann
Alfred Henke
Dr. Rudolf Hilferding
Friedrich Seger
Tony Sender

(Kooptiert wurden noch Rob. Schmidt, Dr. Paul Levi und Paul Kampffmeyer.)

Kommission zur Behandlung des sächsischen Konflikts.

Roß-Hamburg
Marum-Karlsruhe
Siering-Brandenburg
Broßwitz-Frankfurt
Berten-Niederrhein
Vogel-Nürnberg
Linke-Dessau
Litke-Berlin
Bugdahn-Altona
Rosenfeld-Berlin
Janotta-Breslau
Klupsch-Dortmund
Steinmeyer-Stuttgart

(Der Parteivorstand entsandte eines seiner Mitglieder in die Kommission.)

Anwesende ausländische Gäste.

Ekkelaers, Belgien. Nielsen, Dänemark. Dr. Renner, Oesterreich. Diamand, Polen. Garwy, Rußland. Dr. Achmeteli, Georgien. Propper, Ungarn. Dr. Szende, ungarische Emigrantengruppe. Dr. Heller, Tschechoslowakei (Deutsche Arbeiterpartei), Dr. Soukup, Tschechoslowakei (Tschechische Arbeiterpartei).

Tagesordnung

Sonntag, den 13. September 1925, abends 6 Uhr:

Vorversammlung

Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Konstituierung des Parteitages. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 14. September 1925, und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes.
   a) Allgemeines. — Berichterstatter: Johannes Stelling.
   b) Agitation, Organisation und Kasse. — Berichterstatter: Fr. Bartels, K. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission.
   Berichterstatter: Friedrich Brühne.
3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag.
   Berichterstatter: Wilhelm Keil.
4. Problem der europäischen Politik (Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.).
   Berichterstatter: Artur Crispien.
5. Das Parteiprogramm.
   Berichterstatter: Dr. Hilferding.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
7. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Das Parteiprogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Angenommen auf dem Heidelberger Parteitag.)

Grundsätzlicher Teil.

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückgedrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Ueberwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Aktionsprogramm.

Verfassung.

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in einer Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinzialen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Macht-

mittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bureaukratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Uebergriffe, Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik.

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik.

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustauschs und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

Organisationsstatut
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die auf dem Parteitag beschlossenen Aenderungen sind in Fettdruck hervorgehoben.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruches hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Ortsvereine, Unterbezirks- und Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Parteiämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre endgültig Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindewahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen erfolgt im Einverständnis mit der Unterbezirks- oder Bezirksleitung auf Unterbezirkskonferenzen.

Die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisationen gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preußischen Mitgliedern des Parteiausschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der in Absatz 1 Satz 2 Abs. 2 und 3 genannten Körperschaften.

Dem Betroffenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an die Unterbezirks- oder Bezirksleitung oder an den Parteivorstand zu.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe von vier Wochenbeiträgen.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelstunde entsprechen, mindestens aber 15 Pfennig, für weibliche Mitglieder können niedrigere Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Arbeiterinternationale zu leisten, **wovon 10 Pfennig pro Marke und Mitglied an die Parteikasse abzuführen sind.**

Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Allmonatlich müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Teilzahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalendervierteljahres erfolgen.

Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.

Berichterstattung.

§ 9. **Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember.** Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des 1. Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;
2. aus der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;
3. aus den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;
4. aus den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschlusse des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Liegen wichtige Gründe vor, so kann er mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiausschusses um ein Jahr vertagt werden.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens acht Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens vier Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitags im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 10 und 11.)

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus drei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand führt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, in eigenem Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß.

§ 22. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. **Sind im Bezirk mehr als 7500 weibliche Parteimitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen.** Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 24. In der Regel alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 25. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 26. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 27. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 20 Mitgliedern bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 28. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder gemacht hat. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses erfolgt durch den Bezirksvorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Solange über die Aufnahme eines Mitgliedes gemäß § 2 nicht endgültig entschieden ist, kann der Ausschluß durch eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgen.

Im übrigen entscheidet über die Zugehörigkeit zur Partei der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Zur Partei kann nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt. In solchen Fällen kann der Parteivorstand den Ausschluß mit sofortiger Wirkung aussprechen. Mit dem Ausschluß verliert der Betroffene alle Rechte und Funktionen der Partei. Der Beschluß des Parteivorstandes ist innerhalb acht Tagen dem Ausgeschlossenen und der Bezirksleitung mitzuteilen. Nur der Parteitag kann auf Antrag des Ausgeschlossenen diesen Beschluß aufheben.

§ 29. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeklagten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den Parteivorstand, der es gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 30. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 31. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 28 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aus-

sprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidung steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 29 und 30 zu.

§ 32. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 33. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 34. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Bericht des Parteivorstandes.

Allgemeines.

Das Berichtsjahr war ein Jahr schwerer politischer Kämpfe, wirtschaftlicher Krisen und des Erstarkens der inneren politischen Reaktion. Trotzdem war es ein Jahr der Konsolidierung der Republik als Staatsform und noch mehr der Sozialdemokratischen Partei als der alleinigen Vertreterin der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Die Maiwahlen des Jahres 1924 zeigten die Sozialdemokratie zwar noch als die stärkste der deutschen Parteien, der kommunistische Stimmenzuwachs aber zeigte diese Partei auf der Höhe ihres Erfolges. Der Erfolg der Reaktionäre auf beiden Flügeln der deutschen Parteienbildung war unverkennbar.

Das hat sich im Laufe des Jahres gründlich geändert. Fluchtartig haben die Wählermassen bei den drei allgemeinen Wahlen des Jahres die Kommunistische Partei verlassen; die Zutreiberdienste, die sie der Reaktion geleistet, waren zu offensichtlich geworden. Im Preußischen Landtage brachten die Kommunisten unter dem Jubelgeheul der Deutschnationalen die Regierung Braun-Severing zu Fall und verhinderten zeitweise jede andere Regierungsbildung der Linksparteien, gemeinsam mit Völkischen, Deutschnationalen und Volksparteilern. Bei der Reichspräsidentenwahl verhalfen sie Hindenburg durch das Festhalten an der Kandidatur Thälmann zum Siege und im Kampfe gegen den Zolltarif sabotierten sie den Abwehrkampf der sozialdemokratischen Volksmassen gegen die drohende Wucherpolitik, indem sie ihre Knüppelgarden in die protestierenden Versammlungen entsandten.

Diese Politik hat sich gerächt und ihre Folgen werden weiter sichtbar werden. Die Sozialdemokratie gewann in immer steigendem Maße das allgemeine Volksvertrauen zurück, das ihr gewissenloses Demagogentum bei den Wahlen des Mai 1924 streitig zu machen schien. Dieser „Gefahr" sucht die KPD. durch eine veränderte Taktik entgegenzuwirken. Sie greift zurück zu der verlogenen Parole der „Einheitsfront", sie löst die zur Sprengung der Gewerkschaftsbewegung gebildeten Oppositionsorganisationen auf und kehrt zur Taktik der Zellenbildung in den Gewerkschaften zurück. Vergebene Liebesmüh! Die deutsche Arbeiterschaft ist hellhörig geworden. Sie verweigert den Parolenschmieden die Gefolgschaft in immer steigendem Maße, um sich der Erhaltung und dem Ausbau ihrer wirtschaftlichen und politischen Kampforganisation zu widmen.

Die Deutschnationalen brachten im verflossenen Jahr die politische Ernte ihrer demagogischen Oppositionspolitik der letzten sechs Jahre in die Scheuern. Dank den Abmachungen, die sie mit der Deutschen Volkspartei getroffen, gelang es ihnen, vier Sitze in der Reichsregierung zu erhalten. Damit war freilich die schamloseste Demaskierung, das stärkste moralische Harakiri verbunden, das eine Partei jemals an sich selber vollzog.

Es war der Kampf um die Annahme des Dawes-Gutachtens, der im Juli 1924 durch die Abmachungen der Reichsregierung unter Führung des Reichskanzlers Marx in London in den Reichstag verlegt wurde. Durch seine

Ratifizierung sollte die Politik der Erfüllung des Versailler Vertrages im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit stabilisiert werden. Mit ihr war die Aufhebung der Ruhrbesetzung untrennbar verbunden.

Gegen das Dawes-Gutachten wüteten die Deutschnationalen im Wahlkampf. „Das größte Verbrechen der Weltgeschichte" und „der Weg in die Sklaverei" wäre es, den „der neue Mordvertrag" dem deutschen Volke wiese. Er bedeute „die Versklavung Deutschlands" und „die Aufgabe der Souveränität und Streichung Deutschlands aus der Reihe der europäischen Mächte". Es sei ein „Erpresserdiktat", eine „Entehrungs- und Vernichtungsurkunde" und bedeute die „wirtschaftliche Knebelung, Entwurzelung und Aussaugung des deutschen Volkes".

Sie proklamierten die „Ablehnung aller Versuche, zu den alten Ketten neue zu schmieden. Keine Scheinfreiheit um den Preis unerträglicher Opfer". Der Wahlkampf wurde von den Deutschnationalen geführt, „um eine Mehrheit zu schaffen, die der Erfüllungspolitik ein Ende macht".

Er wurde besonders leidenschaftlich, weil das Gutachten angeblich „ein neues deutsches Bekenntnis zur Schuldlüge enthalte". Stolz erklärte Herr Hergt im Reichstage am 25. August: „Wir gehen unseren Weg, wie ihn unser Gewissen vorschreibt. Ich möchte beinahe sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Wenn wir um Einfluß in Ländern und um Regierungssitze hätten buhlen wollen, hätten wir unsere Ueberzeugung leicht ändern können. Aber wir verzichteten darauf um unseres Idealismus willen."

Trotzdem stimmte die Hälfte der Deutschnationalen dem „Versklavungsgutachten" zu, nachdem sie tags vorher folgendes Schreiben der Deutschen Volkspartei erhalten hatte:

> „Uebernimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes mit uns, wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen."

Es gibt in der Geschichte der deutschen Politik kaum eine Handlung, die so charakterlos, treulos, verlogen und ehrlos gewesen wäre wie die Haltung der Deutschnationalen. Sie ist nur vergleichbar dem Massenbetrug, den sie in der Aufwertungsfrage gegen die ihnen blindlings folgenden, durch die Inflation verarmten Sparer und Gläubiger begingen. Mit Recht höhnten die Völkischen: „Deutschnational sein heißt jedwede Sache tun, wenn sie mit Ministersesseln bezahlt wird." Durch das Abkommen mit der Deutschen Volkspartei sollte der Bürgerblock im Reiche errichtet werden. Er sollte die Bahn frei machen für die Politik des Brotwuchers, für die Befreiung der Großagrier und Unternehmer von Steuerlasten. Er sollte vor allem die Säuberung der Politik von sozialdemokratischem Geist durch die Sprengung der Koalition in Preußen herbeiführen, das wieder zur konservativen Domäne gemacht werden sollte. Lange wogte der Kampf um die Regierungsbildung hin und her, bis Herr Luther die Palme des Sieges davontrug. In einer Zeit, die in Frankreich durch den Sturz Millerands, die Abkehr von Poincaré, durch die Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik und Herriots zum Ministerpräsidenten ihr Gepräge erhielt; in der die englische Arbeiterpartei unter der Führung MacDonalds an der Spitze des britischen Weltreichs stand, wurden in Deutschland vier Deutschnationale in die Regierung berufen, bestimmt, als Bleigewicht gegen die friedliche Entwicklung Europas zu wirken. Für die Sozialdemokratie war damit die Pflicht zu erhöhter Wachsamkeit und Aktivität geboten, um gegen den Geist der

Revancheidee dem Gedanken der Erfüllungs- und Versöhnungspolitik weiter die Wege zu ebnen.

Vor allem trat noch eine schärfere Betonung zur republikanischen Staatsform als zwingende Notwendigkeit hervor, als all die reaktionären Verbände, Morgenluft witternd, in „Deutschen Tagen", „Regimentsfeiern" usw. die Geister der Vergangenheit wieder zum Leben zu erwecken suchten. Die Entwicklung der republikanischen Kampforganisation, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, wurde deshalb kraftvoll gefördert. Der Aufmarsch von etwa drei Millionen überzeugter, begeisterter Republikaner in dieser Verbindung war eine wirksame Unterstützung des Kampfes gegen die frech hervortretenden Bestrebungen auf Aenderung und Beseitigung der Weimarer Verfassung, die auch von dem konservativen Minister Schiele durch den Versuch der Einsetzung eines besonderen Verfassungsausschusses ihre Unterstützung fanden.

Es war die Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Zeit, zu der ans Ruder gekommenen französischen Demokratie neue Brücken zu schlagen. Die Räumung des Ruhrgebiets, die Rückkehr von über hunderttausend Ausgewiesenen waren das erste sichtbare Ziel, das diese Politik vor sich sehen mußte. Säbelrasselndes Maulheldentum mußte Besetzung und Ausweisung unabsehbar verlängern. Nationalisten in Deutschland und Frankreich arbeiteten fieberhaft, um ein friedliches Nebeneinanderleben beider Nationen zu verhindern. Da alle Tatsachen der Politik und der Wirtschaft zu laut gegen sie sprachen, griffen sie zu den Argumenten persönlicher Verleumdung und Verhetzung. Die Atmosphäre des Rathenau-Mordes sollte neu geschaffen werden, jene Mordpsychose, hinter der alle politischen Notwendigkeiten blind zurücktraten. In kraftvollem Ansturm zerstörten die Sozialdemokratie, die republikanischen Parteien, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" dieses verderbliche Beginnen.

Das Schlagwort von der Republik ohne Republikaner war als Lüge erwiesen. Die Republikaner konsolidierten die Republik, die allzu Dreisten wichen feige, erschrocken zurück. Die Fememorde in Mecklenburg, Bayern und anderen Reichsteilen zeigen die Spuren ihres Rückzuges. Sie zeigen aber auch die Verwilderung der politischen Sitten, die in den rechtsgerichteten Kreisen des Reiches herrscht. Sie beleuchten die ungeheure Gefahr, die der demokratischen Entwicklung der Republik durch jene Desperados dauernd droht, und rufen die Partei zur stärksten Wachsamkeit und gesteigerter Abwehr. Sie ist um so notwendiger, als das Verhalten der Gerichte in zahlreichen Fällen die einseitige Einstellung derselben zugunsten jener rechtsputschistischen Kreise erkennen läßt.

Nicht geringer waren die Gefahren anzuschlagen, die der Entwicklung des Reiches durch das selbstherrliche Auftreten der Industriemagnaten drohten, die immer deutlicher zur Führung einer privaten auswärtigen Politik übergingen. Immer wieder versuchten sie, besonders unter Führung von Stinnes, die Reparationsfrage dazu zu benutzen, um in staats- und volksschädigender Weise wirtschaftliche Vorteile auf Kosten des Reiches durch private Verhandlungen im Auslande zu erlangen. Deutlich trat besonders bei den Micumverträgen das Bestreben hervor, das Reich unter das Diktat der Schwerindustrie und durch internationale Verhandlungen vor fertige Tatsachen zu stellen. Die Partei trat diesen Bestrebungen im gemeinsamen Interesse des Staates und der Arbeiterklasse auf das schärfste entgegen. Galt diese Politik der Schwerindustrie doch nicht zum mindesten auch der Niederhaltung der Arbeiterschaft, insbesondere der Beseitigung des Achtstundentages.

Während der Inflationsperiode hatten die deutschen Unternehmer auf Kosten der deutschen Arbeiter eine Politik der Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt

betrieben. Diese Methode ging an sich zugrunde, als die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hatte. Ihr „Erfolg" war die physische Erschöpfung der deutschen Arbeiterschaft. Jetzt sollte das Geldentwertungsdumping durch das soziale Dumping der Verlängerung der Arbeitszeit ersetzt werden, um Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt sicherzustellen und die deutsche Industrie konkurrenzfähig zu erhalten. Die Partei forderte deshalb, gemeinsam mit den Gewerkschaften, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und trug zu ihrem Teil zu der Zusammenkunft der Arbeitsminister Englands, Frankreichs und Deutschlands bei, die diese Frage ihrer Lösung entgegenführen sollte.

Sie traten ernsthaft der Frage des Volksentscheids über den Achtstundentag näher, so wie die Partei in ihrem Aufrufe im Anfang des Berichtsjahres für die Durchführung des Dawes-Gutachtens den Volksentscheid als letztes Mittel ins Auge faßte.

Eröffnete auch das Dawes-Gutachten und die Beschlüsse des Reichstages vom 29. August 1924, in der die Gutachtengesetze Bankgesetz, Industriebelastungsgesetz und Eisenbahngesetz mit großen Mehrheiten angenommen wurden, freundlichere Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft des Reiches, so haben sich diese leider im verflossenen Jahre nicht erfüllt. Die deutsche Wirtschaft erholte sich nicht, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft blieb während des ganzen Berichtsjahres sehr gedrückt. Die Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter waren weit entfernt von der Höhe der Löhne in der Vorkriegszeit, die tatsächliche Kaufkraft der Löhne war aber noch weit tiefer gesunken, denn die Kaufkraft der Mark blieb auch nach der Stabilisierung weit zurück hinter ihrem inneren Werte in der Vorkriegszeit, so daß sich während des ganzen Jahres das niederdrückende Bild arg verschlechterter Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft ergab. Diese Erscheinung schuf nicht bloß für die deutsche Arbeiterschaft einen Elendszustand, fast die ganze europäische Wirtschaft zeigte den gleichen Zustand mit Einschränkungen der Absatzmöglichkeiten der Industrie und mit Einengung ihres Bedarfs an Roh- und Hilfsstoffen. Die besonders für Ruhrkohlen schwere Absatzkrise drückte die schon sehr geplagte Bergarbeiterschaft noch tiefer hinunter.

Die Hoffnung, durch die nun möglich gewordenen Handelsverträge die weltwirtschaftliche Stellung Deutschlands zu verbessern, wurde arg enttäuscht. Deutschland mußte nun die kurzsichtige Politik der Ein- und Ausfuhrverbote, dieses langlebige Kind der Kriegswirtschaft, aufgeben, sich mit den weltwirtschaftlichen Interessen der ganzen Welt verflechten. Agrarier und Schwerindustrielle suchten nach Ersatz; sie hatten den Erfolg, daß die Reichsregierung einen extrem hochschutzzöllnerischen Tarif aufstellte. Fertigindustrie und Handel leisteten keinen Widerstand, die Fertigindustrie ließ sich den Widerstand gegen die ihren Interessen widersprechende Schutzzollpolitik abkaufen durch das Zugeständnis, daß ihr für die zur Ausfuhr bestimmten Produkte der Fertigindustrie Eisen und Stahl zum Weltmarktpreis geliefert werde. Während die Industrie in der Zeit der Vorbereitung und Aufstellung des Notzolltarifentwurfes ihre vermeintlichen Interessen nur zu gut zu wahren verstand, hat der Handel sich zu vor allem deshalb wirkungslosen Protesten erst aufgerafft, als die parlamentarischen Verhandlungen schon sehr weit gediehen waren. Das Deutsche Reich suchte die anderen Staaten, mit denen es in Warenaustausch treten sollte, durch phantastisch hohe Ansätze der Zolltarifpositionen zu übertrumpfen. Selbst im Lager der Schutzzöllner konnte man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die europäischen Kontinentalstaaten mit einer sich immer mehr voneinander abschließenden Zollpolitik das Grab der europäischen Wirtschaft vorbereiten, im Lager der extremen Schutzzöllner schlug die Ueberzeugung Wurzel, daß die Solidarität der europäischen Interessen einen engen Zusammenschluß der bisher

voneinander geschiedenen und sich gegeneinander bekämpfenden und damit schwächenden Wirtschaftsgebiete gegen die Uebermacht der Vereinigten Staaten von Amerika und des großbritannischen Weltreiches notwendig mache. Der praktischen Verwirklichung der in der Theorie gewonnenen Erkenntnisse kam man im verflossenen Jahre keinen Schritt näher. Man entfernte sich eher von der als notwendig erkannten Zukunftsrichtung der europäischen Handelspolitik.

Der deutschen Wirtschaft droht der Zustand wirtschaftlicher Erschöpfung. Dazu führte auch die Politik der größten Kapitalisten. So hat ein so erfolgreicher Kapitän der Industrie auch nach der Stabilisierung ununterbrochen Anlagen in fixem Kapital gemacht, ohne Sorge zu tragen, daß das für den Betrieb seiner Unternehmungen notwendige, zum Ankauf von Roh- und Hilfsstoffen, zur Bezahlung der Löhne erforderliche umlaufende Kapital vorhanden und gesichert sei. Hieraus ergaben sich schwere Erschütterungen krisenhafter Art, die am sichtbarsten zum Ausdruck kamen in dem nur mit Anstrengung aller Großbanken gemilderten Zusammenbruche des Stinnes-Konzerns. Die Konkurse wurden zahlreich, viele angesehene Firmen mußten sich unter Geschäftsaufsicht stellen, der Bedarf an ausländischem Gelde wurde groß. Auch Länder und Gemeinden suchten vor allem aus den Vereinigten Staaten von Amerika Gelder heranzuziehen. Ein Erlaß des Reichspräsidenten mußte die Genehmigungspflicht des Reichsfinanzministers bei Auslandskrediten von Ländern und Gemeinden aussprechen. Die aus dem Auslande herangezogenen Gelder belasteten durch die hohen Zinssätze, fast doppelt so hohe wie in der Vorkriegszeit, die deutsche Wirtschaft, die durch die Reparationszahlungen und durch den Uebergang der Eisenbahnen auf die Reichseisenbahngesellschaft stark entblutet wurde. Die Nachwirkungen des Krieges traten in immer neuen Forderungen in Erscheinung. So forderte Rumänien Ersatz der von den deutschen Besatzungsbehörden in Umlauf gesetzten Noten, die Forderungen, die nach Meinung Deutschlands aus den jährlichen Zahlungen auf Grund des Dawes-Abkommens befriedigt werden sollten. Ende Februar 1925 wurden auf Grund der Dawes-Gesetze Industrieobligationen in der Höhe von 4,5 Milliarden Mark an den Treuhänder der Entente übergeben. Ende März wurde mit Großbritannien ein Abkommen geschlossen, das die den Handelsverkehr mit Großbritannien erschwerende Reparationsabgabe von 26 Proz. des Einfuhrwertes auf neue, unseren Handel nicht mehr so erschwerende Grundlagen brachte.

Bedeutungsvoll waren während des Berichtsjahres die zumeist provisorischen oder in ihrer Geltungsdauer beschränkten Handelsabkommen mit Spanien, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien-Luxemburg. Die so schwierige Aufwertungsfrage wurde einer niemand befriedigenden vorläufigen Lösung entgegengeführt. Die neuen Steuergesetze erschweren die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft, die Gesetzgebung über Getreide- und Fleischzölle dürfte zu einer erheblichen Verminderung der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft führen. Die Industriezölle lassen Repressivmaßregeln der mit uns im Handelsverkehr stehenden Mächte befürchten. Zurzeit, wo wir den Bericht schließen, befinden wir uns in einem sehr bedenklichen Zollkrieg mit Polen. Der schlechte Absatz der Kohlen läßt eine Fortdauer der schweren Wirtschaftskrise befürchten, die Konsumkraft der breiten Massen ist tief hinuntergedrückt und damit fehlt der Hauptantrieb zu gesunden Produktionsverhältnissen. Kurzsichtige Unternehmer — leider ist die Mehrzahl der deutschen Unternehmer kurzsichtig — glauben durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und durch chinesische Mauern an Deutschlands Zollgrenzen zur Gesundung der Wirtschaft zu gelangen. Sie gehen aber den Weg zu immer größerer Störung der deutschen Volkswirtschaft, die uns keine bessere Aussicht für das kommende Jahr eröffnet. Wir gehen in das nächste Jahr mit einer unterernährten Arbeiterklasse, mit einem

den Verkehr mit dem Auslande erschwerenden Zolltarif, mit gesunkenen Löhnen und ihrer verringerten Kaufkraft. Das verflossene Jahr beweist, daß sich die kapitalistische Gesellschaft unfähig erwiesen hat, einen Ausweg zu finden aus all dem wirtschaftlichen Unheil, das ihr System verschuldet hat.

* * *

Am 28. Februar 1925 starb Friedrich Ebert, der erste Präsident der deutschen Republik, verleumdet und gehetzt von allen Feinden des Volksstaates, den er mit Klugheit und Geschick geleitet, mit hoher Würde trotz aller Einfachheit seiner Person repräsentiert hatte. Als Mann der Arbeit und der höchsten Pflichterfüllung hat er sich wie immer, so auch in diesem Amt erwiesen. Er war ein Diener der Republik, der er alle seine Kraft und seinen scharfen Verstand gewidmet hat. In Treue und Liebe stand er zu dem Volke, das ihn erst ganz zu würdigen begann, als er ihm unwiederbringlich verloren war. Freund und Feind senkten die Fahnen an seiner Bahre und erkannten, was Deutschland an ihm verloren hatte. Nach menschlicher Voraussicht hätte er sich noch lange dem Dienste am Volke widmen können, hätte nicht ein schamloser Verleumdungsfeldzug sein Leben verbittert, seine Widerstandsfähigkeit untergraben. Wir sprechen es mit vollem Bedacht aus: auch Ebert war ein Opfer jener gewissenlosen, vor keiner Niedertracht zurückschreckenden Brut, die den deutschen Namen schändet, obwohl sie prahlt, deutschen Geist, deutschen Willen und deutsche Hochziele allein vollbringen zu können.

Auch die Reichsregierung würdigte das Andenken des ersten Präsidenten der deutschen Republik, indem sie einen würdigen Rahmen für ein gewaltig großes Geleit dem aus dem Volk erwachsenen Repräsentanten des deutschen Volkes schuf. Am Bergfriedhof in Heidelberg liegt, was sterblich war an Friedrich Ebert.

Nach einigem Zögern der Reichsregierung wurde ein stellvertretender Reichspräsident gewählt und im Reichstag vereidigt: der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons. Die monarchistischen Parteien einigten sich auf die Kandidatur des früheren Reichsministers des Innern und Oberbürgermeisters von Duisburg Dr. Jarres, die anderen Parteien gingen selbständig in die Wahl. Die Partei proklamierte Otto Braun als Präsidentschaftskandidaten. Der erste Wahlgang blieb unentschieden. Die Rechtskoalition konnte keine Mehrheit der Wähler und Wählerinnen für ihren Dr. Jarres zusammenbringen. Otto Braun erreichte die gewaltige Zahl von 7 802 497 Stimmen. Weit hinter Otto Braun blieben zurück der Kandidat der Zentrumspartei Dr. Marx mit 3 887 734, der Demokratischen Partei Dr. Hellpach mit 1 568 398 und der Kommunistischen Partei Thälmann mit 1 871 815 Stimmen, der Kandidat der Bayerischen Volkspartei mit 1 007 450 und der große General Ludendorff erhielt 285 793 Stimmen. Ein zweiter Wahlgang wurde notwendig. Nachdem wir im ersten Wahlgang unsere gewaltige, die bürgerlichen Parteien in Erstaunen setzende Stärke festgestellt hatten, konzentrierten wir alle unsere Bemühungen auf die Niederlage der monarchistisch-nationalistischen Parteien, die nach einigem Zögern trotz aller Versprechungen, Jarres im zweiten Wahlgang aufzustellen, und trotz aller Erklärungen Hindenburgs, nicht kandidieren zu wollen, den Generalfeldmarschall, den Verantwortlichen für den Ausgang des Weltkrieges, als ihren Kandidaten proklamierten.

Unsere Partei brachte das große Opfer für die Republik, indem sie trotz der gewaltigen Stimmenzahl, die sich auf Otto Braun vereinigt hatte, in Gemeinschaft mit dem Zentrum und den Demokraten für den früheren Reichskanzler Marx, den Führer der Zentrumspartei, als Präsidenten kandidierte. Das Ergebnis der Wahl war, daß Hindenburg mit 14,6 Millionen Stimmen

als Nachfolger Eberts zum Präsidenten der deutschen Republik erwählt wurde, obgleich er nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, die rund 15,17 Millionen Stimmen betragen hätte. Nur der Sonderkandidatur Thälmanns, der 1,9 Millionen Stimmen erhielt, während der republikanische Sammelkandidat Marx 13,7 Millionen Stimmen erhielt, verdankt Hindenburg seine Wahl.

Die Wahl Hindenburgs war besonders für das Ausland eine Ueberraschung. Die republikanischen Parteien rechneten mit einem Siege von Marx, die monarchistischen erhofften von Hindenburg eine Stütze ihrer monarchistischen Bestrebungen und die Erfüllung zahlreicher Wünsche. Viele Hunderttausende hatten ihm ihre Stimme gegeben, weil er als „Retter" aus Deutschlands Nöten empfohlen worden war. Er hat die Hoffnungen von Millionen kleiner Leute nicht erfüllt, als er seine Unterschrift unter die Aufwertungsgesetze setzte, er hatte die Monarchisten auf das äußerste enttäuscht, als er vorbehaltlos den Eid auf die republikanische Verfassung vor dem versammelten Reichstag in die Hand des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Löbe ablegte, als er sich jeder Aeußerung enthielt, die als Gegensatz zur deutschen Republik gedeutet werden konnte. Die Wahl Hindenburgs, die von ihm gebilligten Verhandlungen Stresemanns über den Sicherheitspakt mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen, haben den Monarchisten bittere Enttäuschungen bereitet. Die Haltung Hindenburgs und auch die seiner Minister haben immer deutlicher in Erscheinung treten lassen, daß auch in den streng konservativen und militärischen Kreisen die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Monarchie immer mehr schwindet und daß eine Schwenkung dieser Kreise zur konservativen und plutokratischen Republik nur noch verhüllt werden kann.

Für die Sozialdemokraten würde das Bekenntnis dieser Kreise zum republikanischen Staat mit reaktionärem und kapitalistischem Inhalt die kräftigste Aufforderung bedeuten, der Republik demokratische Grundlage und sozialistischen Inhalt zu schaffen.

Dazu bedarf es ungeheurer Anstrengungen, denn die Mentalität dieser Kreise hat sich nicht geändert. Das zeigte klar

Der Magdeburger Prozeß

mit seinen Begleiterscheinungen.

Von jeher hat die preußische Junkerpartei eine Vorliebe dafür gehabt, den Kampf gegen politische Gegner durch persönliche Verleumdungen zu führen. So mußte sich der Retter des durch die Schuld der Junker zusammengebrochenen preußischen Staates, der Freiherr vom Stein, von ihnen des Jakobinertums zeihen lassen, so suchten sie in den Anfängen der Reaktionszeit den Führer der Demokratie, Waldeck, durch gefälschte Briefe des Hochverrats zu überführen und auf das Schafott zu bringen, so bemühten sie sich, Bismarck in den siebziger Jahren, als er gegen sie regierte, als korrupten Menschen hinzustellen, der aus der von ihm betriebenen Politik pekuniären Gewinn ziehe. Ebert zu hassen, hatten sie besondere Gründe. Sie verziehen es dem klugen, energischen Manne nicht, daß er die Grundlagen des deutschen Volksstaates geschaffen, sie verziehen es ihm namentlich nicht, daß er sie in den Revolutionstagen zittern sehen hatte. Sie mußten Rache nehmen dafür, daß vom Kopfe der „Kreuz-Zeitung" und der „Deutschen Tageszeitung" das „Mit Gott für König und Vaterland" und das „Für Kaiser und Reich" verschwunden war, sie mußten Rache nehmen dafür, daß ihr Führer Ebert aufgesucht hatte, um ihn zu fragen, ob er das Leben des furchtsamen Interpellanten sichern könne, und ihn für die Flucht nach Westpreußen um einen Geleitbrief anzubetteln. Im offenen, ehrlichen Kampfe

konnten sie den verhaßten Mann nicht aus dem Sattel heben. So ließen sie Schlammvulkane speien, um seine Ehre zu vernichten. Die Partei des Hammerstein, des Kerkhoff, des Bruhn, des Geisler, des Preyer, des Krüger-Hoppenrade, die Partei, die von jeher ihre politische Tätigkeit darauf eingestellt hat, ihre Angehörigen auf Kosten der Volksmassen zu bereichern, die Partei, über der stets das moralische Minimum gelagert hat — welche andere Partei wäre je auf den schmutzigen Gedanken verfallen, Werbern, die ihr neue Mitglieder zuführen, bis zu 60 Proz. der von diesen gezahlten Beiträge als Provision zu bewilligen! —, unternahm es, Eberts Ehre in den Schmutz zu ziehen, um ihn politisch zu erledigen. Was war dabei groß zu riskieren! Rief der Verleumdete das Gericht an, so konnte man sicher sein, daß die Gesinnungsgenossen auf dem Richterstuhle dem Angeklagten die größte Sympathie zeigen und dafür sorgen würden, daß ihm nicht viel Leides geschehe. Die Antastung der Ehre eines Deutschnationalen erscheint deutschnationalen Richtern, auch wenn der Beleidigte Dreck am Stecken hat, als eine mit Strenge zu ahndende Straftat, der Sozialdemokrat kann von ihnen nicht verlangen, daß sie seinen Widersachern einen Denkzettel geben, der ihnen die Lust zur Verleumdung nimmt. Wie bezeichnend ist es, daß ein Stuttgarter Gericht zwei Redakteure der „Schwäbischen Tagwacht" wegen Beleidigung des deutschnationalen Agitators Bazille mit schweren Gefängnisstrafen belegt hat! Bazille hatte nach dem Kriege für eine und dieselbe Periode Beamtengehalt vom Reich und vom württembergischen Staat bezogen, weil die Reichsbehörden nicht wußten, daß er den Staatsdienst wieder angetreten hatte, und den Landesbehörden nicht bekannt war, daß er vom Reiche noch ein Entgelt erhielt; er hatte während des Krieges seiner Familie aus Belgien zahlreiche Lebensmittelpakete gesandt, die er bis zur deutschen Grenze portofrei als Reichsdienstsache befördern ließ; er hatte für eine Dienstreise, die er in einem gratis gestellten Auto gemacht hatte, Eisenbahnfahrgelder berechnet und aus der Staatskasse empfangen. Dies alles bildete den Gegenstand von Artikeln der „Tagwacht", die übrigens erschienen, bevor Bazille Staatspräsident wurde, und die sich gegen einen im Kampfe mit politischen Gegnern die Grenzen des Anstandes gern und bewußt überschreitenden Mann richteten. Trotz alledem wurden die Redakteure der „Tagwacht" von deutschnationalen Richtern mit der Begründung zu Gefängnisstrafen verurteilt, daß der politische Kampf nicht verwildern und die Ehre des politischen Gegners nicht leichtfertig angegriffen werden dürfe. Die Schriftleiter der deutschnationalen Zeitungen befänden sich häufiger im Gefängnis als in der Freiheit, wenn solche Grundsätze gegen sie angewendet würden.

Als im Januar 1918 ausgehungerte, verzweifelte Arbeitermassen in Berlin und anderen Großstädten in den Streik traten, um die deutsche Regierung vor der Fortsetzung des Krieges bis zum Weißbluten zu warnen, ließ Ebert seine Arbeitsbrüder nicht im Stich. Aus Pflichtgefühl trat er auf die Bitten von Parteigenossen, die ihm die Kraft und die Klugheit zutrauten, deren es bedurfte, um die Bewegung zu einem für das Land guten Ende zu leiten, in den Streikausschuß ein. Er hat sich ehrlich bemüht, die Regierung zu Zugeständnissen zu bestimmen, deren Bewilligung uns sicherlich vor dem Versailler Frieden bewahrt hätte. Er scheiterte aber an dem Unverstand Ludendorffs und der Reichsregierung, namentlich des Reichsinnenministers Wallraf. Kein Mensch dachte damals daran, Ebert, dessen Tätigkeit klar zutage lag, den Prozeß wegen Landesverrats zu machen. Jetzt, als die Amtsperiode Eberts sich ihrem Ende näherte, unternahmen es die Deutschnationalen, ihn für eine zweite Kandidatur durch die Nachrede unmöglich zu machen, daß sein Handeln in der Streikbewegung landesverräterisch gewesen sei.

Ein Auch-Journalist Rothardt in Staßfurt, dessen geistige Minderwertigkeit

das Mitleid herausforderte, wurde dazu ausersehen, den Pfeil abzuschießen, und die ganze Deutschnationale Partei unterstützte den Schützen. Der wiedererwachte, wenn auch im geheimen arbeitende Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schleppte Material heran, der deutschnationale Landtagsabgeordnete Pfarrer Koch stellte einen Zeugen, der vor den Paragraphen des Strafgesetzbuches, ob sie nun den Falscheid oder den Diebstahl betreffen, wenig Respekt hatte, ein deutschnationaler Rechtsanwalt in Dortmund brachte einen anderen Zeugen, der sich als gewerbsmäßiger Betrüger entpuppte, der deutschnationale Parteisekretär von Forstner in Darmstadt und sein Gesinnungsgenosse Rechtsanwalt Bindewald in Magdeburg versahen ein berüchtigtes Individuum, einen gewissen Isidor Kreil, bekannt aus der Zeit der Münchener Räterepublik, mit Geldmitteln, damit er aus der Schweiz ein mehr als zweifelhaftes Belastungsmaterial heranschaffe, der frühere Leiter der preußischen politischen Polizei, Henniger, erschien auf dem Plan, um ein haßerfülltes Plädoyer gegen die Sozialdemokratie zu halten, die den unheilvollen Mann aus seiner unheilvollen Stellung entfernt hatte. Wochenlang dauerte der Prozeß. Er bewies auf das klarste, daß Ebert während der Ausstandsbewegung von den reinsten Beweggründen geleitet und sowohl die mit ihren Nerven zusammengebrochenen Arbeitermassen aufzurichten wie dem Lande zu dienen bestrebt gewesen war. Das lediglich aus Gegnern der Sozialdemokratie bestehende Reichskabinett, dem Jarres, Stresemann, Luther, Graf Kanitz angehörten, bekannte sich unter dem Eindruck des Magdeburger Urteils auf Vorschlag von Jarres einmütig zu der öffentlich bekundeten Ueberzeugung, daß Eberts Tätigkeit stets dem Wohle des deutschen Volkes gegolten habe. Das Magdeburger Schöffengericht aber unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bewersdorff gelangte zu dem Urteil, daß Ebert im juristischen, wenn auch nicht im moralischen Sinne Landesverrat begangen habe, und erklärt den Wahrheitsbeweis für die Nachrede des Landesverrats für geführt, obwohl es feststellte, daß Rothardt den Vorwurf nicht bloß des juristischen, sondern auch des moralischen Landesverrats erhoben habe. Das Urteil ist nicht anders als durch die politische Voreingenommenheit des Gerichtsvorsitzenden zu erklären. Bewersdorff hat, wie erst später bekannt geworden ist, an seinem früheren Wirkungsorte Kottbus wiederholt seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß „der Sattlergeselle da oben" verschwinden und durch Ludendorff ersetzt werden müßte. Seine politische Einstellung hat ihn allerdings nicht davon abgehalten, einen ihm bekannten Sozialdemokraten um seine Fürsprache bei der Bewerbung um den Magdeburger Direktorposten anzugehen. Nach der Fällung des Urteils hat er es mit dem Takt und den richterlichen Pflichten für vereinbar erachtet, Glückwünsche von seinen deutschnationalen Gesinnungsgenossen entgegenzunehmen und sich von ihnen als den Sieger von Magdeburg feiern zu lassen. Wer die Art gesehen hat, wie er den Prozeß leitete, war sich völlig darüber klar, daß dieser Mann, der bei richtiger Würdigung der Verhältnisse im Prozeß eines politischen Gegners, den er auch persönlich haßte, wegen Befangenheit hätte zurücktreten müssen, völlig im Banne seiner deutschnationalen Anschauungen stand. Man mußte nur die Freude sehen, mit der er den Brief verlas, in dem die Kommunisten Richard Müller und Malzahn dem Angeklagten ihre Waffenbrüderschaft im Kampfe gegen Ebert anboten. Seinem eigenen Zugeständnisse nach hat er mit seinen Beisitzern die Ladung der moskowitischen Zeugen beschlossen, ohne auch nur einen Antrag des Angeklagten abzuwarten. Ebert war sich von der ersten Begegnung mit Bewersdorff an darüber klar, daß er es in ihm mit einem im höchsten Maße gegen ihn eingenommenen Mann zu tun hatte. Eine ganze Reihe von Vorkommnissen in den Wochen der Verhandlung und schließlich das Urteil haben die Richtigkeit dieses Eindrucks bewiesen. Es war durchaus berechtigt, daß der eine der Vertreter Eberts, Genosse Landsberg, Bewersdorff vor der Oeffentlichkeit den Vorwurf der Parteilichkeit ins Gesicht schleuderte.

Alle bedeutenden Juristen, die zu dem Magdeburger Urteil Stellung nahmen, auch solche, die rechtsstehenden Parteien angehören, haben es zerfetzt und es als bar aller Logik sowie als gegen anerkannte Rechtsbegriffe verstoßend gebrandmarkt. Aber das deutschnationale Verleumdergesindel hat sein Ziel erreicht. Eberts Ehre ist durch die gegen ihn geworfenen Dreckbomben nicht beschmutzt, aber seine Gesundheit ist durch den ihm aufgezwungenen Feldzug schwer geschädigt worden. Es ist unzweifelhaft, daß die Aufregungen, die die Folge des Magdeburger Prozesses waren, zu seinem frühen Tode beigetragen haben. Sie nahmen ihm die Kraft, die nötig gewesen wäre, um die Operation, der er sich unterwerfen mußte, zu überstehen.

Nicht um der Gerechtigkeit zu dienen wurden die Magdeburger Richter zu wochenlang ausgedehnten Sitzungen genötigt, sie sollten einem politischen Zwecke dienen, die Wiederwahl des Sozialdemokraten Fritz Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik zu verhindern. Jedes Mittel, auch das niederträchtigste, war einem im Dunkeln wirkenden Konzern gut genug, um die Ehre des Oberhauptes der deutschen Republik und die seiner Freunde und Genossen auf das Niederträchtigste in den Kot zu zerren. Diesem Zweck sollte auch das Verfahren gegen die Gebrüder Barmat dienen, das heute noch nicht abgeschlossen ist, das aber im Verlaufe des Untersuchungsverfahrens ununterbrochen dazu dienen sollte, Julius Barmat, der für die Drahtzieher eine höchst gleichgültige Person blieb, als die Personifizierung alles Schwindels und Betrugs hinzustellen und diesen Mann und dessen Taten, die heute noch nicht gerichtlich aufgeklärt sind, als intimen Freund des Reichspräsidenten und führender Männer der deutschen Sozialdemokratie hinzustellen. In dieses Verfahren wurde auch der frühere Reichspostminister Höfle hineingezogen, der in der Untersuchungshaft starb, während die übrigen in strengster Untersuchungshaft behaltenen Personen die schwersten Einbußen an ihrer Gesundheit erlitten. Heute ist es völlig klar, daß hinter dieser Verleumdungskampagne angesehene Beamte der Staatsanwaltschaft standen, die sich zu gefügigen Werkzeugen eines von der Großindustrie ausgehaltenen Verleumdungsnachrichten-Bureaus gebrauchen ließen. Die Zeitungskonzerne der Schwerindustrie, so der Hugenbergsche und der Stinnessche — etwa 1400 Zeitungen beherrschend — ließen alltäglich eine Schlammflut gewissenloser Verdächtigungen und ehrloser Verleumdungen steigen.

Dieser Angriff auf breitester Linie ging nicht völlig spurlos an der sozialdemokratischen Presse vorbei. Deshalb wurde von der Reichstagsfraktion angeregt, daß der Parteivorstand einen Prüfungsausschuß einsetze, der alle Verleumdungen gegen unsere Partei und ihre führenden Personen in der sogenannten Affäre Barmat untersuche. Dem Prüfungsausschuß gehörten an von unserer Reichstagsfraktion die Genossen Lipinski, Feldmann und Vogel, von der preußischen Landtagsfraktion die Genossen Brecour, Ferl und Leid. Der Parteivorstand entsandte den Genossen Ludwig, der vom Prüfungsausschuß zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Der Prüfungsausschuß untersuchte alle aus der gegnerischen Presse festzustellenden Anklagen; aus der Reihe der Parteigenossen kam dem Prüfungsausschuß kein Untersuchungsmaterial zu. Einer mit aller Strenge durchgeführten Untersuchung hielt das Anklagematerial nicht stand, bloß im Falle Gustav Bauer kam der Prüfungsausschuß in der damaligen Zeit zu der Ueberzeugung, daß für Bauer die Mandatsniederlegung erforderlich sei, die freiwillig erfolgte; die Anklagen gegen Bauer wurden aber Gegenstand eines Ausschlußverfahrens. In dem ordnungsgemäß durchgeführten Verfahren, dessen

Beschwerdeinstanz Genosse Professor Sinzheimer vorstand, wurde der von der Organisation ausgesprochene Ausschluß aus der Partei einstimmig aufgehoben.

Die Hoffnungen der gewissenlosen Gegner unserer Partei, daß ihr Verleumdungsfeldzug die Mitgliedschaft unserer Partei verwirren oder gar abtrünnig machen könne, wurden durch die gewaltige Stimmenzahl für Otto Braun als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft in der glänzendsten und die Verleumder auf das tiefste erschütternder Weise widerlegt.

Als ein unerfreuliches Kapitel in der deutschen Parteigeschichte muß der leider noch immer nicht erledigte

Parteikonflikt in Sachsen

bezeichnet werden. Er ist dadurch entstanden, daß unsere sächsischen Genossen entgegen der allgemein geübten Taktik im Herbst 1923 das Experiment machten, mit den Kommunisten eine gemeinsame Regierung zu bilden. Dieses Experiment mußte scheitern, weil die kommunistischen Mitglieder der Regierung — wie sie später selbst eingestanden — ihre Position für ihre moskowitischen Zwecke auszunutzen und den Staat in diesem Sinne zu unterhöhlen versuchten. Es kam die von der Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpfte Reichsexekutive gegen Sachsen, im Zusammenhang damit der Einmarsch der Reichswehr und die allerdings nur kurzlebige Diktatur Heinze. Um wieder in Sachsen zu geordneten staatspolitischen Verhältnissen zu gelangen, mußte nach einer von den Demokraten gestützten sozialistischen Uebergangsregierung von der Mehrheit der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion der Weg der großen Koalition beschritten werden. Die Landesinstanzen der sächsischen Partei billigten diesen Schritt nicht und forderten auf dem am 6. Januar 1924 abgehaltenen Landesparteitag den Rücktritt des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, sowie die Auflösung des Landtages. Die Fraktionsmehrheit stellte sich auf den Standpunkt, daß sie diesen Beschlüssen nicht Folge leisten könne, da sie sonst auch Sachsen der Reaktion ausliefern würde, was gerade zu jener Zeit den Interessen der Gesamtpartei zuwiderlief. Damit war der Konflikt innerhalb der sächsischen Partei ausgebrochen. Der Reichsparteitag in Berlin 1924 hatte die Entscheidung zu fällen, da in Sachsen selbst eine Verständigung unmöglich war.

Der Berliner Parteitag setzte eine neungliedrige Kommission ein, die zur lebhaften Freude nicht nur der Delegierten des Parteitages, sondern der Gesamtpartei eine Verständigung unter den sächsischen Genossen herbeiführte. In der Entscheidung, die die einstimmige Billigung des Parteitages fand, wird zunächst die Kompetenzfrage geregelt. Danach haben die Landtagsfraktionen — wenn irgend möglich, nach vorheriger Beschlußfassung durch die Landesinstanzen in grundlegend wichtigen Fragen — die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Fragen der Taktik. Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteiversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Entscheidungen der Landesparteiversammlungen sind für die Fraktionen bindend. Weiter wird ausdrücklich betont, daß hiervon nicht berührt wird das Recht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, „die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages zu suspendieren, wenn diese den Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen". — In einer Erklärung der sächsischen Genossen, die an den Verhandlungen der Einigungskommission teilnahmen, wird dann noch nach einer kurzen Skizzierung der politischen und wirtschaftlichen Lage, der die Gesamtpartei zu jener Zeit gegenüberstand, hervorgehoben, daß die gesamte sächsische Landtagsfraktion im Geiste der Politik der Gesamtpartei daran mitarbeiten werde, zu

verhüten, daß während der kritischen Uebergangszeit (Sachverständigengutachten, Lastenverteilung) die Regierung Sachsens in die Hände der Reaktion gerät.

Die Hoffnungen, die sich an diese allgemeine Befriedigung auslösende Behebung des sächsischen Parteistreits knüpften, gingen leider nicht in Erfüllung. Der Geist der Kameradschaftlichkeit war nicht auf allen Seiten wiedergekehrt. Schon nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit, im August 1924, beschwerte sich der Ministerpräsident, Genosse Heldt, beim Parteivorstand darüber, daß gegen ihn und seinen parteigenössischen Ministerkollegen in dem größten Teil der sächsischen Parteipresse schwere Angriffe erhoben wurden, gegen die sich zu verteidigen ihm von der gleichen Presse unmöglich gemacht wurde. Er bat den Parteivorstand um Einsetzung eines Ausschusses, der die erhobenen Vorwürfe gegen die sozialdemokratischen Minister nachprüfen solle. Im Einvernehmen mit aus anderem Anlaß in Berlin anwesenden Bezirkssekretären übertrug der Parteivorstand die von den parteigenössischen Ministern gewünschte Aufgabe der auf dem Berliner Parteitage zur Lösung des sächsischen Parteistreits eingesetzten neungliedrigen Kommission (Sachsenkommission).

Bevor die Sachsenkommission zur Sitzung zusammentrat, erschien aus der Feder des Genossen Heldt eine Broschüre, in der er die Beamtenpolitik der Regierung verteidigte. Diese Broschüre, die nach Mitteilungen von Vertretern der Fraktionsmehrheit als Verteidigungsschrift der in der Presse mundtot gemachten parteigenössischen Minister gedacht war, wurde von den Deutschnationalen vervielfältigt und in größerer Zahl in Sachsen verbreitet. Sie löste einige Wochen später eine Gegenbroschüre des Genossen Liebmann aus. Beide Broschüren haben die Kluft in Sachsen wesentlich verbreitert.

Am 19. Oktober 1924 sollte die Sitzung der Sachsenkommission in Dresden tagen. Sie konnte an diesem Tage keine praktische Arbeit leisten, da die Bezirksvorstände eine Beteiligung an den Beratungen ablehnten, weil das bedeuten würde, einer Beschlußfassung des Landesparteitages, der für den 25. und 26. Oktober 1924 einberufen war, vorzugreifen. Die Kommission beschloß hierauf, unter Teilnahme ihres Vorsitzenden, Genossen Heilmann, eine gemeinsame Sitzung der gesamten Landtagsfraktion, der parteigenössischen Minister und der Bezirksvorstände durch den Parteivorstand zu veranlassen.

Am 24. Oktober 1924 fand dann diese Sitzung in Dresden statt. Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf folgende Vereinbarung:

„Der Landesparteitag entscheidet sich für die sofortige Auflösung des Landtages. Die Landtagsfraktion ist verpflichtet, die Landtagsauflösung so zu betreiben, daß die Neuwahl des Landtages zusammen mit der Reichstagswahl am 7. Dezember stattfindet.

Nachdem der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß empfohlen haben, die Kandidatenlisten für die Reichstagswahl tunlichst unverändert wieder gelten zu lassen, und nachdem der letzte Reichsparteitag in dem Sachsenkonflikt erklärt hat, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird, empfiehlt die Landesversammlung, die bisherigen Abgeordneten wieder aufzustellen, soweit nicht im einzelnen Falle besondere Bedenken die Wiederaufstellung unmöglich machen."

Der Parteivorstand konnte dieser Dresdener Vereinbarung um so leichter zustimmen, als er in keinem Stadium des Konflikts grundsätzlicher Gegner der Landtagsauflösung gewesen ist. Er hat entsprechend den Beschlüssen des Berliner Parteitages im Interesse der Gesamtpartei lediglich gewünscht, daß die Auflösung in einem Zeitpunkt erfolge, in dem der sozialistischen Reichs- und

Sachsenpolitik kein Schaden erwächst. Aus diesem Grunde forderte er in einem Telegramm am 25. Oktober die führenden Genossen der Fraktionsmehrheit dringend auf, auf dem Landesparteitag den getroffenen Vereinbarungen zuzustimmen, was dann auch geschah.

Trotzdem die Vereinbarung das Produkt einer gegenseitigen Verständigung war, wurde sie auf dem Landesparteitag von den Organisationen ohne jede Fühlungnahme mit der Gegenseite geändert. Am Schluß des letzten Satzes wurden hinter „besondere Bedenken" die Worte eingefügt: „*insbesondere das Interesse der Partei*".

Diese Aenderung, die auf der Gegenseite Mißtrauen erweckte, gab dem Parteivorstand Veranlassung zu der Anfrage an die Bezirke, ob sie bei der Kandidatenaufstellung die in Dresden getroffenen Vereinbarungen durchführen wollten. Der Bezirksvorstand Leipzig antwortete dem Sinne nach: Wir werden uns bemühen, die Abmachungen loyal durchzuführen. Zwickau, Dresden und Chemnitz antworteten bejahend.

Inzwischen liefen beim Parteivorstand aus verschiedenen Orten Sachsens Mitteilungen ein, aus denen gefolgert werden mußte, daß die Dresdener Vereinbarung nicht innegehalten würde. Hinzu kam noch, daß mehrere Bezirkstage, auf denen die endgültige Aufstellung der Landtagskandidaten erfolgen sollte, erst zu einem so späten Termin einberufen worden waren, daß die Möglichkeit eines rechtzeitigen Einspruches des Parteivorstandes bei Nichtinnehaltung der Dresdener Vereinbarung ausgeschlossen war. Aus diesem Grunde erklärte der Parteivorstand den Bezirksvorständen in einem Schreiben vom 30. Oktober 1924, daß er die unveränderte Durchführung der Vereinbarung für notwendig halte und die Beteiligten zu einer Sitzung am 3. November 1924 nach Berlin einlade. Die eingehende Aussprache in dieser Sitzung führte zu einem Beschluß des Parteivorstandes, in dem der Landtagsfraktion empfohlen wird, erst dann den Antrag auf Landtagsauflösung zu stellen oder einem von anderer Seite gestellten Auflösungsantrag zuzustimmen, wenn die Durchführung der Dresdner Vereinbarung garantiert und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben sei. Ein Antrag auf Auflösung des Landtags wurde von der Fraktionsmehrheit abgelehnt, weil die genannten Voraussetzungen nicht erfüllt worden waren.

Inzwischen mußte der Parteivorstand aus Anlaß der Kandidatenaufstellung zur Reichstagswahl intervenieren. Auf dem Bezirksparteitag für den Bezirk Leipzig wurde die Aufstellung der Genossin Schilling an aussichtsreicher Stelle abgelehnt. Mehrere Unterbezirke forderten den Parteivorstand auf, einzugreifen, was mit Erfolg geschah.

Im Reichstagswahlkampf ist der Sachsenkonflikt öffentlich kaum in die Erscheinung getreten, nachdem der Parteivorstand am 17. November an die sächsische Parteipresse und Organisationen die dringende Mahnung gerichtet hatte, alle Differenzen landespolitischer Art zurückzustellen und den Reichstagswahlkampf vereint zu führen.

Noch während des Reichstagswahlkampfes wurde dem Parteivorstand mitgeteilt, daß die Fraktionsmehrheit (23 von 40) Sonderkonferenzen mit einem größeren Kreis von Genossinnen und Genossen abhalte. Der Parteivorstand verurteilte das.

Unmittelbar nach der Reichstagswahl forderten die Bezirksvorstände die Abgeordneten der Fraktionsmehrheit auf, wegen des von ihnen begangenen Disziplinbruchs, der in der Nichtbefolgung der auf Auflösung des Landtages lautenden Beschlüsse des Landesparteitages erblickt wurde, ihre Mandate niederzulegen. Da die Genossen dem nicht entsprachen, wurden Ausschlußverfahren

gegen sie anhängig gemacht, die zum Teil erst nach Monaten zur Kenntnis des Parteivorstandes kamen.

Das Vorgehen mit Ausschlüssen und die dadurch bedingte völlige Ausschaltung der Genossen der Fraktionsmehrheit von jeder öffentlichen Parteitätigkeit führte zu einer weiteren Verschärfung des Parteikonfliktes. Die Spaltung der Landtagsfraktion in Mehrheit und Minderheit trat immer offenkundiger in Erscheinung und führte zu unliebsamen gegenseitigen Kämpfen im Landtag. Aus den verschiedensten Teilen Sachsens kamen Mitteilungen, daß die Partei den allerschwersten Schaden unter der Fortdauer des Konfliktes erleide; in Versammlungen wurde für und wider die 23 Genossen der Fraktionsmehrheit Stellung genommen. Der Parteivorstand entschloß sich daher, erneut den Versuch einer Verständigung zu machen. Zu diesem Zweck hielt er am 22. Dezember 1924 in Berlin eine Sitzung mit den beteiligten sächsischen Genossen und der Sachsenkommission ab. Der Bezirksvorstand Dresden hatte zunächst die Teilnahme an der Sitzung abgelehnt und eine Sitzung zum 29. Dezember nach Dresden einberufen. Auf Veranlassung des Parteivorstandes gaben die Dresdener Genossen ihren Widerstand auf. In dieser Sitzung wurden die Möglichkeiten einer Einigung erörtert. Leider mußte festgestellt werden, daß sich die streitenden Parteien einander nicht näher kamen. Das Ergebnis der Sitzung gipfelte in einem den Beteiligten schriftlich übermittelten Beschluß des Parteivorstandes, in dem zunächst die *Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft* und ein *einheitliches Auftreten der Fraktion* gefordert wird. Ferner empfahl der Parteivorstand, sich zur Beilegung der Differenzen auf der Grundlage der Dresdener Vereinbarung bereit zu erklären und in ihrer Ausführung die Aufstellung der Kandidaten zu den Landtagswahlen vorzunehmen. Ueber die Ausführung der Beschlüsse des sächsischen Landesparteitages, die Landtagsauflösung betreffend, sollten dann die sächsischen Bezirksvorstände im Einvernehmen mit dem Parteivorstand entscheiden. Eine Stellungnahme zu diesen Vorschlägen sollte bis zum 15. Januar 1925 erfolgen. — Während die Fraktionsmehrheit einstimmig die Vorschläge des Parteivorstandes annahm, lehnten sie die Bezirksvorstände Sachsens in einer Entschließung vom 3. Januar 1925 „als ungeeignet" mit der Begründung ab, daß die Vorschläge des Parteivorstandes keine Bürgschaft für die Lösung des Konfliktes böten und daß, „nachdem die 23 Disziplinbrecher den Beschluß der Landesversammlung (auf Auflösung des Landtages) mißachtet haben, die Dresdener Entschließung (Vereinbarung) hinfällig geworden" sei. Die Vorschläge des Parteivorstandes „stärken nur die Obstruktion der 23" und „zwingen zur Billigung der in Sachsen betriebenen Koalitionspolitik, bei der allein die Sozialdemokratie die Opfer zu tragen hat".

Da dieser Einigungsversuch gescheitert war, nahm der Parteivorstand in einem Schreiben an die Bezirksvorstände vom 20. Januar 1925 erneut Stellung und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß von ihrer Seite keine Gegenvorschläge als Grundlage für eine Einigung kamen. Er richtete an die Bezirksvorstände erneut die dringende Mahnung, „nun auch zu ihrem Teile alles daran zu setzen, um den Konflikt in Sachsen beizulegen". Er ersuchte, bis zum 9. Februar 1925 um Vorschläge zur Lösung des Konflikts auf einem Wege, der für beide Teile gangbar sei.

Die Bezirksvorstände unterbreiteten darauf am 2. Februar 1925 in einer Entschließung dem Parteivorstand ihre Vorschläge. Sie gipfelten unter anderem in der Forderung auf Anerkennung der Beschlüsse der Landesversammlungen und auf Schaffung von Bürgschaften durch den Parteivorstand für die Beachtung und strikte Durchführung der Beschlüsse der Landesversammlung durch

die Landtagsfraktion. Die Aufstellung der Landtagskandidaten sollte nach den Vorschriften des Organisationsstatuts ohne jede Bindung erfolgen. Weiter wollten sich die Bezirksvorstände das Recht vorbehalten, in Gemeinschaft mit der Landtagsfraktion den Zeitpunkt der Landtagsauflösung zu bestimmen.

Trotzdem diese Vorschläge keine Grundlage für eine Einigung schufen, setzte der Parteivorstand seine Bemühungen fort, um dem Parteikonflikt in Sachsen ein Ende zu bereiten. Er beschloß, einer Sitzung der beteiligten Genossen in Dresden neue Einigungsvorschläge zu unterbreiten. Es sollte eine von beiden Seiten paritätisch zu bestimmende Kommission aus nichtsächsischen, an dem Streit völlig unbeteiligten Genossen aus dem Reich gebildet werden. Diese Kommission sollte ihren Vorsitzenden selbst bestimmen. Konnte sie sich aber nicht einigen, dann sollte der Vorsitzende von der Kontrollkommission bestellt werden. Die Entscheidung dieser Kommission sollte für alle Teile bindend sein. Ueber diesen Vorschlag wurde in der Sitzung, die nach wiederholter, auf Wunsch der parteigenössischen Minister und der Fraktionsmehrheit erfolgter Vertagung am 30. März 1925 in Dresden tagte, verhandelt. Die parteigenössischen Minister waren nicht erschienen. Sie entschuldigten ihr Fernbleiben damit, daß die Fraktionsminderheit im Landtage einen Untersuchungsausschuß gegen sie beantragt hätte. Der Vorschlag des Parteivorstandes wurde von den Organisationsvertretern und der Fraktionsminderheit abgelehnt, von der Fraktionsmehrheit dagegen angenommen. — Auch dieser Versuch der Einigung war also gescheitert.

Nunmehr richtete der Parteivorstand sein Hauptaugenmerk darauf, die schwebenden Ausschlußverfahren zur Erledigung zu bringen. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß, wenn diese bereinigt seien, ein Weg zur Verständigung gefunden werden müsse. Es sollte nach seiner, auch von sächsischen Genossen gebilligten Auffassung nach Erledigung der Ausschlußverfahren die Aufstellung der Landtagskandidaten erfolgen. Dabei sollten ohne formelle Bindungen die Genossen der Fraktionsmehrheit möglichst berücksichtigt werden. Alsdann war zu einem geeignet erscheinenden Termin die baldige Auflösung des Landtags herbeizuführen. — Die Bemühungen des Parteivorstandes, die sämtlichen Ausschlußsachen von einem Schiedsgericht erledigen zu lassen, scheiterten an dem Widerstande der Genossen der Fraktionsmehrheit. Deshalb wurden vier Schiedsgerichte eingesetzt und der Genosse Deist-Dessau vom Parteivorstand zum Vorsitzenden für sämtliche Schiedsgerichte bestellt. Da die Akten nur sehr langsam eingingen und auch sonst manche Widerstände auftauchten, beauftragte der Parteivorstand, um eine Beschleunigung des Verfahrens zu erzielen, den Genossen Deist mit der Nachprüfung der Ausschlußakten nach der Richtung hin, ob die organisatorischen Bestimmungen innegehalten seien. Er setzte auch einen Termin fest, bis zu dem die Ausschlußverfahren erledigt sein sollten. Infolge verschiedener Einsprüche der Bezirke gegen den Vorsitzenden, die der Parteivorstand als unbegründet zurückwies, konnte der Termin nicht innegehalten werden, so daß bis zur Abfassung dieses Berichts nur ein Verfahren, und zwar das Leipziger — das mit einer Aufhebung des auf Ausschluß lautenden Urteils des Bezirksvorstandes endete —, erledigt ist. Im Dresdener Verfahren lehnten es die von den Organisationen bestellten Beisitzer, entgegen den Bestimmungen des Organisationsstatuts, ab, an den Schiedsgerichtsverhandlungen teilzunehmen, weil der Vorsitzende „befangen" sei. Die übrigen Mitglieder des Schiedsgerichts stellten fest, daß die formalen Bestimmungen des Organisationsstatuts nicht eingehalten worden sind und ersuchten den Parteivorstand, die Aufhebung des auf Ausschluß lautenden Bezirksvorstandsbeschlusses vorzunehmen. Sowohl die Dresdener als auch die

Leipziger Entscheidung müssen den Parteitag beschäftigen, da in beiden Fällen Berufung resp. Einspruch an den Parteitag eingelegt worden ist.

Waren die Bemühungen des Parteivorstandes, auf diesem Wege eine Einigung herbeizuführen, durch die Nichterledigung sämtlicher Schiedsgerichtsverfahren schon außerordentlich erschwert, so wurden sie zum Scheitern gebracht durch die Vorgänge bei der Beratung der neuen sächsischen Gemeindeordnung im Landtage. Diese neue Gemeindeordnung wirbelte in den Kreisen der Genossen, insbesondere in den kommunalpolitisch eingestellten, viel Staub auf. Die Fraktionsmehrheit unterstützte die Regierung bei Schaffung dieser neuen Gemeindeordnung, die Minderheit bekämpfte sie, weil sie nach ihrer Auffassung eine wesentliche Verschlechterung der geltenden Bestimmungen bedeutete. Der von mehreren Seiten angerufene Parteivorstand hielt es für seine Pflicht, im Interesse der Wiederherstellung der Parteieinheit in Sachsen nach der Richtung hin einzugreifen, daß er sowohl in der vorerwähnten Sitzung am 30. März 1925 als auch in einer besonderen Sitzung mit Vertretern von sächsischen Städten und Gemeinden und der Fraktion am 8. April 1925 in Dresden auf eine Nichtverabschiedung dieses Streitobjektes hinwirkte. Die Erwartung, daß die Fraktionsmehrheit sich den Gründen des Parteivorstandes nicht verschließen, sondern ihnen Rechnung tragen würde, ging trotz weiterer wiederholter mündlicher und schriftlicher Vorstellungen des Parteivorstandes nicht in Erfüllung. Die neue Gemeindeordnung wurde mit Hilfe der Fraktionsmehrheit Gesetz.

Die Zustände innerhalb der sächsischen Partei spitzten sich immer mehr zu. Die Organisationen litten schwer, die Arbeitsfreudigkeit der Genossen erlahmte. Die Gefahr, daß die Gesamtpartei bei Fortdauer des Sachsenkonflikts durch die drohende Desorganisation der Partei in Sachsen schweren Schaden erleiden könnte, wuchs. Es mußte noch einmal der Versuch gemacht werden, im Interesse der sächsischen und der gesamten Partei einzugreifen. Am 3. Juli 1925 fällte der Parteivorstand eine Entscheidung, die in der Parteipresse veröffentlicht wurde und in folgenden Sätzen gipfelt:

„Es ist daher die Pflicht der sächsischen Parteivertreter im Landtage, nunmehr ungesäumt die Auflösung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einigkeit und Geschlossenheit der sächsischen Partei, die allen anderen Erwägungen vorangestellt werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Dazu gehört die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren; denn es dürfte für keinen Parteigenossen zweifelhaft sein, daß ein Wahlkampf für die Partei unter den ungünstigsten Umständen geführt werden müßte, wenn Parteigenossen in hervorragenden Vertrauensstellungen wegen ihrer politischen Tätigkeit unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei stehen.

Deshalb sind die sächsischen Organisationen verpflichtet, alles zu tun, damit die schwebenden Ausschlußverfahren endlich erledigt werden."

Der Parteivorstand beauftragte zwei seiner Mitglieder, über die Durchführung dieser Entscheidung mit den beteiligten Genossen in Dresden zu verhandeln. Leider standen die Vertreter des Parteivorstandes bei ihrer Ankunft in Dresden am 7. Juli vor fertigen Tatsachen. Die Minderheit der Landtagsfraktion hatte bereits den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt, ohne vorher mit der Fraktionsmehrheit Fühlung genommen zu haben.

Die Fraktionsmehrheit hatte vorher in einer Sitzung einen Beschluß gefaßt, in dem die Entscheidung des Parteivorstandes als Diktat bezeichnet und der Antrag auf Landtagsauflösung als eine Verschärfung dieses Diktats bezeichnet wird. Weiter erklärt die Fraktionsmehrheit, daß sie auf die Durchführung der ordentlichen Schiedsverfahren bestehen müsse. Sie lehne es ab, den „angenommenen Diktaten" zu folgen, „denn eine solche Handlung würde nicht nur die 23 zu willenlosen Werkzeugen bestimmter persönlicher Interessen herabwürdigen, sondern auch das Ansehen der Partei wie die Belange der Arbeiterschaft und des gesamten sächsischen Volkes und Landes aufs schwerste schädigen. Die Fraktionsmehrheit wird daher gegen die vorliegenden Anträge auf Auflösung des Landtages stimmen".

Dadurch ergab sich, daß nicht eine gemeinsame Sitzung abgehalten werden konnte, in der die Meinungen ausgetauscht und die beste Art der Erledigung der in Betracht kommenden Fragen gefunden werden konnte. Es standen sich vielmehr Körperschaften gegenüber, die vorher ihre Beschlüsse gefaßt hatten und es als ihre Aufgabe betrachteten, diese Beschlüsse zu vertreten. Trotzdem bemühten sich die Vertreter des Parteivorstandes, eine Regelung auf der Grundlage der Entscheidung des Parteivorstandes vom 3. Juli herbeizuführen. Im Laufe der Verhandlungen einigten sich die Bezirksvorstände auf folgende Entschließung:

„Die Bezirksvorstände stellen sich auf den Boden des vom Parteivorstand gefaßten Beschlusses, den Landtag sofort aufzulösen und erklären, daß sie, um eine sofortige Beilegung des Sachsenkonfliktes zu erreichen, bereit sind, die schwebenden Ausschlußanträge zurückzuziehen. Voraussetzung dafür ist die vom Parteivorstand selbst gesetzte Bedingung, daß die Landtagsfraktion noch vor Vertagung des Landtags einmütig einem Antrage auf Auflösung zustimmt."

Damit wollten die Bezirksvorstände für ihren Teil der Entscheidung des Parteivorstandes Rechnung tragen. Die Mehrheit der Fraktion beharrte auf ihrem oben wiedergegebenen Beschluß. Es war also nicht möglich, das Ziel, das der Parteivorstand sich gesteckt hatte, zu erreichen. Um nichts unversucht zu lassen, bemühten sich die Vertreter des Parteivorstandes, eine Zwischenlösung herbeizuführen. Leider vergeblich. Die Verhandlungen wurden für beendet erklärt und dem Parteivorstand Bericht erstattet. In seiner Sitzung vom 8. Juli beschloß der Parteivorstand, folgendes Telegramm an den Vorsitzenden der sächsischen Landtagsfraktion zu richten:

„Parteivorstand hält nach erfolgter Berichterstattung an seiner Entscheidung vom 3. Juli fest und erwartet von Euch, daß Ihr im Interesse der Gesamtpartei seinen wohlerwogenen Beschlüssen Rechnung tragt. Bitten jedem Fraktionsmitglied hiervon Kenntnis zu geben."

Am 8. Juli 1925 wurde der Antrag auf Auflösung des Landtags mit den gesamten Stimmen der Fraktionsmehrheit abgelehnt.

Der Parteivorstand unterbreitet diese Darstellung der wichtigsten Tatsachen über den Parteikonflikt in Sachsen dem Parteitag. Er hat sich im Interesse der Partei jeder polemischen Bemerkung enthalten, trotzdem die von manchen Seiten aus Anlaß dieses Konfliktes gegen ihn erhobenen Angriffe ihn berechtigen würden, auf das entschiedenste auch in diesem Bericht dagegen Stellung zu nehmen. Wenn er es nicht getan hat, dann in der Hoffnung, daß es dem Parteitag gelingt, im Sachsenkonflikt eine Atmosphäre zu schaffen, die die Bahn endlich frei macht für ein auf Vertrauen und Kameradschaftlichkeit aufgebautes Verhältnis der sächsischen Genossen untereinander.

Organisation und Agitation.

Die Ueberwindung der Inflation durch die Stabilisierung der Währung hat leider den erhofften Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens nicht gebracht. Geldknappheit und Absatzschwierigkeiten ließen uns bisher aus einem permanenten Krisenzustand im Produktionsleben nicht herauskommen. Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne drückten auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Diese wirtschaftliche Notlage weiter Kreise der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten hat erklärlicherweise auch die Entwicklung der Parteiorganisation ungünstig beeinflußt. Die Zahl der männlichen Mitglieder sank im Berichtsjahre um etwa 100 000, während an weiblichen Mitgliedern 5000 mehr gezählt wurden. Nur in 7 von den 32 Bezirksorganisationen steigerte sich die Zahl der männlichen Parteimitglieder, alle übrigen hatten Verluste zu verbuchen. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 844 485. Ortsvereine bestanden 8240, gegen das Vorjahr 429 weniger. Die Entwicklung in den einzelnen Bezirken ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Das innere Gefüge der Parteiorganisation muß als durchaus gesund und zufriedenstellend bezeichnet werden. Die agitatorische Betätigung bei den zahlreichen Wahlkämpfen wie der innere Ausbau des Organisationskörpers lassen dies erkennen. Der unter dem Druck der Inflation erfolgte Abbau der Organisationseinrichtungen konnte wieder voll rückgängig gemacht werden. Gegenwärtig sind innerhalb der Parteiorganisation 417, davon 303 männliche und 114 weibliche Kräfte beschäftigt; die letzteren sind meistens Hilfskräfte.

Außer den 10 Vorstandsmitgliedern sind 6 Sekretäre und 5 Hilfskräfte im Bureau des Parteivorstandes tätig, daneben ein Redakteur (für die „Gemeinde"), Beamtenzentrale 1, Archiv 2, Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit 6, Sozialistische Arbeiterjugend (Zentrale) 13, Reichstags- und Landtagsfraktion 5, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt 11, Bezirkssekretäre 58, Konzentration A.-G. 8.

Agitatorische Kräfte, Volontäre usw. werden 14 beschäftigt.

Die Bezirke besolden zusammen 191 männliche und 81 weibliche Kräfte.

Diese Zahlen beweisen schlagend den vollzogenen Wiederaufbau und die innere Kraft unserer Parteiorganisation.

Diese ist auch ersichtlich aus der umfangreichen, besonders durch die vielen Wahlen gesteigerten Agitationsarbeit im Berichtsjahre.

Bei der Berichterstattung über die Agitationstätigkeit des Parteivorstandes ist im Auge zu behalten, daß die Zeit für Wahlvorbereitungen sehr knapp bemessen war und kurz nach der Währungsstabilisierung die Barmittel sehr beschränkt waren. Trotzdem konnten den Bezirken außer Gratislieferung von Plakaten, Broschüren und Flugblättern noch Barzuschüsse in der Höhe von 124 000 Goldmark gewährt werden. Für die Reichstagswahlen am 4. Mai und 7. Dezember wurden über 60 — teils illustrierte — Flugblattentwürfe den Bezirksleitungen in Form von Matrizen zur Verfügung gestellt. Auch zur Haupt- und Nachwahl des Reichspräsidenten wurden trotz der Kürze der Zeit zehn verschiedene Flugblätter angefertigt. Nach den Angaben der Bezirksleitungen wurden mehr als 200 Millionen Flugblätter verbreitet, ungerechnet derjenigen, die große städtische Ortsvereine für sich allein herausgegeben haben. Neben den Wahlhandbüchern für die beiden Reichstagswahlen und der preußischen Landtagswahl wurden Referenten und Funktionäre mit Referentenmaterial und Rededispositionen, die

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr 1924/1925.

	Bezirk	Angahl der Ortsvereine 1. 4. 1924	Angahl der Ortsvereine 31. 3. 1925	Männliche Mitglieder: Beitragshöhe im 4. Quartal pro Woche Pfennig	Männliche Mitglieder: 1. 4. 1924	Männliche Mitglieder: 31. 3. 1925	Männliche Mitglieder: Zunahme	Männliche Mitglieder: Abnahme	Weibliche Mitglieder: Beitragshöhe im 4. Quartal pro Woche Pfennig	Weibliche Mitglieder: 1. 4. 1924	Weibliche Mitglieder: 31. 3. 1925	Weibliche Mitglieder: Zunahme	Weibliche Mitglieder: Abnahme
1	Ostpreußen	136	162	10—15	7 500	6 700	—	800	5—10	1 100	800	—	300
2	Berlin (Abteilungen)	143	142	20	26 489	31 520	5 031	—	10	7 895	9 396	1 611	—
3	Brandenburg	456	446	5—20	34 908	30 046	—	4 862	5—10	10 440	10 006	—	434
4	Pommern	150	142	15	11 000	5 476	—	5 524	10	2 240	1 212	—	1 028
5	Breslau	177	285	10	18 655	25 913	7 258	—	5	5 203	8 836	3 633	—
6	Görlitz	338	275	15—20	19 494	19 697	—	5 797	5—10	5 601	8 152	2 551	—
7	Magdeburg-Anhalt	379	313	15	26 361	26 627	—	734	5	1 783	2 009	226	—
8	Halle	189	185	15—20	10 186	8 197	—	1 999	10	5 878	5 663	277	—
9	Thüringen	485	443	20	33 631	29 815	—	8 916	5	9 412	10 722	1 310	—
10	Schleswig-Holstein	243	236	15	41 624	33 900	—	7 724	5	2 500	2 294	—	206
11	Oldenburg	90	91	15	18 000	11 960	—	1 050	5	2 500	1 577	—	910
12	Hannover	628	401	15	33 210	29 913	—	3 297	5	6 667	7 677	910	—
13	Braunschweig	190	143	15	9 368	5 831	—	3 427	5	1 127	987	—	140
14	Östliches Westfalen	247	273	10—15	23 810	19 099	—	4 211	10	12 359	9 863	—	496
15	Westliches Westfalen	375	375	20	44 744	30 869	—	14 875	5—10	12 359	9 865	—	2 674
16	Hessen-Nassau	475	446	10—20	44 000	44 168	168	—	10	2 000	2 490	490	—
17	Hessen-Kassel	287	308	20	22 500	22 581	81	—	5—10	1 806	1 830	24	—
18	Oberhessen	290	167	15—20	22 492	12 797	—	9 655	5—10	2 815	2 677	62	—
19	Niederrhein	128	128	10—20	13 142	19 865	6 718	—	5—10	4 127	5 354	1 227	—
20	Oberbayern-Schwaben	176	203	10—15	14 401	15 407	1 006	—	5	3 730	4 122	392	—
21	Oberpfalz-Niederbayern	147	139	15	9 144	4 768	—	4 376	5	653	627	—	26
22	Franken	241	455	15	52 967	41 312	—	11 655	10	6 112	3 406	—	2 706
23	Pfalz	392	425	20	49 710	40 708	—	8 942	7½	896	1 191	295	—
24	Dresden	237	221	15	26 651	32 223	—	4 428	10	8 961	8 829	—	132
25	Leipzig	207	196	20	20 779	18 550	—	2 229	5	8 307	8 725	418	—
26	Chemnitz	160	146	15	16 447	14 647	—	1 800	10	4 810	4 630	—	200
27	Zwickau	271	201	15—20	15 236	14 890	—	346	5	3 276	3 551	275	—
28	Württemberg	317	312	10—15	24 212	25 113	901	—	5—10	3 010	2 815	211	—
29	Baden	375	356	15	21 878	21 453	—	425	10	1 914	1 725	—	189
30	Hessen-Offenbach	162	150	15	69 000	53 254	—	15 746	5	14 210	14 803	592	—
31	Hamburg	193	151	15	18 812	17 112	—	1 700	5	2 479	2 689	210	—
32	Mecklenburg-Lübeck	8 669	8 240		791 953	690 802	21 108	122 259		148 125	153 693	14 614	9 046

jedesmal in einer Auflage von 10 000 und 15 000 Exemplaren gedruckt wurden, unterstützt. Die Titel lauten: „Das Reparationsproblem und die Politik der Sozialdemokratie" — „Der lückenlose Zolltarif" — „Instruktion für die neugewählten sozialistischen Gemeindevertreter". An Plakaten wurden angefertigt und den Bezirken unentgeltlich zur Verfügung gestellt:

1. zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924:
   zwölf verschiedene Ausführungen — 600 000 Stück;
2. zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924:
   acht verschiedene Ausführungen — 700 000 Stück Gesamtauflage;
3. zur Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925:
   ein Plakat in Tief- und Buntdruck
   vier Größen — 1 000 000 Stück Gesamtauflage;
4. zur Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925:
   ein Plakat in vier Größen — 900 000 Stück Gesamtauflage.

Außer den Wahlflugblättern gelangten folgende Drucksachen zur Verteilung:

a) Broschüren:
Was ist Marxismus? — Bernstein;
Eine Fanfare nach der Wahlschlacht — Löbe (Rede im Reichstag);
Sozialdemokratie und Staat — Hermann Müller;
Millionenbetrug der Schwerindustrie;
Wahnsinn oder Verbrechen? — Ernst Böse;
Der Charakter der Deutschnationalen;
Sozialdemokratie und Aufwertung — Dr. Paul Hertz;
Das Millionengeschenk an die Ruhrindustriellen — Dr. Paul Hertz;
Worte und Taten in der Aufwertungsfrage — Hugo Heimann;
Für die soziale Republik — R. Hilferding;
Arbeiterblut darf nicht vergossen werden — Artur Crispien;
Blutsaaten und Bluttaten — Kampffmeyer;
Gegen den Rechtskurs! — H. Müller;
Es lebe die Bolschewisierung!
Die Völkischen im Reichstag;
Die Sozialdemokratie im Reichstag;
Die Kommunisten im Reichstag;

b) Flugblätter:
Die Besoldungsaktion im Juni 1924;
Rechtsregierung und Erwerbslose;
Die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher;
Wir werben um Dich, Schwester!;
Zusammenbruch der Demagogie;
Arbeitende Schwester;
Gegen den Zollwucher;
Zollkampf ist Volkskampf;
Kleinbauern und Landarbeiter;
Der Aufwertungsschwindel der Deutschnationalen entlarvt.

Dazu kommen noch 18 verschiedene Flugblätter (SPD.-Material) in einer Auflage von je 10 000 bis 20 000 Stück.

Das „Mitteilungsblatt" erscheint regelmäßig jeden Monat einmal in einer Auflage von 32 000. Die „Genossin" hat eine Auflage von 12 000.

Alles in allem kann wohl gesagt werden, daß der Parteivorstand unseren tätigen Genossen eine Fülle von Material lieferte, das als gutes Rüstzeug in

allen geistigen Kämpfen mit unseren politischen und wirtschaftlichen Gegnern gewertet werden kann.

Auf dem Görlitzer Parteitag wurde der Parteivorstand durch einen angenommenen Antrag des Genossen Löbe beauftragt, Parteiabzeichen in Form von Nadeln und Broschen anfertigen zu lassen. Professor Hadack wurde mit der Ausführung eines künstlerisch einwandfreien Entwurfs betraut, der nachher auch gesetzlich geschützt wurde. Am 4. April 1922 wurde mit dem Vertrieb begonnen. Insgesamt wurden 438 435 Stück Abzeichen an Parteimitglieder abgegeben.

Am 11. August 1919 wurde von der Nationalversammlung in Weimar die Verfassung des Deutschen Reiches angenommen. Im Artikel 1 der Verfassung heißt es: „Das Deutsche Reich ist eine Republik", und der Artikel 3 beginnt mit den Worten: „Die Reichsfarben sind schwarzrotgold". Vier Jahre waren ins Land gegangen, ohne daß die Reichsfahne — wie ehedem schwarzweißrot — bei festlichen Gelegenheiten, Umzügen, zum Schmücken der Häuser sichtbar wurde. Es hatte den Anschein, als ob Webereien und Färbereien die Fahne der Republik boykottierten. Da hielt es der Parteivorstand für seine Pflicht, hier endlich eine Aenderung herbeizuführen. Am 1. Juli 1924 wurde die Fahnen- und Abzeichen-Vertriebsstelle errichtet, der es mit Hilfe unserer Bezirksleitungen gelungen ist, innerhalb eines Jahres rund 100 000 schwarzrotgoldene Fahnen abzusetzen. Ist diese Zahl schon allein geeignet, als Erfolg gebucht zu werden, so ist er dadurch noch größer, daß erreicht wurde, nunmehr Fahnen der deutschen Republik herzustellen und in den Handel zu bringen. Mit der Feststellung dieser Tatsache betrachtet die Vertriebsstelle ihre Aufgabe als erledigt. — Mit der erfolgreichen Organisation des Vertriebs der verfassungsmäßigen Fahne des neuen Staates hat die Partei der Republik und ihrer Festigung sicher einen beachtenswerten Dienst geleistet!

*

Ausbildung von Volontären.

Bebel hat des öfteren auf die Notwendigkeit hingewiesen, für einen tüchtigen Nachwuchs in den Parteiämtern Sorge zu tragen, es nicht dem Zufalle zu überlassen, wie die Stellen der Redakteure und Sekretäre in der Partei besetzt werden. Dieses Problem hat die Partei immer wieder beschäftigt, die Bildungsarbeit der Partei war auch unter dem Gesichtspunkte gefördert worden, daß der Bewegung die notwendige Anzahl tüchtig geschulter, auch in der Parteigeschichte mit den Aufgaben der Parteiorganisation gut orientierter Parteigenossen und Parteigenossinnen zur Verfügung stehen. Mannigfache Ausbildungskurse haben stattgefunden, so manche tüchtige, heute für die Partei wirkende Kraft verdanken wir diesen Bemühungen. Im verflossenen Berichtsjahre wurde versuchsweise ein neuer Weg eingeschlagen, indem zehn Genossen und eine Genossin auf Vorschlag der Bezirksorganisationen zur weiteren Ausbildung an Parteiredaktionen und Parteiverlage, Parteisekretariate und Parteibuchhandlungen entsandt wurden. In der Partei fand dieses Bemühen des Parteivorstandes lebhaften Beifall. Immer wieder wurden neue junge Genossen zur Ausbildung als Volontäre uns empfohlen, nachdem die für diesen Zweck bestimmten Mittel schon erschöpft waren. Die meisten Genossen, denen wir die Möglichkeit geschaffen haben, ein halbes bis dreiviertel Jahr als Volontäre zu wirken, sind aus der Arbeiterjugend hervorgegangen. Einige haben die Schule in Tinz und die Genossin hat die Arbeiterakademie in Frankfurt besucht, alle hatten den Weg durch Bildungseinrichtungen gemacht. Ein Urteil über die Bewährung der Volontäre ist noch nicht möglich, es wird späterer Erwägung vorzubehalten sein, ob der Versuch des letzten Jahres im kommenden wiederholt werden soll.

Mitgliederzahlen.

	Bezirk	1. April 1924 männl.	weibl.	Gesamt	31. März 1925 männl.	weibl.	Gesamt
1	Ostpreußen	7 500	1 100	8 600	6 700	800	7 500
2	Berlin	26 489	7 885	34 374	31 520	9 396	40 916
3	Brandenburg	34 908	10 440	45 348	30 046	10 006	40 052
4	Pommern	11 000	2 240	13 240	7 476	1 212	7 688
5	Breslau	18 655	5 203	23 858	25 913	8 836	33 749
6	Görlitz	19 494	3 512	23 006	13 697	3 252	16 949
7	Magdeburg-Anhalt	26 361	5 601	31 962	25 627	8 152	33 779
8	Halle	10 186	1 783	11 969	8 187	2 009	10 196
9	Thüringen	33 531	5 376	38 907	29 615	5 653	35 268
10	Schleswig-Holstein	41 624	9 412	51 036	33 900	10 722	44 622
11	Oldenburg	13 000	2 500	15 500	11 950	2 234	14 184
12	Hannover	33 210	6 667	39 877	29 913	7 577	37 490
13	Braunschweig	9 358	1 127	10 485	5 931	987	6 918
14	Oestliches Westfalen	23 310	2 891	26 201	19 099	2 395	21 494
15	Westliches „	44 744	12 359	57 103	30 369	9 685	40 054
16	Hessen-Nassau	14 000	2 000	16 000	14 168	2 490	16 658
17	Hessen-Cassel	22 569	1 306	23 875	22 600	1 330	23 930
18	Oberrhein	22 452	2 615	25 067	12 797	2 677	15 474
19	Niederrhein	12 642	4 127	16 769	19 355	5 354	24 709
20	Oberbayern-Schwab.	14 401	3 730	18 131	15 407	4 122	19 529
21	Oberpfalz-Niederbay.	9 144	653	9 797	4 768	627	5 395
22	Franken	52 967	6 112	59 079	41 312	3 406	44 718
23	Pfalz	15 193	896	16 089	12 442	1 191	13 633
24	Dresden	49 710	8 961	58 671	40 768	8 829	49 597
25	Leipzig	36 651	8 307	44 958	32 223	8 725	40 948
26	Chemnitz	20 779	4 830	25 609	18 550	4 630	23 180
27	Zwickau	16 447	3 276	19 723	14 647	3 551	18 198
28	Württemberg	15 226	1 603	16 829	14 890	1 814	16 704
29	Baden	24 212	3 010	27 222	25 113	2 815	27 928
30	Hessen-Offenbach	24 878	1 914	26 792	21 453	1 725	23 178
31	Hamburg	69 000	14 210	83 210	53 254	14 802	68 056
32	Mecklenburg	18 312	2 479	20 791	17 112	2 689	19 801
		791 953	148 125	940 078	690 802	153 693	844 495

Einnahmen der Bezirksorganisationen auf Grund der Abrechnungen (1. April 1924 bis 31. März 1925).

	Bezirk	Kassenbestand am Beginn des Jahres		Neuaufnahmen		Beiträge männlich Anzahl	Beiträge männlich		Beiträge weiblich Anzahl	Beiträge weiblich		Soz. Internationale		Listensammlung		Sonstige Einnahmen		Zuschuß vom P.-V.		Gesamt-Einnahmen	
		ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1	Ostpreußen	2 341	48	501	70	143 187	19 995	80	26 898	1 772	64	683	05	861	71	22 488	39	16 941	20	65 585	97
2	Berlin	18 850	44	1 584	00	1 168 567	233 675	45	340 835	34 077	36	9 514	20	14 367	70	106 686	08	—	—	418 755	23
3	Brandenburg	3 186	97	806	—	991 595	138 814	05	408 583	25 853	75	3 462	90	17 980	11	18 195	20	51 520	33	259 819	31
4	Pommern	231	09	427	55	235 358	29 935	80	45 615	3 564	70	888	15	26 240	92	17 736	48	8 754	88	87 779	57
5	Breslau	1 103	47	862	—	996 576	99 657	60	854 947	17 745	35	—	—	12 690	71	27 804	97	29 442	66	189 306	76
6	Görlitz	8 897	28	438	30	486 481	81 730	30	124 478	11 221	19	—	—	25 455	68	26 065	17	13 278	92	167 086	84
7	Magdeburg	4 426	13	1 369	60	1 006 783	151 017	45	290 154	14 507	70	7 961	70	20 324	85	41 312	39	8 000	—	248 919	82
8	Halle	3 142	50	382	75	277 742	47 691	95	84 183	4 209	15	1 557	80	11 400	85	13 262	67	24 922	38	106 569	55
9	Thüringen	20 564	07	717	15	855 504	171 100	80	193 575	19 357	40	2 301	75	7 685	21	10 887	02	11 500	—	244 113	40
10	Schleswig-Holstein	1 962	48	1 909	20	1 152 101	157 673	25	323 744	14 521	22	2 768	11	30 106	77	481	01	6 000	—	215 422	04
11	Oldenburg	2 171	84	247	20	265 900	39 795	—	103 092	5 154	60	1 994	25	14 047	12	20 746	35	9 172	42	93 328	78
12	Hannover	18 761	82	1 642	90	1 180 381	177 057	15	295 598	14 779	90	5 504	10	10 505	24	108 792	39	—	—	337 043	50
13	Braunschweig	8 498	15	309	60	252 859	27 878	30	33 441	1 672	05	509	95	14 666	56	14 765	80	—	—	68 299	91
14	Oestl. Westfalen	18 926	49	71	30	527 464	105 492	80	83 174	8 317	40	—	—	66 905	08	18 254	04	—	—	217 967	11
15	Westl. Westfalen	12 821	38	1 729	80	923 260	183 731	73	335 698	33 989	91	—	—	36 864	23	64 687	99	—	—	333 225	04
16	Hessen-Nassau	12 457	74	148	90	562 716	108 601	60	95 037	9 312	65	2 384	70	12 861	58	66 316	05	14 693	03	226 776	25
17	Hessen-Cassel	2 214	76	305	25	307 380	47 855	50	49 456	3 240	05	1 267	65	2 147	35	12 713	29	3 000	—	72 743	85
18	Oberrhein	5 318	19	1 034	20	553 913	93 979	90	114 041	8 824	80	2 588	45	5 307	94	58 478	49	30 320	98	205 852	95
19	Niederrhein	13 143	42	125	43	602 234	120 450	42	201 356	14 033	69	8 777	—	49 125	88	7 059	49	21 086	55	228 801	88
20	Oberbayern-Schwaben	4 211	33	273	60	680 359	73 772	80	181 577	9 078	85	1 578	50	1 516	86	13 980	55	6 593	88	111 006	37
21	Oberpfalz-Niederbayern	5 384	64	122	20	119 204	15 804	20	15 398	769	90	—	—	1 266	74	12 369	41	10 715	96	46 433	05
22	Franken	9 196	28	1 099	74	1 118 964	133 578	81	472 202	27 023	05	4 500	—	19 881	23	26 776	68	5 923	86	227 974	65
23	Pfalz	4 056	56	555	70	425 484	68 822	60	39 180	2 998	50	2 557	95	12 900	68	8 520	99	—	—	95 352	93
24	Dresden	42 846	37	61	80	1 475 298	295 059	60	323 708	32 366	66	9 854	25	59 098	67	54 910	90	41 699	60	535 897	85
25	Leipzig	11 433	91	—	—	973 139	145 970	85	373 830	18 691	50	9 031	05	109 894	27	40 778	00	—	—	335 799	58
26	Chemnitz	2 355	65	—	—	736 000	118 515	—	185 000	14 867	50	8 050	—	26 700	—	437	15	6 280	—	177 205	30
27	Zwickau	10 736	05	316	50	553 653	88 047	95	166 122	8 306	10	7 034	10	28 503	32	4 478	06	7 773	22	150 195	30
28	Württemberg	15 191	94	649	55	574 562	77 976	45	74 315	4 230	30	3 562	40	58 003	22	42 241	92	10 511	81	212 367	59
29	Baden	19 585	75	791	50	712 529	96 852	09	102 791	9 238	—	4 454	25	24 634	58	53 291	43	980	—	209 827	60
30	Hessen-Offenbach	2 235	19	509	15	597 377	88 936	90	52 215	5 135	25	3 361	80	20 927	66	6 883	75	19 927	48	147 872	08
31	Hamburg	31 983	71	2 711	90	1 922 430	287 616	30	577 967	28 782	25	14 356	60	93 184	70	71 953	16	12 554	86	543 143	48
32	Mecklenburg	10 250	42	861	10	543 061	81 459	60	128 581	6 429	05	4 968	60	1 566	92	2 590	73	2 500	—	110 566	42
		328 486	50	22 565	57	22 929 061	3 598 543	—	6 196 791	413 412	42	120 472	76	837 625	19	995 840	50	374 094	02	6 691 039	96

Ausgaben der Bezirksorganisationen auf Grund der Abrechnungen (1. April 1924 bis 31. März 1925).

	Bezirk	Für Wahlen		Allgemeine Agitation		Verwaltung		Strafen und Prozeßkosten		Abgeführt an den Parteivorstand: Beiträge männlich		Beiträge weiblich		Freiw. Beiträge		Soz. Internationale		Zurückgezahlter Zuschuß		Sonstige Ausgaben		Bestand am Schlusse des Jahres		Gesamt-Ausgaben	
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1	Ostpreußen	13938	74	5829	82	16277	29	1268	35	5337	10	491	10	—	—	613	—	—	—	15905	50	5925	07	65585	97
2	Berlin	98273	35	69288	46	66099	95	433	03	43048	78	6098	77	—	—	6342	80	—	—	52305	06	76965	08	418755	23
3	Brandenburg	80810	25	47638	80	52564	22	4160	53	38526	45	8140	68	—	—	2308	60	—	—	23748	15	1921	63	259819	31
4	Pommern	44255	92	17895	59	8 13	83	646	10	7771	96	761	63	—	—	592	10	—	—	2842	71	4999	73	87779	57
5	Breslau	50786	51	21832	85	40206	49	1847	31	39663	04	7098	14	—	—	—	—	—	—	26469	58	1202	89	189306	76
6	Görlitz	70163	04	10221	36	28 62	32	741	97	18163	56	2115	36	—	—	—	—	—	—	27896	06	9723	17	167086	84
7	Magdeburg	64397	43	71159	14	33896	62	1520	44	40271	32	5803	08	—	—	5307	80	—	—	11715	90	14848	09	248919	82
8	Halle	42936	18	21898	29	14966	12	618	15	10107	02	1477	76	—	—	1088	20	—	—	9596	67	4231	16	106569	55
9	Thüringen	36580	51	42094	18	43393	93	4024	70	31241	13	3453	70	—	—	1534	50	—	—	66612	02	16178	78	244113	40
10	Schleswig-Holstein	103353	45	39271	77	19106	—	2650	85	41541	52	5057	84	—	—	1328	33	—	—	50	—	3062	28	215422	04
11	Oldenburg	41719	34	18865	86	12749	05	275	78	10612	—	2061	84	—	—	1994	25	—	—	3822	90	6227	76	93328	78
12	Hannover	106877	71	80343	77	53134	66	1217	84	43249	26	5291	42	—	—	3669	40	—	—	11509	15	31750	29	337043	50
13	Braunschweig	8442	13	3972	22	8497	05	600	80	10119	36	668	82	—	—	340	45	—	—	22658	40	13000	68	68299	91
14	Oestliches Westfalen	56454	60	59 58	48	18001	29	2595	50	19020	20	1440	90	—	—	3460	10	—	—	38871	65	19064	39	217967	11
15	Westliches Westfalen	121628	91	83461	22	73826	39	1714	85	34258	52	6145	88	150	18	—	—	—	—	4030	33	8008	76	333225	04
16	Hessen-Nassau	54024	85	46458	90	55076	68	134	10	21917	40	1862	53	—	—	1687	15	—	—	23500	35	22119	29	226776	25
17	Hessen Cassel	29846	82	19066	71	5876	50	302	55	12295	20	987	32	—	—	845	10	—	—	8523	65	—	—	72743	85
18	Oberrhein	75573	68	29914	53	32945	90	732	90	22156	52	2278	82	—	—	1604	40	—	—	33464	98	7121	27	205852	95
19	Niederrhein	89202	61	62157	48	40374	86	620	90	24089	36	3602	14	—	—	1958	50	—	—	4812	50	1983	53	228801	88
20	Oberbayern-Schwaben	13777	22	11317	12	9875	88	2968	10	28746	14	3180	37	—	—	1578	50	—	—	44326	70	236	34	111006	37
21	Oberpfalz-Niederbayern	24528	17	3678	93	7952	07	328	—	4345	24	265	60	—	—	—	—	1236	58	2873	54	1224	92	46433	05
22	Franken	59505	04	11344	75	30153	79	3396	03	39488	60	7944	28	—	—	8475	—	—	—	52201	61	15465	55	227974	65
23	Pfalz	10373	80	7156	65	11714	56	972	—	15555	48	696	48	1353	68	1705	30	—	—	30656	94	15168	04	95352	93
24	Dresden	132569	44	65325	88	129600	71	3593	39	59011	92	6474	16	—	—	5047	20	—	—	102039	97	32235	18	535897	85
25	Leipzig	109427	27	17077	85	56707	27	611	60	38925	56	7476	60	3011	85	6020	70	—	—	92851	21	8722	67	335799	58
26	Chemnitz	29600	99	85564	28	28376	45	850	—	26695	—	3230	—	—	—	4855	—	—	—	—	—	2973	58	177205	30
27	Zwickau	53876	77	10330	49	34601	57	1760	50	21833	65	3080	35	—	—	2344	70	—	—	16486	69	5880	58	150195	30
28	Württemberg	87222	23	16858	67	41092	04	3084	65	20936	60	1312	11	—	—	2013	10	4631	80	21035	01	14181	38	212367	59
29	Baden	77559	76	37930	52	36571	81	276	85	25994	59	1807	60	—	—	2969	50	—	—	169	49	26547	48	209827	60
30	Hessen-Offenbach	32235	60	20953	78	27528	82	—	—	21990	64	925	91	—	—	2241	20	12933	86	9587	19	19475	08	147872	08
31	Hamburg	194054	08	123976	11	82945	21	1298	27	73963	76	10547	88	—	—	9607	80	—	—	18717	03	28043	34	543143	48
32	Mecklenburg	42778	81	9239	55	2104	92	933	65	21722	56	2571	62	—	—	3312	40	—	—	17747	13	10155	78	110566	42
		2057002	21	1166178	96	1117294	25	46179	69	867799	39	114340	69	4515	71	84855	08	18802	24	791527	97	422548	77	6691039	96

Gesamt-Abrechnung der Bezirke nach Quartalen.

Ausgaben.

Quartal	Für Wahlen	Allgem. Agitation	Verwaltung	Streiken und Prozeßkosten	Abgeführen an den Parteivorstand Beiträge männl.	Beiträge weibl.	Freiw. Beiträge	Soz. Internat.	Zurückgezahlt. Zuschuß	Summa an P.-V. zu zahlen	Sonstig. Ausgaben	Bestand am Schlusse d. Quart.	Gesamtausgaben
	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
I. 1924/25	517535 62	214870 03	231219 09	12087 07	166891 25	19076 47	1385 43	55 —	2823 22	190331 42	148515 08	395788 47	1710822 88
II. „	114564 54	297794 48	282011 97	10518 87	226962 70	31484 46	333 72	15666 90	8161 99	276999 77	211786 61	478118 16	1671703 90
III. „	796022 71	276915 19	299463 48	12162 23	280878 08	30312 96	2956 51	32753 85	6764 13	302565 55	194311 47	429902 61	2311368 22
IV. „	628679 84	875599 66	3045999 76	11392 02	244167 36	29866 78	440 —	96379 93	6062 90	319916 97	411715 33	2980016 29	
	2057002 21	1166178 96	1117284 25	46179 69	867799 89	114340 69	4516 71	84955 08	18802 24	1090313 11	791527 97	422543 77	6691089 96
										— 18802 24			
										1071510 87			

Gesamt-Abrechnung der Bezirke nach Quartalen.

Einnahmen.

Quartal	Kassenbestand a. Beginn d. Quart.	Neuaufnahmen	Beiträge männlich Anzahl	ℳ ₰	weiblich Anzahl	ℳ ₰	Sozial. Internat.	Listensammlung	Sonstige Einnahmen	Zuschuß vom P.-V.	Gesamt-Einnahmen
	ℳ ₰	ℳ ₰		ℳ ₰		ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
I. 1924/25	315 825 19	2 950 72	5 954 017	781 205 55	1 454 770	88 005 76	— —	235 067 70	220 865 25	76 902 21	1 710 822 88
II. „	408 711 35	4 152 15	5 732 885	888 287 45	1 582 799	100 697 96	25 738 10	27 390 74	184 946 89	86 968 27	1 671 793 90
III. „	477 154 46	7 212 00	5 759 578	928 845 75	1 615 754	107 008 96	43 659 65	307 130 28	322 066 56	118 784 96	2 311 368 22
IV. „	424 751 83	8 250 10	6 104 084	1 000 694 25	1 643 488	117 699 75	51 074 01	278 146 47	317 961 80	91 438 68	2 980 016 29
	328 486 50	22 565 67	22 920 064	3 598 543 —	6 196 791	413 412 42	120 472 76	837 625 19	995 840 50	374 094 02	6 691 089 96

Gesamt-Mitgliederbewegung in den Bezirken nach Quartalen.

Quartal	Datum	Mitglieder am Beginn des Quartals männlich	weiblich	Gesamt	Neuaufnahmen	Datum	Mitglieder am Schlusse des Quartals männlich	weiblich	Gesamt	Zunahme	Abnahme
I. 1924/25	1. 4.	791 953	148 125	940 078	8 842	30. 6.	751 828	147 265	899 093	—	40 985
II. „	1. 7.	751 828	147 265	899 093	8 908	30. 9.	724 192	148 900	873 172	—	25 921
III. „	1. 10.	724 192	148 990	873 172	16 890	31. 12.	707 808	152 696	860 404	—	12 768
IV. „	1. 1.	707 808	152 596	860 404	19 158	31. 3.	690 802	153 683	844 485	—	15 919
					52 798						95 593

Frauenbewegung.

Aus den Berichten der Bezirke an das Frauenbureau des Parteivorstandes spricht viel Zuversicht für die Zukunft. Man ist fast allgemein der Ansicht, daß der Tiefstand in der Frauenbewegung überwunden sei und nunmehr wieder ein Aufstieg beginne.

Die Beantwortung der vom Frauenbureau ausgesandten Fragebogen, die Aufschlüsse geben soll von der für die Frauenbewegung und durch die Frauen geleisteten Arbeit, ist dagegen nicht restlos befriedigend. Es war leider nicht möglich, das Ergebnis in einer übersichtlichen Tabelle festzuhalten; einzelne Bezirke haben gar nicht, andere zu allgemein berichtet. Auch ist zu bemängeln, daß noch lange nicht überall die den Bezirksvorständen angehörenden Genossinnen an der Berichterstattung beteiligt sind. Wenn auch die meisten Genossinnen, die in dem von den Bezirken angegeben Adressenmaterial als Vertrauenspersonen der Frauen bezeichnet werden, ihre Funktion nur ehrenamtlich ausüben können, müßte es doch möglich sein, sie an der systematischen Arbeit für die Frauenbewegung und damit natürlich auch an der Berichterstattung zu beteiligen. Die Erkenntnis, daß auf den Sekretären sehr viel Arbeit lastet und daß eine systematische Organisations-, Agitations- und Schulungsarbeit für die Frauen über das rein Verwaltungstechnische hinaus vielfach nicht in befriedigender Weise geleistet wurde, hat den Parteivorstand und Parteiausschuß geleitet, der Frauenbewegung mehr individuelle Entfaltungsmöglichkeiten zu geben. Es ist Zeit, sich den diesbezüglichen Beschluß des Parteiausschusses ins Gedächtnis zu rufen:

„Die den Vorständen der Ortsgruppen, Unterbezirken usw. angehörenden Genossinnen haben die Aufgabe, die Agitation und Schulung der Frauen zu pflegen, und sind ihrem Vorstand dafür verantwortlich. Um eine bessere Fühlungnahme der Frauen untereinander, bis herauf zur Zentrale, zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die im Vorstand sitzenden Genossinnen der Ortsgruppen mit den weiblichen Vorstandsmitgliedern der Unterbezirke, diese wieder mit dem weiblichen Vorstandsmitglied und letzteres mit dem weiblichen Mitglied des Parteivorstandes schriftlich in Verbindung treten. Der Schriftwechsel geht über die Sekretariate und erfolgt im sachlichen Einverständnis mit diesen resp. den in Frage kommenden Vorständen. Diese Form der Arbeit setzt das Vorhandensein von Frauengruppen, mindestens aber weiblichen Vertrauenspersonen in allen Orten, Unterbezirken, Bezirken und im Reich voraus, die im Einverständnis mit dem Vorstand arbeiten."

Wenn der hoffnungsvolle Antrieb, den die Frauenbewegung dadurch erhielt, infolge der Schwierigkeiten der Inflationszeit, wirtschaftlicher Depression und Arbeitslosigkeit wieder gelähmt wurde, so ist es doch nun Zeit, sich auf größere Aktivität zu besinnen.

In Widerspruch mit dem Optimismus mancher der eingegangenen Berichte steht auch die Tabelle „Mitgliederbewegung", aus der festgestellt werden muß, daß, wenn auch für die Gesamtpartei ein Plus an weiblichen Mitgliedern herauskommt, doch in 14 Bezirken eine Abnahme zu verzeichnen ist. Das Zahlenverhältnis der weiblichen Mitglieder zur Gesamtzahl der Mitglieder bewegt sich zwischen 5,83 und 27,65 Prozent bei einem Durchschnitt von 18,24 Prozent. Es steht wohl außer Zweifel, daß im Zeitalter des Frauenwahlrechts nach einem aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen begreiflichen Zurückgehen der weiblichen Mitgliederzahl nun eine Zeit dauernden Aufstiegs kommen muß, wenn die Partei und ihre Ziele nicht Schaden leiden will.

Der prozentuale Anteil der Genossinnen an den Mandaten der Partei in den großen Parlamenten (Reichstag, preußischer Landtag) hat sich nicht ver-

schlechtert, auch ist die Aktivität und Arbeitsfreudigkeit dieser Genossinnen unbestritten.

Zum Pessimismus könnte man aber kommen, wenn man sich in der Tabelle die sozialdemokratische Frauenvertretung in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen ansieht. Unter insgesamt 6500 Stadtverordneten sind 270 Frauen = 4 Proz. gewählt. Sind in insgesamt 1080 Städten 270 Stadtverordnete vorhanden, so kommt auf 4 Städte immer eine Frau. Dabei kann nach allen bisherigen Erfahrungen gesagt werden, daß die Frau sich in ganz besonderer Weise für die Gemeindearbeit eignet. Schlimmer noch als in den Städten ist es in den ländlichen Gemeinden. Hier finden wir sogar nur 0,64 Proz. an Frauen als Gemeindevertreter. In den Kreistagen und in den Provinziallandtagen fehlen die Frauen fast ganz.

Bei wichtigen Wahlen wird stets die Frage aufgeworfen: Wie haben die Frauen gewählt? Man hat bei den Präsidentenwahlen im Lande Thüringen in etwa 10 Stadtkreisen und 15 Landkreisen nach Geschlechtern getrennt abgestimmt, ebenso in Hamburg, Spandau, Köln usw. Mit Ausnahme von Köln, das nach seiner Bevölkerungsstruktur bei dieser Wahl besonders betrachtet werden muß, ist wohl mit Recht festzuhalten:

Die Wahlbeteiligung der Frauen ist prozentual etwas geringer als die der Männer, das Wahlergebnis verschiebt sich durch das Frauenwahlrecht etwas zuungunsten der Sozialdemokratie. Hält man dagegen, daß die Frauen aber ganz sichtbar von den ganz extremen Parteien (kommunistisch und deutschvölkisch) fernbleiben, so ergibt sich für die Partei doch von selbst die Schlußfolgerung für die Zukunft:

„In jeder Frau, die wir für den Sozialismus uns gewinnen können, gewinnt die Partei für die Dauer eine werbende Kraft. Wir wissen aus alter Erfahrung, daß die einmal ganz für unsere Idee gewonnenen Frauen treu und bewußt für die Partei wirken; deshalb sollten wir der Frauenbewegung eine ganz besondere Aufmerksamkeit schenken."

Eine der wichtigsten Aufgaben ist neben der Gewinnung der Frauen für die Partei auch die Schulung der Genossinnen und die systematische Entwicklung weiblichen Führertums. Aus alter Parteierfahrung wissen wir aber, daß neben theoretischem Lernen die praktische Mitarbeit schult. Da fällt es auf, wie wenig innerhalb der Parteiführung, d. h. in den Vorständen, die Frauen an der Arbeit beteiligt werden. Zur Illustration diene eine kleine Zusammenstellung:

Bezirk	Ortsgruppen der Partei	Ortsgruppen mit organisierten Frauen	Besondere Frauengruppen	Weibliche Vorstandsmitglieder
Ostpreußen	221	24	5	4
Pommern	142	76	—	4
Breslau	285	158	10	37
Görlitz	275	239	41	56
Halle	185	107	14	25
Niederrhein	109	90	18	47
Bezirk Kassel	308	23	?	20
Westfalen (Bielefeld)	267	200	10	10
„ (Dortmund)	375	340	195	196
Baden	333	99	17	35
Oberbayern	157	111	2	23

Zur agitatorischen und theoretischen Schulung gehören Bezirksfrauenkonferenzen, Zusammenkünfte der Funktionärinnen und Kurse und Frauenabende

resp. Frauenmitgliederversammlungen. Bezirksfrauenkonferenzen haben in der Zeit vom 1. April 1924 bis 30. Juli d. J. stattgefunden in Ostpreußen 1, in Berlin 4, in Brandenburg 1, in Breslau 2 (davon eine für Oberschlesien), in Magdeburg-Anhalt 1, in Thüringen 1, in Cassel 1, im östlichen Westfalen 1, im westlichen Westfalen 3, am Niederrhein 2, in Franken 2, in Zwickau 1, in Ostsachsen-Dresden 1, in Baden 1, in Hamburg 1.

Die Unterbezirkskonferenzen haben den Vorzug, noch mehr Frauen erfassen und schulen zu können. Ueberall, wo im Laufe der letzten Jahre ein Anfang damit gemacht wurde, behält man diese Veranstaltungen bei, weil sie sich als ganz besonders wertvoll erwiesen haben. Unterbezirkskonferenzen fanden statt in Berlin, Brandenburg, Breslau, Magdeburg, Halle, Schleswig-Holstein, Hannover (nur im Unterbezirk Göttingen), Ostsachsen-Dresden, Bezirk Leipzig, Niederrhein, Westfalen-Dortmund, Hessen-Cassel.

Wo wir eine etwas lebhaftere Frauenbewegung haben, lassen die Genossinnen ihre besonderen Zusammenkünfte (Frauenabende und Frauenmitgliederversammlungen) nicht eingehen. Hier ist die Stätte des Gedankenaustausches und der sozialistischen Belehrung. Hier unterhält man sich aber auch über Fragen der Gesundheitspflege, der Kindererziehung, der praktischen Haushaltungsführung, über Frauenberufsfragen u. a. Berlin meldet 642 solcher Veranstaltungen im Berichtsjahr, Brandenburg mit seinen vielen mittleren Industriestädten hat ebenfalls regelmäßig seine Frauenabende, nur Pommern schreibt, daß Frauenabende nicht veranstaltet würden, weil sich ein früherer, in Stettin unternommener Versuch nicht bewährt habe. Im Bezirk Breslau beträgt die Zahl der regelmäßig stattgefundenen Frauenabende 20 und Görlitz zählt für das Jahr 170 zusammen. Mit der alleinigen Ausnahme von Pommern versucht man dauernd mit mehr oder weniger Geschick und Glück die Frauen regelmäßig zusammenzubekommen, die Beobachtung dieses Tätigkeitsgebietes gibt ein ziemlich gutes Spiegelbild des geistigen Lebens innerhalb der Frauenbewegung. — Da die Frauen noch immer nicht in dem notwendigen Ausmaß die allgemeinen Veranstaltungen der Partei besuchen und sich noch weniger an den sachlichen Beratungen beteiligen, ergibt sich die Notwendigkeit besonderer Veranstaltungen von selbst. Die führenden Frauen haben dadurch Gelegenheit, die Genossinnen kennenzulernen und etwa vorhandene weibliche Persönlichkeiten der Weiterbildung in Kursen zuzuführen. So haben z. B. sozialistische Bildungskurse für Frauen in folgenden Bezirken stattgefunden: Berlin, Brandenburg, Magdeburg, Schleswig-Holstein, Dresden, Chemnitz und Hamburg. Die dem Frauenbureau zugegangenen Berichte waren durchweg befriedigend.

Nicht befriedigend war die allgemeine Agitation (Mitgliederwerbung). Aus sämtlichen Bezirken wird gemeldet, daß die im Oktober 1924 beschlossene und in Zwischenräumen wiederholte Werbeaktion für Frauen durch die Wahlbewegungen unterbrochen wurden. Die Anfänge waren durchaus gut. Berlin gab ein Werbeflugblatt „Die Frauenstimme" in 500 000 Exemplaren heraus, Thüringen organisierte die Werbearbeit ganz systematisch mit Kursen und Spezialreferaten. Hamburg machte den Anfang nach einem gut angelegten Plan. Schleswig-Holstein schreibt, daß die Hausbesuche noch immer den besten Erfolg haben usw., aber eine Uebersicht über den Erfolg der Werbearbeit fehlt, weil die Wahlen das unmöglich machten. Jedoch muß anerkannt werden, daß (mit Ausnahme weniger Bezirke) durch besondere Frauenwahlversammlungen dauernd versucht wurde, sich bietende Situationen zu nützen.

Nunmehr haben die Genossinnen allgemein erkannt, daß die „Frauenwelt" ein wertvolles Hilfsmittel ist, um den noch nicht für die Politik

geschulten Frauen näher zu kommen. Aber auch darüber hinaus zeigen uns die zahlreich stattfindenden „Frauenwelt"-Abende, künstlerische Veranstaltungen verschiedener Art am Nachmittag und Abend, Frauenfeierstunden usw. innerhalb der sozialistischen Frauenkreise selbst, das Streben nach schöner, eigener Geselligkeit und Kulturgestaltung.

Setzt man sich hinweg über die nicht sehr günstigen Zahlenergebnisse und berichtet aus der Beobachtung der Arbeit, dann verwandelt sich die trübe Stimmung in zukunftsfreudigen Optimismus.

Unser Wahlspruch für das nächste Jahr:

Es muß besser werden!

Arbeiterwohlfahrt.

Im vergangenen Jahre konnten wir über einen großen zahlenmäßigen Aufstieg berichten. Inzwischen hat im September 1924 in Hannover eine über jedes Erwarten gut besuchte Reichskonferenz stattgefunden, deren Verlauf allseitig befriedigte.

Die Konferenz beschäftigte sich am ersten Tage mit Organisation, praktischer Arbeit, mit der Arbeit im besetzten Gebiet und mit der Schulung für die Wohlfahrtsarbeit. Der zweite Tag war eine öffentliche Tagung, zu der auch Behörden geladen waren. Tagesordnung:

1. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht: Frau Ministerialrat Dorothea Hirschfeld-Berlin.

2. a) Die Organisation und Finanzierung der öffentlichen Fürsorge auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht (mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Sachsen und Thüringen): Landeshauptmann Dr. Caspari-Obrawalde; b) Die Organisation in den übrigen Ländern: Arbeitsminister Dr. Engler-Karlsruhe. — Ergänzungsreferate: c) Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Die Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner. Landesrat Gerlach-Düsseldorf; d) Die Fürsorge für Erwerbsbeschränkte: Ministerialrat Dr. Hans Maier-Dresden; e) Die Wochenfürsorge: Luise Schröder-Altona; f) Die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige: Landeshauptmann Dr. Caspari-Obrawalde.

3. Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und seine praktische Durchführung in den Ländern: Stadtrat Binder-Bielefeld.

4. Die Zusammenarbeit der öffentlichen Fürsorge mit der privaten Fürsorge und den Trägern der Sozialversicherung: Stadtrat Dr. Heimerich-Nürnberg.

Nach der Konferenz in Hannover hat der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt einen organisatorischen Ausbau erfahren. Der dem Arbeitsausschuß angegliederte Beirat ist unter Hinzuziehung von weiteren Sachverständigen in Fachkommissionen gegliedert worden, von denen die Vorsitzenden an Stelle der bisher insgesamt zugezogenen Spezialberater den Beirat bilden. Außerdem ist aus den Bezirken (analog dem Parteiausschuß) je ein Vertreter ernannt. Die Vertreterkonferenz wird vorläufig, wenn die Umstände nicht außergewöhnliche Anforderungen stellen, zweimal jährlich zusammentreten.

Die organisatorischen Neuerungen wurden notwendig aus der ganzen erfreulichen Entwicklung der Organisation. Die Mitarbeit der Fachkommissionen ist äußerst fruchtbar, sowohl auf theoretischem wie auf praktischem Gebiet. Die Vertreterkonferenz führt ein enges und gutes Zusammenarbeiten mit den Bezirken herbei. Dem zahlenmäßigen Wachstum der Organisation ist der innere Aufbau gefolgt. Die Zusammenarbeit mit den Behörden in Reich, Ländern und Gemeinden ist verhältnismäßig gut. Die dauernde Schulung der Genossinnen

und Genossen durch Theorie und Praxis trägt bereits ihre Früchte. In zahlreichen Kursen und Einzelvorträgen erhalten die Helfer und Helferinnen Unterweisungen, die sie im Jugendschutz, in der Kindererholungsfürsorge, in der Familienfürsorge, in den Beratungsstellen usw. anwenden können. So schwer es ist, die Stipendien für die soziale Berufsausbildung herbeizuschaffen, sind in der Fortbildung für den sozialen Beruf ebenfalls Erfolge zu buchen. Eine Zusammenkunft sozialistischer Fürsorgerinnen war gut besucht und erfolgreich. Sie führte zu einem festeren ideellen Zusammenschluß. In einzelnen Bezirken und in großen Ortsgruppen sind Sekretariate, Beratungsstellen, Nähstuben, Kinderhorte, Kindererholungsheime, ein Erziehungsheim, ein Erholungsheim für Erwachsene sowie eine Heimstatt für wohnungslose Männer entstanden. In der Kindererholungsfürsorge wird in immer stärkerem Umfange gearbeitet. Zu den Ferienwanderungen kommen Ferien- und Waldheimkolonien, Luft-, Licht- und Sonnenbäder für Kinder, wo in Verbindung mit den Krankenkassen und unter ärztlicher Mitarbeit und Aufsicht Gutes geschaffen wird.

Alles in allem muß erneut festgestellt werden: Die Arbeiterwohlfahrt wächst und befestigt sich, sie arbeitet erfolgreich, und ist sie auch keine reine Frauenorganisation, so ist sie doch ein wertvolles Hilfsmittel zur systematischen Beschäftigung und Weiterbildung arbeitsfreudiger Genossinnen.

Die Arbeiterjugendbewegung.

Wenn am Beginn des Jahres 1924 im Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend eine recht erfreuliche Mitgliederzunahme festzustellen war, so hat dieser Aufschwung sich in der zweiten Jahreshälfte leider nicht fortgesetzt. Es ist im Gegenteil ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Ende des Jahres 1924 zählte der Verband in 34 Bezirksverbänden rund 95 000 Mitglieder im Alter von 14 bis 16 Jahren. Die Organisation aber steht gefestigt da. Im Bureau des Hauptvorstandes des Verbandes arbeiten neben den 4 Sekretären 11 Angestellte. Das Pressewesen der Organisation ist ein recht ausgedehntes, wenn auch der Stand der Verbandszeitschriften manches zu wünschen übrig läßt. Die Verbandszeitschrift „Arbeiter-Jugend" hielt im Laufe des Berichtsjahres eine Auflageziffer, die zwischen 50 und 55 000 schwankte. Die Auflageziffer der zweiten Verbandszeitschrift „Der Führer" betrug durchgehend 3300. In 17 Bezirksverbänden erscheint monatlich ein besonderes Mitteilungsblatt. Im Laufe des Berichtsjahres sind 48 Parteizeitungen zur Einrichtung einer Jugendbeilage geschritten. Der Hauptvorstand des Verbandes gab monatlich eine „Sozialistische Jugend-Korrespondenz" heraus, die an alle Parteizeitungen Material über die Jugendbewegung vermittelte. Die Erziehungsarbeit in der Organisation war eine regere als in vorhergehenden Jahren. Es haben allein 34 Kurse zur Ausbildung von Jugendfunktionären und Jugendleitern in den Bezirksverbänden stattgefunden. Die Dauer dieser Kurse betrug 3 bis 8 Tage. Vom Hauptvorstand wurden die meisten dieser Kurse durch Stellung von Referenten unterstützt.

Der Hauptvorstand veranstaltete im Reichsferienheim der Organisation im Laufe des Jahres einen Wanderführerlehrgang, eine Mädelarbeitswoche und eine Bezirksleiteraussprache. Diese Kurse hatten die besondere Aufgabe, für die Bezirkskurse Lehrkräfte heranzubilden. In der Bezirksleiteraussprache wurden im Kreise der verantwortlichen Bezirksverbandsleiter alle Fragen unserer praktischen Organisations- und Erziehungsarbeit durchgearbeitet. Diese Zusammenkünfte der Bezirksleiter sollen regelmäßig wiederholt werden. — Die vom Verband eingerichtete „Einkaufszentrale", die den Ortsgruppen im Reiche das Verwaltungsmaterial liefert, und sie daneben auch mit allen weiteren für

die Organisationsarbeit erforderlichen Arbeitsmitteln versorgt, erzielte im Berichtsjahr einen Umsatz von rund 170 000 Mark. — Auch der „Arbeiterjugend-Verlag" hat im Berichtsjahr eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen. Er hat 26 verschiedene Schriften, die alle der Förderung unserer Arbeit dienen, herausgebracht und konnte von 6 früher erschienenen Schriften Neuauflagen herausbringen. — Das in Thüringen errichtete Reichsferienheim des Verbandes „Schloß Tännich", ist zum Andenken an den verstorbenen Reichspräsidenten, der früher jahrelang Leiter der Zentralstelle für die arbeitende Jugend gewesen ist, in „Friedrich Ebert-Heim" umbenannt worden. Das Heim hat eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen und hat im Laufe des Jahres fast 2000 junge Gäste zum Ferienaufenthalt beherbergt. — Im Bureau des Verbandes befindet sich gleichzeitig das Sekretariat der Sozialistischen Jugend-Internationale und die Redaktion der Internationalen Jugendzeitschrift. Die Arbeiten dieser beiden Institutionen sind auch im abgelaufenen Berichtsjahr zur Zufriedenheit der ausländischen Bruderverbände erledigt worden.

Die Jungsozialisten.

Die Zahl der Jungsozialisten-Gruppen betrug am Jahresende 179. In diesen Gruppen waren rund 4000 Mitglieder vereinigt. Die Gruppen liegen weit im ganzen Reich verstreut. Am engsten zusammen liegen sie im westlichen Kohlengebiet. Die stärksten Gruppen haben die Großstädte Berlin, Hamburg und Dresden. Die Gruppen hielten im Durchschnitt wöchentlich einmal eine Zusammenkunft ab, in denen Themen aus allen Wissensgebieten behandelt wurden. Im Vordergrund standen Diskussionen über die Themen: „Stellung der Sozialdemokratie zum Staat; Nation und Sozialismus; außenpolitische Probleme; marxistische Probleme". Außerdem wurden vielfach behandelt die Themen: Kirche und Religion, die Zollfrage, das Sachverständigen-Gutachten; ferner naturwissenschaftliche und philosophische Themen. Für die Mitglieder der Bewegung erscheint monatlich einmal die 32 Seiten starke Zeitschrift „Jungsozialistische Blätter", Auflage 4000 Stück. — Als im Oktober des Berichtsjahres der Redakteur der Zeitschrift, Genosse Karl Bröger-Nürnberg, wegen Arbeitsüberlastung sein Amt abgeben mußte, übernahm die Redaktion provisorisch bis zur nächsten Reichskonferenz der Genosse Max Westphal-Berlin. Inzwischen ist als neuer Redakteur der Genosse Georg Engelbert Graf-Stuttgart bestimmt worden.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands.

Tätigkeitsbericht 1924/25.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hat sich auf der Reichskonferenz in Leipzig am 5. und 6. August 1924 neu konstituiert. Der einberufende Reichsausschuß war trotz der Ungunst der Verhältnisse von sämtlichen Bezirken beschickt worden. Der an die Reichskonferenz sich anschließende Lehrertag war außerordentlich stark besucht. Die Tagungen erweckten die Hoffnung, daß die durch die Inflationszeit schwer geschädigte sozialdemokratische Lehrerbewegung trotz mancher reaktionärer Anstürme sich von neuem zu festigen beginnt und einen starken Willen zu kraftvoller schulpolitischer Betätigung aufbringen wird. Es kam der einmütige Wille zum Ausdruck, im Rahmen der Partei die besonderen Fähigkeiten, die die sozialdemokratische Lehrerschaft nach Vorbildung, Neigung und Beruf besitzt, schulpolitisch sich auswirken zu lassen.

Zum geschäftsführenden Vorstand wurden einstimmig gewählt: Genosse Dr. Löwenstein, 1. Vorsitzender; Genosse Dr. Adams, 2. Vorsitzender; die Genossen Dey und Siemsen als Schriftführer. Mit der Führung der Kassengeschäfte wurde der Genosse Weimann beauftragt. Es wurden in den Hauptvorstand gewählt als Vertreter der Bezirke außer den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes die Genossen Lang-Leipzig, Pietsch-Breslau, Marske und Schröter-Berlin. Die Reichstagsfraktion entsandte die Genossin Pfülf, die preußische Landtagsfraktion die Genossin Wegscheider und den Genossen Simon. Der Parteivorstand delegierte den Genossen Dr. Adolf Braun.

Hauptvorstandssitzungen fanden 7 statt. Die Berichterstattung aus den Bezirken ergibt das erfreuliche Bild, daß fast in allen Bezirken die Organisation wieder aufgebaut ist und einen sich steigernden Mitgliederbestand aufweist. Die Mitgliederzahl ist auf 2500 gestiegen. In fast allen Bezirken haben Bezirkskonferenzen stattgefunden, an denen Vertreter des Hauptvorstandes teilnahmen, die in den meisten Fällen das leitende Referat hielten. Der Landesverband sozialdemokratischer Lehrer Sachsens gibt ein eigenes Mitteilungsblatt heraus. Die Reichsausschußsitzung hatte den Hauptvorstand beauftragt, den Versuch zu machen, mit der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde zusammen eine Erziehungszeitschrift herauszugeben. Durch das Entgegenkommen des Parteivorstandes wurde an Stelle der Erziehungszeitschrift dem Mitteilungsblatt des Parteivorstandes ein 8- bis 12seitiges Beiblatt „Sozialistische Erziehung" monatlich beigelegt, das auf Vorschlag des Hauptvorstandes von dem Genossen August Siemsen redigiert wird. Dieses Beiblatt wird sämtlichen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Es ist durchgängig von den Mitgliedschaften und der Partei mit dankbarer Anerkennung aufgenommen worden und bildet ein tatkräftiges Mittel, um sozialistisches schulpolitisches Denken zu beleben und zu lenken.

Der Hauptvorstand hat ferner zu allen wichtigen schulpolitischen Situationen Rundschreiben an die Bezirke gerichtet. Diese Rundschreiben haben wesentlichen Einfluß auf die schulpolitische Oeffentlichkeit ausgeübt und dazu beigetragen, innerhalb der Kreise der sozialdemokratischen Lehrerschaft den schulpolitischen Willen zu vereinheitlichen und zu konzentrieren.

Der Hauptvorstand hat ferner im engsten Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion gearbeitet und wesentlich an den Vorarbeiten zu den gesetzgeberischen Maßnahmen der Partei sich beteiligt. So ist auch der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer sowohl der Entwurf des Lehrerbildungsgesetzes, als der Entwurf, der die Dauer des Lehrganges der höheren Schulen bestimmt, wie auch der Entwurf für das Reichs-Berufsschulgesetz hervorgegangen. Alle drei Entwürfe sind von der Reichstagsfraktion angenommen und im Reichstage eingereicht worden. An der Verteidigung der Grundschule war die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen in ganz Deutschland beteiligt, und die von den Arbeitsgemeinschaften entweder selbst eingebrachten Resolutionen oder in den Lehrerverbänden veranlaßten Resolutionen haben starke Wirkung auf die parlamentarischen Kämpfe ausgeübt. In der Frage der weltlichen Schulen, ihrer Agitation und Formulierung haben zwei größere Konferenzen stattgefunden, an denen außer dem Parteivorstand die Freien Schulgesellschaften und die Kinderfreunde beteiligt waren. Auch diese Konferenzen haben wesentlich zur Klärung dieser taktisch wie grundsätzlich schwierigen Fragenkomplexe beigetragen. Auch an der Abfassung eines kurzen Schul- und Kulturprogramms war eine Kommission des Hauptvorstandes beteiligt, und der von ihr vorgelegte Vorschlag ist in seinen wesentlichen Teilen von der Programmkommission des Parteivorstandes übernommen worden.

Der Hauptvorstand und die Arbeitsgemeinschaften haben sich selbstverständlich mit allen ihren Kräften in den Dienst der allgemeinen Wahlen gestellt. Die Häufigkeit dieser Wahlen hat den ruhigen organisatorischen Aufbau der Arbeitsgemeinschaften des öfteren unterbrechen müssen. Doch die Arbeitswilligkeit und die große Fülle der schulpolitischen Probleme, die in den Kreisen der Arbeitsgemeinschaften lebendig sind, versprechen für das nächste Berichtsjahr eine Vertiefung nach innen und eine Ausdehnung des Arbeitsfeldes und der Mitarbeiter nach außen.

Die Zusammenarbeit mit der Partei, mit den Fraktionen der öffentlichen Körperschaften und den verwandten Parteiorganisationen hat sich reibungslos und erfolgreich vollzogen.

In der Frage der Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften hat sich der Hauptvorstand auf den Standpunkt gestellt, daß diese Frage nicht einheitlich für die Mitgliedschaften gelöst werden kann. Der Hauptvorstand bemüht sich in enger Fühlung sowohl mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Vorstände der deutschen Lehrervereine als mit den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaft deutscher Volkslehrer zu bleiben.

Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten Lehrer gehören zum größten Teil noch den Lehrervereinen an und üben besonders in Sachsen, Bremen und Hamburg starken Einfluß auf die Schulpolitik ihrer Lehrervereine und des Deutschen Lehrervereins aus.

Die Beamtenbewegung.

Die Beamtenagitation unserer Partei war im Berichtsjahr in hohem Maße von den Wahlen beeinflußt. Nachdem der Berliner Parteitag das Beamtenprogramm unserer Partei verabschiedet hatte, fand im Anschluß an den Parteitag im preußischen Abgeordnetenhaus ein Reichsbeamtentag statt, der dem Beamtenprogramm unserer Partei zustimmte. Das Programm wurde in einer Massenauflage hergestellt und den Bezirken kostenlos übersandt. Das Hauptreferat auf dem Reichsbeamtentag hielt der Parteivorsitzende Hermann Müller-Franken. Er behandelte das für die Beamten besonders interessante Thema: „Sozialdemokratie und Staat". Dem einmütigen Wunsche des Reichsbeamtentages entsprechend wurde das Referat als Broschüre herausgegeben und in einer Massenauflage zur Verteilung gebracht. Durch das Beamtenprogramm sowohl als auch durch die Broschüre konnten die Wahlen zum Reichs- und Landtag sowie die Reichspräsidentenwahlen wirksam vorbereitet werden. Zugleich wurde auch der in der Inflationszeit eingegangene „Freie Beamte" wieder neu herausgebracht und in den Dienst der Agitation gestellt. Während wir uns bei früheren Wahlen mit Flugblättern an die Beamten wandten, beschränkten wir uns diesmal auf die Herausgabe weniger Flugschriften, in denen spezielle Beamtenfragen behandelt wurden. Ferner wurden Massenauflagen des „Freien Beamten" herausgebracht und dabei die Beobachtung gemacht, daß diese Art der Propaganda günstigere Aufnahme findet als die früher übliche. Insbesondere machte der Berliner Bezirk ausgiebigen Gebrauch von diesem Propagandamaterial.

Die Umbildung der Reichsregierung nach den Dezemberwahlen und die Ernennung des Herrn von Schlieben zum Reichsfinanzminister wirkte außerordentlich fördernd auf unsere Beamtenagitation im Reiche. Die Beamtenzentrale benutzte die günstige Situation, eine besondere Schlieben-Nummer des „Freien Beamten" in einer Massenauflage herauszubringen. Nebenbei fanden wirksame öffentliche Beamtenkundgebungen gegen die Rechtsregierung statt. Die Befürchtungen, die die Beamten gegenüber der Regierung Luther-Schlieben-

Schiele hegten, wurden in den letzten Monaten ja auch gerechtfertigt. Man kann wohl feststellen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse aufrüttelnd auf die gesamte Beamtenschaft gewirkt hat.

Das Berichtsjahr brachte eine wichtige organisatorische Aenderung. Der Reichsbeamtenbeirat unserer Partei wurde auf neuer und breiterer Grundlage aufgebaut. Während er früher außer den Groß-Berliner Mitgliedern, die zugleich den Arbeitsausschuß des Reichsbeamtenbeirats bildeten, aus nur 10 Vertretern der Bezirke bestand, ist jetzt im Reichsbeamtenbeirat jeder Bezirk durch einen Beamten vertreten. Auf diese Weise soll eine intensivere Bearbeitung der Bezirke erreicht werden, als es beim bisherigen System möglich war. Außerordentlich wichtig für unsere Agitation unter den Beamten ist eine bessere Versorgung unserer Beamtenzentrale mit parlamentarischen Nachrichten. Die Beamtenzentrale war bisher in dieser Beziehung hauptsächlich auf die Tages- und Fachpresse angewiesen. Beim Neuaufbau des Reichsbeamtenbeirats wurde deshalb darauf Bedacht genommen, korrespondierende Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats aus parlamentarischen Kreisen zu gewinnen. Die Reichstagsfraktion und jede Landtagsfraktion ist jetzt durch eines ihrer Mitglieder im Reichsbeamtenbeirat vertreten. Diese parlamentarischen Mitglieder haben die Pflicht, die Beamtenzentrale mit dem für die Beamtenagitation notwendigen Material zu versorgen. Aufgabe der Beamtenzentrale wird es dann sein, dieses Material zweckentsprechend für die Funktionäre unserer Beamtenbewegung zu verwerten.

Die ganze politische Entwicklung und insbesondere die verräterische Haltung der bürgerlichen Rechtsparteien gegenüber den Beamten hat für unsere Beamtenagitation eine sehr günstige Situation geschaffen. Wenn es uns gelingt, mit unserer Propaganda auch die Beamtenkreise zu erfassen, die bisher einseitig durch die bürgerliche Presse unterrichtet wurden, dann müssen große Erfolge für unsere Partei unter den Beamten erzielt werden.

Das Bildungswesen.

(16. Jahresbericht 1924/25)

Das sozialistische Bildungswesen hat sich im vergangenen Jahr gut entwickelt. Die Folgen der Inflation sind fast überall überwunden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben die Bezirke die Bildungsorganisationen wieder aufgebaut. In vier Bezirken bestehen Bildungssekretariate mit hauptamtlich angestellten Kräften (Berlin, Hamburg, Leipzig, Thüringen). In einer Reihe weiterer Bezirke wird die Bildungsarbeit von einem angestellten Sekretär zugleich mit anderen Aufgaben (Arbeiterwohlfahrt, Jugendbewegung) mit erledigt. Die Zentrale stand in ständiger Fühlung mit sämtlichen 32 Bezirken. doch werden von einigen Bezirken die Vorschläge der Zentrale nicht genügend befolgt. Zu Beginn 1925 wurde mit Hilfe der Parteiorganisationen eine Umfrage nach der Zahl der bestehenden örtlichen Arbeiterbildungsausschüsse und Arbeiterbüchereien veranstaltet. Das Ergebnis dieser Umfrage liegt von 28 Bezirken vor. Vier Bezirke stehen leider noch aus. Die Zahl der bei der Zentrale gemeldeten örtlichen Bildungsausschüsse beträgt 872, die Zahl der Arbeiterbüchereien etwa 600. Dabei sind nicht mitgerechnet die den Gewerkschaften gehörigen Büchereien.

Auf Anregung unseres Leipziger Arbeiterbildungsinstituts fand vom 2. bis 6. August 1924 in Leipzig eine sozialistische Kulturwoche mit folgendem Programm statt:

Sonnabend, den 2. August: Reichstagung der Kinderfreunde, abends Begrüßungsfeier. — Sonntag, den 3. August: Morgenfeier für die Jugend, Auf-

führung von Tollers „Wandlung", Gewerkschaftsfest im Freien. — Montag, den 4. August: Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse, Reichstagung der sozialistischen Studenten, Tagung des Reichsausschusses der sozialistischen Arbeiterjugend, Wiederholung der Aufführung von Tollers „Wandlung", abends öffentliche kulturelle Kundgebung. — Dienstag, den 5. August: Sozialistische Kulturkonferenz. — Mittwoch, den 6. August: Sozialistischer Lehrertag, abends Schlußfeier und Aufführung des Chorwerks „Samson" von Händel.

Die Kulturwoche war ein erster Versuch, die sozialistischen Kulturorganisationen zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammenzuführen und in den festlichen Veranstaltungen einer neuen sozialistischen Festkultur den Weg zu ebnen. Wenn auch infolge äußerer Umstände noch dieser letztere Versuch nicht gerade völlig gelungen ist, so hat die Kulturwoche doch ihren Zweck erreicht. Die sozialistische Kulturbewegung meldete sich neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zum erstenmal öffentlich als junge Schwester an. Außerdem gingen von den einzelnen Veranstaltungen der Woche starke Anregungen für das gesamte Kulturleben der Arbeiterschaft aus. Dies gilt insbesondere von der sozialistischen Kulturkonferenz, die den Höhepunkt der Woche bildete und auf der folgende Themen behandelt wurden: 1. Heinrich Schulz: „Ziel und Inhalt sozialistischer Kulturarbeit." — 2. Dr. Lohmann: „Das sozialistische Bildungswesen im Verhältnis zur Bildungsarbeit von Staat und Gemeinde." — 3. Engelbert Graf: „Die wissenschaftliche Arbeit des Sozialismus." — 4. Leo Kestenberg: „Sozialismus und Kunst." — Die Kulturkonferenz war von mehr als 800 interessierten Genossen und Genossinnen aus allen Teilen des Reiches besucht; vertreten waren neben dem Parteivorstand und den Gewerkschaften 19 kulturelle zentrale Arbeiterorganisationen, außerdem die sozialistischen Bildungsschulen in New-York, die Bildungszentralen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs und der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei.

Der Reichsausschuß veranstaltete im Sommer 1924 zum ersten Male ein Ferienprogramm für die Arbeiterschaft, das folgende Veranstaltungen enthielt: 6 Ferienkurse über Erziehung und Sozialismus; die Arbeiterbücherei, ihr Zweck, Wesen und Aufbau; das Arbeiterbildungsproblem; die englische Arbeiterbewegung und ihre Geschichte; die Lebenswelt des Industriearbeiters; Kunst und Sozialismus. Die Leiter dieser Kurse waren die Genossen Nikolaus Henningsen-Hamburg, Josef Luitpold Stern-Wien, Engelbert Graf-Stuttgart, Rennie Smith-England, R. Woldt-Berlin, Leo Kestenberg-Berlin. Ferner fanden statt 3 Studienreisen ins Ausland (Dänemark, Prag-Wien, England) und 3 Inlandsreisen (Hamburg-Kiel, Riesengebirge, Frankfurt a. M.-Odenwald-Heidelberg). Zu diesen Veranstaltungen hatten sich angemeldet für die Ferienkurse 156, für die Inlandsfahrten 96 und für die Auslandsfahrten 69 Teilnehmer. Das Interesse an diesen Veranstaltungen war sehr lebhaft; an den Kursen hätte die Beteiligung noch stärker sein können. Im ganzen aber bedeutet unser erstes Ferienprogramm einen vollen Erfolg. Der Reichsausschuß hat auf Grund dieser günstigen Erfahrungen sein Sommerprogramm 1925 bedeutend erweitert.

Wissenschaftliche Wanderkurse wurden in den Wintermonaten in den Bezirken Niederrhein, Franken, Hannover, Braunschweig durchgeführt. Genosse Döring, Bremen, sprach über „Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens" in 19 Orten. Im Freistaat Hessen hielt der Genosse Klingelhöfer, Berlin, sieben Kurse ab über das Thema „Moderne Probleme der Volkswirtschaft". Die Kurse des Genossen Döring in 17 Orten, über die Berichte vorliegen, waren von 723 Teilnehmern, davon 638 männlichen und 85 weiblichen, besucht. Auf Altersstufen verteilt, nahmen teil 87 Personen im Alter von 15 bis 20 Jahren,

218 im Alter von 21 bis 30 Jahren, 226 im Alter von 31 bis 40 Jahren, 146 im Alter von 41 bis 50 Jahren, 43 im Alter von über 50 Jahren. Die Durchschnittsbesucherzahl für die Kurse betrug 43. Die 7 Kurse des Genossen Klingelhöfer waren besucht von 248 Teilnehmern, darunter 234 männlichen und 24 weiblichen, die sich auf folgende Altersstufen verteilten: 23 im Alter von 15 bis 20 Jahren, 79 im Alter von 21 bis 30 Jahren, 88 im Alter von 31 bis 40 Jahren, 60 im Alter von 41 bis 50 und 7 im Alter von über 50 Jahren. Die Durchschnittsziffer am einzelnen Kursus betrug 35 Teilnehmer.

Auf die Heimvolksschule Tinz entsandte der Reichsausschuß: zum Frauenkursus August/Dezember 1924 12 Genossinnen, zum Männerkursus Februar/Juli 1925 12 Genossen; außerdem nahmen durch seine Vermittlung am Frauenkursus eine dänische Genossin, am Männerkursus ein englischer und zwei dänische Genossen teil.

Zur Internationalen Arbeiterbildungskonferenz in Oxford im August 1924 entsandte der Reichsausschuß einen Vertreter, außerdem nahmen aus Deutschland noch vier Vertreter anderer Organisationen teil. Ferner beteiligte sich der Reichsausschuß durch einen Vertreter an drei Sitzungen des Internationalen Arbeiterbildungskomitees.

Die Lichtbildzentrale erfuhr einen weiteren Ausbau durch die folgenden neuen Serien: „Ferdinand Lassalle", „Die Geschichte des Bauernkrieges", „Das Parlament und seine Geschichte", „Das proletarische Kind", „Die Arbeiterjugendbewegung", „Die Arbeiterwohlfahrt", „Schwarz-Rot-Gold", „Eine Amerikareise", „Der moderne Tanzstil". Lichtbildserien wurden 390mal verliehen, ferner wurden 25 Monats- und 46 Wochenabonnements abgeschlossen.

Der Reichsausschuß nahm im vergangenen Winter eine Filmvermittlung auf. Doch konnte diese Vermittlung im großen noch nicht ausgebaut werden, da wir über eigene Filme nicht verfügen und der Verkehr mit den kapitalistischen Verleihfirmen allerhand Schwierigkeiten ergab. Der Reichsausschuß unterstützte gemeinsam mit den Gewerkschaften besonders nachdrücklich den Film „Die Schmiede", der den Gedanken der Organisation und Solidarität im Rahmen einer dramatischen Handlung wirkungsvoll zum Ausdruck bringt. Diesem Film mußten aber erst die Kinos erobert werden, was mit Hilfe der örtlichen Arbeiterorganisationen in befriedigendem Umfang gelang. Der Versuch, große Spielfilme sozialistischen Charakters zu schaffen, wird auch weiterhin von uns nachdrücklich unterstützt werden.

Zur Förderung des Arbeiterbüchereiwesens fand im Anschluß an einen Ferienkursus des Genossen Stern in Schloß Tinz eine Konferenz der Arbeiterbibliothekare statt, auf der ein Büchereibeirat, bestehend aus 6 Vertretern der größeren Büchereien im gesamten Reich, gewählt wurde. Er hielt zwei Sitzungen ab, um die notwendigen Schritte zum Auf- und Ausbau des Arbeiterbüchereiwesens, das infolge Krieg und Inflation völlig daniederliegt, vorzubereiten.

Die Jugendschriftenkommission gab ein neues, nach Sachgebieten und Altersstufen gegliedertes Jugendschriftenverzeichnis heraus, das rechtzeitig vor Weihnachten erschien und allgemeine Beachtung fand.

Das Bureau des Reichsausschusses war, da ihm auch die Geschäftsführung der Kinderfreunde und der sozialdemokratischen Lehrer übertragen ist, sehr stark in Anspruch genommen. Die Zahl der Eingänge betrug (Briefe und Karten) 3200, der Drucksachen mehr als 1000; die Zahl der Ausgänge betrug 3858 Briefe, 354 Pakete und 21 569 Drucksachen.

Nach Schluß des Geschäftsjahres fand am 17. Mai 1925 in Weimar eine Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse statt, auf der 27 Bezirke und außerdem verschiedene Gäste anwesend waren. Die Konferenz

ergab ein erfreuliches Bild vom Wiederaufbau und dem Stand unseres Bildungswesens.

Auf Grund der starken Anregungen der Leipziger Kulturkonferenz erfolgte zum Schluß des Geschäftsjahres die Gründung des Sozialistischen Kulturbundes, der in Zukunft alle sozialistischen Kulturorganisationen zusammenfassen soll. Die Träger des Kulturbundes sind: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde und der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Zur Mitarbeit am Kulturbund haben sich ferner einige nahestehende Zentralorganisationen kulturellen Charakters, so der Arbeiter-Sängerbund und der Arbeiter-Turn- und Sportbund, bereiterklärt. Nach den Satzungen bezweckt der Kulturbund die Erweckung und Stärkung aller kulturschöpferischen Kräfte der Arbeiterschaft auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst, Erziehung, Volksbildung, Jugendwohlfahrt und Körperpflege und damit die Verbreitung und Vertiefung des sozialistischen Kulturbewußtseins. Es ist zu erwarten, daß damit eine neue Entwicklung der sozialistischen Kulturbewegung beginnt und diese damit an innerer Kraft und Geschlossenheit gewinnt. Möge die Partei diese Entwicklung fördern und der neuen sozialistischen Kulturbewegung ihre starke Unterstützung leihen! Jede Stärkung des sozialistischen Kulturbewußtseins wird auch dem politischen Kampf der Arbeiterklasse zugute kommen.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
(Zweiter Jahresbericht 1924/25)

Die Kinderfreundebewegung, die noch jungen Datums ist, hat im letzten Geschäftsjahr erfreuliche Fortschritte gemacht. Bestanden vor einem Jahr erst 70 Ortsgruppen, so sind es heute bereits 167. Die neugegründeten Gruppen sind meist in größeren Städten entstanden, so daß jetzt in allen Bezirken Stützpunkte bestehen. Mit der Schaffung von Bezirksorganisationen wurde im letzten Jahr begonnen. Bezirksleitungen bestehen zurzeit in Thüringen, Schleswig-Holstein, Ostsachsen, Zwickau, Plauen, Chemnitz, Leipzig, Mittelschlesien, Hamburg-Nordwest, Magdeburg-Anhalt. Im Rahmen der Leipziger Kulturwoche fand am 2. und 3. August 1924 die erste Reichskonferenz der Kinderfreunde statt, in der einige wichtige Aenderungen in der Organisation vorgenommen wurden, die sich in der Zwischenzeit gut bewährt haben. Insbesondere wurde der Vorstand, der bisher fast ausschließlich aus Vertretern der interessierten zentralen Arbeiterorganisationen bestand, durch 7 Vertreter der Kinderfreundegruppen aus dem Reiche ergänzt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Dr. Löwenstein gewählt. Ferner wurde beschlossen, in den einzelnen Orten Erziehungsvereine zu gründen, die die Eltern und Freunde der Kinder sowie die Funktionäre der Bewegung umfassen und damit zu organisatorischen und finanziellen Trägern der Erziehungsarbeit werden. Die Gründung dieser Vereine ist naturgemäß erst allmählich durchzuführen, aber sie ist wichtig, um die Arbeiterschaft unmittelbar für die sozialistische Erziehung der Kinder zu interessieren.

Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft gab ein einheitliches Verwaltungs- und Werbematerial heraus, darunter eine Werbebroschüre von Dr. Löwenstein: „Die Aufgaben der Kinderfreunde", ferner eine Lichtbildserie „Das proletarische Kind", bearbeitet von Dr. Hodann. Daneben wurde ein besonderer Schriftenvertrieb organisiert, der gute und billige Jugendschriften sowie einschlägige Literatur über die erzieherische Arbeit umfaßt. Herausgegeben wurde ferner eine Broschüre von Witthauer: „Anleitung zum Basteln". In Vorbereitung ist ein Handbuch für die Kinderfreundearbeit, das die Genossin Henny Schumacher bearbeitet und das gesamte Aufgabengebiet der Kinderfreunde darstellen soll.

In den Bezirken veranstaltete die Zentrale Schulungskurse für die Helfer, für die sie die Referenten auf ihre Kosten stellte. Solche Kurse fanden statt in den Bezirken Schleswig-Holstein, Hamburg-Nordwest, Mittelschlesien, östliches Westfalen (Bielefeld), Zwickau, Leipzig. Daneben wurden wiederholt Referenten für Agitationsversammlungen vermittelt, in zwei Fällen der Genosse Kanitz-Wien zu einer Werbetour verpflichtet.

Als besonders wertvoll erwies sich die Herausgabe der Erziehungszeitschrift „Sozialistische Erziehung", die dem Funktionärblatt des Parteivorstandes beiliegt und daneben noch in einer Sonderausgabe an die Funktionäre der Bewegung sowie an die Lehrer und Elternbeiräte abgegeben wird. Die Redaktion dieser Zeitschrift führen die Genossen Aug. Siemsen und Paulsen. Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft regte ferner die Herausgabe einer Kinderzeitschrift an und fand hierfür beim Parteivorstand bereitwilliges Entgegenkommen. Die Zeitschrift erscheint unter dem Titel „Der Kinderfreund" im Verlag der Druckerei Vorwärts monatlich zweimal im Umfang von 16 Seiten in Zweifarbendruck mit reichem Bildschmuck. Ein erheblicher Teil der Auflage wird einer Anzahl Parteizeitungen beigelegt. Zum Redakteur der Zeitschrift wurde der Genosse Wagner-Hamburg gewählt. Die innere und äußere Ausstattung der Zeitschrift erfuhr wiederholt Kritik aus den Kreisen der Kinderfreundegruppen, was angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe nicht zu verwundern ist. An der Ausgestaltung der Zeitschrift wird vom Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft ernsthaft weitergearbeitet.

Soweit uns Berichte aus den Ortsgruppen vorliegen, herrscht überall recht frisches Leben. Ein Stamm von Helfern und Helferinnen, die teilweise aus den Kreisen der sozialistischen Lehrer, zumeist aber aus der Jugendbewegung kommen, arbeiten mit großer Begeisterung an der Erziehung des Arbeiterkindes. Das Zusammenarbeiten mit der Arbeiterwohlfahrt ist im allgemeinen ein gutes. Obwohl beide Bewegungen ihre verschiedenen Aufgabengebiete haben — die Kinderfreunde leisten vorwiegend die erzieherische Arbeit, während die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt mehr auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge liegt —, so gehen doch vielfach die Arbeiten ineinander über. Häufig bestehen gemeinsame Kinderheime, Horte und andere Einrichtungen, die von beiden Teilen verwaltet werden. Die Ortsgruppe München gibt seit einigen Monaten ein eigenes Mitteilungsblatt für die Kinder und Helfer unter dem Titel „Freundschaft" heraus. Die Nürnberger Ortsgruppe veranstaltete eine Woche lang eine Ausstellung gegen den Krieg, die von über 8000 Erwachsenen besucht wurde. Vielfach sind die Kinder auch gern gesehene Gäste bei den Veranstaltungen der Arbeiterschaft, die sie durch eigene Darbietungen verschönen.

Eine besondere Aufmerksamkeit erfahren unsere Münchener und Nürnberger Kinderfreunde durch die Behörden und die Kirche. Der reaktionäre Kurs, der in Bayern herrscht, führt zu allerlei kleinlichen Schikanen, denen die dortigen Genossen und auch die Kinder ausgesetzt sind. Die Kinderfreundevereine werden als politisch erklärt, harmlose Umzüge verboten, Schulräume verweigert und was dergleichen lächerliche Maßnahmen mehr sind. Unsere Genossen werden über solche Zwirnsfäden nicht stolpern; aber bezeichnend ist es immerhin, daß im „neuen" Deutschland solche Dinge möglich sind.

Den Parteiorganisationen und Parteigenossen und -genossinnen müssen aber diese Vorfälle ein Ansporn sein, sich mit um so größerem Eifer für die Kinderfreundebewegung einzusetzen und sie ideell und materiell nach Kräften zu unterstützen.

Parteiarchiv.

Der Zugang an Neuwerbungen für die Bücherei betrug insgesamt 507 Werke mit 598 Bänden. Die periodisch erscheinenden Schriften, Berichte, Zeitungen und Zeitschriften sind hierin nicht einbegriffen. Die Eingänge verteilen sich wie folgt: 47 Werke auf Volkswirtschaft, 149 auf Sozialwissenschaften, 92 auf Sozialismus und Sozialdemokratie, 45 auf Geschichte, 53 auf Staatswissenschaften, 5 auf Rechtswissenschaften, 1 auf Kriegs- und Heerwesen, 22 auf Bildungs- und Erziehungswesen, 16 auf Religion und Philosophie, 8 auf Geographie, Naturwissenschaften und Medizin, 30 auf Sprach- und Literaturwissenschaften, 33 auf Biographien, Briefwechsel und Memoiren, 3 auf Zeitungswesen und 3 auf Enzyklopädie.

Ausgemerzt und abgeschrieben wurden zusammen 209 Werke. Das sind solche Schriften, deren Inhalt für die Bibliothek des Archivs ungeeignet und ehemals ausgeliehene, die nicht wieder einzutreiben sind. Der Gesamtbestand beträgt demzufolge 13 120 Werke mit etwa 26 578 Bänden.

Eine wesentliche Bereicherung erfuhr die Brief- und Manuskriptsammlung, und zwar durch Kauf, Ueberweisungen und Geschenke. So u. a. der handschriftliche Nachlaß des französischen Philosophen und Sozialisten Pierre Leroux, geboren am 7. April 1797 in Paris, gestorben daselbst am 11. April 1871. Diese Sammlung umfaßt vier starke Bände. Auch die Erwerbungen von parteigeschichtlichen Bildern, Photographien und Denkwürdigkeiten machte sich immer mehr fühlbar, um der ständig steigenden Nachfrage für Lichtbild- und Filmpropaganda zu genügen. Die Zahl derjenigen Besucher, die zum Zwecke ihres wissenschaftlichen Studiums das Archiv benutzten, betrug 42. Die Themen ihrer Doktorarbeiten lauteten u. a.: „Die Entwicklung der Internationale nach dem Weltkriege", „Die politischen Strömungen des deutschen Sozialismus im 20. Jahrhundert", „Der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Betriebsleitung", „Die Strömungen des Sozialismus in den deutschsprechenden Ländern und ihre wirtschaftspolitischen Folgen", „Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Orientpolitik im Zeitalter Bismarcks", „Das Staats- und Sozialisierungsproblem", „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterversicherungsgesetzgebung".

An diejenigen Besucher, die das Archiv nur vorübergehend benutzten und der Zählung nicht unterliegen, wurden leihweise 834 Schriften verabfolgt. Immer größer wird die Nachfrage von auswärtigen Hochschulbibliotheken nach Literatur auf dem Gebiete des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung, deren sie für ihre Hörer und Hörerinnen ermangeln. Diese Nachfrage erstreckt sich nicht nur auf Werke der Literatur, sondern vor allem auf Zeitungen und Zeitschriften, Briefe und Materialien aus der ersten Periode des zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariats. In den meisten Fällen sind alle derartigen Anforderungen berücksichtigt worden. Aus dieser Tatsache ergibt sich in zunehmender Weise die Bedeutung des Archivs für die Geschichtsforschung.

Als Bestätigung dessen berufen wir uns auf das Schreiben des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Es lautet:

Berlin W. 8, den 19. November 1923.
U. IV Nr. 7486, U I K. Unter den Linden 4.

Die Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei hat ein besonderes wissenschaftliches und geschichtliches Interesse für die Allgemeinheit und genießt daher

den Schutz der Verordnung über den Schutz von Denkmalen und Kunstwerken vom 8. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. 1920 S. 913). Auf Grund der Ziffer III der Ausführungsbestimmungen vom 7. Februar 1921 (Preuß. Ges. 1921, S. 336) benachrichtige ich Sie hiermit, daß die genannte Bücherei in die von mir geführte Liste unter Berlin Nr. 9 eingetragen worden ist. Mit der Eintragung in die Liste wird der Schutz der Verordnung wirksam, dessen Bedeutung aus der anliegenden Erläuterung ersichtlich ist.

Im Auftrage: (gez.) Nentwig.

Die Erläuterung besagt z. B., daß die in der Liste eingetragenen Gegenstände — Sammlungen und Büchereien — ohne Genehmigung nicht veräußert, verpfändet oder wesentlich verändert oder aus dem Reichsgebiet ausgeführt werden dürfen. Ferner sind die Eigentümer der Sammlungen auf Verlangen verpflichtet, ein vorhandenes Bestandsverzeichnis (Katalog) dem Minister für Wissenschaft usw. vorzulegen. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafen bis zu 100 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen geahndet.

Der Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels, der sich nur zum Teil im Archiv befindet, unterliegt gegenwärtig einer genaueren Inventarisierung. Hierzu gehören alle Korrespondenzen von und an Marx und Engels. Und zwar zu dem Zweck, um eine Gesamtausgabe der nachgelassenen Schriften vorzubereiten.

Wenn die Gründer des Archivs, August Bebel und August Geib, im Jahre 1877 erstmalig den Plan erörterten, eine Stelle zu schaffen, wo wichtige Parteischriften und -zeitungen aufbewahrt werden, um sie einer späteren Generation zugänglich zu machen, so haben sie wohl kaum geahnt, trotz ihres treffsicheren Blicks für die Entwicklungsmöglichkeiten, welch eine hervorragende Bedeutung und Inanspruchnahme, die sich auf die ganze Kulturwelt erstreckt, einmal diese von ihnen befürwortete Stelle, deren Ausfüllung unserem unvergeßlichen Hermann Schlüter vorbehalten blieb, für die Geschichte der Partei einnehmen würde.

Schließen wir unseren Bericht mit den Worten, die ein Besucher des Archivs beim Abschied im Gästebuch eintrug:

„Ergriffen von der Vergangenheit, in die ich hier einen Blick tun durfte, umweht von dem Geist unserer Vorkämpfer, beseelen mich die heißesten Wünsche für die Zukunft des arbeitenden, schaffenden Volkes."

Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen.

Seit langer Zeit betrachten wir das Ergebnis der Wahlen als Maßstab für die Entwicklung der Partei. Von 1881 bis 1912 bewiesen die Wahlergebnisse, daß die Partei ununterbrochen an Stärke zunahm. Die Zahl der Stimmen stieg in dieser Zeit von 311 961 auf 4 250 399, also auf das 13,6fache, oder wenn man den prozentualen Anteil rechnet, von 6,12 Prozent auf 34,82 Prozent. Als im Januar des Jahres 1919 zum erstenmal die Frauen und die Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren an den Wahlen teilnahmen, erreichten wir zwar nicht die absolute Mehrheit, aber doch 45,2 Prozent der Stimmen. Zweifellos hat schon damals der Bruderkampf in den Reihen der Arbeiter ungünstig auf das Wahlresultat eingewirkt. Leider verschärfte sich der Streit in den Reihen der Arbeiter, was zur Folge hatte, daß der Anteil der sozialistischen Stimmen immer zurückging. Als bei den Reichstagswahlen 1920 sich drei proletarische Parteien im Kampfe gegenüberstanden, erhielten diese drei Parteien nur noch 10 951 768 Stimmen = 42,1 Prozent. Der Rückgang hielt an, so daß

bei den Wahlen am 4. Mai 1924 nur noch 6 275 891 Stimmen für sozialistische Parteien und 3 746 643 für kommunistische Kandidaten abgegeben wurden, zusammen 10 022 540 = 34,1 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Reichstagswahlen.

Damit war der Tiefstand erreicht. Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß das Resultat noch ungünstiger gewesen wäre, wenn die Wahl Ende 1923 in der schlimmsten Zeit der Inflation stattgefunden hätte.

Während in der Zeit von 1919 bis 1924 die sogenannten revolutionären proletarischen Parteien Stimmen gewannen, aber nie soviel, als die Stimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei zurückging, trat nun ein Umschwung ein. Jetzt gewannen wir. Die Stimmen der Kommunisten sanken vom 4. Mai bis 7. Dezember von 3 693 139 auf 2 708 345, also um 984 794, während die Zahl unserer Stimmen von 6 008 713 auf 7 880 983 um 1 872 250 stieg. Diese Bewegung hielt an. Das trat bei der Präsidentenwahl am 29. März zutage. Die Wahlbeteiligung war geringer als im Dezember. Die absolute Stimmenzahl fiel um 78 467, aber der prozentuale Anteil stieg von 26 vom Hundert auf 29 vom Hundert. Stellt man die Resultate der drei Wahlen nebeneinander, dann gibt es folgendes Bild:

	Reichstagswahlen				Präsidentenwahl	
	4. Mai 1924		7. Dezember 1924		29. März 1925	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Gültige Stimmen .	29 708 765	—	30 283 986	—	26 866 103	—
SPD.	6 008 713	20,5	7 880 963	26,0	7 802 496	29
Unabhängige	261 559	0,9	98 809	0,3	—	—
Kommunisten	3 693 139	12,6	2 708 345	9,0	1 871 815	7
Bürgerliche Parteien	19 745 354	66,0	19 595 869	64,7	17 191 792	64

Die Reichspräsidentenwahl

zeigte zunächst bei der ersten Wahl am 29. März eine erheblich schwächere Wahlbeteiligung als die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. Während bei der Reichstagswahl von 38 980 245 Wahlberechtigten 30 283 986 gültige Stimmen, also von 100 Wählern 78,73 gültige Stimmen abgegeben worden sind, wurden am 29. März beim ersten Wahlgang von 39 215 232 Wahlberechtigten nur 26 866 503 gültige Stimmen abgegeben, also von 100 Wählern nur 68,76 gültige Stimmen. Durch die schwache Wahlbeteiligung kam es, daß unser Anteil von 26 auf 29 vom Hundert stieg.

Bei der zweiten Wahl am 26. April stieg die Zahl der gültigen Stimmen auf 30 345 146 also auf 77,3 vom Hundert. Der Sammelkandidat des Rechtsblocks Hindenburg erhielt 14 639 309 Stimmen, also 48,24 von 100 abgegebenen Stimmen.

Landtagswahlen.

In folgenden Ländern fanden Landtagswahlen statt: Anhalt am 22. Juni und am 9. November, Hamburg am 26. Oktober, Preußen, Hessen, Braunschweig und Bremen am 7. Dezember, Lippe-Detmold am 18. Januar 1925 und am 3. Mai in Lippe.

Im allgemeinen zeigen diese Wahlen dasselbe Bild wie die Reichstagswahlen. Dieses tritt deutlich in Erscheinung bei Anhalt, wo in kurzen Zwischenräumen zwei Wahlen stattfanden. Diese Wahlen ergaben folgendes Resultat:

	Stimmenzahl		
	am 4. Mai	am 22. Juni	am 9. November
Sozialdemokraten	65 768	64 943	78 672
Demokraten	10 250	6 188	13 991
Bodenreformer	—	3 005	3 267
Zentrum	2 334	2 009	2 406
Kommunisten	22 799	16 714	11 217
Nationalsozialisten	9 631	7 989	7 942
Rechtsblock	83 821	74 514	74 482

Vergleicht man die Stimmenzahl in den andern Ländern mit den Stimmen der vorigen Landtagswahl, dann ist in der Regel ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist um so größer, je weiter die vorige Wahl zurückliegt. In vielen Ländern hatten sich die Arbeiter noch nicht von der Verzweiflung erholt, in die sie durch die Hungerpeitsche der Inflation getrieben waren. Aber es läßt sich doch die Aufwärtsbewegung überall dort nachweisen, wo Ende 1923 oder Anfang 1924 Wahlen stattfanden. In Preußen war das Wahlergebnis im Vergleich zu den Wahlen von 1921 folgendes:

	1921		7. Dezember 1924	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	4 300 086	108	4 575 645	114
Unabhängige	1 078 305	27	67 871	—
Kommunisten	1 253 135	31	1 767 932	44
Zentrum	3 027 339	79	3 229 740	81
Demokraten	1 028 591	24	1 083 523	27
Deutschnationale	3 010 185	76	4 355 674	109
Volkspartei	2 362 910	57	1 797 589	45
Sonstige Parteien	740 362	24	593 018	8
Zusammen	16 880 913	426	17 470 992	428

Die proletarischen Parteien hatten also einen Verlust von 220 078 Stimmen zu verzeichnen. Dieser Verlust wäre auf jeden Fall erheblich größer gewesen, wenn die Wahl ein Jahr früher gewesen wäre.

Vergleicht man die Stimmen, die am 26. Oktober in Hamburg bei der Bürgerschaftswahl abgegeben wurden, mit dem Resultat der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924, dann ergibt es folgendes Bild:

	Stimmen		Mandate	
Sozialdemokraten	174 522	(178 587)	53	(69)
Demokraten	73 382	(81 514)	22	(23)
Kommunisten	78 642	(114 365)	24	(17)
Volkspartei	73 782	(76 482)	22	(31)
Deutschnationale	91 781	(122 004)	28	(18)
Zentrum	8 568	(9 612)	2	(2)
Völkisch-Soziale	13 412	(37 757)	4	(31)
Mieter	6 982	(—)	2	(—)
Gastwirte	6 652	(—)	2	(—)
Verein der Wohnungsuchenden	3 414	(—)	1	(—)
Grundbesitzerverein	2 736	(—)	—	(—)
Frei-Wirtschaftsbund	2 296	(3 070)	—	(—)
Unabhängige	1 681	(3 206)	—	(—)

Beachtenswert ist der starke Stimmenverlust der Kommunisten, die rund 26 000, der Deutschnationalen, die rund 31 000 und die Völkischen, die rund 24 000 Stimmen eingebüßt haben.

Die Sozialdemokraten haben trotz Stimmenzuwachs gegenüber dem 4. Mai Mandate verloren. Deutschnationale und Kommunisten haben hingegen trotz gewaltiger Stimmeneinbuße Mandatsgewinn. Das kommt daher,

daß die alten Mandatsziffern das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom Jahre 1920 sind. Trotz des Mandatsverlustes ist aber die SPD. seit dem 4. Mai die Siegerin, weil sie als einzigste Partei ihre Stimmenzahl vermehrt hat. Alle anderen Parteien haben Stimmeneinbuße. Beachtlich hierbei ist noch die weit schwächere Wahlbeteiligung und das Splitterunwesen. Mieter-, Wohnungsuchenden- und USP.-Listen taten den Erfolgen der Partei Abbruch.

In Bremen stieg die Zahl der Bürgerschaftsmitglieder unserer Partei von 36 auf 47, während die Zahl der Kommunisten von 18 auf 9 zurückging.

In den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder ist die Partei wie folgt vertreten:

Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten am 1. Juli 1925.

	Abgeordnete	darunter Frauen		Abgeordnete	darunter Frauen
Deutscher Reichstag	131	16	Oldenburg	9	—
Preußen	114	17	Braunschweig	19	1
Bayern	24	1	Anhalt	15	—
Sachsen	40	4	Hansestadt Bremen	47	5
Württemberg	13	1	Lippe-Detmold	8	1
Baden	21	2	Hansestadt Lübeck	29	3
Thüringen	17	1	Mecklenburg-Strelitz	8	1
Hessen	26	1	Waldeck	5	—
Hansestadt Hamburg	53	6	Schaumburg-Lippe	8	1
Mecklenburg-Schwerin	15	—			

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen, Kreisausschüssen und Provinziallandtagen.

Wie im ganzen Wirtschaftsleben, so zeigten sich die Nachwirkungen der Inflation auch in den Gemeinden. Große Ansprüche wurden an die Gemeindekassen gestellt, die aber nicht in der Lage waren, die vielen gerechten Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen. In diesem Zeichen übten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in den Gemeindeparlamenten, den Magistraten und Gemeindevorständen ihre Funktion aus. Was Wunder, daß Links- und Rechtsradikale die Unzufriedenheit der Bevölkerung zur Hetze gegen die sozialistische Vertretung in den Parlamenten und in der Oeffentlichkeit benutzten. So hatte die Partei bei den Kommunalwahlen der letzten Jahre einen schweren Stand. Hinzu kam die Abbauverordnung, die sich in erster Linie auswirkte gegen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Allerorts tobte der Kampf. Aber überall waren sich die Kommunisten mit den Bürgerlichen darüber einig, daß da, wo noch ein Sozialdemokrat in der Gemeindeverwaltung saß, dieser abgebaut werden müsse. Ganz besonders scharfe, in persönliche Hetze ausartende Form nahm der Kampf in Hannover an gegen den Genossen Oberbürgermeister Leinert, in Cassel gegen den Genossen Oberbürgermeister Scheidemann und gegen den Stadtschulrat von Berlin, Genossen Paulsen.

So brachte uns die Neuwahl der Gemeindevertretungen in Preußen am 4. Mai 1924 einen Mandatsrückgang. Doch, nach den letzten Reichstags- und Landtagswahlen berechnet, dürften die Verluste bei einer Neuwahl bereits wieder wettgemacht werden. Das beweisen auch die inzwischen in einzelnen Gemeinden vorgenommenen Wahlen, bei denen die Sozialdemokratische Partei ihre alte Vertreterstärke wiedergewonnen hat.

Uebersicht über die Vertretungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen.

	Bezirk	Stadtverordnete			Gemeindevertreter			Magistrate		Gemeindevorstände			Kreistage		Provinzial-landtage	
		Städte	männl.	weibl.	Orte	männl.	weibl.	Städte	Vertreter	Orte	männl.	weibl.	Kreise	Vertreter	männl.	weibl.
1	Ostpreußen	57	249	4	77	262	—	20	28	10	12	—	87	245	21	3
2	Berlin	1	847	85	—	—	—	1	110	—	—	—	—	—	—	—
3	Brandenburg	113	697	22	289	1015	10	55	149	179	294	—	39	296	56	—
4	Pommern	57	226	8	62	193	1	48	63	41	49	—	27	97	26	—
5	Breslau	40	180	—	320	675	—	22	46	45	96	—	23	100	24	2
6	Oppeln	40	260	20	259	898	29	40	69	166	199	—	20	182	18	—
7	Magdeburg-Anhalt	44	290	21	259	1173	9	40	78	199	263	—	20	211	21	—
8	Halle	52	162	5	316	572	6	25	57	153	189	—	16	88	10	—
9	Thüringen	27	136	10	207	699	15	44	80	54	69	—	26	75	5	—
10	Schleswig-Holstein	40	328	8	185	498	5	23	46	8	12	—	17	141	24	—
11	Oldenburg	16	65	—	70	191	—	16	30	11	12	1	—	—	6	—
12	Hannover	10	181	9	160	810	—	14	28	89	122	—	42	320	30	—
13	Braunschweig	14	95	6	111	453	—	13	19	80	80	—	6	88	—	—
14	Westliches Westfalen	98	181	9	177	1027	5	19	82	74	81	—	8	69	7	—
15	Oestliches Westfalen	95	182	11	340	1017	42	33	65	79	142	—	8	192	33	—
16	Hessen-Nassau	29	202	7	391	879	—	20	66	157	234	—	26	156	20	1
17	Hessen-Kassel	44	179	5	209	1011	2	32	46	179	288	—	12	72	19	—
18	Rheinland	92	64	2	81	257	1	5	7	84	84	—	34	160	11	1
19	Niederrhein	69	200	15	65	121	2	24	34	14	16	—	14	60	14	1
20	Oberbayern-Schwaben	—	—	—	141	1102	8	39	180	10	14	—	2	21	—	—
21	Oberpfalz-Niederbayern	—	—	—	131	367	2	—	—	11	16	—	2	12	—	—
22	Franken	56	847	—	874	1182	—	—	—	84	134	—	63	75	29	—
23	Pfalz	—	—	12	219	910	6	—	—	62	70	—	30	95	11	8
24	Dresden	40	242	14	554	2178	18	40	73	—	88	—	—	72	—	—
25	Leipzig	36	192	4	367	1179	4	33	53	88	99	—	8	64	—	—
26	Chemnitz	28	166	4	222	634	6	21	47	56	26	—	—	—	—	—
27	Zwickau	28	148	6	149	521	9	9	16	24	27	—	1	5	—	—
28	Württemberg	66	388	5	242	883	—	—	—	4	4	—	—	—	—	—
29	Baden	11	166	—	364	6818	—	11	42	21	21	—	—	—	—	—
30	Hessen-Darmstadt	14	128	6	441	1916	12	3	10	43	75	—	18	166	49	—
31	Hamburg	12	38	10	90	494	5	12	20	31	41	—	15	87	5	—
32	Mecklenburg-Lübeck	62	800	12	165	548	—	19	29	105	182	—	—	—	—	—
		1080	6238	270	6967	30750	197	711	1500	2024	2889	1	591	3218	419	11

Eine Zählung der Gemeindevertreter hat nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien erst jetzt stattgefunden. Ein Vergleich mit den alten Zahlen ist daher sehr schwer. Aber trotz des oben verzeichneten Mandatsrückgangs zählen wir nach der letzten genauen Erhebung noch 45 488 Gemeindevertreter, und zwar in 1080 Städten 6233 männliche und 270 weibliche Stadtverordnete. Gemeindevertreter haben wir in 6967 Orten 30 750 männliche und 197 weibliche. Im 711 Städten haben wir 1500 Magistratsmitglieder, in 2024 Orten 2829 männliche und ein weibliches Mitglied in den Gemeindevorständen. An Kreistagsmitgliedern zählen wir in 531 Kreisen 3218 und in den Provinziallandtagen 419 männliche und 11 weibliche Vertreter. Eine genaue Uebersicht, verteilt auf die Parteibezirke, gibt die nebenstehende Tabelle.

Der Parteivorstand hat bei Beginn des Wiederaufbaus auch der Kommunalpolitik seine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet.

Mit dem 1. Juli 1924 gab der Parteivorstand unter dem Titel „Die Gemeinde" eine neue kommunalpolitische Zeitschrift für das ganze Reich heraus, deren erstes Heft bereits dem Berliner Parteitag vorgelegt werden konnte. Eine großzügige Propaganda unter den Kommunalvertretern brachte nicht den gewünschten Erfolg. Nur der fünfte Teil hat die „Gemeinde" abonniert. Zur besseren Erfassung der kommunalpolitisch tätigen Genossen hat der Parteivorstand ausgeführt, was im Geleitwort des ersten Heftes der „Gemeinde" gesagt wurde, und hat die

„Kommunalpolitische Zentralstelle beim Parteivorstand"

gegründet. Der Zentralstelle ist ein Beirat zur Seite gestellt, in welchen die Genossen Beims, Hirsch, Stoll, Fischer, Zimmer, Reuter, Stelling und Fechner berufen wurden. Der Genosse Fischer-Dresden ist inzwischen verstorben.

Der Beirat wird zu allen kommunalpolitischen Fragen Stellung nehmen und Richtlinien für unsere Tätigkeit ausarbeiten. Die Zentralstelle selbst, zu deren Geschäftsführer der Genosse Fechner bestellt wurde, wird die Vermittlung zwischen den Genossen herstellen. Sie hat sich bereits betätigt bei der Arrangierung der Vorbesprechungen zu den Tagungen der kommunalen Spitzenorganisationen. Es wird weiterhin Aufgabe der Zentrale sein, noch mehr, als dies bisher von den Bezirken geschehen, laufend Konferenzen der Kommunalvertreter zu veranstalten. Darüber hinaus hat sie sich das Ziel gesteckt, durch Veranstaltung von Kursen und Herausgabe von kommunalpolitischen Schriften für die Weiterbildung der Kommunalvertreter zu sorgen. Bestand bisher die Arbeit der Zentralstelle in der Hauptsache in der Auskunfterteilung bei Anfragen, so wird in Zukunft auch alles wichtige Material gesammelt und den Fraktionen zugänglich gemacht werden.

Um ein besseres Bindeglied zu schaffen zwischen Zentrale und Bezirk, muß verlangt werden, daß die Bezirke sich ebenfalls einen kleinen Beirat — vielleicht aus drei Personen — bilden, der dann die Verbindung aufrechterhält und die Zentrale von allen wichtigen Vorkommnissen informiert. So kann auch in Zukunft in der Kommunalpolitik systematisch sozialistische Arbeit geleistet werden.

Der Parteiausschuß

war in dieser Berichtsperiode besonders dazu berufen, gemäß der ihm zugewiesenen Aufgabe als Beirat des Parteivorstandes in politischen Fragen mitzuberaten und sich gutachtlich zu äußern. Die Vorbereitungen und die einzuschlagende Taktik zu den Wahlen zum Reichstag, zum Reichspräsidenten, auch zum Preußischen Landtag erforderten dies. Zur Beratung dieser wichtigen Fragen tagte der Parteiausschuß nicht allein, wie sonst üblich, gemeinsam mit dem Parteivorstand, sondern wiederholt mit der Reichstagsfraktion und auch mit der Kontrollkommission.

Als im Sommer 1924 die Auflösung des Reichstags bei Beratung der Dawes-Gesetze möglich erschien, wurde der Parteiausschuß am 29. August nach Berlin berufen. Der Parteivorstand hatte alles für die Wahlagitation vorbereitet. Die Deutschnationalen hatten es anders beschlossen. Gerade an dem Tage war die denkwürdige Abstimmung im Reichstag, bei der ein Teil der Deutschnationalen umfiel und der Reichstag noch mühsam zusammengehalten wurde. Die Konferenz war sich einig darin, daß die Partei täglich auf der Wacht sein müsse, da dieser Inflations-Reichstag doch sicher kein langes Leben haben würde.

Als am 20. Oktober der Reichstag dann doch der Auflösung verfiel, tagte auf telegraphische Einberufung durch den Parteivorstand der Parteiausschuß schon am 22. Oktober, um sich eingehend mit der Reichstagswahl zu beschäftigen. — Auch der Parteistreit in Sachsen wurde in dieser Sitzung besprochen.

Am 16. Februar 1925, nach den Neuwahlen im Reiche und in Preußen, wurde in einer Sitzung die aus den Wahlen resultierende politische Situation in Preußen besprochen. Auch wurde kurz über die bis spätestens im Juni fällige Wahl des Reichspräsidenten vom Parteivorstand berichtet. Ferner wurde über die Gründung der „Konzentration" nähere Mitteilung gemacht. — Am zweiten Tage der Konferenz nahm der Parteiausschuß in einer eingehenden Aussprache zu den Angriffen der Rechtsparteien in Sachen des Falles Barmat Stellung.

Durch Eberts Tod wurde die Stellungnahme zur Wahl des Reichspräsidenten frühzeitiger akut. In einer kombinierten Sitzung mit der Reichstagsfraktion und der Kontrollkommission beschäftigte sich der Parteiausschuß am 7. März 1925 mit der Kandidatenfrage. Es kam zu dem Beschluß, einen eigenen Kandidaten unserer Partei aufzustellen; einstimmig wurde diese Kandidatur dem Genossen Otto Braun angetragen, der sich bereit erklärte.

Nach dem ersten Wahlgang trat der Parteiausschuß mit der Fraktion am 2. April zu einer Tagung zusammen, um am folgenden Tage zu dem Entschluß zu kommen, im zweiten Wahlgang für Marx als Kandidaten einzutreten.

Die Sitzung am 20. Mai würdigte das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl kritisch. Dann beschäftigte sie sich mit dem Internationalen Kongreß. — Eine Protestresolution gegen die Wucherzölle, die in dieser Sitzung vom Parteiausschuß beschlossen wurde, war gleichsam die Fanfare zum Zolltarifkampf. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger wird durch einen neuen Anschlag der großkapitalistischen und großagrarischen Interessenpolitik aufs schwerste bedroht.

Die sogenannte kleine Zolltarifvorlage der Reichsregierung will die alten Brotwucherzölle von 5 Mk. für Roggen und 5,50 Mk. für Weizen als feste Mindestzölle wieder einführen. Zugleich soll der Eisenzoll in seiner alten Höhe aufrechterhalten werden.

Diesen Absichten der Regierung sagt die Sozialdemokratische Partei den schärfsten Kampf an.

Die geplanten Zölle geben dem großagrarischen und schwerindustriellen Unternehmertum die Möglichkeit, die Grund- und Kartellrente künstlich zu steigern und unabhängig von der Preisgestaltung des Weltmarktes eine neue Preisdiktatur über die inländischen Verbraucher auszuüben. Schwersten Schaden bringen sie jedoch der Fertig- und Exportindustrie, der kleinen und mittleren Landwirtschaft, vor allem den die Mehrheit des Volkes bildenden Lohn- und Gehaltsempfängern, denen die Lebenshaltung verteuert, der

Arbeitsmarkt verengt wird in einer Zeit, da die Löhne kaum das Existenzminimum sichern.

Den verarmten Massen des arbeitenden Volkes das Brot künstlich verteuern zu wollen, ist eine furchtbare Brutalität. Diese Verteuerung trifft alle, auch die Aermsten der Armen, die Opfer der Inflation, die Kriegerwitwen und -waisen und die Kriegsbeschädigten. Ihnen, die mit unwürdigen Entschädigungen abgespeist werden, will man jetzt auch noch das Brot verteuern.

Die neuen Zölle bedeuten für diese Massen neuen Hunger, wenn nicht die Teuerung durch Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen wieder ausgeglichen wird. Eine solche Erhöhung würde aber nur eine scheinbare sein. Sie würde die Kaufkraft der Verbraucher nicht heben, sondern nur die Produktionskosten und die Staatsausgaben erhöhen. Verminderte Ausfuhrmöglichkeit, Arbeitslosigkeit und vermehrte Steuerlast wären die Folgen.

Im Kampf gegen diese verhängnisvollen Pläne weiß sich die Sozialdemokratische Partei einig mit der Wissenschaft, deren maßgebende Vertreter vor jeder unnützen Verteuerung der Produktion durch Schutzzölle auf Brotgetreide und auf industrielle Rohstoffe eindringlich warnen. Sie weiß sich darin einig mit den wirtschaftlichen Berufsvertretungen der Lohn- und Gehaltsempfänger, die gegen diese Pläne die nachdrücklichsten Vorstellungen erhoben haben. Daß sich für sie im Reichstag keine Mehrheit findet, dafür müssen die bedrohten Volksmassen jetzt selbst sorgen.

Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist es, diese Massen aufzurütteln und ihnen das geistige Rüstzeug zu geben, das sie befähigt, den Angriff auf ihre Lebensinteressen zurückzuschlagen. In den nationalistischen Rechtsparteien hat sich die großkapitalistische und großagrarische Interessentenpolitik ihr Herrschaftsinstrument geschaffen. Rechtskurs bedeutet steuerliche Schonung des Besitzes, schwerste Belastung der Besitzlosen durch Steuern und Zölle.

Der Kampf muß daher unter der Parole geführt werden: Nieder mit dem Rechtskurs! Nieder mit dem Brotwucher!"

Redakteurkonferenzen fanden am 8. März und 3. April 1925 statt, um Informationen über die Stellung der Partei zu den beiden Wahlgängen der Reichspräsidentenwahl entgegenzunehmen. — Pressefragen und technische Fragen des Zeitungsverlags bildeten außerdem den Gegenstand der Beratung.

Die Bezirkskassierer einmal zu einer Aussprache zusammenzuberufen, um vielfache Anstände zu besprechen, die der Parteivorstand an den eingesandten Quartalsabrechnungen zu machen hatte, erwies sich als absolut notwendig. Auch sollte die Aussprache dazu dienen, einheitliches Verwaltungsmaterial allgemein möglichst zur Einführung zu bringen. In zweitägigen Verhandlungen, am 14. und 15. Juli, hat diese Zusammenkunft ihren Zweck zum Nutzen der Organisation durchaus erfüllt.

Parteipresse.

Hatten die Parteigeschäfte in der Zeit der Geldentwertung enorme Schwierigkeiten zu bestehen und recht erhebliche Verluste zu ertragen, so hat die Stabilisierung der Währung und das damit einsetzende lebhaftere Geschäft vielen unter ihnen Gelegenheit zur allmählichen Gesundung geboten. Das Berichtsjahr hat dort, wo die Situation geschickt und energisch ausgenutzt wurde, den Parteigeschäften einen oft recht beachtenswerten Aufschwung gebracht. Vermehrte Abonnentenziffern, höhere Inserateneinnahmen und erfreulicherweise auch an manchen Orten zunehmende Druckaufträge brachten bei dem stabilen Geld auch

wieder zufriedenstellende Betriebsabschlüsse. Die allgemeine Hochkonjunktur im Zeitungsgewerbe ist auch unseren Betrieben zugute gekommen. Es haben denn auch jene Parteigeschäfte, deren Leitungen sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen rechtzeitig anzupassen verstanden, die Verluste aus der Zeit der Inflation wieder wettgemacht. Freilich macht sich heute schon wieder eine rückläufige Bewegung bemerkbar. Die Notwendigkeit scharfer Kalkulation, vorsichtiger Wirtschaftsführung sowie äußerster Zurückhaltung in Fragen der Betriebserweiterung muß auf das schärfste betont werden. Insbesondere ist diese Zurückhaltung deswegen zu fordern, weil die höheren Anforderungen an die Betriebe infolge des besseren Geschäftsganges vielfach Veranlassung bieten, technische und räumliche Verbesserungen und Erweiterungen vorzunehmen. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage fordert unbedingt Vorsicht auf diesem Gebiete. Diese Warnung ist um so berechtigter, als in Einzelfällen üble Erfahrungen den Beweis der Notwendigkeit dieser Zurückhaltung bringen.

Rein zahlenmäßig ist gegenüber dem vorjährigen Berichtsjahr keine nennenswerte Aenderung eingetreten. Die Partei verfügt über 169 Tageszeitungen, davon werden 103 in eigenen Druckereien hergestellt, die in eigenem Grundbesitz untergebracht sind. Von den übrigen 66 Zeitungen werden 34 in Parteidruckereien und 5 in Privatdruckereien hergestellt. Außerdem erscheinen 25 Kopfblätter und zweimal wöchentlich 2 Landboten.

Die Parteipresse stellt rein zahlenmäßig nur einen kleinen Bruchteil der deutschen Tagespresse dar. Nach dem Mosseschen Zeitungskatalog für 1925 werden in Deutschland 3152 Zeitungen herausgegeben. Diese verteilen sich auf die verschiedenen politischen Parteien wie folgt:

nationalsozialistisch	14	(0,5 Proz.)
national (einschl. deutschnational)	392	(12,4 „)
deutsch-volksparteilich	48	(1,6 „)
Zentrum	284	(9,0 „)
demokratisch	166	(5,6 „)
sozialdemokratisch	142	(4,5 „)
unabhängig sozialdemokratisch	2	(0,06 „)
kommunistisch	20	(0,7 „)
bayerisch volksparteilich	96	(3,4 „)
föderalistisch	4	(0,12 „)
fremdsprachig	7	(0,22 „)
wirtschaftlich	141	(4,5 „)
konfessionell	13	(0,5 „)
amtlich	188	(5,9 „)
parteilos	1635	(51,0 „)

Wenn neben der sogenannten parteilosen und der übrigen bürgerlichen Presse hier nur 142 sozialdemokratische Zeitungen genannt werden, so beweist dies, daß nur 4,5 Proz. der deutschen Tagespresse unserer Partei zugehören. Auch die Differenz, die zwischen unserer Aufstellung und derjenigen des Mosseschen Verlags besteht, ändert nicht viel an dieser Tatsache. Diese Differenz dürfte in der Hauptsache dadurch zu erklären sein, daß Mosse unsere Kopfblätter zumeist nicht gezählt hat. Auch wenn wir annehmen, daß die Mehrzahl unserer Parteiblätter eine durchschnittlich höhere Abonnentenziffer als die bürgerlichen Zeitungen haben, so bleibt doch auch dann ein starkes Mißverhältnis zwischen der Verbreitung unserer Parteipresse und der Wählerzahl der Sozialdemokratischen Partei. Hier ist für die Parteipresse noch eine gewaltige Aufgabe zu lösen, zu deren Bewältigung geschickte und fleißige Arbeit erforderlich ist.

Eine Ergänzung im Aufbau unserer Parteibetriebe sowie eine bessere Zusammenfassung der in diesen Parteibetrieben vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte soll durch eine neue Organisation erzielt werden, die mit Abschluß des Berichtsjahres getroffen wurde. Nach jahrelangen Vorarbeiten des Parteivorstandes wurde am 31. März d. J. die

Konzentration A.-G.

Sozialdemokratische Druckerei- und Verlags-Betriebe, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3,

errichtet. Aufgabe dieser Organisation ist die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Betriebe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, insbesondere der Druckereien, der Verlage und ähnlicher Betriebe zum Zwecke gemeinschaftlicher Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe sowie der Betriebsmittel, die gemeinsame Ueberwachung aller Betriebe durch fachmännische Revisoren, Beschaffung der erforderlichen Mittel zum weiteren Ausbau der Betriebe; Erwerb, Errichtung und Ausbau von Betrieben sowie Beteiligung an solchen Gesellschaften und Betrieben, die der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der zusammengeschlossenen Betriebe zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Verwirklichung des Gesellschaftszweckes Untergesellschaften zu bilden und ihnen die Durchführung einzelner Aufgaben zu übertragen.

Die Konzentration A.-G. wird bereits für den Heidelberger Parteitag eine gedrängte Zusammenfassung über den derzeitigen Umfang und die Bedeutung der Parteibetriebe vorlegen. Wir hoffen, daß es dieser neuen Organisation in Zukunft gelingen wird, auf dem Wege der Vorwärtsentwicklung unserer Parteipresse neue Erfolge zu erzielen und im kommenden Jahre Günstiges auf diesem Gebiete zu berichten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß unsere Parteigeschäfte ihre wirtschaftlichen Kräfte innerhalb dieser Gesellschaft zur Geltung und gemeinsamen Verwertung bringen.

Vorwärts.

Die allgemeine Festigung der Partei in finanzieller und organisatorischer Beziehung ist auch dem Zentralorgan der Partei zunutze geworden. Verlag und Redaktion konnten an den erstrebten Ausbau des „Vorwärts" zu einem alle Gebiete des sozialistischen Wirkens umfassenden großen Blatte gehen. Die günstigere Geschäftslage ermöglichte es, den textlichen Umfang des „Vorwärts" zu erweitern und den bisherigen regelmäßigen Beilagen weitere hinzufügen. So erscheint jetzt wieder eine tägliche Beilage „Unterhaltung und Wissen", eine besondere, für die Berliner kommunalen Angelegenheiten bestimmte „Stadtbeilage" (wöchentlich), 14täglich der „Kinderfreund" und als Monatsbeilage der „Jugend-Vorwärts", dessen Redaktion im engsten Einvernehmen mit dem Vorstand des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend-Vereine erfolgt. Die Wahlkämpfe, die in diesem Jahre alle Parteigenossen aufs lebhafteste anspannten, boten der Redaktion willkommene Gelegenheit, das politische Interesse breiter Leserschichten zu wecken und das Verständnis politischer Zusammenhänge bei ihnen zu vertiefen. In zahlreichen Sonderausgaben, die in Berlin und Umgegend in Millionen von Exemplaren verbreitet wurden, suchte der „Vorwärts" den Weg auch zu denen, die sonst niemals ein sozialdemokratisches Blatt in die Hand bekommen. Besonderen Anklang fand die politische Karikatur, die sich zunächst nur langsam durchsetzte, heute aber zu einem der beliebtesten Bestandteile des Kampforgans geworden ist. Bei ihrer Ausgestaltung wirkte in hervorragendem Maße der als Schriftsteller und Zeichner

gleich bedeutende Genosse Dr. Otto Köster mit, der uns leider durch einen frühen Tod entrissen wurde. In die Redaktion ist im Laufe des Berichtsjahres der Genosse Dr. Kurt Geyer zunächst als ständiger Mitarbeiter, dann als politischer Redakteur neu eingetreten.

Die Aufwärtsbewegung der Auflage des „Vorwärts" wurde zunächst ungünstig beeinflußt durch die im Anfang des Berichtsjahres niedrigen Goldmarklöhne, die tief unter dem Friedensstand lagen und durch eine Reihe von Schiedssprüchen auf diesem Tiefstand gehalten wurden. Erst die in den nachfolgenden Monaten einsetzenden gewerkschaftlichen Kämpfe brachten den Arbeitern Schritt um Schritt Lohnerhöhungen und damit ein schnelleres Tempo in der Zunahme unserer Abonnenten.

Die finanzielle Lage des „Vorwärts" war, wie die der gesamten Presse, in der ersten Hälfte des Berichtsjahres eine relativ gute. Bis Mitte des Jahres 1924 war es möglich, trotz der eingangs des Berichts bereits erwähnten Erweiterung des Umfangs des „Vorwärts" und der Schaffung neuer Beilagen, den Bezugspreis herabzusetzen. In den darauffolgenden Monaten erhöhten sich jedoch die Ausgaben für die Herstellung des „Vorwärts" in einem Ausmaße, daß eine Herabsetzung des Bezugspreises nicht mehr in Frage kommen konnte. Die Papierpreise stiegen von 25,5 Pf. pro Kilo im März 1924 auf 27 Pf. im April, auf 29,5 Pf. im Mai 1924 und so fort bis 33,5 Pf. im Mai 1925, also eine Steigerung von 32 Prozent. Die Preise für die Drucklegung des „Vorwärts" erhöhten sich in gleichem Umfang und Prozentsatz infolge der Materialpreissteigerungen und der durch die steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel verteuerten Lebenshaltung der Arbeiter notwendig gewordenen Lohnerhöhungen. Diese wachsenden Ausgaben, zu denen noch die ungewöhnlich hohen Gebühren für Postabonnements und die starken steuerlichen Belastungen kommen, sind geeignet, die Weiterentwicklung der Presse zu hemmen. Trotz dieser ungünstigen Wendung in finanzieller Beziehung wird der „Vorwärts" unbeirrt weiterarbeiten an seinem Ausbau und seiner Verbreitung mit Unterstützung der auch unter den schwierigsten Verhältnissen stets bewährten Treue der Genossen.

Der Parteiverlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin.

Bericht für das Kalenderjahr 1924.

Unsere Zeitschriften.

„Lachen links" zurzeit	80 000	Auflage
„Frauenwelt" zurzeit	90 000	„
„Die Gesellschaft" zurzeit	4 400	„
„Die Gemeinde"	8 400	„

An Büchern erschienen im Jahre 1924:

		Auflage
Januar:	Schmidt, Schwundgeld	5 000
März:	Lohmann, Ihr aber lebt	1 500
	Wendel, Baluschek	3 000
April:	Geyer, Drei Verderber Deutschlands	5 000
	Winter, Das Kind und der Sozialismus	5 000
	Renner, Lassalle	1 000
	Klühs, Bebel	1 000

		Auflage
Mai:	Holz, Dafnis	4 000
Juni:	Der Deutsche Reichstag (Mai 1924)	10 000
Juli:	Holz, Buch der Zeit	1 500
	Holz, Werk II, plano (erst die Hälfte fertiggestellt)	2 000
	Parteitagsprotokoll	3 000
	Frauenkonferenz, Protokoll	2 000
August:	Cunow, Ursprung	3 000
	Kampffmeyer, Nationalsozialismus	10 000
September:	Brand, Ulenbrook	5 000
	Holz, Kindheitsparadies	2 000
	Holz, Sozialaristokraten	500
	Kautskyheft der Gesellschaft	4 000
	Kautskyheft der Gesellschaft, plano	2 000
	Juchacz-Heymann, Arbeiterwohlfahrt	5 000
Oktober:	Wendel, Anekdoten	10 000
	Kampffmeyer, Zunftgesellen	10 000
	Lohmann, Hilde Lichtwark	6 000
	Krafft, Fliegen und Funken	10 000
	Grottewitz, Unser Wald	5 500
	Marx, Kritik	3 000
November:	Holz, Schultag	5 000
	Blos, Florian Geyer	2 000
	Kuttner, Schicksalsgefährtin	2 000
	Wendel, Sozialismus in der Karikatur	5 000
	Schulz, Menschlein	10 000
	Krüger, Widiwondelwald	10 000
	Löwenstein, Kinderfreunde	10 000
Dezember:	Taschenbuch der Arbeit	10 000
	Berger-Donau, Arbeitsnachweisgesetz	4 000
	Baluschek, Großstadtgeschichten	10 000
	Brand, Islandreise	5 000
	Schulz, Kiekindiewelt	5 000
	Holz, Fern liegt ein Land	1 000
	Andersen Nexö, Bornholmer Novellen	5 000
	Holz, Blechschmiede	2 000
	Holz, Gesamtwerk I—V	3 000

Der Verlag hat durch die Ausstattung und Aufmachung ein verändertes neues Gesicht erhalten. Zahlreiche unverlangte Aeußerungen weiter Kreise haben dem Verlag Anerkennungen und Glückwünsche übermittelt. In demselben Sinne spricht sich einmütig die Presse aus. Der Verlag will alle Neuerscheinungen technisch auf das allerbeste ausstatten. Der geringe Preisunterschied zwischen Schundware und Qualitätsarbeit erkennt jeder Arbeiter. Wer ein Buch kauft, will dauernde Freude an demselben haben.

Der Gesamtumschlag im Jahre 1924 betrug 1 158 000 Mk. An Honoraren wurden gezahlt 148 000 Mk., für Bücher 58 000 Mk. An Porti für den Versand der Zeitschriften allein wurden 66 700 Mk. aufgewandt.

Der scheinbar nach außen auffällige Umstand, daß der Verlag eine ausgesprochene belletristische Richtung nehmen würde, ist für die erste Hälfte des Jahres 1924 erklärlich durch das Erscheinen des Gesamtwerkes Arno Holz, das schon durch die Größe und Bedeutung einen hervorragend auffälligen Platz unter den damals wenigen Verlagsneuerscheinungen einnahm.

Wenn man die Gesamtproduktion des Jahres 1924 betrachtet, ist das Vorwiegen der belletristischen Werke nicht mehr auffällig, und wenn man die jetzt in Vorbereitung befindlichen Werke hinzunimmt, wird die Belletristik wieder den üblichen Rahmen der früheren Verlagsproduktionen nicht überschreiten.

In Vorbereitung befinden sich zurzeit:

Kampffmeyer, Die erste deutsche Revolution.
Kampffmeyer, Deutsches Staatsleben.
Adler, Marx als Denker.
Adler, Engels als Denker.
Martow-Dan, Geschichte der russischen Sozialdemokratie.
Kautsky, Marx Kapital, Band 2. (Als Ergänzung der vor dem Kriege erschienenen Volksausgabe I B).
Cunow, Wirtschaftsgeschichte, 4 Bände.

Der Bücherkreis.

Dieser ist eine aus dem Freundeskreis des Dietz-Verlages entstandene Bücherorganisation mit selbständiger Geschäftsführung innerhalb des Verlages.

Im Oktober 1924 begannen die ersten Vorarbeiten; das 1. Buch erschien Ende Dezember; das 2. Buch im April; das 3. Buch im Juni 1925. Bis 15. Mai 1925 waren vom 1. Buch 11 000, vom 2. Buch 14 500 ausgeliefert worden. Das gesteckte Ziel, mit dem 3. Buche 20 000 Mitglieder zu zählen, dürfte erreicht sein. Die höchste Zahl an Mitgliedern weist der Bezirk Berlin mit 2200 auf, es folgt Magdeburg mit 1520, Hamburg mit 1272 usw.

Stand des Bücherkreises am 11. Juli 1925 nach Bezirken und Orten:

1. Bezirk Ostpreußen.

Königsberg	115	
Elbing	6	
Heinrichswalde	1	
Osterode	14	
Pillkallen	4	= 140

Bezirk Berlin.

Berlin	2200	= 2200

2. Bezirk Brandenburg.

Rathenow	48	
Brandenburg	60	
Neuruppin	12	
Potsdam	18	
Nowawes	17	
Luckenwalde	35	
Fürstenwalde	15	
Frankfurt a. O.	39	
Eberswalde	15	
Prenzlau	21	
Guben	9	
Forst	1	
Cottbus	47	
Senftenberg	41	
Spremberg	32	
Sorau	45	
Sommerfeld	19	
Meseritz	45	
Schneidemühl	30	
Wittenberge	12	= 561

3. Bezirk Pommern.

Stettin	175	
Ueckermünde	9	
Lassan	1	
Stralsund	18	
Schivelbein	18	
Bublitz	1	
Köslin	22	
Stolp	18	= 262

4. Bezirk Breslau Mittel- und Oberschlesien.

Breslau	250	
Striegau	3	
Waldenburg	48	
Oberlangenbielau	13	
Ratibor	4	
Hindenburg	65	= 383

5. Bezirk Görlitz.

Görlitz	62	
Liegnitz	47	
Niesky	15	
Neusalz	28	= 152

6. Bezirk Magdeburg-Anhalt.

Magdeburg	1280	
Halberstadt	52	
Bernburg	49	
Dessau	139	= 1520

7 Bezirk Halle (Saale).

Halle	140	
Zeitz	48	= 188

8. Bezirk Groß-Thüringen.

Gera	84	
Jena	96	
Erfurt	95	
Eisenach	42	
Meiningen	30	
Schmalkalden	10	
Langensalza	21	
Ilmenau	21	
Saalfeld	26	
Pößneck	8	
Apolda	15	
Frankenhausen	15	
Greiz	37	
Nordhausen	11	
Altenburg	94	= 605

9. Bezirk Schleswig-Holstein.

Kiel	50	
Flensburg	50	= 100

10. Bezirk Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück.

Rüstringen	93	
Varel	23	
Emden	20	
Osnabrück	100	
Einswarden	15	= 251

11. Bezirk Hannover.

Hannover	220	
Celle	55	
Harburg	82	
Göttingen	66	
Hildesheim	84	= 507

12. Bezirk Braunschweig.

Braunschweig	93	
Holzminden	—	
Goslar	25	= 118

13. Bezirk Oestliches Westfalen und Lippische Freistaaten.

Bielefeld	105	
Minden	65	
Rinteln	14	= 184

14. Bezirk Westfalen-Süd.

Dortmund	400	
Bochum	35	
Gelsenkirchen	110	
Hamm	70	
Recklinghausen	200	
Hagen	80	
Münster	27	
Herne	30	= 952

15. Bezirk Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M.	410	
Wiesbaden	52	
Hanau	60	= 522

16. Bezirk Hessen-Cassel.

Cassel	175	
Eschwege	5	= 180

17. Bezirk Obere Rheinprovinz.

Köln	270	
Aachen	40	
Quadrath	6	
Saarbrücken	76	= 392

18. Bezirk Niederrhein.

Duisburg	100	
München-Gladbach	10	
Solingen	40	
Elberfeld	90	
Essen	155	
Duisburg	98	= 493

19. Bezirk Oberbayern und Schwaben.

München	260	
Augsburg	65	
Kaufbeuren	7	= 332

20. Bezirk Oberpfalz und Niederbayern.

Regensburg	80	= 80

21. Bezirk Franken.

Nürnberg	340	
Aschaffenburg	13	
Würzburg	45	
Schweinfurt	5	
Koburg	19	
Bayreuth	50	
Hof	165	= 637

22. Bezirk Pfalz.

Ludwigshafen	130	
Kaiserslautern	61	= 191

23. Bezirk Dresden (Ostsachsen).

Dresden	325	
Zittau	1	
Löbau	23	
Bautzen	9	
Pirna	130	
Meißen	48	= 536

24. Bezirk Leipzig.

Leipzig	100	= 100

25. Bezirk Chemnitz.

Chemnitz	350	= 350

26. Bezirk Zwickau.

Zwickau	162	
Plauen	181	= 343

27. Bezirk Württemberg-Hohenzollern.

Stuttgart	220	
Ulm	55	
Heilbronn	42	
Eßlingen	25	

Göppingen	34	
Geißlingen	10	
Heidenheim	20	
Schramberg	10	
Tuttlingen	32	= 448

28. Bezirk Baden.

Mannheim	175	
Heidelberg	20	
Karlsruhe	101	
Pforzheim	25	
Lahr	20	
Freiburg	85	
Konstanz	34	
Singen	46	= 506

29. Bezirk Hessen.

Offenbach	160	
Darmstadt	170	
Gießen	79	
Worms	75	
Mainz	72	= 556

30. Bezirk Hamburg-Nordwest.

Hamburg	900	
Bremen	275	
Vegesack	13	
Bremerhaven	24	
Cuxhaven	52	
Bergedorf	8	= 1272

31. Bezirk Mecklenburg-Lübeck.

Rostock	130	
Schwerin	34	
Lübeck	50	
Goldberg	13	= 227

32. Bezirk Ausländer.

Bodenbach	13	
Brünn	37	
Danzig	21	
Karlsbad	72	
Teplitz-Schönau	100	
Wien	210	= 453

Summa: 15 741

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale.

Der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sind 44 Parteien in 34 Ländern mit 6 280 304 Mitgliedern, davon 751 841 Frauen, 25 600 000 Wählerstimmen und 1022 Vertreter in den Parlamenten angeschlossen. In der Mitgliederzahl ist nicht die Zahl der Sozialdemokraten enthalten, die in Ländern mit illegalen Parteien tätig sind: Armenien, Georgien, Rußland, Ukraine, Ungarn. Die angeschlossenen Parteien verfügen über 311 Tageszeitungen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist, mit Ausnahme der Schweiz, in allen Staaten Europas vertreten. Außerhalb Europas hat sie angeschlossene Organisationen in Amerika, Argentinien, Britisch Guyana, Palästina. Es sind Schritte unternommen worden, um mit weiteren außereuropäischen Arbeiterparteien, insbesondere in China und Japan in Verbindung zu kommen.

Mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund ist die Sozialistische Arbeiter-Internationale durch ein inniges Zusammenarbeiten verbunden. In den Ländern, in denen angeschlossene Parteien vorhanden sind, beträgt die Zahl der gewerkschaftlichen Mitglieder 15 585 967.

Zum Internationalen Genossenschaftsbund bestehen freundschaftliche Beziehungen. Er ist zu politischer Neutralität nach allen Seiten verpflichtet, weil ihm auch die russischen Genossenschaften angehören.

Zu den Sitzungen der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wird regelmäßig eine Vertreterin des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees geladen.

In der Exekutive der Sozialistischen Jugend-Internationale ist die Sozialistische Arbeiter-Internationale vertreten, wie die Jugend-Internationale in der Arbeiter-Internationale.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat ferner einen Vertreter in der Exekutive der Internationalen Sozialistischen Erziehungsorganisation.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist überaus rührig und aktiv gewesen. Ihre Exekutive war seit 1923, dem Gründungskongreß in Hamburg, versammelt: im Mai 1923 in Hamburg, im Februar 1924 in Luxemburg,

im Juni 1924 in Wien, im September 1924 in London, im Januar 1925 in Brüssel, im Mai 1925 in Paris. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben an allen Sitzungen der Exekutive teilgenommen. Außerdem wurden besondere Konferenzen mit Vertretern der beteiligten Länder über Spezialfragen abgehalten: im Juli 1923 in London über die Ruhrfrage, im Oktober 1923 in Prag über strittige Fragen zwischen den sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei, im März 1924 in Bukarest und im Juni 1925 in Prag über die allgemeine Lage auf dem Balkan und über die Ereignisse in Bulgarien, im Januar 1925 in Wien über die sozialistische Politik in Ungarn.

In allen Fragen der internationalen proletarischen Politik wurde zwischen den sozialistischen Parteien volle Einmütigkeit im Wollen und im Handeln erzielt.

Der Hamburger Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sah das militärisch und ökonomisch besetzte Ruhrgebiet. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale arbeitete für die Beseitigung des Systems des Diktats und seine Ersetzung durch das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker; sie bekämpfte die Besetzung des Ruhrgebiets. Der Dawes-Plan wurde Wirklichkeit. Die sozialistischen Parteien traten einmütig für ihn ein. Dabei übersahen sie nicht, daß es sich bei dem Dawes-Plan nicht um eine sozialistische Lösung der Reparationsfrage handelt. Ein Scheitern des Dawes-Plans würde nichts Besseres an seine Stelle gesetzt, sondern die Krise Europas verschärft haben. Die Durchführung des Dawes-Plans ist die zurzeit einzig mögliche Lösung und bedeutet ohne Zweifel eine Verbesserung der früheren Zustände. Der Marseiller Kongreß, August 1925, sieht das militärisch und ökonomisch befreite Ruhrgebiet.

Mit Rußland hat sich die Sozialistische Arbeiter-Internationale wiederholt beschäftigt. Jeder Absicht einer gewaltsamen Intervention des Imperialismus stellte sie die moralische und politische Einwirkung des international organisierten sozialistischen Proletariats entgegen. Es trat denn auch in der außenpolitischen Stellung Rußlands eine Wendung ein, die vor allem den der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien zu verdanken ist: die Anerkennung der russischen Regierung durch die Großmächte. In Rußland selbst wurde das System der Unterdrückung und Verfolgung aufrechterhalten. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war daher verpflichtet, die Sozialisten Rußlands in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung zu unterstützen und sich der politischen Gefangenen und Verbannten in Rußland anzunehmen. Es wurde ferner empfohlen, in den einzelnen Ländern „Komitees zum Schutze der gefangenen Sozialisten in Rußland" zu gründen, die für Geldsammlungen zugunsten der Gefangenen und für die Information der öffentlichen Meinung zu sorgen haben.

Dem Balkanproblem schenkte die Sozialistische Arbeiter-Internationale große Beachtung. Durch besondere Konferenzen der näher beteiligten sozialistischen Parteien wurde eine einheitliche Politik der Arbeiterklasse zu friedlicher, demokratischer Lösung des Balkanproblems vorbereitet.

Die Schandtaten der internationalen Reaktion, besonders die in Italien, Ungarn, Spanien, Rumänien, wurden vor der Welt bloßgestellt, damit zur moralischen Erschütterung der faschistischen Regierungen beigetragen, und die Arbeiterschaft in allen Ländern zur Unterstützung der Sozialisten jener Länder aufgerufen.

Der Kampf um den Achtstundentag wurde gemeinsam von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dem Internationalen Gewerkschaftsbund geführt. Die Arbeiterorganisationen in allen Ländern wurden aufgefordert, dahin zu wirken, daß von allen Staaten, besonders von den großen Industriestaaten, das Achtstunden-Uebereinkommen ratifiziert wird. Die beiden Internationalen haben sich vorbehalten, erforderlichenfalls im geeigneten Zeitpunkt internationale Massenaktionen für die Ratifizierung zu organisieren.

Die zehnte Wiederkehr der Tage des Kriegsausbruchs von 1914 gab der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Anlaß, mit einem Aufruf gegen den Krieg herauszutreten. In diesem Aufruf wurden erneut die Grundsätze der sozialistischen Friedenspolitik bekanntgegeben: Ausbau und Demokratisierung des Völkerbundes, allgemeine Abrüstung, Vernichtung der Kriegsgesinnung, friedliche Verständigung, internationale Schiedsgerichte, Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Von diesen Grundsätzen aus hat die Sozialistische Arbeiter-Internationale, wiederum gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, ihre praktische Friedenspolitik betrieben, haben sich die einzelnen Arbeiterorganisationen in den Parlamenten, in der Presse und bei Massenkundgebungen betätigt.

Am 28. September 1924 versammelte sich die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu einer Feier in London, wo vor sechzig Jahren die Erste Sozialistische Internationale gegründet wurde. In einer Kundgebung wurde auf die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation hingewiesen, die jene Prinzipien enthielt, für die wir heute noch kämpfen: „Vor sechzig Jahren fand jene tiefbegründete Solidarität der sozialistischen Arbeiterbewegung auf politischem Gebiet mit den Interessen des Tageskampfes, der von den Gewerkschaften geführt werden muß, ihren ersten Ausdruck. Heute treten die Gedanken, die die Männer in der St. Martins-Hall erfüllten, in Erscheinung in den gewaltigen, millionenstarken Organisationen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale."

Einnahmen und Ausgaben der Bezirksorganisationen

auf Grund der Abrechnungen (vom 1. April 1924 bis 31. März 1925).

Einnahmen.

1.	Kassenbestände vom 1. April 1924		328 486,50	Mk.
2.	Für Neuaufnahmen		22 565,57	„
3.	„ Beiträge von männl. Mitgliedern	3 598 543.—		
	„ „ „ weibl. „	413 412,42		
	„ die Sozialistische Internationale	120 472,76	4 132 428,18	„
4.	„ Listensammlung	837 625,19		
	„ Vers. und sonstige Einnahmen	995 840,50	1 833 465,69	„
5.	„ Zuschüsse vom Parteivorstand		374 094,02	„
		Gesamteinnahmen	6 691 039,96	Mk.

Ausgaben.

1.	Für Wahlen		2 057 002,21	Mk.
2.	„ Agitation		1 166 178,96	„
3.	„ Verwaltung		1 117 294,25	„
4.	„ Rechtsschutz		46 179,69	„
5.	„ Pflichtbeitrag an den Parteivorstand			
	für männl. Mitglieder	867 799,39		
	„ weibl. „	114 340,69		
	„ Internationale	84 855,08		
	„ freiwillige Beiträge an den P.-V.	4 515,71	1 071 510,87	„
6.	„ zurückgezahlte Zuschüsse		18 802,24	„
7.	„ sonstige Ausgaben		791 527,97	„
8.	„ Kassenstände vom 31. März 1925		422 543,77	„
		Gesamtausgaben	6 691 039,96	Mk.

Einnahmen des Parteivorstandes

(Vom 1. April 1924 bis 31. März 1925)

Bestand am 1. April 1924		54 493,59 Mk.
Beiträge aus den Bezirken		695 539,64 „
Sonstige Beiträge:		
durch die Reichstagsfraktion	57 340,—	
„ „ preußische Landtagsfraktion	83 500,—	
a) Beiträge von den Parteigeschäften	47 852,52	
b) „ „ „	32 750,55	
von anderen Bruderorganisationen	32 136,75	253 579,82 „
Werbebeitrag von den Geschäften		593 602,92 „
20 Proz. vom Reingewinn der Geschäfte		62 439,41 „
Einkaufszentrale		110 584,54 „
Zurückgezahlte Darlehen		53 689,— „
Zinsen		8 538,54 „
Parteiabzeichen		8 239,70 „
	Summa	1 840 707,16 Mk.

Nur Kassenauszug des P.-V., nicht mit den Abrechnungen der Bezirke vergleichen. Die letzte Abrechnung ist erst am 10. Juni eingegangen.

Ausgaben des Parteivorstandes

(Vom 1. April 1924 bis 31. März 1925)

Agitation für Bezirke	248 728,— Mk.
Agitationszuschüsse	58 620,37 „
Drucksachen	101 732,83 „
Parteipresse	26 592,66 „
Wahlen	340 009,84 „
Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit	17 578,55 „
Archiv	12 623,72 „
Sozialistische Arbeiterjugend	14 625,10 „
Beamtenzentrale	7 721,35 „
Darlehen an Parteigeschäfte	235 718,06 „
„ „ Konzentration A.-G.	100 000,— „
Zurückgezahlte Darlehen	214 065 60 „
Gehälter und Versicherungsbeiträge	145 050,95 „
Sächliche Verwaltungskosten	37 830,67 „
Grubenunglück Zeche „Stein“	11 000,— „
Rechtsschutz	4 898,88 „
Sonstiges	131 886,41 „
Bestand am 31. März 1925	132 024,17 „
Summa	1 840 707,16 Mk.

Berlin, den 19. Mai 1925.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Kontrollkommission:

gez. Fr. Brühne, W. Bock, L. Agnes, A. Schönfelder, A. Brey, H. Müller, M. Treu, K. Hengsbach.

Wahlausgaben der Partei.

Die Bezirke	2 057 002,21 Mk.
Der Parteivorstand bis 31. März 1925	340 009,84 „
Außerdem im April/Mai d. J.	71 529,80 „
Summa	2 468 541,85 Mk.

Parteivorstands-Kasse.

Beiträge eingesandt

für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925.

1.	Hamburg	61 456,30 Mk.
2.	Berlin	55 653,46 „
3.	Leipzig	52 250,53 „
4.	Magdeburg-Anhalt	43 428,54 „
5.	Westliches Westfalen	36 429,59 „
6.	Breslau	35 570,62 „
7.	Franken	35 300,93 „
8.	Hannover	34 860,90 „
9.	Schleswig-Holstein	31 952,26 „
10.	Baden	26 798,04 „
11.	Chemnitz	25 100,— „
12.	Thüringen	25 061,90 „
13.	Mecklenburg-Lübeck	22 331,67 „
14.	Oberbayern	21 223,65 „
15.	Zwickau	20 940,90 „
16.	Görlitz	17 478,35 „
17.	Hessen-Offenbach	16 814,13 „
18.	Württemberg	15 000,— „
19.	Hessen-Nassau	15 000,— „
20.	Pfalz	14 060,20 „
21.	Hessen-Cassel	13 584,18 „
22.	Dresden	13 000 — „
23.	Niederrhein	11 030,76 „
24.	Oestliches Westfalen	10 859,96 „
25.	Oldenburg	9 627,90 „
26.	Braunschweig	8 280,72 „
27.	Oberrhein	7 278,76 „
28.	Pommern	6 325,81 „
29.	Brandenburg	5 455,40 „
30.	Oberpfalz	2 036,58 „
31.	Ostpreußen	1 347,60 „
32.	Halle	—
		695 539,64 Mk.

Nicht vergleichen mit der Abrechnungstabelle der Bezirke; hier sind Beträge enthalten vom Vorjahr und es fehlen Beträge des laufenden Geschäftsjahres, die am 1. Juli (ein Vierteljahr nach Quartalsschluß) noch nicht eingegangen waren.

Geschäftsjahr 1924/25.

Beitragseingänge aus den Bezirken pro Monat:

April	26 036,43 Mk.	November	83 643,— Mk.
Mai	26 706,31 „	Dezember	53 345,55 „
Juni	43 814,58 „	Januar	107 188,99 „
Juli	61 641,26 „	Februar	81 702,18 „
August	54 974 80 „	März	68 353,70 „
September	65 023,83 „		
Oktober	73 109,01 „		695 539,64 Mk.

Kann nicht mit den Bezirksabrechnungen verglichen werden, wovon die letzte erst am 10. Juni eingegangen ist.

Unterstützungsvereinigung der Angestellten.

(Rechnungsstelle beim Parteivorstand)

Einnahmen.

Kassenbestand am 1. April 1924	11 487,97	Mk.
Einnahmen an Beiträgen	212 638,14	„
Summa	224 126,11	Mk.

Ausgaben.

An die Unterstützungsvereinigung weitergeschickt	187 878,42	Mk.
Für Verwaltung	10 000,—	„
Unterstützungen durch den Parteivorstand	11 976,03	„
Kassenbestand am 31. März 1925	14 271,66	„
Summa	224 126,11	Mk.

Verein Arbeiterpresse.

(Abrechnungsstelle beim Parteivorstand)

1. Quartal 1924/25	613	Mitglieder
2. „ 1924/25	613	„
3. „ 1924/25	698	„
4. „ 1924/25	687	„

2611 Mk. wurden an den Vorstand des Vereins Arbeiterpresse abgeführt. Der Jahresbeitrag ist jetzt von 4 Mk. auf 8 Mk. erhöht worden.

Am 1. April 1925 waren aus den Betrieben der Partei und Parteiorganisationen zu unterstützen:

Vor dem 1. April 1924 unterstützt	Nach dem 1. April 1924 hinzugekommen	Summa
129 Witwen 23 Waisen 33 Arbeitsunfähige	16 Witwen — Waisen 30 Arbeitsunfähige	145 Witwen 23 Waisen 63 Arbeitsunfähige
185 Fälle	46 Fälle	231 Fälle

Der Parteivorstand hat am 1. April 1925 1213 Personen bei der Unterstützung gemeldet. Aufgenommen wurden nur Personen, die sich in besoldeter Vertrauensstellung in den Geschäften der Parteiorganisationen befinden. An Beiträgen sind 4% des Gehaltes pro Monat zu zahlen. 2% trägt die Organisation resp. das Geschäft, 2% der Angestellte.

Für die 231 Unterstützungsfälle wurden an die Empfangsberechtigten vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 = **172 589,35 Mk.** aufgewendet.

Die frühere Berufstätigkeit sozialdemokratischer Abgeordneter in den Einzelparlamenten.

	Preußen	Bayern	Sachsen	Württemberg	Baden	Hessen	Elsaß-Lothringen	Hamburg	Mecklenburg-Schwerin	Oldenburg	Braunschweig	Anhalt	Bremen	Lippe-Detmold	Lübeck	Mecklenburg-Strelitz	Waldeck	Schaumburg-Lippe	Reichstag	Zusammen
Bekleidungsarbeiter	8	1	1																3	13
Bäcker	1		5																1	7
Bauarbeiter	7	1		1	1			4		2	1								7	39
Beamte	1				1		2	1	1										2	9
Bergarbeiter	4						1												4	10
Buchbinder																			1	1
Buchdrucker	2	1	3	2	4		3	4		1	8	1	2						11	34
Fabrikarbeiter	3	1					1	1					1						3	12
Friseur	1																			2
Gesetzl. Berufe	17	2	5		3		3	14	2		5	1	6	1	6	1	1		22	90
Hausdiener	1		1					1											2	4
Hausangestellte	4		1					2					3							9
Holzarbeiter	7	1	1		1		2	6	1	1		2	3	1	1			1	12	39
Kaufmännische Angestellte	5	1	1		1			2			1		2						20	33
Land- und Forstarbeiter	3	1	8	2	1		1	2		1		1	1		3				1	9
Lebensmittel- u. Getränkearbeiter	1							1			1									3
Lederarbeiter			4					1											1	6
Maler, Lackierer	5	2	2	1	1		1	6	1				4						1	12
Metallarbeiter	19	8	8	3	4		4	16	6	3	2	2	6		2	3	1	1	17	102
Porzellanarbeiter																				3
Sattler, Portefeuiller, Tapezierer	1	1	1					2					1						2	8
Schuhmacher	3							1			1								4	12
Staats- und Gemeindearbeiter					1		1	2		1	1	2	1	1						1
Steinarbeiter			1		1		1	1			1									3
Tabakarbeiter	1		1					1			1		4	1					3	20
Textilarbeiter	8		1		1		1	1							1			1	6	15
Transportarbeiter	8	1	3		1			4				2	2		1			2		4
Zimmerer	1	3	1		1		1	3					4		2			1	5	11
Diverse Berufe	3	3		1	2			1				2	4	1	2	1		2		23
Unbekannt	8	1		1	1			1					1					1	3	18
Selbständige Gewerbetreibende		1																		12
Zusammen	114	24	40	13	21	17	25	53	16	9	19	15	46	8	28	8	5	8	131	600

Protokoll.

Eröffnungssitzung.

Sonntag, den 13. September 1925, nachmittags 6 Uhr.

In dem mit den Fahnen des Reiches, der Stadt Heidelberg und der Sozialdemokratischen Partei, sowie mit Blattpflanzen reichgeschmückten großen Saale der Stadthalle zu Heidelberg wurde am Sonntag, dem 13. September, nachmittags 6 Uhr, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffnet.

Nachdem die Arbeitergesangvereine von Heidelberg und Umgegend den Festgesang von Uthmann eindrucksvoll vorgetragen hatten, ergriff Genosse **Amann**-Heidelberg das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Genossinnen und Genossen! Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie, die Sie zum Teil aus weiter Ferne in unsere südwestliche Ecke geeilt sind, um in Tagen ernster Arbeit einen Rückblick auf das politische Geschehen des letzten Jahres zu werfen und um neue Waffen zu schmieden, um die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, die drohend vor uns stehen, mit Erfolg bestehen zu können, im Namen der Heidelberger, im Namen der gesamten badischen Parteiorganisation willkommen zu heißen.

Als die Kunde, daß die Parteiinstanzen sich entschlossen haben, den Parteitag dieses Jahr in Heidelberg abzuhalten, zu uns drang, da erfüllte wohl auch den letzten unserer Heidelberger Parteigenossen Stolz und Freude, obwohl wir uns bewußt waren, daß wir die Ehre, Sie hier begrüßen zu dürfen, nicht unserem eigenen Verdienst, nicht der politischen oder organisatorischen Bedeutung unseres Heidelberger Ortsvereins, der im Gesamttriebwerk der Partei nur ein kleines unscheinbares Rädchen darstellt, zu verdanken haben. Wir wissen, daß der Beschluß der Parteiinstanzen in erster Linie von dem Gedanken aus gefaßt worden ist, die badische Sozialdemokratie durch Abhaltung des Parteitages in Baden in ihrem schweren Wahlkampf, den sie in wenigen Wochen zu bestehen haben wird, nachdrücklichst zu unterstützen. Sie können überzeugt sein, daß die badische Parteigenossenschaft dieses Entgegenkommen der Parteiinstanzen dankbarst zu würdigen weiß. Wir Heidelberger aber sind uns bewußt, daß die Entscheidung des Parteivorstandes nur deshalb für Heidelberg fiel, weil unsere Stadt seit einem halben Jahr, seitdem der Mann, der einst aus unserer Altstadt engen Gassen in die weite Welt hinausgezogen, wieder zu uns zurückgekehrt und auf unserem Bergfriedhof zur letzten Ruhe gelegt worden ist, für Tausende und aber Tausende Republikaner und Sozialisten gewissermaßen zu einem Wallfahrtsort geworden ist. Wir sehen deswegen in der Wahl Heidelbergs als Tagungsort zugleich eine Ehrung Friedrich Eberts und wünschen aus ganzem Herzen, daß sein Geist auch über der diesmaligen Tagung schweben möge.

Der Ort, den Sie dieses Mal zu Ihrer Parteitagung gewählt haben, ist kein parteigeschichtlicher Ort, Heidelberg ist keine Hochburg der Partei. Wohl hat auch

in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Heidelberg schon ein Arbeiterkongreß stattgefunden und den Beschluß gefaßt, einen Allgemeinen deutschen Arbeiterbund zu gründen. Leider aber ließ die aufkommende Reaktion diesen Beschluß nicht zur Wirklichkeit werden und vernichtete rasch die letzten Keime dieser Bewegung. Die sozialistische Bewegung der 60er und 70er Jahre, die Zeit des Sozialistengesetzes, ging spurlos an Heidelberg vorüber. Erst Ende der 80er Jahre beginnt auch in Heidelberg der sozialistische Gedanke Wurzel zu schlagen, und 1889 erfolgte die Gründung eines Arbeiterwahlvereins. Von den 14 Gründungsmitgliedern stehen heute noch drei als aktive Parteigenossen in unseren Reihen und empfinden es als große Genugtuung, diese Tagung noch mitzuerleben. Wie es in der Natur einer Universitäts- und Fremdenstadt liegt, die Heidelberg ist, stieß die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens hier auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Mangel an Industrie, das auch heute noch nicht überwundene Streben einflußreicher Kreise, mit allen Mitteln die Ansiedlung von Industrie von Heidelberg fernzuhalten, die reaktionäre Einstellung des größten Teiles der Studentenschaft und sein Einfluß auf weite Kreise der Bevölkerung, die miserablen Lohnverhältnisse der im Landbezirk Heidelberg vorherrschenden Tabakindustrie machten ein Vorwärtskommen unserer Bewegung außerordentlich schwer. Trotzdem gelang es uns, wenn auch nur langsam, vorwärts zu kommen, und 1906 konnten wir auch in diesem Gebiete die ersten Vertreter auf die Rathäuser schicken, 1907 in Heidelberg-Land das erste Landtagsmandat für unsere Partei gewinnen. Der Krieg und die Nachkriegszeit hat gerade in Heidelberg eine gewaltige Umstellung der Verhältnisse gebracht. Die Zahl derer, die durch die Inflation verarmt, aus ehemaligen Kapitalbesitzern zu Rentenempfängern geworden sind, ist gerade in Heidelberg ungeheuer groß. Die Zahl der Arbeitslosen war in all den Jahren der Nachkriegszeit in Heidelberg prozentual die weitaus größte von ganz Baden. Diese Tatsachen haben es mit sich gebracht, daß unsere extremsten Gegner in Heidelberg zeitweise einen sehr günstigen Boden für ihre Agitation fanden. Kommunisten und Völkische glaubten wiederholt, Heidelberg als eine Hochburg ihrer Bewegung betrachten zu können.

Aber allen Widerständen zum Trotz gelang es uns auch in der Universitäts- und Fremdenstradt Heidelberg, wenn auch in schwerem, hartem Ringen, die Sozialdemokratische Partei zur stärksten der politischen Organisationen zu machen. (Bravo!) Heute sitzen 25 Vertreter unserer Partei im Heidelberger Bürgerausschuß. Bei der letzten Landtagswahl konnten wir in unserm Kreis, zu dem neben der Universitätsstadt der außerordentlich schwer zu organisierende rein ländlich zusammengesetzte Odenwald usw. gehören, zwei Landtagsmandate erringen. Dieses Mal drei Mandate zu erobern, ist das Ziel, das unserer Parteigenossenschaft vorschwebt. 9400 Stimmen, nur 300 weniger als bei den Nationalwahlen 1919, konnten wir bei der ersten Reichspräsidentenwahl auf unseren Genossen Braun vereinigen. (Bravo!)

Es ist das zweitemal, daß ein deutscher Parteitag in Heidelberg versammelt ist, daß die Delegierten des Parteitages in diesem Raum zusammenkommen. Das erstemal war es allerdings nicht zur ernsten Beratung, sondern gelegentlich einer geselligen Zusammenkunft anläßlich des Parteitages in Mannheim, und es soll damals recht vielen von den Delegierten in Heidelberg sehr gut gefallen haben. Genosse Bebel soll von dieser Stelle aus den Ausspruch getan haben, ihn mute es hier ganz zukunftsstaatlich an. (Heiterkeit.) Wenn es auch nicht ganz so zukunftsstaatlich hier aussieht, und wenn wir Ihnen auch in bezug auf gesellschaftliche Darbietungen nicht das zu bieten vermögen, was Sie von anderen, größeren Orten gewöhnt sind, so möchte ich Sie doch bitten, nicht zu vergessen, daß wir hier in einer Provinzstadt sind, wenn auch der eine

oder andere Delegierte das auf Grund seiner Hotelpreise nicht recht glauben sollte. (Heiterkeit.) Sie können aber versichert sein, daß auch unsere Parteigenossenschaft das lebhafteste Interesse an Ihren Verhandlungen nimmt. Das ersehen Sie am besten daraus, daß aus den entlegensten Orten des Odenwaldes die Genossen keine Mühe gescheut haben, um heute an der Eröffnungssitzung teilnehmen zu können, obwohl sie heute nacht wieder stundenweite Wege über die Berge machen müssen, um nach Hause zu kommen. (Bravo!)

Zum Schluß noch eine Bitte. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß bei den ernsten Auseinandersetzungen, die Sie zu führen haben, bei der ernsten Arbeit, die vor Ihnen liegt, die Meinungen einmal aufeinanderprallen. Wir möchten Sie aber bitten: Stellen Sie Ihre Arbeit so ein, daß der Gesamtverlauf des Parteitages als ein wirkungsvoller, hoffnungsvoller Auftakt für die badischen Landtagswahlen betrachtet werden kann. Seien Sie sich bei Ihren Verhandlungen stets bewußt, daß unsere Gegner die Verhandlungen aufmerksam verfolgen, und daß der Kampf, der uns Badensern in wenigen Wochen bevorsteht, außerordentlich schwer sein wird, daß unsere Gegner alle Mittel aufwenden werden, um den Einfluß der Sozialdemokratie im Lande Baden zu brechen. Helfen Sie uns, die Pläne unserer Gegner zunichte zu machen!

Möge der Heidelberger Parteitag einen Verlauf nehmen, daß unsere alte, feine, viel berühmte und besungene Stadt auch in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei einen guten Klang bekommt, nicht nur als Geburtsstadt Friedrich Eberts, sondern auch als die Stadt, in der wichtige entscheidungsvolle Entschlüsse gefaßt worden sind, die den Weg zu einem neuen Aufstieg für die Partei und zum Endsieg des Sozialismus weisen.

In diesem Sinne heißen wir Sie nochmals herzlich willkommen. Das ist der Wunsch, den die Heidelberger und die gesamte badische Parteiorganisation Ihnen darbringt. Und nun Glückauf zur fruchtbaren Arbeit! (Lebhafter Beifall!)

Hierauf ergriff Genosse **Wels**, mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort zu der Eröffnungsrede.

Otto **Wels**-Berlin: Parteigenossinnen und -genossen! Ich danke dem badischen Parteigenossen für die herzlichen Worte der Begrüßung, und ich versichere Ihnen im Namen des Parteivorstandes, daß wir mit hoher Freude die Nachricht empfingen, daß Sie bereit waren, dem Parteitag in den Mauern Heidelbergs ein gastliches Domizil zu bereiten. Vor unseren Augen tauchte auch die Erinnerung an den ersten Parteitag auf, den die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1906 im badischen Lande, in dem herrlichen Nibelungensaal des Rosengartens in Mannheim abhielt, und zugleich werden auch vor unseren Augen die Gestalten der Führer der badischen Sozialdemokratie lebendig, die nicht mehr unter uns weilen, die markige Gestalt August Dreesbachs, der Hauptbegründer der badischen Sozialdemokratie, das Andenken an Kolb wird wach, ebenso an Ludwig Frank und damit auch an jene Streitfrage, an die Frage der Budgetbewilligung, die vor dem Weltkrieg die Partei so oft und lebhaft beschäftigt hat. Wir haben badische Streitfragen seitdem in der Partei nicht mehr gehabt, aber befreit sind wir von Konflikten, die mit dem Namen eines der heutigen deutschen Freistaaten verknüpft sind, auch in der Nachkriegszeit nicht geblieben. Auch auf diesem Parteitag werden wir uns ebenso wie im Vorjahr mit einem solchen Konflikt zu beschäftigen haben und ihn — das hoffe ich zuversichtlich — zu einer für die Partei nützlichen und ersprießlichen Lösung führen können. (Bravo!)

Ein Rückblick auf das verflossene Jahr rückt vor allem die Erinnerung an die letzten Kämpfe näher, die die Sozialdemokratie, und zwar sie fast ausschließlich, für die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen zu führen hatte. Im ganzen Lande feiert man jetzt Erntefeste, und überall spricht

man von dem guten Ertrag, den die Ernte, insbesondere im Brotgetreide, gebracht habe. Trotzdem beobachten wir auch hier wieder, wie die Erscheinung zutage tritt, daß nach einer besonders guten Ernte das Brot nicht billiger, sondern teurer wird. Unsere Agrarier und die Politiker in ihrem Solde nennen das den Schutz der heimischen Produktion. Der Kampf um den Zolltarif, den die Massen draußen im Lande und wir im Reichstag zu führen hatten, wurde von jenen unter dieser lügnerischen Parole geführt. Vom 1. Oktober an soll in Deutschland das System der Einfuhrscheine mit seiner brotverteuernden Wirkung wieder in Kraft treten, dieses System, das Deutschland vor dem Kriege als einziges Land besaß. An dem Tage also, an dem die angebliche Preissenkungsaktion der Lutherregierung beginnen sollte, beginnt wieder die Preistreibung beim Brotgetreide, wo der Verbraucher den Weltmarktpreis und den Zollsatz bezahlt und automatisch der Inlandpreis um soviel höher getrieben wird, als die Zollsätze über den Weltmarktpreis hinausgehen. Millionen von Arbeiterfamilien gehen so angesichts einer herrlichen Ernte wieder einem schweren Winter entgegen, zu Nutz und Frommen der Großgrundbesitzer, die wieder Geschenke einsammeln von der deutschen Verbraucherschaft. Die Steuerkampagne, die hinter uns liegt, der Kampf um die Aufwertung im Interesse der Inflationsopfer ist von der Partei mit geradezu beispielloser Zähigkeit und Energie geführt worden. Nach der Wahl Hindenburgs nannten jene Kreise ihn den Retter in der Not: in Tausenden von Zuschriften an die Partei kommt aber jetzt die Empörung zum Ausdruck, die das Verhalten der Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage hervorgerufen hat.

Wir haben außenpolitisch den größten Triumph zu konstatieren, den je eine Partei festzustellen vermochte, denn unsere Politik, die als Erfüllungspolitik stigmatisiert wurde, die wir stets im Verhältnis der Leistungsfähigkeit Deutschlands gedacht hatten, die uns Schmähungen eingetragen hat, ist heute von den Parteien als die einzig mögliche anerkannt, die heute die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte zu tragen haben. Damit sind aber auch jene demagogischen, verlogenen Angriffe zurückgewiesen, die in den letzten 6 Jahren gegen die Sozialdemokratie erhoben worden sind. Freilich, jene völkischen Narren, die vom Ruhm der Bürgerbräurevolution im Jahre 1923 noch nicht genug haben, jene Wikingbündler, jene Stahlhelmorganisationen, die jetzt im „Bund der Ritter vom feurigen Kreuz" ihre höchste Auswirkung gefunden haben, sind noch heute nicht belehrt. Gelang es ihnen nicht, das entwaffnete Deutschland während der Ruhrkampagne in das Verbrechen eines neuen Krieges zu stürzen, so führen sie diese Verbrecherpolitik weiter, der Erzberger und Rathenau zum Opfer gefallen sind. Sie können sich darauf berufen, daß sie nur die Politik fortführen, die die Deutschnationalen als Oppositionspartei mit ihnen gemeinsam betrieben haben, und zwar um so tapferer, je weiter sie vom Schuß waren, wie es ihnen der als der beste deutsche Mann berühmte Oberbürgermeister von Duisburg, Herr Jarres, der Präsidentschaftskandidat in jenen Briefen attestierte, in denen er der deutschnationalen Presse des Ruhrgebiets sagt, daß es kein Ruhmesblatt für sie gewesen wäre, daß sie es der sozialdemokratischen Presse allein überlassen hätten, die deutschen Interessen im besetzten Gebiete wahrzunehmen. Von ihnen gilt in Wahrheit das Wort: Je größer die Klappe, je größer die Angst.

Auch die Stellung der Kommunistischen Partei hat heute für uns mehr eine sekundäre Bedeutung gefunden. Erst kürzlich verschwand in der Kommunistischen Partei eine Führergarnitur auf Befehl Moskaus in der Versenkung, um Ruth Fischer, der genialen Strategin und ihrer Gefolgschaft Platz zu machen, und jetzt hat ein neuer Moskauer Hirtenbrief auch sie beseitigt und eine neue Parole gebracht, die nicht anders bezeichnet werden kann als möglichste Anpassung an

die Politik der deutschen Sozialdemokratie. Jene Partei ist in völliger Zersetzung begriffen. Die Tatsache, daß auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau nur noch zwei Vertreter des Kommunismus vorhanden waren, gegenüber 90 Delegierten in Leipzig, zeigt das mit aller Deutlichkeit. Jetzt ist man zu neuen Tricks übergegangen. Man weiß, kommunistische Kraft ist nicht in der Lage, den verfahrenen Karren aus dem Sumpf herauszuziehen. Da sucht man sich sozialdemokratischen Vorspanndienst. Sozialdemokraten wirbt man, die naiv genug sind, nach Rußland zu fahren, um dort Potemkinsche Dörfer vorgeführt zu erhalten (sehr richtig), und dann in Deutschland werbend für die Herrlichkeiten des Kommunismus aufzutreten.

Wie sehr die Herren sich darüber klar sind, daß sie ihre letzten Trümpfe ausspielen, zeigt ein Bericht über die Zusammenkunft der Distriktsleiter der Kommunistischen Partei, der vor kurzem in Köln stattgefunden hat. Da führte Dr. Klepper aus, daß in der nächsten Zeit Massenversammlungen veranstaltet werden müssen, in denen die Rußlanddelegierten ihre Eindrücke zu schildern hätten. Die Delegationen hätten eine Unmenge Geld gekostet, und wenn es nicht gelänge, die Sache agitatorisch auszunutzen, dann sei die Partei auf Jahre hinaus erledigt. Ein Mißlingen könne einen schweren Rückschlag bedeuten, und die Partei habe einen großen Erfolg vor der Oeffentlichkeit absolut notwendig. Die Berichte müßten bei der Parteileitung schriftlich eingereicht werden, wo sie dann sachgemäß ausgearbeitet würden. (Heiterkeit.) In dieser Form wäre dann das Material den Delegierten zum Vortrag in den Versammlungen wieder zuzustellen. In einem Briefe sprach sich ein Führer der Kölner Kommunisten sehr pessimistisch über die Rußlanddelegation aus. Er versprach sich nicht viel von der Reise, aber die Distriktsleiter, die Angestellten Moskaus, waren der Meinung, wenn man die Sache richtig anfasse, dann wäre bei der Sache noch etwas zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß so wenig bei der Sache herauskommt, wie eine so lügnerische Veranstaltung es verdient.

Mit nicht geringerer Befriedigung wie auf den deutschen Gewerkschaftskongreß kann die deutsche Arbeiterklasse auch auf den Kongreß in Marseille hinweisen, der den demokratischen Sozialismus in unaufhaltsamem Vormarsch gegenüber dem Verfall des Kommunismus zeigt. Der Gedanke, alle Kräfte der Arbeiterbewegung in den Dienst der Friedensbewegung zu stellen, steht nicht im Widerspruch zu dem Bekenntnis und der Erkenntnis, daß der Kapitalismus den Krieg, der Sozialismus den Frieden bedeutet, denn auch in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft in den Einzelstaaten bereits genügend stark, um den kriegstreiberischen Tendenzen der Chauvinisten erfolgreich entgegenzutreten.

Wir werden auf dem Parteitag über diese Fragen eingehend zu sprechen haben, aber wir wissen, daß in allen Verhandlungen, wo über den Kongreß in Marseille diskutiert wird, in welchem Lande das auch geschieht, es im Geist des Gedankens der Schaffung völliger Sicherheit gegen Kriegsgefahr durch Schiedsgericht und allgemeine Abrüstung geschieht. (Bravo!)

Und nun noch eins! Ich nannte bereits die Namen einiger in früherer Zeit verstorbener Führer der badischen Sozialdemokratie. Zu ihnen gesellen sich auch in diesem Jahre die Namen einer großen Anzahl von Männern, die der deutschen Arbeiterschaft teuer waren und denen der Tod die Augen schloß.

Ich nenne da den Namen Friedrich Eberts, des früheren Vorsitzenden unserer Partei, des ersten Präsidenten der Deutschen Republik, dessen Lebensgefährtin wir heute in unserer Mitte begrüßen. (Delegierte und Gäste erheben sich von ihren Plätzen.) Sie möge überzeugt sein, daß die nie verharschende Wunde in ihrem Herzen auch in unserem Innern vorhanden

ist, und daß das Gelöbnis, das die deutsche Arbeiterklasse sich bei seinem Tode gab, in seinem Geiste und in seinem Sinne weiterzuarbeiten bis zum Letzten, bis zur Erfüllung der Ziele, denen er sein Leben geweiht hat, erfüllt werden wird. Konrad Haenisch, der Vorsitzende des Reichsbundes zur Förderung der republikanischen Staatsgesinnung, einer der Männer, die mit ihrer ganzen Liebe, ihrem ganzen inneren Sein von Jugend auf der Sozialdemokratie dienten, der Mann, der als Kultusminister dem preußischen Staate seine Kräfte widmete, ein Mann von seltener Herzensgüte und unerschöpflicher Arbeitskraft, ist von uns gegangen. Und auch Ottilie Baader hat, 75jährig, die Augen geschlossen, sie, die erste Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, sie, die aus der Tiefe des Proletariats hervorgegangen, mit einem Herzen von reiner Mütterlichkeit und Liebe bahnbrechend für die Gedanken des Sozialismus unter den Frauen wirkte, in ihrer Bescheidenheit zündend und sammelnd wie keine andere. Otto Antrick, Ihnen allen bekannt, Emil Böste, Hugo Keller, der Senior der schlesischen Sozialdemokratie, der den Parteitag in Görlitz noch begrüßen konnte, sie alle sind von uns gegangen. Hugo Keller hat als 81jähriger die Partei verlassen, das Leben quittiert in der unerschütterlichen Hoffnung auf den endlichen Sieg des Sozialismus. Der Ihnen allen als Schriftsteller bekannte Genosse Dr. Helphand, der Genosse Adolf Thiele, Genosse August Horn-Stettin, ebenso wie Fritz Herbert-Stettin, Edmund Fischer-Sachsen, der als Kommunalpolitiker in der Partei besonders bekannt war, Alex Seiler-Luckenwalde und der Genosse Fischer-Uslar, der alte, Ihnen bekannte Genosse Wiemer-Nürnberg, der der ersten Internationale mitangehört hat, Genosse Wilhelm Meise-Breslau, sie alle gehören zu ihnen. Aus den Reihen hervorragender Gewerkschafter nenne ich nur den Genossen Otto Sillier, den langjährigen Vorsitzenden des Lithographen- und Steindrucker-Verbandes, den Genossen Albin Mohs und den Genossen Winkelmann-Bremen, den Führer der deutschen Böttcherbewegung.

Wir betrauern auch mit den Genossen des Auslandes den Verlust so manches in der Internationale verdienten Genossen, vor allem den Genossen Branting, den Mann, der mit als erster zusammen mit Henderson die Internationale nach dem blutigen Kriege im Jahre 1919 wieder zusammenzuführen suchte und der als Ministerpräsident seines Landes in den Tagen des Völkerbundes zu Genf seine ganze Kraft einsetzte, um die furchtbaren Erlebnisse des Krieges noch einmal zu einem Erlebnis kommender Generationen werden zu lassen. Der Altbürgermeister Wiens, Genosse Jakob Reumann, ist es, dem die Wiener Arbeiterschaft bei seinem Leichenbegängnis ein Denkmal ewiger Treue setzte durch das sich auf Hunderttausende beziffernde Gefolge, das sich seinem Sarge anschloß. Während der Tagung in Marseille ereilte uns die Nachricht, daß einer der Mitbegründer der ersten Internationale, unser holländischer Genosse van Kol die Augen für immer geschlossen hat, van Kol, der auf keiner internationalen Tagung bisher fehlte. Ihm nahm der Tod die Möglichkeit, auch diesmal dort zu sein, während er sich schon zur Reise gerüstet hatte. Werte Versammlung, Sie alle haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen für diesen Ausdruck der Pietät.

Wenn ich trotzdem noch einmal auf den Namen zurückkomme, der uns alle umschwebt, auf den Namen Friedrich Ebert, dann sei mir dies aus folgendem Grunde gestattet. Wir, die wir vor wenigen Stunden am Grabe Friedrich Eberts standen, als Hermann Molkenbuhr, unser Veteran, ihm jenen tiefempfundenen Nachruf hielt, hören im Geiste noch einmal das Lied, unter dessen Klängen er vor einem halben Jahre der Erde übergeben wurde: „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben". Das klingt für uns wie ein gewaltiger, aus Millionen Proletarierherzen kommender Ruf voll Sehnsucht, aber auch voll stolzer innerer Kraft. Es klingt in uns nach, wenn wir jetzt an die praktische

Arbeit für die Partei gehen wollen. Es ist wahr, wie der Genosse Amann vor mir sagte, daß der erste Parteitag nach Friedrich Eberts Tode nicht zufällig in der Stadt stattfindet, in deren Bannkreis die sterblichen Ueberreste Friedrich Eberts ihre Ruhe gefunden haben. Während wir an die Arbeit gehen, um den Bau der Partei ein Stockwerk höher zu führen, klingt in uns allen die Erinnerung an Friedrich Ebert und an alle jene anderen, die ich eben nannte, nach wie eine wehmütige, aber doch so unendlich kraftvolle Melodie. Der Mann, den wir dort oben am Bergfriedhof bestatteten, er bedeutet für uns einen Markstein in unserem Tageskampf und auch ein Symbol für den Uebergang von der Schwelle der höchsten Verantwortlichkeit für den Staat — zur Opposition. Vor sieben Jahren war die Sozialdemokratie der Staat, der Staat, der geboren wurde als Folge des Verbrauchs jeder menschlichen, materiellen, jeder moralischen und wirtschaftlichen Kraft im Ringen gegen eine Welt, die, gestützt auf unerschöpfliche Menschenmassen und materielle Hilfsmittel, gegen das deutsche Volk im Kampfe stand. Damals wurde dieser Staat geboren aus der Unzulänglichkeit der herrschenden Faktoren, aus der Not einer ausgemergelten, verhungernden Bevölkerung. Er wurde geboren im Bauche der Panzerschiffe, in den Kasernen der Ersatzbataillone, in den brennenden Gehirnen verzweifelter Matrosen und Feldsoldaten, als Ausgeburt des Schreckens über einen zwecklosen Tod und eine nicht endenwollende Qual. Vor sieben Jahren kamen die Truppen, die zur Niederhaltung der Bevölkerung kommandiert waren, vor die Tore des „Vorwärts“ zum Parteivorstand und verlangten eine politische Führung, als Kaiser- und Königtum, als der Militärstaat wie Seifenblasen zerplatzten. Und als die Monarchie in all ihrer Erbärmlichkeit zerbrochen am Boden lag, drückte der letzte Kanz'er des Kaiserreichs dem Führer der Sozialdemokratischen Partei Friedrich Ebert das Schicksal des Deutschen Reiches in die Hand, weil er wußte, was damals alle wußten, wenn sie es auch heute mit dreister Stirn leugnen, daß nur bei der Sozialdemokratie noch Rettung für die Existenz und die Einheit der Nation war. (Lebhafter Beifall.) Wir haben dieses Abschiedsgeschenk des alten Staats, ein Danaergeschenk im wahrsten und vollsten Sinne des Wortes, festgehalten mit aller Kraft. Ebert und wir alle, in jener Zeit von einer Versammlung zur anderen, von einer Kaserne zur anderen gehetzt, haben uns mit Klauen und Zähnen festgekrallt, haben das Chaos verhindert und so den Staat neu für das Volk erobert. Als jene Stürme von links abgebrandet waren, als die Vorpostengefechte Sowjetrußlands am Asphalt unserer Großstädte erloschen waren, da zündeten die Landsknechtführer von der Rechten im Kapp- und im Hitlerputsch den Brand von neuem an. Ebert und wir sowie die Massen der freigewerkschaftlichen Arbeiter standen von neuem im Zentrum dieses Gewitters, und wir hielten mit unseren Fäusten die Republik. Darum stehen wir mit heißem Herzen zu diesem Staat; denn er stammt von unserer Hand. Wir wollen den Arbeitern immer wieder von neuem in die Ohren schreien: vergeßt es nicht, wir haben unzerstörbare Rechte an dieser Republik, vor sieben Jahren war die deutsche Sozialdemokratie der Staat! (Lebhaftes Bravo!) Als wieder Ruhe im Lande war, als mit unserer Hilfe die Wirtschaft sich auf dem Dawes-Fundament konsolidierte, als sich die Möglichkeit zeigte, auch die Gesamtpolitik auf dem Boden des Sicherheits- und Völkerbundsgedankens zu verankern, als die Putschgespenster von rechts und links im Tageslicht einer neuen Währung und besseren Wirtschaft zerstoben, da kamen sie wieder einmal aus ihren Löchern, aus ihren Winkeln, die Junker, die Schlotbarone, die Pfefferſäcke und ihre Beauftragten, und sie verpesteten die politische Atmosphäre mit dem Gestank ihrer Lügen und Gemeinheiten. Sie verpesteten die Redaktionen der Zeitungen, die Parlamente und sie verkleisterten das Hirn des kleinen Mannes und schrien tausendmal um tausendmal Korruption. Das taten sie, die fluchbeladenen Träger eines elend zusammengebrochenen, korrupten und verlumpten Systems,

die Söldlinge und erbärmlichen Klopffechter der Reaktion. Das von ihnen abgeblasene Gas der Verleumdung legte sich wie ein erstickender Dampf auf das Schlachtfeld der deutschen Republik. Friedrich Ebert, an dessen Schuhsohlen das Gesindel nicht heranreichte, brach unter den Giftspritzern zusammen, weil er zu ehrlich, zu vornehm, zu ritterlich war, um mit gleicher Münze diesem Räubergesindel zu dienen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Schmerz über so viel Undank, über solchen Tiefstand der Gesinnung hat dem Toten am Bergfriedhof dort oben in erster Linie das Herz gebrochen; uns aber, Genossen, kann dieser Gaskampf der Lüge und der Verleumdung erst dann gefährlich werden, wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren (sehr richtig!), den Glauben an die Reinheit und an die Größe unserer Bewegung sowie den Glauben an die Makellosigkeit der Führerschaft und der Partei. (Bravo!) Darum weg mit der Verleumdung und Auge in Auge, aber auch Arm in Arm zusammengetreten für die Partei! Sie wissen heute schon: jene Kanonade ist vergebens gewesen. Die Armeen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft marschieren vorwärts mit neuer und doppelter Kraft. Jene Kanonade war der Gipfelpunkt von Lüge und Verleumdung. Unsere Gegner haben ihr Ziel nicht erreicht. Es ist richtig: im Reich stehen wir heute in der Opposition; aber gerade diese Opposition schafft uns in größtem Ausmaße die Vorbedingungen für die Wiedererringung der politischen Macht. Ein halbes Jahr Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie hat auch dem einfältigsten Leser der Rechtspresse bewiesen, daß die Junker und die „Retter“ den Befreiungskrieg gegen Frankreich nicht führen können, wie ihre Blätter seit Jahren gelogen haben. Ein halbes Jahr Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß Sparer, Kleinbauern und Kleinbürger, Gehalts- und Lohnempfänger, daß die Konsumenten alle zu Schaden kommen, wenn sie ihre Stimme den Parteien geben, hinter denen nur die eine treibende Kraft steht: der Profit und das Kapital. Ein halbes Jahr Reichsregierung gegen die Sozialdemokratie hat auch dem Dümmsten bewiesen, wer das Geld der kleinen Sparer einsackt, wer durch Zölle das Brot verteuert, wer durch Steuern den kleinen Mann ausbeutet, dem großen aber Liebesgaben nachwirft; wer aus den armen Käufern das Letzte herauspreßt. Darum ergibt sich als Losung unseres Kampfes in der Opposition für uns die Wiedererringung der politischen Macht auch im Reich.

Parteigenossinnen und -genossen! So gehen wir denn an die praktische Arbeit auf diesem Parteitag als die Armee, die in der Aufnahmestellung der Opposition die ihr tausendfach neuerwachsenden Kräfte formt und sammelt — zur nächsten Schlacht. Heidelberg, der Ort dieses Parteitages, soll ein Kennwort werden in dieser Epoche des Befreiungskampfes des Proletariats. Während wir hier zur Arbeit schreiten, dunstet dort draußen am Neckar und am Main ein Land voll Freiheitssehnen und Zukunftsglauben. Auf den Ackerschollen dieser Dörfer, die den großen Bauernkrieg vor vierhundert Jahren gesehen haben, aus Frankenhausen und aus Königshofen erinnern Lieder an die große Zeit, als die geschundenen und niedergedrückten Bauern die Spieße, Dreschflegel und Sensen auf ihre Schultern nahmen, um für die ökonomische Befreiung ihrer Klasse, die Freiheit des Geistes zu marschieren. Aus diesem Bauernkrieg im Süden und aus der unblutigen Bauernniederknüppelung durch die Bauernlegung im Norden und Osten, aus einer Agrarpolitik, die an Stelle der großen Bauernabschlachtung des Mittelalters die ökonomische Knechtung des dritten Standes verewigen sollte, entstand im Maschinenzeitalter des 19. Jahrhunderts das Proletariat. Unter den Fahnen der im alten Militär- und Klassenstaat entrechteten Arbeiterklasse, aus dem Meer von Blut und Tränen im großen Kriege erwuchs in der Verzweiflung proletarischer, bürgerlicher und bäuerlicher Kämpfer der neue Staat, den mit sozialem Geiste zu erfüllen, wir die höchste Pflicht haben. Ihm gilt all unsere Kraft. Die schmale Gasse in Heidelberg, in

der eine Handwerkerfrau vor Jahrzehnten Friedrich Ebert gebar, das Grab des ersten Reichspräsidenten da oben am Bergfriedhof und jene Dörfer am Neckar und am Main, in denen sich die Bauern um ihre Freiheit schlugen, sie sind uns Markſteine für den Befreiungskampf des Proletariats. (Lebhafter Beifall.) Und nun nochmals: an die Arbeit! Aus den Gräbern des Alten wächst das Neue und wir mit ihm, das neue Geschlecht. (Stürmischer Beifall.)

Damit erkläre ich im Auftrage des Parteivorstandes den Parteitag zu Heidelberg für eröffnet.

Auf Vorschlag **Auer**-München werden Otto Wels (Parteivorstand) und Emil Maier-Heidelberg einstimmig zu Vorsitzenden gewählt.

Als Schriftführer werden auf Antrag **Certerit**z-Hamburg bestimmt: Adolf Dichtl-München, Frau Lohmann-Hannover, Minna Todenhagen-Berlin, Fritz Lewerenz-Crefeld, Karsten-Altona, Riedmiller-Köln, Saupe-Wurzen i. Sa., Pflüger-Stuttgart und Pietsch-Breslau.

Ferner wird beschlossen, eine Mandatsprüfungskommission, bestehend aus neun Mitgliedern einzusetzen, die gleichzeitig als Beschwerdekommission fungieren soll. In diese Kommission werden auf Vorschlag Lau-Hannover entsandt: Henßler-Dortmund, Asch-Höchst a. M., Wendt-Neu-Ruppin. Minna Bollmann-Halberstadt, Buchwitz-Görlitz, Dr. Kieß-Jena, Johann Schmitt-Bielefeld, Puchta-Bayreuth und Kaisen-Bremen.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Die Anträge zur Tagesordnung Nr. 1 und Nr. 2 sollen in der Form berücksichtigt werden, daß beim Bericht des Parteivorstandes und beim Bericht der Kontrollkommission zur Währungsfrage und zur deutschen Justiz Stellung genommen wird.

Vorsitzender **Wels**: Der ganze Parteitag ist in der Beurteilung dieser Frage völlig einig. Da die Delegierten von Meißen selbst Entschließungen einbringen und ihre Ansichten in der Diskussion zur Genüge zum Ausdruck bringen können, bitte ich der von mir vorgeschlagenen Tagesordnung unter Ablehnung der Anträge 1 und 2 zuzustimmen.

Der Tagesordnung wird unter Ablehnung der Anträge 1 und 2 zugestimmt.

Vorsitzender **Wels**: Zu Punkt 5 dieser eben angenommenen Tagesordnung schlage ich vor, da zu dem von der in Nürnberg im Jahre 1922 eingesetzten Programmkommission vorgelegten Ergebnis ihrer Arbeiten die Anträge 158 bis 204 und die Veröffentlichungen in der Parteipresse vorliegen und Berücksichtigung finden müssen, die Programmkommission mit einer Nachprüfung ihres Entwurfs zu beauftragen. Weiter schlage ich vor, die Programmkommission durch die Genossen Robert Schmidt, Paul Levi und Paul Kampffmeyer zu ergänzen. Die Formalitäten soll die Programmkommission heute abend 9 Uhr im Bureau des Parteivorstandes besprechen, wie sie die vorliegenden Anträge und die Diskussion gegenüber ihrem Entwurf verwerten will.

Dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

Vorsitzender **Wels**: Wir haben die Freude, wie in früherer Zeit Parteigenossen der ausländischen Bruderorganisationen bei uns zu begrüßen. Der Internationale ist es nicht möglich gewesen, einen besonderen Vertreter auf unsern Parteitag zu entsenden, es liegt dafür folgendes Telegramm vor:

„Unmittelbar nach dem Abschluß des Internationalen Kongresses in Marseille sind unsere Exekutivmitglieder in ihren eigenen Ländern und auch unser Sekretariat so sehr in Anspruch genommen, daß es zu unserem großen Bedauern nicht möglich ist, an Eurer wichtigen Tagung durch einen besonderen Delegierten vertreten zu sein. Die bedeutende Stärkung Eurer Partei an Zahl und Geschlossenheit, die bei den großen Wahlkämpfen im letzten Jahr so verheißungsvoll in Erscheinung getreten ist, gibt uns die Zuversicht, daß Eure

Partei als die Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse mit voller Kraft weiterarbeiten wird an der Sicherung der Republik, an der Sicherung des Achtstundentages, an der Sicherung des Weltfriedens, an der Eroberung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Für das Administrativkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale.

gez.: Henderson, Vorsitzender. Adler, Sekretär."

Die französische Partei bedauert, unsern Parteitag entgegen ihren Hoffnungen nicht beschicken zu können und wünscht besten Erfolg, ebenso die Labour Party. Die deutschsozialistische Partei Polens entbietet ihre brüderlichen Grüße, Genosse Diamand weilt als Gast für die Sozialdemokratie Polens bei uns. Herzlichst grüßt die holländische Sozialdemokratie. Im Auftrage der Sozialisten Italiens nimmt Genosse Reventlow an unserer Tagung teil. Ferner weilt in unserer Mitte der dänische Reichstagsabgeordnete Nielsen, der Pflegevater vieler deutscher Kinder. (Lebhaftes Händeklatschen.) Wir haben stets tief bewegt der Güte und Liebe für unsere deutschen Kinder von dänischen Eltern unser Dankesgefühl entgegengebracht und gehofft, der dänischen Arbeiterklasse unsern Dank und das Gefühl der Solidarität anders als durch Worte ausdrücken zu können. Bei der jüngst verflossenen gewaltigen dänischen Aussperrung hat die deutsche Arbeiterschaft bewiesen, daß es ihr mit diesem Versprechen heiliger Ernst war, der Dank der dänischen Arbeiter für diese Hilfe läßt uns glauben, daß wir unsere Dankesschuld abzutragen beginnen. (Bravo!)

Es weilt unter uns als Vertreter der deutschösterreichischen Partei Dr. Karl Renner, der erste Bundeskanzler der Republik. (Händeklatschen.) Die ungarische Emigrantengruppe ist durch Dr. Szende vertreten, die ungarische Partei durch Genossen Alexander Propper, die tschechoslowakische Republik, und zwar die deutsche Sozialdemokratie Tschechiens durch Genossen Senator Dr. Heller und die tschechische Sozialdemokratie durch Genossen Dr. Soukup. Die litauischen Sozialdemokraten begrüßen den Parteitag, die georgischen entsenden Dr. Achmeteli, den früheren Gesandten der georgischen Republik in Berlin. Die belgische Arbeiterpartei entsendet ihr Vorstandsmitglied Ekkelaers, die menschewistische Partei Rußlands ist durch Genossen Garwy vertreten.

Von weiteren telegraphischen Grüßen bringe ich diejenigen der ungarischen Sozialdemokraten und einen Brief unseres Genossen Kautsky zur Kenntnis, der nach der Verlegung seines Wohnsitzes von Berlin nach Wien es schmerzlich bedauert, bei der Verabschiedung des Programmentwurfs, an dem er tätigen Anteil hat, nicht dabei sein zu können; er bedauert es gleichzeitig, daß sein alter Freund und Kampfkamerad in der Programmkommission, Eduard Bernstein, durch ein ernstes Leiden verhindert ist, den Arbeiten der Programmkommission das letzte Gefüge zu geben. Eduard Bernstein und Karl Kautsky sind gewiß die vornehmsten Förderer des wissenschaftlichen Sozialismus, die die deutsche Sozialdemokratie, vielleicht der internationale Sozialismus überhaupt hat. Eduard Bernstein sprach vorgestern, als wir an seinem Krankenlager weilten, in alter Frische von späteren Kämpfen, und sein einziges Bedauern war nur, daß er unsern heutigen Beratungen nicht beiwohnen kann. Er machte uns auf Einzelheiten in der Diskussion über das Programm aufmerksam, damit wir nicht verfehlten, in seinem Geist und Sinn seine Auffassung hier zu übermitteln. So lebt der greise Kämpe mit uns und arbeitet mit uns. Ich bitte zu beschließen, ihm telegraphisch baldige Besserung zu wünschen und ihm zu versichern, daß wir alle von dem Gedanken herzlicher Freundschaft zu ihm verbunden sind. (Bravo! und Händeklatschen.) Ich entnehme Ihrem Beifall Ihre Zustimmung zu meinem Vorschlag.

Ich bitte nun unsere ausländischen Genossen, das Wort zu nehmen.

Dr. **Renner**-Oesterreich (mit Händeklatschen begrüßt): Im Namen und im

Auftrage unseres Parteivorstandes begrüße ich diesen Parteitag aufs herzlichste. Zu unserer Freude ist es uns erspart, zwei Parteitage zu beschicken. Die österreichische Sozialdemokratie ist ein Kind der deutschen Sozialdemokratie, sie ist geworden von den Tagen Lassalles an und hat sich immer eins gefühlt mit der einigen, großen, deutschen Sozialdemokratie August Bebels. Wir freuen uns, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr in zwei Parteien zerfallen ist, und begrüßen es, daß Sie diese Einigkeit durch Ihr Parteiprogramm dauernd besiegeln wollen. (Bravo!) Dieser Parteitag wird ein Markstein in der Bewegung der deutschen Arbeiterklasse sein. Ein großes Werk ist vollbracht und ist nurmehr zu sichern. Die deutsche Arbeiterklasse im Reich wie in Oesterreich hat unter Führung der Sozialdemokratie das zusammengebrochene, aus tausend Wunden blutende deutsche Volk gesammelt und aufgerichtet, hat die Nation wieder aufgebaut, hat sie von dem staatsrechtlichen Schutt des Mittelalters befreit und die Republik aufgerichtet. Die deutsche Sozialdemokratie hat die deutsche Nation wieder in die Gemeinschaft der abendländischen Völker zurückgeführt. Dieses große Werk wird dauernd ein Ruhmeskapitel der deutschen Arbeiterklasse bilden! (Beifall.) Die Republik, der Staat, den die deutsche Sozialdemokratie geschaffen hat, wollten die anderen zuerst zertrümmern. Da sie es nicht konnten, haben sie vorgezogen, sie zu stehlen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Diese von Ihnen geschaffene Republik wird jetzt von Junkern, Bureaukraten und alten Generälen regiert. Das aber konnte nur in einer Zeit der geistigen Verwirrung geschehen. (Heiterkeit.) Daß diese geistige Verwirrung bald verschwindet, ist Sache des Parteitags, daß die klare Erkenntnis das ganze deutsche Volk wieder erfasse, wonach die Republik von Weimar nicht mehr Sache der Junker und Schlotbarone sein darf, sondern dem arbeitenden Volke Deutschlands gehört. (Bravo! und Händeklatschen.)

Uns in Oesterreich ist es ähnlich gegangen. (Heiterkeit.) Uns wurde geflucht, weil wir den Frieden geschlossen haben, wir wurden verleumdet und verdächtigt, es wurde als Verrat erklärt, mit den Feinden zu verhandeln. Nachdem wir aber, der Vernunft und der Zwangslage Rechnung tragend, was notwendig war getan hatten, kam Herr Seipel, — und schrieb es auf seine Rechnung. (Heiterkeit.) Er schloß seinen Frieden mit den „feindlichen" Mächten, und die Christlich-Sozialen regieren Oesterreich. Wir haben uns aber geschworen, das wieder gut zu machen und wollen die Republik, die wir geschaffen haben, unserm arbeitenden Volk wiedererobern. (Bravo!)

Sie haben sich dasselbe vorgenommen, Sie schaffen sich dazu die Rüstung im Parteiprogramm und geben sich die taktischen Grundsätze durch Parteibeschlüsse. Ihre Beschlüsse haben unmittelbare Bedeutung auch für uns, denn wir sind ein Teil von Ihnen und wollen nicht mehr sein. (Bravo!) Wir begrüßen die Stunde, wo ich nicht mehr als Gast hier rede und zuhöre (minutenlanger Beifall und Händeklatschen), sondern wo wir in völliger staatlicher und politischer Gemeinsamkeit für die großen Ziele des arbeitenden Volkes der ganzen deutschen Erde kämpfen und siegen werden. (Bravo! und Händeklatschen.)

Diamand-Polen (mit Händeklatschen begrüßt): Die polnische sozialistische Partei hat mit meiner Delegierung nicht einen Akt internationaler Höflichkeit, sondern einen politischen Akt vornehmen wollen. Die Verhältnisse zwischen der deutschen und polnischen Republik sind infolge des Willens der Herrschenden und einer von Haß durchsetzten Presse auf beiden Seiten gespannt. Gestern fuhr mit mir ein hoher deutscher Offizier aus Warschau nach Berlin, der ganz erstaunt war, in Polen nichts von alledem zu erfahren, was die deutsche nationalistische Presse schreibt. Wir alle haben das Empfinden, daß die Durchsetzung der Luft mit dem Gift des Hasses viel weiter wirkt, als wir anzunehmen scheinen. Hygienisch kann man sich gegen eine Seuche nur schwer abgrenzen. Es nutzt

nicht viel, daß wir unsere Genossen zu beeinflussen suchen, sich diesem Hasse nicht hinzugeben. Wir müssen diesen Haß in allen Kreisen in unsern Ländern bekämpfen und bei jeder Gelegenheit betonen, daß wir an diesem Haß keinen Teil haben. Die ganze Hoffnung der Welt beruht auf der Demokratie, die ganze Hoffnung der Zukunft auf dem Sozialismus. Wir müssen eine Atmosphäre schaffen, in der die Demokratie die leitende Kraft und der Sozialismus die alle Hirne durchsetzende Idee wird. In diesem Sinne wollen wir uns ganz der Mitarbeit mit Ihnen hingeben.

Wenn der Haß die Idee der niedergehenden Klasse der Kapitalisten ist, so ist die Idee des Sozialismus die Liebe. Für diese Liebe wollen wir leben und wirken, wollen streben zu einer engeren Vereinigung der Völker, vor allen Dingen Europas. Wir wollen werden ein einiger Bund der Völker, ein einig Volk von Brüdern. Wir wollen mit Ihnen alles tun, was die beiden Völker einander nähert. Wir verlangen, daß wir uns gegenseitig kennen lernen. Dann werden wir uns lieben lernen und wirklich ein Volk von Brüdern werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte immer eine außerordentliche Bedeutung für die Entwicklung des Sozialismus in der Welt, nicht nur in Europa. Ihre Organisation ist die größte und auch die bedeutendste. Der wissenschaftliche Sozialismus hat seine hervorragendsten Vertreter in Ihrer Mitte gefunden. Ihr Erfurter Programm war eine Fundgrube für die Programme der andern Völker, es war richtunggebend, sonst wäre unsere Zusammenarbeit auch nicht in diesem Maße möglich gewesen, wie es der Fall ist. Die Verhältnisse in der Welt haben sich seit dem Krieg gänzlich verändert, besonders die Stellung der Sozialisten zu ihren Staaten und ihren Regierungen. Während früher die Programme ohne Rücksicht auf die Verhältnisse der eigenen Länder aufgestellt werden konnten, sind wir heute durch die direkte oder indirekte Teilnahme an den Regierungen darin beschränkt. Wir müssen unsere Programme revidieren. Es ist ein glücklicher Zufall oder vielmehr ein Produkt der unabwendbaren Notwendigkeit, daß die Deutschen an die Revision ihres Programms herantreten. Wenn Ihr, Parteigenossen, das Programm neu gestaltet, arbeitet Ihr nicht nur für Deutschland. Das ist eine Arbeit für die ganze sozialistische Welt. Wir werden diese Arbeit mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Wir wissen, auch unsere Interessen werden hier entschieden. Deshalb sehen wir diesen Kongreß in dieser Beziehung als den unsrigen an. Die Wünsche, die mich und meine Parteigenossen bewegen, bringe ich in dem Ruf zum Ausdruck: Hoch die Internationale, hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Bravo! und Händeklatschen.)

Ekkelaers, Vertreter der belgischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Kameraden! Mein erstes Wort ist ein Glückwunsch an die deutschen Sozialisten, die nicht allein ihre Einheit wiederhergestellt, sondern auch das gewaltige Räderwerk ihrer Organisation wieder ineinandergesetzt haben. Wir haben es noch nicht vergessen, daß wir in Deutschland Studienreisen eingerichtet haben, um die Methode der Zentralisierung der Gewerkschaften, die moderne Einrichtung der Partei und den Vorausgang der sozialistischen Presse zu untersuchen. Wir glauben deswegen, daß die deutsche sozialistische Partei in Kürze wieder an der Spitze der Internationale stehen wird.

Als Vertreter der belgischen Partei kann ich Ihnen erklären, daß auch bei uns manchmal die Kriegshetze aufflackert, daß aber in den Reihen der organisierten Arbeiter nichts davon zu merken ist. (Bravo!) Mehr als je sind wir belgischen Sozialisten entschlossen, mit all unseren Kräften für den beständigen Frieden, für das Einverständnis der Arbeiter, für den Kampf des Sozialismus zu arbeiten. Wir wollen jedermanns Freunde und niemandes Feinde sein. Ich kann hier erklären, daß die Ruhrbesetzung gegen unsern Willen kam.

(Bravo!) Wir haben in unserm Parlament, in unserer Presse und in unzähligen Versammlungen in Belgien wie im Ausland gegen die Gewaltpolitik protestiert. Wir empfinden es auch als ein Glück, daß mit dem Eintritt der Sozialisten bei uns in die Regierung die Ruhrräumung begonnen hat, und wir hoffen, daß sowohl die Ruhrbesetzung wie auch alle anderen Besetzungen bald der Vergangenheit angehören (lebhafter Beifall), so daß wir mit aller Kraft für die Zukunft arbeiten können.

Nichts, was Zwietracht zwischen uns bringt, sondern was uns vereinigt, muß hervorgehoben werden. Nicht, was gestern geschehen ist, muß uns zu Feinden machen, sondern was morgen geschehen wird, soll uns zu kameradschaftlicher Arbeit vereinigen. (Bravo!) Der Kapitalismus wollte den Krieg nicht vermeiden, er konnte auch den Frieden nicht bringen. Wir haben die Pflicht, die Menschheit vor neuen Kriegen zu bewahren und die Kultur vor sicherem Untergange zu retten. Eins von beiden: wir vernichten den Krieg oder wir werden vom Kriege vernichtet. (Sehr richtig!)

Auf unseren internationalen Kongressen haben wir feierlich versprochen, für den Frieden alles zu tun und gegen den Krieg alles zu wagen. Dieses Versprechen müssen wir einlösen, indem wir über den engen Nationalismus die internationale Solidarität stellen. Ueber dem „Deutschland über alles" über dem „Britannia rulis the waves", über der nationalistischen Marseillaise muß die Internationale stehen als der Streitgesang von allem Unterdrückten ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse. (Lebhafter Beifall.)

Bevor ich hierher kam, habe ich im belgischen Staatsblatte folgendes Grenzübereinkommen zwischen Deutschland und Belgien gelesen: Wenn an unseren Grenzen ein toller Hund herumläuft, müssen wir den Bürgermeister der deutschen Grenzgemeinde verständigen. Dasselbe müssen auch die Deutschen tun, wenn sich der Fall auf deutscher Seite ereignet. Gemeinsam wird eine Jagd unternommen, um den tollen Hund unschädlich zu machen. (Heiterkeit.) Wenn der Kapitalismus aufs neue seine Hunde losläßt, um unsere Länder in Feuer und Flammen zu setzen und unsere Jugend zu morden — warum sollen wir Sozialisten dann keine Uebereinkunft machen können, um diese wütenden Hunde unschädlich zu machen? (Lebhafter Beifall.)

Kameraden! Das Weltproletariat erwartet von uns nicht allein Worte, sondern auch Taten. Ich wünsche Ihnen recht viel Glück zu Ihrem Kongresse, weil ich überzeugt bin, daß Sie der Internationale mit der Tat dienen werden. Es lebe die Verständigung der Völker! Es lebe die Internationale! Es lebe der Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Peter Garvy, Vertreter der russischen Sozialdemokratie (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen, ich begrüße Ihren Parteitag in Eberts Stadt im Namen der verfolgten illegalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Mit Stolz und Hoffnung sehen wir den neuen Aufstieg der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Vor dem Kriege war die deutsche Sozialdemokratie die stärkste Säule der Arbeiterinternationale. Der Wiederaufbau und die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung ist jetzt eine Vorbedingung für den Wiederaufbau der gesamten Internationale. Wir sind davon überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie, die vor dem Kriege die führende Partei der Internationale war, ihre internationale Bedeutung bald wieder zur Geltung bringen wird.

Auf der Tagesordnung Ihres Parteitages steht eine Frage, die uns russische Sozialdemokraten und die gesamte Internationale ganz besonders angeht, das ist das neue Parteiprogramm. Kein anderes Parteiprogramm hat auf alle sozialistischen Parteien der Welt und insbesondere auf unsere russische Partei eine so große, ja man kann sagen, bestimmende Wirkung ausgeübt wie das

Erfurter Programm. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben sozusagen geologische Umwälzungen in der ganzen Welt hervorgerufen. Es muß allen diesen Aenderungen Rechnung getragen werden. Es müssen neue Richtlinien der sozialistischen Propaganda und Politik niedergelegt werden. Damit werden Sie die brennenden Bedürfnisse nicht nur der eigenen Partei, sondern auch der gesamten Internationale befriedigen. Wir hoffen, daß Ihr neues Programm, wie das Erfurter, vom Geiste des unverfälschten Marxismus, des Klassenkampfes, des demokratischen Sozialismus und der internationalen, proletarischen Solidarität erfüllt sein wird.

Noch ein paar Worte über die russische Frage! Der Internationale Kongreß in Marseille hat bestätigt, daß die sogenannte russische Frage eigentlich keine besondere russische, vielmehr eine internationale Frage ist. Nicht nur vom Standpunkt der internationalen proletarischen Solidarität, sondern auch im Interesse der eigenen Arbeiterbewegung und des Weltfriedens haben alle sozialistischen Parteien die Pflicht, den entschiedensten Kampf gegen die Zerstörungs- und Spaltungsarbeit der kommunistischen Internationale zu führen.

Auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist es überflüssig, auf Einzelheiten des bolschewistischen Schreckensregimentes in Sowjetrußland einzugehen. Es genügt, darauf einzugehen, daß der Begründer der sozialistischen Arbeiterbewegung in Rußland, Genosse Axelrod, seinen 75. Geburtstag im Exil feiern mußte. (Pfui!) Die pompösen Fälschungsdelegationen können die sozialistischen Arbeiter Deutschlands nicht verwirren. Daß es in Rußland keine Diktatur des Proletariats, keinen Sozialismus gibt, daß die bolschewistische Diktatur allmählich in einen kapitalistischen Bonapartismus entartet, ist wohl bekannt. Weniger bekannt ist, daß die entrechteten, unterdrückten, ausgebeuteten russischen Arbeiter trotz unerhörtem Terror, trotz Verfolgungen und Aussperrungen erwachen und den Kampf gegen terroristische Diktatur wiederaufzunehmen suchen. Diesen Kampf der russischen Arbeiter für menschliche Arbeitsbedingungen, für politische Freiheit, für Demokratie, für Sozialismus zu unterstützen, ist die Pflicht der gesamten Internationale.

Tua res agitur — um deine Sache geht es, können wir Ihnen zurufen. Hunderte und Tausende von russischen Sozialisten, die in alten zaristischen Kerkern und in Sibirien schmachten oder in tiefster Verborgenheit gegen die allmächtige Diktatur ringen, sie kämpfen auch für Sie, für die Internationale, für den Weltfrieden, für den Sozialismus. Gewiß, die demokratische Ueberwindung der bolschewistischen Diktatur ist die Sache des russischen Proletariats, der russischen Demokratie selbst. Aber ohne Unterstützung der gesamten sozialistischen Internationale kann der heroische Kampf der russischen Arbeiter, der russischen Sozialisten nicht zum Siege führen. Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Soukup (Tschechoslowakei): Werter Parteitag! Die Parteileitung der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat mich beauftragt, der deutschen Bruderpartei die innigsten Grüße und Glückwünsche des gesamten sozialdemokratischen tschechoslowakischen Proletariats zu übermitteln. Unermeßlich sind die Aufgaben, die uns allen nach dem Weltkriege auferlegt worden sind. Die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, das Elend der Massen zu mildern, neue politische und soziale Staatsformen auf dem Wege zum sozialistischen Ziel zu entwickeln, sind die uns gemeinsamen Aufgaben, um die vulkanischen Kräfte in Zentraleuropa zu erwecken, durch welche die alte, mittelalterliche Welt unrettbar zu Grabe getragen und die neue sozialistische Zukunft geboren wird. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie ist eine ihrer nächsten Nachbarparteien. Mehr denn je ist heute die Verantwortung unserer Partei in der neuen Republik gestiegen, die Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse gegenüber dem Republikanismus und gegenüber dem Sozialismus. Alle Kräfte

unserer Partei sind bis zum äußersten der Erreichung dieser Ziele gewidmet. Die Festigung der republikanischen Staatsform, die intensive Durchführung der Sozialreform, der energischste Kampf gegen den nationalen Chauvinismus, Militarismus und Faschismus, die aufrichtigsten Bemühungen zur Durchführung der nationalen Verständigung und Gleichberechtigung, alles das sind wichtige Aufgaben unserer Partei, denen wir in schwerem Kampfe innerhalb und außerhalb des Parlaments unsere Kräfte widmen. Heute blicken wir alle auf die deutsche Sozialdemokratie. Die gesamte tschechoslowakische Arbeiterschaft ist sich dessen bewußt, was die deutsche Sozialdemokratie für die Erhaltung der deutschen Republik, für den Weltfrieden und für den internationalen Sozialismus bedeutet. Unsere Arbeiter werden auch mit angespanntestem Interesse den Debatten über die Ergänzung des Parteiprogramms folgen.

Wir sind hier in der Geburtsstadt Friedrich Eberts. Als wir in Berlin an seiner Bahre standen, habe ich in der Trauerfeier gesagt: „Wir waren unlängst in London am Grabe Karl Marx bei der Feier der 50jährigen Gründung der Arbeiterinternationale. Wie sich dort die gesamte Welt in diesen 50 Jahren geändert hat von Karl Marx als Exulant Deutschlands bis zu Friedrich Ebert als erstem Präsidenten Deutschlands! Das ist ein triumphaler Aufstieg des Proletariats, das ist eine Wendung der Weltgeschichte, ist ein Triumph der deutschen Sozialdemokratie und damit ein Sieg der gesamten Internationale." (Bravo!) Auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie hören wir die ehernen Schritte der Geschichte. Ich bitte, mir zu erlauben, daß ich aus ganzem Herzen im Auftrage der gesamten Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei von dieser Stelle aus der deutschen Partei die größte Hochachtung zum Ausdruck bringe und ihr zurufe: Durch die herrliche, große deutsche Sozialdemokratie werden wir immer weiter voranschreiten zum Siege der gesamten Internationale und zum Nutzen der gesamten arbeitenden Menschheit. (Beifall.)

Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei erhält dann das Wort **Heller**-Tschechoslowakei: Werte Genossinnen und Genossen! Ich überbringe Ihnen die Grüße der deutschen Arbeiter der Tschechoslowakei. Mehr als drei Millionen Deutsche wohnen in diesem Staate, davon die weitaus größte Mehrzahl Angehörige der arbeitenden Klasse. Genosse Wels hat Ihnen in seiner Ansprache den Werdegang Ihres Staates vor Augen geführt. Ich bin dabei unzählige Male an das erinnert worden, was sich bei uns abgespielt hat. Auch wir haben den Aufstieg und den Niedergang der Feinde von rechts und der Feinde von links, der Hakenkreuzler und der Kommunisten erlebt. Auch wir haben den Kampf gegen eine Zollvorlage geführt. In den letzten Tagen habe ich gelesen, daß man bei Ihnen die Schule der Kirche ausliefern will. Auch wir müssen um unsere Schule kämpfen. Tausende und aber Tausende von deutschen Volksschulklassen hat man uns im Laufe der letzten Jahre gesperrt. Was bedeutet es denn, wenn man bei Ihnen die Schule der Kirche ausliefert und bei uns die deutschen Schulklassen sperrt? Es bedeutet nichts anderes als die geistige Wehrlosmachung des Proletariats. (Sehr richtig!) Man will eben das Proletariat den Versuchungen des Klerikalismus, der Reaktion und des Nationalismus gefügig machen. (Sehr wahr!) Darum führen wir den gleichen Kampf wie Sie. Das Schicksal hat uns auf einen anderen Boden gestellt, denn wir gehören einem anderen Staate an und sind gesonnen, auf dem Boden, auf den uns die Geschichte gestellt hat, den Kampf zu führen. Aber darum wird nie die Gleichheit der Gefühle, die Schicksalsgemeinschaft, die zwischen uns und Ihnen besteht, aus unserer Erinnerung schwinden. (Bravo!) Alle die schweren Kämpfe, die Sie in den letzten sieben Jahren durchfechten mußten, haben wir mit Ihnen erlebt, als ob es uns anginge. Wir haben Ihre Niederlagen mit Ihnen gefühlt und bei Ihren zahllosen Siegen haben wir mit Ihnen gejubelt. Grenzen können Staaten trennen, Grenzen können aber nie die Herzen trennen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Herzen der deutschen Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei fühlen mit Ihnen, den Deutschen im Reich. (Bravo!)

So liegen die Dinge bei uns, und wenn Sie nun daran gehen werden, sich ein neues Programm zu geben, so arbeiten Sie nicht nur für sich selbst, sondern auch für uns. Mit dem größten Interesse sehen die Hunderttausende deutscher Arbeiter der Tschechoslowakei auf Ihre Beratungen. Auch wir haben vor zwei Jahren eine Programmkommission eingesetzt, deren Arbeiten aber leider noch nicht soweit gediehen sind, wie die Arbeiten Ihrer Kommission. Unsere Kommission wird von Ihren Arbeiten reichlichen Gebrauch machen können. Ich sagte vorhin, daß uns Grenzen trennen. Wir wollen den Kampf dort führen, wohin wir gestellt worden sind bis zu der Zeit, in der es keine Grenzen mehr gibt, in der über alle Grenzen hinweg die Menschen vereinigt sind, in der vereinigt sind alle jene, die für die Rechte der arbeitenden Menschen kämpfen und an die Stelle der herrschenden Unordnung die sozialistische Ordnung setzen wollen. In diesem Sinne wird nach unserer Ueberzeugung auch dieser Parteitag einen großen Schritt nach vorwärts bedeuten auf dem Wege zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Alexander **Propper**-Budapest (mit lebhaftem Beifall empfangen): Werte Genossinnen und Genossen! Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei hat Ihre Einladung mit großer Freude empfangen; denn damit ist ihr die Möglichkeit gegeben, das freundschaftliche Verhältnis, welches zwischen der ungarischen und der deutschen Partei früher bestand, wiederherzustellen und noch fester zu knüpfen. Ich kann offen gestehen, daß durch den Krieg und die verschiedenen Revolutionen die bisherige Verbindung gelockert wurde. Wir haben das sehr schwer empfunden. Aber die ungarischen Verhältnisse waren derart, daß wir nicht anders handeln konnten. Betrachten Sie diese meine Ausführungen nicht als konventionelle Phrasen. Die ungarische Parteibewegung ist mit der deutschen Bewegung nicht nur durch die Bande der internationalen Arbeitersolidarität und nicht nur durch die mit der geographischen Lage gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse verknüpft, sondern die ungarische Bewegung muß auch mit der Liebe und Dankbarkeit des Schülers auf die deutschen Genossen blicken. Unsere ersten Lehrmeister waren diejenigen ungarischen Genossen, die vor Jahrzehnten in Deutschland gearbeitet haben und nachher als überzeugte Sozialisten zurückkamen. Die Quelle unseres ersten Parteiprogramms war Ihr Erfurter Programm. Dieses Programm, welches wir im Jahre 1903 für unsere Bewegung als Richtschnur annahmen, wurde bisher wegen unserer speziellen Verhältnisse nicht einer Revision unterzogen. Auch unsere Parteiliteratur ist durch die deutsche beeinflußt. Die meisten unserer Parteischriften sind Uebersetzungen von Werken der deutschen Genossen. Die Werke von Marx und Engels, die wissenschaftlichen und agitatorischen Schriften anderer deutschen Genossen gehen bei uns von Hand zu Hand. Die deutsche sozialistische Literatur und Wissenschaft war der Grundstein, auf dem wir unser geistiges Leben aufbauten. Von den deutschen Genossen haben wir gelernt und lernen wir noch heute. Wir schämen uns nicht, zuzugestehen, daß die ganze ungarische Arbeiterbewegung sich nach dem deutschen Muster entwickelt hat. Die Kooperation der Partei und der wirtschaftlichen Bewegung, die Zentralisation der Gewerkschaften hat sich ganz nach dem deutschen Muster gestaltet. Auch die Kampftaktik der Gewerkschaften und der Partei entspricht dem deutschen Muster. Wir haben Ihre Methoden übernommen, nach unseren Verhältnissen umgestaltet, und ich kann ruhig behaupten, daß wir das nie bereut haben. Trotz der fortwährenden Verfolgungen und obschon Ungarn ein ausgesprochenes Agrarland ist, haben wir mit dieser Taktik und diesen Methoden eine Bewegung geschaffen, die mit den Bewegungen der anderen Kulturländer gleichzustellen ist und hinter der eine treue und kampffähige Truppe des internationalen Klassenkampfes steht. Es war ein wichtiger

Augenblick in der Geschichte unserer Parteibewegung, als die Macht der Verhältnisse, das Fehlen der demokratischen Institutionen und der staatlichen Sozialpolitik die Bewegung von der Bahn drängte, auf der wir nach Ihren Belehrungen wirkten. Die Revolution hat Hunderttausende der politisch und wirtschaftlich nichtgeschulten Arbeiter und Intellektuellen in unsere Bewegung hineingeführt. Sie wollten nun die Entwicklung beschleunigen. Aber der Versuch mit dem Bolschewismus hat nur einige Monate gedauert, und der Zusammenbruch hat das ungarische Proletariat darüber belehrt, daß wir nach dem Westen blicken müßten, und daß wir wieder mit denjenigen Kampfmethoden arbeiten müßten, die zwar scheinbar keine schnellen Erfolge bringen, mit deren Hilfe wir aber mit größerer Sicherheit das Endziel erreichen können. Der Preis des bolschewistischen Versuches war grauenhaft; die Taten der Gegenrevolution sind allbekannt. Die Genossen kennen auch die Greueltaten des weißen Terrors; aber trotz alledem kann ich Ihnen erklären, daß die ungarische sozialdemokratische Bewegung nie Konzessionen machte, daß sie ihrem großen Ziele treu blieb und der Glaube an den Sozialismus nie erschüttert wurde. (Bravo!) Die Gegenrevolution hat uns verfolgt. Wir haben unsere Arbeit fortgesetzt. Die Verfolgungen dauern noch heute an. Wir arbeiten mit fester Zuversicht weiter. Wenn wir im Jahre 1919 der Zeit vorausgeeilt sind, müssen wir heute der Zeit nacheilen, um das wieder gutzumachen, was wir versäumt haben. Ich kann den Genossen versichern, daß diese schwere Arbeit vollbracht werden wird, und daß wir Erfolge haben werden. (Lebhaftes Bravo!) Unseren Glauben haben wir nie verloren; wir blieben klassenbewußte Sozialisten, weil wir fest überzeugt sind von der Wahrheit des Sozialismus und weil wir gestärkt sind durch die Macht der immer besser wirkenden internationalen Arbeitersolidarität.

Die Leitung der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei hat mich mit der ehrenvollen Aufgabe betraut, Sie auf Ihrem Kongreß zu begrüßen. Ich entledige mich dieser Aufgabe mit großer Freude und wünsche Ihnen vielen Erfolg und gute Arbeit. Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe der Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Paul **Szende** von der ungarischen Emigrantengruppe, Wien (mit Händeklatschen begrüßt): Im Namen der Világosság, die die sämtlichen ungarischen sozialistischen Emigranten in sich vereinigt, überbringe ich Glückwünsche und den Ausdruck der Solidarität. Der enge Zusammenhang zwischen der großen deutschen sozialdemokratischen Bewegung und den nationalen sozialdemokratischen Bewegungen in den Nachbarländern ist mehrfach betont. Ich muß diesen Zusammenhang bestätigen. Wir ungarischen Sozialdemokraten ob in Ungarn oder im Ausland als Emigranten sind alle Schüler der deutschen sozialistischen Bewegung und des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus gewesen und auch geblieben, und deshalb können wir mit einer gewissen Uebertreibung der Liebe und der Anhänglichkeit diesen Kongreß als unsern Kongreß und das Programm hier als unser Programm bezeichnen.

Ueber die Ihnen bekannten Zustände in Ungarn einige Worte, um die Schwierigkeiten zu illustrieren, mit denen das Proletariat in Ungarn zu kämpfen hat, die es einer Emigrantengruppe zur Pflicht macht, das bestehende Regime von außen zu bekämpfen. Die jetzige ungarische Staatsform ist weder Republik noch Monarchie. Wir haben ein Königtum ohne König, eine Republik ohne Republikaner. Wir haben in Ungarn jetzt einen Monarchieersatz. (Heiterkeit.) Niemals wurden so viele Majestätsbeleidigungsprozesse, selbst in der Zeit des Königtums nicht, geführt wie unter dieser Herrschaft, in diesem Königtum. Ungarn ist angeblich abgerüstet, nur eine ganz kleine Armee ist vorgeschrieben. Niemals aber war das Land so bewaffnet wie jetzt, ein dichtes Netz geheimer militärischer Organisationen liegt über dem Land. Niemals war die Arbeiterschaft so rechtlos wie jetzt. Schwerindustrie und Großgrundbesitz haben die unumschränkte Macht und Gewalt in Ungarn. Sogenannte nationale, völkische oder rassenschutzlerische Organisationen werden von Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Bankkapital unterstützt und finanziert. Die sogenannten christlichen Organisationen werden meist von dem jüdischen Bankkapital gespeist. (Hört, hört!) Die ungarische Regierung, d. h. das System des weißen Terrors hat sich aus offener Konterrevolution in ein System der Restauration umgewandelt. Es werden nicht mehr massenhaft Menschen auf den Straßen hingemordet, der Donaufluß beherbergt nicht mehr so viel Leichen wie früher, aber das System der Konterrevolution arbeitet mit einer grausamen Sicherheit. Der Begriff der Klassenjustiz besteht auch in Ungarn zu Recht: die sogenannten unabhängigen Gerichte, die den Strick um den Hals der Arbeiterbewegung legen, belegen die Arbeiter und die politische Opposition mit den schwersten Strafen, während sie die sämtlichen Mörder aus völkischen und rassenschützlerischen Organisationen freisprechen. Wir aber wissen, daß die Reaktion in Ungarn keine isolierte Erscheinung ist, daß der weiße Terror die Folge der Reaktion in ganz Europa ist, und zwar in den Siegerländern infolge des Sieges, in den besiegten Staaten infolge der Revolution. Das kleine Ungarn ist nur ein Anhängsel der europäischen Geschicke und wird das Los und Schicksal Europas teilen. Mag sich die ungarische Reaktion noch so stark gebärden, wenn die Reaktion in den Ententeländern aufhört, wenn die Arbeiter in England, Frankreich und Italien wieder die Geschicke ihrer Länder leiten, wenn in Deutschland die Republik endgültig befestigt und die Sozialdemokratische Partei wieder die Führerin des deutschen Volkes sein wird wie in den unvergeßlichen Novembertagen 1918, dann ist es uns um das Schicksal unseres kleinen Landes nicht mehr bange: Wenn ganz Europa marschiert, so wird auch das kleine Ungarn marschieren. Wenn die deutsche Republik die Feier ihres endgültigen Sieges feiert, wird auch in Ungarn der Tag der Republik kommen. Deshalb verfolgen wir Ihre Verhandlungen mit der größten Aufmerksamkeit, denn es handelt sich hierbei auch um unser Schicksal. Wir wissen, daß das Schicksal des Proletariats in Ungarn, der Demokratie und Republik in Ungarn mit dem Schicksal des Sozialismus, der Republik und Demokratie in Deutschland auf Gedeih und Verderben verkettet ist. Wir wünschen Ihren Verhandlungen den größten Erfolg. Hoch die Internationale, hoch die große deutsche Bruderpartei! (Händeklatschen.)

Achmeteli-Georgien (mit Händeklatschen begrüßt): Im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens wünsche ich Ihren Arbeiten den besten Erfolg. Ich spreche im Namen einer Partei, die heute unter einem Regime kämpft, im Vergleich zu dem die Zustände in Deutschland geradezu paradiesisch waren. Das Sozialistengesetz wird allgemein als Schandgesetz bezeichnet. Die Bezeichnung der Zustände in Georgien heute als schändlich wäre viel zu parlamentarisch. Die Zustände dort sind blutig. Nicht von politischen Gegnern werden wir bekämpft, auch nicht von rohen Polizisten des Zarenregimes, sondern von Henkern im wahren Sinne des Wortes. Meine Partei und mein Volk müssen ein wahres Henkerregime ertragen. Trotz alledem arbeiten und kämpfen wir. Wir zählen heute 18 000 Mitglieder. Als unser Land unabhängig und die politische Gewalt ganz in den Händen meiner Partei lag, zählten wir 80 000 Mitglieder. Unsere großen Parteiblätter sind natürlich verschwunden, — die Kommunisten dulden keine unabhängige Presse. Wir geben illegal im Lande selbst ein sozialdemokratisches Blatt heraus, und unsere Arbeiterschaft hängt mit Leib und Seele am freien sozialistischen Wort, das unter unsäglichen Schwierigkeiten und Opfern geheim hergestellt wird.

Die Opfer des Aufstandes vom vorigen Jahre haben unsere Bewegung nicht lahmgelegt. Der Aufstand war ein elementarer und allgemeiner Ausbruch

des Volkszornes gegen die Peiniger, gegen die russischen Okkupationsbehörden. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, aber der Zorn des Volkes ist geblieben, nur hat er sich vertieft. Jetzt gilt es, Energie und Willenskraft der arbeitenden Klasse und des kämpfenden Volkes zu sammeln und nicht verpuffen zu lassen.

Der Tag der Befreiung des georgischen Volkes wird kommen, und auch die georgische Arbeiterklasse wird ihre Ideale der politischen Freiheit und der sozialen Demokratie verwirklichen. Hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Händeklatschen.)

Nielsen. Vertreter der dänischen Sozialdemokratie (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Werte Parteigenossinnen und -genossen! Es ist sehr schön, als Däne nach Deutschland zu kommen, denn in Dänemark heißen wir alle Nielsen, Nansen, Pertersen usw. (Heiterkeit), und dabei weiß keiner, wer man ist. Nun hat Genosse Wels einen Namen genannt, den verschiedene kennen, den deutschen Kindervater. Nun muß ich sagen, es wäre für mich nicht sehr gut, wenn ich alle die Kinder selbst versorgen sollte. (Heiterkeit.) Dazu ist die Familie im Laufe der Jahre ein bißchen groß geworden. Aber ich stehe heute hier und bin sehr dankbar. Genosse Wels hat richtig gesagt, es kam ein Zeitpunkt, wo wir ein bißchen Hilfe nötig hatten. Im Frühjahr, als unsere Unternehmer die ganze Arbeiterschaft unterdrückten, haben die deutschen Parteigenossen nicht die Solidarität vergessen. Das war nicht zum erstenmal. Was wir Ihren Kindern gegenüber getan haben, war auch eine Solidarität, zu der wir verpflichtet waren.

Schon im Jahre 1899 hatten unsere Unternehmer versucht, die ganze Arbeiterschaft zu unterjochen. Damals waren unsere Nachbarn, die deutschen Arbeiter, die ersten, die zusprangen, um uns von der Unterdrückung zu retten. Ich glaube, sehr verehrte Parteigenossen, dies ist ein Weg, den wir auch in Zukunft beschreiten sollten. Das ist die internationale Solidarität, und das ist im Namen derselben das, was wir den deutschen Kindern gegenüber getan haben.

Für mich war es eine Freude, als ich vorgestern von Kopenhagen nach Berlin kam. — Nun sind die Kinder großgewachsen. — Da kam eine junge Dame und sagte zu mir: „Ist das nicht Vater Nielsen? Ja, das ist richtig. Willst Du meine Tante in Horsens — das ist eine kleine Stadt in Jütland — grüßen?" Die Kinder glauben nämlich, daß ich mit allen ihren Pflegeeltern verwandt bin. (Heiterkeit.) Die Dame war sehr erstaunt, als ich fragte: „Wer ist denn Deine Tante?" „Das ist doch Frau Jensen da oben." Dann hat sie es mir überlassen, herauszufinden, wer Frau Jensen ist. (Heiterkeit.)

Die letzten Jahre waren für das deutsche Volk eine furchtbare Zeit, aber in diesen Jahren war auch etwas Schönes. Da ist ein Teil des Volkes zu einem anderen Volke gekommen. Das war eine Verbrüderungspolitik, die wir nicht nur zwischen Dänemark und Deutschland wieder verfolgen sollten, sondern über die ganze Welt zu verbreiten suchen sollten. Ein Beispiel! Wir haben die große Aussperrung gehabt und ich glaubte, da sei es höchste Zeit, mein Geschäft zusammenzupacken. Aber kaum war die Aussperrung dank der Hilfe besonders von den deutschen Parteigenossen und den deutschen Gewerkschaftlern vorüber, da mußte ich mein Geschäft wieder öffnen, denn da kam von 1200 Familien in Dänemark der Wunsch, daß sie auch in diesen Sommerferien ihre Pfleglinge sehen wollten. Die Aussperrung wurde sehr spät beendet, aber trotzdem ist es uns doch gelungen, in den Schulferien 1200 deutsche Kinder zu ihren früheren Pflegeeltern in Dänemark zu befördern. (Bravo!)

Nun muß ich aber an meine offizielle Rede herangehen. (Heiterkeit.) Ich soll natürlich von den dänischen Parteigenossen unsere besten Wünsche dem Parteitag überbringen. Wir wissen, daß Ihr schwere Jahre habt durchmachen müssen.

Wir freuen uns, daß es wieder vorwärts geht. Als ich diesmal nach Heidelberg fuhr, habe ich mich an einer Reise nach dem Zusammenbruch erinnert und das war ein trübes Bild. Ich habe damals gezweifelt, ob es möglich wäre, alles wiederherzustellen. Heute darf ich sagen: die deutsche Energie hat nicht versagt. Ueber Ihre schönen Städte, Ihren wohlgebauten Acker durfte man schreiben: „Das deutsche Volk hat ein Recht zu leben, weil es das will." Ich weiß, daß der Partei schwere Kämpfe bevorstehen. Wir sind aber überzeugt, daß sie die Kämpfe bestehen wird. Wir waren stolz, als wir bei den Dezemberwahlen erfuhren, daß die deutsche Sozialdemokratie 8 Millionen Wähler auf ihren Kandidaten vereinigt hatte. Der Vormarsch der deutschen Sozialdemokratie hat nicht nur für die innere Politik Deutschlands Bedeutung, sondern auch für den Frieden und die Versöhnung der ganzen Welt. Ich hoffe, daß die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, zur Stärkung der Partei und zum Glück der arbeitenden Klassen Deutschlands führen. In diesem Sinne meine besten Wünsche zum Parteitag. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Wels:** Parteigenossinnen und -genossen! Ich bin mir bewußt, daß ich im Namen des ganzen Parteitages und im Namen der Zuhörer spreche, wenn ich unsern ausländischen Freunden für die warmen Worte der Begrüßung und die Teilnahme an unsern Arbeiten den herzlichsten Dank ausspreche. (Bravo!) Wir deutschen Sozialdemokraten können stolz sein auf das Lob, das uns als Erzieherin für den internationalen Sozialismus heute gezollt ist. Wir wollen unseren Dank dadurch abstatten, daß wir uns bemühen, ähnlich wie unsere Vorfahren in innerer Geschlossenheit organisatorisch wie auch geistig die Vorhut der sozialdemokratischen Internationale wieder zu werden, ein Platz, um den jedes Bataillon in der internationalen Armee zu kämpfen hat, wenn es vorwärts gehen soll. Wir haben keinen leichten Stand in unserer Republik. Unsere Republik ist auf dem Wege zur Geldrepublik, zum plutokratischen Staat. Der Sozialdemokratie ist die Aufgabe zugewiesen, dem Vordringen des Mammonismus Einhalt zu tun, die demokratische Republik mit sozialistischem Geist und Inhalt zu erfüllen und alle Kräfte für dieses hohe und heilige Ziel, das ein internationales Ziel ist, einzusetzen. Darin soll der Dank bestehen, den die deutschen Arbeiter den internationalen Bruderparteien, die uns heute begrüßt haben, abstatten wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich schließe die Sitzung.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 14. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vors. **Wels:** Die Sitzung ist eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich Ihnen folgendes Begrüßungstelegramm zur Kenntnis zu bringen:

> Dem Parteitag entbieten wir herzliche Grüße und hoffen, daß seine Verhandlungen und Beschlüsse zur Stärkung der Republik erheblich beitragen werden.
>
> Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
>
> Der Bundesvorstand: J. A. Otto Hörsing.

(Lebhafter Beifall!) Ich habe dann noch ein Versäumnis nachzuholen. In der langen Liste der Toten, deren der Parteitag gestern ehrend gedachte, vergaß ich einen seit der letzten Tagung verstorbenen Genossen zu erwähnen (die Delegierten erheben sich), der, Heilung suchend, in Davos den Tod erlitt. Es ist der Genosse Helling, den wir auch seit kurzem in der Reichstagsfraktion als Kollegen be-

grüßen konnten. Wilhelm Helling hat sich besonders dadurch verdient gemacht, daß er einer Gruppe, die für die Sozialdemokratie schwer erreichbar war, seine Arbeit widmete und dort auch ungewöhnliche Erfolge erzielte. Es ist die Gruppe der Kleinbauern und Heuerlinge im Westen Deutschlands. Von da aus kam seine große Sachkenntnis in allen Agrarfragen zur Kenntnis der Partei, so daß wir mit ihm näher in Berührung treten konnten, als wir im verflossenen Jahr für den Parteitag zu Berlin einen Referenten für die Agrarfragen suchten. Wir alle erinnern uns noch des von hoher Sachkenntnis getragenen Referats, das Helling auf dem Parteitag erstattete. Ein selten bescheidener Mensch, eine ungewöhnliche Arbeitskraft ist von uns gegangen. Sie haben sich zu seinen Ehren von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Wir kommen nunmehr zum ersten Punkt der Tagesordnung. Damit sind in der Beratung verbunden die Anträge 3—96, ferner die Anträge 209 und 210. Dagegen gehen die Anträge 47 und 48 entsprechend einem Beschluß des Parteiausschusses, des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an die Beschwerdekommission, weil sie eine Materie betreffen, die in der Beschwerdekommission auf Grund vorliegender Anträge besonders behandelt werden muß. Ich schlage Ihnen nun im Auftrage der von mir genannten Körperschaften für die Erledigung des Punktes 1 der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes" folgenden Modus vor. Nachdem die offiziellen Berichterstatter ihre Berichte erstattet haben, sollen, wie dies seit einer Reihe von Parteitagen üblich ist, Gen. Heinrich Schulz im Auftrage des Bildungsausschusses und Genossin Juchacz im Auftrage des Parteivorstandes für die Frauenbewegung zunächst das Wort erhalten, um mit einer Redezeit von je 20 Minuten diese Spezialfragen vor dem Parteitag zu erörtern. Dann wird die allgemeine Diskussion eröffnet. Wie sich aus den Anträgen und aus der ganzen Materie ergibt, handelt es sich um einen großen Komplex von Fragen; dazu kommt die Frage des sächsischen Streites. Wir sind übereingekommen, dem Parteitag vorzuschlagen, diese Frage im Plenum in der Weise zu behandeln, daß im Anschluß an die erstatteten Referate zwei Redner aus der sächsischen Parteigenossenschaft mit einer Redezeit von je einer Stunde das Wort erhalten, und zwar ein Redner der Landtagsfraktionsmehrheit und ein Redner der Organisationsvertretung. Alsdann soll für das Plenum des Parteitages die Diskussion über die Sachsenfrage soweit beendet sein, als die sächsische Streitfrage einer Kommission überwiesen wird, die am Nachmittag gewählt werden soll. Diese Kommission wird ebenso wie die Programmkommission während der Tagung verhandeln. Sie wird die Streitfrage gründlich prüfen und gegen Ende des Parteitages nach Abschluß ihrer Arbeiten, hoffentlich recht früh, dem Parteitag Bericht zu erstatten haben. Während ihrer Beratungen geht die Diskussion über die übrigen Fragen des Parteivorstandsberichts weiter. Ich will noch konstatieren, daß dieser Beschluß von den erforderlichen Instanzen einmütig als eine der Partei dienliche Lösung für die organisatorische Behandlung der Dinge auf diesem Parteitag gefaßt worden ist.

Der Parteitag beschließt einmütig gemäß diesem Vorschlage.

Den Bericht des Parteivorstandes zu 1a, Allgemeines, erstattet

Johannes **Stelling** (Parteivorstand): Parteigenossinnen, Parteigenossen! In dieser Epoche der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gärung, die den Anfang einer neuen Umwälzung bedeutet, sind die seit dem letzten Berliner Parteitag verflossenen eineinviertel Jahre nur eine kurze Spanne Zeit. In dieser Zeit hat sich aber für Deutschland auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet so mancherlei abgespielt, das, soweit es nicht gestern abend bereits von dem Gen. Wels erwähnt worden ist, ganz kurz von mir gestreift werden soll. Wir sind — und das ist für uns Deutsche, auch für die deutsche Sozialdemokratie

und die deutsche Arbeiterbewegung, das wesentlichste — dank der Politik der Sozialdemokratie auf dem Wege der Befriedung ein gut Stück vorwärts gekommen. Weite Strecken besetzten Gebietes sind geräumt worden. Eine mit Deutschnationalen durchsetzte Regierung macht ein Garantieangebot, das hoffentlich die Bahn für ein freundnachbarliches Verhältnis mit Frankreich ebnet. In den nächsten Wochen treten die Außenminister und die Regierungschefs in Gemeinschaft mit dem deutschen Außenminister und dem deutschen Reichskanzler zusammen, um über die Frage des Abschlusses eines Garantiepaktes zu beraten. Daß hierbei auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erneut erörtert und in einer alle Teile befriedigenden Weise gelöst wird, ist unser Wunsch. Nur die Atmosphäre des Friedens bietet uns und den übrigen Ländern die Möglichkeit, wirtschaftlich wieder vorwärts zu kommen. Wie not das tut, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Die Wirtschaftskrise lastet schwer auf uns. Stillegungen, Betriebseinschränkungen sind an der Tagesordnung, und es ist nur ein sehr schwacher Trost für uns, daß man nicht mehr von der Wirtschaftskrise eines Landes reden kann, sondern von einer Weltwirtschaftskrise reden muß, die nur dann behoben werden kann, wenn die Völker sich politisch verständigen und versuchen, die Bahn für eine wirtschaftliche Verständigung frei zu machen. Ich glaube auch, daß die ganzen Verhältnisse außerhalb Deutschlands und speziell außerhalb Europas die Völker Europas zwingen werden, diesen Weg zu beschreiten, weil sonst Europa sehr leicht in wirtschaftlicher Beziehung unter die Räder kommen kann.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland muß sich um so unheilvoller auswirken, als sie auf das engste verbunden ist mit einer Politik, die uns zeigt, wie innig die Interessen der Rechtspolitik in Deutschland mit den Profitinteressen des Kapitalismus verknüpft sind. Zollwucher, Steuerunrecht, Aufwertungsschwindel decken die engen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft klar auf. Ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit gehen die Repräsentanten der kapitalistischen Wirtschaft ihren Weg. Sie fühlen sich nicht als Glieder des Volkes, sondern sie fragen nur: Wie können wir unsere wirtschaftliche Macht festigen und die politischen Verhältnisse zu unseren Gunsten formen? Ihr Bestreben geht dahin, wie unser Altmeister Marx in seinem großen Werk vorausgesagt hat, die Konzentration des Kapitals zu immer größerer Blüte zu entfalten. Ich erinnere hier nur an den bevorstehenden, noch engeren Zusammenschluß der chemischen Großindustrie, an den Zusammenschluß der großen Konzerne Krupp, Thyssen, Deutsch-Luxemburg und Rheinstahl zu einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von etwa 800 Millionen Mark. Schläge, wie den Zusammenbruch des durch die Inflation künstlich aufgeblähten Stinneskonzerns, des Sichelkonzerns mit einem Verlust von 20 Millionen Aktienkapital überwinden sie verhältnismäßig schnell. Trotzdem sind diese Vorgänge wie auch die Vorkommnisse im Reichslandbund sowie in den einzelnen Landesteilen, z. B. in Brandenburg und Mecklenburg geeignet, weitesten Schichten die Augen über den wahren Geist des Kapitalismus zu öffnen. Dazu tragen auch bei die Bestrebungen, die Konkurrenzfähigkeit des Kapitalismus aufzubauen auf Hochschutzzoll, Lohndruck und Verweigerung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Kämpfe der Arbeiterschaft wie z. B. der letzte große Bauarbeiterkampf, werden immer mehr neben dem rein gewerkschaftlichen auch einen politischen Charakter tragen. Sie sind ein Teil des gewaltigen Kampfes zweier um die Macht ringenden Gewalten; es ist der Klassenkampf in des Wortes vollster Bedeutung, der Klassenkampf, an dem gerade wir als Partei auf das lebhafteste interessiert sind. Wir sehen aber auch aus dieser Tatsache, daß es vollständig falsch ist, wenn man sagt: Nur die Partei und nur die Schicht führt den Klassenkampf, die ständig als leuchtendes Schild das Wort „Klassenkampf" in großen Lettern über ihrem Haupte erhebt. (Sehr

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

richtig!) O nein! Der Kampf, den wir zu führen gezwungen sind, wird sich abspielen, auch ohne daß wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Wort Klassenkampf in den Mund nehmen. (Sehr wahr!) Nicht der ist der beste Klassenkämpfer, der das Wort jeden Tag ein paarmal braucht, sondern derjenige, der im entscheidenden Moment im Kampfe der Arbeiterklasse, den wir ja täglich und stündlich führen, seinen Mann steht. Diese Taktik ist alt. Sie bedeutet nicht, wie die Frankfurter Genossen in ihrer Entschließung Nr. 55 meinen, eine Aenderung der früher bewährten Taktik, sie bedeutet nicht, wie sie sagen, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die jetzt bestehende Ordnung der Dinge tritt. Diese Taktik bedeutet vielmehr Fortschreiten auf der Bahn, die wir seit Jahrzehnten beschritten haben. Diese Taktik hat uns groß und stark gemacht und verbürgt uns den endgültigen Sieg. Darüber sollten uns endlich auch einmal unsere sogenannten radikalen Genossen klar sein, daß wir heute die Dinge so sehen wie sie sind. (Zustimmung.) Daß das aber nicht immer der Fall ist, beweisen uns einige Anträge an den diesjährigen Parteitag, die nach meiner Ueberzeugung besser im Busen ihres geistigen Vaters bewahrt geblieben wären. Ich denke da z. B. an den Antrag Nr. 209 aus Frankfurt a. M., der zum Ausdruck bringen soll, daß in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch Fühlung mit den Arbeitermassen haben und deren Vertrauen besitzen. Gestatten Sie mir zunächst ein paar freundliche, und wie ich annehme, auch von den in Frage kommenden Frankfurter Genossen als liebevolle Bemerkungen aufgefaßte Worte. Müßt Ihr — so frage ich die Frankfurter Genossen —, die Ihr doch im allgemeinen ganz gemütliche und gute Kerle seid (Heiterkeit und Zustimmung), Euch denn auf jedem Parteitag blamieren? (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Im vorigen Jahre geschah das mit Euerem Antrag auf Ausschluß des Genossen Ebert aus der Partei. (Sehr wahr!) Damals habt Ihr eine Abreibung bekommen, so daß ich mir sagte, das wird helfen. Die Frankfurter Genossen und insbesondere diejenigen, die an verantwortungsvoller Stelle in der staatlichen Verwaltung oder in der Arbeiterbewegung stehen oder gestanden haben, werden in der Folgezeit sich genau überlegen, ob sie mit ihren Anträgen der Partei dienen. Ich nahm an, daß nunmehr aus Frankfurt nur noch vernünftige Anträge kommen würden (Heiterkeit), Anträge, die Zeugnis ablegen von dem Verantwortungsgefühl, das jedem Genossen innewohnen sollte. Ich habe mich getäuscht. Gestatten Sie mir, daß ich mit einigen Worten auf den Antrag 209 eingehe. Der Antrag ist aufgebaut auf einer nach meiner Meinung vollständig falschen Voraussetzung. Er sagt:

> Um die Grundlage für einen erneuten Aufstieg und Aufbau der Partei zu schaffen, insbesondere die Mitgliederzahlen in Einklang mit den bei der letzten Wahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bringen zu können, erwarten wir von den Teilnehmern des Parteitages, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch Fühlung mit den Arbeitermassen haben und deren Vertrauen besitzen. Bei der Mehrzahl der bisherigen Vorstandsmitglieder ist dies nicht mehr der Fall.

Da darf ich mir die Frage erlauben: Ist denn die Partei im Abstieg begriffen? Die Frankfurter Genossen werden sagen: Ja, sie werden darauf hinweisen, daß ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen ist. Ich will nicht näher darauf eingehen, sondern nur noch einmal diese Genossen darauf aufmerksam machen, daß sie sich, als sie diese Sätze niederschrieben, darüber klar werden mußten, welches denn die Ursachen dieses zahlenmäßigen Rückganges sind. Sie mußten erkennen, daß die Epoche der Inflation noch nicht völlig überwunden war (sehr richtig!), daß wir in einer Zeit der Kurzarbeit, der Arbeitslosigkeit leben, und daß die Parteigenossen und diejenigen, die der Partei innerlich nahestehen,

außerordentlich stark in Anspruch genommen worden sind und genommen werden durch andere, nach unserer Meinung allerdings auch dringend notwendige Faktoren. (Zustimmung.) Ein Rückblick auf die Reichstagswahlen und die erste Präsidentenwahl zeigt uns ja, wie falsch die Grundauffassung der Antragsteller ist. Wir hatten am 4. Mai — wie im schriftlichen Bericht ausführlich dargelegt worden ist, rund 6 Millionen Stimmen. Das waren 20,5 Proz. der abgegebenen Stimmen. Am 7. Dezember stieg unsere Stimmenzahl auf rund 7 800 000, das waren 26 Proz. Bei der ersten Präsidentenwahl am 29. März 1925 hatten wir bei einer gleichen Stimmenzahl 29 Proz. der Wähler auf uns vereinigt. Die Stimmen der bürgerlichen Parteien sind dagegen in diesem Zeitraum von 66 auf 64 Proz. zurückgegangen. Kann man angesichts dieser Zahlen von einem Abstieg der Sozialdemokratischen Partei sprechen? Ich könnte noch mancherlei Tatsachenmaterial anführen, will aber meinem Kollegen Bartels nicht vorgreifen. Wäre es da nicht besser gewesen, unsere Frankfurter Freunde hätten offen und ehrlich gesagt, was sie meinen, sie hätten kurz und bündig erklärt: Die ganze Richtung paßt uns nicht!? (Sehr gut!) Das wäre offener und zweckmäßiger gewesen. Vielleicht hätte man dann noch die Bemerkung von den verkalkten alten Herren im Parteivorstande anfügen können, die ja nicht nur in Frankfurt, sondern auch anderswo gelegentlich fällt.

Ich habe diese Ausführungen gemacht, weil ich sie im Interesse der Partei für notwendig halte und weil ich weiter die Frage stellen muß — und das ist der Kern der ganzen Sache —: wie wirkt ein solcher Antrag, dient er der Partei, der doch auch die Antragsteller dienen wollen? An der Hand von Tatsachenmaterial darf ich diese von mir gestellte Frage beantworten. Ich habe vor mir liegen die „Arbeiterzeitung", das kommunistische Organ für den Bezirk Hessen-Frankfurt. In dieser Zeitung beschäftigt man sich natürlich mit diesen Dingen. Man gibt den Antrag 209 wieder und sagt dazu folgendes:

> „Wir registrieren mit Genugtuung die Feststellung sozialdemokratischer Arbeiter, daß die Mehrheit der bisherigen Vorstandsmitglieder keine Fühlung mehr mit den Arbeitermassen hat und deren Vertrauen nicht mehr besitzt. (Hört, hört!) Abgesehen davon, daß diese Charakterisierung der SPD.-Führer nur das bestätigt, was wir seit Jahren den sozialdemokratischen Arbeitern gepredigt haben, ist der Antrag ein weiterer Beweis für den Gegensatz zwischen den sozialdemokratischen Führern und den Massen. Er ist aber nach unserer Auffassung nicht das Mittel, um diese Schädlinge an der Arbeiterklasse unmöglich zu machen und dadurch die Sozialdemokratische Partei zu retten."

Ich weiß, daß auch in der bürgerlichen Presse Frankfurts und des in Frage kommenden Gaues dieser Antrag behandelt worden ist, natürlich nicht in dem Sinne, wie ich ihn eben behandelt habe, sondern in einem anderen, der Partei nach meiner Meinung nicht gerade dienlichen Sinne. Vielleicht überlegt sich einmal der Teil der Frankfurter Arbeiterschaft, der in zäher Kleinarbeit unter den Gefahren des Sozialistengesetzes und der wirtschaftlichen Bedrohung der Partei diente, diese Dinge und führt die Genossen, die da glauben, auf diese Weise die Partei — um ein eben zitiertes Wort noch einmal zu gebrauchen — retten zu können, auf den richtigen Weg zurück. Der richtige Weg aber ist der der engen Kameradschaftlichkeit, gepaart mit vollem Verantwortungsgefühl für das, was der Partei frommt. (Lebhafte Zustimmung.)

In dieser Beziehung ist manches Mal gefehlt worden. Da denke ich an den Abschnitt, der den Magdeburger Prozeß und das, was damit in Zusammenhang steht, in unserem Bericht behandelt.

Im Interesse der Partei will ich mich auf wenige Sätze beschränken, weil ich der Auffassung zustimme, die einer, der vor kurzem bei uns war und uns

jetzt ganz gewiß nicht mit rosigen Augen ansieht, sehr richtig ausgedrückt hat, daß es nämlich Aufgabe dieses Parteitages sei, die Kampfestaktik unserer Gegner so zu würdigen, daß ihnen ein für allemal der Appetit vergeht, derartige Dinge in dieser Form zu behandeln.

Wels hat gestern auf den Magdeburger Prozeß hingewiesen. Ich unterstreiche nur, was er sagte, daß unser Freund Ebert heute sicherlich noch unter uns weilen würde, wenn es nicht diese Verleumder durch ihre schmutzige Kampfesweise fertig gebracht hätten, seine Gesundheit zu untergraben.

Ich habe aber aus einem anderen Grunde dieses Kapitel angeschnitten, nämlich um die Fragen zu stellen, ob allenthalben in der Partei das Interesse der Partei bei derartigen Erörterungen in den Vordergrund gestellt worden ist. Leider muß ich sagen: Nein! Bedenken Sie, daß die kurz mit dem Wort „Barmat-Hetze" gekennzeichnete Hetze inszeniert worden ist, um zur Reichspräsidentenwahl zu rüsten und das Material zusammenzubekommen, das man sich unter Mißbrauch alles dessen, was anständig ist, beschafft hatte und weiter beschaffen wollte. Sie haben in ihrem Kampf manches liebe Mal vergessen, was eigentlich mit dieser Hetze beabsichtigt war. Sie sind vielfach, als ob es ein gefundenes Fressen für manchen wäre, über diese Dinge hergefallen und haben sie in einer der Partei nicht dienlichen Weise gegen einzelne Parteigenossen ausgenutzt. Die Parteigenossen wußten, daß ein Prüfungsausschuß eingesetzt war, daß absolut nichts verheimlicht und verschwiegen werden sollte. Trotzdem setzten manchmal geradezu unerhörte Angriffe gegen einzelne Parteigenossen ein. Es ist notwendig, daß diejenigen Parteigenossen, die diesen Fehler begangen und damit nicht zur Klärung der Sachlage beigetragen haben — gemeint sind in erster Linie einige Redakteure unserer Parteiblätter —, sich jetzt die Frage vorlegen, ob ihr Verhalten richtig war. (Sehr gut!) Wenn Sie objektiv und ehrlich mit sich zu Rate gehen, werden Sie es verneinen und sagen müssen: Wir haben gefehlt und werden in der Folgezeit in allen unsern Handlungen die eine Frage voranstellen: Dient es der Partei oder nicht!

Ich verlasse dieses Kapitel, weise aber darauf hin, daß ein Antrag des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission verteilt worden ist, der nicht erst seine Entstehung der letzten Sitzung dieser drei Körperschaften verdankt, sondern in seiner Grundtendenz bereits in der ersten Sitzung beschlossen war, in der wir uns mit der Frage befaßten. Ich betone das, damit die Genossen sehen, daß die drei Körperschaften sich damals bereits auf den Standpunkt stellten, in bezug auf die Aufsichtsratsposten eine Klärung durch den Parteitag herbeiführen zu lassen.

Hätte der Geist der Kameradschaftlichkeit uns alle und insbesondere alle unsere sächsischen Parteigenossen beseelt, so hätte auch der Sachsenkonflikt diese Form nicht annehmen können. Der Geschäftsbericht ergibt in objektiver Weise chronologisch die Entstehungsursache und den weiteren Verlauf des Konfliktes. Der Konflikt ist aus dem Streit über die Frage der Beteiligung unserer Partei an Koalitionsregierungen entstanden. Ich glaube, über diese Grundfrage brauchte heute nur sehr wenig gesprochen zu werden, weil die übergroße Mehrheit der Partei, wie ich auch jetzt noch annehme, der Auffassung ist, daß diese Frage von Fall zu Fall entschieden werden muß und man sich nicht grundsätzlich gegen die Beteiligung an einer Koalitionsregierung — selbstverständlich mit Parteien, mit denen man zur Erreichung bestimmter wirtschaftlicher und politischer Ziele ein Stück Wegs zusammengehen kann — aussprechen darf. Ich habe allerdings in dem Begrüßungsartikel eines sächsischen Blattes — ich vermeide absichtlich soweit wie möglich Namensangaben — gefunden, daß diese Frage vielleicht die Kernfrage des Parteitages sein werde. Dieser Auffassung kann ich deshalb schon nicht sein, weil die harten nackten Tatsachen,

insbesondere in Preußen, uns lehren, welchen Weg wir zu gehen haben. Es gibt wohl keinen unter uns, der der Meinung Ausdruck gibt, in Preußen und Deutschland wäre alles auch so gekommen, wenn wir dort nicht in der Koalition gesessen hätten. Wenn wir dort nicht in der Regierung unsere Genossen Braun und Severing und vorher auch noch den Genossen Siering gehabt hätten, sähe es anders in Preußen und damit in Deutschland aus, wofür ich mich erbiete, Beweis anzutreten. Wir können uns auf die knappe Formel beschränken: Daß wir heute noch ein einiges deutsches Volk und deutsches Reich haben, verdanken wir dem Umstand mit, daß dort auf verantwortungsvollen Posten, auf hoher Warte stehend, Parteigenossen saßen, die die Zügel in der Hand haltend, wußten, wie sie zu operieren hatten, daß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln jene Bestrebungen abzuwehren hatten, die letzten Endes auf eine Absplitterung von Teilen Deutschlands und damit auf den Zerfall des einigen Deutschlands hinausgelaufen wären.

Zurück zu Sachsen! Zur Illustration weise ich hier auf ein paar Bündel Akten hin. Sie enthalten mehr Schriftstücke als der neue Zolltarif Positionen hat und legen Zeugnis davon ab, wieviel Zeit der Sachsenkonflikt den Parteivorstand gekostet hat. Ich habe vorhin auf die Grundursache des Sachsenkonflikts hingewiesen. Ich will jetzt versuchen, einige markante den Parteivorstand berührende Fragen im Sachsenkonflikt darzulegen.

Voranstellen will ich eins: Gewöhnen wir uns in Sachsen und in andern Gebieten Deutschlands daran, daß jeder, der im Rahmen der Grundsätze unseres Parteiprogramms seiner Auffassung Raum gibt, auch wenn sie von der Meinung anderer abweicht, glaubt, mit seiner Auffassung dem Gesamtinteresse der Partei zu dienen. Hätten wir diesen Grundsatz erst einmal alle in uns aufgenommen, wir wären ein gut Stück weiter.

Dem Parteivorstand wird vorgeworfen, er habe damals mit rauher Hand in die Entwicklung der sächsischen Dinge eingegriffen, als dort durch den Einmarsch der Reichswehr mancherlei drunter und drüber ging. Versetzen Sie sich in jene Zeit zurück, Sie werden finden, daß der Parteivorstand damals alles daransetzen mußte, um zu verhüten, daß auch Sachsen völlig in die Hände der Reaktion kam, damit unsere Partei bei der Aufräumung des Scherbenhaufens, der dort durch Müller, Heintze und Konsorten angerichtet war, mitwirken konnte, und zwar nicht nur im Interesse des sächsischen Proletariats, sondern des gesamten Proletariats Deutschlands. Damals, als die Reaktion in Thüringen, Mecklenburg und anderen Staaten politisch Oberwasser bekam, konnte es sich nur darum handeln, daß wir alles daransetzten, um uns nicht selbst der letzten Position zu berauben. Eine dieser letzten Positionen war Sachsen. Es lag im Interesse der Gesamtpartei und der Beschlüsse, die später auf dem Berliner Parteitag gefaßt wurden, daß hier eingegriffen und verhütet wurde, daß die Reaktion in Sachsen triumphierte. Der Parteivorstand ist diesem Standpunkt auch dann noch treugeblieben, als die Verhältnisse in Sachsen immer unangenehmer wurden, weil es seiner Meinung nach nur im Interesse der Gesamtpartei liegen kann, hier die Politik zu stützen, die von der Fraktionsmehrheit entsprechend dem Beschlusse des Reichsparteitages von Berlin in diesem Fall getrieben wurde.

Gegenüber den mancherlei vorliegenden Anträgen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sich die Genossen der Fraktionsmehrheit in ihren großen politischen Linien durch den Parteivorstand gebunden gefühlt haben und fühlen können, da der Parteivorstand, immer von dem von mir erwähnten Gesichtspunkt ausgehend, diese Taktik im Interesse der Gesamtpartei für richtig gehalten hat. Bedauerlich ist nur, daß es in Sachsen zur Fraktionsspaltung kommen konnte, daß die Einigungsvorschläge der Kommission unter dem Vorsitz

von Heilmann nicht zum Ziele geführt haben. Wenn sich der Parteivorstand damals hinter die 23 Genossen gestellt hat, dann ist das aus dem ganz einfachen Grunde geschehen, weil er der Ueberzeugung war, daß das Abkommen von Dresden nicht in allen seinen Teilen durchgeführt würde. Wenn Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Dinge betrachten, werden Sie zu einem etwas objektiveren Urteil kommen, als es sonst allgemein der Fall sein würde.

Man hat gesagt, der Parteivorstand ist mit den 23 durch Dick und Dünn gegangen. Das trifft nicht zu. Wir müssen es ablehnen, und haben es ständig abgelehnt, jede Handlung und Haltung der 23 Genossen in ihren Einzelheiten zu billigen. Ich sage das, weil auch das nur der Sache dienen kann.

Wir haben immer dafür zu sorgen uns bemüht, daß die Einigung in Sachsen zustande käme. Unsere ersten Vorschläge sind von der Organisation abgelehnt, von der Fraktionsmehrheit angenommen worden. Auf unser Ersuchen haben die Organisationsleitungen Einigungsvorschläge gemacht, die bei der damaligen Situation nicht durchführbar waren. Wir haben einen erneuten Vorschlag den sächsischen Instanzen unterbreitet. Dieser Vorschlag, der zu einer Zeit kam, als eine Vereinigung der sächsischen Angelegenheit sehr gut möglich war, gipfelte in der Einsetzung einer paritätischen außersächsischen Kommission unter völliger Ausschaltung des Parteivorstandes, die den Streit durch eine Entscheidung endgültig zu schlichten hatte. Diesem Vorschlag hat die Fraktionsmehrheit zugestimmt, die Fraktionsminderheit und Organisationsleitungen haben ihn abgelehnt. Wir haben dann versucht, die Ausschlußverfahren zu erledigen, weil dies die Vorbedingung für die Vereinigung des sächsischen Konflikts sein mußte. Wir haben immer wieder von den Organisationsleitungen die Akten verlangt. Wir haben alles getan, die Ausschlußanträge möglichst schnell zu erledigen, wie ich öffentlich gegenüber den Genossen der Fraktionsmehrheit betonen will. Wir haben aber erst nach monatelangem Warten von einem Bezirk die Akten erhalten. Da griffen wir ein und erklärten: Die Prüfung, ob die Formalitäten des Organisationsstatuts erfüllt sind, soll dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts oder dem Schiedsgericht selbst überlassen werden. Anstatt zur schnellsten Klärung der Frage selbst mit Hand anzulegen, haben wir in zwei Fällen es erleben müssen, daß die Vertreter der Organisationen entgegen den klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts das Sitzungslokal verließen und es ablehnten, sich überhaupt an dem Schiedsgericht weiter zu beteiligen. (Lebhafte Rufe: Hört, hört! und große Unruhe.) Das darf nicht Usus in der Partei werden! (Lebhafte Zurufe.) Daß einer ohne weiteres seine Vertreter zurückzieht, ist nach den Bestimmungen des Statuts unzulässig. Die Leiter der in Frage kommenden Bezirksorganisationen sollten sich daraufhin einmal das Organisationsstatut ganz genau ansehen und in allen diesen Dingen an den Wortlaut und die Bestimmungen des Statuts halten. Das Organisationsstatut ist das geschriebene Gesetz der Partei, das auf jeden Fall innegehalten werden muß. (Sehr richtig! und Unruhe.) Nun sagen die Genossen: Der Parteivorstand trägt aber die Schuld, denn er hat einen Vorsitzenden für alle Fälle ernannt, die bezirklich gegliedert jetzt als vier Gesamtfälle anzusehen sind. (Zuruf: Warum nicht ein Schiedsgericht!) — Wir wollten das, wir haben diesen Vorschlag gemacht, der bedauerlicherweise von der Fraktionsmehrheit abgelehnt worden ist. (Hört, hört! und Zurufe.)

Wäre damals unserem Vorschlag auf Einsetzung des paritätischen außersächsischen Schiedsgerichts zugestimmt worden, wir brauchten uns heute mit dieser Frage nicht mehr zu befassen. Der Vorstand wollte e i n Schiedsgericht einsetzen, weil er von dem richtigen Gedanken ausging, daß es sich um eine gemeinsame Sache handelt. Was den angeschuldigten Genossen im Dresdner

Bezirk zum Vorwurf gemacht wurde, ist das gleiche wie in Leipzig, Chemnitz und Zwickau. Es lag nun also nichts näher, als bei der Gleichartigkeit der Fälle einen Vorsitzenden mit dem Vorsitz in allen Schiedsgerichten zu betrauen.

Gegen den Genossen Deist als Vorsitzenden der vier Schiedsgerichte sind aus diesem Anlaß eine Reihe von Vorwürfen erhoben worden, die ich auf das allerschärfste zurückweisen muß. Er hat selbstverständlich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, und zwar auf Grund der Bestimmungen des Organisationsstatuts. Wenn man allerdings, wie anscheinend der Bezirksvorstand in Chemnitz, auf dem Standpunkt steht, daß man sich mit der Uebertragung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit auf unsere Parteischiedsgerichte auf dem Parteitag nicht einverstanden erklären solle, dann bekommt die Sache vielleicht ein anderes Gesicht. Die Chemnitzer Genossen sind aber wohl so liebenswürdig, uns einmal zu sagen, welches Gerichtsverfahren sie bei der Regelung derartiger Fälle zur Anwendung bringen wollen. Sollen wir vielleicht auch noch nach bayerischem Muster ein besonderes Volksgericht einsetzen? (Heiterkeit.) Wir haben uns bei der Handhabung unserer Ausschlußpraxis, wenn ich das Wort gebrauchen darf, auf das zu stützen, was jahrzehntelang in der Partei Uebung war und sich im Rahmen der Partei bewährt hat. Ich weise also diese Angriffe gegen den Genossen Deist zurück. Sie zeigen, wie sehr man sich auf gewisser Seite verrannt hat.

Der letzte Schritt des Parteivorstandes gipfelte darin, daß wir erklärten: So können die Dinge in Sachsen nicht weitergehen. Wir haben in sehr ernster Prüfung und manchmal in innerem, seelischem Konflikt ringend einmütig die Auffassung im Parteivorstand vertreten, daß es heute nur eines gibt, den Sächsischen Landtag möglichst bald aufzulösen, Neuwahlen auszuschreiben und damit den Sachsenkonflikt gewissermaßen langsam abzubauen. Vorbedingung war, daß die Ausschlußverfahren zunächst erledigt wurden, wofür ich die Gründe vorhin auseinandergesetzt habe. Die Fraktionsmehrheit hat den Standpunkt des Parteivorstands leider nicht gebilligt. Unserer Ueberzeugung nach war auch damals der Zeitpunkt der gegebene, um unserem Vorschlag entsprechend zu verfahren. Wir verkennen die Gründe nicht, die von den 23 Genossen dagegen geltend gemacht worden sind. Wir bedauern nur, daß man sich von der einen wie von der andern Seite von vornherein festgelegt hat. Einerseits hat man die Verhandlungen, die wir angebahnt hatten, nicht abgewartet und den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt. (Zuruf: Das mußte sein!) — Das mußte nicht sein! Darüber sind wir uns in Dresden klar geworden. — Von der andern Seite ist man mit einer vorgefaßten Meinung in die Sitzung gekommen.

Ich möchte Sie dringend bitten, diese Praxis nicht auf den Parteitag zu übertragen, weil ich der Meinung bin, daß man dann nicht zu einer Lösung der Frage kommen kann. Wir müssen in der Kommission völlig frei und ungebunden an die Lösung der Frage herangehen, damit jeder sich von dem Gedanken leiten lassen kann, diesen Konflikt im Interesse der Gesamtpartei zu beendigen.

Wie ist der Sachsenkonflikt nun zu lösen? Eine Anzahl Genossen aus dem Reich sind der Meinung, daß man damit sehr schnell fertig werden kann, indem man erklärt: Die 23 sind Disziplinbrecher, ergo sind sie aus der Partei auszuschließen. So kann man einen so tiefgreifenden Konflikt nicht lösen, weil man damit, anstatt das Feuer zu löschen, es wieder aufflackern läßt und dazu beiträgt, daß die Flammen in nächster Zeit viel höher emporschlagen. Das kann nicht die Absicht des Parteitages sein. Wir können nur zu einer Klärung kommen, indem wir uns auf den Boden dessen stellen, was

der Parteivorstand in seiner Entscheidung vom 3. Juli gesagt hat: zunächst einmal, solange an die Landtagsauflösung nicht gedacht werden kann, ein gemeinsames Zusammenarbeiten der Fraktionen, dann aber so rasch wie möglich Auflösung des Landtags und dann Klarheit darüber, daß mit dem Moment, wo man den Sachsenkonflikt so zu lösen versucht, auch alle Ausschlußanträge beseitigt sein müssen, die aus Anlaß dieses Konflikts an die Parteiinstanzen gekommen sind. Dann als vierter Punkt ohne formelle Bindung der Organisationen Aufstellung der Landtagskandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen. Dieser Punkt wird Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen sein. Aber ich glaube, daß die sächsischen Parteigenossen, die anderer Meinung sind als die 23, sich bereit finden lassen müssen, das zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Anschein zu vermeiden, als ob es in diesem Kampf Sieger oder Besiegte gibt. Der Parteitag und die Kommission werden zu arbeiten haben, um eine Grundlage zu schaffen für die Beilegung des Konflikts. Der Kampf darf nicht gegeneinander, sondern muß auch, soweit Sachsen in Frage kommt, miteinander gegen den gemeinsamen Feind geführt werden.

Ich möchte mit einigen Worten auf ein paar andere Fragen eingehen. Man hat Beschwerde darüber geführt, daß der Parteivorstand und die Parteiinstanzen in der Frage der zweiten Präsidentenwahl nicht die richtige Haltung eingenommen hätten. Die Haltung der Parteiinstanzen beim ersten Wahlgang hat keine Kritik gefunden. Ich darf aber darauf hinweisen, daß in den Kreisen der Parteiinstanzen auch die Meinung vertreten war, daß bereits im ersten Wahlgang die Frage einer gemeinsamen Kandidatur ernstlich erwogen werden sollte. Wir sind dann zu der Auffassung gekommen, nachdem der Parteiausschuß sich mit knapper Mehrheit auf diesen Standpunkt gestellt hatte, nunmehr mit einem eigenen Kandidaten vorzugehen. Bei der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für den zweiten Wahlgang handelte es sich um die Förderung und Stützung der Republik, handelte es sich darum, ob ein ausgesprochener Gegner der Republik, ein verkappter oder offener Monarchist auf den Stuhl rücken sollte, den unser Freund Fritz Ebert innegehabt hat. Wir sind der Meinung, daß es für die Partei keinen andern Weg geben konnte, wenn wir nicht den Vorwurf auf uns laden wollten, daß durch unsere Taktik unter Umständen das Resultat erzielt worden ist, das wir jetzt erlebt haben. Ich richte an die Parteigenossen die Bitte, künftig dafür zu sorgen, daß den Beschlüssen Rechnung getragen wird. Das ist nicht allenthalben geschehen. Einzelne Parteiblätter taten ungefähr so, als ob es eine zweite Präsidentenwahl nicht gebe. In einer Anzahl kleiner und mittlerer Ortsvereine sind auch Beschlüsse gefaßt worden, diese Kandidatur nicht zu unterstützen. Das darf unter keinen Umständen wieder geschehen, die Parole der Partei muß unbedingt befolgt werden.

Wir haben auch gesehen, daß sich eine Sekte in Göttingen gebildet hat, die gegen die Parole der Parteiinstanzen Sturm lief und aufgefordert hat, Marx nicht zu wählen. Es handelt sich um den Nelson-Bund, eine Sekte, die sich an die Jungsozialisten und die Arbeiterjugend heranmacht und sie einzufangen sucht, die nicht begriffen hat, was Demokratie und Sozialismus ist. Was diese Sekte lehrt, ist das Gegenteil von Marxismus und Demokratie. Allenfalls will man die Demokratie als eine Einrichtung ansehen, um Führer heranzubilden. Wir müssen dem mit allen Mitteln entgegentreten, besonders, da diese Organisation in Göttingen eine Tätigkeit entfaltet hat, die nicht im Interesse der Partei liegt. Ich bitte Sie, allenthalben, wo der Nelson-Bund auftaucht, diesen Bestrebungen entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß Organisationen solcher Art nicht geduldet werden können.

Genosse Wels hat gestern schon darauf hingewiesen, wie jetzt die Kommunistische Partei versucht, ihren katastrophalen Rückgang, der in der Geschichte der Parteien Deutschlands selten, ich möchte bald sagen, vereinzelt dasteht, aufzuhalten und auf andere Weise ihr Ziel zu erreichen. Man versucht jetzt erneut, Rußland-Delegationen zustande zu bringen und so an die Massen heranzukommen. Wer noch im Zweifel darüber war, was der Zweck solcher Delegationen ist, dem müssen durch das, was gestern abend hier verlesen worden ist, die Augen geöffnet worden sein. Ich will darauf aufmerksam machen, daß das, was in den Schreiben an verschiedene Bezirksorganisationen, an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und an die Parteizentrale von der Delegation gesagt worden ist, völlig unzutreffend ist. Da wird erklärt, daß es notwendig sei, eine sachliche Prüfung der russischen Verhältnisse vorzunehmen, weil Gelegenheit sei, sich vollständig frei zu bewegen und die Untersuchungen unbeeinflußt vorzunehmen. Ich glaube, daß wir doch etwas mehr im Bilde sind, wie solche Ermittelungen in Rußland angestellt werden. Potemkinsche Dörfer sind es, die man dieser Delegation vormacht und die zu Nutz und Frommen der Kommunistischen Partei auch den deutschen Arbeitern vorgegaukelt werden sollen. Dagegen müssen wir uns selbstverständlich wehren, und die Parteigenossen müssen alles, was in ihren Kräften steht, tun, um zu verhüten, daß Parteigenossen sich an solchen Delegationen beteiligen. Wir sind nicht dazu da, um als Staffage für die KPD. zu dienen. Jeder Sozialdemokrat, der etwas auf sich hält, muß es ablehnen, mit diesen verkappten Helfershelfern der KPD. zusammenzuarbeiten, um so mehr, da die KPD. durch ihr Verhalten bei der Präsidentenwahl zum Siege des sogenannten Retters Deutschlands beigetragen hat, da sie es fertig gebracht hat, in Preußen Braun und Severing zu stürzen, sozialdemokratische Stadträte abzubauen, unsere Gewerkschaftsorganisationen lahmzulegen. Von der KPD. hat ja einer ihrer prominentesten Führer gesagt, daß Lüge und Betrug, Verschweigen der Wahrheit, Verschmitztheit und Verschwiegenheit, Lauheit und List zu den Haupttugenden gehören. Ein Sozialdemokrat kann es daher nicht mit seinen Anschauungen vereinbaren, sich an derartigen Delegationen zu beteiligen.

Ich komme zum Schluß. Schwere Kämpfe stehen uns noch bevor. Wir haben in den nächsten Monaten in Preußen die Provinzial- und die Kreistagswahlen, wir haben in Berlin die Stadtverordnetenwahlen, in dem Lande, in dem wir tagen, die Landtagswahlen. Wir wissen nicht, wie die Dinge sich in Preußen gestalten werden, wir müssen also alle auf dem Posten sein und an der Ausbreitung unserer Ideen wirken. In dem stolzen Bewußtsein, mit unserer Arbeit für die heilige Sache des Sozialismus, der Sache der leidenden unterdrückten Menschheit zu dienen, müssen wir diese Kämpfe führen. Den Blick voraus! Die Stirn empor! (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht des Parteivorstandes zu 1b Agitation, Organisation und Kasse erstattet als erster Berichterstatter

Fr. **Barfels:** Werte Genossinnen und Genossen! Die Feststellung unseres Berichts, daß die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei im letzten Jahre zurückgegangen sei, hat bei den gegnerischen Parteien zu allerlei hämischen Bemerkungen und Ausdrücken der Freude Anlaß gegeben. Die „Kreuzzeitung" schreibt von einem „anhaltenden Rückgang der Sozialdemokratie" und vermerkt in Fettdruck, daß die Zahl der männlichen Mitglieder um hunderttausend zurückgegangen sei. Keine Partei berichtet so offen über ihren Organisationsstand wie die unsrige. Deshalb sind Vergleiche nicht möglich, und deshalb sind wir auch nicht in der Lage, die Heuchelei zu brandmarken, die in derartigen Bemerkungen liegt. Wir wissen, daß es keine Partei gibt, die über einen solchen festen und geschlossenen Organisationskörper verfügt wie die Sozialdemokratie. Die Zahlen unseres

Kassenberichtes sind dafür ein sprechendes Beispiel. Von den gesamten Einnahmen unserer Bezirksorganisationen sind zwei Drittel aus den regelmäßigen Beiträgen unserer Mitglieder. Die sonstigen Einnahmen und Zuwendungen spielen eine nebensächliche Rolle. Welche Partei wird das gleiche von ihren Einnahmen sagen können? Die kapitalistischen Parteien leben von den Zuwendungen interessierter Geldgeber, die Kommunisten von den Stipendien aus Rußland. Daher ist es eine Heuchelei, daß diese Parteien sich berufen fühlen, darüber Glossen zu machen, daß die Sozialdemokratie von einem wohlhabenden Parteifreund 20 000 Mark als Wahlbeitrag buchen konnte. Mögen die andern uns nachweisen, daß solche Einnahmen bei ihnen eine ebenso unbedeutende Rolle spielen wie bei uns; dann wollen wir ihnen ein Recht zur Kritik zusprechen, sonst müssen wir ein solches ablehnen.

Die Organisation unserer Partei kann in diesem Jahre auf Gedenktage zurückblicken. 50 Jahre sind es her, als im Jahre 1875 das erste Organisationsstatut der vereinigten Partei auf dem Einigungskongreß in Gotha geschaffen wurde. Die damals geschaffene Organisation hat allerdings nur ein kurzes Leben gehabt. Sie wurde durch die damaligen Machthaber unterdrückt, und bald darauf sorgte das Sozialistengesetz dafür, daß auch ihre letzten Reste vernichtet wurden. Immerhin war das ein bedeutender Schritt im Leben unserer Partei.

20 Jahre sind es jetzt her, daß auf dem Parteitag in Jena im Jahre 1905 ein neues Organisationsstatut geschaffen wurde, das die Wahlkreisorganisationen und die Bezirks- und Landesorganisationen durchführte. Auf dieser Grundlage arbeiten wir im großen und ganzen heute noch. Seit der Umformung der Organisation auf dieser Grundlage war ein fortgesetztes Wachstum der Parteiorganisation zu verzeichnen.

Diese Entwicklung ist dann durch den Krieg und seine Wirkungen unterbrochen worden. Daß der sprunghafte Mitgliederzuwachs, den wir nach der Revolution zu verzeichnen hatten, nicht von Dauer sein würde, war vorauszusehen. Es kam die wirtschaftliche Notlage der letzten Jahre, unter der weite Kreise der Arbeiterschaft zu leiden hatten und auch heute noch leiden. Arbeitslosigkeit, Teuerung und schlechte Entlohnung förderten die politische Indifferenz, das müssen wir leider auch für das verflossene Geschäftsjahr konstatieren. Dadurch haben wir im letzten Jahre leider einen Rückgang, wenigstens bei den männlichen Mitgliedern, zu verzeichnen, und zwar um etwa 100 000. Während wir auf dem letzten Parteitag eine Mitgliederzahl von 940 000 nennen konnten, betrug sie am 31. März d. J. 844 495. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist erfreulicherweise etwas gestiegen, was doppelt begrüßt werden muß, weil wir in den letzten Jahren mehrfach über Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder berichten mußten. An diesem Rückgang der Mitgliederzahl sind die meisten unserer Bezirke beteiligt. Erhebliche Verluste, über den Rahmen des Durchschnitts hinaus, hatten die Bezirke Pommern, Brandenburg, das westliche Westfalen, der Oberrhein, Oberpfalz, Niederbayern, Franken, Dresden und auch Hamburg zu verzeichnen. Nur wenige Bezirke konnten über einen Zuwachs der männlichen Mitgliederzahl berichten, darunter Berlin, Breslau, Niederrhein und einige andere.

Was die Beitragsleistungen anbelangt, so sind diese nicht überall als befriedigend zu bezeichnen. Wir müssen dabei auch feststellen, daß der Mindestbeitrag, den wir im Organisationsstatut festgesetzt haben, nicht überall durchgeführt wird. In dem Bericht, den Sie auf Seite 21 darüber finden, sehen Sie, daß in verschiedenen Bezirken mit Wochenbeiträgen von 10,

in einem Fall sogar von 5 Pfennigen gerechnet wird. Wenn es sich da auch immer nur um kleine Kreise oder Orte handelt, so ist doch zu konstatieren, daß der Mindestbeitrag, der 15 Pfennig pro Woche beträgt, nicht überall eingehalten wird. Wir haben im Parteivorstand dafür Verständnis, daß in Orten und Gegenden, wo besondere Notstände es rechtfertigen, man vorübergehend unter diesem Mindestbeitrag bleibt. Das dürfen aber nur Ausnahmefälle sein. Unser Beitrag ist so minimal, daß er überall durchgeführt werden könnte.

Unter den vorliegenden Anträgen finden Sie eine ganze Reihe, die sich mit der Beitragsfrage, mit dem Eintrittsgeld, mit dem Beitrag für internationale Zwecke usw. befassen und Aenderungen auf diesen Gebieten wünschen. Wir würden vorschlagen, diese Anträge abzulehnen und solche Aenderungen am Organisationsstatut nicht vorzunehmen. Einverstanden sind wir mit dem Antrag, der eine Aenderung des Geschäftsjahres will, der das Geschäftsjahr, das wir bisher mit dem 31. März abschlossen, mit dem Kalenderjahr zusammenlegen will.

Da in den meisten unserer Parteibetriebe diese Aenderung bereits eingeführt ist, haben wir nichts dagegen, daß auch die Partei sich ihr anpaßt.

Ueber unsere besonderen Abteilungen, wie Arbeiterjugendbewegung, Jungsozialisten, Arbeiterwohlfahrt, Beamtenbewegung, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bildungswesen, Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde usw. unterrichtet der ihnen vorgelegte schriftliche Bericht. Zum Teil werden ja auch noch besondere Berichte darüber erstattet werden. Auf allen diesen Gebieten hat die Partei eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet, die unserer gesamten Bewegung zweifellos zugute gekommen ist. Der Genosse Stelling hat schon erwähnt, daß uns allerdings nicht alles restlos befriedigt. Er hat dabei auf Erscheinungen im Organisationsleben hingewiesen sowie in diesem Zusammenhang besonders die jungsozialistische Bewegung genannt, in der sich allerlei Sonderströmungen und Sonderrichtungen entwickelt haben. Genosse Stelling hat schon zum Ausdruck gebracht, daß der Parteivorstand diesen Bewegungen und Strömungen nicht ohne Bedenken gegenübersteht. Ich möchte noch einmal darauf verweisen, was seinerzeit der Anlaß für die Schaffung dieser jungsozialistischen Gruppe war. Die jungen Genossen glaubten, daß ihre geistigen Bedürfnisse im Rahmen der Gesamtorganisation keine genügende Befriedigung fänden. Man hat ihnen deshalb die Bildung einer besonderen Gruppe im Rahmen der Parteiorganisation konzediert. Die jungsozialistische Gruppe soll nichts anderes sein als eine Gruppe der Gesamtpartei; sie ist keine selbständige Bewegung neben der Partei. (Sehr richtig!) Daher müssen wir diese Bewegung als eine Abteilung der Partei ansehen, als nichts anderes. Wenn Auswüchse irgendwo auftreten, dann ist es die Aufgabe unserer Parteiorganisationen, diesen entgegenzutreten.

Ueber unsere Agitationsleistungen gibt der schriftliche Bericht ein übersichtliches Bild. Das, was die Partei bei den Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag sowie bei den beiden Reichspräsidentenwahlen an Plakaten, Flugblättern, Schriften usw. herausgegeben hat, kann sich sehen lassen. Auch außerhalb der Wahlzeit ist eine Reihe von Agitationsbroschüren und Flugblättern erschienen, so daß Klagen über Mangel an Agitationsmaterial keine Berechtigung haben. Zur Schulung und Information unserer Funktionäre gibt der Parteivorstand monatlich das „Mitteilungsblatt“ heraus, das in einer Auflage von 32 000 erscheint. Für die weiblichen Funktionäre wird die „Ge-

nossin" in einer Auflage von 12 000 herausgegeben. Sie ist deshalb geschaffen worden, weil die mehr populär gehaltene „Frauenwelt" unsere Funktionärinnen und die in der Bewegung stehenden Genossinnen nicht immer befriedigte. Wenn heute wieder Wünsche laut werden, einen Ersatz für die „Gleichheit" zu schaffen, so können wir die Berechtigung solcher Wünsche nicht anerkennen. (Sehr richtig!) Wir glauben mit der „Frauenwelt" und „Genossin" allen Bedürfnissen Rechnung getragen zu haben. (Zustimmung.)

Nun noch einige Worte zur Parteipresse. Die Parteipresse hat sich nach der Inflationszeit verhältnismäßig günstig entwickelt; aber heute müssen wir konstatieren, daß auch in unseren Druckereien und geschäftlichen Unternehmungen sich eine starke Abschwächung der Konjunktur bemerkbar macht. In der Inflationszeit hatten wir mit mancher überstürzten Gründung auf diesem Gebiet zu rechnen. In den Berichten der Vorjahre ist dies ja schon mehrfach zum Ausdruck gekommen. Wir müssen aber feststellen, daß die meisten dieser Betriebe sich mit Hilfe der Gesamtpartei bis heute haben halten können und zum Teil auch leidlich gut entwickelt haben. Was aber einen Teil unserer Parteipresse finanziell sehr stark in Anspruch nimmt, ist der Umstand, daß die Betriebe ihre technischen und baulichen Einrichtungen, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit sehr vernachlässigt werden mußten, wieder erneuern und erweitern müssen. Den Genossinnen und Genossen ist bekannt, daß der Parteivorstand bereits seit Jahren eine gewisse Zentralisation unserer Parteipresse durchgeführt hat. Das hat sich auch durchaus bewährt, und die Geschäftsführerkonferenzen, die wir seit längerer Zeit mehrmals im Jahr zusammenberufen, haben durchaus fördernd auf unsere Parteipresse und unsere Druckereigeschäfte gewirkt. Der Parteivorstand hat nun im letzten Jahr diese Einrichtung noch weiter ausgebaut; wir haben zur Förderung der Zentralisation im Rahmen des Parteivorstandes einen eigenen Körper, die „Konzentration-Aktiengesellschaft" gebildet. Diese Konzentration-A.-G. hat Ihnen ihren ersten Bericht mit in die Mappen gelegt und Sie ersehen daraus, wie sich die geschäftlichen Betriebe unserer Partei im letzten Jahre entwickelt haben. Eine bessere Durchorganisierung der geschäftlichen Unternehmungen zu erzielen, soll der Zweck der Konzentration sein. Dieser Zweck soll erreicht werden durch weiteren Ausbau der bisherigen Einrichtungen, durch technische und kaufmännische Beratung und Revisionen, die schon seit Jahren vom Parteivorstand durchgeführt werden, ebenfalls auch durch eine Beratung in steuerrechtlichen Fragen, durch eine bessere Organisierung des Einkaufs, der Rohstoffe, der Maschinen und der sonstigen Materialien sowie endlich durch eine finanzielle Hilfeleistung für notleidende Betriebe. Die Konzentration übt natürlich ihre Tätigkeit unter stärkster Mitwirkung des Parteivorstandes aus. Einschließlich der Kopfblätter haben wir jetzt in der deutschen Partei 170 Tageszeitungen, die in 103 Parteidruckereien hergestellt werden; einige wenige werden in privaten Betrieben gedruckt. Auf Seite 23 des Berichts der Konzentration-A.-G. ist dargelegt, wie diese Druckereien mit Maschinen und dergl. ausgerüstet sind. Der Bericht ist nicht ganz vollständig, es fehlen einige Parteigeschäfte; aber aus dem Bericht ergibt sich, daß in den 103 Druckereien 113 Rotationsmaschinen laufen, und zwar von der kleinsten bis zur 64seitigen Rotationsmaschine, daß ferner 336 Setzmaschinen, 288 Schnellpressen vorhanden sind, desgl. 209 Tiegel- und noch 414 Spezialmaschinen. Der Personalbestand betrug in der Berichtszeit insgesamt 5655 Personen, und zwar 4667 männliche und 986 weibliche. Die Gesamteinnahme unserer Betriebe

für Abonnements, Inserate, Druckaufträge, Buchhandel usw. belief sich auf 43 Millionen Mark. An Gehältern, Löhnen und Unkosten wurden 20 Millionen Mark von unseren Parteibetrieben gezahlt, und der Verbrauch an Papier usw. betrug über 6 Millionen Mark. Das alles zeigt uns welche wirtschaftliche Machtposition wir in unseren Betrieben haben. Die berichtenden Zeitungen hatten eine Gesamtauflage von 1089000; die Abonnementsgebühren schwankten zwischen 1 Mk. und 3 Mk. monatlich. Die wirtschaftliche Macht unserer Betriebe für die Partei nutzbar zu machen, bemüht sich seit Jahren der Parteivorstand. Deshalb haben wir schon vor Jahren eine Einkaufszentrale beim Parteivorstand geschaffen, und als die Partei während der Inflationszeit in größten Nöten war, haben wir mit Zustimmung der Geschäftsführerkonferenz die Einrichtung getroffen, daß ein kleiner Prozentsatz der Einnahme unserer Geschäfte an die Parteikasse abgeführt wurde. Obgleich das kein zwingendes Gesetz war — denn ein Parteitag hatte es nicht beschlossen —, haben doch die meisten Geschäfte einen Beitrag abgeführt und damit der Partei über die schwersten Nöte hinweggeholfen. (Bravo!) Wir hätten mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wenn wir damals nicht diese starke Stütze an unseren wirtschaftlichen Unternehmungen gehabt hätten. Auch heute kann die Partei diese Einnahme nicht entbehren. Ein Blick auf unseren Kassenabschluß zeigt Ihnen schon, einen wie wesentlichen Posten diese Einnahmen für die Partei darstellen. Ich will dabei erwähnen, daß der größte Teil dieser Einnahmen allerdings wieder der Parteipresse in Form von Darlehen, Zuschüssen usw. zugute kommt, (Sehr richtig!) Mit einigen Geschäften hatten wir allerdings gelegentlich noch Differenzen über die Abführung dieses Beitrages. Um diese Differenzen auszuschalten, beantragt der Parteivorstand unter Nr. 86 der Anträge, daß durch Organisationsstatut der bisherige freiwillige Beitrag zum Pflichtbeitrag gemacht wird. Wir beantragen also eine dahingehende Aenderung des § 8 des Organisationsstatuts. Die Höhe des abzuführenden Beitrags ist aus verschiedenen Gründen in dem Antrag nicht festgelegt worden. Nach Anhörung der Geschäftsführerkonferenz soll der Parteivorstand die Höhe des abzuführenden Beitrags bestimmen. Der Parteivorstand denkt aber nicht daran, über das bisherige übliche Maß hinauszugehen. Vielleicht sind wir sogar in absehbarer Zeit in der Lage, eine Ermäßigung eintreten zu lassen. Die Höhe im Organisationsstatut festzulegen, halten wir nicht für zweckmäßig.

Ich komme dann zu einer Frage, die seit langem eine Rolle spielt, nämlich zu dem Wunsch des technischen Personals unserer Parteipresse auf Einrichtung einer Pensionskasse, wie sie für Redakteure und Geschäftsführer schon seit langem besteht. Diese Frage ist keineswegs einfach zu lösen. Wir haben uns eingehend damit beschäftigt, auf welche Art man diesem Wunsch Rechnung tragen kann. Die nächste Geschäftsführerkonferenz wird sich bereits mit einem Entwurf beschäftigen, der inzwischen noch einmal durchgearbeitet worden ist, und es ist möglich, daß bereits mit dem 1. Januar eine solche Einrichtung geschaffen wird. Natürlich müssen für diese Versicherung bestimmte Vorbedingungen Geltung haben. Wir können nicht wahllos alle diejenigen aufnehmen, die in unsere Parteibetriebe hineinkommen. Vorbedingung muß sein, daß der zu Versichernde eine bestimmte Zeit lang der Partei als Mitglied angehört. (Sehr richtig!) Wir haben, wenn ich nicht irre, eine dreijährige Parteimitgliedschaft vorgesehen; ebenso muß natürlich eine bestimmte Beschäftigungsdauer vorhanden sein, ehe der Betreffende in dieses Versicherungsverhältnis ein-

treten kann. Ob von den Versicherten Beiträge zu erheben sind oder ob das Geschäft allein diese Beiträge zahlt, steht noch offen. Es gibt da manches Für und Wider. Daß eine solche Versicherung für unsere Parteigeschäfte eine große Belastung darstellt, ist kein Zweifel. Es ist auch keineswegs sicher, ob alle unsere Betriebe stark genug sind, um eine solche Einrichtung zu tragen. Jedenfalls sind wir nach wie vor der Meinung, daß auch in sozialer Beziehung unsere Betriebe Musterbetriebe sein sollen und daß auch in Zukunft dafür Opfer gebracht werden müssen. Hoffen wir, daß es möglich sein wird, die Einrichtung so zu gestalten, wie wir und die Interessenten es wünschen.

Nun noch ein paar Worte über unseren Kassenbericht, den Sie auf den Seiten 58 und 59 des Vorstandsberichts finden. Sie ersehen daraus, daß nach den Berichten der Bezirksorganisationen deren Gesamteinnahmen 6,6 Millionen Mark betragen. Davon stammen allein 4,1 Millionen Mark aus reinen Mitgliederbeiträgen. Das sind gewiß stattliche Zahlen, die die gesunde Kraft und Stärke der Parteiorganisation klar zeigen. Dasselbe zeigt auch der prozentuale Anteil der Mitgliederbeiträge an den Einnahmen des Parteivorstandes. Dieser prozentuale Anteil ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, nachdem er in der Inflationszeit sehr bedenklich zurückgegangen war. Ich verweise auf das, was ich vorhin schon über den Anteil der Abführungen unserer Parteigeschäfte an den Einnahmen des Parteivorstandes sagte. Dabei möchte ich allerdings auch auf die Ausgaben verweisen, die die Parteikasse in Form von Darlehen und Zuschüssen an die Presse hat. Der Parteivorstand hat im letzten Jahr mehr als ¼ Million Mark an Darlehen an die Parteipresse und 26 000 Mk. als verlorene Zuschüsse der Parteipresse bewilligt. Für das laufende Jahr werden diese Ausgaben sicher noch weit höher sein. Das läßt sich schon heute mit Sicherheit feststellen. Die Wahlausgaben betrugen insgesamt mehr als 2,4 Millionen Mark. Die Gelder sind überwiegend durch eigene Kraft von den Parteimitgliedern aufgebracht worden. Alles das sind Beweise von der Opferwilligkeit unserer Anhänger, die uns mit Recht frohen Mutes in die Zukunft blicken lassen. Alles das aber zwingt uns auch, nicht zu erlahmen in der Agitations- und Organisationsarbeit. Vergessen wir nicht, daß die Sozialdemokratische Partei die stärkste Stütze der am 9. November 1918 errungenen republikanischen Staatsform ist. Die so überaus bedenkliche Entwicklung der letzten Jahre zwingt uns zu größter Wachsamkeit. Soll die antisoziale, plutokratische und volksfeindliche Entwicklung, die unser Staatswesen in der letzten Zeit genommen hat und durch die das Staatswesen von den Reaktionären bewußt zu der überwundenen monarchistischen Staatsform zurückgeleitet werden soll, abgedämmt werden, dann bedarf es einer starken Abwehrfront. Den Kern dieser Abwehrfront hat bisher die Sozialdemokratische Partei gebildet und wird sie weiterbilden. Solange die Partei ihre Stärke wahrt, können wir wohl sagen, daß auch die Republik gesichert ist. Wir aber wollen über diese Sicherung hinaus die Republik mit sozialistischem Geist erfüllen und aus ihr einen wahren Volksstaat machen, aus ihr das machen, was wir uns als unser Ziel aufgestellt haben. Dazu bedürfen wir Machtmittel, und unsere stärksten Machtmittel sind Organisation und Presse. Die Aufgabe dieses Parteitages wird es sein, zur Stärkung und Kräftigung unserer Organisation wie unserer Parteipresse mit beizutragen. (Lebhafter Beifall.)

Heinrich **Schulz**-Berlin: Genossinnen und Genossen! Zur Bildungsarbeit liegt nur ein Antrag vor, der sich auf Wanderkurse bezieht, und auch dieser Antrag ist überflüssig; denn gerade für die Wanderkurse hat der Bildungsausschuß viel getan und wird weiter das Notwendige tun. (Sehr richtig!) Auch zur übrigen kulturellen Arbeit liegen verhältnismäßig wenige Anträge vor. Die Diskussion vor dem Parteitag auf diesem Gebiete war gleichfalls spärlich. Wenn man nur danach gehen wollte, so könnte man leicht auf die Vermutung kommen, daß in unserer Bildungs- und Kulturarbeit kein richtiges Leben sei. Das wäre aber ein ganz irrtümlicher Schluß. Eher dürfte man auf die Bildungs- und Kulturarbeit den Satz von den Frauen anwenden, wonach diejenige die beste sein soll, von der man am wenigsten spricht.

Gerade im Berichtsjahr ist in der Kultur- und Bildungsarbeit überaus fleißig gearbeitet worden und eine weitere innere und äußere Festigung ist erreicht. Vor allen Dingen ist das Ziel seiner Verwirklichung zugeführt worden, den Ring der Organisationen, die sich die Arbeiter für ihre kulturelle Betätigung geschaffen haben, zu schließen. Die sozialistische Kulturarbeit umfaßt jetzt alle Angehörigen der Arbeiterklasse vom Kleinkind bis zum Erwachsenen, und alle Arbeitsgebiete von der Fürsorge für das gefährdete Kind bis zur Pflege und Förderung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Den Anfang der organisierten, der planmäßigen kulturellen Betätigung machte die Bildungsarbeit. Durch die Beschlüsse des Mannheimer Parteitags 1906 — nachdem von der sozialistischen Arbeiterschaft auch bis dahin die Arbeiterbildung schon eifrig gepflegt worden war — wurde ein zentraler Bildungsausschuß eingesetzt, von dem aus sich schnell ein reich gegliedertes Netz von Orts- und Bezirksausschüssen entwickelte. Durch den Krieg lahmgelegt, hat sich hinterher die Bildungsarbeit schnell erholt und wie Sie meist aus praktischer Arbeit wissen, über die früheren Grenzen hinaus ihren Arbeitskreis erweitert. Die besonders in den letzten Jahren während der Sommermonate gepflegten Ferienfahrten bilden ein überaus wertvolles Mittel der Kulturpflege. Sie erweitern den Gesichtskreis, vermitteln neue Eindrücke und erfrischen Seele und Geist, um sie über den Winter hinwegzubringen. Soweit Arbeiter Ferien haben, bieten ihnen diese Fahrten Gelegenheit, ihren Erholungswochen einen wertvollen Inhalt zu geben. Geplant ist ferner eine verbesserte Buchberatung für Bibliotheken, Buchhändler und Bücherkäufer. Zu den Aufgaben unserer Bildungsarbeit gehört auch eine warmherzige Unterstützung des schönen Unternehmens des Dietz-Verlages, des „Bücherkreises".

Manche Aufgaben, die früher von uns durch unsere eigene Bildungsarbeit gepflegt worden sind, wachsen heute immer mehr zu Aufgaben der öffentlichen Bildungspflege heran. Reich, Staat und Gemeinden haben im republikanischen Volksstaat mehr als im Obrigkeitsstaat die Verpflichtung, Volksbildung aus öffentlichen Mitteln und mit öffentlichen Kräften zu fördern. Die Genossen in Reich, Staat und Gemeinden müssen die doch schließlich aus unseren Steuergroschen zusammengebrachten und für Volksbildungszwecke zur Verfügung gestellten Mittel in vollem Maße in Anspruch nehmen. Bescheidenheit wäre hier völlig unangebracht. Die Genossen, besonders die in der Bildungsarbeit tätigen, müssen andererseits eine Aufgabe darin sehen, die staatlichen und gemeindlichen Behörden, Verwaltung und Gesetzgebung zur weiteren Pflege des öffentlichen Bildungswesens anzuhalten. Das Schulwesen war in früheren Jahrhunderten auch ausschließlich Privatsache und ist allmählich erst zu einer öffentlichen Einrichtung geworden. Bis zur Stunde ist das Privatschulwesen noch nicht völlig verschwunden. Gewisse Bestrebungen wollen es wieder neu beleben, werden aber keinen Erfolg haben, denn das Schulwesen ist und bleibt eine öffentliche Angelegenheit. Wie das freie Bildungswesen bis zur Stunde eine Sache privater Körperschaften gewesen ist, so muß es allmählich auch im

Schulwesen immer mehr zu einer Angelegenheit der öffentlichen Körperschaften werden. Diese haben einen großen Teil der Bildungspflege für die Erwachsenen zu übernehmen. Darum wird unsere Bildungsarbeit nicht überflüssig und unsere Bildungsorganisationen werden nicht ohne Aufgabe dastehen, da der freien Bildungsarbeit bleibt, was die öffentliche Bildungsarbeit nicht pflegen kann und darf, und was doch schließlich das Höchste und Schönste ist: die Pflege der Weltanschauung, in unserem Falle des Sozialismus.

Der Neuorganisation der Bildungsarbeit 1906 folgte zwei Jahre später die Organisierung der Jugendbewegung. Das freudige Gefühl bereitwilliger Dankbarkeit gebietet gerade in Heidelberg und im Todesjahre Fritz Eberts darauf hinzuweisen, daß sich Ebert damals im Parteivorstand mit besonderer Liebe und Fürsorge der Jugendbewegung angenommen hat. 10 Jahre lang, bis die durch die Revolution ihm übertragene große Aufgabe ihm keine Zeit mehr ließ, war er der Vorsitzende der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, unermüdlich, verständnisvoll, hilfsbereit. Seiner klugen Leitung ist es wesentlich mit zu verdanken, wenn sich unsere Arbeiterjugendbewegung so gut und kräftig entwickelt hat.

Nach dem Krieg begann ein neuer Aufstieg: in Weimar 1921 trat die Jugend selbstherrlich auf die Bühne und verkündete uns durch ihr schönes Lied: „Mit uns zieht die neue Zeit!" Das hat sie bis zur Stunde auch bewiesen. Bielefeld 1922 war die zweite Etappe: die älteren Genossen traten von der Führung der Jugendbewegung zurück, die sich dann unter ihrer eigenen verantwortlichen Leitung selbst regierte. 1924 sah Nürnberg einen glänzenden Arbeiterjugendtag. Alle Erwartungen aber übertraf der diesjährige Arbeiterjugendtag in Hamburg, wovon Sie sich selbst überzeugen können, wenn Sie den prächtigen Film über den Hamburger Jugendtag in einer hiesigen Lichtbildbühne vor sich abrollen lassen. Sie können dadurch einen vortrefflichen Einblick in das frische Leben und Treiben unserer Arbeiterjugend gewinnen, die aber nicht nur äußerlich gewachsen ist, sondern auch innerlich an Kraft zugenommen hat.

Aus der Arbeiterjugendbewegung ist die jungsozialistische Bewegung entstanden, die nicht so allseitig befriedigt wie die Arbeiterjugendbewegung. Das ist aus der besonderen Altereslage der Jungsozialisten zu erklären, andererseits auch aus der unruhigen unklaren Zeit in der gerade die heutigen Jungsozialisten heranwachsen mußten, die heute die eigentlichen Träger der Bewegung sind. Ein Antrag empfiehlt dem Parteivorstand, dieser Bewegung mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Anregung ist eigentlich nicht nötig, sie schadet aber auch nicht; vielleicht kann aber der Nebensatz wegbleiben, der nur einen unnötigen Stachel in den Herzen der Jungsozialisten zurücklassen würde. Und wir wollen doch nicht verkennen, daß auch unsere Jungsozialisten nur das Beste wollen, und daß sie allmählich lernen werden, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. (Sehr gut!)

Aus der infolge des Krieges notwendig gewordenen fürsorgerischen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen ist nach dem Kriege die schöne Organisation der Arbeiterwohlfahrt erwachsen. Ich nenne sie wegen ihres Zusammenhanges mit der gesamten Kulturarbeit, überlasse aber das nähere Eingehen auf ihre Arbeiten der zuständigen Genossin.

Durch die Neuordnung, die das Revolutionsjahr mit sich brachte, sind uns Kreise zugewachsen, die uns früher infolge der Schranken des Obrigkeitsstaates ferngehalten waren, Kräfte, die besonders die erzieherischen Aufgaben der Arbeiterbewegung zu fördern geeignet sind. Die sozialdemokratischen Lehrer schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um der Kulturpolitik der Arbeiterbewegung und den Bildungsaufgaben mit ihren geschulten Kräften zu nutzen. Gewiß vollzieht sich die Zusammenarbeit der sozialistischen

Lehrer mit den Parteiorganen noch nicht überall in befriedigender Weise. Aber nachdem die Spreu, die die Novemberbewegung in die Partei hineingestäubt hatte, sich erfreulicherweise wieder verflogen hat, und nur gute Parteigenossen zurückgeblieben sind, muß sich immer mehr ein gutes Verhältnis zwischen Lehrern und Parteiorganen herausbilden. Ich bitte beide Teile, sich dabei gegenseitig zu helfen.

Von Oesterreich aus ist die Bewegung der Kinderfreunde auf Deutschland übergegangen und hat sich hier in erfreulicher Weise entwickelt. Durch diese Bewegung wollen wir Sonne in die Herzen der Arbeiterkinder tragen. Gewiß werden wir uns dabei vom Sinne und Geist der sozialistischen Weltanschauung leiten lassen. Nichts aber liegt uns ferner, als unsere Kinder durch die Kinderfreundebewegung schon zu kleinen Sozialdemokraten heranzuzüchten. (Sehr gut!) Das haben wir in der Arbeiterbewegung von jeher abgelehnt, schon auf weit zurückliegenden Parteitagen ist diese Tendenz stets verneint worden. Wir haben viel zu viel Achtung vor dem Recht des Kindes auf seine Eigenart, auf seine Kindlichkeit, als daß wir ihm zumuten, Aufgaben zu übernehmen, für die oft selbst die Schultern der Erwachsenen noch zu schwach sind. Das kommunistische Muster, die Kinder schon in den politischen Kampf hineinzuziehen und politische Demonstrationen mit unmündigen Kindern zu veranstalten, lehnen wir ab. Den Kindern wollen wir die Freude an ihrer Kindlichkeit erhalten, das schwere politische Handwerk mögen sie lernen und üben, wenn sie erwachsen sind. Lädt man auf die zarten Schultern und Seelen der Kinder schon schwere politische Bürden, so muß eine seelische und geistige Rückgratsverkrümmung die Folge sein, die wir später schwer zu büßen hätten. Fort mit solchen politischen Kindereien, laßt dem Kind sein Recht, laßt ihm seine schöne unbefangene Kindlichkeit! (Sehr gut!)

Hier erwachsen auch den sozialistischen Elternbeiräten wertvolle Aufgaben. Sie arbeiten zwar noch nicht überall befriedigend, aber die benachbarten Organisationen, Lehrer und Kinderfreunde, haben sich bereits mit den Elternbeiräten in Verbindung gesetzt und hoffen, daß im Sinne eines vorliegenden Antrags diese Bewegung fortab einen besseren Verlauf nehmen wird.

Auch die sozialistischen Studenten haben sich erfreulicherweise zusammengefunden. In ihrer Vereinzelung an den verschiedenen Universitäten wurden sie leicht unterdrückt, und es fehlte ihnen oft die nötige Widerstandskraft gegen sozialistenfeindliche Einflüsse und Bestrebungen an den Universitäten und unter den Studenten; durch den erfolgten Zusammenschluß wird ihre Kraft und Zuversicht wachsen. Für die jungen Studenten regt sich auch anderweite Hilfe, und zwar besonders aus den Kreisen der Akademiker. Ich kann es den älteren Parteigenossen nur warm empfehlen, den jungen sozialistischen Studenten in jeder Weise zu helfen und ihnen womöglich auch mit Parteiunterstützung ein Dach über den Kopf, Studentenheime und ähnliche Einrichtungen zu schaffen.

Gerade auf diesem Parteitag haben sich auch Genossen zusammengefunden, die die sozialistischen Akademiker, Hochschullehrer, Juristen, Aerzte, Ingenieure, Verwaltungsbeamte, besser zusammenfassen möchten. Nicht um eine neue Organisation zu schaffen, sondern weil sie aus gesellschaftlichen und parteigenössischen Gründen eine Zusammenfassung für eine Notwendigkeit halten und dadurch wiederum der Partei in mannigfacher Beziehung dienen zu können hoffen.

So ist der Kreis so ziemlich geschlossen und der Aufruf, der im August vorigen Jahres von dem Leipziger Kulturtag aus erging, beginnt sich auszuwirken. Damals ist die Anregung ergangen, alle kulturell tätigen Organisationen der Arbeiterbewegung sollten sich zu einem großen sozialisti-

schen Kulturbund zusammenschließen, um durch diese Sammlung die innere Klärung zu fördern und die äußere Kraft zu stärken und so den Kulturaufgaben des Sozialismus besser und eindringlicher nachgehen zu können. Als wir vor einigen Monaten in Weimar eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse abhielten, die auch im übrigen einen vortrefflichen Verlauf genommen hat, konnte berichtet werden, daß bereits in verschiedenen Bezirken und Orten mit gutem Erfolg Kulturkartelle errichtet worden sind, die im Sinne dieser Anregung alle örtlichen oder provinziellen Organisationen unserer Kulturarbeit zusammenfassen.

Diese Bestrebungen, deren Kern die engeren Bildungs-Körperschaften bilden, werden von den großen Organisationen der Arbeiterbewegung unterstützt, die sich zum Teil schon seit Jahrzehnten für besondere kulturelle Aufgaben gebildet haben. Vor allen Dingen unterstützen uns die Gewerkschaften. Sie haben zwar in erster Reihe einen andern Zweck, aber wir wissen doch, daß jeder Erfolg der Gewerkschaftsbewegung, jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Erhöhung des Lohnes mittelbar den kulturellen Aufgaben des Sozialismus zugute kommt, weil mehr Lohn dem Arbeiter die Möglichkeit erhöht, ein schon lange von ihm ersehntes Buch zu kaufen, und weniger Arbeitszeit die Möglichkeit, das Buch zu lesen. (Sehr richtig!) Wir freuen uns daher der nachdrücklichen Unterstützung der Bildungsarbeit durch die Gewerkschaften, insbesondere ihrer Sympathie für die neuerliche Zusammenfassung der Organisation für kulturelle Zwecke. Es stehen ferner die Arbeitersänger mit ihren starken Organisationen hinter uns, ebenso die großen Verbände, die die Körperkultur, Turnen und Sport pflegen und — last not least — die alte, schöne, große Volksbühnenbewegung.

So wächst allmählich eine neue Tochter der großen Allmutter Sozialismus zur Mündigkeit heran: neben politischen und wirtschaftlichen die kulturelle. Nicht als Rivalin, sondern als dienende Mithelferin bei den großen Aufgaben der Verwirklichung der sozialistischen Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Marie **Juchacz:** Genosse Bartels wies darauf hin, daß in der Frauenbewegung ein geringer zahlenmäßiger Aufstieg zu buchen ist. Zahlen sprechen, wenn man sie sich richtig ansieht. In 14 Bezirken der Partei finden Sie nach der Tabelle keinen Aufstieg, sondern eine Abnahme der organisierten Frauen, so daß das Bild nicht restlos befriedigt. Wenn man ein Urteil über die Frauenbewegung gewinnen will, muß man sie aber auch in ihrem geistigen Leben, in ihrer Wirksamkeit innerhalb der Partei beobachten. Meinen Bericht werde ich im Gegensatz zu dem Genossen Schulz wesentlich kritischer halten, weil in dieser Selbstkritik, die ich für die Gesamtpartei ausüben will, ein wesentliches Moment zukünftigen Fortschritts enthalten sein kann.

Es ist unsere Aufgabe, über die Ursachen für den geringen Aufstieg der Frauenbewegung nachzudenken. Ich habe das Gefühl, als wenn die Partei hierbei oft genug den Fehler begeht, die Ursachen zugleich als Entschuldigung gelten zu lassen und aus diesem Gefühl, eine Tatsache zu entschuldigen, zu einer verminderten Tatkraft in der Arbeit gelangt.

Die Zahlen befriedigen auch nach einer andern Richtung nicht. Wir finden Prozentsätze von 8 bis 27 zur Gesamtbewegung und müssen uns doch fragen, ob das ein gesunder Zustand im Zeitalter des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist. Wir müssen uns mit Riesenschritten den 50 Prozent nähern. Die gleichen Rechte von den Frauen verlangen es, ihnen die gleichen Pflichten zu geben. Das muß auch seinen Ausdruck bei der Ausübung der Wahl, aber auch in der Organisationsfähigkeit und in der innerhalb der Organisation zu leistenden Arbeit finden. Nach meiner Ansicht sind wir von diesem befriedigenden Zustand noch ein sehr großes Stück entfernt.

In einem Antrag Stettin Nr. 54 kommt noch etwas anderes zum Ausdruck. Der Antrag besagt, daß die den Parteitagen parallel laufenden Frauenkonferenzen nicht notwendig sind. Wenn wir vor der Tatsache stehen, daß die Frauenbewegung zahlenmäßig wie innerlich noch nicht so stark, so kräftig, so arbeitsfähig, so befriedigend nach jeder Richtung ist, dann müssen wir doch auch nach bestimmten Methoden zu arbeiten suchen, die uns diesem Ziel näher bringen. Mit einem bequemen Formalismus kommen wir diesem Ziele nicht näher. Wir wollen selbstverständlich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei keine besondere Frauenorganisation. An diesem alten fundamentalen Grundsatz halten wir fest. Wir wollen aber eine Frauen**bewegung** haben, Leben, und dazu gehört Bewegungsfreiheit. Ich klage hier nicht etwa über Bewegungsunfreiheit; aber die vorhandene Bewegungsfreiheit soll in geeigneter Weise von den Frauen benutzt werden. Die Männer, die innerhalb der Organisation an führender Stelle stehen, sollen diese Bewegungsfreiheit unterstützen und nicht hemmen, um die Frauenbewegung vorwärts bringen zu helfen, sie zu dem machen, was erst eine Frauenbewegung in der Gesamtbewegung darstellt. Deshalb ist es falsch zu sagen, wir brauchen keine besonderen Frauenveranstaltungen, denn die hier bearbeiteten Fragen sind Menschheitsfragen und gehen uns alle an. Wir können heute noch nicht über bestimmte psychologische Verschiedenheiten hinweg. Wir können nicht dadurch, daß wir uns an einen bequemen Formalismus klammern, die Frauenbewegung fördern, wir können nicht auf besondere Veranstaltungen verzichten. Wir können auch nicht, wenn wir dem Gesetz der Bequemlichkeit folgen, die Begeisterung in die große Masse der Frauen pflanzen, die doch die sozialdemokratische Bewegung, die die ganze Welt erobern will, unbedingt braucht. Deshalb müssen wir über den ganzen Komplex der besonderen Frauenveranstaltungen hinaus aber mit ihrer Hilfe **die** Frauen, die innerhalb der Partei organisiert sind, und **die**, die wir in Zukunft erfassen müssen, heranziehen, damit sie an dem Parteileben in der wünschenswerten Weise teilnehmen.

Es würde mich reizen, über manche Einzelheiten zu sprechen, die durch die psychologischen Verschiedenheiten zu unliebsamen kleinen Erscheinungen innerhalb der Partei führen, aber ich glaube, es ist besser, wenn wir uns darauf konzentrieren, von der Praxis zu sprechen, die sich in Frauenveranstaltungen aller Art zu einem günstigen Resultat auswirken muß. Die Berichte, die an das Frauenbureau des Parteivorstandes gegangen sind, sprechen mit Recht davon, daß besondere tagespolitische Frauenversammlungen in der Regel schlecht besucht sind und sich daher erübrigen. Das ist ein ganz symbolisches Zeichen. In den großen Wähler- und Wählerinnenversammlungen oder in den Versammlungen, in denen politische Tagesfragen besprochen werden, wird sich in den Bezirken, wo wirklich eine Frauenbewegung vorhanden ist, ein ganz bestimmter Prozentsatz der Frauen finden. Aber wir müssen auch versuchen, die Frauen, die noch nicht gewöhnt sind, sozialdemokratische Veranstaltungen zu besuchen, in unsere Versammlungen hineinzubekommen. Deshalb müssen wir Frauenversammlungen veranstalten, bei denen Themen behandelt werden, die die Frauen besonders anziehen, frauenpolitische Tagesfragen oder Probleme, auch Zukunftsfragen der verschiedensten Art. Auch die Frauenabende, bei denen über Spezialfragen viel intensiver gesprochen werden kann, brauchen sich nicht immer auf die organisierten Frauen zu beschränken. Es können, da es sich doch um keine Geheimnisse handelt, weibliche Gäste hinzugezogen werden, die so nach und nach in das Parteileben hineingezogen werden können. Auch Frauenfeierstunden und Frauenwelt-Abende dienen dazu, die Sympathie weiter Schichten für die Sozialdemokratische Partei zu erhöhen. Aber diese werbende Arbeit darf uns

nicht von der Verpflichtung entbinden, auch die Frauen zu schulenden Veranstaltungen zusammenzuziehen.

Es ist heute von dem heranzubildenden Führertum gesprochen worden, das sich die Nelson-Gruppe zum Ziele gesetzt hat. Nicht in dieser kleinbürgerlich-ideologischen Form wollen wir ein weibliches Führertum in der Partei heranbilden, sondern ein solches, das sich der Parteidisziplin unterstellt, das aber gerade in dieser gesunden Parteidisziplin seine ganzen Fähigkeiten entwickelt, um dann in der geeigneten Weise werbend und schulend die Bewegung immer weiter fördern zu helfen. Wenn ich einen Ueberblick über die gesamte Frauenbewegung geben könnte, dann könnte ich Ihnen die Beweise dafür geben, daß dieses weibliche Führertum noch nicht so vorhanden ist, wie es erwünscht wäre.

Im Zusammenhang damit möchte ich sagen, daß es das Schicksal der Sozialdemokratischen Partei wahrscheinlich auch noch in der Zukunft sein wird, niemals genügend Arbeitskräfte für die Fülle der von ihr zu lösenden Aufgaben zu haben, weil mit dem Wachstum der Partei auch die Aufgaben wachsen. Deshalb ist es auch grundlos, hier einer ganz selbstverständlichen menschlichen Eigenschaft zu folgen, indem man bei der Aufstellung der Kandidaturen den Konkurrenzgedanken zwischen Mann und Frau unbewußt mitwirken läßt. Da wir immer zu wenig Arbeitskräfte in der Partei haben werden, haben wir die Verpflichtung, alles zu tun, um die heranreifenden Arbeitskräfte zu fördern und zu stützen.

Die Anträge, die vorliegen, sind im großen und ganzen ein Spiegelbild der Wünsche, wie sie heute in der sozialdemokratischen Frauenbewegung schlummern. Die Frauen wollen nicht Sonderorganisationen haben, aber sich innerhalb der Organisation bewegen können. Damit will ich nicht einer Begründung der Anträge vorgreifen, das ist nicht meine Aufgabe. Wir würden es aber z. B. für verkehrt halten, wenn wir für die Schulung und Werbung unter den Frauen noch eine neue Zeitung schaffen würden. Ich glaube auch, daß die Genossen, die immer nach einer Zeitung im alten Stil schreien, hier ganz unbewußt einem Konservatismus unterliegen, dem wir nicht nachgeben dürfen. Wir haben die Frauenwelt und müssen uns klarmachen, was diese Zeitung bezweckt. Die Frauenwelt will nichts anderes tun, als das, was wir auch mit den Frauenwelt-Abenden, mit den Frauenfeierstunden, den Frauentagen und ähnlichen Veranstaltungen tun wollen. Wir wollen an die unorganisierten Frauen heran, um mit Hilfe dieses Blattes den Sympathiekreis zu vergrößern, auf den die Sozialdemokratische Partei, wenn sie wachsen will, angewiesen ist. Wenn wir eine solche Zeitschrift haben, wollen wir an ihr mitarbeiten und für ihre Verbreitung sorgen.

Wenn die Genossinnen eine neue Gleichheit oder eine neue Kämpferin bekommen, wollen sie damit etwas Altes, Ueberlebtes wiedererhalten. Der Parteivorstand hat den berechtigten Wünschen der in der Partei tätigen Frauen nachgegeben und ihnen ein Informationsorgan gegeben. In diesem wird eine Fülle von Material zusammengetragen, das den Frauen, wenn sie in der Frauenbewegung tätig sein wollen, eine vielseitige Arbeit ermöglicht. Aber auch deshalb sind die Wünsche nach einer neuen Zeitung überflüssig, weil auch die Frauen in den großen Ortsgruppen es in der Hand haben, einen Einfluß auf ihre Parteizeitung zu gewinnen. Es werden genügend Frauenartikel für die Tagespresse geschrieben, und die Partei muß dafür sorgen, daß die guten Artikel zum Abdruck kommen. Im Frauenbureau des Parteivorstandes werden täglich über 100 Parteizeitungen durchgeblättert und die Frauenbeilagen herausgenommen. Unter den etwa 60 Frauenbeilagen, die den Parteizeitungen beiliegen, sind vielleicht 3 bis 5, die als gut zu bezeichnen sind. Die andern erfüllen nicht ihre Aufgaben, wenn durch sie Frauen für die Bewegung geschult werden sollen. In den Frauenbeilagen soll die politische Aufklärungsarbeit für Frauen ihren Platz finden.

Wenn die Partei alle Aufgaben für die Zukunft lösen will, braucht sie dazu die Frauen, braucht sie die Frauenbewegung und überhaupt ein weibliches Führertum, das innerhalb der Partei kameradschaftlich mitarbeitet.

Wir haben vom Frauenbureau aus eine Organisation geschaffen, die ebenfalls keine Sonderorganisation abseits von der Partei sein will, die in der Partei ihre Aufgabe zu erfüllen sucht und zum Teil schon erfüllt hat: die Arbeiterwohlfahrt. Das ist die Organisation, die vielen Menschen, die heute in der Partei nicht das Betätigungsfeld gefunden haben, das ihrer Individualität entspricht, ein solches gibt. Wir können beobachten, daß gerade Frauen mit großer Lust und Liebe und Aufopferungsfähigkeit in dieser Bewegung mitarbeiten. Die Organisation der Arbeiterwohlfahrt gibt den Genossinnen die innere Befriedigung, in der Partei für die große Allgemeinheit zu arbeiten. Wir wollen mit der Arbeiterwohlfahrt über diesen Kreis hinaus wirken und zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei sich der Verpflichtung bewußt ist, für die Allgemeinheit zu arbeiten und sich in den großen Komplex der Wohlfahrtspolitik praktisch, und zwar in sozialistischem Sinne einzugliedern. Hier kann ich meinen Bericht optimistischer färben. Der Gedanke, der aus der Zwangsläufigkeit der Zeit herausgeboren war, hat innerhalb der Parteibewegung so fest Wurzel gefaßt, und die Bewegung selbst ist so stark gewachsen und hat sich im letzten Jahr so befestigt, daß ich auf dieses Tätigkeitsgebiet mit der größten Befriedigung zurückblicken und mit den erzieherischen Resultaten zufrieden sein kann.

Parteigenossen und -genossinnen, schenken Sie der Frauenbewegung in ihrer Gesamtheit die notwendige Beachtung, dann haben Sie der Parteibewegung einen großen Dienst erwiesen. (Lebhafter Beifall.)

Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter Friedrich **Brühne:** Parteigenossinnen und -genossen! Bei der Kontrollkommission ist in diesem Jahre eine einzige Beschwerde eingegangen, und zwar vom Genossen Kahl in Königsberg. Die Beschwerde ist aber 14 Tage später wieder zurückgezogen worden. Die Angelegenheit wird jetzt durch den Parteivorstand geregelt, und wir haben uns in der Kontrollkommission damit nicht weiter zu befassen.

Die Kommission hat im letzten Geschäftsjahr auch die Parteikasse und die Nebenkassen, die Buchhandlung Vorwärts, den Vorwärts-Verlag und andere kleine Kassen revidiert und alles in Ordnung gefunden. Der Parteivorstand hat im letzten Jahre nicht wenig Arbeit gehabt, besonders die Wahlen haben viel Arbeit verursacht. Die Arbeit ist aber vom Parteivorstand zur Zufriedenheit der Kontrollkommission erledigt. Wir haben auch nichts davon gemerkt, daß der Parteivorstand mit den Massen der Parteigenossen nicht genügend in Verbindung steht, sondern haben das Gegenteil gesehen. Ich beantrage daher, dem Parteivorstand in seiner Gesamtheit Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

(Mittagspause.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Wels:** Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bevor ich das Wort erteile, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, daß ein Telegramm der schwedischen Parteileitung heute eingetroffen ist. Die schwedische Parteileitung bedauert außerordentlich, auf unserm Parteitage nicht erscheinen zu können und sendet der Partei die besten Glückwünsche zu ihren Verhandlungen.

Wir treten nun in die Diskussion ein. Vorher werden wir aber am zweckmäßigsten noch die Kommission für die Behandlung und Beilegung der Sachsenfrage wählen. Ich hatte eine Kommission von 9 Personen vorgeschlagen, muß aber diesen Vorschlag dahin ändern, daß ich die Zahl der Kommissionsmitglieder auf 13 Personen erhöhen möchte. Ich schlage vor, die Kommission aus folgenden Personen zusammenzusetzen: Roß-Hamburg, Marum-Karlsruhe, Siering-Brandenburg, Broßwitz-Frankfurt a. Main, Berten-Niederrhein, Vogel-Nürnberg, Linke-Dessau, Litke-Berlin, Rosenfeld-Berlin, Janotta-Breslau, Klupsch-Dortmund, Steinmayer-Stuttgart, Bugdahn-Altona.

Dieser Vorschlag wird Ihnen von Kontrollkommission, Parteivorstand und Parteiausschuß einmütig übermittelt. Sind weitere Vorschläge zu machen? — Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Vorschlag wird vom Parteitag einstimmig angenommen. Ich füge hinzu, daß es der Vereinbarung entspricht, daß der Parteivorstand ebenfalls durch einen Vertreter in der Kommission beteiligt wird. Zunächst ist Genosse Dittmann dafür in Aussicht genommen.

Wir kommen nun zur Diskussion. Zunächst haben zwei Redner der sächsischen Parteigenossenschaft das Wort mit einer Redezeit von je einer Stunde, und zwar zunächst ein Mitglied der Fraktionsmehrheit, dann ein Vertreter der Landesorganisation. Ich erteile daher zunächst dem Genossen Karl Bethge das Wort.

Bethke: Parteigenossen und -genossinnen! Meine Freunde der Fraktionsmehrheit hätten es sehr gern gesehen, wenn nach dem Brauch der Partei und der Verhandlungen im Streitverfahren der Teil zuerst gehört worden wäre, der die Anschuldigungen in Anträgen und Presseartikeln gegen die Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion erhoben hat, damit dann am Schluß die Möglichkeit gegeben wäre, das widerlegen zu können, was man uns vorhält. (Sehr richtig.) Aber die 23 haben sich niemals im sächsischen Streit als Schuldige gefühlt. Sie waren stets der Auffassung, daß das, was sie getan haben, im Einklang mit den Interessen der Gesamtpartei stand. Sie haben sich auf den Tag gefreut, wo sie vor den Vertretern der Partei des ganzen Deutschen Reiches das sagen könnten, was ihnen bisher in der Parteipresse und in Versammlungen verwehrt worden ist. (Hört, hört!)

Wenn ich 4 Wochen vor dem Parteitag, abgesehen von der sächsischen Parteipresse, auch einen Teil der deutschen Parteipresse zu Gesicht nahm, dann hatte ich zwar das Gefühl: Herr Gott, wie werdet ihr hier bestehen! Denn die Anklagen und einseitigen Urteile, die von diesem Teil der außersächsischen Presse gegen die 23 gefällt sind, waren so einseitig und gingen so wenig auf den Grund der Dinge, daß ich meine ernstesten Befürchtungen hatte. Aber wir haben diesen Vertretern der Presse ihre Stellungnahme nicht übelgenommen. Sie sprachen nur aus, was sie seit einem Jahre systematisch in der sächsischen Parteipresse an Urteilen uns gegenüber vorfanden. Seit gut einem Jahre sind wir aus dem Versammlungsleben ausgeschlossen, wir können unsere Meinung nicht in den Parteiversammlungen sagen, wir durften sie nicht einmal sagen, als wir noch Mitglieder waren. (Unruhe.) Als ich noch Bezirkssekretär des Parteivorstandes war und in einen Bezirk ging, in dem auch der Abgeordnete dieses Bezirks sprechen wollte, und obwohl mir als Bezirkssekretär das Recht zusteht, in jede Versammlung zu gehen und das Wort zu nehmen, wurde mir das Wort verweigert, weil wegen Disziplinbruchs ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei gegen uns bestand. Als ich den Bezirksvorsitzenden darauf aufmerksam machte und ihn bat, die Rechte des Statuts und die Gesetze der Partei zu wahren, da sagte er lächelnd: Mehrheitswille ist Mehrheitswille. (Hört, hört!) Man hat uns bereits seit 2 Jahren von den Referaten ausgeschaltet. Die Richtung, die mit der Linie der Reichspartei ging, war der sächsischen Linie nicht genehm. Sie

durfte nicht sprechen, es sei denn, daß in der Wahlbewegung auf dem letzten Dorf ein Aushelfer gebraucht wurde, während wir früher als beliebte Redner Tag für Tag verlangt wurden. Das ging so weit, daß selbst preßgesetzliche Berichtigungen versagten. In einem Falle brachten wir eine Berichtigung — nicht aufgenommen. Wir wandten uns an die Preßkommission. Nach 10 Tagen fragten wir an. Antwort: Der Brief ist verlorengegangen. Eine neue Berichtigung, nach 8 Tagen wieder angefragt: Der Brief wäre wieder verlorengegangen. (Bewegung.) Eine preßgesetzliche Berichtigung! Die Berichtigung wird nicht aufgenommen. Da standen wir vor der Frage: Sollen wir diese Dinge vor den bürgerlichen Gerichten austragen? Wir haben uns gesagt: nein, wir beißen die Zähne zusammen und warten auf den Tag, wo wir vor die Gesamtpartei gehen können.

Was ich hier von der Presse sage, ist durch mehrere Zeitungen gegangen. Ich habe in meiner Aktenmappe sieben solcher preßgesetzlichen Berichtigungen, die nicht aufgenommen worden sind, und ich bin bereit, sie der Kommission vorzulegen. Dabei hat man uns als Lumpen und Verräter ausgeschlossen, als Leute, die sich an das Bürgertum verkauft haben, die an ihrem Mandat hängen. So sind wir in Zeitungsartikeln, die in die Welt hinausgingen, verleumdet worden. Nimmt es da wunder, wenn nicht genügend eingeweihte Redakteure solche Artikel aufnehmen und einseitig gegen uns Stellung nehmen? Ich nehme ihnen das nicht übel.

Aber nun zur Sache selbst. Es handelt sich nicht um Mandate. Jeder von den 23 hat sich damit abgefunden, daß er als einfacher Soldat wieder in die Reihen der Partei zurückkehrt. Wenn es uns um Mandate zu tun gewesen wäre, dann hätten wir in den Situationen, wo der Hunger die Köpfe verrückt machte und auf dieser Hungerpolitik politische Inflationsgewinne gemacht wurden, dieser Stimmung Rechnung getragen. Wenn wir das getan hätten, dann wären wir damals die großen Führer gewesen. Aber wir wußten, was wir auf uns nahmen, als wir dem Willen der Massen entgegenhandelten. Wir wußten, daß wir schließlich still von der politischen Bühne würden abtreten müssen. Wir sagten uns: es kommt hier auf ein Prinzip an, es kommt darauf an, die innere Auffassung der Parteibewegung gegen alle Widerstände, selbst unter Opfern der einzelnen Persönlichkeit, durchzusetzen. Es drehte sich bei dem sächsischen Parteistreit um die große Frage der Staatsbejahung oder Staatsverneinung. (Zustimmung und Zurufe.) Ein Teil der sächsischen Genossen sagte: wir wollen die Republik nicht in die Hände jener geraten lassen, die nicht innerlich zu uns stehen, die sie nur zertreten wollen. Auf der anderen Seite stehen Genossen, die sagen: Jedes Paktieren mit dem Bürgertum zur Erhaltung der Republik ist eine Todsünde an dem klassenkämpferischen Geist der Sozialdemokratie. Das ist der Kern der Frage, um den gerungen wird. Hat schon im Reich die Koalitionspolitik, jene Politik, die die geschichtliche Aufgabe nach der Revolution darin sah, nicht die Revolution vorwärts zu treiben, weil die ökonomischen Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren, sondern die Republik zu erhalten, diese einzige große Schöpfung der Sozialdemokratie, und sich mit denen auch im Bürgertum zu verbinden, die willens waren, sich auf den Boden dieser Republik zu stellen und die Republik mit uns zu verteidigen, bei einer Reihe von Genossen auf Unverständnis gestoßen, so war das ganz besonders in Sachsen zu konstatieren; denn dort hatte das Proletariat bereits vor dem Kriege die Mehrheit. Die Maßnahmen der vorrevolutionären Regierung in Sachsen mit ihrer niederträchtigen Nadelstichpolitik waren nicht dazu angetan, das Proletariat von seinem Machtwillen irgendwie abzubringen. Das Proletariat hatte die Mehrheit, und der proletarische Machtwille mußte sich auslösen unbekümmert darum, ob die beiden Parteien, die damals bestanden, zusammenkommen konnten oder nicht.

Vor der Vereinigung war ein Teil der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen jede Koalition selbst mit den Mehrheitssozialdemokraten; heute kann man das ja wohl sagen, ohne wehe zu tun! Als man sich vereinigte, war diese Auffassung nicht tot; sie rang mit uns, und sie fand die Unterstützung der Kommunisten. Was wunder, daß es immer wieder auch in unseren Reihen hieß: die proletarische Mehrheit muß in der Regierung zum Ausdruck kommen und ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen darf nach Möglichkeit nicht stattfinden. Vorher ist der Parteitag zu hören, ehe eine Koalition mit den Bürgerlichen eingegangen wird! Es zeigte sich bald, daß sie nicht deshalb in das Parlament zogen, um im Interesse des Proletariats zu arbeiten, sondern um das Parlament und uns zu zerschlagen. (Sehr wahr.) Das ganze Auftreten der Kommunisten im sächsischen Parlament ist ein einziger großer Kampf gegen die Sozialdemokratie gewesen; aber die Rücksichtnahme auf die Kommunisten ging so weit, daß wir unsere fähigsten Minister, einen Buck usw., ja die ganze Regierung opferten, daß wir in Krisen und Landtagsauflösungen gerieten zu einer Zeit, wo wir vor dem Abschluß wirklich wertvoller Gesetze standen. Ein neuer Landtag brachte die gleichen Verhältnisse und den gleichen Willen, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die Folge war, daß der neue Landtag überhaupt nicht arbeitsfähig wurde. In monatelangen Krisen wurde verhandelt und verhandelt und die Zeit vergeudet, bis die Inflation kam und der von der Kommunistischen Partei erstrebte Bürgerkrieg in bedrohliche Nähe rückte. Da traten plötzlich die Kommunisten, die sonst stets jede Verantwortung im Parlament ablehnten, an uns mit der Bitte heran, mit ihnen eine Regierung zu bilden. Aber vorher war noch etwas anderes passiert. Als die Landesinstanzen erkannten, daß mit der Kommunistischen Partei praktische Arbeit nicht zu leisten sei, nachdem sie ein Vierteljahr lang die Zeit mit Verhandlungen vergeudet hatten, kamen sie zusammen und erklärten den Vertretern der Parteiorganisation: nach reiflicher Ueberlegung sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein praktisches Arbeiten im Interesse des Proletariats unter diesen Bedingungen nicht möglich ist; wir schlagen ihnen deshalb notgedrungen eine Koalition mit den Demokraten vor, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Da geschah etwas ganz Ungeheuerliches, was in der Geschichte der Sozialdemokratie nicht seinesgleichen hat. Eine durch jahrzehntelange Erfahrungen geschulte Parteileitung wurde abgesetzt, die Landtagsfraktion wurde in einer ureigensten parlamentarischen Frage ausgeschaltet, und man bildete eine Siebenerkommission, deren Diktat sich Fraktion und Landesleitung fügen mußten. Ich mache dem Parteivorstand in dieser Beziehung keinen Vorwurf; denn ich weiß, wie er in jenen Wochen und Monaten alle Hände voll zu tun hatte, um die Wirren des Reiches zu entwirren. Aber wenn in dieser Zeit vom Parteivorstand ein Diktat gekommen wäre, dann hätte es die ganze Partei begrüßt, ein Diktat, das die Siebenerkommission zum Verschwinden gebracht hätte. Wenn das geschehen wäre, dann hätten wir keinen sächsischen Konflikt. (Sehr richtig!) Die Siebenerkommission war in keiner Weise berufen, über Fraktion und Landesinstanzen hinaus diktatorisch zu entscheiden. Nun traf diese Siebenerkommission heimlich Abmachungen mit den Kommunisten. Erst später erfuhren wir davon, daß Hundertschaften gebildet werden sollten. Das war das klare Ziel der Kommunisten. (Zurufe.) Meine Tätigkeit in jenen Tagen bestand darin, daß ich die Dummheiten abbog, die man machen wollte. Dabei erfreute ich mich der Unterstützung aller einsichtsvollen Genossen. Also es wurden Abmachungen getroffen, die uns zunächst verheimlicht wurden. Hundertschaften sollten auch in den Gewerkschaften gebildet werden. Bis dahin waren die Kommunisten in die Betriebe nicht hineingekommen; jetzt sollten plötzlich auch in den Gewerkschaften Hundertschaften eingerichtet werden; die geistige, ideologische und psychologische Voreingenommenheit gegen die Kommunisten sollte überwunden werden. Die

Gewerkschaften sträubten sich mit Händen und Füßen dagegen und erklärten: Ihr zerschlagt nicht nur die Partei, sondern auch die ganzen Gewerkschaften. Es war jene Zeit, in der der damals führende Kommunist Böttcher schreiben konnte: „Die sonst feste, bisher nie ins Wanken zu bringende Sozialdemokratie macht heute ein Bild des Jammerns und des Erbarmens. Führer und Massen, Massen und Führer sind durcheinandergeworfen; das haben wir erreicht durch unsere Taktik der Siebenerkommission.“ Das Endergebnis war das Ministerium Zeigner. Ich will hier über Zeigner nicht sprechen; aber wenn Sie einmal einen parteigenössischen Schleimer sehen wollen, dann lesen Sie einmal den Artikel, den Genosse Victor im „Sächsischen Volksblatt“ aus Zwickau geschrieben hat. Ich überlasse Ihnen dann das Urteil über diesen Schleimer. Ich rede über den Mann Zeigner nicht; er ist politisch tot und wird es für alle Zeiten sein. Dieser wankelmütige, zu keinem Entschluß kommende Pathologe mußte natürlich Situationen heraufbeschwören, die dann zum vollendeten Zusammenbruch führten. Unter seinem Regime kamen die Kommunisten in die Regierung. Brandler übernahm als Ministerialdirektor das Ministerium des Innern, um die Polizei in die Hand zu bekommen. Heckert und Böttcher traten in die Regierung ein. Jetzt ging der Sturm los. In Chemnitz sollte der Auftakt zum Bürgerkrieg in ganz Deutschland erfolgen. Heimlich, ohne daß es uns bekannt war, hatte man die Kommunisten aus ganz Deutschland unter dem Deckmantel der Regelung der Wirtschafts- und Ernährungsfrage zusammengerufen. Die russischen Entreure standen schon mit Photographen da, um die Proklamierung des Generalstreiks über ganz Deutschland hin zu verbreiten. Es gelang nicht. Heute sind die wahren Ansichten der Kommunisten bei dem Eintritt in die sächsische Regierung jedermann klar. Ich vermute, daß das schon damals der Reichsregierung klar war. Sie fand darin einen Vorwand, um in das rote Sachsen und Thüringen einzumarschieren, wenn sie auch vorgab, gegen Bayern zu marschieren und die Reaktion in Bayern zu schlagen. Aber selbst wenn ich diese klare Absicht nicht erkannt hätte, würde ich vom rein strategischen Standpunkte aus sagen: Will ich gegen Bayern fechten, dann kann ich im Rücken nicht die Kommunisten haben, dann muß ich erst eine Rückendeckung schaffen, d. h. die Kommunisten in der sächsischen Regierung müssen verschwinden. So kam das berühmte Diktat der Reichsregierung auf Entfernung der kommunistischen Minister. Wenn damals die sächsische Parteileitung auch nur etwas politischen Verstand besessen hätte, dann hätte sie die Dinge erkennen müssen, die sich in den letzten acht Tagen in Chemnitz abgespielt hatten und die die Absichten der Kommunisten klar erkennen ließen. Der Minister Zeigner war bereit, dem Diktat Folge zu geben; das sei zu seiner Ehre gesagt. Aber ein Fleißner, ein Liepmann, ein Arz und andere haben nur eines in jenen Tagen gekannt, nämlich die revolutionäre Geste. Sie glaubten, Sachsen sei das ganze Deutsche Reich, überall sei das Proletariat vom Machtwillen beseelt, obwohl Sachsen nicht mehr Einwohner zählt als Groß-Berlin. Dieser Machtwille war geradezu erbarmungswürdig naiv; das Ganze war nichts mehr als eine revolutionäre Geste. Die Reichswehr marschierte in Sachsen ein. Es kam der Diktator Heinze. Vorher hatte man noch eine Deputation nach Berlin geschickt, die die Generalkommission der Gewerkschaften und den Parteivorstand aufforderte, zugunsten Sachsens den Generalstreik zu proklamieren. Zu einer Zeit, wo die Arbeiter zu Millionen auf der Straße lagen, wo die Arbeitskraft, die doch nur im Produktionsprozeß eine Macht darstellt, ausgeschaltet war, verlangten diese Strategen, die armen Luders, die auf der Straße lagen, die nichts zu sagen hatten, die nur Hunger spürten, sollten den Generalstreik proklamieren. Als sie das nicht machten, waren ich und die anderen, die den Unsinn nicht mitmachten, Verräter; es gab überhaupt nur noch Verräter in Sachsen. Dann hat man einen Generalstreik in Sachsen inszeniert, als die Reichswehr in Sachsen einmarschiert

war. Diese revolutionären Massen hätten Sie sehen müssen. Als der Generalstreik zur Abwehr der Reichswehr proklamiert wurde, haben die größten Schreier überhaupt nicht mitgestreikt; nicht 10 Proz. der Arbeiter befanden sich auf der Straße. Noch kein Streik ist so erbarmungswürdig zusammengebrochen als dieser Streik. Das zu der Tragödie dieser glänzenden Politik unserer Führer von damals, die heute die Leitung in der Hand haben und die die besten Strategen zu sein glauben, während sie alle anderen als Stümper und Verräter am Proletariat bezeichnen. Als der Diktator Heinze kam und sofort seine Macht dazu benutzte, um das, was in mühseliger Arbeit, zum Teil in der Epoche der Zusammenarbeit mit den Kommunisten erreicht worden war, zu zerschlagen, griff der Parteivorstand ein und ersuchte uns, unter allen Umständen die Entfernung des Diktators Heinze durch Bildung einer Koalitionsregierung zu erzwingen. Unter dem größten Widerstand der damaligen Instanzen der Fraktionsminderheit konnte das erreicht werden. Wenn wir den Dummheiten der damaligen Minderheit gefolgt wären, dann wäre ganz Sachsen von dem Reaktionär Heinze zertreten worden. Es gelang uns, mit Unterstützung der Demokraten und unter stiller Duldung der Volkspartei das Ministerium Fellisch zu bilden. Das war die erste große Koalition. Nun hätte man meinen sollen, daß endlich ein anderer Kurs eingeschlagen würde. Aber einige Genossen, die in ihrem revolutionären Elan so elend Schiffbruch erlitten hatten, kannten kein anderes Ziel, als auch diese Regierung zu zerschlagen, die Demokraten so vor den Kopf zu stoßen, daß diese erklärten: Wenn ihr euch einbildet, wir stützen euch, damit ihr uns Tag für Tag vor den Schädel schlagen könntet, dann verzichten wir auf die Beteiligung an der Regierung. Vor allem der Minister Liepmann war ein Stein des Anstoßes. Wir standen nun vor der Frage, was wir tun sollten, ob wir den Landtag auflösen sollten, was die anderen wünschten, oder nicht. Durch den Einmarsch der Reichswehr hatte das Proletariat seine Zeitungen, seine Gewerkschaften usw. verloren; nur noch 40 oder 50 Proz. der Mitglieder waren in der Partei vorhanden. Die Verzweiflung war überall aufs höchste gestiegen. Wir standen alle vor der schwierigen Frage: Sollen wir das Proletariat an die Deutsch-Völkischen oder an die Deutschnationalen ausliefern? Da haben wir uns gesagt: Nein, dann gehen wir lieber eine Koalition auch mit der Deutschen Volkspartei ein. Die Demokraten erklärten uns überhaupt, daß es sich jetzt gar nicht um Liepmann handele, sondern darum, daß die Volksparteiler verantwortlich in die Regierung eintreten oder der Landtag aufgelöst würde. Vor die ernste Frage gestellt, ob wir in jener Zeit Neuwahlen haben wollten, Neuwahlen in einem Lande, das ganz besonders wertvoll für die proletarische Entwicklung war, haben wir uns für die Bildung einer Koalitionsregierung entschieden. Wie richtig wir gehandelt haben, zeigten die Gemeinderatswahlen, die einige Wochen später stattfanden; denn in 28 amtshauptmannschaftlichen Bezirken, von denen wir in 15 eine Mehrheit hatten, verloren wir in allen Bezirken die Mehrheit. (Hört, hört!) Trotzdem sind wir als die Verräter gescholten worden; dann kam der Berliner Parteitag und löschte das aus, was uns an Schande in annähernd drei Viertel Jahren angetan war. Wenn man nun geglaubt hat, daß nach dem Berliner Einigungsparteitage ein gegenseitiges Verstehen Platz greifen würde, so hatte man sich darin geirrt. Es galt vielmehr in Sachsen, die Richtung, die damals mit der Reichspartei konform ging, und die von den Instanzen der sächsischen Presse genau so bekämpft wurde wie wir, unter allen Umständen abzuwürgen. Ich war einer der ältesten Parteisekretäre; aber ich wurde, als das Geld knapp wurde, als erster gekündigt, obwohl ich eine starke Familie hatte. Andere, die erst drei, vier und fünf Jahre tätig waren, konnten bleiben. Ich war eben ein unbequemer Geselle, und deshalb mußte ich gehen. Es ist ein wirkliches Märtyrertum, das heute manche Sekretäre in Sachsen erleiden müssen. Dort gibt es nur eine Linie: Die unbequeme Richtung muß mit allen Mitteln beseitigt werden. Letztens haben sie einem Sekretär gesagt, ob er denn nicht die Konsequenzen ziehen wolle. (Hört, hört!) Das ist doch wirklich unerhört. Als der Sekretär antwortete: „Das könnte Ihnen passen; warum wollen Sie nicht die Konsequenzen ziehen und mich kündigen?", da wurde ihm entgegengehalten: „Das könnte Ihnen passen; Sie könnten sich dann als gemaßregelt hinstellen." Kaum war der Berliner Parteitag vorüber, begann in dem sächsischen Parteistreit eine Hetze, die nicht ihresgleichen hatte. Der Treiber war der Genosse Lipinski. Im Reich war der Beamtenabbau durchgeführt worden, wonach 15 Proz. der Beamten und Angestellten abgebaut werden mußten. Diejenigen Beamten, die die kürzeste Dienstzeit hatten, sollten zuerst abgebaut werden. Was war die Folge? Eine Reihe von Sozialdemokraten, die nach der Revolution aus irgendeinem Berufsverhältnis oder anderen Verhältnissen herausgerissen worden und in Beamtenstellungen gekommen waren, wurden zuerst dem Abbaugesetz zum Opfer gebracht. Aber auch wir haben auf Grund des Abbaugesetzes eine Reihe von Beamten entlassen müssen. Wir wollen nicht behaupten, daß wir in allen Dingen das Richtige getroffen haben. Keine Regierung, und sei es die fähigste, kann sagen: Ich habe in allen politischen Maßnahmen eine klare und richtige Linie eingehalten. Auch wir haben vielleicht hier und da Fehler gemacht; das bekennen wir ganz offen. Aber was wir in bezug auf die Beamtenpolitik gemacht haben, können wir vor der ganzen Partei verantworten. Als ich vor acht Tagen vor den parteigenössischen Beamten des Reiches stand und die Anklagen, die von Fleißner und anderen Sachsen gegen die sächsische Politik erhoben wurden, im einzelnen widerlegte und zurückwies, haben sämtliche Beamte mit Ausnahme der sächsischen verstanden, daß wir nicht anders handeln konnten. Ein paar Beispiele: Minister Zeigner berief einen Mann in das Justizministerium, von dem behauptet wurde, es sei ein unfähiger Mensch. Daraufhin wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die feststellte, daß dieser Mann geradezu einer der schwächsten Elemente war, die man sich im Beamtenstand denken kann, daß er nicht einmal in der Lage war, richtig deutsch zu schreiben. Wir waren alle der Meinung: Dieser Mann gehört nicht auf den gestellten Posten; Zeigner hat einen Mißgriff begangen. Trotzdem verteidigten wir ihn, wie es bei einem Parteigenossen gegenüber Angriffen aus bürgerlichen Kreisen notwendig ist. Eines schönen Tages hörten wir, dieser Genosse solle zum Oberregierungsrat befördert werden. Zeigner, darum befragt, erklärte dem Fraktionsvorsitzenden, das werde nicht geschehen; trotzdem stand 24 Stunden später die Beförderung in der Presse. Ein anderes Beispiel: Ein höherer parteigenössischer Beamter, der schon unter der Regierung Liebmann so gut wie kaltgestellt worden war, war abgebaut worden. In meinen Händen befindet sich ein Schriftstück dieses Beamten, in dem er nachweist, daß er unter Liebmann bei einer ganzen Reihe von Beförderungen höherer Beamter ausgeschaltet worden sei, obwohl das zu seinen Obliegenheiten gehörte. Weshalb wurde er abgebaut? Er vertrat die Vorlagen so schwach, von so geringer Kenntnis unterstützt, daß wir der Auffassung waren, er gehört nicht auf den Platz. Solange wir allein waren, konnten wir die Mängel des Beamten glatt bemänteln, denn der bürgerliche koalierte Gegner kam mit dem Beamten nicht in Berührung. Als der Beamte aber auch bürgerlichen Ministern unterstellt wurde, wurde diese Schwäche offenbar. Als das Beamtenabbaugesetz kam, spielten sich Vorgänge ab, die ihn unhaltbar machten. Untergebene Beamte mußten Paragraphen erklären, weil dieser hohe Beamte völlig irrige Auslegungen gegeben hatte. Wenn nun die Bürgerlichen kamen und sagten: Wollen Sie auch hiernach diesen Mann auf dem Posten belassen, so mußten wir innerlich gestehen: Nein, obwohl wir äußerlich sagten, der Mann hat die notwendige Fähigkeit.

Ich frage Sie: Ist es revolutionärer und mehr im Interesse der Sozialdemokratie gehandelt, wenn man eine offensichtliche Schwäche ausmerzt oder wenn man sie bestehen läßt und sagt: Gerade, weil du Parteiangehöriger bist, so mußt du auf dem Platz bleiben. Wir können uns alle in der Anstellung eines Beamten irren, darin liegt kein Vorwurf. Ich glaube aber, ich diene der Partei mehr, wenn ich Irrtümer beseitige.

Wir haben Amtshauptleute verloren. Wir haben auch Beamte unter dem Zwang der Herrschaft des Militärs abbauen müssen. Als General Müller abtreten sollte, erklärte er: Das und das in der Polizei muß anders werden. Weil wir befürchteten, daß mit jeder Woche weiteren Verweilens des Militärs in Sachsen die Unruhen größer werden und schließlich doch der Bürgerkrieg ausbrechen würde, haben wir Kompromisse schließen müssen, wie jeder in einer ähnlichen Situation geschlossen hätte.

Wir haben also im Beamtenabbau Konzessionen machen müssen. Aber wenn ich mir überlege, was in Preußen, Oldenburg, Braunschweig, Baden usw. auch von unseren Parteigenossen abgebaut worden ist, wonach kein Parteigenosse, keine Zeitung und kein Hahn gekräht hat, und wenn ich vergleiche, was bei uns abgebaut, aber um so heftiger bekämpft worden ist, dann überläuft mich ein Gefühl der Scham über diese Angriffe. Sie galten auch nicht dem Beamtenabbau, sondern bildeten die Angriffsfläche gegen die verhaßte Koalitionsregierung, um sie zu beseitigen. (Zuruf: Deutschnationale!) — Darauf komme ich.

Als die Angriffe so hart wurden, und wir sie nicht widerlegen konnten, denn von einem Teil der Parteipresse wurden die Erwiderungen nicht aufgenommen (dafür sind aktenmäßige Belege da), riefen wir den Parteivorstand an und baten, die Dinge zu untersuchen und schrieben gleichzeitig eine Broschüre. Man mag darüber denken wie man will, sie ist auch vom Parteivorstand verurteilt worden, wir müssen das hinnehmen. Uns blieb aber kein anderer Ausweg übrig, als dieser, um den Parteigenossen zu sagen, was wir beim Beamtenabbau zwangsläufig tun mußten. Die Broschüre sollten nur die Parteigenossen bekommen. Wenn der Abbau 13,5 Proz. in Sachsen beträgt, so ist der Prozentsatz der Sozialdemokraten zu den Bürgerlichen höchstens 11,5 Proz. Während, wie betont, anderwärts kein Hahn danach krähte, wurde in Sachsen alles zu einem großen Verrat am Proletariat gestempelt.

Der Parteivorstand berief nun eine Sitzung ein. Die Instanzen kamen nicht. Wir legten den Beamtenabbau dar und zeigten gleichzeitig, daß Angriffe der schwersten Art selbst gegen Verordnungen erfolgten, die die alte Regierung Zeigner erlassen hatte, die wir weiter herauszugeben verpflichtet waren. Das Ergebnis war: Heilmann, Sachsenkommission, schlichte von neuem. Als Heilmann die zweite Sitzung einberuft, ist der Reichstag aufgelöst. Heilmann verlangt, Landtagswahlen mit Reichstagswahlen zusammenzulegen. Da haben wir erklärt: Wenn ihr den Reichstagswahlkampf führt, um den Bürgerblock zu verhindern, was letzten Endes doch auf die Bildung der großen Koalition im Reiche hinausläuft, und in Sachsen eine große Koalition ohne zwingenden Grund aufgelöst werden soll, so ist das ein Widersinn. Wir befürchteten aber weiter, daß in dem gleichen Augenblick, wo die Sachsenwahl mit der Reichstagswahl zusammengelegt wird, der öffentlich in der Presse ausgetragene und in der Broschüre zum Ausdruck kommende Sachsenkonflikt bei den Versammlungen in den Vordergrund gestellt und von den Gegnern ausgeschlachtet werden würde. Die Folge würde sein, daß wir nicht nur als Sachsen- sondern als Reichstagswähler unterliegen. Der Reichstagswahlkampf wird dadurch wesentlich erschwert. Darauf sagte Genosse Heilmann: Es kommt auf die Einigkeit der Partei an, es müssen Opfer gebracht werden. Ich betrachte die Reichstagsauflösung als Geschenk des Himmels. Es wird eine Kommission eingesetzt, die mag einmal die Bedingungen für die Aufstellung der Kandidaten festlegen,

denn ich, sagte Heilmann, halte die Kandidatenfrage für eine in Sachsen bestimmende Frage.

Die Kommission ist unter unserem Widerspruch gewählt worden, weil wir sagten, wird die Frage zu einer Personenfrage, so wird eine tiefernste Parteifrage zu einer niedrigen Frage gestempelt. Unsere Gesinnungsgenossen haben sich in der Kommission an der Bewertung der Kandidaten nicht beteiligt. Trotzdem wurden 15 Abgeordnete ernannt, denen gegenüber sich die Bezirksvorstände verpflichten sollten, sie an Erfolg versprechende Stellen zu bringen. Diese Resolution ist bereits in der Sitzung, in der die Unterkommission ihren Vorschlag unterbreitete, geändert worden. (Zuruf: Unwahrheit!) — Nein, Genosse Lipinski. Zuerst hieß es, die Landesinstanzen sollten sich verpflichten. Das wurde geändert in: Wir empfehlen den Landesinstanzen. Mit Unwahrheiten wollen wir doch nicht operieren, sonst könnte ich mich an dieses Thema klammern.

Die Dinge kamen auf den Landesparteitag. Dort waren die Vertreter der Fraktionen anwesend. Wir kamen überein, unbekümmert um die Reichstagswahlen den eben skizzierten Standpunkt darzulegen. Da kam ein Telegramm des Reichsparteivorstandes: Ich empfehle, die Heilmannschen Bedingungen anzunehmen. Der Parteivorstand wollte also den Sachsenkonflikt nicht mit den Reichstagswahlen vermengen oder durch eine Sachsendebatte die gute Linie des Reichstagswahlkampfes verwischen lassen. Wir kamen überein zu schweigen und empfahlen dasselbe unseren befreundeten Genossen. Dann wurde beschlossen, das Landesstatut tritt sofort in Kraft. Dieses bestimmt: In eigener Angelegenheit hat die Landtagsfraktion nicht mitzustimmen. So kam es, daß der Antrag auf Auflösung des Landtags einmütige Annahme fand. Darauf geschah etwas Eigentümliches. Die Bezirke zeigten, daß sie nicht willens waren, die Heilmannschen Bedingungen durchzuführen. Als ich in Dresden in einer Vorstandssitzung des engeren Bezirksvorstandes, in der versucht wurde, die Aufstellung der Kandidaten auf den 16. November festzusetzen, darauf hinwies, daß dann der Parteivorstand unmöglich Einspruch erheben könne, weil infolge der Einreichung der amtlichen Listen nur noch ein Tag Frist wäre, da wurde ich von den alten Genossen glatt ausgelacht. Der 16. November wurde festgesetzt, obwohl die Kandidaten gut in 8 Tagen hätten aufgestellt werden können, was sonst auch schon in 5 bis 6 Tagen möglich gewesen ist. Als das auch in anderen Bezirken geschah, haben wir bei dem Parteivorstand Einspruch erhoben und gesagt: Hier liegt der ernste Wille gar nicht vor. Als dann der Parteivorstand Instanzen und Fraktionen zusammenrief und wir dokumentarisch nachwiesen, wie man versuche, das gegebene Wort über die Aufstellung der Kandidaten zu brechen, da faßte der Parteivorstand den Beschluß: Wir empfehlen, den Landtag nicht eher aufzulösen und Auflösungsanträgen von anderer Seite nicht zuzustimmen, bevor nicht die Abmachungen von Heilmann erfüllt sind. Als der Antrag auf Auflösung des Landtages zur Abstimmung stand, waren die Abmachungen Heilmanns in keinem Bezirk erfüllt. Wir haben daher dagegen gestimmt.

Was wäre geschehen, wenn wir der Weisung der Landesinstanzen gefolgt wären. Sehr klar sagt dies der konservative Führer der Deutschnationalen Dr. Beutler bei der Begründung seines Antrags auf Auflösung des Landtags: Er halte den Zeitpunkt für geeignet, um die sozialdemokratische Herrschaft in Sachsen zu zerstören, um die sozialistischen Parteien von der Regierung wegzubringen, indem die Deutschnationalen auf den nationalen, völkischen, christlichen Sinn des Volkes vertrauen usw. Wie richtig dieser deutschnationale Führer gesehen hat, ergab das äußerst günstige Ergebnis der Reichstagswahlen am 7. Dezember. Die Sachsenfrage hat in diesem Wahlkampf keine Rolle gespielt. (Widerspruch.) Wir standen im ganzen Deutschen Reich als einer der erstbesten Bezirke da. Ich kenne keine Versammlung, in der die Sachsenfrage

eine Rolle gespielt hätte. Auf die Landtagswahlen übertragen, ergab sich eine bürgerliche Mehrheit von 6 Stimmen. Man muß sich dabei klarmachen, daß in Sachsen die Klassengegensätze hart auf hart prallen und sich noch aus der Zeit Zeigners ein furchtbarer Haß aufgespeichert hat.

Wir haben dem Auflösungsantrag nicht zugestimmt und deshalb sind wir als Verräter verschrien worden. Was weiter geschehen ist, hat Ihnen der Genosse Stelling dargestellt. Alle Vermittlungsversuche, alle Vorschläge, die der Parteivorstand gemacht hat, sind von den Landesinstanzen abgelehnt worden, oft in einer Weise, daß einmal Crispien sagte: „Wie hier gegen den Parteivorstand polemisiert wird, ist in der Parteigeschichte noch nicht dagewesen. Wenn schon so gegen uns verfahren wird, die wir als Einiger gekommen, wie muß es erst den 23 ergehen!" Ich hätte gewünscht, der ganze Parteitag hätte gehört, in welch' brutaler Weise man den Parteivorstand behandelte.

Dann kam die Gemeindeordnung. Auer ist in der „Münchener Post" zitiert worden, wie er zur Gemeindeordnung steht. Sehen Sie sich einmal den Aufsatzartikel zum Parteitag in der „Münchener Post" an, dann werden solche Unwahrheiten den sächsischen Genossen nicht mehr vorgesetzt werden. Was die „Münchener Post" geschrieben hat, ist ein Artikel des Genossen Lipinski, den der Kommunalpolitiker der „Münchener Post" bis zu einem bestimmten Teil abgedruckt hat. Das sind ja kommunistische Methoden, darüber sind wir uns längst klar! Wir haben die Gemeindeordnung mit den Kommunisten nur unter dem Zwang der Kommunisten gemacht. Einen Tag vor der Verabschiedung ist die Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion mit den Kommunisten und dem Innenminister Liebmann zusammengekommen und hat versucht, daß die Kommunisten eine Reihe von Paragraphen aufgeben, weil sie der Praxis nach unserer Meinung nicht standhalten würden. Das ist nicht gelungen. Wollten wir die Gemeindeordnung nicht scheitern lassen, so mußten wir die kommunalpolitisch unerfahrene Gedankenwelt der Kommunisten mit hineinnehmen in ein Werk, das sich an Praktiker wendet. Was wir befürchteten, trat bald ein. Unsere Amtshauptleute — in Preußen die Landräte — sind Staatsbeamte, über die die Regierung in bezug auf Anstellung, Versetzung und Entlassung nur zu verfügen hat. In der Gemeindeordnung steht aber, daß der Bezirksausschuß ein Vorschlagsrecht hat. Das steht auch in der alten preußischen Gemeindeordnung und wäre kein Fehler, wenn sich die Regierung anders entscheiden könnte. In der neuen Gemeindeordnung aber steht, daß, wenn der Amtshauptmann dem Bezirksausschuß nicht gefällt, dieser ein Mißtrauensvotum beschließen kann, und geht er dann nicht, so kann er auch die Geschäfte sabotieren, ohne daß irgend etwas passiert, weil darauf keine Strafe steht. Es stand weiter in der Gemeindeordnung, daß er ihn abberufen kann. Also eine kommunale Körperschaft verfügt in bezug auf Anstellung, Abberufung und Versetzung über einen Staatsbeamten. Ein solcher Widersinn ist in der ganzen Kommunal- und Staatsgeschichte nicht da gewesen.

Als auf Grund dieser Bestimmung der mit den Kommunisten und uns geschaffenen Gemeindeordnung alle sozialdemokratischen Amtshauptleute gemaßregelt werden sollten und zwei bereits auf die Straße geflogen waren, hieß es nicht etwa: Aendert diesen Paragraphen, sondern „Du verfluchte reaktionäre Regierung, du duldest es, daß deine besten Sozialdemokraten entfernt werden." Eine Regierung, die zur Beachtung der Gesetze berufen ist, die vom sozialdemokratischen Standpunkt ganz besonders die Selbstverwaltung zu achten und zu schützen hat, soll jetzt die Selbstverwaltung zerschlagen, nur damit der sozialdemokratische Amtshauptmann gehalten werden konnte. Wir mußten also die Gemeindeordnung ändern.

Als dann das Wohlfahrtsgesetz geschaffen wurde, war uns klar, daß die

Gemeindeordnung auch dieses Gesetzes wegen geändert werden mußte, wenn dieses gute Gesetz wirksam werden sollte. Dann haben wir dieses Gesetz geändert. Ich darf hier auf das Urteil eines Mannes hinweisen, der sich zuerst in der schärfsten Weise gegen die Abänderungsvorlage aussprach und dies auch öffentlich bekundete, des Vorsitzenden der Vereinigung der sozialdemokratischen Amtshauptleute, Bürgermeister und Stadträte, Bürgermeister Genosse Klimke. Dieser wurde von einer Parteizeitung Sachsens aufgefordert, einen objektiven Artikel zu schreiben — man befürchtete, daß weder die Fraktionsmehrheit noch die Fraktionsminderheit die Objektivität aufbringen würde —, zum Schlusse des Artikels heißt es: Wer hier von einem Wahlrechtsraub oder einem schweren Anschlag gegen die Gemeindedemokratie spricht, treibt bewußte Demagogie, die Novelle zur Gemeindeordnung wird keine Erregung in den Massen der Gemeindebürger hervorrufen, wenn sie nicht künstlich von bestimmten Kreisen zu recht durchsichtigen Zwecken, die man schnell noch vor dem Heidelberger Parteitag erreichen will, geschürt wird, usw. Als der Genosse diesen Artikel schrieb, nahm die Parteipresse ihn nicht an. Artikel von uns, die die Dinge sachlich darstellten und die Paragraphen darlegen wollten, wurden unterdrückt. Nun steht Lipinski auf und sagt, das Selbstverwaltungsrecht, die sogenannten Volksentscheide sind geraubt worden. Was steht aber in der Gemeindeordnung? Nach der abgeänderten Gemeindeordnung kann der Gemeindeverordnete jederzeit durch Volksbegehren abgerufen werden, alle Dinge, die ortsgesetzlich geordnet werden, können auf dem Wege des Volksbegehrens gleichfalls zur Entscheidung gebracht werden. Aber weshalb tut man das? Die Hindenburgwahl zeigte die Parteileitung Sachsens in einem so erbarmungswürdigen Licht, daß man Ablenkungsmittel brauchte. Nachdem man Jahr für Jahr die Genossen so eingestellt hatte, daß jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Demokraten als ein Verbrechen an dem klassenkämpferischen Gedanken bezeichnet wurde, sollte unsere Partei über Nacht mit dem schulfeindlichen Zentrumsmann Marx gehen. Da hätte es einer geschickten Aufklärung bedurft. Was taten aber die führenden Instanzen? Die Beschlüsse des Parteivorstandes, Marx zu unterstützen, wurden als unsinnig, als parteischädlich hingestellt, und das wurde in der ganzen sächsischen Parteipresse verbreitet. Fleißner schrieb einen so glänzenden Artikel gegen die Wahl von Marx, daß die Deutschnationalen und Völkischen diesen Artikel ohne Kommentar in einem Flugblatt millionenweise in ganz Sachsen verbreiteten. (Hört, hört!) Dem Reichsbanner, dieser Organisation, der es nach der Einstellung der Partei einzig möglich war, die republikanischen Parteien zusammenzubringen, wurde verboten, von sich aus politische Versammlungen zu machen. Als in Dresden Marx sprechen wollte, lehnte die Bezirksleitung der Partei dem Reichsbanner diese Versammlung ab. (Hört, hört! Zuruf: Verdrehung!) — Wenn Sie das als Verdrehung bezeichnen, so mag der Parteivorstand das Dokument verlesen, das der Sekretär des Reichsbanners in dieser Frage an ihn gerichtet hat. Ich bin auch erbötig, dieses Dokument der Kommission vorzulegen. Um nicht die Versammlung fallen zu lassen, mußten wir den Republikanischen Reichsbund bitten, die Versammlung zu übernehmen. Dasselbe ist jetzt bei der Verfassungsfeier gemacht worden, als in dem völkisch durchseuchten Plauen Gradnauer das Referat für die Verfassungsfeier übernehmen sollte. Da hat sich die Parteileitung von Plauen dahintergesteckt und gesagt: Wenn Gradnauer in Plauen spricht, sabotieren wir die Versammlung. (Hört, hört!) Da blieb mir nichts anderes übrig, als auf Gradnauer zu verzichten, damit nicht auch noch das bißchen, was von Republik gelassen ist, zerschlagen wird.

So sieht es bei dieser glänzenden Führung in Sachsen aus. Das Ergebnis war, daß im roten Sachsen Hindenburg über den Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Zentrumsmann mit 70 000 Stimmen siegen konnte.

(Hört, hört!) Um also ein Ablenkungsmanöver bei dieser Niederlage und Dummheit zu haben, kam der Schrei: Seht, die Reaktion marschiert, die 23 haben die Gemeindeordnung verschandelt und die Demokratie und Selbstverwaltung mit Füßen getreten! Und doch ist diese Gemeindeordnung viel besser als die vieler anderer Staaten. Es ist ein Werk so sachlich und so praktisch, daß es vor der Geschichte der Sozialdemokraten sich sehen lassen kann. (Zurufe.)

Ein zweiter Vorwurf: Wir sollen gegen den Achtstundentag votiert haben. Das wurde in der ganzen Welt ausgestreut, Berichtigungen wurden in der Parteipresse zum Teil nicht aufgenommen. Was war geschehen? Die Kommunisten stellen einen Antrag über Sozialfragen. Der Antrag kommt im Ausschuß zur Verhandlung. Dabei stellen sie den Antrag, die Regierung möchte für das Washingtoner Abkommen eintreten. Da erklärt die sächsische Regierung: Wir haben im Reichsrat, und wo wir die Möglichkeit hatten, auf dem Standpunkt des Achtstundentages und den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens gestanden und werden weiter in diesem Sinne wirken. Die Folge ist, daß wir uns mit dieser Erklärung der Regierung einverstanden erklären. Was wird aber aus dieser Erklärung gemacht? Wir haben den Achtstundentag verraten, denn wir hätten gegen die kommunistischen Anträge gestimmt. So wird die Oeffentlichkeit irregeführt und werden wir zu Verrätern gemacht.

Um was geht es hier? Nicht um Mandate! Es ist der Kampf nicht nur gegen uns, sondern gegen den Parteivorstand (Lachen und Zurufe), gegen die offizielle Parteipolitik. Sehen Sie sich die Artikel der „Leipziger Volkszeitung", des Zwickauer Volksblattes" und andere an, wo der Parteivorstand beschmutzt wird! Sehen Sie sich die Berichterstattung über den Prozeß Auer an, wo unsere führenden Persönlichkeiten von oben bis unten bedreckt werden!

Weshalb sind wir der Weisung des Parteivorstandes nicht gefolgt? Wir bekennen uns schuldig, zum erstenmal etwas, was der Parteivorstand von uns verlangt hat, nicht befolgt zu haben, nicht weil wir die Gründe des Parteivorstandes nicht beachtet haben, sondern weil uns diese Entscheidung in eine Situation brachte, in der ich keinen Parlamentarier und keinen verantwortlichen Sozialdemokraten sehen möchte. Wir sind eine Koalition eingegangen. In jeder Koalition ist etwas, das bindet, das ist das gegenseitige Vertrauen. Wenn die drüben zulassen, daß der 9. November und der 1. Mai als proletarische Feiertage in Sachsen bestehen bleiben, dann setzt das ein Vertrauen voraus. Aber wenn wir einen Landtag auflösen sollen, setzt das auch voraus, daß wir unsere Koalitionsparteien verständigen. Was geschah aber hier? Der Parteivorstand tritt mit uns nicht in Verbindung, und plötzlich lesen wir den Beschluß: unverzügliche Auflösung. Das benutzte die Fraktionsminderheit und stellte sofort einen Antrag auf Auflösung des Landtags. Nun sollen wir plötzlich auf Kommando ohne vorherige Verständigung, ohne Grund den Landtag auflösen. Eben hatten wir die Etatsdebatten abgeschlossen, und in diesen wurde die Regierung von den Deutschnationalen und von der Presse des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei in der schärfsten Weise angegriffen. Weshalb? Weil die ganzen Energiequellen des Staates, Kohle, Elektrizität, Verkehrsmittel in die Hand des Staates gebracht worden waren. Da sagten sie: Diese Koalitionsregierung führt immer mehr dazu, die Privatwirtschaft abzulösen, bedeutet ihren Ruin und einen Kampf, wie wir ihn bisher nicht erlebt haben. Dem demokratischen Minister Reinhold, der die Staatswirtschaft geradezu im Sinne unseres Programms durchgeführt hat, wurde von der Fraktion ein Mißtrauensvotum gestellt und die Fraktionsminderheit stimmte dafür. (Hört, hört!) Wir lösen die Koalition, wenn die politischen Dinge dafür reif sind. Aber von uns zu verlangen, wir sollen ohne zwingenden Grund auf ein Kommando solche ernste Verbindung lösen, bedeutet nicht nur den Parlamentarismus schwer schädigen,

sondern uns als Hanswürste hinstellen, die wie Schachfiguren sich von oben dirigieren lassen.

Ich bin der Meinung, Genossen, Ihr habt mit diesem Diktat etwas getan, das in seiner Wirkung nicht so klar übersehen worden ist, wie es sich später herausgestellt hat, denn die demokratische Presse schrieb: Ganz nach Moskauer Muster wird hier ein Diktat gefällt und von einer Fraktion, die in parlamentarischen Fragen zuerst zu entscheiden hat, verlangt, ohne sie zu befragen, daß sie unbesehen eine Weisung hinnimmt. Parteigenossen, das haben wir nicht getan. Meinetwegen verurteilt uns deshalb! Wir glauben, auch dabei im Interesse des Proletariats gehandelt zu haben. Seit wann sind Disziplin und Organisation Selbstzweck? Sind sie nicht Mittel zum Zweck? Wo die Disziplin mit dem Zweck, dem Proletariat zu dienen, in Konflikt kommt, wird die Disziplin gebrochen. Die in Kienthal waren, sind heute diejenigen, die uns zuerst als Disziplinbrecher bezeichnen. Das ist das Beschämende. Was wir getan haben, auch die Politik in Sachsen, kann sich vor der ganzen Welt sehen lassen. (Lachen und Zurufe.) Wenn wir 7 sozialdemokratische Amtshauptleute, 2 Kreisamtshauptleute, 2 Polizeidirektoren, Regierungs- und Oberregierungsräte sowie 50 Proz. der Polizeioffiziere erhalten und die Staatswirtschaft ausgebaut und gefördert haben, dann ist das Fazit für die sächsische Sozialdemokratie so günstig, daß ich nicht glauben kann, daß uns alte 23 Genossen, die wir 2 Jahre lang Schmutz und Dreck auf uns genommen haben, die Partei hinauswerfen und eine Arbeit unmöglich machen wird. Tun Sie es, dann müssen wir von neuem aufbauen, dann verzweifeln wir aber an der Idee, an die wir geglaubt haben, die wir durchsetzen wollten, und durch die eine Einstellung überwunden werden sollte, die wir für die Partei als schädlich betrachten. Und nun urteilen Sie! (Lebhafter Beifall.)

Lipinski: Parteigenossinnen und -genossen! In dem Begrüßungsartikel des „Vorwärts" wird der Sachsenstreit in einer Form behandelt, die ich für das Schmählichste halte, was der Partei passieren konnte. Es wird dort gesagt, daß eine parteipolitische Krähwinkelei in Sachsen betrieben worden ist, und an einer anderen Stelle heißt es: Es ist schmerzlich, in diesem Lande mit seiner alten, starken Arbeiterbewegung ein Versagen der Führung feststellen zu müssen (sehr richtig!), womit nicht die Führung durch die eine oder die andere Richtung verstanden sein soll, und in der Auseinandersetzung der beiden Richtungen die Unfähigkeit, auf einer mittleren Linie eine Verständigung zu finden. Dann sagt der Artikel weiter: Die sächsische Parteigenossen werden begreifen müssen, daß eine Ueberschätzung ihrer inneren Streitigkeiten ein ganzes Stück partikularistischer Krähwinkeleien gibt. Ich glaube im Namen der gesamten sächsischen Parteiorganisation zu sprechen, wenn ich gegen diese Art der Behandlung des Streites den schärfsten Protest erhebe. (Sehr richtig!)

Aus der Darlegung meines Vorredners haben Sie bereits gefunden, daß es sich in diesem Streit um ein politisches und ein organisatorisches Problem handelt. Was hier an Märchen verbreitet worden ist, zeugt davon, daß die Parteigenossenschaft selbst sehr wenig über den Sachsenkonflikt unterrichtet ist. Das Referat, das wir soeben gehört haben, ist in einer Broschüre enthalten, die dem Parteitag unterbreitet ist. Der Referent hat mich als einen der fähigsten Männer gefeiert, die Sachsen geopfert hat. In der Broschüre heißt es auf Seite 10: Der Haupttreiber dieser ganzen Fehde war der Genosse Lipinski, der glaubte, einen Personenwechsel im Ministerium des Innern herbeiführen zu können. Da wird mir also unterstellt, daß meine politische Einstellung das Ziel hat, einen Ministerposten zu erringen. Ich habe mich noch nie um einen Posten in der Partei beworben und habe meinen Stolz darin gesehen,

daß ich dem politischen Treiben unabhängig gegenüberstehe. Wer mir aber das Gegenteil unterstellt, obgleich er weiß, daß das falsch ist, der zeigt damit, welche Art des politischen Kampfes er bisher geführt hat und weiterführen will. (Sehr richtig!) Ich bin an dem Ministerwechsel unbeteiligt. Dreimal haben die Fraktion und die Bezirksvorstände sich mit mir solidarisch erklärt. In der Frage der Ministerbildung bin ich aber nicht gehört worden.

Gestatten Sie mir, daß ich heute im Auftrage der sächsischen Parteitagsdelegierten zu dem Sachsenkonflikt Stellung nehme. Wenn Sie den Konflikt verstehen wollen, müssen Sie ihn unter dem Gesichtspunkt der geknechteten und unterdrückten Arbeitnehmerschaft der Vorkriegszeit verstehen, in der ein glühender Haß gegen die damals nationalliberale und konservative Partei in Sachsen durch die Maßnahmen der damaligen Regierung hervorgerufen ist. Bis zur Revolution hat das sächsische Ministerium an dem Vierklassenwahlrecht festgehalten und acht Tage vor der Revolution ernannte der König ein Dekorationsministerium unter Hinzuziehung einiger Demokraten und Sozialisten ohne Portefeuilles. Dann kam die Revolution. Die Darstellung ist falsch, daß die Unabhängige Partei, der ich damals als Landesvorsitzender angehörte, sich geweigert habe, mit den Sozialdemokraten eine Koalition zu bilden, denn die erste Regierung, die unter meinem Präsidium in Sachsen gebildet wurde, setzte sich aus 3 Sozialisten und 3 Unabhängigen zusammen. (Hört, hört!) Als nach der Volkskammerwahl eine Regierung der unabhängigen Sozialdemokraten gebildet werden sollte, hat die Unabhängige Partei bestimmte Bedingungen gestellt. Diese waren deshalb notwendig, weil die erste Koalition dadurch gesprengt worden war, daß die drei sozialdemokratischen Minister nach einem willkürlichen Akt des Arbeiterrats in mein Ressort eingriffen und nicht mit uns, sondern mit den Mitgliedern des Arbeiterrats verhandelten. Eine solche Stellung war für ein Ministerium unmöglich, und so wurde die Koalition gesprengt. Nachdem aber im Jahre 1920 die Wahlen vollzogen waren, die unmittelbar nach dem Sprengungsparteitag in Halle stattfanden, waren wir es, die sich bereit erklärten, eine Regierung mit den Sozialdemokraten zu bilden. Sie sagten, das sei uns nicht Ernst. Da haben wir gesagt: Schön, wir sind die Minderheit, wir wollen die Mehrheit der Ministerposten übernehmen, damit ihr unser Verantwortlichkeitsgefühl seht. Da scheidet die Frage der Staatsbejahung oder Staatsverneinung überhaupt aus, denn von Anfang an haben Sozialdemokraten und Unabhängige zusammen versucht, das Beste für die Arbeiterklasse herauszuholen.

Nach der Wahl vom November 1920 hatten Sozialdemokraten und Unabhängige nur 40 Mandate, die Kommunisten 9, zusammen also 49 gegen 47 Bürgerliche. Eine sozialistische Regierung konnte überhaupt nur zustandekommen, wenn die Kommunisten für den Ministerpräsidenten stimmten. Als sie Bedingungen stellten, haben wir uns nicht darauf eingelassen, sondern gesagt: Wir überlassen euch die Entscheidung, ob ihr die Regierung an das Bürgertum fallen lassen wollt. Da haben die Kommunisten für den Genossen Buck gestimmt, und so kam eine Regierung zustande. Alle Maßnahmen, die getroffen wurden, wurden mit Unterstützung der Kommunisten getroffen, weil anders eine Mehrheit nicht gebildet werden konnte.

Da kam die Gemeindeordnung. Wir haben selbst über ihre Form zu ringen gehabt, denn die Dinge waren in der Partei selbst unklar. Aber wir haben dem Landtag eine Gemeindeordnung vorgelegt, die auch verabschiedet worden wäre, wenn nicht die Kommunisten die politische Situation damals für eine Verstärkung der Linken reif hielten und auf die Auflösung des Landtags hinarbeiteten. Da waren es die Bürgerlichen, die mit den Kommunisten und gegen die Sozialdemokraten den Landtag auflösten. Damit fiel die Gemeindeordnung, und nach der Neuwahl wiederholte sich dasselbe Spiel bei der Ministerbildung,

denn es waren damals wieder 49 gegen 47. Die Kommunisten wurden wieder vor die Frage gestellt, ob sie Buck wählen wollten oder nicht. Sie stellten wieder Bedingungen, die wir ablehnten, und Buck wurde gewählt und das alte Kabinett blieb bestehen.

Nun vollzog sich in der Kommunistischen Partei wieder mal eine Wandlung. Als in Leipzig der Parteitag der Kommunisten stattfinden sollte, suchten sie nach einem Vorwand, um mit Elan vor den Parteitag treten zu können. Sie verlangten von mir, ich sollte eine völkische Versammlung in Leipzig verbieten. Da ich selbst für die Versammlungsfreiheit eingetreten bin, konnte ich einem solchen Verlangen unmöglich stattgeben, wenn kein Grund für das Verbot vorhanden war. Da stellten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen mich, und die bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen stimmten mit den Kommunisten für diesen Antrag (hört, hört!) mit der Wirkung, daß sie das Kabinett zum Rücktritt zwingen wollten. Sie erkannten an, daß an meiner Tätigkeit nichts auszusetzen war, aber sie wollten die große Koalition erzwingen. In einem Lande, daß zu etwa 70 bis 75 Prozent aus Proletariern besteht, wäre es möglich gewesen, bei einer geschlossenen Kampffront auch die Mehrheit im Landtag dauernd zu behalten. Wir haben es aufs Tiefste bedauert, daß das nicht immer gelungen ist. Da stand die Parteigenossenschaft vor der Frage, nachdem die Kommunisten und die Demokraten das Mißtrauensvotum beschlossen hatten: Koalition mit den Demokraten oder der Versuch, mit den Kommunisten zu arbeiten? Die Arbeitermassen sahen damals noch in den Kommunisten ihre Arbeitskollegen und waren deshalb mehr geneigt, mit diesen zusammen Politik zu treiben. Heute liegen die Dinge ja anders. (Aharufe und Lachen.) Ich weiß nicht, worüber Sie lachen, Genossen, denn die Einstellung der Gesamtpartei gegenüber den Kommunisten ist erst später eine andere geworden.

Auf dem Märzparteitag 1923 haben die Bezirksverbände sich für ein Zusammengehen mit den Demokraten entschieden — aber Sozialdemokraten und Demokraten waren doch nur die Hälfte des Landtags, nicht die Mehrheit —, während der Landesparteitag sich mit großer Mehrheit — ich gehörte nicht zu der Mehrheit — für ein Zusammengehen mit den Kommunisten entschied. In der Broschüre ist von der Siebenerkommission geredet worden, die damals die Verhandlungen mit den Kommunisten führen sollte. Die Siebenerkommission war der Partei organisch fremd. Deshalb haben die Bezirksvorstände auch darauf gedrungen, die Tätigkeit dieser Kommission sobald wie möglich abzubauen. In einer Sitzung der Landesinstanzen vom 3. Juni 1923 ist dann ein Beschluß gefaßt worden, der folgenden Wortlaut hat:

> Der Landesarbeitsausschuß, die Bezirksvorstände und die Landtagsfraktion bekunden den festen Willen, die sozialdemokratische Regierung in Sachsen zu erhalten. Sie lehnen alle Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, die Partei und Gewerkschaften zu zerstören, entschieden ab. Landesarbeitsausschuß, Bezirksvorstände und Fraktion stellen folgendes fest:
>
> Verhandlungen der Partei mit anderen Parteien sind nur von dem Landesarbeitsausschuß, bezirksweise durch die Bezirksvorstände, zwischen den Fraktionen durch den Fraktionsvorstand zu führen.
>
> Ergeben sich in der Zusammenarbeit der VSPD. und der KPD. Schwierigkeiten, die den Bestand der sozialistischen Regierung gefährden, so ist die Siebenerkommission auf ihr Verlangen hinzuzuziehen.
>
> Die Instanzen erkennen die Meinungsfreiheit in der Partei an. Sie erwarten von den Genossen, daß die Meinungsverschiedenheiten in parteigenössischer Weise ausgetragen werden.

Also in dieser gemeinsamen Sitzung der Fraktion und der Bezirks-

vorstände wurde ein Vertrauensvotum für die Regierung Zeigner ausgesprochen. Dann aber wurde die Siebenerkommission abgebaut. In der Schrift, die Ihnen unterbreitet worden ist, wird nun gesagt, der Höhepunkt der Tätigkeit dieser Siebenerkommission war die Bildung der Regierung mit den Kommunisten. Es heißt auf Seite 8: „Die Krönung der Tätigkeit der Siebenerkommission war der Eintritt der Kommunisten Böttcher, Heckert und Brandler in die Zeigner-Regierung." Wenn eine Kommission im Juni abgebaut ist, kann sie unmöglich im Oktober eine Handlung vollbringen, die dann als Krönung des Ganzen bezeichnet werden könnte. (Sehr richtig!) Sie ersehen schon aus dieser nüchternen Gegenüberstellung, mit welcher Lässigkeit die Broschüre zusammengestellt worden ist. Das, was Bethge heute über die Siebenerkommission, über deren Tätigkeit ich im einzelnen gar nicht sprechen will, gesagt hat, steht im Widerspruch zu dem, was Bethge selber in der Zeit getan hat, in der die Zeigner-Regierung noch bestand; denn er hat doch in der Versammlung von Groß-Dresden eine Vertrauensresolution für die Siebenerkommission eingebracht. (Hört, hört!) Wenn man das damals, als die Siebenerkommission drei Monate bestand, getan hat, dann kann man heute nicht Behauptungen in die Welt setzen, wie sie in der Broschüre enthalten sind.

Nun möchte auch ich einige Bemerkungen zu der Regierungsbildung mit den Kommunisten machen. Als die ersten Verhandlungen angebahnt wurden, geschah das nach einer gemeinsamen Sitzung der Bezirksvorstände und der Fraktionen. Beide Körperschaften bestimmten einige Personen, die die Verhandlungsleiter sein sollten. Darunter waren Bethke und ich. (Hört, hört!) Ich habe damals die Frage erörtert: wir haben bei der früheren Regierungsbildung ausgesprochen, daß wir die Kommunisten auch in die Regierung aufnehmen würden; ich verlangte aber, wenn jetzt diese Forderung erneut gestellt wird, eine Erklärung darüber, wie sich die Kommunisten zu der Reichsverfassung stellen; denn es ist ihnen doch bekannt, daß in einem Lande die Politik nur im Rahmen der Reichsgesetzgebung und der Reichsverfassung geführt werden kann. Die Kommunisten waren bereit, das anzuerkennen, auch schriftlich. Ihr Verlangen aber, noch in der Nacht die Bezirksvorstände zu berufen und mit ihnen zu verhandeln, um die Regierungsbildung sofort unter Dach und Fach zu bringen, wurde von uns abgelehnt. An weiteren Verhandlungen habe ich nicht mehr teilgenommen. Die Genossen Bethke und Winkler, der Landtagspräsident, jedoch haben die letzten Präliminarien mit den Kommunisten getroffen. (Hört, hört!) Die Vorgänge, wie sie sich beim Sturz dieser Regierung abspielten, sind Ihnen bekannt. Die Reichstagsfraktion hat aus diesem Vorgehen der Reichsregierung gegen den Willen der Sozialdemokraten die Konsequenz gezogen und ist aus der Reichsregierung ausgetreten, weil sie das Vorgehen der Reichsregierung für verfassungswidrig und rechtswidrig hielt, weil es im Gegensatz zu dem stand, was mit den Ministern darüber vereinbart worden war und die Sozialdemokraten traten aus der Reichsregierung aus. Sie legten also der Sache große politische Bedeutung bei. Nun wurde das Kabinett Fellisch gebildet, das auch von den Bezirksvorständen und von der Fraktion gebilligt worden ist. Dieses Kabinett wurde gestürzt, weil die Demokraten ohne größeres Zugeständnis nicht mehr die Regierung dulden wollten.

Die Frage, ob eine Koalition gebildet werden soll oder nicht, ist innerhalb der sächsischen Partei wiederholt behandelt und dahin beantwortet worden, daß eine Koalition nur dann geschlossen werden dürfe, wenn sie im Einverständnis mit der Parteiorganisation geschlossen werde, weil sie nur dann tragfähig sei. (Sehr richtig!) Am 6. Januar 1924 wurde eine Landesversammlung einberufen, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Zwei

Tage vorher, am 4. Januar, wurde die große Koalition in Sachsen geschlossen. In dem Referat des Genossen Stelling hat mich angenehm berührt, daß nunmehr auch der Parteivorstand sich öffentlich dazu bekennt, die Anweisung dazu gegeben zu haben. (Hört, hört!) Daraus ergibt sich, daß die Genossen im Einvernehmen mit dem Parteivorstand gehandelt haben. Der Konflikt hat die heutige Schärfe angenommen, weil von der Anweisung des Parteivorstandes den sächsischen Organisationen keine Mitteilung gemacht worden ist. (Lebh. Zustimmung.) In einer Besprechung habe ich dem Parteivorstand vorgehalten, daß er das getan hat. Bethke hat in einer Sitzung des Parteivorstandes dem Parteivorstande Vorwürfe darüber gemacht, daß er nicht zu ihnen stehe. Aber der Parteivorstand hat sich nicht gerührt; er gab keine klare Stellungnahme bekannt. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in einem Lande der Parteivorstand einer Körperschaft Weisung gibt, ohne daß die Gesamtpartei davon Kenntnis erhält. (Sehr wahr!) Deshalb hat Bethge mit großem Geschick nunmehr am Schlusse seines Referats die Dinge so umdrehen können, als wenn die ganze sächsische Partei gegen den Parteivorstand eingestellt wäre und ihn hier herunterseßen wolle. Nein, was wir verlangen und was parteinotwendig ist, daß der Parteivorstand gemeinsam mit der Organisation eines Landes seine Weisungen herausgehen läßt (sehr wahr!), daß er sie zum mindesten unterrichtet, wenn er anderen Anweisungen gibt, die er auf Grund der politischen Situation glaubt geben zu müssen. Damals ging freilich im Reich nach dem Sturz der Cuno-Regierung die Stimmung noch in der Richtung der großen Koalition, und es gab viele Parteigenossen, die es bedauerten, daß infolge des Sachsenkonflikts die große Koalition im Reich zerfiel. Aber wenn der Parteivorstand auf Grund der damals in der Partei befolgten Taktik den Genossen in Sachsen einen Ratschlag gab, so handelte es sich da nur um eine Frage der augenblicklichen Politik, und die Fraktionsmehrheit kann sich doch unmöglich an ein solches Votum auch dann noch halten, wenn — eine völlig andere politische Situation entstanden ist. Eine solche andere politische Situation war aber nach den letzten Wahlen und nach dem Berliner Parteitag entstanden. In der Resolution, die der Berliner Parteitag angenommen hat, heißt es:

> „Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Demokratie mit sozialem Inhalt zum Ziele haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat."

(Sehr wahr!) Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Stellungnahme zur Koalition heute auch in der Gesamtpartei eine andere ist. Die Vereinbarungen auf dem Berliner Parteitage gipfelten in der Annahme, daß, solange die politische Situation es erfordere und dadurch die Koalition gestört werden könnte, eine Auflösung des Landtages nicht in Frage kommen sollte.

Nun, wo gehackt wird, da fallen natürlich Späne. Ich will deshalb auf alle Einzelheiten nicht eingehen, möchte aber noch darauf hinweisen, daß in der Broschüre der 23 und auch jetzt durch den Parteivorstand erklärt worden ist, die Koalition in Sachsen sei im Auftrage des Parteivorstandes geschlossen worden.

Auf dem Berliner Parteitag sind — und damit möchte ich auch zur organisatorischen Seite übergehen — mehrere Fragen im Sachsenkonflikt entschieden worden, und zwar vor allem die Frage, daß Fraktion und Bezirksvorstände gemeinsam über wichtige Angelegenheiten der Landespolitik entscheiden sollen. Wir haben auf Grund des Parteitagsbeschlusses diese Bestimmung

in das Organisationsstatut aufgenommen. Bethke selbst mußte zugeben, daß Sinn und Wortlaut dieser Bestimmung in das Statut übernommen worden ist. Für uns war also damit dieser Teil des Streites erledigt. Aber der Beschluß zur Koalitionspolitik setzte auch voraus, daß eine Politik getrieben würde, die nicht zum Schaden der Arbeiterklasse ausfällt. (Sehr wahr!) Damit komme ich zu der Anschuldigung, die Bethge erhoben hat, daß ich der ärgste Treiber gegen die Regierung gewesen sei. Nach dem Berliner Parteitag sind die Landesinstanzen und die Gesamtfraktion zusammengekommen. Es war eine Reihe von politischen Vorgängen in Sachsen zu verzeichnen, die die Personalpolitik außerordentlich stark berührten und gewichtige Bedenken hervorriefen. Ich will mich nicht rühmen, aber ich glaube doch die Tatsache feststellen zu können, daß ich in schärfstem Kampfe gegen die Reaktion in Sachsen versucht habe, solche Leute, die vorbehaltlos auf dem Boden der Republik standen, in die führenden Aemter zu bringen, und daß ich deshalb der bittersten Verfolgung und dem Hasse der bürgerlichen Parteien, namentlich der Deutschen Volkspartei, ausgesetzt war. Auf Grund meiner genauen Kenntnis der Personalpolitik habe ich in der Fraktion auf diese Erscheinungen aufmerksam gemacht. Die Fraktion und die Bezirksvorstände hielten die Dinge für wichtig genug. Da an der Fraktionssitzung, obgleich die Minister Abgeordnete waren, die Minister nicht teilnahmen, wurde die Sitzung vertagt, und dem Fraktionsvorstand wurde der Auftrag gegeben, die Minister zu informieren und dann in einer neuen Sitzung, die mit den Ministern vereinbart werden sollte, die Frage noch einmal zu besprechen. In der neuen Sitzung erschien nur ein Minister, der dann auch noch die Erklärung abgab, daß er an den Verhandlungen nicht teilnehmen könne. So verliefen die Verhandlungen ergebnislos. Von uns ist der Versuch gemacht worden, im Rahmen der zuständigen Organisation vor der Fraktion die Differenzpunkte zur Aussprache und zur Entscheidung zu bringen. Daß das nicht geschah, war nicht unsere Schuld. Da auch ein weiterer Versuch ergebnislos blieb, bin ich von den Landesinstanzen beauftragt worden, meine Darlegungen in der Zeitung zu veröffentlichen. Das habe ich getan. Es sind darauf große Erklärungen erfolgt; aber diese Erklärungen haben an den Dingen nichts geändert; denn was war der Kern des ganzen Streites? Um den Willen der Deutschen Volkspartei, die in die Koalition eingetreten war, zur Geltung zu bringen, wurde von der Deutschen Volkspartei eine Reihe von Forderungen gestellt, zu deren Erfüllung sich die Koalitionsregierung bereit erklärte. (Hört, hört!) Zu diesen Forderungen gehörte die Beseitigung des Ministerialdirektors Lempe, dem ich die Personalabteilung übertragen hatte, ferner die Beseitigung des Ministerialdirektors Freund und auch die Ausräumungen einiger Amtshauptmannsleute. Diese Forderungen sind erfüllt worden, und hinterher erschien die Broschüre Heldt, die nun den Ministerialdirektor Lempe als völlig unfähig hinstellte und öffentlich brandmarkte. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß in der Personalpolitik bezüglich der Bestellung einzelner Personen von der Regierung Fehler gemacht worden sind, daß die Unfähigkeit, der Lempe geziehen worden ist, daraus resultiert, daß er verschiedentlich keine Auskunft geben konnte, weil die getroffenen Maßnahmen über seinen Kopf hinweg vorgenommen waren und auch zum Teil gar nicht zu seinem Ressort gehörten. Daraus aber, daß er beim Beamtenabbau angeblich ganz automatisch auch die Maschinenschreiberin abgebaut hat, kann man unmöglich die Unfähigkeit eines Beamten herleiten. Hier lagen andere Gründe vor, und diese Gründe lagen in dem Diktat der Deutschen Volkspartei, eine Aenderung in der Personalpolitik eintreten zu lassen.

Nun eine Bemerkung zu der Heldt-Broschüre. Unter uns gibt es eine Reihe Genossen, die Ministerposten innegehabt haben. Wir haben manchmal, wenn

die Handlung eines Beamten kritisiert wurde, deren Details wir nicht völlig kannten, uns schützend vor den Beamten im Parlament gestellt. In der Broschüre werden aber die eigenen Parteigenossen, die unter der früheren Regierung in Aemter gebracht worden sind, heruntergemacht und als unfähig bezeichnet. (Sehr wahr!) Damit lieferte man dem Gegner ein wichtiges Agitationsmaterial gegen die Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Die Broschüre strotzt von Unwahrheiten und ist deshalb so verwerflich, weil der Ministerpräsident, der sie angeblich verfaßt hat, in der Lage war, aus den Akten festzustellen, daß er eine Unwahrheit in die Welt setzt. (Hört, hört!) Diese Broschüre wurde von der Deutschnationalen Partei in großer Auflage verbreitet und an die einzelnen Gewerkschaften geschickt, um die Partei zu spalten. (Hört, hört!) Die Deutsche Volkspartei hat fortgesetzt die Version verbreitet, daß sie nicht mit der Sozialdemokratie, sondern mit den damals 25 die Koalition geschlossen habe. (Zurufe.) Ich habe hier eine charakteristische Aeußerung der Deutschen Volkspartei. Sie hat folgenden Wortlaut

„Entweder mußte die Spaltung der Sozialdemokratie auch nach außen hin aufs neue effektiv werden, oder aber die Koalition konnte in ihrer bisherigen Zusammensetzung nicht mehr aufrechterhalten werden. Im letzteren Falle war die Auflösung des Landtages das gegebene Mittel, um volle Klarheit darüber zu schaffen, wie Sachsen in Zukunft regiert werden sollte."

In einer Sitzung der Landesinstanzen, an der auch die Genossen Crispien und Stelling teilnahmen, habe ich mit aller Entschiedenheit erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei sich mit allen Mitteln gegen den Versuch einer Spaltung wenden wird; denn uns stehe die Geschlossenheit der Partei höher als das Interesse einzelner Personen. (Lebh. Zustimmung.)

Auf die Einzelheiten der Beamtenpolitik will ich nicht eingehen, weil meine Zeit gemessen ist und ich eine Reihe anderer Fragen berühren muß. Im Verfolg dieser Auseinandersetzung ist dann erneut der Versuch gemacht worden, eine Verständigung herbeizuführen. Der Parteivorstand hatte die Sachsenkommission des Berliner Parteitages damit beauftragt, den Konflikt zu lösen. Die Bezirksvorstände vertraten die Auffassung, daß die Sachsenkommission ihr Mandat mit dem Abschluß des Parteitages verloren habe. Wir erklärten uns aber bereit, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Verhandlungen blieben ergebnislos, und dann hat der Parteivorstand den Genossen Heilmann beauftragt, den Sachsenkonflikt zu lösen. Es ist richtig, daß der Genosse Heilmann den sächsischen Parteiinstanzen erklärte, die Auflösung des Reichstages sei ein Gnadengeschenk des Himmels, weil dadurch die Möglichkeit bestehe, in Sachsen den Konflikt beizulegen. Er sagte weiter: der Berliner Parteitag hat in seiner Entscheidung auch darauf Wert gelegt, daß die Differenzpunkte ausgeglichen werden. Im letzten Absatz heißt es:

„Die Neuaufstellung der Landtagskandidaten ist in einigen sächsischen Bezirken bereits erfolgt in der Annahme, daß Neuwahlen bereits bevorstünden. Angesichts der veränderten Situation wird die Auswahl der Landtagskandidaten den zuständigen Parteiorganisationen nochmals zur Entscheidung vorgelegt werden, möglichst nicht früher als acht Wochen vor den Neuwahlen. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür einzutreten, daß bei der Auswahl der Landtagskandidaten die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird."

Heilmann hat dann die Kandidatenfrage in den Vordergrund gerückt. Die Bezirksvorstände wurden zusammenberufen, und in langen Debatten wurde die Kandidatenfrage durchgesprochen. Dabei vertrat der Genosse Heilmann den

Standpunkt, es handele sich ja bei der Kandidatenfrage um die Personen, die bei dem Kampf in den Vordergrund getreten seien. Er warf dann die Frage auf, welche Parteigenossen für die Fraktion und die Organisation benennungswürdig wären. Wir sind diese Parteigenossen einzeln durchgegangen und kamen dazu, daß etwa acht Personen nicht so bedeutungsvoll wären, daß sie nicht durch andere Kandidaten ersetzt werden könnten. Wir haben uns dann zurückgezogen und versucht, eine Formulierung zu finden. Die Formulierung hatte folgenden Wortlaut:

„Nachdem der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß empfohlen haben, die Kandidatenliste für die Reichstagswahlen tunlichst unverändert wieder gelten zu lassen und nachdem der letzte Reichsparteitag in dem Sachsenkonflikt erklärt hat, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwundenen Parteistreit nicht gewertet wird, empfiehlt die Landesversammlung, die bisherigen Abgeordneten wieder aufzustellen, soweit nicht im Einzelfall besondere Bedenken ihre Wiederaufstellung unmöglich machen.

Die Bezirksvorsitzenden verpflichten sich, diesen Pakt den Parteigenossen gegenüber ehrlich zu vertreten und ihm zur Durchführung zu verhelfen.

An dieser Resolution ist in der Bezirksvorstandssitzung nichts mehr geändert worden. Nur die Fraktionsmehrheit hat sich die Stellung vorbehalten, weil es den Anschein haben könnte, sie habe ihre Mandate gesichert und die anderen Parteigenossen preisgegeben. Eine Stellungnahme der Fraktion sollte auf dem zwei Tage später in Leipzig stattfindenden Landesparteitag herbeigeführt werden.

Es ist von Bethke falsch hingestellt worden, als wenn die Bezirksvorstände verpflichtet worden wären, die Kandidaten an erster und gesicherter Stelle zu nennen, sondern die Bezirksvorsitzenden verpflichteten sich allein. Genosse Heilmann erklärte, dieser letzte Satz dürfe nicht in die Oeffentlichkeit gebracht werden, es sei eine rein persönliche Verpflichtung des Vorsitzenden.

Auf dem Landesparteitag am 26. Oktober in Leipzig stand die Partei vor einer völlig neuen Situation. Die sächsische Frage stand auf der Tagesordnung, das Referat wurde abgesetzt. Weil man der Oeffentlichkeit kein Schauspiel geben wollte, wurden zunächst Organisationsfragen behandelt, und dann wurden die einzelnen Bezirke zusammengenommen, gleich welcher politischen Auffassung sie waren. Da die Meinungen sehr geteilt waren, wurde der Vermittlungsvorschlag gemacht, in die Erklärung die Worte einzufügen: „insbesondere das Interesse der Partei". Die betreffende Stelle lautet dann:

„soweit nicht im Einzelfall besondere Bedenken, insbesondere das Interesse der Partei, die Wiederaufstellung unmöglich machen."

Ich habe mich für die Annahme dieser Einschaltung ausgesprochen, weil ich eine einheitliche Willensmeinung der Landesversammlung herbeiführen wollte, und weil ich annahm, daß der Parteivorstand unmöglich aus dieser Einschaltung schließen könnte, daß die Absicht bestände, die getroffene Vereinbarung nicht innezuhalten. Der Parteivorstand konnte auch deshalb nicht so handeln, weil die Auflösung noch nicht beschlossen war, sondern nur die Kandidatenaufstellung, weil ferner am 26. Oktober der Landesparteitag stattfand und den Unterbezirken Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden mußte. Das konnte erst am 2. November geschehen. Zwei Bezirksparteitage sollten am 9. November, zwei Bezirke am 16. November tagen. Die Bezirksvorstände haben das, dem Genossen Heilmann gegebene Versprechen erfüllt. Im Zwickauer Bezirk hat sich der Genosse Seydewitz für die Wiederwahl des Genossen Winkler nicht nur eingesetzt, sondern hat sie durchgesetzt. Im Leipziger Bezirk ist in Borna und Döbeln die Wiederwahl der in Frage kommenden Parteigenossen am 2. November mit allem Nachdruck vertreten worden. Im Bornaer Unterbezirk war der Genosse Strube einstimmig abgesetzt und auf die Einwirkung des Bezirksvorstandes hin

wieder einstimmig aufgestellt worden. In Döbeln habe ich mich ebenso entschieden für den Genossen Berger eingesetzt und habe es auch durchgesetzt. Der Parteivorstand erhielt aber eine Beschwerde aus Chemnitz, der Genosse Heldt sei nicht aufgestellt. Der Unterbezirk Leipzig hatte an dem Tage noch nicht getagt. Genosse Heldt war bei der letzten Wahl an 17. Stelle aufgestellt. (Sehr richtig!) Der Widerwille gegen ihn war bereits vor dem Konflikt in Chemnitz sehr groß und kam erneut zum Ausbruch. Die Bezirksvorstände haben also ihr Versprechen voll eingelöst.

Auf Grund der Beschwerde wegen Heldt hat der Parteivorstand die Empfehlung an die Fraktion gegeben, den Antrag auf Auflösung des Landtags erst zu stellen und anderen Anträgen auf Auflösung zuzustimmen, wenn die Dresdener Vereinbarungen durchgeführt sind. Die Vereinbarung des Berliner Parteitags ermächtigte den Parteivorstand, in bestimmten Fällen Beschlüsse der Landesinstanzen zu suspendieren. Das hat der Parteivorstand nicht getan. Er hat nur eine Empfehlung gegeben, und zwar beschlossen, am Montag, den 3. November, obwohl der Parteivorstand wußte, daß die nächsten Bezirksparteitage erst am 9. und 16. tagen konnten. Am 8. November, einen Tag vor dem Bezirksparteitag, wurde die Auflösung des Landtags abgelehnt und damit eine Stellung zur Kandidatenfrage überhaupt unmöglich gemacht.

Es ist das Schicksal der sächsischen Parteigenossen, daß sie vor Halbheiten der Entscheidungen des Parteivorstandes gestanden haben. In derselben Zeit, wo wir uns als Bezirksvorstände um eine Beilegung des Konflikts bemühten, konnte der Genosse Berger in der Unterbezirkskonferenz von Döbeln erklären, daß vom Parteivorstand Weisung erteilt sei, auch nicht freiwillig auf die Kandidatur zu verzichten. Bei der Aussprache in Berlin hat das der Genosse Wels bestätigt. Wenn man in einer Einigung steht, dann kann doch nicht gegen die Organisation und ohne Kenntnis der Organisation eine solche Weisung hinausgehen! Berger hatte schon vorher erklärt, daß er sich nicht wieder aufstellen lassen wollte. Ich habe mich trotzdem für ihn eingesetzt und seine Aufstellung durchgesetzt. So kann man nicht Parteipolitik treiben! Das zerschlägt und zersprengt die Partei.

Dann ist gesagt worden, wir hätten Vorschläge gemacht, die nicht durchführbar sind. Wir haben nicht dafür vorgesorgt, daß diese Vorschläge im einzelnen dem Parteitag unterbreitet werden. Aber was wir verlangen, ist, daß der Parteivorstand sich mit den Organisationen in Verbindung setzt. Wenn er es für notwendig hält, anderen Ratschläge zu geben, muß er die Organisationen von diesen Ratschlägen in Kenntnis setzen und darf Beschwerden nur nachgehen, wenn auch die Bezirksorganisationen zu diesen Beschwerden gehört worden sind. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit unter Parteigenossen, daß man die Organisationsarbeit innerhalb der Partei nicht gegen einzelne Organisationen führt.

Der Parteivorstand hat erneut Vorschläge zu einer Verständigung gemacht. Er schlug eine Kommission vor, die sich selbst einen Vorsitzenden wählen und Vollmacht erhalten sollte, den Parteistreit zu entscheiden. Fraktionsmehrheit und Bezirksvorstände vertraten die Auffassung, daß solche Möglichkeiten im Organisationsstatut nicht gegeben sind. Die Fraktionsmehrheit fand sich mit dem Vorschlag ab, während wir erklärten, nur zu einer Schlichtung des Streits auf der Grundlage des Organisationsstatuts bereit zu sein. Wir haben aber damals bereits den Genossen auch bei dem Konflikt über die Gemeindeordnung gesagt, daß wir die Fraktion nicht vor ein Ultimatum stellen wollten, sondern verlangten, die Beratung der Gemeindeordnung zurückzustellen, die Ausschlußverfahren zu erledigen, und dann sollte die Fraktion vor der Vertagung des Landtags den Landtag, also in einem Zeitraum von 3 Monaten, auflösen. Auch das ist damals abgelehnt worden.

Genosse Bethke hat es so hingestellt, als ob die erste Gemeindeordnung, die mit den Kommunisten geschaffen worden ist, völlig sinnlos gewesen ist. Abgesehen von einigen Unebenheiten vertrat die Gemeindeordnung den Grundsatz des Einkammersystems und schied die Bureaukratie aus. (Sehr richtig!) Am 1. April bestand diese Gemeindeordnung gerade ein Jahr. Im März bereits brachte man aber die Novelle ein, weil die Deutsche Volkspartei schon bei Beratung der ersten Gemeindeordnung mit allen Kräften gegen die Ausschaltung der Bureaukratie war. Der Bürgermeister von Dresden, Blüher, war die treibende Kraft, die Gemeindeordnung zu verändern. Wenn man sagt, das Wohlfahrtsgesetz für Sachsen bedinge die Aenderung der Gemeindeordnung, so sage ich Ihnen, daß in den Uebergangsbestimmungen diejenigen Paragraphen der Gemeindeordnung hätten aufgehoben werden können, die mit dem neuen Recht nicht in Einklang stehen; deshalb brauchte man keine Novelle. Man wollte aber das Zweikammersystem wieder einführen, die Zwischenabstimmung zwischen Magistrat und Stadtverordneten, dem Amtshauptmann Vollmacht geben, über die Einstellung von Bürgermeistern Vorschläge zu machen. Diese Bestimmung hat schon zu schweren Konflikten und Niederlagen unserer Parteigenossen in den einzelnen Gemeinden geführt. (Sehr richtig!) Die Ausführungen von Klimpel kommen hier nicht in Betracht, da der Mann einmal so, einmal so sich entscheidet. Als ich die Gemeindeordnung im Landtag unterbreitete, war bereits über ein Jahr öffentliche Diskussion gepflogen. Ich habe erst die achte Ausarbeitung nach reiflicher Ueberlegung dem Landtag unterbreitet, um in Sachsen etwas zu schaffen, was Hand und Fuß hat. Die Amtsmannschaften sollten durch Gesamtgemeinden ersetzt werden, und die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden auf die Selbstverwaltungskörper übertragen werden. Diese Bestimmungen sind unter Führung von Bethke gestrichen worden. (Sehr richtig!) Die Novelle zur Gemeindeordnung hat die Abberufung der Bürgermeister ausgeschaltet, die Pensions- und Dienstzeit verlängert, so daß ein Wechsel kaum möglich ist, wenn nicht die Gemeinden die doppelten Kosten tragen kann.

Es sind dann noch andere Bestimmungen verändert worden, auf die ich im einzelnen nicht eingehen will. Nur die Tendenz will ich kennzeichnen; die Selbstverwaltung ist eingeschränkt, das bureaukratische Regime gestärkt und die Autokratie durch die Novelle befestigt worden ist. Wenn Klimpel sich damit abfindet, so weiß ich auch heute Sozialdemokraten, die noch nicht einmal das Görlitzer Programm kennen.

Nun hatte der Parteivorstand vereinbart — diese Novelle war nicht öffentlich zur Diskussion gestellt, die Organisationsvertreter waren nicht gehört, den Gemeindevertretern war keine Gelegenheit gegeben worden, sich zu äußern —, die Vorlage dilatorisch zu behandeln. Der Genosse Fellisch war stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses. Der Vorsitzende Beutler war für 14 Tage in Urlaub gegangen. Fellisch hätte die Novelle dilatorisch behandeln können. Trotzdem wurde ihre Durchpeitschung mit allem Nachdruck betrieben und die Novelle zuletzt in einer 23stündigen Sitzung des Landtags durchgepeitscht.

Der Parteivorstand hat öffentlich erklärt, daß die Fraktionsmehrheit damit gegen Treu und Glauben gegenüber dem Parteivorstand gehandelt hat. Nun kam der erneute Versuch. Die Ausschlußverfahren waren da. Die Bezirksvorstände können die Ausschlußverfahren nicht beseitigen, weil sie erst auf Antrag der Ortsvereine Richter werden. Aber, um vor der Vertagung des Landtags die Auflösung herbeizuführen, haben wir uns zu folgendem einstimmigen Beschluß bereit erklärt.

„Die Bezirksvorstände stellen sich auf den Standpunkt des vom Parteivorstand gefaßten Beschlusses, den Landtag sofort aufzulösen, und erklären, daß sie, um eine sofortige Beilegung des Sachsenkonflikts zu erreichen, bereit sind, die noch schwebenden Ausschlußanträge zurückzunehmen; Voraussetzung dafür ist die vom Parteivorstand selbst gestellte Bedingung, daß die Landtagsfraktion noch vor Vertagung des Landtags einmütig einem Antrag auf Auflösung zustimmt."

Auch das wurde nicht angenommen, der Landtag wurde nicht aufgelöst. Die Gründe, die für die Fraktion maßgebend waren, sind von Bethge dargelegt worden. Für uns aber kam es darauf an, den Streit beizulegen. In einem Artikel im „Vorwärts" haben die 23 erklärt, daß die Bezirksvorstände die Ausschlußanträge nicht zurücknehmen könnten. Ich habe in einem Artikel auseinandergesetzt, daß die Bezirksvorstände die Funktion des Richters und des politischen Führers haben. Als Vertreter der politischen Organisation können sie sehr wohl eine politische Handlung vornehmen, also die Ausschlußanträge zurücknehmen.

Nun etwas anderes! Von dem Leipziger Schiedsgerichtsverfahren kann der Vorstand nicht sagen, daß er die Akten nicht rechtzeitig bekommen hat. Sie sind unmittelbar nach dem Urteil ausführlich begründet abgeschickt worden. Dieses Schiedsgericht fand unter dem Vorsitz von Deist statt. Der Parteivorstand wollte alle Schiedsgerichtsverfahren in einem Schiedsgericht erledigen. Die Bezirksvorstände haben dem zugestimmt. Die 23 haben erklärt: Wir wollen ein Schiedsgericht für jeden einzelnen Fall haben. Diese Taktik verfolgen sie seit Jahr und Tag, immer weiteren Spielraum zu gewinnen, den Streit zu verschleppen. (Sehr richtig!)

Das Schiedsurteil spricht die 4 in Leipzig frei. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß der Vorsitzende von 4 Schiedsgerichten, die dieselbe Sache behandeln sollen, nicht in einem späteren Schiedsgericht anders urteilen könne. Deist hat selbst zugegeben, daß er sich unmöglich widersprechen könne. Deshalb war der Vorschlag der Bezirksvorstände durchaus diskutabel und praktisch. Er hat zu keinem Erfolg geführt, weil nach dem Willen der 23 der Streit auf dem Parteitag geschlichtet werden sollte.

Ich darf noch auf das Schiedsgericht selbst eingehen. In dem Spruch heißt es zum Schluß:

> Der vom Vorstand des Leipziger Bezirks auf Ausschluß gefaßte Beschluß war ein Fehlgriff. Die Handlungsweise der vom Ausschluß bedachten Genossen ist nicht moralisch zu werten und demzufolge zu bestrafen, sondern sie ist rein politisch zu beurteilen. Sie gehört nicht vor ein Schiedsgericht, sondern vor den Reichsparteitag. Um den Fehlgriff wieder gutzumachen und die ganze Angelegenheit wieder auf das richtige Gleis zu bringen, mußte der Beschluß des Bezirksvorstandes aufgehoben werden.

Wenn der Genosse Deist das Organisationsstatut zur Hand genommen hätte, hätte er gefunden, daß § 6 den Bezirksvorständen die Vorschläge für die Kandidaten für die Reichstags- und Landtagswahlen auferlegt. In § 6, Abs. 5 ist aber auch gesagt, daß die Bezirksvorstände das Recht haben, die Abgeordneten abzuberufen, die von den Bezirken gewählt worden sind, und sich in Gegensatz zur Organisation gestellt haben.

Was ist nun das Resultat der ganzen Politik? Es sind eine ganze Reihe von Sozialisten abgebaut worden. Für Amtshauptleute, für die ganz andere Vorschläge galten, war dasselbe Gutachten rein schablonenmäßig ausgearbeitet. Das Ministerium des Innern ist geschaffen worden, um Beamte abbauen zu können, die wir in der sozialistischen Regierung in die Beamtenstellen gebracht haben. Es ist eine Justiz betrieben worden, wie sie rücksichtsloser anderwärts nicht betrieben werden konnte. Die Demokratie ist in Sachsen abgebaut worden. In die Organisation ist der Streit durch Zusammenkünfte, durch Broschüren hineingetragen worden. Zuletzt sind Unterschriften vor diesem Parteitag auf Gewerkschaftskonferenzen gesammelt worden, um das Erscheinen auf dem Partei-

tag zu ermöglichen. (Zurufe.) Niemals dürftet Ihr Euch an Gewerkschaften wenden, von denen nicht feststeht, ob die Betreffenden Parteimitglieder sind oder nicht. (Sehr richtig!)

Es ist von einem Delegierten gesagt worden: In Sachsen ist die Organisation völlig zerschlagen, die Presse hat keine Abonnenten mehr und andere derartige Märchen sind verbreitet worden. Berlin hat bei 4 Millionen Einwohnern am 1. April dieses Jahres 40 916 Mitglieder. Sachsen hat bei 4,9 Millionen Einwohnern, also knapp 1 Million mehr, am gleichen Tage 131 923 Mitglieder. (Hört, hört!) Sagen Sie mir eine Organisation im Reiche von einem solchen Gefüge, die diesen Streit ausgehalten hätte, ohne völlig zerschlagen zu werden! (Sehr richtig!) Das ist das Verdienst der Bezirksorganisation, daß der Streit nicht durch die Organisationen geschleppt wurde, sondern alles versucht wurde, um die Organisation und die Partei geschlossen zu halten. Auf dem Parteitag zu Dresden hat sich Genosse Bebel mit einzelnen Parteigenossen auseinandergesetzt und den Standpunkt vertreten, daß der von der Partei in Aemter Gesandte der Beauftragte der Partei und der Partei verantwortlich ist. (Sehr richtig!) Diese Verantwortlichkeit gegenüber der Partei ist in Sachsen zerstört worden, weil die 23 glaubten, eine Politik, allerdings zum Teil gestützt auf den Parteivorstand, gegen die Organisation in Sachsen betreiben zu können. Ein solcher Zustand ist unerträglich. Deshalb muß der Konflikt gelöst werden. Genossen, die sich dauernd der Organisation und ihren Beschlüssen widersetzen, selbst Weisungen des Parteivorstandes unbeachtet lassen, die aus einer völlig anderen politischen Situation erstehen, stellen sich durch ihre Handlung selbst außerhalb der Partei. Im Reiche haben wir eine konterrevolutionäre Regierung, die durch Zolltarif, Aufwertung, Steuerpolitik die Arbeitermassen aufs schärfste aufgepeitscht hat. Das ergab eine politische Situation, in der wir im Kampfe leicht die Arbeitermassen an die Wahlurne gebracht hätten. Sie ist verpaßt. Wir wünschen, daß der Parteitag eine Entscheidung trifft. Wir wünschen aber, daß der alte Grundsatz aufrechterhalten wird, daß der, der mit einem Mandat von der Partei betraut worden ist, nicht selbstherrlich Politik treibt, sondern es nur im Zusammenhang mit der Partei tut, weil die Partei letzten Endes für seine Handlungen die volle Verantwortung und den vollen Schaden zu tragen hat. Diese Verantwortlichkeit wieder herzustellen, ist die Aufgabe der Partei. Helfen Sie, einen organisatorischen und politischen Konflikt im Interesse und zum Nutzen der Partei im Reich und in Sachsen zum Austrag zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Ich bin gebeten worden, dem Parteitag folgende Erklärung zur Kenntnis zu geben:

„In seinem Referat hat der Vertreter der sächsischen Fraktionsmehrheit behauptet, Genosse Gradnauer habe bei der Verfassungsfeier in Plauen nicht reden können, weil die Parteileitung dagegen Einspruch erhoben habe. Wir stellen fest, daß über diese Frage weder eine Versammlung noch der Vorstand der Plauener Organisation verhandelt hat, und daß keine Instanz der Plauener sozialdemokratischen Parteiorganisation sich gegen eine Rede des Genossen Gradnauer gewendet hat.

Die Delegierten des Bezirks Zwickau-Plauen.

Seydewitz. Hartsch. Kurt Müller. Victor. Steinkampf.
Wagner. Sophie Handschke. Graupe.

Parteigenossen, ich habe diese Erklärung verlesen, weil sie von Genossen stammt, die nicht die Möglichkeit der Aussprache gehabt haben. Ich bin aber gezwungen, die Bitte des Genossen Bethke, auf die Ausführungen des Genossen Lipinski in persönlicher Bemerkung zu antworten, abzulehnen, weil ihm die Möglichkeit gegeben ist, alles, was er zu sagen hat, in der Sachsenkommission zu sagen. Dasselbe muß ich gegenüber dem Genossen Stelling tun, der sofort Erklärungen abgeben zu müssen glaubte, daß die Darstellung des Genossen Lipinski in vielen Punkten nicht richtig sei, da auch er die Gelegenheit hat, die Auffassung, die im Referat vertreten worden ist, an Hand des vorhandenen Materials und der Dokumente in der Sachsenkommission zur Klarstellung zu bringen. Aus unserm Schweigen darf nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die letzten Ausführungen Lipinskis etwa auf den Parteivorstand bezogen werden dürfen. Er sagte der sächsischen Fraktionsmehrheit, daß die Politik, die sie im Gegensatz zum Parteiwillen geführt habe, sei durch den Parteivorstand gestützt gewesen wäre. Daraus darf nicht der Schluß gezogen werden, als ob der Parteivorstand jemals im Widerspruch zum Willen der Gesamtpartei gehandelt habe, sondern der Parteivorstand ist sich bewußt, bei allen Ratschlägen an Sachsen im Sinne der Partei gehandelt zu haben.

Es wird mir ein Brief des Reichsbundes zu der Angelegenheit des Genossen Gradnauer übergeben. Ich bitte den Genossen Bethke, diesen Brief in der Kommission zur Kenntnis zu geben. Ich schlage vor, daß die Sachsenkommission unmittelbar nach Schluß des Plenums zusammentritt, um sich zu konstituieren und ihren Arbeitsplan aufzustellen. Ferner schlage ich vor, die Verhandlungen jetzt abzubrechen und morgen um 9 Uhr fortzusetzen. — Damit ist der Parteitag einverstanden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 5¾ Uhr.)

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Maier**: Die Sitzung ist eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einer angenehmen Pflicht nachkommen und unserm Genossen Wels, der heute seinen 52. Geburtstag hat, die Glückwünsche des Parteitages aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist folgendes Begrüßungstelegramm eingegangen:

„Ausländische Delegation der russischen Sozialrevolutionäre sendet ihre herzlichsten Grüße und bedauert, ihren Glückwunsch nicht persönlich überbracht zu haben."

Wir treten nunmehr in die Diskussion über den Geschäftsbericht ein. Als Redner hat Genosse Broßwitz das Wort.

Broßwitz-Frankfurt a. M.: Genossinnen und Genossen! Ich möchte zuerst den Antrag 92 vertreten, der verlangt, daß bei Delegationen zu internationalen Kongressen die Delegierten durch Urwahl gewählt werden. Der jetzige Zustand, wonach die Bezirksleitungen, also ganz kleine Kreise, die Delegierten bestimmen, ist auf die Dauer untragbar. Wir können in unserm Bezirk ein Lied davon singen, was es heißt, wenn große Parteiorganisationen von solchen wichtigen Delegationen ausgeschlossen sind. Der Antrag spricht also für sich selber. Nur durch ein Versehen, das heute noch nicht geklärt ist, haben wir unsern Antrag, der die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft betrifft, nicht eingereicht. Solche Anträge sind aber von Heidelberg, Chemnitz und anderen gestellt, so daß es genügt, wenn ich für die Annahme dieser Anträge eintrete. Es wird darin verlangt, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte, soweit sie Sozialdemokraten sind, einer freien Gewerkschaft angehören.

Ein paar Worte zum Vorstandsbericht im allgemeinen! Wir sprechen heute über agitatorische Möglichkeiten und Notwendigkeiten anders als vor 1914.

Wir sind uns darüber klar, daß der Aufgabenkreis für den sozialdemokratischen Agitator sowohl in politischer wie in agitatorischer Beziehung größer geworden ist, und daß deshalb auch die Anforderungen an das geistige Können des sozialdemokratischen Funktionärs sehr gewachsen sind. Heute handelt es sich darum, die Arbeiter zu befähigen, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Deshalb ist die Tätigkeit eines Funktionärs sehr wichtig. Das steht aber nicht im Einklang mit dem, was wir von dem Vertreter des Parteivorstandes, dem Genossen Stelling, auf diesem Parteitag gegen Frankfurt wieder zu hören bekamen. Es wird noch von anderen Rednern zum Ausdruck gebracht werden, was hier an Widerspruch, Unaufgeklärtheit und Unkenntnis der Frankfurter Verhältnisse zum Vorschein gekommen ist. Ich lade den Parteivorstand ein, recht bald nach Frankfurt zu kommen, um zu sehen, welch wertvolle Arbeit dort geleistet wird (Zurufe), nicht nur organisatorisch, sondern auch in Beziehung auf kameradschaftliche Treue zur Gesamtpartei. Gerade mit Rücksicht auf die Polemik gegen die Frankfurter Parteigenossenschaft möchte ich auf die erfolgreichen Kräfte hinweisen, die in unserem Orte vorhanden sind, um wirklichen Dienst an der Gesamtpartei zu verrichten. Wenn der Parteivorstand sich dieses Frankfurt, wie es für die Partei schafft und kämpft, ansehen würde, dann würde das erkannt werden, was auch in einer Sitzung in Frankfurt, in der die Frankfurter Einstellung Gegenstand lebhaftester Aussprache war, zum Ausdruck kam, und was ich heute in vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit sage, nämlich, daß die Frankfurter Parteigenossen die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratie sind. (Zurufe.) Wir wissen genau, daß, wenn auch nicht heute oder morgen, so doch später das innige Band der Gemeinschaft hergestellt werden wird. Die Parteigenossen hier und auch draußen im Lande werden sich darum zu kümmern haben, was im Lande vor sich geht, und werden tiefer in die Parteiverhältnisse eindringen müssen, und ich bin fest überzeugt, wir werden in Zukunft nicht nur unsere zum Teil sehr wertvollen Anträge durchbekommen (Lachen), sondern auch in mancher anderen Beziehung vorbildlich für die Gesamtpartei werden. (Zuruf.) Lieber Genosse Siering, auch für Sie täte es einmal not, sich das anzuschauen, was in Frankfurt an Parteileben vorhanden ist, dann würden Sie anders darüber reden. Wir stehen auf dem Standpunkt der unbedingten Kameradschaft und werden uns durch die Bitterkeit, die uns in falscher Verkennung unserer Arbeit auf jedem Parteitag angetan wird, nicht beirren lassen, weil wir wissen, daß wir nur auf dem Wege der gemeinschaftlichen Arbeit zusammenkommen können. (Beifall.)

Loeb-Frankfurt a. M.: Parteigenossinnen und -genossen! Als Genosse Broßwitz eben von immerhin wertvollen Frankfurter Anträgen sprach, antwortete ihm von einem Teil des Parteitages Gelächter. Ich erinnere mich an eine Situation in Görlitz, wo Frankfurt am Main einen Amendementantrag zum Antrag Keil einbrachte, der die Finanzsachverständigen der ganzen Welt für sich hatte, über den aber der Parteitag zum Teil auch mit Gelächter überging. (Hört, hört!) Daß später die Finanzsanierung Deutschlands im Sinne des Frankfurter Antrags erfolgte, war ein Zeichen dafür, daß das Gelächter damals überflüssig war, und ich hoffe, daß auch das heutige Gelächter überflüssig sein wird. (Sehr gut!)

Wir werden auf den Parteitagen nicht allzu liebenswürdig vom Parteivorstand behandelt, aber die Rede des Genossen Stelling in bezug auf Frankfurt am Main war nach meiner Auffassung der Gipfel dessen, was an Unkameradschaftlichkeit und Illoyalität geleistet werden konnte. (Sehr wahr!) Ich habe für den Antrag 209 nichts zu sagen, er entstammt einem rein proletarischen Distrikt Frankfurts. Wenn der Parteivorstand, anstatt jedes Jahr gegen Frankfurt loszuziehen und einen bagatellhaften Antrag mit einer 12-Minuten-

Rede auszuschmücken, einmal nach Frankfurt käme und sich um sein krankes — wie Sie es betrachten — oder sein mißverstandenes Kind kümmern würde, dann wäre für die Kameradschaft und die Zusammenarbeit in der Partei mehr geleistet, als wenn die Frankfurter Kinder jedes Jahr vor den Kopf gestoßen würden. (Beifall und Zurufe.) Nein, wir stoßen niemand vor den Kopf. Wir können den Antrag aus einem rein proletarischen Distrikt nicht abwürgen. Wir kennen Demokratie in der Frankfurter Partei. (Beifall und Lachen.)

Frankfurt hat eine Entschließung unter Nr. 55 eingebracht, die auch nicht die Billigung des Genossen Stelling gefunden hat. Ich möchte bitten, daß jeder Delegierte nicht im Richtungsgefühl, sondern im Verantwortlichkeitsgefühl diese Entschließung einmal durchliest. Wir wissen als die Linke in der Partei, daß es sehr angenehm sein kann, jedes Jahr hier mit großen Reden für die allgemeine Richtung aufzutreten. Opposition — das hat wohl auch die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand gelernt — ist manchmal ein verantwortungsvolleres Amt als die Mitlauferei, die ein großer Teil der Leute betreibt. (Beifall.) Aus dem Verantwortlichkeitsgefühl für den Sozialismus, für die rote Fahne in erster Linie — nicht für die schwarzrotgoldene, die für uns die zweite Linie bedeutet — bitte ich Sie herzlichst, der Entschließung Nr. 55 zuzustimmen.

Jedes Jahr, in Görlitz Krüger, in Augsburg Adolf Braun, in Berlin Wels und jetzt wieder hier Stelling geht man gegen die Frankfurter los. Warum das? Warum ist in all diesen Jahren niemand gekommen. Wir haben oft darum gebeten. Auch wir wollen mitarbeiten.

Deshalb richte ich im Einverständnis mit allen Frankfurter Genossen an den Parteivorstand erneut die dringende Bitte, wenn er uns schon als krankes Kind behandelt — oder betrachtet er uns überhaupt nicht mehr als Kind der Partei? —, sich dann wenigstens um dieses kranke oder irregeleitete Kind etwas mehr zu bekümmern. Wir bitten den Parteivorstand, sich mit uns auseinanderzusetzen, statt jeden Parteitag zu benutzen, um die Frankfurter Genossen vor den Kopf zu stoßen und auf ihrem Rücken einen bequemen Ritt zu machen. (Lebh. Beifall.)

Fleißner-Dresden: Gestatten Sie mir zunächst eine kurze persönliche Bemerkung. Nach den Dispositionen des Parteitages ist es leider nicht möglich, auf das einzugehen, was Bethke gestern über die Sachsenfrage gesagt hat. Ich stelle nur fest: was er gegen mich persönlich vorgebracht hat, entspricht zum Teil überhaupt nicht der Wahrheit, zum Teil ist es verzerrt und entstellt wiedergegeben.

Nunmehr möchte ich einen Antrag begründen, der soeben von einer großen Anzahl von Genossen eingereicht worden ist. Die Aufmerksamkeit des Parteitages möchte ich vor allem auf die wichtige Tatsache lenken, daß die Partei im letzten Jahr nahezu hunderttausend Mitglieder eingebüßt hat. Es hat gar keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu treiben und an dieser Tatsache vorüberzugehen, wie es in dem schriftlichen Bericht des Parteivorstandes geschieht. (Sehr wahr!) Es ist doch sehr wichtig, zu untersuchen, ob dieser Rückgang etwa auf Mängel und Fehler innerhalb der Partei zurückzuführen ist. Die bürgerliche Presse hat sich erklärlicherweise diese Tatsache zunutze gemacht und daraus ihre Schlüsse gezogen. Es gibt aber auch noch andere Dinge, die zu berücksichtigen sind. Sachsen, das ungefähr die gleiche Einwohnerzahl hat wie Groß-Berlin, besitzt zurzeit rund 132 000 Mitglieder. Berlin hat rund 41 000 Mitglieder. Es liegt mir nun ganz fern, einen Vorwurf gegen die Berliner Genossen zu erheben, aber dieser Unterschied gibt doch zu denken. Es ist zweifellos, daß die Organisation die Grundlage unseres ganzen Handelns, also auch unserer politischen Tätigkeit ist. Je besser unsere Organisation, um so stärker wird die Partei in ihrer Angriffskraft sein. Nach meiner Ueberzeugung hat zu dem bedauerlichen Mitgliederrückgang nicht unwesentlich die Politik der „Volks-

gemeinschaft" beigetragen, die in der letzten Zeit von der Sozialdemokratie getrieben worden ist. Weite Kreise der Arbeiterschaft sind dadurch sehr bedenklich gegenüber der Partei geworden. (Sehr wahr!) Nachdem wir jetzt unsere Erfahrungen mit den bürgerlichen Parteien, die angeblich mit Feuer und Schwert für die Republik eintreten, gemacht haben, ist es an der Zeit, mit dieser Volksgemeinschaftsillusion entschieden aufzuräumen. Wenn wir das tun, dann werden weite Kreise der Arbeiterschaft wieder mehr Vertrauen zur Sozialdemokratischen Partei bekommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen Artikel, der kürzlich von unserem Pressebureau an die Presse gegeben wurde und leider von einem großen Teil der Parteipresse unbesehen abgedruckt worden ist. In diesem Artikel wurde die Behauptung aufgestellt, Wirth habe in Offenburg auf dem Badischen Parteitag einen großen Sieg errungen. Das ist absolut unrichtig. Wenn jemand einen Sieg errungen hat, dann ist es Marx gewesen. Warum schreibt man solche Artikel? Um trotz allem den Glauben wach zu halten, als ob die Zentrumspartei oder wenigstens Wirths Anhänger der Sozialdemokratischen Partei in wichtigen politischen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen wieder näherkommen könnten. Das ist eben die Illussion, die weite Kreise der Arbeiterschaft bedenklich stimmt. Ich brauche nur an das zu erinnern, was wir in den letzten Monaten mit der Zentrumspartei im Parlament erlebt haben, an die Haltung des Zentrums zur Zollfrage und zu den Steuerfragen. Das Zentrum hat aber auch alle sozialdemokratischen Anträge zur Sozialpolitik abgelehnt. Also es besteht wahrhaftig keine Interessengemeinschaft zwischen uns und dieser Partei als die, daß beide Parteien die Republik schützen wollen. Dabei ist aber immer noch die Frage aufzuwerfen, in welchem Sinne wir das tun und in welchem Sinne die bürgerlichen Parteien es tun, die angeblich in dieser Frage konform gehen. Es besteht doch gar kein Zweifel darüber, daß die bürgerlichen Parteien, soweit sie sich hinter die Republik stellen, über das Wesen und den Inhalt der Republik eine ganz andere Auffassung haben als wir. (Sehr wahr!) Für diese bürgerlichen Parteien ist das Ziel der Republik mit der gegenwärtigen Republik erreicht; weiter gehen sie auf keinen Fall. (Zustimmung.) Für uns ist die gegenwärtige Republik nicht das Ende oder das Ideal der Republik. Diesen Gegensatz zwischen uns und den bürgerlichen Parteien müssen wir stets scharf betonen. Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Um sie wollen wir kämpfen. Führen wir aber diesen Kampf, dann werden wir in erster Linie auf die Arbeitermassen angewiesen sein. Mit einem Wort möchte ich auf die Präsidentenwahlen zu sprechen kommen und darauf hinweisen, mit welchem Elan die Arbeiterschaft Deutschlands bei der ersten Wahl in den Wahlkampf gezogen ist und welches gute Resultat erreicht wurde. Dann aber wurde bei der zweiten Wahl mit der Parole, für Marx zu stimmen, große Verwirrung angerichtet. Gestern ist über einen von mir verfaßten Artikel zur Präsidentenwahl gesprochen worden. Danach könnte der Anschein erweckt werden, als ob ich bei der Präsidentenwahl der Partei in den Rücken gefallen wäre. Das ist durchaus nicht der Fall. Der Artikel wurde in der Zeit zwischen der ersten und der zweiten Wahl geschrieben. Es wurde sachlich und vorsichtig Stellung zu der Frage genommen, was werden soll, wie das in vielen anderen Parteiblättern auch geschehen ist.

Die Genossen, die den von mir erwähnten Antrag gestellt haben, sind der Meinung, daß unsere Taktik und Politik so eingestellt werden müssen, wie ich es eben dargelegt habe. Nur absolute Klarheit kann unsere Organisation wieder groß und stark machen. Wir brauchen die Massen, wenn wir Macht erringen wollen, und wir müssen die Macht haben, wenn wir unser Ziel erreichen wollen.

Künstler-Berlin: Die Genossen Lipinski und Fleißner haben auf die Parteiverhältnisse in Berlin hingewiesen. Als Vertreter der Berliner Parteigenossen

halte ich mich für verpflichtet, auf dem Parteitag dazu folgendes zu bemerken. Gewiß waren die Parteiverhältnisse in Berlin bisher schlecht; aber dank der Arbeit unserer gesamten Parteigenossinnen und -genossen sind wir auf dem besten Wege, die Position zurückzuerobern, die die Berliner Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit hatte. (Bravo.) Das haben die letzten Wahlen bewiesen, und das wird auch die am 25. Oktober stattfindende Berliner Stadtverordnetenwahl zeigen. (Sehr richtig!) Im übrigen kann ein Vergleich zwischen Sachsen und Berlin nicht gezogen werden. (Sehr wahr!) In Sachsen haben die Genossen Parteiblätter, die in der Lage sind, sich auf die dortigen Verhältnisse einzustellen; wir in Berlin haben ein Zentralorgan, das die Berliner Verhältnisse nicht so berücksichtigen kann, wie wir es wünschen. (Sehr richtig!) Wenn der Parteitag gewillt wäre, den Berlinern mehr Einfluß auf das Zentralorgan zu geben, würden wir das dankbar quittieren. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf dem Begrüßungsabend ist von den Vertretern der ausländischen Bruderparteien mit Freuden die Tatsache festgestellt worden, daß die deutsche Sozialdemokratie auf der ganzen Linie wieder im Vormarsch begriffen ist. Die Wunden, welche die Inflationszeit unseren Organisationen und unserer Parteipresse geschlagen hat, sind fast ausgeheilt. Die politischen Inflationsgewinnler, die Völkischen und die Kommunisten, sind in Deutschland heute fast bankerott; sie werden in nicht allzu langer Zeit nur noch eine Bedeutung haben, die von der des Apostels Häußer und seiner Anhängerschaft kaum noch zu unterscheiden ist. Der Heidelberger Parteitag hat nun die Aufgabe, in bezug auf die Tätigkeit unserer Partei im letzten Geschäftsjahr festzustellen, was falsch und was richtig war. Wir alle, die wir hier das Wort nehmen, tun das nicht um der Kritik wegen oder aus Gefallen am Streit, sondern in der ehrlichen Absicht, der Gesamtpartei und der gesamten Arbeiterschaft zu dienen. Der Berichterstatter Genosse Stelling hat gestern in bezug auf die Reichspräsidentenwahl und namentlich in bezug auf die Kandidatur des Zentrumsführers Marx zum Ausdruck gebracht, der Parteivorstand sei noch heute der Meinung, daß er beim zweiten Wahlgang nicht anders habe handeln können. Ein sehr großer Teil unserer Parteigenossen im ganzen Reich hat es jedoch nicht verstanden, daß die stärkste Partei Deutschlands im zweiten Wahlgang sozusagen vor dem Zentrum und vor den Demokraten kapitulierte. Alle die Bedenken, die die Genossen in den entscheidenden Sitzungen gegen eine Kandidatur Marx vorgebracht haben, haben sich als richtig erwiesen durch die politische Haltung des Zentrums in der allerjüngsten Zeit, bei der Zollvorlage und bei verschiedenen anderen wichtigen Lebensfragen, nicht nur der deutschen Arbeiter, sondern des deutschen Volkes überhaupt. (Zustimmung.) Nun sagt man: Wir konnten die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß, wenn wir einen eigenen Kandidaten aufstellten, Hindenburg gewählt worden wäre. Wir hatten nicht die Verantwortung zu tragen als eine Partei mit acht Millionen Wählern, sondern die Verantwortung in einem solchen Falle hätten die sogen. bürgerlich-republikanischen Parteien zu tragen gehabt, Zentrum und Demokraten, die noch nicht einmal vier Millionen Stimmen auf ihre Kandidaten Helpach und Marx vereinigt hatten. Ich bezweifle auch, daß das Zentrum als Gesamtpartei republikanisch ist. Die Arbeiter sind zwar republikanisch gesinnt, aber die Führerschaft ist alles andere als republikanisch eingestellt. Nach meiner Auffassung kann eine Partei wie das Zentrum mit seiner besonderen Stellung zum Papsttum niemals republikanisch sein; mit dem Zentrum ist auf die Dauer keine Politik im Interesse der Arbeiterschaft, aber auch keine Politik im Interesse der Republik zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie hat nach meiner Auffassung nicht mehr Verantwortung in einer Republik, als die Arbeiterschaft Macht und Einfluß auf diese Republik besitzt. (Sehr gut!)

Wenn eine Republik eine Politik gegen die Arbeiterschaft treibt, hat die

Arbeiterschaft und hat die Sozialdemokratie aus Selbsterhaltungstrieb die Pflicht, gegen eine solche Republik genau so scharf anzukämpfen wie gegen ein Deutschland Wilhelm II. (Sehr wahr.) Als der Genosse Lipinski gestern zum Ausdruck brachte, der Versuch, mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden, sei gescheitert, erhob sich bei einem Teile der Delegierten Gelächter. Der Versuch, mit dem Zentrum zu arbeiten, ist doch wohl auch gescheitert: (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man also nach links die Grenze scharf zieht — und ich bin sehr dafür — dann soll man sie auch nach rechts klar und deutlich ziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sozialdemokratie, die bei weitem stärkste Partei Deutschlands, hat eine klare und eindeutige Politik zu treiben. Nur dann werden wir die Arbeiter für uns gewinnen und die Partei wird nach innen und außen erstarken.

Bei dieser Gelegenheit ein paar Worte zu dem Antrag des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission Nr. 214. Ich bin der Meinung, daß die Fraktionen nicht die Entscheidung darüber zu fällen haben, ob Parteigenossen Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen bekleiden sollen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß der Antrag folgendermaßen gefaßt werden müßte:

„Parteigenossen, die in den Reichstag, in die Landtage, in die Provinzial-, Bezirks- und Gemeindevertretungen gewählt werden, dürfen Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen nur bekleiden, wenn der Parteivorstand und die zuständigen Bezirksorganisationen dagegen keine Einwendungen erheben."

Es kann der Fall eintreten, daß eine Fraktion einem Parteigenossen erlaubt, Aufsichtsrat zu werden, während der Bezirksvorstand diese Erlaubnis nicht erteilt. Schon haben wir einen neuen Konflikt. Parteivorstand und Bezirksvorstand sind aber nach unserem Organisationsstatut die Verantwortlichen, nicht die Fraktionen. Ich bitte, sich für diese Formulierung des Antrages 214 zu entscheiden. Wir werden einen dahingehenden Abänderungsantrag noch einbringen.

Paehel-Berlin: Ich habe einen Antrag zu begründen, den der Bezirksverband Brandenburg an den Parteivorstand gerichtet hat. Sie finden ihn unter Nr. 3 der Anträge. In diesem Antrag soll der Parteivorstand ersucht werden, „in Verbindung mit dem Bureau des Parteivorstandes ein besonderes Sekretariat für Agrarpolitik einzurichten, unverzüglich die Herausgabe einer Monats- oder Vierteljahrszeitschrift für Bodenrecht und Bodenwirtschaft in die Wege zu leiten und eine für die Tagespresse bestimmte Agrarkorrespondenz herauszugeben". Die Antragsteller sind sich durchaus darüber klar, daß im Handumdrehen ein solches Sekretariat nicht errichtet werden kann; aber es ist dringend notwendig, eine solche Einrichtung im Parteivorstand zu schaffen. Ich will mit meinen Ausführungen keine Agrardebatte entfesseln; dazu wird Gelegenheit sein, wenn das Agrarprogramm vorliegt. Aber ich darf doch darauf hinweisen, daß wir uns theoretisch mit der Agrarfrage seit 1865 befaßt haben, daß wir aber praktisch in allen diesen Fragen tätig sind, seitdem die Sozialdemokraten in den gesetzgebenden Körperschaften und in den Gemeinden sitzen. Das, was die Sozialdemokraten in diesen Körperschaften geleistet haben, kann sich wirklich sehen lassen. Das Leitmotiv war stets, die Armen und Kleinen auf dem Lande zu schützen vor den Großen. Wir sind insbesondere für die Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Wirtschaft, für Neu- und Anliegersiedlung, für landwirtschaftlichen Pachtschutz, für die bäuerliche Wirtschaftsförderung und Krediterleichterung, für Dünger- und Saatgutbeschaffung, für Verkehrsentwicklung, Bodenmelioration, Ausbau der landwirtschaftlichen Fachschulen, Moor- und Oedlandkultivierungen eingetreten. Ich verweise auf den großen Bodenreformantrag,

den unsere Fraktion im Reichstag eingebracht hat. Im Preußischen Landtag haben wir für die Heuerlinge, kleinen Pächter, Kleinbauern und Mittelbauern alles getan, was wir tun konnten. In den Gemeinden liegt uns am Herzen die Heimstättenfrage und Wohnsiedelung der Kleingärtner, die Einrichtung von Dauergärten als Wohnungsergänzung. Wenn es bisher nicht gelungen ist, auf dem Lande festen Fuß zu fassen, so liegt das daran, daß wir als Sozialdemokraten auf dem Lande nicht mit demagogischen Mitteln und Verlogenheit arbeiten können. (Sehr richtig!) Wir haben eben ein zu großes Verantwortlichkeitsgefühl. Alles das, was wir sagen, muß auf Wahrheit beruhen. Wir können nicht so vorgehen, wie der Landbund uns gegenüber. Aber damit wir eben zu jeder Zeit über die Verhältnisse auf dem Lande orientiert sind, ist eine solche Agrarkorrespondenz für die Tagespresse eine dringende Notwendigkeit. Die Parteipresse muß sich mehr daran gewöhnen, die Verhältnisse auf dem Lande in den Bereich ihrer Betrachtungen zu ziehen. (Zustimmung.) Wir sind nicht nur eine Partei von Industrie- und Kopfarbeitern, sondern die Sozialdemokratische Partei hat sich von jeher mit dem ganzen Fragenkomplex der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Fragen beschäftigt. Aber dazu gehören auch die Verhältnisse auf dem Lande, die Agrarpolitik. Aus diesem Grunde ist es notwendig, auch hier einen gehörigen Vorstoß zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich finde nun unter den vorliegenden Anträgen eine ganze Reihe, die sich in dem gleichen Sinne äußern. Je mehr wir auf das Land hinauskommen, um so mehr wird es auch notwendig, daß wir in den ländlichen Dingen vertraut sind. Darum bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Liebmann-Leipzig: Ich habe den Antrag 220 zu begründen, möchte aber vorher ein paar Bemerkungen zum Bericht des Vorstandes machen.

Durch unseren Kampf gegen die Steuern und Zollvorlagen sind wir in einer verhältnismäßig günstigen Situation. Das verpflichtet uns, weiter daran festzuhalten, aber auch Kritik an der übrigen bisherigen Tätigkeit und Einstellung der Partei zu üben. Die Gesamteinstellung der Partei entspricht bei weitem nicht der Auffassung breiter Massen unserer organisierten Parteigenossen und noch weniger der Gesamteinstellung von Proletariern, die wir gewinnen oder wieder gewinnen wollen. Das Charakteristikum der Schwäche unserer Partei ist, daß sie zu den politischen Fragen so wenig losgelöst von den bürgerlichen Parteien selbständig Stellung genommen hat. Wir sind in die heutige Opposition tatsächlich von den andern gedrängt, weil diese uns nicht mehr haben wollten. Die Ausführungen der Diskussionsredner über die Präsidentenwahl kann ich restlos unterstützen. Die Stellung der Partei war nicht von dem Interesse der Proletarier orientiert, sondern von dem Volksgemeinschaftsgedanken getragen. Das Ergebnis dieser Stellung war die Wahl Hindenburgs und eine Riesenblamage für die Parole, die unsere Partei ausgegeben hat. (Sehr richtig!) Wäre Hindenburg nicht gewählt worden und hätte hinterher dasselbe Zentrum diese arbeiterverräterische Stellung eingenommen, die es jetzt tatsächlich einnimmt, indem ideelle und materielle Rechte der breiten Massen — ich erinnere an die Schulgesetzgebung — verletzt werden, so wäre es, da an der staatsrechtlichen und politischen Einstellung des Reichspräsidenten nichts geändert worden wäre, die Blamage für unsere Partei noch viel größer gewesen. (Sehr richtig und Widerspruch.)

Zu dem Vorstandsbericht über den Barmat-Skandal muß ich folgendes sagen. Die Angriffe und die Verurteilung der Parteigenossen, die eine andere Auffassung über den Barmat-Skandal und seine Zusammenhänge geäußert haben, sind hier zum Vortrag gebracht worden. Die Dinge sind recht geschickt aufgezogen, als mit vollem Recht gesagt werden kann, daß die Hetze von den bürgerlichen Blättern gegen die Sozialdemokratie als Vorarbeit für die Präsidenten-

wahl gemacht worden ist. Aber das ist doch nicht alles. (Sehr richtig!) Wir müssen von dieser Hetze gegen die Sozialdemokratie unterscheiden, was sonst noch an sich höchst Unangenehmes für die Partei dabei zur Diskussion steht. Die Tatsache, daß eine Reihe prominenter sozialdemokratischer Führer nicht die notwendige Distanz zu einem Mann gehalten haben, der es in verhältnismäßig kurzer Zeit vom armen Lohnschreiber zu einem der reichsten Männer gebracht hta, hat uns die bürgerliche Presse nicht eingebrockt, sondern die Genossen, die nicht die notwendige politische Einstellung hatten, wie sie Führer einer Millionenbewegung wie der sozialdemokratischen haben müssen. Den Fall Bauer, Wels und Heilmann haben uns die Bürgerlichen nicht gemacht, sie haben ihn nur ausgenutzt. Früher wären solche Genossen, die sich von diesem magischen Stern und seinen vielen Millionen nicht hätten fernhalten können, als Führer der alten Partei augenblicklich erledigt gewesen! Wir müssen das sagen, weil wir fordern müssen, daß das selbstverständliche Gefühl für die weiße Weste auch in den höheren Regionen wieder Platz greifen muß. (Zurufe vom Vorstandstisch.) Es ist nicht bequem, als Parteitag darüber zu diskutieren, aber wenn es notwendig ist, können wir das tun. Das liegt am Parteivorstand. (Erneute Zurufe vom Vorstandstisch.)

Nach den jetzt bestehenden Bestimmungen des Statuts sind 20 Prozent des Reingewinns an den Parteivorstand zur Deckung der zentralen Ausgaben nach Berlin abzuführen. In Zukunft soll die Höhe des Beitrags vom Parteivorstand festgesetzt werden, der wahrscheinlich die Gepflogenheit des letzten Jahres einführen wird, den Beitrag vom Umsatz zu erheben. Damit wird neben der staatlichen Umsatzsteuer, die wir ja bekämpfen, eine neue Umsatzsteuer für die Parteigeschäfte erhoben. Selbstverständlich treten wir dafür ein, daß aus den Geschäften die Parteizentrale unterstützt wird und Mittel nach Berlin fließen, damit Berlin seine Aufgaben erfüllen kann. Die Beitragserhebung vom Umsatz hat neben der finanziellen Seite auch eine politisch sehr bedenkliche Seite. Deshalb haben wir den Abänderungsantrag 220 gestellt. Nach dem Ergebnis des letzten Geschäftsjahres betrug der Reingewinn der Geschäfte etwa 4,7 Millionen. (Zuruf des Mitglieds des Parteivorstands Ludwig: Der ist aber doch nicht verfügbar!) — Darauf kommt es nicht an. Nach dem Bericht des Parteivorstands hätte er 896 000 Mk. bekommen müssen, er hat aber nur 736 000 Mk. bekommen. Trotzdem ist der Parteivorstand dafür, den Beitrag nach dem Umsatz zu erheben. Praktisch wird er also dann noch viel weniger bekommen. Wir wollen ihm mehr geben und beantragen sogar bis zu 25 Prozent des Reingewinns. Wenn die Geschäfte keinen Reingewinn haben, sollen sie nicht bei dem Parteivorstand in Schulden kommen. Der Parteivorstand will den Beitrag vom Umsatz haben. Wenn der Betrag nicht bezahlt werden kann, wird er als Darlehen gutgeschrieben und muß noch verzinst werden. Die praktische Folge wird sein, daß der Parteivorstand mit der Zeit eine Reihe von Gutscheinen in der Hand hat und in wenigen Jahren Inhaber dieser Geschäfte sein wird. (Lachen am Vorstandstisch.) Die politische Tendenz, die darin steckt, läuft darauf hinaus, daß man sich sagt: Haben wir erst starken Einfluß auf die Geschäfte in materieller Hinsicht, so werden wir auch einen starken Einfluß auf die ideelle oder politische Haltung der Zeitung gewinnen können. Wir haben die schlimmsten Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht und sind wegen dieser politischen Gefahr, die das geistige Leben der Partei bedroht, zu unserm Abänderungsantrag gekommen. Wenn dagegen geltend gemacht werden sollte, daß Geschäfte verschleiern und der Reingewinn verheimlicht werden würde, so ist das unmöglich, weil die Parteigeschäfte vom Parteivorstand kontrolliert werden und ich das Vertrauen zu den Geschäftsführern des Parteivorstandes habe, daß sie etwaige Gewinnverschleierungen erkennen werden. (Zuruf des Parteivorstandsmitglieds Ludwig: Dann müssen

wir bei der Aufstellung der Bilanz mitwirken können!) — Ihr kommt schon dahinter, wenn Ihr über den Löffel barbiert werden sollt. Es handelt sich darum, einer Entwicklung entgegenzuwirken, die für die politische Selbständigkeit der Parteiorganisation, für die geistige Freiheit der Presse in politischen Fragen äußerst gefährlich ist.

Adolf **Hoffmann**-Berlin: Gegenüber dem Vorwurf, daß in Berlin ein Rückgang zu verzeichnen ist, beziehe ich mich auf die Worte des Genossen Künstler. Wenn wir in Berlin die Mittel hätten, auf die Massen einzuwirken, um die zu gewinnen, die noch nicht zu uns gehören oder sich indifferent beiseite stellen, würde ein Fortschritt sofort zu verzeichnen sein. Erwähnen will ich, daß besonders in Berlin ein großer Zuzug von neuen indifferenten unaufgeklärten Arbeitern aus den äußersten, schwärzesten Gegenden täglich stattfindet und aufgeklärte Leute stets wieder von Berlin in die Provinz hinausgehen, so daß in Berlin also die Aufklärungsarbeit der Massen immer von neuem beginnen muß.

Es ist überflüssig und führt zu nichts, immer wieder nach dem Schuldigen der Vergangenheit zu suchen. Wir reden uns nur warm dabei und geraten uns in die Haare, sofern welche vorhanden sind. (Heiterkeit.) Es führt auch zu keinem Resultat, weil für uns die große Aufgabe in der Zukunft liegt. Wir müssen für die Zukunft arbeiten und aus den Fehlern der Gegenwart und Vergangenheit lernen.

Hauptaufgabe erscheint mir die Frage unserer Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien, auch den Demokraten und dem Zentrum gegenüber, in Zukunft zu sein. Daß wir am Wendepunkt stehen, zeigt uns die Erklärung des Genossen Wels im Reichstag zu der bekannten Geschäftsordnungsdebatte, die auf Seite 81 des Berichts der Reichstagsfraktion im zweiten Absatz wiedergegeben ist. Aus ihr geht hervor, daß die Demokraten und das Zentrum in dieselbe Kerbe wie die Rechtsparteien gehauen haben und auch auf sie die Kritik von Wels zutrifft. Die Entwürdigung der Demokratie liegt vor allen Dingen auch darin, daß die Demokraten sie nicht verteidigen, indem sie sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Noch schlimmer steht es mit dem Zentrum. Gerade Fehrenbach hat die Haltung des Zentrums in der Geschäftsordnungsdebatte verteidigt. Wir sehen in unseren Zeitungen immer Berichte aus den Zeitungen des Zentrums, wie es sich einstellt, finden aber nie etwas aus eigenem, vom Parteivorstand oder von der Fraktion, wie sich die Partei zum Zentrum und den Demokraten gegenüber einstellt. Hier muß die Kritik wieder schärfer einsetzen, und zwar hat gerade der Parteivorstand hier nachzuhelfen und befruchtend auf die Presse zu wirken. Die Verhandlungen über die Lohn- und Vermögenssteuer, die Zollgesetzgebung, haben gezeigt, daß diese beiden Parteien vollständig in das Lager der bürgerlichen Reaktion geraten sind, was für keinen Einsichtigen jemals zweifelhaft war.

Ein großer Teil setzt nun seine Hoffnungen, wie wir es in der eigenen Presse sehen, auf die Affäre Wirth. Darin liegt eine Unterschätzung der Schlauheit und Gerissenheit besonders der Zentrumspolitiker und -diplomaten. Die Zentrumspartei hat gewußt, daß diese Affäre kommen kann und wird, hat dagegen ihre Vorkehrungen getroffen und sie in ihre Rechnung einkalkuliert. In den vergangenen elf Jahren hat nichts so fest gestanden wie der Fels des Zentrums. Da hilft uns auch das Herumgondeln um diesen Fels mit der Bitte um gut Wetter nichts, sondern wir werden dabei am Kap der Guten Hoffnung noch Schiffbruch leiden. Hier gilt es Hand anzulegen. Wir müssen unsere Zurückhaltung gegenüber den Demokraten wie dem Zentrum um so mehr aufgeben, als uns in nächster Zeit eine Frage von weitgehendster politischer Bedeutung droht.

Diese Gefahr sehe ich in dem Reichsschulgesetz. (Sehr richtig!) Verlassen Sie sich darauf, das Zentrum weiß, weshalb es mit den bürgerlichen

Parteien geht. Es hat sich gesagt: Das Reichsschulgesetz wird für das Zentrum viel günstiger mit den bürgerlichen Parteien ausfallen als mit einer Sozialdemokratie, die nur soweit gehen kann, als es die Wähler selbst zulassen, und die deshalb nicht soviel bieten kann als die bürgerlichen Parteien. Das Reichsschulgesetz kommt in der nächsten Session. Unser Versuch, das Reichsschulgesetz im vorigen Jahre in der Kommission hintanzuhalten, damit ein neuer Reichstag ein besseres machen sollte, ist durch Ausfall der Neuwahl zunichte gemacht worden. Wir wissen, daß es jetzt kommt, wissen aber auch, daß keiner Frage gegenüber unsere eigenen Genossen so indifferent sind wie der Schul- und Elternfrage. (Sehr richtig!) Für unsere Bewegung ist aber nichts so wichtig wie die Schule. Republik, Freiheit und Ausbau der Freiheit in dieser Republik sind Erziehungsfragen. (Sehr richtig!) Gewinnen wir nicht Eltern und Lehrer hierfür, so kommen wir nicht vorwärts, und alle Kämpfe, selbst unter Einsetzung von Gesundheit und Leben, helfen uns nichts, weil in den Jahren der Reaktion die Fortschritte wieder verloren gehen, wenn wir nicht eine Jugend gegen Aberglauben, gegen Kadavergehorsam heranziehen können, die diese Freiheiten nicht nur hält, sondern weiter ausbaut. Ich gebe hier nicht den Lehrern schuld. Die Lehrererziehungsstätten waren keine Bildungsstätten für Pädagogen, sondern Fabriken für Automaten, die ihr Pensum abzuhaspeln haben. (Sehr richtig!) Wer von den Lehrern Pädagoge geworden ist, ist es nur durch fleißige Arbeit an sich selbst. (Sehr richtig!) Da müssen wir nachhelfen. Wir müssen mit den Eltern und Lehrern das schwere Werk der Erziehung vollenden, müssen den Elternbeiratswahlen mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Handeln wir endlich einmal nach diesem Wort. Der Verlust der Stimmen und Mitglieder, der Uebergang zu den Kommunisten und Völkischen sowie die Haltung der Indifferenten, die sich verärgert beiseite stellen, wird durch die Fehler verursacht, die die Sozialdemokratie macht. (Sehr richtig!) Je mehr wir in Zukunft diesen Fehler vermeiden und die Massen wieder zu uns heranziehen, desto mehr wird die rote Stimmflut der Partei steigen, desto mehr Kämpfer werden sich aus ihr uns anschließen. Um so eher werden wir dann die alte Klassenkampfpartei sein, die bewußt einem bestimmten Ziel zusteuert. (Bravo! und Händeklatschen.)

Nölting-Frankfurt a. M.: Wenn die Frankfurter Richtung hier heute ziemlich vollständig aufmarschiert, und zwar vollständiger, als manchem lieb ist, so ist das nicht unsere Schuld oder Rechthaberei, sondern nötige Abwehr. Hätte man uns nur kritisiert, hätten wir gern geschwiegen. Ich versichere, hier marschiert nicht die Frankfurter Richtung auf, sondern Frankfurt. Man hat uns verhöhnt, und Sie können selbst nicht wünschen, daß wir so nach Frankfurt zurückkommen und unseren Genossen antworten müssen, wir haben lediglich Hohn davongetragen. Damit würde der gemeinsamen Sache nicht gedient sein. Wenn ich auch hier mit meinen Freunden von verlorenem Posten aus spreche, so sind doch Worte von verlorenen Posten in der Geschichte nicht immer die überflüssigsten gewesen.

Es handelt sich nicht um den Antrag 209, sondern wir wollen hier einmal uns die Seele freireden und psychologisch analysieren, aus welchen Motiven dieser Antrag entstanden ist. Man soll uns verstehen und nicht schadenfroh Abreibungen ankündigen! Damit schafft man die Frankfurter Richtung nicht aus der Welt. Ich möchte die Dinge überhaupt von diesem konkreten Anlaß ablösen und mehr auf das Prinzipielle und Allgemeine übersetzen. Dieser Antrag war nicht Stänkerei, sondern lediglich ein Warnungssignal, der Ausdruck der Sorge, daß in diesem großen aufgequollenen Körper, der unsere Partei heute Gott sei Dank ist, die Fühlung verloren geht, daß die Wüste des

Statistentums allzu sehr wächst, daß die Maschine zu laut stampft und die lebendige Fühlungnahme von Mensch zu Mensch, zwischen Vorstand und Unterzelle, die doch ewig lebendig sein muß, verloren geht.

Es handelt sich — das möchte ich besonders den Genossen vom Parteivorstand sagen — nicht ausschließlich um diesen Vorstand, sondern um jeden Vorstand überhaupt. Wir fürchten, daß überall in der Partei die Abschlußtendenzen des Führertums immer stärker werden, daß unsere Veranstaltungen immer mehr und mehr Kompanieexerzieren werden, wobei es darauf ankommt, daß niemand auffällt, und das darf nicht sein. Es wäre schmerzlich, wenn auch diese Tagung unter diesem armseligen Motto enden sollte. Sprechen Sie uns nicht von Disziplinnotwendigkeiten! Wir schätzen diese Notwendigkeiten; denn wir sind keine Kinder. Aber hier handelt es sich nicht um diese realen Notwendigkeiten, sondern um jene seelisch unerträglichen Ueberflüssigkeiten. Der Soziologe weiß: jedes Regieren macht konservativ. Es drängt dazu, die Organisation zu überschätzen und den lebendigen Sinn zu unterschätzen. Wir wollen aber eine Führung haben, hinter der wir stehen können wie lebendiger Wind hinter dem Segel. Wir wollen einen Vorstand, der eine lebendige Krönung ist und nicht ein bloßes Paragrapheninstitut. Ueber diese Sorgen wollten wir uns einmal freundschaftlich hier aussprechen. Nun entscheiden Sie, ob es nötig war, in diesem Zusammenhange von Abreiben zu reden! (Sehr gut!)

Genau so wenig, wie mir die Worte über die Frankfurter Richtung gefallen haben, gefielen mir die Worte über die Jugendbewegung und den Jungsozialismus. (Sehr gut!) Weil ich Freunde in jenen Kreisen habe, die von mir erwarten, daß ich für sie eine Lanze einlegen werde, muß ich sprechen. Ich habe in den Worten des Vorstandes zuviel Gespött, Dünkel und Selbstbewußtsein des Alters gefunden. (Sehr gut!) Ich weiß, daß es im Jungsozialismus manchmal etwas wild aussieht. Aber ich bitte Sie: Fassen Sie die Sache nicht nur komisch auf, reden Sie vom Jungsozialismus nicht nur als von einem erotischen Pubertätsphänomen. Drei Dinge scheinen mir das historische Verdienst zu sein, das diese Jungen in die Partei eingebracht haben. Es wächst in der Jugendbewegung wieder der grübelnde und problematische Mensch, jener Geist, der die Erde neu umdenkt im Zeichen des Sozialismus. Zweitens, es sammelt dieser Jungsozialismus die außerökonomischen Momente im Sozialismus, die wichtig sind und mobilisiert werden müssen, wenn wir über den Stillstand hinwegkommen wollen. Drittens hat dieser junge Mensch das geleistet, was die Alten alle nicht geschafft haben: er hat den Sozialismus bereits in ein Stück praktische Lebenswirklichkeit übersetzt, er hat Anfänge sozialistischen Lebensstils herausgebildet. In den Alten aber steckt viel zu sehr verdrängtes und verlegenes Bürgertum. (Lebhafter Beifall.)

Es war vielleicht kein Zufall, daß ich mich gezwungen sah, diese beiden Dinge zusammenhängend zu behandeln. Mißverstehen Sie es nicht, wenn ich sage: es liegt im tiefsten Grunde zwischen Frankfurter Opposition und Jugendbewegung eine innere Verbundenheit. Es ist die heilige Unruhe, die jeder Parteikörper braucht, damit er nicht Fett ansetzt. (Sehr gut!) Das möchte ich gerade die Alten einmal zu berücksichtigen bitten, die früher selbst auf dieser Schanze gestanden haben, von der herab sie uns heute verhöhnen. Opposition und Jugend üben eine historisch wichtige Funktion in jedem Parteikörper aus zum Nutzen der Partei, und wehe der Partei, die nur lacht, wenn Jugend und Opposition sich regen. (Beifall.)

Edel-Dresden: Der Bericht des Parteivorstandes und die Rede des Genossen Wels am Sonntag haben viele Parteigenossen enttäuscht. Das trifft besonders auf den Vorstandsbericht zu. Wenn nicht die Frankfurter und die sächsischen Genossen gewesen wären, hätte man nach Gedanken in der Rede des Genossen Stelling suchen können. Aber gerade vom organisatorischen Gesichtspunkt aus

muß man noch etwas dazu sagen, weil auch im „Vorwärts“ ausgesprochen worden ist, daß Sachsen beispielgebend nur im Sinne der Abschreckung sein könne. Wenn wir in diesen Monaten schweren Konfliktes von Gruppe zu Gruppe gegangen sind und dort das Leben in der Parteigenossenschaft beobachten konnten, dann kommt immer wieder die Hoffnung zum Ausdruck, daß man zur Leitung der Partei jenes alte Vertrauensverhältnis wiederzugewinnen wünscht, das früher vorhanden war. Das scheint mir eins der tiefsten Probleme zu sein. Deswegen möchte ich sagen: Gewiß soll Sachsen oder andere Bezirke abschreckend sein, aber in dem Sinne, wie es besonders vom Parteivorstand nicht gemacht werden soll. Wenn die sächsischen Parteigenossen aus dem Bericht ersehen haben, wie richtig es ist, was sie immer vermutet haben, daß im Januar 1924 der Parteivorstand, der seinerzeit gegenüber Sachsen eine Politik trieb, die von den Parteizeitungen auch außerhalb Sachsens abgelehnt worden ist, es war, der zu der Politik der 23 geraten hat, dann muß das Vertrauensverhältnis zur Führung der Partei untergraben werden. Niemand kann verstehen, wenn hinter dem Rücken der Mitgliedschaften Anweisungen gegeben werden, und man vermutet, daß da Dinge vorhanden sind, über die zu sprechen man nicht den Mut hat. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Maier**: Genosse Edel, über den Sachsenkonflikt wird nicht mehr geredet.

Edel-Dresden: Ich habe auch nicht die Absicht, darüber zu sprechen.

Vorsitzender **Maier**: Ob Sie die Absicht haben, ist nebensächlich, aber Sie tun es.

Edel-Dresden: Ich glaube, daß dies gerade ein symptomatisches Beispiel für die Gesamtpolitik in Deutschland war.

Wenn man in diesem Jahr die Zolldemonstrationen im Reich verfolgt hat, wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß darin nicht mehr der alte Elan vorhanden war. Deswegen kommt es auch für die Debatte auf dem Parteitag in Betracht, daß das organisatorische Problem wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt wird.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes ist die Stärke unserer Organisation zu ersehen. Aber ein Rückblick ergibt, daß wir gegenüber 1913 einen Verlust von 150 000 Mitgliedern aufzuweisen haben. Das allein mit den Wirren der Inflation zu entschuldigen, scheint mir unmöglich. In Oesterreich haben die Wirren der Inflation solche Auswirkung nicht gezeigt. Wenn im vergangenen Jahre noch ein Verlust von 100 000 Mitgliedern eingetreten ist, dann sind das die Nachwirkungen einer verfehlten Politik der Nachgiebigkeit und des Kompromisses. (Sehr wahr!) Das ist ein Beweis dafür, daß solche Politik um keinen Preis wieder getrieben werden darf. An den Verlusten sind die Bezirke im allgemeinen gleichmäßig beteiligt. In einem oder anderen Lande wird eine Spezialfrage mehr dafür verantwortlich gemacht werden können. Man muß also Betrachtungen darüber anstellen, wie unsere Organisation gebessert werden kann. Die Art des Parteivorstandsberichts, einfach alles wegzuwischen, was unangenehm ist, und den Hauptwert auf eine gute Regie zu legen, scheint mir nicht das Richtige zu sein. Die Absicht, mit Rücksicht auf die badischen Landtagswahlen unangenehme Fragen nur in einem Mindestmaß zu behandeln, darf uns nicht der Kritik entheben an den Symptomen, die für den Schwund des Vertrauens in gewissen Kreisen der Arbeiterklasse verantwortlich sind. Dieses Vertrauen wiederzuerobern, ist der Kardinalpunkt unserer Politik. Daher kann z. B. die Barmataffäre nicht nur als bürgerliche Machination hingestellt werden. Es ist bedauerlich, wenn Parteigenossen der bürgerlichen und der kommunistischen Agitation Handhaben geben. (Zuruf: Zeigner!) Das ist ein sehr bequemes Argument. Ich hätte gewünscht, daß die Solidarität auch im Falle Zeigner ein wenig in Erscheinung getreten wäre. Es wäre ein billiges Mittel,

einen Mann, der im Gefängnis saß und schuldloser war (Widerspruch) als mancher Reaktionär, der überhaupt nicht unter Anklage gestellt wird, nachträglich noch den Prozeß von Partei wegen zu machen. Wir haben niemals etwas vertuscht, was bei uns vorgekommen ist. Wir haben aber gesagt: gleiches Recht für alle in der Partei wie im Staate!

Wir dürfen nicht aus irgendwelchen Erwägungen heraus die Grundlage und Stärke unserer Bewegung verkennen. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Partei beim nächsten Parteitag 100 000 Mitglieder mehr hat. (Beifall.)

Scheidemann-Cassel (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Es ist hier manche Klage und manche Anklage erhoben worden. Soweit sich die Klagen auf gewisse Zustände in der Republik und auch in unserem Parteileben erstrecken, waren sie teils ganz, teils zu erheblichen Teilen berechtigt. Soweit sie von bestimmten Seiten gegen den Parteivorstand erhoben worden sind, waren sie nach meiner Ueberzeugung zum erheblichsten Teil mit Unrecht erhoben.

Zunächst ein Wort über das Frankfurter Zwischenspiel! Als die zwei Frankfurter Redner den Reigen eröffneten, glaubte ich, es gäbe eine zweite Auflage sächsischer Vorbilder. Erfreulicherweise ist die Geschichte vorübergegangen, ohne daß sie besonders peinlich geworden wäre. Nur ein Wort zu dem Antrag gegen den Parteivorstand, wonach die Mehrheit des Parteivorstandes die Fühlung mit den Massen verloren haben soll und deshalb nicht wiedergewählt werden dürfe. Solche Anträge machen alten Genossen, die daran beteiligt sind, keine Ehre (Sehr richtig!), und junge Genossen, denen man derartige Anträge vorsetzt, schreckt man ab. (Sehr richtig!) Wenn man weitere Massen gewinnen will, scheint es mir der verkehrteste Weg zu sein, das Vertrauen zu den alten Parteigenossen zu untergraben. (Sehr richtig!) Gewiß muß man den Mut zur Kritik haben. Viele Genossen, die kritisieren, berufen sich auf ein Wort Lassalles: „Aussprechen, was ist.“ Anstatt sich aber erst gründlich zu überlegen und zu bedenken, „was ist“, wird dann vor aller Welt, unbekümmert um die Folgen für die Partei und die Politik, geredet. Solchen Unsinn hat Lassalle niemals gemeint, als er das Wort prägte. Wenn man sagen will, was ist, muß man zunächst wissen oder erlebt haben, was ist. (Sehr richtig!)

Wie sieht es in der Republik aus? Die Zustände in der Reichswehr sind unerträglich geworden. Wenn Privatleute, die in Häusern wohnen, in denen auch Reichswehr untergebracht ist, nicht einmal am Verfassungstage die republikanische Flagge zeigen dürfen, dann ist das ein Zustand, der unerträglich ist. Herr Geßler, dieser „demokratische“ Minister, ist damit einverstanden. Ebenso ist er damit einverstanden, daß die alten Uniformen, die der ehemals allergnädigste Kaiser, König und Herr zum Teil selbst erfunden hatte, wieder getragen werden.

In bezug auf die Schule ist viel Beachtenswertes gesagt worden. Wir empfinden es fast wie ein erfreuliches Ereignis, daß vor wenigen Tagen im Ausschuß des Preußischen Landtages ein Antrag angenommen worden ist, nach dem es gestattet sein soll, daß die Schüler bei Schulfeiern an patriotischen Tagen ein schwarzrotgoldenes Schleifchen tragen dürfen. Wir freuen uns dieses Ereignisses um so mehr, als festgestellt worden ist, daß „auch einige Zentrumsabgeordnete dafür“ gewesen sind.

Wenn man an die Rechtspflege denkt, braucht man weder Augen noch Ohren zu haben, sondern nur eine Nase, denn die Dinge stinken zum Himmel. Was die Ebert-Prozesse gezeigt haben, was die Motorrennbootsunternehmungen auf dem Wannsee und die Flugzeugattacken in der Barmat-Affäre der ganzen Welt über unsere Rechtszustände enthüllt haben, ist skandalös und beispiellos in der ganzen Welt. (Sehr richtig!) Wenn man die Berichte liest, in denen die Art und Weise geschildert wird, wie man Höfle zu

Tode gehetzt hat, dann ist geradezu die Frage berechtigt, ob man nicht noch eine Spur von Respekt für die Mordbuben aufbringen kann, die Rathenau und Erzberger in brutaler Weise auf der Straße ermordet haben. (Sehr gut!) Auch Ebert ist buchstäblich in den Tod hineingehetzt worden. Aber man läßt ihm jetzt noch keine Ruhe. Ich glaube, es ist gut, wenn ich Ihnen wenigstens ein Beispiel für die abgrundtiefe Gemeinheit zeige, die in vielen Gegnern lebt. Ein Ingenieur namens Karl Knauer hat es fertig gebracht, in einer Versammlung folgendes zu sagen: „Der erste Reichspräsident, Herr Fritz Ebert, ist gar nicht gestorben, sondern er lebt, und zwar in der Schweiz, wohin er geflüchtet ist und wo sich jetzt auch seine Frau befindet. Man hat nicht Ebert, sondern eine Wachspuppe, eine Attrappe, also eine Nachbildung, in Heidelberg begraben." Dem Reichspräsidenten Ebert hätte, so führte Knauer aus, die Verhaftung wegen Landesverrats und Lebensmittelschiebungen gedroht, und deshalb sei er geflüchtet. (Pfui!) Es lohnt sich nicht, über solche Dinge hier viel zu reden. Soweit die erwähnte Behauptung in Betracht kommt, kann man sagen: wenn auch nicht alle Verkündungen so grotesk sind wie diese Darstellung, die Gemeinheit selbst ist in fast allen Fällen, in denen es sich um die Verleumdung von Parteigenossen in führender Stellung handelt, die gleich niederträchtige. (Sehr wahr!)

Hier eine kritische Frage: Wo ist das Material gesammelt, das die Schustereien gehässiger Gegner enthält? Wo ist das Material gesammelt, das wir agitatorisch verwenden können, über die Tätigkeit der Gerichte? Ich weiß, daß Mitteilungsblätter herauskommen, aber ich weiß auch, daß das nicht genügt. Deshalb will ich anregen, daß der Parteivorstand die Frage erwägt, ob nicht eine Zentralstelle geschaffen werden muß, die alle diese Dinge sammelt, damit man die Gegner jeden Tag auf den Mund schlagen kann, indem man ihnen ihre Niederträchtigkeiten vorhält. Je größer der Haß und die Niedertracht unseren führenden Genossen gegenübersteht, um so größer sollte die Achtung sein, die unsere Parteigenossen diesen in der ersten Drecklinie kämpfenden Genossen entgegenbringen. (Sehr richtig!)

Ich möchte an einen Parteitagsbericht erinnern, der vor 20 Jahren erstattet worden ist. In diesem Bericht wurden unverständliche Urteile der Gerichte angeführt und gesagt, warum wir von einer Klassenjustiz sprechen und was wir unter Klassenjustiz verstehen. Jeder von Ihnen weiß, was wir darunter verstehen. Aber wenn wir heute wieder einen offiziellen Bericht über die Rechtsprechung geben müßten, können wir uns nicht mehr damit begnügen, daß es sich nur um Auswüchse der Klassenjustiz handelt, sondern dann müßte offen ausgesprochen werden: Kommen nicht auch persönlich gehässige, politisch fanatisch eingestellte Richter in Betracht, die einfach Recht und Unrecht nicht mehr unterscheiden können, sondern aus ihrer Parteieinstellung heraus Urteile fällen, die kein Mensch versteht? (Beifall.)

Erwähne ich noch die Femeprozesse und die Aufdeckung des „Feurigen Kreuzes", dann, glaube ich, ist der Horizont so beleuchtet, daß die Zustände in der Republik wie auf einem Präsentierteller vor uns liegen.

In wenigen Wochen sind sieben Jahre verflossen, seitdem wir Sozialdemokraten die Regierung übernommen haben. Ich erinnere deshalb daran, weil hier vom Genossen Künstler Ausführungen gemacht wurden, die ich bedauere, weil er mancherlei übersehen hat, was er in Verbindung damit hätte anführen sollen. Der Genosse Künstler sprach über die von uns allen sehr bedauerte und zu bekämpfende Politik, die das Zentrum gemacht hat. Aber wir sollten doch in diesen Fragen nicht vergessen, in welcher Situation das Zentrum sich befindet. Wir sollten nicht vergessen, daß ein Mann wie Wirth aus der Zentrumspartei ausgetreten ist, weil er die Verantwortung für die Politik, die das Zentrum getrieben hat, nicht mehr tragen wollte. Sie haben

weiter gelesen, daß einer der besten Köpfe im Zentrum, Dr. Spieker, der frühere Reichspressechef, in offener und ehrlicher Weise in Berlin aus Anlaß des Falles Wirth für eine fortschrittliche Politik in der Zentrumspartei eingetreten ist. Wir könnten m. E. nichts Ungeschickteres tun, als eine Politik zu treiben, die nicht die Herren um Wirth und Spieker stützt, sondern den anderen die Geschäfte besorgt. (Lebhafte Zustimmung.) Spieker hat die Verdienste der Sozialdemokratie um die Rettung des Reichs ausdrücklich anerkannt, genau so wie vor kurzem der ganz konservative Prof. Dr. Bredt, der früher im Preußischen Landtag eine große Rolle spielte und jetzt der Vorsitzende der Wirtschaftspartei im Reichstag ist, in einem Buch „Der Geist der deutschen Verfassung": „Man müsse es der Sozialdemokratie Dank wissen, daß sie im Jahre 1918 das Land vor dem Schlimmsten gerettet hat". Dr. Spieker spricht sich, genau so wie Dr. Wirth, in rückhaltloser Anerkennung für das aus, was die Sozialdemokratie im Jahre 1918 getan hat. Daß es angesichts der Tätigkeit der Parteien von rechts, namentlich der Deutschnationalen, immer wieder gelungen ist, Millionen für die Parteien der Rechten an die Wahlurne zu bringen, ist doch wahrhaftig kein Verschulden des Vorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Partei. Das liegt daran, daß leider der Unverstand der Massen noch so groß ist, namentlich in den Kreisen, die, wie die Kleinrentner, auf den tollen Schwindel der Aufwertung hereingefallen sind.

(Die Redezeit ist abgelaufen. Börnemann-Cassel verzichtet zugunsten von Scheidemann auf seine Redezeit.)

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Gelegenheit geben, diese Ausführungen zu Ende zu bringen. Ich wollte noch einiges über die Taktik selbst sagen. Natürlich kann man verschiedener Meinung über die Taktik sein, die von uns wiederholt eingeschlagen worden ist. Aber vergessen Sie nicht, daß wir auch in der Partei unter den Nachwirkungen von Zuständen leiden, von denen jeder froh ist, daß wir sie überwunden haben und daß wir jetzt wieder vollständig einheitlich dastehen. (Sehr richtig!) Aber damit ist doch noch nicht eine Umstellung in den Köpfen aller Parteigenossen vor sich gegangen. (Sehr wahr!) Wir müssen uns vielfach erst noch mehr aneinander gewöhnen, uns ausgleichen oder — um mit Nölting zu sprechen — uns ausbalancieren. Die Politik im allgemeinen ist Kompromißwerk, das sollten Sie alle wissen. Wie jede Kommissionsarbeit, ja jede Resolution, die ausgearbeitet wird, Kompromißwerk ist (lebh. Zustimmung), so ist natürlich auch die Tätigkeit des Parteivorstandes, namentlich angesichts der bestehenden Verhältnisse, Kompromißarbeit. Wem von uns wäre es nicht schmerzlich gewesen, daß der Parteivorstand gelegentlich der Wahl des Reichspräsidenten nicht einmal in der Lage war, einen einheitlichen Vorschlag über die einzuschlagende Taktik zu machen. Der Parteivorstand befand sich in dieser, wie in sehr vielen anderen Fragen, einfach in einer Zwangslage. Das offen auszusprechen, scheint mir geboten zu sein.

Dann haben wir gehört und auch in Anträgen gelesen, daß viele unzufrieden sind, weil wir angeblich den Charakter einer Klassenkampfpartei verloren haben. Nun, das kommt mir doch ein bißchen nach sehr ollen Kamellen vor. (Lebh. Zustimmung.) Diese Klagen kenne ich seit vierzig und mehr Jahren. (Sehr wahr!) Die Parteigenossen, die so sprechen, verkennen vollständig die Art und Weise, wie sich der Klassenkampf abspielt. (Sehr richtig!) Ich stelle die Behauptung auf, daß der Klassenkampf heute viel schärfer und heftiger geführt wird als er jemals geführt worden ist. Die Formen sind zum Teil andere geworden als früher; aber der Klassenkampf wird in einer Weise geführt, die man wahrhaftig nicht unterschätzen soll. Die Agitationspolitik, die wie in der Vorkriegszeit zu treiben gezwungen waren, können wir heute nicht schablonenmäßig weiterführen. (Sehr wahr!) Vergesse doch keiner, daß unsere Stellung zum Staat eine ganz andere geworden ist. (Lebh. Zust.)

Darüber brauchte man doch wahrhaftig nicht viel zu sagen. Im Hinblick auf die politischen Verhältnisse, die leider immer noch nicht stabil geworden sind, können wir uns bei der Erörterung der Frage nach der zweckmäßigsten Taktik nicht mit der Alternative begnügen: entweder demokratische Staatspolitik mit dem Ziel, den Sozialismus so schnell wie möglich zu erreichen, oder rücksichtslose sozialdemokratische Parteipolitik. So einfach liegen die Dinge nicht. (Sehr richtig!) Stände die Republik so fest da, wie wir es alle wünschen müßten, dann würde ich nicht anstehen, ohne weiteres die erste von mir erwähnte Formel vorzuschlagen, weil ich mir sage: das wäre der zweckmäßigste Weg, der uns am schnellsten und ohne große Erschütterungen, die keiner von uns wünscht, unserem Ziele näherbringen würde. Diese Taktik würde selbstverständlich die Teilnahme an der Regierung auch mit anderen Parteien bedeuten, wenn sich andere Parteien dazu verstehen, mit uns ein Minimalprogramm zu vereinbaren, daß wir akzeptieren können. (Zustimmung.) Das in der Weise abzulehnen, wie es verschiedentlich geschehen ist, wird in der Partei von der erdrückenden Mehrheit verurteilt, weil es ein Rückfall in Zeiten wäre, von denen wir froh sein können, daß wir sie überwunden haben. (Sehr richtig!) Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie schnell Situationen wechseln. Deshalb wäre es natürlich falsch, uns jetzt taktisch auf die eine oder andere der beiden Formeln festzulegen, wie es immer eine Dummheit ist, auf einem Parteitag eine Taktik für die Zukunft bestimmen zu wollen, da man doch gar nicht weiß, wie morgen oder übermorgen die Verhältnisse sein werden. (Lebh. Zustimmung.) Wir berufen uns bekanntlich mit Vorliebe auf die Parteigenossen, wenn sie tot sind und preisen sie dann als kluge Menschen. Solange sie leben, werden sie natürlich „kameradschaftlich" angegriffen. (Sehr richtig!) Wenn sie tot sind, dann graben wir ihre weisen Sprüche aus. Warum zitiert man nicht einmal das Wort des alten Liebknecht: „Meine Taktik ändere ich im Bedarfsfalle 24mal an einem Tage, wenn die Verhältnisse es erfordern." (Zuruf: Grundsätze niemals!) — Grundsätze ändern wir auch nicht. Den möchte ich sehen, der mir nachweisen könnte, daß ich einen Grundsatz preisgegeben hätte. Sind wir an der Regierung beteiligt, dann müssen wir alle unsere Kraft anwenden, um im Rahmen des vereinbarten Minimalprogramms das durchzusetzen, was entsprechend unseren Forderungen mit Recht verlangt werden kann. Nun kommt die andere Seite der Sache. Sind wir nicht in einer Regierung — und da unterscheide ich mich von manchen meiner Freunde —, dann haben wir mit Rücksichtslosigkeit unsere Forderungen zu vertreten, ganz gleich, ob es der jeweiligen Regierung genehm oder nicht genehm ist und ohne jede Rücksicht darauf, ob wir vielleicht in einiger Zeit selbst wieder in der Regierung sitzen müssen. Sind wir in der Regierung, dann müssen wir als ehrliche Leute die getroffene Vereinbarung halten. Sind wir aber in der Opposition, dann haben wir auch die Opposition zu treiben, die am Platze ist. (Lebh. Zustimmung.) Das scheint mir um so notwendiger zu sein, als wir doch alle der Meinung sind, daß unserem Volk und Vaterlande nichts Besseres passieren könnte, als daß sozialdemokratisch regiert wird und sozialdemokratische Einrichtungen geschaffen werden. Eine „gedämpfte oder gebremste Opposition" müßte uns auf die Dauer nicht nur um jeden Einfluß auf die Regierung, sondern selbstverständlich auch um das Vertrauen der Arbeitermassen bringen. (Sehr wahr!) Zurzeit stehen wir in Opposition zur Regierung, und m. E. ist es unsere Pflicht, diese Opposition in der schärfsten Weise zu üben. Niemals ist es leichter gewesen als heute, die Gegner zu brandmarken, diese absolut reaktionär eingestellte Gesellschaft, die dirigiert und finanziert wird vom Großkapital. Die Reaktion in ihrer ganzen Volksfeindlichkeit, in ihrer brutalen Herrschsucht und Raffgier zu kennzeichnen, muß eine ernste Aufgabe sein. Die Deutschnationalen,

diese 50prozentigen Dawes-Junker, die jetzt Elsaß-Lothringen für ewige Zeiten preisgeben wollen, nachdem sie uns jahrelang die heftigsten Vorwürfe wegen unserer Erfüllungspolitik gemacht haben, die Elsaß-Lothringen für 3,50 Mk. Kornzoll preisgeben, wie Judas Ischariot Jesus Christus für 30 Silberlinge verraten hat, jeden Tag zu brandmarken, muß uns eine Lust sein. Und die Deutsche Volkspartei, die unter der glorreichen Führung des Herrn Dr. Scholz sich immer mehr als eine Filiale der Deutschnationalen gebärdet und schließlich keine andere Aufgabe zu haben scheint, als den Nachweis zu führen, wie überflüssig sie ist, wie sehr sie in der Deutschnationalen Partei aufgehen könnte, gleichfalls zu kennzeichnen, ist wahrhaftig des Schweißes der Edlen wert. Die Vorgänge in der Zentrumspartei müssen wir mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, jedenfalls unsererseits nichts tun, um die Dinge, die da im Werden sind, zu stören. In der Zentrumspartei spielen sich Vorgänge ab, von denen wir nur wünschen können, daß sie dazu führen, wieder die Linie durchzusetzen, die es uns ermöglicht hat, mit dem Zentrum Koalitionen einzugehen, die im Interesse der Erhaltung der Republik notwendig waren. Von den Kommunisten will ich nicht sprechen. Auch deren Entwicklung können wir mit Ruhe zusehen. Eine Garnitur ihrer Führer wird von der anderen abgetan. Die kommunistische Zeitkrankheit in der deutschen Arbeiterschaft wird vorübergehen, wie wir als Kinder die Masern und andere Krankheiten auch überwunden haben. (Zustimmung.)

Ich komme zum Schluß. Unsere Verfassung ist gut, und unser Wahlrecht ist gut. Woran es hapert, das ist der Unverstand der Millionen, wie es in unserem Liede heißt: „der Unverstand der Massen." (Lebh. Zustimmung.) Unsere Aufgabe kann also nur darin bestehen, diese Massen zu erziehen, ihr Vertrauen zu gewinnen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als arbeiten, arbeiten in dem Sinne, wie wir es seit Jahrzehnten getan haben. Wir dürfen aber nicht mit der einen Hand zerstören, was wir mit der anderen aufgebaut haben. (Sehr richtig!) Das soll heißen, daß ich das Vertrauen der Arbeiter nicht gewinnen kann, indem ich aus „grundsätzlicher" Opposition radikale Redensarten führe, gleichzeitig aber alte Parteigenossen oder Parteiinstanzen in der Weise attackiere, wie es leider zu oft geschieht. Besinnen wir uns auf uns selbst! Tun wir unsere Pflicht und Schuldigkeit! (Stürmischer Beifall.)

Vors. **Wels**: Als der Gen. Scheidemann mit dem ersten Teil seiner Rede zu Ende war, verzichtete Gen. Börnemann auf das Wort und trat seine Redezeit an Scheidemann ab. Dagegen erhoben sich Zwischenrufe, das sei nicht zulässig. Ein Genosse glaubte uns auch kontrollieren zu müssen, ob wir nicht etwa einen Redner für Scheidemann hätten verzichten lassen, der weit hinten auf der Liste stand und sowieso wahrscheinlich nicht herangekommen wäre. Um alle Genossen zu beruhigen, will ich sagen: Scheidemann war als elfter, Börnemann als dreizehnter Redner eingeschrieben. Der Vorstand handelte also im Sinne des Parteitags, wenn er die Möglichkeit schuf, daß ein Redner zugunsten eines anderen auf seine Redezeit verzichten kann. Das ist auch ein Brauch auf allen Parteitagen gewesen.

Heilmann-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ob es unzulässig war, daß Gen. Börnemann für den Gen. Scheidemann verzichtete, will ich nicht erörtern. Aber ich glaube, es wäre unzulässig gewesen, wenn der Parteitag nicht auch ohne diesen Verzicht dem Gen. Scheidemann noch ein paar Minuten mehr gegeben hätte. (Lebh. Zustimmung.) Ich bin sicher, daß die übergroße Mehrheit des Parteitages dazu bereit war.

Zu dem Bilde, das Scheidemann von den Zuständen in Deutschland entworfen hat, möchte ich nur noch einen Zug hinzufügen, der den Gen. Scheidemann interessieren wird. In der Strafanstalt Lichtenberg verbüßt der bekannte Scheidemann-Attentäter Hustert seine Zuchthausstrafe. Der Direktor dieser Strafanstalt, ein Herr Nicolai, hat sich dahin geäußert, er sähe in Hustert keinen Verbrecher.

Der einzige Vorwurf, den er ihm machen könne, sei der, daß es ihm nicht gelungen wäre, Scheidemann zu töten. (Entrüstete Pfuirufe und hört, hört!) Nachdem der Anstaltsgeistliche diese Aeußerung in einem Disziplinarprozeß bezeugt hat, ist bereits ein Jahr vergangen, ohne daß gegen diesen Strafanstaltsdirektor eingeschritten worden ist. (Hört, hört!)

Nun ein paar kurze und ruhige Bemerkungen zu der bisherigen Debatte. Es ist darüber geklagt worden, daß wir im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl Braun fallen lassen und Parole für Marx ausgeben mußten. Aber die Genossen haben übersehen, daß Zug um Zug das Zentrum in Preußen Marx zurückzog und Parole für Braun ausgab (sehr richtig!), so daß wir dadurch in Preußen die Sicherheit bekamen, nicht aus der Regierung ausgeschaltet zu werden, ohne daß wir die Möglichkeit gehabt hätten, vorher noch einmal an das Land zu appellieren. (Zustimmung.) Das schien uns eine so wesentliche Errungenschaft zu sein, daß wir nicht einfach daran vorbeigehen zu können glaubten.

Gen. Künstler hat gemeint, auch das Zusammenregieren mit dem Zentrum habe sich endgültig als unmöglich erwiesen. Aber, Gen. Künstler, Sie leben doch in Preußen! Unmöglich kann nicht sein, was Tatsache ist. Ich kann nicht behaupten, daß das Zusammenregieren mit dem Zentrum in Preußen eine reine Freude wäre; aber trotzdem denkt auch Künstler nicht daran, die Position Braun-Severing aufzugeben. (Sehr richtig!)

Ein Wort zu den Frankfurter Genossen. Sie haben geklagt über Unliebenswürdigkeit, unkameradschaftliche Behandlung und Illoyalität. Aber die Frankfurter Genossen müssen endlich einmal an die eigene Brust schlagen. (Sehr richtig!) Auf dem vorigen Parteitag hat uns ein Frankfurter Genosse mit der Beschwerde begrüßt, der Antrag auf Ausschluß Eberts sei nicht auf die Tagesordnung gestellt worden, und er müsse fragen, wie der Parteivorstand dazu käme. Auf diesem Parteitag haben wir einen Frankfurter Antrag, in dem wörtlich steht: „Die Mehrheit der Mitglieder des Parteivorstandes hat das Vertrauen der Arbeiter im Lande verloren." Solche Anträge brauchen durchaus nicht abgewürgt zu werden. Aber wo wart Ihr in Frankfurt, als Ihr die Pflicht hattet, die Genossen, die solche Anträge stellten, darüber aufzuklären, daß das unkameradschaftlich und nicht parteigenössisch ist? (Lebh. Zustimmung.) Wenn Ihr so handelt, dann müßt Ihr Euch gefallen lassen, daß es so aus dem Walde herausschallt, wie ihr hineingerufen habt. Ihr sprecht von unbedingter Kameradschaftlichkeit, und ich begrüße diesen Geist. Aber dann sprecht nicht gleichzeitig von der Linken in der Partei und von dem verantwortungsvollen Amt der Opposition. (Sehr gut!) Niemand hat Euch das Recht auf eine Richtung in der Partei gegeben. Richtungen, die sich als dauernde Gruppen konsolidieren, sind Vorstufen der Spaltung. (Sehr richtig!) Niemand hat Euch gesagt, daß Ihr Euch als Seiner Majestät des Parteivorstandes allergetreueste Opposition konstruieren sollt (Heiterkeit und Zustimmung), daß Ihr in Euch die heilige Pflicht fühlen sollt, Opposition zu treiben und Kritik zu üben. Es kommt bei jedem von uns einmal vor, daß er einmal in der Opposition ist, aber als dauernde Richtung ist eine Opposition unmöglich.

Wo war denn die Kameradschaftlichkeit bei der Behandlung der Barmat-Affäre, besonders in der sächsischen Parteipresse? (Sehr gut!) Die sächsischen Genossen haben vollkommen übersehen, daß noch niemals in Deutschland etwas so Schamloses an Justizmißbrauch vorgekommen ist, wie in den Ebertprozessen und in der Affäre Barmat-Höfle. (Sehr wahr!) Die Genossen haben vollkommen übersehen, daß das Material zu diesem Fall in einer Weise gesammelt worden ist, die alle Vorbilder des Reichslügenverbandes bei weitem übertraf. (Zustimmung.) War es aber so und standen Genossen im Kreuzfeuer der Verleumdung, dann mußtet Ihr Solidarität üben (Sehr wahr!), dann mußtet Ihr sagen: das, was

den Genossen vorgeworfen wird, mögen die Prüfungsausschüsse der Partei untersuchen; aber solange den Parteigenossen nichts Ehrenrühriges nachgewiesen ist, decken wir sie. (Lebh. Zustimmung.) Als heute der Gen. Loeb sprach, kam mir die Erinnerung an die Zeit, als Gen. Loeb in Thüringen Gegenstand derartiger gemeiner Verleumdungen war. (Sehr richtig!) Ich frage Euch, Genossen aus Frankfurt und Sachsen: gibt es ein Blatt der Parteimehrheit, das diesen Verleumdungsfeldzug gegen Loeb auch nur mit einer Silbe unterstützt hätte? (Lebh. Zustimmung.) Wir haben die Pflicht der Solidarität erkannt und gehalten, und Ihr müßt sie noch lernen.

Zu der Rede des Genossen Nölting zum Schluß ein Wort. Wir ehren und achten in voller Uebereinstimmung mit Gen. Nölting die glühenden Herzen der Jugend, die mit den Problemen des Sozialismus und der sozialistischen Lebensgestaltung ringt; aber wir verachten die Kritiker aus festem Entschluß zur Opposition, wir verachten die schmutzigen Demagogen. (Lebh. Beifall.)

Riedmiller-Köln: Der Stand unserer Organisation, soweit er in den Zahlen des Parteivorstandes zum Ausdruck kommt, ist zweifellos nicht befriedigend. Aber es muß auch an dieser Stelle einmal die Frage aufgeworfen werden, welches die tieferen Ursachen sind. Zunächst einmal ist festzustellen, daß wir jetzt zum erstenmal seit dem Zusammenbruch unserer Währung einen genauen Ueberblick über den Stand unserer Organisation bekommen haben. Im gesamten Gebiete der Rheinlande mit Ausnahme des Kölner Gebiets und der nördlichen Zone sind alle Organisationen unter den Einwirkungen des passiven Widerstandes zusammengebrochen. Dort muß vollkommen neu aufgebaut werden. Demgegenüber muß aber auch die Leistung unserer Parteiorganisation in den letzten Jahren mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden, besonders dann, wenn man auf organisatorischem Gebiete Vergleiche zwischen der Vor- und Nachkriegszeit anstellt. Ich behaupte, daß unsere Parteiorganisation heute viel kräftiger dasteht als in der Vorkriegszeit. (Sehr richtig!) Wir wären in der Vorkriegszeit nicht in der Lage gewesen, die Kämpfe zu führen, die wir in den letzten Jahren führen mußten. Früher hatten wir alle fünf Jahre oder alle sieben Jahre mal einen Wahlkampf. Die übrige Zeit konnten wir dem Ausbau der Organisation widmen. Unsere politische Arbeit in den Parlamenten und die Entwicklung unserer Organisation stehen in einer gewissen Wechselwirkung. Nun gibt es Parteigenossen, die sagen: Seitdem wir diese Politik in Deutschland treiben, ist es nicht mehr möglich, die Organisation so zu stärken, wie es notwendig wäre. Ja, kann denn überhaupt jemand annehmen, daß wir die Politik der früheren Zeit wieder aufnehmen könnten oder müßten, um unsere Organisation zu stärken? Wenn die Organisation Selbstzweck ist, dann sind wir allerdings vielleicht gezwungen, unsere politische Haltung so einzurichten, daß auch der letzte Parteigenosse sie verstehen kann. Heute aber haben wir eine andere Aufgabe. Wir müssen politische Aufklärungsarbeit leisten, indem wir immer und immer wieder darauf hinweisen, daß die Partei heute eine andere sein muß, als sie früher gewesen ist, aus dem einfachen Grunde, weil ihr andere Aufgaben gestellt worden sind. Da gehe ich durchaus nicht einmal einig mit dem Gen. Scheidemann, der meinte, unsere heutige Einstellung zum Staat bedinge, daß wir eine andere Politik in den Landesparlamenten und im Reichsparlament treiben. Ich gehe einen Schritt weiter und behaupte: Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, wenn wir das jetzige Wahlrecht und die neue Verfassung nicht bekommen hätten, wir könnten nicht mehr die Partei sein, die wir vor Jahren waren, weil der Staat infolge der wachsenden Stärke der Arbeiterbewegung eine andere Stellung zur Arbeiterschaft einzunehmen gezwungen war. Das wird vielfach verkannt. Es war auch kein Zufall, daß wir schon auf früheren Parteitagen und in einer ganz anderen Form als heute über die Taktik in den Parlamenten uns zu unterhalten gezwungen waren, und zwar deshalb, weil in einem Lande die Aufgaben

der Arbeiterschaft im Klassenkampf anders gelöst werden mußten als in einem andern, in dem kein oder ein Dreiklassenwahlrecht bestand.

Für politisch unklug halte ich es, in dieser Form über Parteien zu reden, mit denen wir heute in einer Regierung zusammenzusitzen noch gezwungen sind. Ich halte es überhaupt für politisch unklug, daß sich die deutsche Sozialdemokratische Partei dauernd in eine Oppositionsstellung hineinmanövrieren läßt. Vielleicht wird bald die Zeit kommen, wo wir vor der Frage stehen, ob wir an der Regierung mitverantwortlich sein können oder müssen. Was tut das Zentrum heute? Es geht mit den Parteien, mit denen es glaubt, die Geschicke des Reiches lenken und zugleich für sich Parteipolitik treiben zu können. In dem Augenblick hat das Zentrum eine andere Politik gemacht, wo wir so stark waren, daß man ohne die Sozialdemokratie nicht regieren konnte. Daß es so gekommen ist, daß man, was wir nie geglaubt hätten, in der Republik gegen die Sozialdemokratie regieren kann, auszugleichen, muß unsere Aufgabe sein. Das erreichen wir nicht, wenn wir dauernd erklären, es ist nicht möglich, mit den Parteien zu gehen, obwohl diese gewillt und infolge ihrer sozialen Struktur gezwungen sind, unter Umständen mit uns zu gehen. Werfen Sie das gesamte Zentrum nicht in einen Topf! Warum ist es in Baden, warum in Preußen noch möglich, mit dem Zentrum Koalitionspolitik zu machen? In Baden wird es auch nach diesen Wahlen möglich sein. Im Reich soll es absolut unmöglich sein! Unsere Oppositionsstellung im Reich heute muß dazu benutzt werden, unsere Organisation und die Werbekraft unserer Partei so zu stärken, daß man im Reich nicht gegen die Sozialdemokratie regieren kann.

Ein Wort zur Organisationsfrage selbst! Der Aufstieg und die Lösung der Aufgaben unserer Partei ist heute mehr eine Finanzfrage als vor dem Kriege. Durch die Parteibeiträge werden wir kaum unsere nächsten Aufgaben finanziell so lösen können, wie es notwendig ist. Die ungeheure Arbeitslosigkeit wirkt lähmend auch auf die Genossen, die ideell auf unserem Standpunkt stehen. Hier müssen die Wirtschaftsbetriebe unserer Partei die notwendigen Mittel schaffen. Wir werden die Beiträge heute nicht erhöhen können, werden auch bis zum nächsten Parteitag die Mitgliederzahl nicht verdoppeln. Die Partei muß sich also nach anderen Einnahmen umsehen. In diesem Sinne bitte ich, es bei dem Vorschlag des Parteivorstandes zu lassen und den Leipziger Antrag abzulehnen. 25 Proz vom Reingewinn ist rechnerisch eine schöne Summe, aber den Geschäftsführer möchte ich kennen, der dem Parteivorstand den Reingewinn nicht verschleiern könnte.

Wir haben den Antrag gestellt — er wurde von den verschiedensten Teilen des Reiches gestellt —, die Eintrittsgelder herunterzusetzen. Wir werden durch diesen Antrag nicht etwa 100 000 oder 200 000 Mitglieder mehr bekommen. Aber das hohe Eintrittsgeld wirkt psychologisch hemmend auf die Agitationsarbeit unserer Genossen. Die Sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, den Eintritt in die Partei so leicht wie möglich zu gestalten. Dadurch, daß wir ein hohes Eintrittsgeld nehmen, wird die Fluktuation nicht vermieden, denn niemand, der austritt, überlegt, daß er wieder ein hohes Eintrittsgeld bezahlen muß. Ich bin der Ueberzeugung, daß viele Mitglieder durch schlechte Beitragskassierung verloren gehen.

Thurm-Berlin: Nach den rhetorischen Leistungen der Genossen Scheidemann und Heilmann, die sich mit der hohen Politik und mit der Barmat-Affäre beschäftigt haben, wird es schwer sein, das Ohr des Parteitags für eine mehr organisatorische Frage zu gewinnen, ich bitte aber bei der Wichtigkeit unserer Anträge Nr. 22 und 23 um Aufmerksamkeit. Die Anträge sind so selbstverständlich, daß man über sie nicht zu sprechen brauchte, wenn nicht Ereignisse im letzten Jahre es notwendig machten, diese Dinge durch einen Beschluß des Parteitags als wirklich selbstverständlich hinzustellen.

Die Ursache des Antrags 22 war für uns Berliner der Vorgang in Hannover. Wir wollen die Frage nicht erneut aufrollen. Wenn Sie der Demokratie in der Partei nicht Gewalt antun wollen, müssen Sie diesem Antrag zustimmen.

Die Veranlassung zu dem Antrag 23 war, daß ein Vertreter des Parteivorstandes auf dem Berliner Bezirksparteitag bindende Zusagen wegen der Aufstellung eines Parteigenossen gegeben hatte, daß aber die Veröffentlichung der Landesliste zunächst unterblieb, Erkundigungen ganz unzureichend beantwortet wurden und schließlich die Landesliste in dem Zentralorgan einen Tag vor Ablauf der Schlußfrist für die amtliche Einreichung erfolgte, so daß irgendwelche Proteste von vornherein gegenstandslos entweder gemacht werden sollten oder tatsächlich gemacht worden sind. Der Antrag ist in erster Reihe zum Schutz des Parteivorstandes gestellt, damit er nicht in den Verdacht irgendwelcher beabsichtigten Unterlassungen oder Ausschaltungen von Parteigenossen von irgendwelchen Kandidaturen kommen kann. Der Parteivorstand wird uns dankbar sein, wenn wir durch Annahme eines solchen Antrags dokumentieren, daß wir von einem Verdacht in dieser Richtung weit entfernt sind.

Wir hoffen, daß der Parteitag beide Anträge einstimmig annimmt.

Mäder-Altenburg: Wir haben uns bei der Einbringung des Antrags 27 von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß unter allen Umständen das moralische Prinzip in die vorderste Linie zu rücken ist. Wir haben hier und da beobachten müssen, daß nicht der Grundsatz moralischer Reinheit, sondern Fragen der alltäglichen Zweckmäßigkeit zuerst diskutiert wurden und das Prinzip überwucherten. Deshalb wollen wir auf dem Gebiete des Aufsichtsratswesens und -unwesens reinen Tisch machen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei schlechthin verboten sein muß, in privatkapitalistischen Instituten, wie Vorständen und Aufsichtsräten, zu arbeiten. Das Erkenntnisplus, das mit solchen Stellungen angeblich verbunden ist, wird hundertfach überwogen von der parteipolitischen Schädigung, die wir durch derartige Tätigkeit einzelner Genossen erfahren. Tatsächlich sind einige schwer kompromittiert. Ich bin im Gegensatze zu Scheidemann der Ueberzeugung, daß wir auch in Heidelberg auf Schädlinge in aller Offenheit hinweisen müssen. Es kommt darauf an, daß der Parteitag anders entscheidet a's jene wenigen, die tatsächlich irregegangen sind. Wenn den Frankfurtern heute vorgeworfen worden ist, sie seien irregeleitet, so behaupte ich demgegenüber: Es sind höheren Orts, ja sogar in den allerhöchsten Regionen unserer Parteiinstitution recht viele irregeleitet oder handeln bewußt im dunklen. Gewiß ist der Barmat-Skandal von der bürgerlichen Presse aufgebauscht worden. Sie hätte aber nicht im geringsten Gelegenheit nehmen können, die Partei zu kompromittieren, wenn nicht die Genossen Bauer, Heilmann usw. das Parteiansehen gefährdet hätten. Als Heilmann heute sprach, dachte ich, er würde darüber reden, inwieweit er in den Barmat-Skandal persönlich verwickelt ist. Er wich aber aus. Die allergeschickteste Pressеregie vermag die Tatsache nicht wegzuredigieren, daß Heilmann und andere schwer kompromittiert dastehen. Wir müssen als Partei unbedingt mißbilligend von ihren Barmat-Funktionen abrücken. Es ist die Frage berechtigt: Ist es denn überhaupt möglich, daß der Führer der preußischen Landtagsfraktion, der in der Partei eine Menge Ehrenämter inne hat, dessen Fähigkeiten ja zweifelsohne nicht gering zu veranschlagen sind, soviel Zeit übrig hat, um nur aus den Gefühlen der Freundschaft gegenüber Barmat in einem Dutzend Aufsichtsräten zu sitzen?! Wir Altenburger sind der provinzmäßigen Auffassung, daß tatsächlich jede private Tätigkeit in privatkapitalistischen Aufsichtsräten kompromittieren muß.

Der Parteivorstand hat einen Antrag eingebracht, der unsern Antrag abschwächen und zur Unwirksamkeit verdammen soll. Dieser Antrag ist völlig be-

deutungslos, weil er nicht festlegt, daß die in Frage kommenden Genossen den einzelnen Fraktionen von ihrer privaten Tätigkeit Mitteilung machen müssen. Mindestens ist die Anmeldepflicht von vornherein zu fordern. Sind nicht tatsächlich die Schädigungen durch jene Affären viel schwerer als der vielleicht hier und da auch in der Presse angedeutete Nutzen? Ist es nicht schwerwiegender, wenn eventuell 10 000 Mitglieder ihres Weges gehen, angewidert von jener zweideutigen Handlungsweise, als wenn etwa einige wenige behaupten können, sie hätten aus jener Tätigkeit schwerwiegende Erkenntnisse gewonnen? Ich bitte, den Antrag 27 unverändert anzunehmen. Er wird vielleicht dazu führen, daß fünf oder zehn Genossen der Partei den Rücken kehren. Lassen wir lieber jene zehn gehen, als daß die Partei zersplittert wird!

Ich habe mich besonders für das Bildungsproblem interessiert, wie es uns vom Vorstand unterbreitet worden ist. In bezug auf die Quantität der Bildungsarbeit ist viel geleistet worden. Das wird vorbehaltlos anerkannt. Die Qualität wird auf verschiedenen Gebieten sehr überschätzt. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir zu einer gewissen Dogmatisierung gekommen sind. Auf dem Gebiete der Arbeiterbildung dürfen nur die besten Kräfte herangezogen werden, während jetzt viele Mittelmäßigkeiten ihr Wesen treiben. Auch gegenüber den Parteischulen bestehen im Lande starke Bedenken. Wenn sie ihre Aufgabe vorwiegend darin erblicken, ein gewisses Minimum parteipolitischer Tendenzen zu vermitteln, sind sie abzulehnen. Sie können im günstigsten Falle eine Vertiefung der allgemeinen Menschheitsbildung bringen und jenes Ziel ohne absolute parteipolitische Bindung von vornherein erstreben. Die Idee des Sozialismus ist so tiefgründig und wertvoll, daß sie sich durchsetzen wird. Sie darf aber nicht zum blinden Kirchenglauben herabgewürdigt werden.

An die Bemerkungen von Adolf Hoffmann anknüpfend, darf ich sagen, wir stehen auf dem Gebiete der Kulturpolitik in einer äußerst schwierigen Situation. Das Reichsschulgesetz wird, sofern die Rechte ihre Absichten brutal durchsetzen sollte, die vollständige Zertrümmerung des deutschen Schulwesens bringen. Die Ideale Adolf Hoffmanns und seiner Anhänger, die Ideen der rein weltlichen Schule, der vollständigen Lösung des Staates von allen dogmatischen Glaubensgemeinschaften usw. werden von der Reaktion vollständig überrannt. Wir dürfen das große Gebiet der Kultur- und Schularbeit nicht vernachlässigen, wenn auch im Augenblicke rein politische und wirtschaftliche Tageskämpfe überwuchern. Der Enderfolg kulturpolitischer Arbeit liegt sicher am weitesten in der Ferne. Trotzdem müssen wir unbedingt zu einer erhöhten kulturpolitischen Aktivität kommen, wenn wir nicht nach und nach vollständig versanden wollen. Die sozialistische Bewegung hat viele einzelne Bildungsinstitute geschaffen, Jungsozialisten, Kinderfreunde, Elternbeiräte. Auf allen diesen großen Arbeitskomplexen liegt die Bewegung organisationsmäßig fest. Es fehlt aber die neue sozialistische Mentalität. Wir müssen eine vollkommene Umstellung anstreben und uns von jenen bürgerlichen Rudimenten völlig lösen, die noch immer in der Parteibewegung stecken.

Eben deshalb bitte ich nochmals, der neuen Kultur erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und dem Antrag 27 unter Ablehnung des Antrags des Parteivorstandes zuzustimmen.

Anna **Ziegler**-Leipzig: Die Frauenorganisation hat mit Unterstützung der Gesamtorganisation Groß-Leipzig einige im Interesse der Entwicklung der Gesamtbewegung liegende Anträge gestellt. Die Frauenagitation bedarf nicht nur einer besonderen Unterstützung der Männer, sondern der vollen Tatkraft der Frauen selbst. Die Genossin Juchacz hat gestern in ihrem Bericht u. a. festgestellt, daß die Anträge der sozialistischen Frauenbewegung ein Spiegelbild dieser Bewegung geben. Sie hat sich auf den Boden dieser Anträge gestellt, aber gleichzeitig hervorgehoben, daß der Antrag 11, der eine Frauenzeitung verlangt, überflüssig sei, daß dafür keine Notwendigkeit vorliege, weil schon die „Frauenwelt" und die „Genossin" vorhanden seien. Die Genossin Juchacz sprach davon, daß in dieser Forderung ein gewisser Konservatismus zum Ausdruck käme, daß etwas Altes wiederhergestellt und erhalten werden sollte. Wenn ein Redner davon gesprochen hat, daß Opposition um der Opposition willen getrieben werde, so muß ich für mich diese Vorwürfe ablehnen, denn wenn ich sachliche Meinungsverschiedenheiten gegen die Genossin Juchacz vortragen muß, so geschieht es, um dem Gesamtinteresse der Bewegung zu dienen. Ich berufe mich auf eine Vorkämpferin des wissenschaftlichen Sozialismus, auf Genossin Adelheid Popp in Oesterreich, welche dem Parteitag ein leuchtendes Vorbild sein dürfte und sicher nicht von konservativem Geist beseelt, sondern diejenige Genossin ist, welche in den österreichischen Frauenzeitungen gesunde Ideen zum Fortschritt der Frauenbewegung und der Gesamtbewegung uns zu geben hat. In der österreichischen Zeitschrift, „Die Frau", wird über die Parteimitgliederzahl in Oesterreich berichtet. Im Vergleich zu Deutschland und anderen Ländern, ganz besonders im Verhältnis zur Einwohnerzahl und der proletarischen Zusammensetzung der einzelnen Länder ergibt sich, daß Deutschland absolut nicht an der Spitze der sozialistischen Frauenbewegung steht und wir deshalb schwere Kämpfe in der Frauenaufklärung zu führen haben; die Mittel hierzu liegen unserer Meinung nach in der Schaffung einer Frauenzeitung. Wir brauchen diese ganz besonders, wenn wir unsere politischen Rechte, das Frauenwahlrecht, zur Erhaltung der Republik und zu ihrem Ausbau im sozialistischen Sinne in den Vordergrund unserer Arbeit stellen. Die österreichischen Genossinnen haben in ihrer Bewegung einen sehr gesunden Fortschritt erzielt. In Wien z. B. sind neben 186 000 männlichen Mitgliedern 86 000 weibliche Mitglieder zu verzeichnen. Wenn man die Einwohnerzahl Wiens Berlin zugrunde legt, so gibt Wien allein schon ein leuchtendes Beispiel für die deutschen Großstädte. Die Fortschritte der Gesamtbewegung in Oesterreich sind nicht zuletzt auf die zwei bestehenden Frauenzeitungen zurückzuführen, wo die sogenannte „Unzufriedene" mehr für die indifferenten Kreise geschaffen ist und allwöchentlich in 120 000 Exemplaren verbreitet wird und „Die Frau", welche als Monatszeitschrift erscheint mit dem gleichen Charakter wie dies früher die „Gleichheit" für uns war.

Es genügt nicht, daß wir die „Genossin" und die „Frauenwelt" haben. Die „Genossin" ist, wie auch Adelheid Popp anerkennt, ein gutes Informationsorgan für Funktionäre. Sie kann aber nicht als allgemeines Aufklärungs- und Bildungsorgan gelten. Wir wollen die „Genossin" nicht verdrängen, sondern haben sie sehr lieb gewonnen, wenn sie auch manchmal durch Erörterungen von Berichten über die außerdeutsche Frauenbewegung, parlamentarische Tätigkeit u. dgl. oft eine Ergänzung zur Aufklärung der Vertrauensleute nötig hätte, weil nicht alle weiblichen und auch männlichen Leser so weit geschult sind, die in den Artikeln kurz gefaßten Kernfragen zu ihrer Weiterschulung in dem Gesamtzusammenhang richtig zu würdigen. Die Genossin Juchacz meinte, wir sollten uns mit der „Genossin" und der „Frauenwelt" begnügen. In unserem Bezirk Groß-Leipzig besteht ein Heißhunger nach einer Frauenzeitung, die zur Schulung und Bildung dient, wie es die „Gleichheit" und „Kämpferin" war Die „Frauenwelt" wird deshalb von den Leipziger Genossinnen nicht mißachtet, denn sie ist uns ein willkommenes Werkzeug, um als Insektenpulver zu wirken und die bürgerliche Modenzeitung aus dem proletarischen Haushalt zu verdrängen. Sie ist ein Organ, mit dem wir die Frauen für unsere Bewegung gewinnen können.

Nun hat die Genossin Juchacz weiter geglaubt, daß wir uns damit zufrieden geben sollen, eine Frauenbeilage in den Tageszeitungen zu haben. Die „Leipziger Volkszeitung" legt jedenfalls von der ganzen deutschen sozialdemo-

kratischen Presse den größten Wert auf die Frauenbeilage, vor allem auf den Inhalt, der sich als Spiegelbild für alle anderen Zeitungen sehen lassen kann, aber wir dürfen die technischen und materiellen Schwierigkeiten der Parteipresse im allgemeinen nicht verkennen. Wie unsere Presse, so könnten auch die sächsischen Genossen vielen anderen Genossen als Spiegelbild gelten, weil sie die Notwendigkeit erkannt haben, daß man mit der Frau und nicht gegen die Frau für den Sozialismus arbeiten muß.

Der Parteitag sollte unter diesen Umständen unserer Forderung Rechnung tragen und der Parteivorstand darf nicht materielle Gründe zur Ablehnung unserer Anträge in den Vordergrund schieben. Die „Frauenwelt" hat in unserer letzten werbenden Woche im Oktober v. J. an der Spitze gestanden in bezug auf Abonnentenwerbung. Uns ist darüber ein Lobschreiben von Berlin aus zugegangen. Wir haben also in unserer Tatkraft nicht einen Stillstand, sondern eine Vorwärtsbewegung. Wir werden unsere ganze Tatkraft dafür einsetzen, daß neben der „Sozialistischen Frauenzeitung" auch die „Frauenwelt" bestehen bleibt.

Ein weiterer Antrag aus Leipzig verlangt, daß die Frau eine Vertretung im Parteiausschuß bekommt. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß in einer Körperschaft, die nach dem Parteivorstand als oberste Instanz zu allen wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen Stellung zu nehmen hat, im gesamten Deutschen Reich nur drei weibliche Vertreter mitberaten, und zwar auf Grund des § 22 des Reichsstatuts, wonach bei 10 000 weiblichen Mitgliedern eine weibliche Vertreterin in den Parteiausschuß entsendet werden darf. Diese Zahl sollte auf dem Berliner Parteitag auf 7500 herabgesetzt werden, leider erfolglos. Dieser Beschluß muß jetzt revidiert werden, indem der Parteitag dem Antrag 231 zustimmen sollte, daß mindestens 300 000 geleistete Beitragsmarken des vergangenen Geschäftsjahres im Bezirk zugrunde gelegt werden. Schleswig-Holstein ist z. B. mit 10 722 Mitgliedern gemeldet und im Parteiausschuß vertreten, während nur 322 744 Marken zu verzeichnen sind. Darüber steht Berlin, Breslau, Leipzig, Franken und das westliche Westfalen, die alle mehr Beitragsmarken geleistet haben. Leipzig hat z. B. 373 830 Beitragsmarken geleistet, aber keine Vertretung im Parteiausschuß wegen der ehrlichen Angabe von 8725 Mitgliedern. Ich appelliere an den Parteivorstand, diese Zahlen nachzuprüfen, und bitte den Parteitag in Zukunft anstatt 3 Vertreterinnen 9 Vertreterinnen in den Parteiausschuß schicken zu wollen, zu Nutz und Frommen des Vorwärtstreibens der Bewegung. Das kann geschehen auf Grund dieses Antrags. Wenn Sie diesen Antrag nicht annehmen, bitte ich, einen Eventualantrag anzunehmen, der die Zahl von 7500 weiblichen Mitgliedern zugrunde legt. Stimmen Sie diesem Antrag nicht zu, wird diese Diskussion auf dem nächsten Parteitag wiederkommen. Wir werden nicht ruhen, noch rasten, bis wir die Rechte der Frau im Interesse des Vorwärtstreibens zum Sozialismus innerhalb der Partei erfüllt sehen. (Lebhafter Beifall.)

Gustav Adolf **Müller**-Leipzig: Der Geschäftsbericht der Genossen Stelling und Bartels hat uns Sachsen und vielleicht noch andere Bezirke nicht befriedigt, weil er rein chronologisch zu den Dingen Stellung nimmt, aber an der Oberfläche haften bleibt. Ich hätte gern gesehen, wenn Genosse Stelling auf die tiefen Zusammenhänge hingewiesen hätte, die sich jetzt in der wirtschaftlichen Konstellation auftun, wenn er insbesondere die Stellung der Arbeiterklasse zu dem Zusammenschluß des Kapitals aufgezeigt hätte. Da will es mir eigentümlich erscheinen, wenn man angesichts des Klassenkampfes, den das Bürgertum jetzt führt, erklärt, wie es Genosse Scheidemann getan hat, man solle nicht immer wieder vom Klassenkampfgedanken sprechen, das seien olle Kamellen. (Zurufe: Das ist nicht wahr! Unruhe.) Das ist wohl wahr. Gerade dadurch, daß wir die Zusammenhänge in der Wirtschaft und die Machinationen der Bourgeoisie immer wieder aufdecken, zeichnen wir die Klassengegensätze auf, die den Klassenkampf bedingen. Der Klassenkampf ist noch immer das bewegende Moment in der Partei und muß es bleiben.

In der gleichen Linie liegen die Ausführungen des Genossen Heilmann. Ich bin erstaunt gewesen, daß Heilmann gesagt hat: Es scheint mir so, als seien hier bestimmte Delegierte, die Opposition treiben nur um der Opposition willen. Das sei der Anfang zur Spaltung der Partei. (Zuruf: Das hat er nicht gesagt!) So hat er wörtlich gesagt. Man soll doch nicht immer die Spaltung der Partei an die Wand malen. Wenn wir Kritik üben, so geschieht es in dem Bestreben, für die Arbeiterbewegung unser Bestes zu geben.

Ich kann auch nicht verstehen, wie Genosse Heilmann sagen konnte: „Da stellt man sich her und spricht von Barmat und irgendwelchen Zusammenhängen; ich möchte den Genossen Loeb daran erinnern, wie er in Thüringen von der Partei gestützt worden ist." Ich frage, wie kann man den Fall Loeb mit dem Fall Barmat in Zusammenhang bringen? (Zurufe. Beifall.) Der Fall Loeb findet sein Kennzeichen darin, daß Loeb nicht nur Sozialist und Jude war, sondern ein Mensch gewesen ist, der in der thüringischen Staatsbank Dinge getan hat, die dem Bürgertum nicht angenehm gewesen sind. Er hat etwas geleistet und das war der Reaktion unangenehm. Der Fall Loeb hat mit dem Fall Barmat gar nichts zu tun. Wenn Kritik an dem Fall Barmat geübt worden ist, ist daß im Interesse der Partei getan worden. Was an dem Fall Barmat wahr ist oder nicht, soll uns jetzt nicht beschäftigen. Aber ich möchte feststellen, daß prominente Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei in Beziehungen zu Barmat gestanden haben. (Zuruf: Geben Sie das Material den politischen Gegnern!) Das ist kein Material für politische Gegner, sondern Material, um endlich die Reinlichkeit in der Partei zu erzeugen, die wir notwendig gebrauchen, um eine proletarische Klassenpartei zu sein. Es ist nicht damit getan, daß man immer das Material verlangt. Es gibt so viel Imponderabilien — — (Zuruf: Redensarten!) Das sind keine Redensarten. Mit diesem Zuruf dokumentieren Sie, daß Sie nicht imstande sind, die Massen psychologisch einzuschätzen und die Auswirkung der Dinge auf die Massen zu verstehen. (Unruhe, Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Maier**: Parteigenossen, ich bitte Sie dringend, etwas mehr Ruhe zu halten. Man muß im Parlament auch einmal etwas hören können, was einem nicht angenehm ist. (Zuruf: Das ist aber bei dem Unsinn sehr schwer.) Auf einer Tagung der Sozialdemokratischen Partei wird von den Rednern niemals Unsinn verzapft. (Heiterkeit.)

Müller-Leipzig: Ich bedaure, daß Sie für so wichtige Dinge nichts weiter haben als Lachen und den Zwischenruf Unsinn. Das beweist mir, daß ich mich auf der richtigen Linie befinde. (Sehr gut!) Ich sehe, daß mein Bemühen vergeblich sein wird, sämtliche Delegierten für diese Gedankengänge zu gewinnen. Ich kann aber sagen, daß wir das ehrliche Bestreben haben, auf Reinlichkeit zu halten mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen.

Zu dem Antrag 214, wonach Parteigenossen, die in den Reichstag usw. gewählt werden, Aufsichtsratsstellen nur bekleiden dürfen, wenn die Fraktionen dagegen keine Einwendungen erheben, haben wir den Abänderungsantrag gestellt, daß die Fraktionen ihre Zustimmung zu geben haben. Damit wollen wir erreichen, daß die Fraktionen sich mit dieser Frage beschäftigen, wenn ein Abgeordneter einen Aufsichtsratsposten bekleiden will. Ich stehe auf dem Standpunkt: Kein Sozialdemokrat darf einen Aufsichtsratsposten in privatkapitalistischen Betrieben bekleiden. Nach dem Handbuch für die deutschen Aktiengesellschaften bekleidet Genosse Heilmann drei Aufsichtsratsposten in Barmat-Unternehmen. (Hört, hört!) Die Gegenseite wird sagen, wir Sozialdemokraten müssen in die privatkapitalistische Wirtschaft hineinstoßen. Ich glaube, das Hineinstoßen bringt nicht die Erfolge, die die Betreffenden erhoffen, ausgenommen die

materiellen Entschädigungen als Aufsichtsratsmitglieder. Daran haben wir aber kein Interesse. Ich bitte Sie, unserm Abänderungsantrage zuzustimmen.

Elise **Scheibenhuber**-Berlin: In unserm Antrag 56 ist eigentlich nichts gefordert, was für Parteigenossen nicht selbstverständlich sein sollte. Schon in der Reichsverfassung sind den Frauen grundsätzliche Rechte zugestanden. Diese Rechte gesteht uns die Partei auch zu, aber in der Praxis sehen die Dinge immer anders aus. Die Genossin Juchacz hat schon darauf hingewiesen, daß die Vertretung der Frauen in den Kommissionen nicht so ist, wie wir es im Interesse der Frauenagitation und Frauenarbeit wünschen. Ueberall sind die Frauen zurückgedrängt worden. Auf der Reichsliste für die letzten Reichstagswahlen stand eine ganze Anzahl Frauen an Stellen, wo sie auch gewählt werden konnten. Das waren aber alles Genossinnen, die in ihrem Wahlkreise schon an sicherer Stelle standen. Dann folgten auf der Reichsliste nur Genossen, und am Schluß wurde die Genossin Adele Schreiber genannt, die für die Reichsliste nicht mehr in Frage kam. Wir müssen, um in der Frauenarbeit vorwärts zu kommen, uns mehr als bisher der Frauen annehmen, die uns ferner gestanden haben, und sie zu gewinnen suchen. Da werden Dinge, die für einen Mann selbstverständlich sind, bei den Frauen immer als Ausnahme betrachtet. Ich glaube, keiner einzigen Frau, die im öffentlichen Leben tätig ist, ist die Frage erspart geblieben: Wie stellt sich deine Familie zu deiner Tätigkeit im öffentlichen Leben? Keinem Mann wird diese Frage vorgelegt. Die Einstellung der Genossen ist so, daß die Familie der Arbeit im öffentlichen Leben vorangeht. Diesen Standpunkt müssen wir bekämpfen und der Frau die Gleichberechtigung zugestehen.

Bei dem Abbau der Beamten und bei der Entlassung von Frauen aus den Betrieben wurde stets nur in Betracht gezogen, ob die Frau verheiratet war oder auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen ist. Die Tüchtigkeit in der Arbeit spielte keine Rolle. Wir müssen in erster Linie die Berufstüchtigkeit in Betracht ziehen, in zweiter Linie erst die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die wirtschaftliche Befreiung der Frau, wie sie Bebel schon verlangt hat, muß von der Partei durchgeführt und nicht auf alle mögliche Weise umgangen worden. Die Berufsausbildung der Frau muß ebenso gründlich erfolgen wie die der jungen Männer. Wenn aber der alte Standpunkt aufrechterhalten wird, erscheint eine Berufsausbildung der Mädchen nicht nötig, weil sie nicht mehr in Frage kommt, wenn das Mädchen sich verheiratet. Wir wollen die Berufsfreudigkeit wecken und die Berufstüchtigkeit herbeiführen. Wir müssen uns daher von der veralteten Anschauung freimachen, daß die Frau in erster Linie ins Haus gehört. Dann kommt nämlich das, was wir vermeiden wollen: Der Kampf der Geschlechter um die Arbeitsstelle. Damit kommt zum Ausdruck, was wir seit Jahrzehnten bekämpfen, daß die Frau die Konkurrentin des Mannes wird. Der Kampf der Geschlechter um die Arbeitsstelle beginnt dann erst, wenn wir uns zu diesen Dingen von Partei wegen nicht etwas anders einstellen, als es bisher gewesen ist.

Weiter nimmt unser Antrag Stellung zur Alkoholfrage. Ich weiß, daß es für viele Parteigenossen nicht sehr angenehm ist, wenn man diese Frage überhaupt anschneidet. Aber im Interesse unserer Bewegung selbst ist es notwendig, daß die Trinksitten innerhalb unserer Parteiveranstaltungen eingedämmt werden. (Sehr wahr!) Viele Frauen fühlen sich vom Parteileben zurückgestoßen, weil es sich in der Hauptsache in den Kneipen abspielt. Hinzu kommt, daß von dem sowieso geringen Arbeitsverdienst der Männer noch ein großer Teil für Alkohol ausgegeben wird. Wer einmal an Lohntagen beobachtet hat, wie die Fabriktore von Frauen belagert werden, wie sie auf ihre Männer warten, um ihnen das Geld abzunehmen, damit sie es nicht in die Kneipe tragen, der wird verstehen, daß viele Frauen verbittert darüber sind, daß die Partei zu diesen Dingen nicht etwas energischer Stellung nimmt. Genosse

Heinrich Schulz hat schon darauf hingewiesen, daß der Sozialismus eine Kulturbewegung ist, daß es notwendig ist, alle Mittel, die irgendwie zur Verfügung stehen, für kulturelle Zwecke zu verwenden. Der Alkoholgenuß gehört aber nicht zu diesen kulturellen Zwecken. Ich möchte Sie darum bitten, unsere Jugend in jeder Beziehung zu unterstützen. (Sehr richtig!) Die Jugend geht ja gerade auf diesem Gebiete heute bahnbrechend vor, und wir dürfen nicht über die Forderung der Jugend nach Enthaltsamkeit mit einem Lächeln hinweggehen.

In dem Antrag 211 fordern wir im Interesse der Belebung der Agitation, daß der Internationale Frauentag auch in Deutschland wieder eingeführt wird. Wenn Sie daran denken, daß in Oesterreich der letzte Frauentag eine ungeheure Menschenmenge auf die Beine gebracht hat, daß der Gedanke des internationalen Sozialismus in die Frauenherzen eingepflanzt werden konnte, dann müssen Sie unseren Antrag unterstützen. (Zustimmung.) Wir halten es für unbedingt notwendig, daß der Internationale Frauentag auch in Deutschland wieder stattfindet, und daß von Parteiwegen durch Hinweise an hervorragender Stelle in der Presse die Frauen aufgefordert werden, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Ich bitte Sie deshalb, unsere Anträge zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Thiel-Bremen: In der Debatte ist ausgiebig über den Rückgang der Mitgliederzahl gesprochen worden. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages auf ein Problem lenken, das nicht außer acht gelassen werden darf. In dem Bericht des Parteivorstandes sind allerhand Statistiken enthalten; aber es fehlt leider eine Statistik über das Alter unserer Parteimitglieder. Wir haben, als in Bremen eine solche Statistik aufgestellt wurde, die bedauerliche Erscheinung verzeichnen müssen, daß die jüngeren Jahrgänge, die in der Vorkriegszeit in erheblichem Maße in der Partei organisiert waren, heute fast völlig verschwunden sind. Der Kern der Mitgliedschaft besteht heute aus älteren Parteigenossen und -genossinnen. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Jahrgänge von 20—35 Jahren erschreckend zurückgegangen. Das ist zweifellos zum Teil auf die allgemeine politische Linie zurückzuführen, die die Partei in der Nachkriegszeit eingehalten hat. Hier liegen die Wurzeln des Versagens der Werbekraft der Partei bei der Jugend. (Sehr richtig!) Wir müssen in unserer Politik und in unserer sonstigen Haltung dieser Tatsache Rechnung tragen.

Dann möchte ich mir gestatten, den Parteitag auf den Antrag Nr. 50 aufmerksam zu machen, in dem die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl mißbilligt werden. Es war interessant, daß Genosse Stelling gestern zum erstenmal öffentlich feststellte, im Parteiausschuß habe sich bei der ersten Wahl nur eine recht schwache Mehrheit auf den Standpunkt des Parteivorstandes gestellt, einen einheitlich-republikanischen Kandidaten zu proklamieren, und eine starke Minderheit habe schließlich veranlaßt, daß ein eigener Parteikandidat im ersten Wahlgange aufgestellt worden sei. Genosse Müller hat diese Ausführungen in Cuxhaven dahin ergänzt, daß auch der verstorbene und durch den Parteitag mit Recht so geehrte Reichspräsident Genosse Ebert der Auffassung gewesen sei, man solle von vornherein einen republikanischen Einheitskandidaten aufstellen. Wir gestatten uns trotzdem anderer Auffassung zu sein, und zwar nicht nur bezüglich der ersten Präsidentenwahl, sondern auch bezüglich der zweiten. Zweifellos sind die Parteigenossen größtenteils, wenn auch nicht freudig, der Parole des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gefolgt und haben bei der zweiten Wahl für den republikanischen Kandidaten Marx gestimmt. Ich will nicht verschweigen — das Echo in der Parteipresse nach der ersten Präsidentenwahl legt Zeugnis davon ab —, daß dieser Schritt des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in weiten Kreisen der Partei nicht verstanden wurde. Vor allen Dingen aber findet es in weiten Parteikreisen keine Billigung, daß der Parteivorstand unter Hinzuziehung des Parteiausschusses diktatorisch in dieser Frage gehandelt hat

(sehr richtig!), daß man weitesten Mitgliederkreisen der Partei keine Gelegenheit gegeben hat, ihre Ansicht zu sagen. Die Parteigenossenschaft Bremens wünscht dringend, daß die Parteidemokratie höher geachtet wird, als es in diesen und anderen Fällen geschehen ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf das Verhalten der französischen und der belgischen Partei hinweisen, die beide in ausgiebigem Maße ihren Mitgliedern Gelegenheit gegeben haben, zu der Frage der Regierungsbeteiligung bzw. Unterstützung des Kabinetts sich auszusprechen und endgültig zu entscheiden. So ist die Frage der Vorbereitung der Präsidentenwahl nicht nur eine eminent politische, sondern auch eine Frage der Parteidemokratie.

Der Parteivorstand hat sich bei den Präsidentenwahlen von dem Gedanken der republikanischen Einheitskandidatur, von dem Gedanken der weiteren Konsolidierung der Republik leiten lassen. Ich bin der letzte, der diesem Gedanken nicht das notwendige Verständnis entgegenbringt. Aber ich vertrete darüber hinaus die Auffassung, daß die deutsche Sozialdemokratie die große historische Aufgabe hat, die sozialistische Arbeiterbewegung zu festigen und zu konsolidieren. Unter diesen Umständen hätte eine sozialdemokratische Kandidatur im zweiten Wahlgange die links von uns stehende, sich Arbeiterpartei nennende Kommunistische Partei bis zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich vertrete die Auffassung, daß wir keine Gelegenheit versäumen dürfen, um die Bedeutung dieser Partei durch eigenes sicheres Auftreten auf das Maß zurückzuführen, das ihr gebührt. In weitesten Parteikreisen ist die Meinung vorhanden, daß die Republik in Deutschland besser gestützt ist, wenn wir über eine zweistellige Millionenzahl von Wählern verfügen, als durch manche Maßnahmen, die in der letzten Zeit zu ihrem Schutz getroffen worden sind. Vor einer starken Sozialdemokratischen Partei, vor riesigen sozialistischen Wählermassen ist die Reaktion ganz anders eingestellt als vor einer auf ein gewisses Mindestmaß zurückgeschraubten sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Wir verlangen also Parteidemokratie und Konsolidierung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch die Maßnahmen des Parteivorstandes. (Beifall.)

Widmann-Offenbach a. M.: Parteigenossinnen und -genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag 215 lenken. Wir beantragen dort, daß der internationale Beitrag, der bis heute noch nicht von allen Bezirken erhoben wird und der früher vom Parteivorstand geleistet wurde, in Zukunft wieder von der Zentralkasse getragen werden soll. Ich bin mir nicht im unklaren darüber, daß die Partei finanziell heute noch nicht über dem Berge ist, aber ich glaube, daß die Gesundung der Partei Fortschritte gemacht hat und daß die Zentralkasse wieder in der Lage wäre, den internationalen Beitrag zu zahlen. Wir beantragen weiter die Erhebung eines Kulturbeitrages. Mit diesen Mitteln könnten wir großzügigere Bildungsarbeit leisten, vor allem in der wichtigen Frage der Arbeiterwohlfahrt. Ohne Geld ist nichts zu machen, und die bisherigen Unterlagen zur Finanzierung dieser beiden wichtigen Tätigkeitsgebiete reichen nicht aus. Die Unterlagen werden dadurch geschaffen, daß wir den Bezirken und Ortsvereinen, die sich über die Unterverteilung der ihnen zufließenden Mittel verständigen müssen, die Möglichkeit geben, immerhin mit einer festen Einnahme zu rechnen, wenn sie auch bescheiden ist. Der Gen. Adolf Hoffmann hat heute auf die wichtigen Erziehungs- und Schulfragen hingewiesen. Allerdings können wir uns für unsere engere Heimat seiner Argumentation nicht anschließen. Wir haben vielleicht neben Baden die konsolidierteste Regierung; denn seit dem 9. November 1918 besteht bei uns ununterbrochen die kleine Koalition mit den Demokraten und mit dem Zentrum. Die Frage der Koalition ist für uns keine Frage des Prinzips, sondern des Verstandes und der Taktik. Aber die Erfahrungen, die wir gemacht haben, zwingen uns dazu, zu verhüten, daß das Zentrum nicht noch mehr nach rechts treibt, als es heute schon

der Fall ist. Wir haben in Hessen ein Volksschulgesetz, das zu den besten des Reiches gehört. Das Zentrum hat zwar erklärt, daß es in der Frage der Religions- und Bekenntnisschule um kein Jota von seinem Programm abgeht; aber es will der Tatsache, daß wir seit dem Jahre 1874 in Hessen neben Baden und Hessen-Nassau die Simultanschule haben, Rechnung tragen. Das ist doch eine Politik, die man begreifen kann. Keine Frage ist heute so wichtig wie die Frage der Jugenderziehung. Nicht nur die Politik allein ist es, mit der wir die Wählermassen für uns gewinnen. Je mehr wir unsere Schulen in fortschrittlichem Sinne ausgestalten können, je mehr wir in die Lehrkörper der Schulen eindringen können, um so mehr werden wir auch die Jugend für uns gewinnen. Ich kann Ihnen sagen, daß wir in Hessen trotz der Koalition mit dem Zentrum das beste Lehrerbildungsgesetz im Reich haben. Dieses Lehrerbildungsgesetz hat uns die Möglichkeit gegeben, in dem Lehrplan der Schulen einen Lehrstoff aufzunehmen, der himmelweit verschieden ist von dem, den wir leider in der Schule durchmachen mußten. Diese Tatsache beweist, daß man die Politik nicht nur nach dem Schema von Berlin oder von Sachsen, wo die Verhältnisse anders gelagert sind als bei uns, machen kann.

Seit dem Jahre 1918 haben wir, wie bereits bekannt, in Hessen die Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten. Wenn Sie unsere Wahlresultate betrachten, so werden Sie finden, daß wir an fünfter Stelle im Reich stehen. Vor uns kommen nur noch die rein proletarischen Wahlkreise: Hamburg, Magdeburg, Leipzig und Dresden. Wenn dieses Resultat in dem agrarisch stark durchsetzten Hessenland möglich war, so beweist das, daß die Koalitionspolitik nicht so schlecht ist. Von unseren sächsischen Genossen wurde heute die Deutsche Volkspartei als ein Popanz hingestellt, mit dem man nicht zusammenarbeiten solle. Wir in Hessen haben es bis jetzt fertiggebracht, wenn es uns auch schwer fiel, die große Koalition zu verhindern; aber wenn es im Interesse des Proletariats und des Volksganzen gelegen ist, dann werden auch wir mit der Deutschen Volkspartei Politik machen. Ich habe immer das Gefühl, als ob die Angst vor dieser Partei, die Furcht vor der eigenen Courage sehr mitspricht. Warum ist heute das Zentrum die mächtigste Partei im Deutschen Reich und in vielen Ländern? Weil es niemals sagt: ich gehe aus der Regierung heraus, sondern stets erklärt: ich lasse mich nicht verdrängen. Diese Tatsache dürfen wir bei unserer Kritik nicht außer acht lassen. Man darf nicht alles über einen Kamm scheren, sondern muß die Dinge so nehmen wie sie sind. Wir in Hessen sind auch unter Einschluß derjenigen Genossen, die auf dem linken Flügel der Partei stehen, der Meinung, daß unsere Politik trotz mancher Mängel und Fehler von den Massen verstanden wird. Wir haben uns das Vertrauen der Massen erhalten und hoffen, daß wir es in Zukunft noch mehr gewinnen werden. (Bravo!)

Vors. **Maier**: Ehe wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich noch Kenntnis geben von einem Schreiben der Sozialdemokratischen Partei Norwegens. Es lautet:

> Wir haben Ihr Wertes vom 18. d. M. erhalten, bedauern aber sehr, daß wir nicht in der Lage sind, einen Vertreter zum Parteitag zu entsenden. Wir bitten Sie, dem Parteitag unsere herzlichsten Grüße zu übermitteln.
>
> Mit sozialdemokratischem Gruß
>
> Sozialdemokratische Partei Norwegen.

(Lebh. Bravo!)

(Darauf tritt um 1 Uhr 5 Minuten die Mittagspause ein.)

Nachmittagssitzung.

Hermann **Müller**-Berlin (Parteivorstand): Zu Beginn der heutigen Debatte hat Genosse Broßwitz auf die Anträge hingewiesen, die verlangen, daß die Beamten nur freigewerkschaftlich organisiert sein sollen. Mich wird niemand im Verdacht haben, daß ich gegen den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund etwas einzuwenden habe. Aber in der Praxis müssen wir zunächst noch eine gewisse Toleranz üben, da viele Reichs- und Kommunalbeamten noch in anderen Verbänden sind. Wir sollten hier einiges der Entwicklung überlassen und nicht Schranken aufrichten, die in vielen Parteiorganisationen zu dauerndem Streit führen könnten. (Sehr richtig!)

Es ist von der Kontrollkommission mitgeteilt worden, daß Beschwerden über den Parteivorstand nicht vorliegen. Es ist auch kein Mißtrauensantrag gestellt. Aber in dem letzten Satz des Antrages 222 sehe ich ein verstecktes Mißtrauensvotum gegen den Vorstand. Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, daß man dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts unterstellt, irgendeine Handlung des Parteivorstandes hätte für ihn bei der Urteilsfällung maßgebend sein können. Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen. Auf die Materie kann ich nicht eingehen, weil sie der Sachsenkommission überwiesen ist. Die Genossen Loeb und Broßwitz haben gebeten, wir sollten uns mehr um Frankfurt kümmern. Ich selbst, der ich vor 32 Jahren in Frankfurt in die sozialistische Bewegung gekommen bin, bin der letzte, der irgendwie gegen Frankfurt voreingenommen ist. Als ich den Antrag 209 las, daß wir die Fühlung mit den Massen verloren hätten, habe ich mit Maruschka gesagt: „Das betrieft mir nicht." Die anderen Kollegen im Parteivorstand waren derselben Meinung. Ich bin dafür, daß kameradschaftlicher Ton nicht nur in Frankfurt, sondern in der gesamten Partei herrschen sollte. Die Stellung eines solchen Antrages wäre sicher nicht möglich gewesen, wenn diese Kameradschaftlichkeit in Frankfurt vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig!) Die Frankfurter Redner haben sich erfreulicherweise materiell den Inhalt dieses Antrages nicht zu eigen gemacht. Es wurden hier Entschuldigungen angeführt und gesagt, der Antrag sei aus einem rein proletarischen Distrikt gekommen und hätte nicht abgewürgt werden können. Da bin ich anderer Auffassung. Die Qualität des Führers zeigt sich darin, daß er der Wahrheit überall zum Sieg zu verhelfen sucht, selbst wenn ein Antrag aus einem proletarischen Distrikt kommt. Wenn ein Antrag der Wahrheit nicht entspricht, dann bekämpfe ich ihn. Wenn dieser Antrag einstimmig in Frankfurt angenommen wurde, dann muß doch der eine oder der andere damals in der Delegiertenversammlung sich gegen diesen unsinnigen Antrag gewendet haben. (Zuruf.)

Die rote Fahne ist die Fahne unserer Partei und des internationalen Sozialismus gleichzeitig. Das entbindet uns aber in der historischen Situation, in der wir zu kämpfen gezwungen sind, nicht davon, für die schwarzrotgoldne Fahne gegenüber den Reaktionären einzutreten, wo wir dazu Gelegenheit haben. Ich selbst habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht, daß wir auch wieder auf diesem Parteitag ein sozialdemokratisches Programm brauchen, das allgemein anerkannt wird, weil viele unserer Jugendlichen in die schwarzrotgoldne Reichsbannerbewegung hineingekommen sind, die zunächst für die Republik eingestellt sind und die wir zu Sozialisten zu erziehen haben. Also ein Gegensatz liegt darin nicht.

Zur Barmat-Affäre hatte ich durch den Beschluß der Fraktion in einem ziemlich frühen Stadium Gelegenheit, von der Tribüne des Reichstags mich mit genügender Deutlichkeit zu äußern. Die Fraktion hat damals alle Schritte unternommen, die überhaupt unternommen werden konnten, um Klarheit zu schaffen. Im einzelnen darüber zu referieren, ist nicht meine Aufgabe. Ich weiß

nicht, wie weit Ludwig, der das Schlußwort hat und Vorsitzender dieser Untersuchungskommission gewesen ist, auf Grund der heutigen Debatte noch auf Einzelheiten eingehen will. Aber wenn es immer so dargestellt wird, als ob man mit einem Mann wie Barmat zu keiner Zeit Beziehungen hätte unterhalten dürfen, so erinnere ich daran, daß, als die Führer der deutschen Sozialdemokratie mit ihm in Verbindung getreten sind, Branting, Troestra und die Führer der Internationalen in seinem Hause verkehrt haben und er in einer schwierigen Zeit der Internationale sein Haus in Amsterdam zur Verfügung gestellt hat. Es ist auch das Wort von der weißen Weste gefallen. Ich stelle fest, daß die Untersuchungskommission der Partei jeden Genossen, der überhaupt öffentlich genannt worden ist, vernommen hat, und daß sich ergeben hat, daß kein Fleck auf die betreffenden Personen fällt. Ich will keine Barmat-Debatte heraufbeschwören. Wenn man aber daran denkt, wie zu gewissen Zeiten einzelne Parteigenossen in gewissen Blättern vorgenommen worden sind, muß man zugeben, daß Genosse Stelling recht hatte, als er sagte, daß einige hier seien, die sich an die Brust schlagen sollten. Ich erinnere an die Vorwürfe, die in mehr als einer Nummer der „Leipziger Volkszeitung" gegen Wels erhoben worden sind. Es ist darauf hingewiesen worden, daß er auf dem Stuhl von Bebel sitze. Die Ironie der Geschichte will es, daß sich auch Bebel einmal wegen seiner Beziehungen zu Kapitalisten im gegnerischen Lager zu verteidigen hatte, und zwar auf dem Gothaer Parteitag; es handelte sich um eine Kiste Wein und um ein Darlehen. Niemand aber wird in der Partei Bebel gegenüber irgendwelche Vorwürfe aufrechterhalten.

In diesem Zusammenhang wurde davon gesprochen, daß das alte Vertrauen wiederhergestellt werden müsse, das zu früherer Zeit gegenüber dem Vorstand geherrscht habe. Ich sitze jetzt 19 Jahre im Vorstand und kann mich wohl daran erinnern, wie und zwar zum Teil auch damals aus Sachsen von Rosa Luxemburg, Parvus und Zetkin Urteile abgegeben wurden, die man nicht als Vertrauensvotum für Bebel, Singer und Auer auffassen konnte. Dazwischen haben freilich auch Südekum, Gradnauer und andere die Führung in Sachsen gehabt. Gegenüber Bebel ist auf dem Nürnberger Parteitag wegen seines Eintretens für die deutsch-englische Friedensresolution der Vorwurf der Senilität erhoben worden. Wer das alles miterlebt hat, ist nicht geneigt, das so tragisch zu nehmen, wie es einzelne jüngere Parteigenossen tun.

Ueber unsere Politik im Zusammenhang mit der Politik der bürgerlichen Parteien hat Fleißner heute morgen Ausführungen gemacht, nach denen immer noch der Gedanke der Volksgemeinschaft propagiert worden sein soll. Wo ist das in der sozialdemokratischen Presse geschehen? (Sehr richtig!) Zur Volksgemeinschaft gehören auch die Deutschnationalen. Wo ist das Parteiorgan, das diese Volksgemeinschaft, wie sie auch von einzelnen Zentrumsabgeordneten aufgefaßt wird, herbeiführen wollte? Davon kann gar keine Rede sein. In Nürnberg habe ich neulich gesagt: Die Volksgemeinschaft ist etwas Schönes. Wir werden sie bekommen, wenn wir nach dem Sieg des Sozialismus die klassenlose Gesellschaft haben werden.

Im Zusammenhang damit ist gesprochen worden von der Haltung des Vorstandes und der gesamten Partei zur Reichspräsidentenwahl. Vorausschicken möchte ich wenige Worte zu der Frage der Technik, die besonders von dem Bremer Delegierten berührt worden ist. Gewiß, die französische und die belgische Sozialdemokratie rufen öfter Parteitage ein! Die Parallele mit Belgien will ich nicht ziehen, weil die Kleinheit des Landes es eher ermöglicht, einen Parteitag einzuberufen. Ich will auch nicht im einzelnen von der Tradition der deutschen Sozialdemokratie sprechen, — aber, ob es für uns praktischer wäre, an Stelle eines einwöchigen Parteitages mit gründlicher Arbeit, wie wir sie hier wieder leisten, des öfteren im Jahre zur Regelung einzelner konkreter

Fragen eine Reihe von Parteigenossen schnell aus dem Reich zusammenzuholen, das bezweifle ich. Ich glaube nicht, daß das Resultat ein anderes wäre, es würde vielleicht noch mehr zugunsten der Parteileitung ausfallen. Mit Demokratie hat das aber überhaupt nichts zu tun. Demokratie bedeutet, daß in letzter Instanz die Massen zu entscheiden haben, die gar nicht selbst alles entscheiden können, sondern ihre Vertrauensmänner wählen und sie absägen müssen, wenn sie das Vertrauen nicht mehr rechtfertigen. Eine andere Auffassung würde die Abtötung jeder Führerqualität bringen und sich gegen jede Politik auswirken. Von Diktatur kann gar keine Rede sein, wenn die Vertrauensmänner der Partei, die im Parlament sitzen, die Reichstagsfraktion, die Mitglieder des Parteiausschusses, die Kontrollkommission, wenn Eile nottut, zu einer dringenden Beratung zusammenberufen werden.

Politisch ist zur Reichspräsidentenwahl folgendes zu sagen: Auf meine Cuxhavener Ausführungen ist schon hingewiesen worden. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß nicht nur Ebert der Auffassung war, man solle im ersten Gang für einen republikanischen Sammelkandidaten eintreten, sondern daß alle Parteigenossen, die zunächst als Kandidaten in Aussicht genommen waren, denselben Standpunkt vertraten, nicht nur Löbe, sondern auch Otto Braun, der deshalb nur ungern und unter der Bedingung angenommen hat, daß er nur für den ersten Gang zu kandidieren brauchte. Wir sollten uns doch darüber klar sein, wie die Dinge in Deutschland damals gelegen haben. Man konnte damals mit Sicherheit annehmen, daß ein Sozialdemokrat nicht Reichspräsident wird. Diejenigen, die sich sonst so gerne auf den Klassenkampf und auf die Interessen berufen, die die Klassen regieren, sollten das zuerst begreifen. Zweitens aber mußte versucht werden, einen zuverlässigen Demokraten und Republikaner an die Spitze des Reiches zu bringen. Das ist im Verlaufe der Präsidentenwahl im zweiten Wahlgang nicht gelungen. Aber im ersten Wahlgang hat noch Jarres kandidiert. Ich weiß nicht, ob nicht vielleicht doch noch in den nächsten Jahren mancher sich sagen wird, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn an der Spitze dieser jungen Republik ein Republikaner und Demokrat stände und nicht gerade Hindenburg. Wobei wir zunächst allerdings angenommen haben, daß die Anhänger Hindenburgs selbst so klug sein würden, diesen Mann nicht auf diesen Posten zu stellen.

Wir waren uns also darüber klar, daß ein Sozialdemokrat das Rennen nicht machen würde. Was hätte es dann aber noch für einen Zweck gehabt, eine sozialdemokratische Kandidatur für den zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten! Wir hätten dann denselben Fehler gemacht, den wir den Kommunisten mit Recht vorwerfen, denen wir sagen, daß durch ihre Taktik eigentlich erst Hindenburg gewählt worden ist. (Sehr richtig!) Das tatsächliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl hat gezeigt, daß nicht nur kein Sozialdemokrat unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Reichspräsident durchzubringen ist, sondern auch kein Zentrumsmann. Das kann uns aber doch nicht veranlassen, für den nächsten Reichspräsidentenwahlkampf zu erklären, daß alle Parteien wieder getrennt auftreten sollen. Sondern im Gegenteil muß es sich darum handeln, die Kräfte der Republikaner für diesen Zweck zu konzentrieren. Nach der ganzen Struktur unserer Verfassung ist eine Reichspräsidentenwahl etwas anderes als eine Reichstags- oder Landtagswahl. Bei den letzteren messen wir unsere Kräfte mit den anderen Parteien. Bei der Reichspräsidentenwahl kann nur einer gewählt werden, und wir müssen alles daran setzen, daß der so aussieht, wie wir es im Interesse der Demokratie und der Republik wünschen. Genosse Künstler hat heute morgen gesagt: Wenn es anders gekommen wäre, hätten die bürgerlichen Parteien schuld gehabt, die weniger Stimmen bekommen und sie nicht auf unseren Kandidaten vereinigt haben. Nein! Wenn wir so verfahren hätten, hätten wir selbst die Schuld gehabt. Wir tragen mit die Verantwortung. Deshalb können wir uns nicht herausreden und sagen: Es geschieht meinem Vater recht, wenn ich mir die Finger erfriere, warum kauft er mir keine Handschuhe! Was hat in Frankreich einmal die Präsidentenwahl gezeigt? Wenn nicht vor dem Kriege die sozialistische Partei abseits gestanden und bei der Vorwahl nur Parteipolitik getrieben hätte, wäre an Stelle von Poincaré ein anderer an der Spitze der Republik gestanden, als diese Konfliktszeit kam. Wenn auch niemand sagen kann, wie unter anderen Umständen der Verlauf der Geschichte gewesen wäre, es wäre jedenfalls sehr gut gewesen, wenn ein weniger belasteter Mann damals an der Spitze der französischen Republik gewesen wäre. Ich will im einzelnen gegen Künstler nicht polemisieren. Aber wenn er sagt, daß das Zentrum wegen seiner Einstellung zum Papst nicht die richtige Einstellung zur Republik finden könne, so verstehe ich das nicht. Papst und Republik haben sich ganz gut abgefunden. Ich erinnere nur an Südamerika, das ganz katholisch ist. Man hat soviel von der Schlauheit und Gerissenheit des Zentrums gesprochen. Ich hätte manchmal gewünscht, daß diese Schlauheit auch bei uns allenthalben zu finden gewesen wäre.

Nölting hat über die heilige Unruhe, die der Partei notwendig wäre, über die Opposition gesprochen, die aus der gärenden Jugend herauskommt. Ich habe mich immer, soweit es meine Zeit erlaubte, um die Arbeit der Jugendbewegung gekümmert. Ich bin nicht der Ueberzeugung, daß ich soviel Fett angesetzt hätte, daß ich nicht die nötige Fühlung mit der Jugend aufrechterhalten könnte. Ich war immer der Ansicht, daß die Diskussionen in der Jungsozialistenbewegung nach verschiedener Richtung befruchtend für die Gesamtpartei gewesen sind. Nur zweierlei! Wenn z. B. in der Jugendbewegung so scharf auf die Schäden des Alkoholismus für die Arbeiterbewegung hingewiesen worden ist, so können wir das nur begrüßen. Ich, der ich auch nicht in dem Verdacht stehe, Abstinent zu sein, habe diese Bewegung immer gefördert. Wenn weiter aus diesen jugendlichen Kreisen heraus immer so stark betont worden ist, daß man nicht alles dem Gang unentrinnbarer ökonomischer Notwendigkeiten überlassen darf, sondern der Wille ein starker Faktor auch in der Politik ist, so sind diese Anregungen durchaus zu begrüßen. Vieles, was in so wohl formulierten Sätzen Nölting gesagt hat, ist nicht nur richtig, sondern verdient weite Beachtung. Aber wir wollen auch gegenüber Erscheinungen auf der anderen Seite nicht blind sein. Ich bin selbst in der letzten Sitzung des Reichsausschusses der Jungsozialisten gewesen und habe mit anhören und sehen müssen, wie zwei auf bestimmte Dogmen eingeschworene Richtungen sich gegenüberstanden und daß dann die Entscheidung jedesmal mit 5 zu 4 Stimmen fiel. Wir haben ja die Hannoveraner und die Hofgeismarer in der Jungsozialistenbewegung. Ich habe dort schon gesagt: So kann es nicht weitergehen. Das ist das Gegenteil dessen, was Ihr Euch ursprünglich als Ziel gesetzt habt. Dieser Richtungsstreit wird in so scharfen Formen von den Jugendlichen ausgetragen, wie wir das nur in schlimmen Zeiten unter den Aelteren in der Partei erlebt haben. Wir wollen auch gegen diesen Teil der Bewegung nicht blind sein, wenn wir im übrigen der Jugend in ihrer Gärungszeit es überlassen, mit den einzelnen Problemen zu ringen.

Genosse Adolf Hoffmann hat gesagt, wir ständen an einem Wendepunkt der Politik unserer Bewegung. Ich warne dringend vor solchen Wendepunkten. (Sehr richtig!) Wir haben sie schon sehr oft in den letzten Jahren gehabt und brauchen dann nicht jedesmal die Kleider zu wenden. Wahrscheinlich werden die Rechtsparteien, insbesondere die Deutschnationalen, auf dem von ihnen eingeschlagenen Weg noch eine Weile weitergehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Deutschnationalen die Erledigung der Aufwertungsfrage, die Durchsetzung des Steuerprogramms und vieles andere auf sich genommen haben, um wegen irgendeiner außenpolitischen Frage die Regierung wieder zu ver-

lassen. Die deutsche Politik kann leider nach dem verlorenen Krieg weder von uns noch von den Deutschnationalen nach dem, was jedem am liebsten wäre getrieben werden. Wir stehen vielfach zwangsläufig unter außenpolitischen Einflüssen. Sehr leicht können im Verlauf der nächsten Zeit -- nicht in Wochen, aber vielleicht Monaten oder Jahren — die Dinge wieder dahin kommen, daß wir, ob wir wollen oder nicht, an der Verantwortung teilnehmen müssen. Die Sozialdemokratische Partei kann unter so komplizierten Verhältnissen, getreu der Lehre ihrer großen Meister, nichts anderes tun, als sich an den Tatsachen zu orientieren, um Arbeiterklassenpolitik zu treiben, um so für die breiten Massen des Volkes einzutreten. Wenn wir zu irgendeiner konkreten Frage Stellung nehmen, müssen wir dies immer so tun, daß wir dabei bestens die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Das ist Klassenkampf, wie wir ihn auffassen. Dabei braucht man nicht das Wort Klassenkampf immer im Munde zu führen. Das habe ich schon in Görlitz gesagt. Sonst wären ja die Kommunisten die besten Klassenkämpfer. Das Entscheidende ist für uns das Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse. Für die Arbeitermassen: Durchdringung des Staates mit Sozialismus, soweit es heute überhaupt möglich ist, Ausgestaltung des Staates im Sinne der Demokratie. Davon werden wir uns leiten lassen. Wer diesen Parteitag mit seiner stolzen Geschlossenheit — unbeschadet aller Meinungsverschiedenheiten — sieht, weiß, daß wir in den letzten Jahren auf dem richtigen Weg gewesen sind. Bleiben wir auf diesem Wege, dann werden wir auch zum Ziele kommen! (Bravo! und Händeklatschen.)

Seydewitz-Zwickau: In der Nummer unseres Heidelberger Parteiblatts, in der der Bericht über die erste Sitzung steht, steht ein Artikel über „Die Krise der deutschen Republik." Darin sind folgende Sätze zu lesen:

> Der erste Versuch ging von Gustav Stresemann aus, und in diesem Kabinett Stresemann-Hilferding war die Sozialdemokratie gerade gut genug, das Ruhrabenteuer und den Währungszusammenbruch zu liquidieren. Der zweite war der „Volksblock", gut genug zur Unterstützung der Kandidatur Marx, die nicht er, sondern das mit Deutschnationalen in der Regierung koalierte Zentrum aufgestellt und den beiden anderen Parteien aufoktroyiert hatte: Dies — das muß hier einmal gesagt werden — war der letzte Grund der Niederlage bei der Reichspräsidentenwahl.

(Sehr richtig! und Zurufe.) Diese Sätze zeigen die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei. Sie zeigen aber auch, daß die Reichspräsidentenwahl und ihr Ergebnis nicht so behandelt werden können, wie es Stelling in seinem Bericht getan hat. Wenn er sagt, daß nicht allenthalben die Parteigenossen bei der Reichspräsidentenwahl ihre Pflicht erfüllt haben, so hat er damit zum Ausdruck bringen wollen, daß, wenn es anders gewesen wäre, nicht Hindenburg, sondern Marx zum Reichspräsidenten gewählt worden wäre. Genosse Hermann Müller hat dagegen in einer Parteiausschußsitzung gesagt, daß diese Auffassung irrig ist, daß die Ursachen der Wahl Hindenburgs andere sind als die Tatsache, daß der oder jener Parteigenosse bei der Wahl seine Pflicht nicht getan habe. Schon bei der Aufstellung des Kandidaten für den zweiten Wahlgang hat sich gezeigt, daß unsere Politik in dem letzten Jahre uns schweren Schaden zugefügt hat. Wir haben nicht mit den anderen Parteien über einen gemeinsamen Kandidaten verhandelt, sondern das Zentrum hat Marx aufgestellt und von uns verlangt, dem zuzustimmen. Der Beschluß, der damals gefaßt wurde von den Parteiinstanzen, ist von weiten Kreisen der Genossen nicht verstanden worden. Viele Genossen konnten nicht mit der Begeisterung für Marx in den Wahlkampf ziehen, wie sie es für Otto Braun getan hätten.

Genosse Scheidemann hat hier ein Bild von den Zuständen in der Republik gemalt. Man könnte dieses Bild noch durch eine Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse ergänzen, um zu zeigen, daß diese Zustände nicht so sind, daß wir zu dieser Republik aus vollem Herzen Ja sagen. (Unruhe. Zurufe: Das sind doch keine Neuigkeiten.) Parteigenossen, wenn Sie nur Neuigkeiten hören wollen, dürfen Sie nicht auf den Sozialdemokratischen Parteitag gehen.

Ich glaube, niemand wird diese von Scheidemann geschilderten Zustände in der Republik bestreiten wollen. Diese Zustände sind geworden, trotzdem die Sozialdemokratie in den letzten Jahren, um die Republik zu sichern, immer Bündnispolitik mit anderen Parteien getrieben hat. Wir haben uns daher zu fragen, ob unsere bisherige Politik richtig war.

Es wurde überall gesagt: Wenn Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wird, ist die Republik verloren, darum müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um seine Wahl zu verhindern. Nach der Wahl hieß es anders. Der „Vorwärts" schrieb am 13. Mai 1925: Die Wahl Hindenburgs eine Niederlage der Republik. Der Amtsantritt Hindenburgs ein Sieg der Republik, ein Beweis ihrer Stärke, der auch der Gegner seine Reverenz erweisen muß. (Zurufe.)

Es ist ein Fehler unserer Taktik, daß wir so herausgeschrien haben, daß das Schicksal der Republik von solchen Aeußerlichkeiten abhängig sei, daß wir nicht stärker betont haben, daß es von den Kräften abhängig ist, die für die Republik im Proletariat lebendig sind. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen den Massen immer wieder sagen, daß die Republik nicht von Bündnissen mit den bürgerlichen Parteien, sondern von der Kraft und Stärke der deutschen Arbeiterbewegung abhängig ist. Von diesen Gesichtspunkten sollten wir unsere Politik leiten lassen. Wir haben eine Resolution vorgelegt, wonach die Politik der Partei in diesem Sinne betrieben worden soll. Da hier soviel von Kameradschaftlichkeit geredet wurde, will auch ich zum Ausdruck bringen, daß wir alle von einem gemeinsamen Willen beseelt sind, daß aber Meinungsverschiedenheiten über den Weg bestehen. Wir wollen nicht sagen, daß die, die anderer Meinung sind als wir, den Interessen der Arbeiterklasse schaden wollten. Wir, die wir anderer Auffassung über den rechten Weg sind, nehmen aber auch für uns in Anspruch, daß man uns zugesteht, daß wir das Beste für die Partei und die deutsche Arbeiterklasse wollen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Wolff**-Bocholt: Die Worte, die der Genosse Schulz heute morgen betreffs der Bildungsarbeit des vergangenen Jahres an uns richtete, geben mir Veranlassung, Stellung zu nehmen zu manchen Bildungseinrichtungen. Ich möchte objektiv Stellung zu den Kursen nehmen, die dazu dienen sollen, der Partei den Unterbau an Funktionären zu geben. Genosse Hilferding hat auf dem Berliner Parteitag über die Wichtigkeit der Ausbildung unserer Funktionäre beherzigenswerte Worte gesprochen. Die Kurse sollen den jungen Menschen, die gewillt sind, die Parteiarbeit als Funktionäre zu leisten, Klarheit bringen. Ich möchte Ihnen das Bild eines solchen Kursus vorzeichnen. Wir knieten mit dem Referenten in die Materie hinein, um Klarheit für die zu leistende Arbeit zu gewinnen. Das gemeinsame Band des Suchens nach Wahrheit ließ uns den Kontakt zwischen dem Referenten und den Hörern finden, so daß zwischen Hörern und Vortragendem sich das Verhältnis des Evangelisten zu seinen Jüngern herausbildete. Ich muß diesen Vergleich gebrauchen; denn derjenige, der das Parteievangelium des Sozialismus uns bringen will, muß von uns als ein Wahrheitsbringer betrachtet und mit ehrfürchtig blickenden Augen angeschaut werden, wenn Positives aus diesen Kursen herauskommen soll.

Diese Kurse sollen den jungen Menschen erst einmal Klarheit über die Qualifikation zum Funktionär geben und das junge Pflänzchen des Sozialismus zu einem starken Baum sich auswachsen lassen in diesen jungen Menschen, die das Evangelium des Sozialismus verbreiten sollen. Wenn über das Führerproblem, auch in der besten Absicht, diskutiert wird und wenn gesagt wird,

daß manche Alten den Jungen die Tür zuhalten und daß das nicht dazu diene, die Parteibewegung und den Sozialismus zu stärken, dann können leicht aus solchen Dingen Mißverständnisse erwachsen. Ich bin der Ansicht, daß manches sich verhüten ließe, wenn bei der Schulung zum Sozialismus das Moment der Achtung und des gegenseitigen Vertrauens nicht außer acht gelassen würde, wenn in solchem Kursus nicht davon gesprochen würde, daß die Alten, die nicht verstehen, rechtzeitig ihren Platz zu räumen, die Parteibewegung hemmen und daß die Partei vielleicht schon ins Greisenalter gekommen sei und also gewissermaßen an Arterienverkalkung leide. Die Mutterpartei leidet noch nicht an Arterienverkalkung, so lange sie noch die schmutzigen Windeln aus der politischen Kinderstube reinwaschen kann.

Wenn so betreffs der Frage der Qualifikation zum Führer der Gegensatz zwischen den Jungen und Alten verschärft wird, brauchen wir uns darüber nicht zu wundern. Wenn weiter hinzugefügt wird, daß die Genossen einmal darüber nachdenken möchten, ob die Juden in der Partei wohl die notwendige Qualifikation zur Führung haben und gesagt wird, daß eine christliche Frau niemals in der Lage sei, den Gegner mit solchem Zynismus abzuwürgen, wie es Ruth Fischer verstehe, so trägt das nicht dazu bei, in den jungen Herzen das Vertrauen zu den Führern zu stärken. Die Parteibewegung würde sehr darunter leiden, wenn wir diesen Zwiespalt der konfessionellen Gegensätze in die Parteibewegung hineintragen. (Zuruf.) Nein, der Zwiespalt entsteht, weil das Führerproblem hier an einer Stelle aufgerollt wird, wo es nicht am Platze ist. Ich halte Kurse für dringend notwendig, denn erst dadurch, daß wir das Problem Masse klar nach allen Seiten belichten, wissen wir, wie wir die Masse einzuschätzen haben.

Den Lehrer, der den Sozialismus in die jungen Herzen hineinpflanzen will, betrachte ich wie den Gärtner, der auf einen Baum, der keine genießbaren Früchte trägt, ein Edelreis pflanzt. Wenn der Gärtner vergißt, den Bast um die verletzten Stellen zu wickeln, wird er keine Edelfrüchte auf den jungen Stamm aufpflanzen. Wenn wir Lehrer hinausschicken, die das Edelreis des Sozialismus in die jungen, starken Menschen hineinpflanzen sollen, dürfen die Lehrer, ebensowenig wie der Gärtner eine Raupe am jungen Stamme duldet, nicht die Raupe des Mißtrauens und den Meltau der konfessionellen Gegensätze in das junge Herz hineinpflanzen. Wenn die Gärtnerarbeit Früchte tragen soll, muß neben der heiligen Begeisterung für die gute und edle Sache, der wir dienen, das Vertrauen zu den Führern gestärkt werden, zum Besten unserer gesamten Menschheitsarbeit. (Beifall.)

Vorsitzender **Wels:** Es ist ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingelaufen. Hierzu hat Genosse Krüger-Brandenburg das Wort.

Krüger-Brandenburg: Die Antragsteller sind der Auffassung, daß der Gang der Debatte, die sich zu einem Rededuell zwischen Sachsen und Berlinern auswuchs, nicht dazu angetan sein kann, die Grundlage zu einer fruchtbaren Debatte über das Parteiprogramm und die Politik der Reichstagsfraktion zu bilden. Wir halten es für zweckmäßiger, die Debatte jetzt abzubrechen und dafür um so intensiver über die Haltung der Fraktion und die Arbeit der Programmkommission zu reden. Ich bitte daher, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender **Wels:** Das Wort wird nicht weiter gewünscht, ich lasse über den Antrag abstimmen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Schlußwort als Berichterstatter hat zunächst Genosse Stelling.

Berichterstatter **Stelling:** Ich werde zunächst unsere Stellung zu den Anträgen zum ersten Punkt der Tagesordnung, soweit meine Ausführungen in Frage kommen, darlegen. Die Anträge 3 und 4 wünschen, daß der Parteivorstand mehr als bisher zu den Fragen der Agrarpolitik Stellung nehmen soll. Wir bitten, beide Anträge dem Parteivorstand zu überweisen. Wir werden im Parteivorstand veranlassen, daß auf dem nächsten Parteitag die Agrarfrage einer eingehenden Erörterung unterzogen wird. Den Antrag 7 bitten wir ebenfalls dem Parteivorstand zu überweisen. Wir haben, soweit die Materiallieferung in Frage kommt, im Laufe der letzten Zeit alles geleistet, was möglich war. Wir würden noch mehr geleistet haben, wenn die Möglichkeit in anderer Beziehung — ich will nicht deutlicher werden — vorhanden gewesen wäre. Ebenso bitten wir um Ueberweisung des Antrags 8 und ferner des Antrags 9, zu dem der Antrag 216 gestellt ist, desgleichen Antrag 10 und 10a. Die Anträge 12, 13, 14 und 15, die sämtlich wünschen, daß nach dieser oder jener Richtung hin mehr Agitationsmaterial herauskommt, ersuche ich ebenfalls, dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag 16 dürfte durch die Broschüre des Genossen Heimann erledigt sein. Ich bitte, den Antrag zurückzuziehen. Die Anträge 17 und 18 bitte ich, dem Parteivorstand zu überweisen. Ebenso könnten wir bei Antrag 19, der von Wanderkursen spricht, verfahren. Ich will aber erklären, daß der Parteivorstand den Antrag dem Reichsausschuß für sozialistische Bildung überweisen wird.

Die Anträge 24 und 149 bitte ich abzulehnen. Im Antrag 24 wird gesagt, daß das Reichsbanner zu einer sozialistisch-republikanischen Schutztruppe auszubauen sei. Ich habe wohl nicht nötig, viel zu diesem Satz zu sagen. Die Annahme dieses Antrages würde dazu führen, daß das Reichsbanner der Auflösung verfällt. Soweit es sich um den anderen Teil des Antrages 149 handelt, darf ich darauf hinweisen, wie die Dinge liegen. Wir dürfen uns nicht festlegen und nicht durch einen Beschluß des Parteitags unsere Taktik als etwas Dauerndes oder Feststehendes ansehen. Das würde dazu führen, daß die Partei und die Fraktion zur Ohnmacht verurteilt würden, und, wenn die Notwendigkeit an uns herantritt, doch im Interesse der Partei anders zu handeln, diese Körperschaften dann durch eine solche Bindung in eine Situation kämen, die sie zwingen würde, sich unter Umständen an diese Beschlüsse nicht zu kehren. Ich halte es daher für dringend notwendig, diese beiden Anträge abzulehnen.

Den Antrag 25 bitte ich anzunehmen. Die Anträge 26, 27, 28, die sich mit der Stellungnahme der Partei zu den Aufsichtsratsposten von Parteigenossen beschäftigen, bitte ich zugunsten des Antrags 214, der von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission gestellt ist, zurückzuziehen.

Zu diesem Antrag 214 sind aber noch zwei Anträge 221 und 229 gestellt worden. Ich möchte die Parteigenossen im Namen des Parteivorstandes ersuchen, auch diese beiden Anträge abzulehnen. Es ist ganz selbstverständlich, daß in den Fällen, in denen die Mitglieder bereits Aufsichtsratsposten innehaben, sie genau so zu verfahren haben, als wenn sie erst im Verlaufe ihrer Mandatstätigkeit derartige Aufsichtsratsposten erhalten. Auch der erste Teil des Antrags 221 kann also seine Erledigung durch die nach unserer Auffassung präzise Fassung des Antrags 214 finden. Den Antrag 229 ersuche ich ebenso wie den zweiten Teil des Antrags 221 abzulehnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz noch auf eine andere Angelegenheit eingehen, da ich leider nicht annehmen kann, daß die Genossen der einzelnen Orte ihre Anträge zurückziehen werden. Man beschwert sich oft darüber, daß wir nicht in genügendem Maße in die geheimen Fäden der Wirtschaft Einblick nehmen können. Wir sagen mit vollem Recht, daß auch die Partei sich um die Vorgänge im Wirtschaftsleben bekümmern muß. Eine ganze Anzahl von Organisationen gewerkschaftlicher Art hat bereits aus diesem Grunde im Interesse der bei ihnen organisierten Kollegen Aktien erworben, und ich weiß aus meinem Verbande, daß die Tätigkeit, die dort geübt wird, manches hat verhüten können, was sonst nicht verhütet worden wäre. (Zuruf: Im Auftrage der Organisation!)

— Selbstverständlich im Auftrage der Organisation. Aber wenn Sie sich einmal die Anträge ansehen und wenn Sie die Begründung gehört haben, die heute morgen einem dieser Anträge gegeben worden ist, dann werden Sie mir zugeben, daß diese Ausführungen gemacht werden müssen. Einzelne Genossen scheinen der Auffassung zu sein, daß man überhaupt jedem Parteigenossen die Annahme eines Aufsichtsratspostens verbieten oder ihn vor den Ausschluß stellen sollte, wenn er einen solchen Posten trotzdem annimmt. Das geht nicht. Wir haben uns darüber gefreut, daß es möglich war, die Arbeiterbank zu errichten, die, wenn sie ihre Funktion ausüben will, gezwungen sein wird, möglichst weit in das Getriebe des Finanzkapitals einzudringen. Dieser Arbeiterbank würden wir Schwierigkeiten bereiten, wenn wir in bezug auf die Annahme von Aufsichtsratsposten etwas anderes beschließen würden, als in unserem Antrage vorgeschlagen wird. Ich ersuche Sie deshalb, so zu verfahren, wie ich eben empfohlen habe.

Die Anträge 29—33 behandeln die Frage des Volksentscheids. Wir werden wohl manches Mal diese Frage in die Massen hineinwerfen, und da ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß es sich dabei auch zu einem großen Teile um eine Kostenfrage handelt, über die man nicht so leicht hinweggehen kann. Was die Wiedereinführung des Achtstundentages durch Volksentscheid anlangt, so müssen wir dabei die Führung dem ADGB. überlassen. (Sehr richtig!) Wenn wir einen Volksentscheid herbeiführen wollen, dann müssen wir nicht nur der Kosten, sondern auch des ganzen Eindrucks wegen wissen, daß wir den Sieg davontragen; sonst kann ein solcher Volksentscheid wirtschaftlich und politisch das Gegenteil dessen bewirken, was man damit bezwecken wollte. Infolgedessen muß diejenige Stelle, die die Möglichkeit des Zusammengehens mit anderen Organisationen hat, das Heft in der Hand behalten. Wir werden selbstverständlich, wenn der Kampf begonnen wird, ihn gern unterstützen, weil es sich ja hier auch um unsere Sache handelt.

Den Antrag auf Einleitung der Volksabstimmung über den Zolltarif bitte ich, aus dem gleichen Grunde abzulehnen, dagegen den Antrag 34 aus Groß-Leipzig dem Parteivorstand zu überweisen. Der Antrag 49 wäre durch Annahme des Antrags 214 erledigt; Antrag 50 ersuche ich abzulehnen. Gen. Hermann Müller hat bereits die Gründe dafür dargelegt.

Zu dem Antrag 51 habe ich zu sagen, daß das, was die Frankfurter Genossen wollen, bereits geschehen ist. Das werden mir alle Genossen, die in der Agitation in vorderster Linie stehen, zugeben. Durch den SPD.-Dienst ist sofort nach erfolgter Abstimmung die Liste der namentlichen Abstimmung den Redaktionen übermittelt worden, und die Veröffentlichung der Namen hat außerordentlich gut gewirkt. Ich möchte also die Frankfurter Genossen bitten, ihren Antrag zurückzuziehen. Antrag 57 empfehle ich, dem Parteivorstand zu überweisen.

Dann ein paar Worte zu den Anträgen, die zum Organisationsstatut gestellt worden sind, allerdings nur, soweit es sich um die Frage der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit der Beamten und anderer Kreise handelt, mit der wir uns vor wenigen Tagen auf der Beamtenbeiratstagung in Berlin beschäftigt haben. Jeder von uns hat den sehnlichsten Wunsch, daß es möglichst bald gelingen möge, alle Kreise der Arbeitnehmerschaft freigewerkschaftlich zu organisieren; wie die Dinge aber heute liegen, würde es eine ungemein schwere Schädigung der Partei bedeuten, wenn wir den Beamtenorganisationen und den Beamten gegenüber erklären würden: Ihr habt Euch als Sozialdemokraten freigewerkschaftlich zu organisieren. Das würde zu einem nicht geringen Teile eine Lahmlegung der Aktionsfähigkeit mancher Organisation in sich schließen, die in ihrer bisherigen Zusammensetzung außerordentlich Wertvolles geleistet hat.

Ich glaube deshalb, daß wir aus rein taktischen Gründen zweckmäßig handeln, wenn wir die Anträge 59—67 ablehnen. Auf der Tagung des Beamtenbeirats haben wir uns nach eingehender Aussprache auf diesem Standpunkt geeinigt. Wo natürlich im Rahmen dieser oder jener Organisation gewerkschaftlicher oder sonstiger Art Angriffe gegen die Partei erhoben werden, werden wir uns dagegen wehren, wie das ja auch bisher immer geschehen ist.

Ich habe Ihnen dann noch zu empfehlen, den Antrag 209 abzulehnen. Auch die Frankfurter Genossen werden von uns nicht erwarten, daß wir die Annahme dieses Antrags befürworten. Den Antrag 210 bitte ich im Auftrage des Parteivorstandes ebenfalls abzulehnen. Wir haben, wie es ja so häufig geht, eine Begründung dieses Antrages nicht mehr hören können; wir wissen aber, worauf der Antrag hinausläuft. Wenn wir dem Antrage zustimmen, dienen wir, wie wohl jeder Genosse, der sich einmal die Konsequenzen der Annahme eines solchen Antrags genau überlegt, zugeben wird, der Partei nicht.

Ein Wort zu dem Antrag 226. Wir können es durchaus verstehen, wenn die Genossen, die heute in Verwaltungsämtern tätig sind, einen engeren Zusammenschluß ihrer Kollegen in sogenannten kommunalpolitischen Vereinen wünschen. Aber die Annahme dieses Antrages würde die Gefahr einer Sonderorganisation mit sich bringen. (Sehr richtig!) Da muß man ungemein vorsichtig sein. Mit der Gründung der kommunalpolitischen Zentralstelle glauben wir den ersten Schritt zur Verwirklichung der in dem Antrage wiedergegebenen Wünsche getan zu haben. Natürlich werden wir in dieser Richtung weiterzuarbeiten haben, und wir werden auch neue Wege beschreiten müssen. Dabei kann uns der Antrag 226 als wertvolles Material dienen. Wir bitten deshalb, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Ich darf dann noch ganz kurz auf die Debatte eingehen. Zunächst möchte ich den Kritikern gegenüber folgendes sagen. Es wäre uns allen und mir insbesondere viel angenehmer gewesen, wenn wir uns sowohl in unserem schriftlichen wie in unserem mündlichen Bericht mit so manchen Dingen nicht hätten zu befassen brauchen. Es wäre mir vor allen Dingen viel lieber gewesen — ich bitte, das dem Redakteur der „Frankfurter Volksstimme" mitzuteilen —, wenn ich angesichts der Kämpfe, die uns bevorstehen, Gelegenheit gehabt hätte, mehr auf die politischen Dinge einzugehen. (Sehr wahr!) Aber ich war eben gezwungen, mich mit anderen Dingen eingehender zu befassen. Ich habe mich außerordentlich darüber gewundert, daß gleich drei Genossen aus Frankfurt aufmarschierten und nun den Vorstand in Grund und Boden verdammten. Wir wollten mit unserer Aussprache lediglich den Parteigenossen endlich die Ueberzeugung beibringen, daß wir uns bei allen unseren Schritten von der Frage leiten lassen müssen: dienen wir damit der Partei oder nicht? Da darf ich mich auf den Gen. Edel berufen, der in bezug auf die Grundauffassung vielleicht weit von mir abweicht, der aber heute morgen einen Satz geprägt hat, den ich vollständig unterschreibe und der zu meiner Freude auch den Beifall der sächsischen und der Frankfurter Genossen, soweit ich beobachten konnte, gefunden hat. Gen. Edel hat gesagt: Es geht nicht an, daß Parteigenossen, sie mögen stehen, wo sie wollen, den Bürgerlichen oder den Kommunisten irgendwelche Handhabe gegen die Partei geben. (Sehr richtig!) Eine Beachtung dieses zweifellos richtigen Satzes in Frankfurt am Main hätte dazu beigetragen, daß wir diese Aussprache auf dem Parteitage nicht hätten zu führen brauchen. (Sehr gut!) Wenn wir uns aber jetzt unsere Meinung gesagt haben, dann geht es nicht an, daß nachher noch in einer vergiftenden Art und Weise die Dinge behandelt werden. (Zustimmung.) Auch ich war zwanzig Jahre Redakteur und bin nicht immer mit allem einverstanden gewesen; aber das, was die „Frankfurter Volksstimme" schreibt, ist so ziemlich der Höhepunkt und trägt mit

dazu bei, daß die Gegensätze nicht ausgeglichen werden, wie es unser aller Aufgabe auf dem Parteitag sein muß, sondern noch verstärkt werden. Ich will nicht zur Verstärkung beitragen und lehne es ab, auch nur mit einem Wort auf den Artikel einzugehen. Ich glaube, daß dieser Artikel sich selbst richtet. (Zustimmung.)

Nun ist von den Frankfurter Genossen auch Kameradschaftlichkeit gefordert worden. Man hat gesagt, daß meine Ausführungen den Gipfel dessen dargestellt hätten, was an Unkameradschaftlichkeit und Illoyalität je geleistet worden wäre. In diesem Zusammenhang habe ich mir die Frage vorgelegt: Habt Ihr, liebe Genossen in Frankfurt am Main, auch immer kollegial und loyal den Parteigenossen gegenüber gehandelt? Ich erinnerte mich eines kleinen Zettels, der in meiner Mappe lag und der nicht aus dem Jahre 1912 oder 1913 stammt, sondern aus dem Jahr 1925. Der Inhalt dieses Zettels lautet:

Delegiertenwahl für den Parteitag!

Werter Genosse! Vergiß nicht, dein Wahlrecht auszuüben. Wähle Genossen, die eine gradlinige und zielbewußte Politik verfolgen. Dies sind: Dißmann, Robert, Reichstagsabgeordneter; Loeb, Walter, Staatsbankpräsident a. D.; Kressel, Wilhelm, Telegrapheninspektor. Alle übrigen sind auf der Liste zu streichen.

(Hört, hört! — Zuruf: Wissen Sie nicht, daß das von der ganzen Partei abgelehnt worden ist?) — Ich darf darauf hinweisen, daß dieser Zettel verteilt worden ist. (Hört, hört!) Es ist eigentlich ganz selbstverständlich, daß eine Parteigenossenschaft, wenn sie wirklich etwas auf Kameradschaft hält, es ablehnen muß, solche Zettel überhaupt anzufertigen und zu verteilen oder derartige Sachen zu billigen. Aber diese Zettel sind verteilt worden. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie im Anschluß an meine Ausführungen bitten, in der Folgezeit mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß nicht nach dieser Richtung hin von einer Seite weiter so unkollegial und illoyal gehandelt wird.

Damit will ich das Frankfurter Thema verlassen, aber noch einer Bitte Ausdruck geben. Lassen Sie uns trotz der Verschiedenheit unserer Auffassungen als Sozialdemokraten gemeinsam wirken und arbeiten, sorgen Sie mit dafür in Ihrem Bezirk, daß recht bald die Zeit kommt, wo wir sagen dürfen: wir sind auch in finanzieller Beziehung stolz auf unseren Bezirk; wir haben aus ihm, der ein Zuschußbezirk war, jetzt einen Bezirk gemacht, der sich selbst helfen kann. Wir werden mithelfen, wenn Sie unsere Hilfe in Anspruch nehmen. Sorgen Sie dafür, daß das Ziel, das wir alle erstreben, bald erreicht wird.

Nun ist von verschiedenen Genossen darauf hingewiesen worden, daß die Republik, in der wir heute leben, nicht das Ideal sei. Hat es jemals eine Parteigenossin oder einen Parteigenossen gegeben, der in dieser Republik das Ideal, das letzte Ziel seiner Wünsche und Hoffnungen erblickt hat? (Zustimmung.) Jeder von uns hat gewußt, daß, als wir gezwungen durch die Verhältnisse, versuchten, aus dem Chaos zu retten, was noch zu retten war, als die Republik erstand, nur der Grundstein für die Republik gelegt werden konnte, der unser Hoffen gilt, jene Republik, die wir als soziale Republik bezeichnen und die wir ausbauen wollen zu einer sozialistischen Republik, wie sie unseren Wünschen entspricht. Wenn ich das aber will, dann muß ich auch dafür sorgen, daß dieser Grundpfeiler ihr nicht genommen wird. (Sehr richtig!) Denn sonst nützt die ganze Arbeit nichts. Ich muß mit Zähnen und mit Klauen auch die Republik verteidigen dann, wenn sie mir nicht gefällt, die Republik, die nicht durch unsere Schuld zu einer ausgesprochen kapitalistischen Republik geworden ist. Darum auch unser Kampf gegen den Kapitalismus, darum aber auch Ablehnung und Bekämpfung alles dessen, was sich auf der Bahn bewegt, diese Republik zu unterhöhlen. Genosse Wels hat schon in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck gebracht, und Genosse Renner hat es auch gesagt: Wir müssen dafür Sorge tragen, daß diejenigen, die uns die Republik stehlen wollen, auf einen ungeheuren Wall des Widerstandes stoßen. Im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse der Sozialdemokratie bleibt uns nichts anderes übrig. Wenn wir die Dinge so betrachten, dann werden wir uns auch über den Weg einigen, den wir zu beschreiten haben. Gegenüber den Ausführungen des Gen. Fleißner möchte ich aber sagen: Wir verteidigen Schwarz-Rot-Gold in dem Sinne, daß wir an die schwarzrotgoldene Fahne recht bald einen roten, recht langen Wimpel hängen können, einen roten Wimpel, der unser Symbol ist.

Von dem Gen. Künstler ist, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausgedrückt worden, daß wir im Begriffe wären, die stärkste Partei Deutschlands zu werden. Das war nur ein falscher Zungenschlag; denn wir sind die stärkste Partei. Gen. Künstler behauptete in Gemeinschaft mit anderen Genossen, daß wir nicht eine gradlinige Politik getrieben hätten. Alle diejenigen, die aufmerksam die Dinge verfolgt haben, werden, glaube ich, zugeben müssen, daß, wenn auch vielleicht Fehler gemacht worden sind, die von uns verfolgte Politik nur als eine gradlinige bezeichnet werden kann. Allerdings ist unsere Politik manchen Genossen, die draußen auf dem Lande sitzen, nicht klar genug. Da könnten Sie einsetzen und für Aufklärung sorgen. Es ist falsch, es so darzustellen, als ob wir nicht eine gradlinige Politik getrieben hätten. Wir haben die Politik getrieben, die uns durch die Verhältnisse und im Interesse des Proletariats vorgeschrieben war.

In derselben Richtung bewegten sich die Ausführungen des Gen. Liebmann, die Einstellung der proletarischen Massen stände nicht in Einklang mit der Einstellung der Gesamtpartei. Alle Genossen, die der Anschauung sind, müssen gegenüber den Bemühungen gewisser Kreise, die der Arbeiterschaft weismachen wollen, wir trieben bürgerliche Politik, betonen, wie falsch sie orientiert sind. Sie müssen ihnen sagen, daß die Politik, die wir treiben, eine Politik für die breiten Massen des Volkes, für die Proletariermassen ist, die, wie die Erfahrungen gezeigt haben, auch den Proletariermassen dient.

Notwendig ist es dabei, Vertrauen zu erwecken. Das kann aber nur geschehen, wenn man selbst Vertrauen hat. Mancher derjenigen, die heute morgen gegen die Politik der Partei aufgetreten sind, werden schließlich inzwischen doch zu der Ansicht gekommen sein, daß, wenn man auch anderer Meinung als andere Parteigenossen ist, man immer verlangen muß, daß einer dem andern mit Vertrauen begegnet.

Mit diesen Ausführungen kann ich auch die Aeußerungen des Gen. Edel abtun und glaube auch gegenüber Seydewitz gesagt zu haben, was zu sagen ist. Nur eine Richtigstellung! Ich habe nicht gesagt, daß durch die Haltung eines Teiles der Presse das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl gezeitigt worden ist, sondern ich habe mit vollem Recht mich dagegen gewandt, daß ein Teil der Parteipresse die ausgegebene Parole nicht genügend befolgt hat, ebenso einige Teile der Organisation.

Es ist heute schon ausgeführt worden, und ich kann es nur unterstreichen, daß angesichts der politischen Situation für uns bei der Reichspräsidentenwahl nichts anderes übrig blieb, als was wir im zweiten Wahlgang getan haben. Man kann natürlich darüber streiten. Inzwischen werden aber auch die Genossen zu derselben Ansicht gekommen sein, daß uns bei der ganzen Sachlage nichts anderes übrig blieb.

Wir haben uns über die sogenannte Rußlanddelegation unterhalten. Mir ist mitgeteilt worden, daß in einem Bezirk 4 Delegierte, die Mitglieder der Partei sind, dieser Rußlanddelegation angehört haben. Zwei hiervon haben bereits

und zwei werden in der nächsten Zeit in öffentlichen Versammlungen über ihre Eindrücke berichten, die sie in Rußland empfangen haben. Diese Versammlungen sind einberufen von der KPD., von den kommunistischen Jugendorganisationen und dem Roten Frontkämpferbund. In diesen Fällen muß das Organisationsstatut ohne weiteres Anwendung finden. (Sehr richtig!) Diese Kreise arbeiten nicht mehr unbewußt, sondern bewußt für die Interessen einer der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehenden Partei. (Sehr richtig!) Ich wollte das feststellen, damit die Genossen, die vielleicht im Zweifel sein könnten, Bescheid wissen. Jeder Sozialdemokrat muß seiner, muß unserer Partei dienen. Will er das, dann kann er unter keinen Umständen einer solchen von kommunistischer Seite inszenierten Delegation angehören.

Nach einer Aussprache, die von ehrlicher Ueberzeugung aller getragen worden ist, haben wir diesen Tagesordnungspunkt beendet. Ich bitte, im Interesse der Partei alles das zurückzustellen, was trennend wirken könnte. Was als ehrlicher Kerl dem andern gesagt ist, ist immer nur geleitet von dem Bestreben, der Partei zu dienen. Wir wollen und müssen erwarten, daß nach einer solchen Aussprache wir alle gemeinsam in treuer Kameradschaftlichkeit den Kampf aufnehmen gegen unsere Widersacher, um den Kampf für die Idee des Sozialismus zu führen, um den Sieg unserer roten Fahne. (Bravo! und Händeklatschen.)

Berichterstatter **Bartels**-Berlin, Parteivorstand (Schlußwort): Der Kritik an dem Teil des Berichtes, den ich zu vertreten hatte, werde ich am besten dadurch gerecht, wenn ich mit der Stellung des Vorstandes zu den einzelnen Anträgen beginne.

Zu dem Antrag 5 ist der Abänderungsantrag 218 gestellt. Wir wollen dem letzteren Antrag Rechnung tragen und sind einverstanden, daß der letzte Satz im Antrage 5 gestrichen wird. Wir ersuchen, den Rest dem Parteivorstand zu überweisen.

Wenn der Antrag 6 alljährlich die Aufnahme einer Altersstatistik fordert, so erinnere ich mich nicht, daß die Gesamtpartei jemals eine solche aufgenommen hat. Der Antrag wird in dieser Form nicht angenommen werden können. Zum Teil wäre es auch Zeitverschwendung. Wir haben nichts dagegen, wenn die Anregung in großen Ortsvereinen oder auch in Bezirken aufgenommen wird. Ich ersuche deshalb die Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen oder ihn als Anregung gelten zu lassen.

Antrag 7 bitten wir dem Parteivorstand zu überweisen.

Abzulehnen bitten wir den Antrag 11 aus den von mir bereits dargelegten Gründen. Wir vermögen die Notwendigkeit dieses Organs neben den zwei vorhandenen Zeitschriften nicht anzuerkennen.

Auch Antrag 20 bitten wir abzulehnen. Ein Bedürfnis liegt unseres Erachtens nicht vor, nachdem wir die „Gesellschaft" jetzt haben, die wohl ein vollwertiger Ersatz für die „Neue Zeit" ist.

Dem Antrag 21 wird der Parteivorstand Rechnung zu tragen versuchen, er kann ihm überwiesen werden.

Die Anträge 22 und 23 richten sich an eine falsche Adresse. Der Parteivorstand hat nicht allein über die Aufstellung der Listen zu befinden. In der Praxis wurde es so gehandhabt, daß der Parteiausschuß eine Kommission wählte, zu der einige Vorstandsmitglieder delegiert wurden. Diese Kommission hat gemeinschaftlich die Reichs- wie preußischen Landeslisten aufgestellt. Der Vorstand kann also allein hier keine Maßnahmen treffen. Die rechtzeitige Veröffentlichung dieser Listen ist nicht immer möglich. Die Listen können erst im letzten Augenblick aufgestellt werden, und die Veröffentlichung kann erst geschehen, wenn die Aufstellung in allen Bezirken vollendet ist. Das ist dann

meist kurz vor dem Zeitpunkt, an dem sie eingereicht werden müssen. Wir bitten, beide Anträge abzulehnen.

Den Antrag 35, zu dem der Antrag 211 gehört, bitten wir, dem Parteivorstand zu überweisen, der der Sache sympathisch gegenübersteht und ihm Rechnung zu tragen suchen wird.

Ebenfalls bitten wir die Anträge 52, 53 und 54 zu überweisen, die in der Hauptsache wünschen, daß die Frauenkonferenzen vor dem Parteitag stattfinden. Wir glaubten in diesem Jahre zweckmäßiger die Frauenkonferenz nachher stattfinden zu lassen. Es ist dies aber keine Streitfrage. Der Parteivorstand wird sich damit befassen.

Antrag 58 zum Organisationsstatut ist nicht ganz klar. Ich weiß nicht, was damit beabsichtigt ist. Wir glauben sagen zu können, daß unser Parteistatut auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist. Wir bitten deshalb, den Antrag abzulehnen. Wenn im nächsten Jahre vielleicht an dem Organisationsstatut größere Aenderungen vorgenommen werden sollten, könnten die Genossen auf ihre Wünsche zurückkommen, die sie nicht klar zum Ausdruck gebracht haben.

Abzulehnen bitten wir den Antrag 68. Dieser Antrag entspricht nicht der Absicht, die wir mit der Einrichtung der Unterbezirke im Auge hatten. Sie sollen in erster Linie Agitationsstellen sein. Die Kassengeschäfte sollen vom Bezirksvorstand in der Bezirkszentrale erledigt werden. Der Bezirksvorstand muß natürlich dem Unterbezirk die Arbeit ermöglichen und ihm die erforderlichen Zuschüsse geben. Dazu bedarf es aber keiner finanziellen Selbständigkeit oder gar einer Abtrennung eines Teiles der eingehenden Beiträge. Wir sehen darin eine Erschwerung der Agitationsarbeit.

Ebenfalls abzulehnen bitten wir den Antrag 69. Ich nehme an, daß für die Genossen in Franken ein besonderer Anlaß zu diesem Wunsch besteht. Im allgemeinen liegt aber kein Bedürfnis vor. Immerhin kann dies bei einer späteren Aenderung am Organisationsstatut berücksichtigt werden.

Die Anträge 70 und 71 bitte ich abzulehnen. Ich gebe zu, daß es manchmal nicht erwünscht sein kann, daß sich Mandate in der Person eines Bezirks- oder Unterbezirksekretärs häufen. Das liegt aber in der Hand der Genossen des Bezirks. Man kann aber unmöglich festlegen, daß die Sekretäre keine Mandate übernehmen und nicht dafür kandidieren dürfen. Eine solche Degradierung müssen wir ablehnen.

Den Antrag 72 halten wir für unmöglich und bitten ihn abzulehnen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, in wie kurzer Zeit die Vorbereitungen für die letzte Reichspräsidentenwahl getroffen werden mußten, ergibt sich diese Stellung schon von selbst.

Die Anträge 73 bis 77 wollen das Eintrittsgeld der Partei anders gestalten. Der Genosse Riedmiller hat auch dafür plädiert. Wünsche in der Beziehung sind dem Vorstand wenig zugetragen worden. Wir möchten im Augenblick das Organisationsstatut nicht mehr als zwingend nötig ändern, und das scheint hier nicht gerade notwendig zu sein. Bei späterer Gelegenheit ließe sich vielleicht darüber reden.

Ein Bedürfnis für den Antrag 78 vermögen wir nicht einzusehen. Die Annahme würde zu Konsequenzen führen, die sich nicht übersehen lassen. Ich habe bereits ausgeführt, daß wir, wo Notstände vorübergehend eine solche Maßnahme rechtfertigen, nichts dagegen haben. Es soll aber nicht Regel werden, daß Beiträge unter dem Mindestbeitrag erhoben werden.

Das gleiche läßt sich für den Antrag 80 sagen, den wir aus demselben Grunde abzulehnen bitten.

Auch Antrag 79 will eine andere Regelung des Beitrags, einen monat-

lichen Beitrag. Auch das bitten wir abzulehnen, ebenfalls die Anträge 81, 82 und 83, die auf ähnlichem Gebiet liegen.

Auch den Antrag 84, der die Beiträge nach dem Einkommen staffeln will, bitten wir abzulehnen. Wir haben uns auf den letzten Parteitagen eingehend über eine solche Staffelung geäußert, die Schwierigkeiten auseinandergesetzt und glauben, daß wir auch jetzt dem nicht Rechnung tragen sollen.

Abzulehnen bitten wir auch den Antrag 85, nachdem sich durchweg die Bezirke inzwischen mit den wöchentlichen Beiträgen abgefunden haben.

Der Antrag 86 des Parteivorstandes ist hier angefochten worden. Es liegt der Antrag 220 dazu vor, der eigentlich unvollständig ist, denn er müßte als Mindestbeitrag das Doppelte des jetzigen Beitrags fordern, um den dann eintretenden Kassenausfall auszugleichen. Dann erst ließe sich darüber reden. Das will aber die Mehrheit des Parteitages sicherlich nicht. Daher dürfen Sie dem Parteivorstand nicht eine Einnahme entziehen, auf die er unbedingt angewiesen ist. Freilich ist in der Begründung gesagt, daß nach dem Berichte der „Konzentration" die gesamten Parteigeschäfte einen Reingewinn von 4 Millionen gehabt hätten, so daß, wenn dem Parteivorstand 20 oder 25 Proz. überwiesen werden müßten, er einen höheren Betrag hätte als er im letzten Jahre vereinnahmt hat. Das hört sich sehr schön an, ist aber nur eine Rechnung auf dem Papier. Die Ueberschüsse der Parteigeschäfte sind insofern fiktiv, als sie meist nur rechnerisch aber nicht wirklich da sind, und daher die Geschäfte nicht das abführen können, was die Leipziger ihnen hier zumuten. Freilich hat der Genosse Liebmann die „schwarzen Pläne" des Parteivorstandes dem Parteitag verraten: der Parteivorstand würde, weil die meisten Geschäfte nicht abführen können, ihnen die Schuld als Darlehen buchen, und so würden mit der Zeit alle Geschäfte vom Parteivorstand völlig abhängig. Wir würden darin nicht ein solches Unglück sehen, wie der Genosse Liebmann. Würde aber der Genosse Liebman etwas herumhören, so würde er vielleicht alle möglichen anderen Klagen über uns hören, nicht aber, daß wir illoyal oder rigoros in dieser Beziehung gegen die Geschäfte sind. Daran denken wir nicht und werden auch in Zukunft den Geschäften weitgehendes Entgegenkommen zeigen. Wie dieser Beitrag zustandegekommen ist, habe ich Ihnen in meinem Referat bereits auseinandergesetzt. Es handelt sich nicht um etwas Neues, sondern um die statutarische Festlegung von etwas Bestehendem, mit dem sich mehr als ¾ aller Parteigeschäfte völlig abgefunden haben. Wenn dies in Leipzig nicht der Fall ist, so bedaure ich das. Die Leipziger werden uns nicht nachweisen können, daß sie in dieser Beziehung nicht das gleiche leisten können wie Kottbus, Zwickau usw. Sollten die Leipziger einmal so notleidend sein, daß sie das Geforderte nicht leisten können, so werden sie beim Parteivorstand immer Entgegenkommen finden. Wenn befürchtet wird, die Parteigeschäfte würden dadurch vom Parteivorstand abhängig, so besteht dieselbe Gefahr weit mehr nach dem Antrag 220. Der Partei und dem Parteivorstand muß es übrigens darum zu tun sein, laufende Beiträge zu erhalten, wie auch die Organisationen in kurzen Zwischenräumen uns die Beiträge übermitteln. Von den Geschäften muß auch laufend der Beitrag abgeführt werden, was aber nicht möglich ist, wenn ein Prozentsatz vom Reingewinn genommen wird, weil dieser bekanntlich nur einmal im Jahr am Schluß des Geschäftsjahres festgestellt wird. Darauf können wir nicht warten. Aus allen diesen Gründen bitte ich, dem Antrag des Parteivorstandes zuzustimmen und den Antrag 220 abzulehnen.

Die im Antrag 87 beantragte Einrichtung hatten wir bisher schon; sie soll nur im Statut festgelegt werden. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Der Antrag 88 will den Beitrag für die Internationale in die Mitgliederbeiträge einkalkuliert wissen. Wir bitten davon abzusehen und es bei dem Beschluß des vorigen Parteitages zu belassen.

Im Antrag 89 wird gefordert, daß die Bestimmung, daß Erwerbslose während der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit vom Beitrag befreit werden, durch Organisationsstatut festgelegt wird. Bisher ist das immer in den Bezirken und Orten geregelt worden. Gegen die Aufnahme in das Organisationsstatut haben wir Bedenken und bitten, den Antrag abzulehnen.

Den Antrag 90 empfehlen wir zur Annahme.

Die Anträge 91 und 92 wollen einen bestimmten Modus für die Wahl zum Parteitag und zu den internationalen Kongressen. In dem gewünschten Sinne zu verfahren, steht jedem Bezirk frei. Wir halten es aber nicht für am Platze, ein bestimmtes Wahlsystem für die gesamte Partei festzulegen, und bitten, beide Anträge abzulehnen.

Antrag 93 ist zurückgezogen und durch die Anträge 230 und 231 ersetzt. Wir erklären uns mit dem Antrag 231 einverstanden, wonach als Voraussetzung für eine Vertretung im Parteiausschuß die Zahl der weiblichen Mitglieder auf 7500 festgesetzt wird. Damit würden 10 weibliche Mitglieder statt bisher 3 in den Parteiausschuß einziehen.

Den Antrag 94 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag 95 ist mit dem Organisationsstatut nicht in Einklang zu bringen. Ein Ausschlußverfahren ist immer Voraussetzung. Mit dem Antrag würden wir eine Menge schwieriger Streitfälle in die Partei hineintragen. Wir bitten daher, den Antrag abzulehnen.

Mit dem Antrag 96 sind wir einverstanden, lehnen aber die Motivierung ab. Wenn man untersuchen will, von welcher Seite in Sachsen Sonderkonferenzen veranstaltet worden sind, würde man wohl feststellen können, daß beide Seiten gesündigt haben. (Widerspruch und Zurufe.) Unter Ablehnung der Motivierung haben wir gegen die Annahme des Antrags nichts einzuwenden.

Antrag 215 will die Einführung eines regelmäßigen Vierteljahrsbeitrags für Kulturzwecke. Da wir den Beschluß des Vorjahres bezüglich der internationalen Beiträge aufrechterhalten wollen, kann man nicht an deren Stelle diesen Beitrag setzen. Einen solchen Beitrag zentral und bindend für die ganze Partei zu beschließen, halten wir nicht für angängig. In einzelnen Bezirken und Orten kann ein solcher Beitrag erhoben werden, wie es stellenweise auch jetzt schon geschieht. Für die Gesamtpartei müssen wir das aber ablehnen. Wir können uns daher nicht für die Annahme dieses Antrags erklären.

Den Antrag 220 habe ich schon behandelt.

Der Antrag 222 möchte ein kleines Gelegenheitsgesetz schaffen. In diesem Antrag liegt ein Mißtrauen gegen den Parteivorstand, das wir entschieden zurückweisen müssen. Wir können es auch nicht als berechtigt anerkennen, daß die Begründung mit Rücksicht auf den sächsischen Streitfall gegeben werden kann. Wir bitten daher, den Antrag abzulehnen.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes sagen. Wenn die Genossen Fleißner und Edel ausgeführt haben, daß man den Mitgliederrückgang nicht gleichgültig behandeln dürfe und die Ursachen ergründen müsse, dann möchte ich den Vorwurf gegen den Parteivorstand, der darin enthalten ist, als ob dieser der Erscheinung gleichgültig gegenüberstände, zurückweisen. Wir haben mit Bedauern dem Parteitag von dieser Tatsache Kenntnis gegeben und halten es für die höchste Pflicht eines jeden, diesen Rückgang wieder wettzumachen. Wir sind aber auch der Meinung, daß so kraß, wie die Tatsache hier aus den nackten Zahlen in Erscheinung tritt, die Dinge nicht liegen. Wir glauben, daß in den letzten schwierigen Jahren die uns von den Bezirken übermittelten Ziffern über den Mitgliederbestand nicht immer ganz mit der Wirklichkeit in Einklang standen, und daß daher der Rückgang nicht ganz so stark ist, wie er hier erscheint. Die Tatsache aber, daß ein Mitgliederrückgang im letzten Jahre stattgefunden hat, ist nicht zu bestreiten. Wir wollen alle dahin arbeiten, daß wir im nächsten

Jahre über einen Zuwachs von 100 000 Mitgliedern berichten können und hoffen, daß mit Hilfe der gesamten Parteigenossenschaft und durch die Auswirkungen dieses Parteitags dieses Ziel erreicht wird!

Ludwig-Berlin (Parteivorstand): Ich möchte den Freunden des Antrags des Genossen Lipinski wegen des Werbebeitrags drei Zahlen bekanntgeben. Im Bericht finden Sie, daß der Parteivorstand als Werbebeitrag von den Geschäften 590 000 Mk. erhalten hat, 62 000 Mk. vom Reingewinn. Die 590 000 Mark haben wir durch einen freiwilligen Beschluß der Geschäftsführer erhalten, die damals in der Inflationszeit aus sich selbst das der Partei gegeben haben und damit überhaupt den Parteikörper erhalten haben. Vergessen Sie nicht, daß dieser Beschluß in der Inflationszeit erfolgte. Der Leipziger Geschäftsführer erklärte: Wenn der Parteitag das beschlossen hätte, würden wir es auch zahlen. Die übrigen haben es aber gegeben, ohne daß der Parteitag es beschlossen hat. Wir verzichten jetzt auf den Anteil am Reingewinn und wünschen, daß der Werbebeitrag durch das Statut festgesetzt wird. Wir haben von Leipzig vom Reingewinn den Anteil erhalten, der nach dem Statut dem Parteivorstand zugewiesen werden soll, nämlich 12 000 Mk. Nach dem Gebrauch der anderen Geschäfte wären es 30 000 Mk. gewesen. Die übrigen sächsischen Geschäfte haben zusammen etwa 61 000 Mk. abgeführt. Sie können Ihre Schlüsse daraus selbst ziehen.

Nun das Wichtigste! Diese Mittel hat der Parteivorstand durchweg den Parteigeschäften wieder als Darlehen gegeben, weil wir der Auffassung sind, daß alle unsere Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden sollen. (Sehr richtig!) Die Genossen müssen lernen, alle Gelder, auch wenn sie von den Parteigenossen kommen, so zu verwalten, als wenn sie das Geld von einer Bank bekommen. Glauben Sie, daß die Arbeiterbank Ihnen Geld schenken kann? Diese Darlehnssumme beträgt seit der Inflationszeit 856 000 Mark. Unsere Geschäfte sollen ausgebaut und nicht nur konkurrenzfähig sein, sondern in technischer Beziehung an der Spitze stehen. Lehnen Sie deshalb den Antrag Lipinski ab und stimmen Sie unserm Antrage zu.

Der Reingewinn, der sich aus den Bilanzen der Geschäfte ergibt, ist in den seltensten Fällen greifbar. Die Geschäfte müssen sehr oft in den Zeiten, wo die Steuern fällig sind, sich Geld ausleihen, trotzdem sie buchmäßig einen Reingewinn zu verzeichnen haben. Es ist schwer, mit solchen unsicheren Einnahmen zu kalkulieren. Deshalb unser Vorschlag.

Die Genossen Liebmann und Edel sind heute auf die Barmat-Affäre zurückgekommen und haben geglaubt, der Parteivorstand habe Ursache, darüber zu schweigen. Ich bedaure im Gegenteil, daß nicht viel deutlicher über die Dinge geredet worden ist, denn das Gewissen sehr vieler Genossen scheint erst durch die Deutschnationalen geschärft worden zu sein. (Sehr gut!) Der Prüfungsausschuß, dessen Vorsitzender ich war, hat kein Anklagematerial von Parteigenossen aus eigenem erhalten, sondern wir haben nur die Vorwürfe untersuchen können, die von den Völkischen und Deutschnationalen gegen die Genossen geschleudert worden sind. (Hört, hört!) Wir haben 35 Stunden in Sitzungen zugebracht und die Angelegenheiten untersucht. Liebmann und Edel werden wissen, daß jede Redaktion und Bezirksleitung schriftlich von jedem einzelnen Falle das Abschlußurteil erhalten haben, und zwar bereits im Februar und März. Das Ergebnis der Untersuchung ist nirgends angefochten worden. Deshalb kann nicht davon geredet werden, daß etwas verschleiert werden soll.

Solange nicht ein Verdacht sich bestätigt, daß ein Genosse sein politisches Mandat für sich oder andere ausgenutzt hat, hat jeder die Pflicht, sich vor den Parteigenossen, der im Interesse der Partei gehandelt hat, zu stellen. Das hätte das Anstandsgefühl bedingt.

Loeb-Frankfurt a. M. (persönliche Bemerkung): Der Genosse Stelling hat

in seinem Schlußwort einen Flugzettel verlesen, der bei den Parteitagswahlen in Frankfurt a. M. verwendet sein soll. Auf diesem Flugzettel steht: Wählt Dißmann, Loeb, Kressel! Ich bedaure, daß der Genosse Stelling vergessen hat, das Flugblatt bekanntzugeben, auf welchem stand: Wählt Quarck, Nölting, Jourdan! Beides ist aber sowohl von dem Genossen Nölting wie von mir als ungehörig zurückgewiesen worden. Als ich von diesem Mißbrauch meines Namens erfuhr, habe ich dem Parteivorstand Frankfurt am Main mein Mandat zur Verfügung gestellt. Der Parteivorstand war einmütig der Auffassung, daß ich mein Mandat auf richtigem Wege und ohne, wie es Genosse Stelling dartun wollte, durch parteischädigendes Verhalten erlangt habe.

Vorsitzender **Wels:**

Ich glaube nicht, daß das eine persönliche Bemerkung in dem Sinne war, wie sie geschäftsordnungsmäßig zulässig ist. Genosse Stelling hat nur nachzuweisen versucht, daß in der Stadt Frankfurt am Main die Beurteilung der Tätigkeit der einzelnen Parteigenossen nach Richtungen erfolgt, und hat zu diesem Zweck den Zettel bekanntgegeben. Wenn auch die andere Richtung Zettel verbreitete, so wird das Urteil des Genossen Stelling dadurch nicht abgeschwächt, sondern eher stärker unterstrichen.

Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Antrag 3 und 4 werden dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 5, dazu Antrag 218. Antrag 218 wird angenommen, der Rest des Antrags 5 dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 6 wird abgelehnt.

Die Anträge 7, 8, 9, 10, 10a, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19 werden dem Parteivorstand überwiesen, Antrag 11 wird abgelehnt.

Antrag 16 wird als erledigt erklärt.

Antrag 20 wird abgelehnt.

Antrag 21 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 22 wird abgelehnt.

Die Anträge 23, 24 und 149 werden abgelehnt.

Die Anträge 26, 27, 28 und 49 werden durch die Entschließung des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses Nr. 214 für erledigt erklärt. Der Abänderungsantrag 221 zu der Resolution 214 wird zurückgezogen. Der Abänderungsantrag 229 wird abgelehnt. Antrag 25 wird angenommen.

Die Anträge 29—33 (Volksentscheid) werden nach dem Vorschlag des Berichterstatters abgelehnt. Antrag 34 wird dem Parteivorstand überwiesen; desgleichen die Anträge 35 und 211. Die Anträge 36—46 sind der Sachsenkommission überwiesen worden; die Anträge 47 und 48 der Beschwerdekommission.

Antrag 49 ist erledigt durch die Beschlußfassung zu den Anträgen 26 und 27.

Die Anträge 50 und 72 werden vom Parteitag abgelehnt, desgleichen der Antrag 51. Dem Parteivorstand überwiesen werden die Anträge 52—54.

Der Antrag 55 ist der Programmkommission überwiesen worden; Antrag 56 wird gemäß dem Vorschlag des Referenten der Reichstagsfraktion überwiesen, Antrag 57 dem Parteivorstand; Antrag 58 verfällt der Ablehnung.

Die Anträge 59—67 werden in getrennter Abstimmung abgelehnt, desgleichen die Anträge 68, 69, 70, 71, 73—85.

Der Antrag des Parteivorstandes Nr. 86 wird unter Ablehnung des Abänderungsantrages Liebmann-Leipzig und Genossen Nr. 220 in namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 74 Stimmen angenommen.

Der Antrag 87 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge 88 und 89 werden abgelehnt.
Antrag 90 wird angenommen.
Die Anträge 91 und 92 werden abgelehnt.
Antrag 93 ist zurückgezogen.
Antrag 94 wird dem Parteivorstand überwiesen.
Antrag 95 wird abgelehnt.
Antrag 96 wird unter Streichung der Motivierung angenommen.
Antrag 209 wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.
Antrag 210 wird abgelehnt.
Antrag 215 wird abgelehnt.
Antrag 222 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.
Antrag 224 wird dem Parteivorstand überwiesen.
Antrag 230 wird zurückgezogen.
Antrag 231 wird angenommen.

Hierauf wird auf Antrag der Kontrollkommission dem Parteivorstand für seine Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß am Mittwoch, den 16. September, die Nachmittagssitzung ausfällt und ein Ausflug dafür geplant ist.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels:**

Wir fahren in unseren Verhandlungen fort, und zwar:

3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag.

Berichterstatter Wilhelm **Keil:**

Wenn der mündliche Fraktionsbericht den Zweck hätte, dem Parteitag im einzelnen mitzuteilen, was im Reichstag geschehen ist und welche Stellung die Fraktion zu jedem Beratungsgegenstand eingenommen hat, so würde das diesmal eine sehr längliche Sache werden. Es hat kaum einen Reichstag gegeben, der so intensiv gearbeitet hat wie der letzte. Der umfangreiche gedruckte Bericht über die Tätigkeit der Fraktion legt Zeugnis ab von der Fülle der beratenen Materien und verabschiedeten Gesetze. Was der arbeitsunfähige Reichstag vom Mai 1924, der im wesentlichen nur die Gesetze über das Londoner Abkommen zustande brachte, versäumte, mußte der Reichstag vom Dezember 1924 in seinem ersten Tagungsabschnitt nachholen. Die wiederholten Unterbrechungen der Reichstagsarbeiten zunächst durch das Ableben des ersten Reichspräsidenten, unseres unvergeßlichen Freundes Ebert, dann durch die beiden Wahlkämpfe um die Wiederbesetzung des höchsten Amtes in der deutschen Republik, hatten zur Folge, daß sich die Arbeiten des Reichstags noch enger zusammendrängten und der Abschluß der Session sich noch weiter hinausschob als es ohnedies der Fall gewesen wäre.

Dem Reichstag war in dieser Periode die Aufgabe gestellt, die Notmaßnahmen, die in den Monaten des Uebergangs von der Inflation zur stabilen Währung getroffen worden waren, durch gesetzliche, auf längere Dauer berechnete Regelungen zu ersetzen und den ganzen durch die Währungskatastrophe aus den Angeln gehobenen Organismus der Staatsverwaltung wieder in geordnete Funktion zu bringen. Wenn wir objektiv anerkennen, daß der Reichstag im

wesentlichen diese Aufgabe erfüllt hat, so müssen wir freilich sofort hinzufügen, daß er sie nicht erfüllt hat in dem Geist, der dem sozialen Gedankengehalt der Verfassung der deutschen Republik entspricht, sondern in einem Geist, der als höchstes Ziel die Befriedigung des materiellen Egoismus der wieder zu Macht und Einfluß gelangten besitzenden Oberschichten des deutschen Volkes kennt.

Meine Aufgabe kann nur darin bestehen, die grundsätzlichen Gesichtspunkte darzulegen, von denen die Fraktion bei ihren Arbeiten im Reichstag geleitet wurde. So kompliziert diese Aufgabe angesichts der mannigfaltigsten Beratungsstoffe scheinen mag, so wird sie durch die erfreuliche Tatsache doch vereinfacht, daß es ernste und nachhaltige Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht gegeben hat. Wenn auch die Unterschiede im politischen Werdegang, im Wirkungskreis, im Temperament und in der gefühlsmäßigen Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder zu einer verschiedenen Beurteilung taktischer Situationen führte — es wäre schlimm, wenn es anders wäre —, so besteht doch keine geschlossene Linke und keine geschlossene Rechte in der Fraktion wie in früheren Zeiten, von Sondersitzungen einzelner Fraktionsgruppen ist mir jedenfalls seit der Wiedervereinigung nichts bekannt geworden. Will man trotzdem von einem sogenannten linken und einem rechten Flügel sprechen, so sind die Fälle nicht selten, in denen linker Hand rechter Hand alles vertauscht war, in denen der sanfte Löbe den Draufgänger Rosenfeld an Radikalismus und der kritiklustige Levi den realpolitisch-sachlichen Hermann Müller an Sachlichkeit übertraf. (Heiterkeit.) Gab es Meinungsverschiedenheiten, so hat das nicht zu verhindern vermocht, daß die Fraktion nach außen hin einheitlich auftrat, vereinzelte Ausnahmen waren ohne politische Bedeutung, beruhten auf ungenügender Information und dienten jeweils dazu, die Sünder an die Wahrung der Fraktionsdisziplin zu erinnern. Mir scheint auch in der Parteigenossenschaft im Reich keine ernste Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu herrschen, wie ich aus den zu diesem Thema vorliegenden Anträgen schließe. Ich finde darin vielerlei Anregungen — neben nützlichen und beachtlichen auch solche, die mit kritischem Blick zu prüfen sind —, aber ernste Kritik an der bisherigen Arbeiterfraktion finde ich nur in einem Aufsatz des Genossen Seydewitz im sächsischen Volksblatt, der mir hier auf dem Parteitag zu Gesicht gekommen ist, um der von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über unsere, im Parlament zu treibende Politik spricht und diese Meinungsverschiedenheiten für tiefer hält als die im sächsischen Konflikt. Mich hat diese Behauptung ein wenig überrascht. Bei meiner dauernden aufmerksamen Mitarbeit in der Fraktion habe ich von tiefgehenden dauernden Meinungsverschiedenheiten nichts bemerkt. Ich wüßte mich auch nicht zu erinnern, daß sich Genosse Seydewitz besonders bemüht hätte, die Fraktion von seinen höheren Einsichten zu überzeugen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Worin Genosse Seydewitz die Meinungsverschiedenheiten erblickt, darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Der Reichstag vom 7. Dezember 1924 hat einige der fratzenhaften physiognomischen Züge seines kurzlebigen Vorgängers abgestreift. Die von der Inflation genährten extremen Gruppen von rechts und links, die dem Mai-Reichstag das Merkmal der Arbeitsunfähigkeit aufdrückten, wurden rasch von den Wählern für den Unfug, den sie im Reichstag vom 4. Mai trieben, gezüchtigt. Die Gruppe politischer Windbeutel, die sich völkisch nennt, schmolz bei den Dezemberwahlen wie der Neuschnee in der Septembersonne, und der Katz-Scholemsche Bläserchor verlor so viel seiner geübten Instrumentisten, daß den Konzertgebern die Lust am Spiel rasch verging.

Aus dem Mehr an Abgeordneten, das sich aus der verstärkten Wahlbeteiligung im Dezember ergab, und aus den Verlusten der Inflationsparteien von rechts und von links schöpften wir Sozialdemokraten unseren Gewinn von

31 Mandaten, der sich sofort nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags in der Zurückeroberung des Reichstagspräsidiums durch unsern Löbe, den Meister in der Führung der Glocke, auswirkte. So erfreulich diese rasche Wandlung an sich — vielleicht auch für das Ansehen des kurzlebigen Reichstagspräsidenten Wallraf — war, so konnte sie doch nicht die im Gang befindliche Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Rechten aufhalten. Die Zeit vom Mai bis zum Dezember war zu kurz, der Maireichstag hatte in seinen wenigen Sitzungen die große Schar der Wähler nicht genügend zur Besinnung bringen können, die dem gerissenen Demagogentum im Mai in die Falle gegangen waren. Würden heute die Wähler erneut ihren Willen zum Ausdruck bringen können, so würden Millionen von denen, die sich im Mai und Dezember 1924 noch düpieren ließen, ihre Entscheidung von damals gründlich revidieren.

Wenn die Fraktion nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung im Herbst 1923 die Machtergreifung durch die Deutschnationalen noch verhindern konnte und insbesondere verhüten konnte, daß die Volksmassen am Ende der Inflationsperiode, in der Zeit hochgradigster Verwirrung, an die Urnen gerufen wurden, wie es die Deutschnationalen damals wünschten, und wenn die Fraktion auch noch nach den Maiwahlen erfolgreich dabei mitwirken konnte, daß den Deutschnationalen die Tür zum Eintritt in die Regierung, an die sie heftig pochten, verschlossen blieb, so war nach den Dezemberwahlen die Etablierung der Rechtsregierung nicht mehr zu verhindern.

Die Wähler hatten den Strömungen, die auf dieses Ziel hinausliefen, nicht den nötigen starken Damm entgegengesetzt. Für die Erneuerung der Weimarer Koalition fehlte nach der Wahl die zahlenmäßige Grundlage. Ein Wiederaufleben der sogenannten großen Koalition kam aus den verschiedensten Gründen nicht in Frage. Die Deutsche Volkspartei hatte auch nicht den Mut, die bisherige Minderheitsregierung weiter tragen zu helfen und gegen die deutschnationale Demagogie zu verteidigen. Die Deutsche Volkspartei verließ sich auf die Rechtsneigung eines großen Teils des Zentrums, und diese Spekulation erwies sich als richtig. Der Ringkampf zwischen Stresemann und Marx endete mit dem Sturz des letzteren, den seine eigene Partei fallen ließ. Herr Luther schwang sich als gewandter Equilibrist auf den Kanzlerstuhl, und vier deutschnationale Minister nahmen neben ihm Platz. Das Zentrum wollte nach der frostigen Erklärung Fehrenbachs nicht an dieses Kabinett gebunden sein. Aber nach den Leistungen des Zentrums in den letzten Monaten fragt man sich vergebens, was denn diese Partei noch mehr für das Kabinett Luther hätte tun können.

In der veränderten Situation, die mit der Bildung des Kabinetts Luther entstanden war, ergab sich für unsere Fraktion die Stellungnahme von selbst: *schärfstes Mißtrauen und kampfentschlossene Opposition*. Der Verlauf der ersten Parlamentssession unter der Herrschaft dieses Kabinetts hat uns gezeigt, wie begründet dieses Mißtrauen war. Aber unsere Opposition ist nicht die gleiche, die wir in der Vorkriegszeit gegen die Obrigkeitsregierung zu treiben genötigt waren. Damals standen wir einem Regierungssystem gegenüber, das halb absolutistisch, halb konstitutionell war. Die Minister mußten nicht vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit, sondern von dem des Monarchen getragen sein. Die Sozialdemokratie war minderen Rechts, vom Beamtendienst grundsätzlich ausgeschlossen, in den Parlamenten durch Wahlkreisgeometrie und Klassenwahlrecht benachteiligt. An die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt war nicht zu denken. Heute haben wir das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem, beruhend auf der republikanischen Staatsform. Wir Sozialdemokraten sind an der Schaffung der demokratischen Republik führend beteiligt gewesen. Wenn wir zurzeit nicht an der Regierung beteiligt sind, und uns vorläufig auch nicht danach sehnen, so ändert

das nichts daran, daß der Sinn und das Ziel unseres Kampfes das ist, die Feinde der Republik und des schaffenden Volkes aus der Regierung zu vertreiben.

Mir scheint nun, daß der Genosse Seydewitz — ich erblicke in ihm den Vertreter der Anschauung, die gewiß eine, wenn auch nicht sehr zahlreiche Anhängerschaft hat — in diesem Punkte anderer Meinung ist, sonst würde er nicht zu der grundfalschen Behauptung kommen, daß die größere Hälfte der Partei jetzt nur Opposition machen will, weil sie nicht mitregieren dürfe, und daß die Partei darum blindlings alles, was von Regierungsseite kommt, niederkämpfen müsse mit dem Ziel, über die jetzige Rechtsregierung hinweg wieder zur großen Koalition zu kommen. So drückte er sich wörtlich aus, und in Fettdruck verkündete er weiter, ein prominenter Führer des rechten Flügels habe kürzlich in der Reichstagsfraktion einem seiner Genossen vorgehalten: Sie sind radikal mit dem Ziel der großen Koalition. Mir ist von dieser Bemerkung nichts bekannt. Aber im Irrtum ist Genosse Seydewitz, wenn er annimmt, daß es auch nur ein Fraktionsmitglied gäbe, das für die große Koalition so fest eingeschworen wäre, wie er sich offenbar gegen sie verschworen hat. Soweit ich unterrichtet bin, herrscht in der Fraktion allgemein die Meinung, daß es die taktische Bewegungsfreiheit hemmen und darum schaden würde, wenn man sich in solchen Fragen ein für allemal festlegen wollte. Wir würden damit unsern Gegnern nur den Kampf gegen uns erleichtern. Im parlamentarischen Leben muß der Kampf elastisch geführt werden. Wer sich im voraus bindet und den Gegner wissen läßt, daß und wie er sich gebunden hat, darf sich nicht wundern, wenn der Gegner diese Handlungsunfreiheit für seine Zwecke ausnutzt. (Sehr richtig!) Mir scheint es umgekehrt unsere Aufgabe zu sein, die Schwächen auszunützen, die sich der Gegner gibt. Besonders der jetzigen Regierungsmehrheit gegenüber hat das zu gelten. Nun irrt der Genosse Seydewitz sehr mit seiner Unterstellung, daß die Fraktionsmehrheit das nur wollte, um unbedingt zur großen Koalition zu kommen. Was geschehen wird, wenn die Niederringung der Rechtsregierung gelungen sein wird, ist eine offene Frage, zu der Stellung zu nehmen ist, wenn der Fall eintritt. Ich hoffe, daß dann der Genosse Seydewitz der Fraktion seine weisen Ratschläge nicht vorenthalten wird. Klar sein müssen wir uns immer darüber, daß wir, wenn wir eine Regierung stürzen, in die Zwangslage versetzt sein können, eine neue bilden zu müssen (Hermann Müller: oder unterstützen zu müssen!) oder unterstützen zu müssen. Denn das ist der Sinn des parlamentarischen Regierungssystems, daß die Opposition, die siegt, selbst die Regierung übernehmen oder für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung sorgen muß. Mir scheint, daß Genosse Seydewitz diesen Grundgedanken des Parlamentarismus noch nicht ganz erfaßt hat. Daß der Kampf zwischen Opposition und Regierungspartei, der im klassischen Lande des Parlamentarismus, in England, jahrhundertelang einem Kampf zwischen Liberalismus und Konservatismus war, in Deutschland mehr und mehr zu einem Kampf zwischen Sozialismus und Bürgertum geworden ist, beweist uns nur, daß wir uns in dem Stadium des Ringens um unsern Anteil an der *unmittelbaren Staatsgewalt* befinden. Daraus ergibt sich aber eine andere taktische Stellungnahme als in der Vorkriegszeit.

Wir Sozialdemokraten fühlen uns als die eigentlichen Träger der demokratischen Republik und haben sie mit allen Kräften zu verteidigen, auch gegen ihre in der Regierung sitzenden Feinde. In der *Außenpolitik* fällt uns die Aufgabe zu, die Interessen unseres Landes mit den friedlichen Mitteln der Demokratie zu vertreten, Deutschland wieder Ansehen und Vertrauen in der Welt zu erwerben und vor allem den Frieden zu sichern im Kampf mit dem frivolen Nationalismus diesseits und jenseits der Grenzen. Im *Innern* ist

und bleibt die Sozialdemokratie der Anwalt der Armen, der Schaffenden und Enterbten. Hier haben wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unsere volle Kraft einzusetzen für die Wahrung der Lebensinteressen der schaffenden Arbeit und der unschuldigen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft gegen die Begünstigung des Besitzes. Wir haben nicht demagogische Schaugerichte zu bieten, mit denen den Notleidenden nicht gedient ist, sondern unsere Forderungen so zu bemessen und unsere Taktik so einzustellen, daß das Höchstmaß der unter den gegebenen Machtverhältnissen möglichen Fortschritte erreicht wird. Daraus ergibt sich, wenn wir in Oppositionsstellung sind, daß unsere Forderungen die Grenze nicht überschreiten dürfen, die wir einzuhalten genötigt wären, wenn wir Anteil an der Regierungsgewalt hätten. (Sehr wahr!) Wir haben zwar von der deutschnationalen Opposition in vergangenen Jahren viel lernen können, soweit dürfen wir sie uns aber nicht zum Vorbild nehmen, daß wir Forderungen erheben und Anträge stellen, deren Annahme wir, wenn wir zur Regierung gelangten, mit allen parlamentarischen Finessen hintertreiben müßten. (Sehr richtig!)

Ich würde es nicht für notwendig halten, besonders zu betonen, daß wir solche Forderungen tatsächlich auch nicht erhoben haben, wenn nicht wiederum Genosse Seydewitz den von gegnerischer Seite erhobenen Vorwurf, daß wir gegen unsere bessere Einsicht Anträge stellten, nur weil wir nicht mitregieren dürften, für teilweise richtig erklärt hätte. Daß Genosse Seydewitz damit den Arbeitern und der Partei genützt hätte, wird man wohl nicht sagen können.

Die deutschnationale Demagogie in der Aufwertungsfrage hat uns gezeigt, wie eine Partei, die auf Ehrlichkeit und politisches Ansehen hält, nicht vorgehen darf. In der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat mal einer der weniger begabten Deutschnationalen des Reichstags offen bekannt, daß die Anträge, die seine Fraktion bei Beginn des jetzigen Reichstags reklamehalber eingebracht hat, vor ihrem Eintritt in die Regierung gestellt worden seien, daß sie aber die Annahme dieser Anträge nach dem Eintritt nicht für möglich halte. Wir haben es auch nicht nötig, unmögliche Agitationsanträge zu stellen. Die praktischen Leistungen der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit bleiben hinter dem Notwendigen, Möglichen und Durchführbaren soweit zurück, daß wir alle Hände voll zu tun haben, um nur die schwersten Mängel dieser gesetzgeberischen Arbeit zu bekämpfen und zu verbessern. Wohin wir blicken, tut sich der Kontrast auf zwischen den Worten der jetzigen Regierungsparteien bei den letzten Wahlen und ihren Taten im Reichstag. Der radikale Wechsel in der Haltung der Deutschnationalen, der mit ihrem Eintritt in die Regierung verbunden war, ist ohne Beispiel in der Geschichte des deutschen Parteilebens. Wie sind die Parteien der Linken, vor allen Dingen ihre Führer, in den Jahren 1919 bis 1924 geschmäht und verlästert worden, weil sie mit den Machtverhältnissen rechneten, die durch die Kriegsniederlage der Militärmonarchie geschaffen worden sind. Sie hatten, wie die Nationalisten sagten, das Vaterland verraten und die Ehre der Nation in den Kot getreten. Man nannte sie bezahlte Knechte des Auslands, die entschlossen seien, mit ihrer verruchten Erfüllungspolitik dem deutschen Volke das letzte Mark aus den Knochen zu pressen, nur um die Wünsche und Begierden der Feinde zu erfüllen. Schon bei der Entscheidung über die Dawes-Gesetze im August 1924 brach diese frivole Demagogie, die die Tatsachen auf den Kopf stellte, in sich zusammen. Diese Selbstentlarvung der Deutschnationalen hinderte sie aber nicht, bei den Dezemberwahlen sich noch einmal im Jahrmarktsstil als den nationalen wahren Jakob der Wählerschaft anzupreisen. Als aber nach den Wahlen der Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett Luther erfolgt war, hieß es: Farbe bekennen. Und siehe da! Die ganze deutschnationale Fraktion schwenkte ein und betrieb Erfüllungspolitik mit einem Eifer, wie sie nie zuvor von einer anderen Partei betrieben worden ist. Wie würde der

verstorbene Helfferich mit einem Finanzminister der Linken umgesprungen sein, der wie der deutschnationale Minister von Schlieben unter schwerster Belastung der Steuerzahler eine Ueberschußwirtschaft betrieben hätte, nur um auf lange Frist Vorsorge für die Erfüllung der Reparationslasten zu treffen.

Wie steht es weiter mit der Zerreißung des Versailler Vertrages in Fetzen, die für den Fall einer deutschnationalen Herrschaft angekündigt wurde? Wo ist der wuchtige Protest gegen die Kriegsschuldlüge, den die Deutschnationalen von allen früheren Regierungen verlangt hatten?

Es ist ganz still geworden von diesen Dingen, seit die Deutschnationalen als Regierungspartei Gelegenheit haben, das auszuführen, was sie als Oppositionspartei von den andern verlangten. Statt dessen sind die Vorbereitungen im Gange zum Abschluß eines deutsch-französischen Sicherheitspaktes, der nicht, wie beim Abschluß des Friedensvertrages 1919, den gewaltsam erzwungenen, sondern den völlig freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen für immer in sich schließt.

So begrüßenswert es von unserm Standpunkt aus ist, daß sich die Reichsregierung dem Gedanken der Verständigung mit Frankreich nicht verschließt, so hätte ich doch die Entrüstung nicht hören mögen, die ausgebrochen wäre, wenn etwa ein Kabinett Wirth oder Hermann Müller den Abschluß eines solchen Vertrages mit Frankreich versucht hätte. Wenn es in den Augen der Deutschnationalen ein Verrat an der deutschen Ehre war, den Friedensvertrag mit dem Schuldparagraphen zu unterschreiben und durch Uebernahme großer materieller Verpflichtungen weitere Gewaltakte vom deutschen Volke fernzuhalten, so scheint es nach dem Verhalten der Deutschnationalen im letzten Jahre für sie kein höheres Ziel zu geben, als diesen Verrat selbst begehen zu dürfen. (Sehr richtig!) Die immer wieder zu beobachtenden Extratouren einzelner Vertreter der Deutschnationalen, nämlich des rabiaten völkischen Flügels in der Partei, die sich gegen die Politik der nationalen Knochenerweichung — wie es früher hieß — wenden, dienen nur dazu, die Wandlung zu illustrieren, die sich bei den Deutschnationalen seit ihrem Eintritt in die Regierung vollzogen hat. Die Deutschnationale Partei genieren die Angriffe der Freytag-Loringhoven und anderer nicht. Ihre Machtgier ist so groß, daß sie jede Einbuße ihres Ansehens in der Oeffentlichkeit in Kauf nehmen, um sie zu befriedigen. Die Oppositionstiraden, die sie des öfteren noch aufführt, um ihre Anhänger im Lande bei der Stange zu halten, haben wir ihnen des öfteren versalzen. Wir haben sie gezwungen, dem deutsch-spanischen Handelsvertrage zuzustimmen, den sie als einen Verrat am deutschen Weinbau stigmatisiert hatten. Wir haben sie gezwungen, sich zu den Grundzügen der Politik des Kabinetts Luther zu bekennen, und auch in einer Reihe von Fragen der inneren Politik haben wir ihnen das Doppelspiel, zugleich Regierungs- und Oppositionspartei sein zu wollen, gründlich ausgetrieben. Vor die Entscheidung gestellt, haben die Deutschnationalen es stets vorgezogen, statt ihres Ansehens bei ihren Anhängern ihre Ministersessel zu schützen. Sie werden das auch künftig so halten, bis die Empörung der Wähler der Schandwirtschaft, die sie in den ¾ Jahren getrieben haben, Einhalt gebietet.

Die maßgebenden Kreise der Deutschnationalen Partei wissen die Regierungsgewalt auch dann zu schätzen, wenn sie nicht ihre Ziele auf einen Schlag erreichen können, sondern sich mit einem Teilerfolg begnügen müssen. Selbst der große Raubzug, den sie mit der Zollgesetzgebung eingeleitet haben, erfüllt ihre Wünsche noch nicht in vollem Umfange. Aber schon dieses kleine Zollgesetz, das trotz des Widerstandes unserer Fraktion unter gewalttätigem Bruch der geschäftsordnungsmäßigen und verfassungsmäßigen Rechte der Minderheit durchgepeitscht worden ist, wird von verhängnisvollen Folgen für unsere wirtschaftliche Entwicklung sein. Der Hauptvorhalt, der uns Sozialdemokraten von

den Vertretern der Hochschutzzollpolitik gemacht wird, geht dahin, wir wollten inmitten einer zollpolitisch gerüsteten Welt die deutsche Wirtschaft schutz- und wehrlos der ausländischen Konkurrenz ausliefern. So töricht sind wir wahrhaftig nicht. Wir sind stets bestrebt, Schädigungen von deutschen Wirtschaftsleben fernzuhalten. Das gebietet uns das Lebensinteresse der Arbeiterklasse. Wir wissen, daß sich Deutschland nicht eine Politik des reinen Freihandels, der nie sozialistisches Prinzip gewesen ist, leisten kann, wenn die übrigen Staaten der Welt mit Zollmauern umgeben sind. Wir wissen auch, daß das durch den Weltkrieg vom Weltwirtschaftsverkehr abgeschnittene Deutschland eine wirtschaftsgesetzliche Grundlage für den Abschluß von Handelsverträgen braucht.

Worin wir uns aber grundsätzlich von der Reichstagsmehrheit und vom Kabinett Luther unterscheiden, ist, daß wir den allgemein, nicht nur deutscherseits, zu betreibenden Abbau der Zollmauern und eine europäische Wirtschaftsverständigung erstreben, während die Hochschutzzöllner zielbewußt darauf hinsteuern, die Zollschranken der übrigen Länder noch zu übertrumpfen. Auf diesem Gebiete besteht der gleiche Gegensatz wie in der Vorkriegszeit auf dem Gebiete der Rüstungspolitik. Wir wollten damals ein wahres Volksheer, das seiner inneren Natur nach defensiven Charakter trägt. Die Militaristen der Großstaaten aber überboten sich gegenseitig in der Verstärkung der von Offensivgeist erfüllten stehenden Heere mit dem schließlichen Erfolg, daß die Katastrophe des Weltkrieges heraufbeschworen wurde. Die Verteidiger der Hochschutzzöllnerei scheinen sich nicht ausnahmslos über die Tragweite ihrer Politik klar zu sein. Eine Hauptgefahr, die dem deutschen Staats- und Wirtschaftsleben nach der Stabilisierung der Währung noch droht, besteht bekanntlich in der passiven Handelsbilanz. Auf die Dauer ist es untragbar, daß wir alljährlich dem Auslande für die Einfuhr viele Milliarden mehr zahlen, als wir für die Ausfuhr deutscher Waren vom Auslande einnehmen. Als Abhilfsmittel gegen die passive Handelsbilanz gilt nach allgemeiner Auffassung die Beschränkung der Einfuhr und die Steigerung der Ausfuhr. Die Einfuhr läßt sich aber bei der gegenwärtigen geographischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands über einen bestimmten Grad hinaus nicht einschränken. Die Rohstoffe, die von der deutschen Industrie gebraucht werden, die uns aber das eigene Land nicht bietet, müssen eben vom Auslande bezogen werden, und das Minus in der inländischen Nahrungsmittelerzeugung muß gleichfalls, wenn wir nicht einen Teil unseres Volkes verhungern lassen wollen, durch Einfuhr von Nahrungsmitteln gedeckt werden. Die Zollpolitik ist überdies das ungeeignetste Mittel, dieses Minus zu verhindern. Wir haben daher alle Pflege der Steigerung der Ausfuhr zu widmen, der nicht wie der Beschränkung der Einfuhr feste Grenzen gezogen sind. Die Hochschutzzollpolitik bewirkt aber das Gegenteil einer Ausfuhrsteigerung. Sie reizt das Ausland, auf dessen Märkten wir unsere Fertigwaren absetzen wollen, zu scharfen Gegenmaßnahmen; sie steigert durch die gewollte Verteuerung des Lebensunterhalts der Massen indirekt die Produktionskosten und erschwert so die Konkurrenz der deutschen mit der ausländischen Industrie. Die Verteuerung des Lebensunterhalts der Massen bedeutet zugleich eine Erschwerung des Lebenskampfes der Arbeiter, eine Herabdrückung ihres Kulturniveaus, eine Verschlechterung der sozialen Zustände in jeder Beziehung. Das waren die Gründe, aus denen wir die Zollpolitik der Regierungsmehrheit aufs schärfste bekämpfen mußten und weiter bekämpfen werden. Dem schweren Schaden, den diese Politik der gesamten Volkswirtschaft und besonders den breiten Massen der Schaffenden in Stadt und Land, auch den Kleinbauern, besonders den Landarbeitern, zufügt, steht der Vorteil einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen gegenüber, denen die Befriedigung ihres Egoismus über die Pflege der elementaren Interessen des Volksganzen geht.

Nun unterzieht sich gegenwärtig die Reichsregierung im Schweiße ihres Angesichts der mühevollen Aufgabe, die preistreibenden Wirkungen der Zollpolitik, die noch gesteigert werden durch eine hochgradig unsoziale Steuerpolitik, mittels einer Preissenkungsaktion abzuschwächen. Dieses Bemühen reizt zum Spott. Man hat schon den Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir mit unserer Kritik den Erfolg der Preissenkungsaktion vereitelten. Hiernach scheint es, als ob man bereits nach einem Sündenbock für den Mißerfolg der Reichsregierung sucht und ihn in der Sozialdemokratie zu finden glaubt. Ich betone daher, daß niemand dieser Aktion größeren Erfolg wünscht als wir. Wir halten eine Senkung der Preise, die durch Ueberprofite und ein Uebermaß von Zwischenstufen im Warenverkehr heraufgetrieben worden sind, für möglich und notwendig. Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, als ob eine Regierung, die zum Schutze der kapitalistischen Profitinteressen gebildet worden ist, dieser Preisgestaltung mit allen Mitteln der Staatsgewalt zu Leibe gehen könnte. Hat doch die Regierung Luther gerade zur Erhöhung des Profits ihre Schutzzollpolitik unternommen und zugleich die Steuerlast der Besitzlosen verschärft unter Schonung des Großbesitzes. Zuerst alle Voraussetzungen für die Steigerung der Preise schaffen, und dann so tun, als ob man die Preise senken wollte, das ist ein Beginnen, vor dem der Spott nicht halt machen kann. (Lebh. Zustimmung.) Welcher Erfolg der Preissenkungsaktion in Aussicht steht, läßt sich aus der Tatsache folgern, daß die Regierung schon auf Schwierigkeiten stößt, wenn sie nichts weiter verlangt, als daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer in den Preisen ihren Ausdruck finden soll, was doch eigentlich selbstverständlich sein müßte. Bei der engen Verbindung der gegenwärtigen Regierung mit dem Großkapital darf es wahrlich nicht wundernehmen, wenn die Arbeiterklasse in der Preissenkungsaktion in erster Linie ein Manöver zur Verhinderung von Lohnerhöhungen erblickt. (Sehr wahr!) Aber die Arbeiterschaft wird sich nicht irremachen lassen in ihrem Widerstande gegen eine weitere Herabsetzung ihrer Lebenshaltung, die schon erheblich unter der der Vorkriegszeit steht. Indem die Arbeiterschaft für eine Hebung ihrer sozialen Lage kämpft, erhöht sie ihre eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, hebt sie die Kaufkraft der breiten Massen und dient damit im hohen Grade der Belebung unserer daniederliegenden Gesamtwirtschaft. Sehr richtig!)

Mit der Zollpolitik steht im engsten Zusammenhang die Steuerpolitik, die von der Rechtsregierung gleichfalls dazu ausgenützt worden ist, die Interessen der Reichen auf Kosten der Armen zu schützen. Eine umfangreiche Steuerreform war in diesem Jahr notwendig. Das rohe Provisorium, das — leider reichlich spät — zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Reichseinnahmen und -ausgaben, dieser ersten Vorbedingung einer stabilen Währung, auf steuerlichem Gebiet geschaffen wurde, mußte endlich wieder durch ein geordnetes Steuersystem ersetzt werden. Aber diese Neugestaltung durfte nicht unter dem Druck der sog. Wirtschaft stehen, worunter die Rechte doch nur immer den Großbesitz in Industrie und Landwirtschaft versteht. Wenn man eine vernünftige und soziale Steuergesetzgebung betreiben wollte, mußte man sich der Tatsache bewußt sein, daß das Klagen über den Steuerdruck von jeher eine Lebensgewohnheit des deutschen Großkapitals gewesen ist. Man mußte beachten, daß die besitzenden Schichten in der Inflationszeit, als die Lohn- und Gehaltsempfänger so gut wie allein den Staat über Wasser hielten, dem Steuerzahlen völlig entwöhnt worden waren, und daß sie daher, als sie nun wieder an die Steuerpflicht erinnert wurden, um so lauter über angebliche Erfassung der Substanz und über Erdrosselung der Wirtschaft schrien. Statt sich dieser Momente bewußt zu sein, hat man dem Geschrei des Großbesitzes in einem Maße entsprochen, das das krasse Mißverhältnis zwischen Besitz- und Massensteuern noch steigert. (Sehr richtig!) Gewiß haben wir mit unserer Kritik der Steuergesetzgebung eine Reihe

von Verbesserungen der ganz nach dem Diktat der Besitzenden gearbeiteten ursprünglichen Regierungsentwürfe erzielt. Die Zugeständnisse auf dem Gebiete der Lohnsteuer, die Herabsetzung der Umsatzsteuer und einige weitere Verbesserungen sind Früchte unseres Kampfes. Der gedruckte Fraktionsbericht berichtet darüber im einzelnen. Was speziell die Umsatzsteuer betrifft, so erinnere ich daran, daß wir die Träger des Milderungsgedankens waren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ihre Herabsetzung auf 1 Proz. im Rahmen der Steuerkämpfe abgelehnt und zwei Tage später im Zusammenhang mit der Zollvorlage zugestanden wurde, um so den Zentrumsarbeitern die bittere Pille der Nahrungsmittelverteuerung etwas zu versüßen. Unser schärfster Protest gegen das gesamte Steuerwerk wurde aber mit diesen Teilerfolgen nicht überflüssig. Zahlreiche wichtige und maßvolle Anträge unserer Fraktion sind niedergestimmt worden, wie beispielsweise die Verschärfung der Tarife für die Belastung der großen Einkommen, der großen Vermögen und der großen Erbschaften (hört, hört!), die Befreiung der unentbehrlichen Lebensmittel von der Umsatzsteuer, die steuerliche Schonung der Genossenschaften, die Verschonung des Bieres und des Tabaks mit höheren Lasten, die Beseitigung der nach den Worten eines Deutschnationalen gegen die guten Sitten verstoßenden Hauszinssteuer (hört, hört!) und vor allem die Offenlegung der Steuerlisten zwecks Verhinderung der Steuerhinterziehung. (Lebh. Rufe: Hört, hört!) Diese und andere Anträge sind auf den schärfsten Widerstand der Mehrheitsparteien gestoßen. Mit der Herabsetzung der Steuersätze für die großen Einkommen und für den leistungsfähigen Besitz sowie mit der Steigerung mehrerer großen Massensteuern entspricht diese Steuergesetzgebung im vollsten Maße der von Helfferich in seiner ersten Rede als Reichstagsabgeordneter erhobenen Forderung auf Abbau der gesamten Besitzsteuern, die nach seiner Behauptung den deutschen Großbesitz zu zermalmen drohten. Schon die ersten Erfolge, die Helfferich 1920 und 1921 mit seiner Forderung erzielte, haben sich bitter gerächt. In Verbindung mit der frivolen Außenpolitik der Rechtsparteien haben diese Erfolge zur völligen Zerstörung der alten Währung und zur Herbeiführung jenes Zustandes geführt, von denen derselbe Helfferich im Juli 1923 sagte, daß es jetzt um Kopf und Kragen gehe. Von der Zermalmung des Großbesitzes hat niemand in deutschen Landen etwas gemerkt. Wohl aber sind die Massen der Besitzlosen durch die von der Helfferichschen Politik heraufbeschworene Inflation an den Rand der Verzweiflung gebracht und breite Schichten des Mittelstandes ihrer in Geldforderungen bestehenden Vermögen beraubt worden. Wenn die Deutschnationale Partei heute ihre Aufmerksamkeit von dem schmachvollen Betrug und Verrat, den sie an den Opfern der Inflation verübt hat, mit der Behauptung abzulenken versucht, daß die Ursache der Enteignung des Mittelstandes in der Revolution und in der Politik der Linksregierungen nach der Revolution liege, so muß immer wieder festgestellt werden, daß nach dem Urteil aller objektiven Sachverständigen, in welchem parteipolitischen Lager sie auch stehen mögen, die Wurzeln der Geldentwertung in der skrupellosen Kriegsfinanzpolitik Helfferichs liegen (lebh. Zustimmung), daß die Inflation ihren furchtbaren Umfang dank der Steuersabotage der Kapitalkönige und der von den Rechtsparteien heraufbeschworenen außenpolitischen Krisen erreicht hat. (Erneute lebh. Zustimmung.) Es waren doch wahrlich nicht die Regierungsmänner der Linken, die ein Interesse an der Verschärfung und Verlängerung der Inflation hatten und sich einer wertbeständigen Kredit- und Steuerpolitik, wie sie gerade die Sozialdemokratie frühzeitig gefordert hat, widersetzt hätten, sondern es waren die Inflationskönige à la Stinnes, Hugenberg usw. Sie waren die Nutznießer des Verarmungsprozesses, denen die Gläubiger und Sparer zum Opfer gefallen sind. Das Ablenkungs- und Untersuchungsmanöver darf und wird darum den deutschnationalen Vertretern dieser Inflationskönige nicht gelingen. Der Betrug, der an

den Sparern verübt worden ist, schreit zum Himmel und wird sich rächen, wenn die Wähler Gelegenheit bekommen, ihr Urteil zu sprechen. (Sehr gut!)

Ich kann hier nicht ein ausführliches Bild von den monatelangen Aufwertungskämpfen geben, die sich im Reichstage abgespielt haben. Auch hierüber unterrichtet der gedruckte Bericht. Nur das hebe ich hervor, daß in dem Kampf zwischen den verarmten Gläubigern und den bereicherten Schuldnern für unsere Fraktion sich die Stellungnahme ohne weiteres ergab. Die Fraktion hatte sich selbstverständlich an die Seite der hungernden und schuldlosen Opfer der Inflation zu stellen. Mit wohlerwogenen Anträgen hat sie den Gläubigern das zu geben versucht, was im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen lag, ohne vorher Versprechungen gemacht zu haben; die Deutschnationalen dagegen haben den Gläubigern das Unmögliche versprochen, um ihnen das Mögliche schließlich vorzuenthalten. Die große Mehrheit der betrogenen Gläubiger hat bis vor kurzem politisch im Lager der Rechten gestanden. Sie haben dort, solange sie etwas besaßen, Ansehen und Einfluß gehabt. Seit ihrer Verarmung ist es aus mit Einfluß und Ansehen. Proleten haben in den Rechtsparteien noch nie etwas zu sagen gehabt. In den Rechtsparteien ist Heinrich Heines Spottvers zur Parole geworden:

Wenn du aber gar nichts hast,
Oh, dann lasse dich begraben!
Denn ein Recht zu leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben!

(Sehr richtig!) Die Enttäuschung der Sparer wird aber erst ihren höchsten Grad erreichen, wenn es demnächst an die umständliche und kostspielige Ausführung der Aufwertungsgesetze geht. (Sehr wahr!) Dann werden die Schuldner alle die Vergünstigungen, die ihnen das Gesetz gewährt, auf Kosten der Gläubiger für sich in Anspruch nehmen, dann werden die Gläubiger des Reichs, der Länder und Gemeinden erkennen, daß man ihnen mit der neuen Ablösungsanleihe ein Stück Papier, aber keine Hilfe gibt (Zustimmung), dann werden die Sparkasseneinleger erfahren, daß man ihnen für eine nähere oder fernere Zukunft Brosamen in Aussicht stellt. Ob es möglich ist, mit Hilfe des in Deutschland unerprobten Volksentscheides die Aufwertungsgesetze demnächst zu revidieren, wie die Vertreter der Aufwertungsverbände annehmen, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Vorbereitungen zur Durchführung des Volksentscheides sind bei den genannten Verbänden als den zunächst Berufenen im Gange. Tritt die Frage an uns heran, wie wir uns zu dieser Bewegung stellen, so wird unsere Entschließung getragen sein von dem Bestreben, auch fernerhin den armen Opfern der Inflation und der Geldentwertung unsere Hilfe zu leihen. (Bravo!) Die Enttäuschung wird die Sozialdemokratie den Gläubigern nicht bereiten, die sie mit ihrem Abgott Hindenburg erlebt haben. (Sehr wahr!)

Ich muß zum Schlusse eilen. Wenn ich auch noch die eine oder andere Frage aus dem großen Gebiet, auf das sich die parlamentarische Arbeit der letzten Periode erstreckte, herausgreifen wollte, erschöpfend könnte die Uebersicht doch nicht sein. Es ist auch nicht notwendig, die einzelnen Materien zu besprechen. Ob es sich um die Frage der Sozialpolitik, um den Achtstundentag, um den Arbeiterschutz, um die Erwerbslosenfürsorge, um die Versicherungsgesetzgebung, um das Arbeitsrecht, um die Erfüllung der Pflicht des Reiches gegenüber den Kriegsbeschädigten, um die Besoldung und die Rechte der öffentlichen Beamten, um die Bekämpfung der Klassenjustiz, der Mißstände bei der Reichswehr oder um die Wiedereinführung der bunten kaiserlichen Uniform handelt — unsere Stellung in diesen Fragen ist immer gegeben. Ernsthafte Meinungsverschiedenheiten gibt es darüber nicht. Was Scheidemann gestern über den in der Reichswehr herrschenden antirepublikanischen Geist gesagt hat, enthebt mich der Aufgabe, mich weiter darüber zu verbreiten. Daß die erste

politische Tat des Reichspräsidenten Hindenburg darin bestand, von Dietramszell aus die Verordnung seines Amtsvorgängers über die Beschränkung im Uniformtragen früherer Offiziere aufzuheben, ist besonders lehrreich. Bekanntlich liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf zur Regelung dieser Frage vor, der noch unerledigt ist. Wenn Reichspräsident und Reichsregierung die Entscheidung des von ihnen selbst angerufenen Reichstages nicht abwarteten, sondern im Verordnungswege getan haben, was ihnen beliebte, so äußert sich darin eine Bewertung des Reichstages, an der er nicht stillschweigend vorübergehen darf. (Sehr richtig!) Der Reichstag hat der Regierung zum Bewußtsein zu bringen, daß nach der Verfassung der deutschen Republik alle Staatsgewalt vom deutschen Volke ausgeht, und daß Brüskierungen der Volksvertretung durch die Regierung unzulässig sind. Der politische Akt von Dietramszell zeigt aber auch, daß der neue Reichspräsident eben doch, entgegen einer früher von ihm getanen Aeußerung, über die verfassungsmäßigen Instanzen hinweg selbstherrliche Politik zu treiben gedenkt (sehr richtig!); nur wirkt sich diese erste persönliche Entscheidung des Reichspräsidenten leider nicht zugunsten der Gläubiger und Sparer aus, die alles Vertrauen auf ihn gesetzt hatten, sondern im Sinne jener Kaste, der er selbst entstammt, im Sinne der alten kaiserlichen Offiziere. (Sehr richtig!) Dabei ist noch zu beachten, daß Präsident Hindenburg den Gläubigern und Sparern im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse hätte beistehen können, daß dagegen sein Eingreifen zugunsten der Offiziere unter Vorwegnahme der von der Regierung gewünschten Reichstagsentscheidung seine verfassungsmäßigen Befugnisse überschreitet. (Zustimmung.)

Auch zur Frage der K l a s s e n j u s t i z hatte Scheidemann gestern treffende Worte gesprochen. Man kann, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen, behaupten, daß die deutsche Justiz in politischen Prozessen niemals weniger Vertrauen im Volke genossen hat als gegenwärtig, und das will etwas besagen. (Lebh. Zustimmung.) Die Justiz ist auf diesem Gebiete zum Kampforgan der monarchistischen Parteien erniedrigt worden. Mit noch größerem Recht, als der frühere Zentrumsführer Lieber im Kampf um das Zuchthausgesetz getan hat, kann man heute von der „himmelschreienden Parteilichkeit der deutschen Rechtsprechung" sprechen. (Sehr wahr!)

Aus dieser Gesamtsituation ergibt sich eine Fülle von Aufgaben für unsere Reichstagsvertretung auch in der Zukunft. Zahlreiche Vorschläge und Anregungen werden der Fraktion durch die vorliegenden Anträge mit auf den Weg gegeben. Wenn mir auch nicht sämtliche Anträge reif erscheinen, um vom Parteitag zum Beschluß erhoben zu werden, so glaube ich doch sagen zu können, daß die Fraktion alles Brauchbare und Nützliche aus diesen Anträgen weiter verfolgen wird. Nach wie vor wird die Fraktion es als ihre Aufgabe betrachten, den parlamentarischen Apparat in den Dienst der schaffenden deutschen Volksgenossen zu stellen. (Sehr richtig!) Daß sie dabei nicht mit verbrauchten Schlagworten und ödem Schematismus zu Werke gehen darf, lehrt uns der Fall Wirth und das Echo, das dieser Fall in dem demokratischen Flügel des Zentrums, namentlich in den Arbeiterschichten, hervorgerufen hat. Wir haben im Kampf mit unseren Gegnern zu differenzieren und dürfen nicht alles über einen Kamm scheren. (Sehr wahr!) Wir dürfen insbesondere diejenigen, die bereit sind, ein Stück Weg mit uns zusammen zu marschieren, nicht von uns abstoßen.

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte können wir für den nächsten Wahlkampf, der erst kommen wird, wenn dieser Reichstag sein natürliches Ende gefunden haben wird — die Deutschnationalen werden die Regierungsgewalt nicht preisgeben, koste es sie auch den letzten Rest ihres Ansehens —, die Situation schaffen, die wir alle wünschen, die die Wählermassen zwingt, in unserem Sinne mit der Rechtsherrschaft Gericht zu halten, die groß war im Versprechen, aber klein im Halten. Die nächste Entscheidung der deutschen

Wählerschaft muß werden ein Verdammungsurteil über die Feinde der Republik und des sozialen Fortschrittes und ein großer Siegestag für die deutsche Sozialdemokratie. (Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Ich eröffne die Diskussion.

Knack-Hamburg: Wenn auch nach dem Inhalt des Referats heute im wesentlichen wohl nur über die Fragen der großen Politik debattiert werden wird, möchte ich Sie doch bitten, mir zu Anfang auf das Gebiet der planmäßigen sozialen Bevölkerungspolitik zu folgen, das ich für ein Zentralproblem der jetzigen und kommenden Zeit halte. Es ist das unbestreitbare Verdienst der Reichstagsfraktion, daß sie schon vor Jahren diese Frage durch Anträge zu den §§ 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches angeschnitten hat. Wenn aber seit den letzten Jahren auf diesem Gebiet nichts mehr unternommen worden ist, so ist das nicht gerade als ein Verdienst zu bezeichnen, obwohl ich weit davon entfernt bin, die Gründe nicht zu würdigen, insbesondere die Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik, der Inflationszeit und der ihr folgenden Wirren, durch die andere, wichtiger erscheinende Fragen in den politischen Vordergrund gerückt wurden.

Das große Interesse der Partei an der Frage der Bevölkerungspolitik beweisen die etwa 15 damit mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang stehenden vorliegenden Anträge. Das ist zu verstehen, da die Schäden auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens von Tag zu Tag nicht ab-, sondern zunehmen. Die Verluste an wertvollem Menschenleben durch die heutige planlose Bevölkerungspolitik sind so groß, daß die Verluste des Weltkriegs dagegen fast als ein Kinderspiel erscheinen. Die Größe der Verluste geht aus den Zahlen hervor, die selbst das oppositionelle Lager, das keine planmäßige Bevölkerungspolitik will, insbesondere die Aerztekreise liefern. Die Folgen der Planlosigkeit sind Abtreibung wertvollen Lebens, Tod oder Siechtum der Frauenwelt, Geschlechtskrankheiten, Vererbung krankhafter Veranlagung des Körpers und Geistes, Verelendung, Verbrechertum u. dgl. m.

In der planmäßigen Bevölkerungspolitik soll der an Körper und Geist gesunde Mensch zur Grundlage des gesellschaftlichen Aufbaues gemacht werden, und nicht erst von der Geburt ab, sondern von der ersten Werdung im Mutterleib Objekt der sozialen Fürsorge sein. Diese Forderung stößt auf den geschlossenen Widerstand der kirchlich-orthodoxen, und kapitalistisch-imperialistischen Kreise, die aus bekannten Gründen jeden bewußten Eingriff in das Geschehen der Natur ablehnen, soweit es sich um die minderbemittelte Bevölkerung handelt. Während jene Kreise an der Zwang festhalten, wollen wir an seine Stelle die soziale Fürsorge setzen. Dafür ist die Durchführung einer konsequenten Gesundheitspolitik, Kampf gegen die Volkskrankheiten auf sozialgesetzlicher Grundlage notwendig. Ich deute nur an den Kampf gegen den Alkoholismus, der auch auf dem Parteitag durch den Antrag Hoch zur Sprache kommt. Das Schankstättengesetz, das im Reichstag gescheitert ist, ist nur ein bescheidener Anfang dazu. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, der durch ein kommendes Reichsgesetz gefördert werden soll, kann nur wirksam durchgeführt werden, wenn angesichts der durchsichtigen Verschlechterung des jetzt vorliegenden Entwurfes durch die Reichsregierung die Parteigenossen überall im Lande aufmerksam und einheitlich auf eine Durchführung des Gesetzes in unserm Geiste achten. In diesem Sinne bewegen sich die Anträge Hamburg 97 und Leipzig 148. Daß die Bekämpfung der Tuberkulose auf reichsgesetzlicher Grundlage geschehen müßte und den Ländern weniger Spielraum gelassen werden dürfte, ist eine für die Partei selbstverständliche, von der Reichstagsfraktion aber noch nicht durchgeführte Forderung. Bedauerlicherweise ist das Reichsministerium für

Volksgesundheit auch in der Zeit unseres größeren politischen Einflusses in der Reichspolitik nicht durchgesetzt worden. Weiter ist erforderlich die Durchführung einer Justizreform nach der zivil- und strafrechtlichen Seite, Kampf gegen die Abtreibung mit sozialen Mitteln, wie dies erneut die Anträge 128 bis 133 anstreben, Erneuerung des Sexualstrafrechts auf wissenschaftlicher Grundlage, wobei ich nur den übelberüchtigten § 175 zu erwähnen brauche, um den Parteigenossen anzudeuten, was ich meine. Eine Wohnungs- und Siedlungspolitik großzügiger Art, wie sie u. a. auch die Anträge 114 und 115 fordern, ist ebenfalls notwendig, weiter die verfassungsmäßige Gleichstellung der Frau, wie dies Antrag 102 Hamburg will, denn die Grundlage jeder planmäßigen sozialen Bevölkerungspolitik ist die Gleichstellung und Gleichwertung von Frau und Mann. Diese so angedeutete Bevölkerungspolitik ist durch eine Sozialpolitik zusammenzufassen und zu umrahmen, wie sie von uns allen und auch von der Reichstagsfraktion stets in großzügigster Weise angestrebt worden ist.

Sollte es nicht möglich sein, das Gebiet der Bevölkerungspolitik schon jetzt in das neue Parteiprogramm hineinzunehmen, wie es von Hamburg im Antrage 162 gewünscht wird, dann muß es Aufgabe der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes sein, baldigst klare Richtlinien herauszugeben, damit die breiten Kreise unserer Partei, die sich tagtäglich in Versammlungen mit dieser Frage beschäftigen, unser Ziel und die Wege zum Ziel sehen.

Die planmäßige soziale Bevölkerungspolitik gehört auf den Schild der Partei, sie ist ein Stück Sozialismus. Es gilt gerade hier im Sinne des Antrages 104 Hamburg das positive und klare Herausstellen unserer kulturellen Forderungen, um nicht bei den Parteigenossen die Auffassung aufkommen zu lassen, daß wir nur Anträge stellen, aber nicht den nötigen Druck und Willen dahintersetzen und nicht klar und zielbewußt unsere Forderungen auch in politisch schwierigen Situationen verfolgen. In diesem Sinne habe ich den Antrag 227 vorgelegt. Ich bin mir klar, daß die Forderung einer planmäßigen sozialen Bevölkerungspolitik bei der heutigen politischen Struktur Deutschlands nicht mit einem Schlag erfüllt werden kann. Aber durch zähe zielbewußte Arbeit können wir langsam auf- und weiterbauen und das große Ziel erreichen, daß der gesunde Mensch die Grundlage eines gesunden sozialistischen Staates wird.

Prien-Dessau: Der Bericht der Reichstagsfraktion führt mitten hinein in die großen innen- und außenpolitischen Probleme. Hierzu einige kritische Bemerkungen! Wenn links eingestellte Genossen Kritik üben, so werden sie öfter unsanft angelassen. Jeder verständige Parteigenosse sollte sich, wenn Meinungsverschiedenheiten in unserer großen Partei vorhanden sind, darüber nur freuen, denn wir sind keine katholische Kirche, sondern eine vorwärtsstrebende Sozialdemokratie. Die links eingestellten Genossen müssen den Anspruch erheben, daß ihre Kritik ernst genommen wird, und vor allen Dingen muß man ihnen konzedieren, daß auch sie das Beste der Partei wollen. Wir sind Brüder und müssen einander helfen und dürfen nicht in Haß und Erbitterung aufeinander losschlagen.

Die Reichstagsfraktion hat ihren letzten großen Kampf gegen das unerhörte Steuer- und Zollattentat der vereinigten Reaktion geführt, der ein interessantes Schulbeispiel dafür ist, daß die Klassengegensätze stärker sind als alle schönen Ideologien. Die schwarzrotgoldene Front, die noch bei der Hindenburgwahl bestand, ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Alles hat sich zusammengefunden, was am Steuer- und Zollwucher interessiert ist. Diese für uns parteiagitatorisch zweifellos sehr günstige Situation ist meinem Eindruck nach nicht genügend ausgenützt worden. Gewiß hat die Reichstagsfraktion fleißige Arbeit geleistet, ich vermisse aber den großen Schwung, den wir z. B. 1902 gesehen haben. Wenn auch die Situation zweifellos verändert ist, so muß doch ein inniger

Kontakt zwischen den Aktionen im Parlament und den Massen draußen hergestellt werden. Bedauerlicherweise hat sich gezeigt, daß dieser innige Kontakt fehlte, sonst hätten die Straßen schwarz von Menschen sein müssen. Es ging doch um Brot, um die Notdurft der Massen! Die Massen sind aber nicht so aufmarschiert, wie es nötig gewesen wäre. Ich erlaube mir die ganz bescheidene Frage an die Reichstagsfraktion, ob nicht doch der Gedanke an eine baldige Wiederkehr der großen Koalition und eine zarte Rücksichtnahme auf die feinen Nerven von Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei dafür maßgebend waren, den Kampf mit gedämpftem Trommelklang zu führen. Wenn die Massen auf die Straße gehen, ist dies für die Rechtsparteien sehr unangenehm. Dadurch hätte der Eindruck erweckt werden können, als ob wir nicht über die Formen verfügen, die im Verkehr mit diesen Parteien erwünscht sind.

Jetzt haben wir die zweite günstige Gelegenheit, und ich hoffe, diese wird mehr wahrgenommen als die erste. Wir stehen vor einem Kampf von gigantischem Ausmaß! Das Schulgesetz, das in der Form des Regierungsentwurfs geradezu mittelalterlich anmutet (sehr richtig!), ist das Honorar für das Zentrum, das seine Haltung in den Kämpfen um Steuern und Zöllen davon abhängig machte, daß ihm die Staatsschule, die Kinder des Volkes ausgeliefert werden. (Sehr richtig!) Der Entwurf der Regierung ist so mittelalterlich, daß er zweifellos später unter die Kulturkuriosa einrangiert wird. (Sehr richtig!) Das Dokument der Regierung ist zugleich ein Dokument der Schande unserer Zeit. Deshalb muß der Kampf gegen dieses Schandgesetz auf breitester Plattform mobilisiert werden. Aktion im Parlament, aber auch Aktionen im Volk! War jemals der Ruf berechtigt, das gesamte Volk zu mobilisieren, so ist er es hier, denn es geht um Sein oder Nichtsein, um die Kinder des Volks, um die deutsche Kultur. Ein Freund aus Oesterreich weilt unter uns. Die österreichische Sozialdemokratie hat uns in vorbildlicher Weise gezeigt, wie Opposition gemacht wird. Ich wünschte, daß wir in Deutschland anfangen „österreichisch" zu reden.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Reichswehr, die Scheidemann gestern vorzüglich geschildert hat. Der Zustand der Reichswehr erfordert aber nicht nur schöne Reden von uns, sondern nachdrücklichste Taten. Diese auf Schwarzrotgold vereidigte Reichswehr ist immer mehr ein nationalistischer Alpdruck für die Republik geworden. Wir begrüßen daher die Anträge, die die Reichswehr und Reichsmarine — wofür haben wir diese Kähne noch — abschaffen wollen. Selbstverständlich meinen wir nicht, man könnte ohne eine bewaffnete Macht auskommen. Diese aber darf in der Republik kein Heer mit Traditionskompagnien sein, denn das kann nur heißen, wilhelminische Tradition. Wir verlangen eine über jeden Verdacht erhabene, treu republikanische Wehr. Der Bock darf nicht zum Gärtner bestellt werden. Ich stelle mir vor, daß man eine republikanische Reichspolizei schaffen könnte, die auch bei Zwischenfällen die Grenzen schützen kann. Gewiß ist das zunächst nur Theorie, da wir zurzeit leider nicht stark genug sind, die Reichswehr abzuschaffen. Wenn wir aber auch nicht die Macht dazu haben, so stecken wir uns das doch als Ziel, und darum bitte ich die Reichstagsfraktion, auf die Abschaffung der Reichswehr und Reichsmarine, sowie den Aufbau einer sicheren republikanischen Reichspolizei hinzuarbeiten. Herr Geßler müßte sein Tellgeschoß finden, natürlich nicht wie sein Vorgänger in Schillers „Tell", sondern in Form eines parlamentarischen Treffers. Man sollte alles daran setzen, der Republik einen wirklich republikanischen Reichswehrminister oder künftigen Polizeiminister zu geben.

Ich bitte um verschärften Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen sowie um energische Schritte für die Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland. Es ist in Deutschland nie so viel geköpft worden wie in der Republik. Das ist

eine Kulturschande. Wir fordern von der Reichstagsfraktion in dieser Richtung alle nur möglichen Schritte.

Wir sind heute in der Opposition. Es muß dies eine Opposition sein, die diesen Namen auch verdient. Wir müssen durch kraftvolle Opposition zu neuer Macht und damit einen Schritt weiter auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse kommen.

Adams-Hamburg: Während Steuer-, Zoll- und Aufwertungsfrage das Volk in Anspruch nahmen, ist von der Regierung das ungeheuerlichste Attentat auf die Geistesfreiheit, auf die Schule ganz im geheimen vorbereitet worden. Der Reichsschulgesetzentwurf, der in Hamburg zuerst das Licht der Oeffentlichkeit erblickte, stellt den schwersten Angriff auf die Gewissensfreiheit dar. Zweifellos heimst jetzt das Zentrum den Kaufpreis für seine Haltung in den letzten Reichstagskämpfen ein. In dem Entwurf wird die Konfessionsschule bevorzugt, die Konfessionalisierung des Schulwesens soll in jeder Form durchgeführt werden, die weltliche Schule aber wird ganz hintenangestellt. Eine Durchbrechung verfassungsmäßiger Grundsätze ist in diesem Entwurf der Regierung Schiele deutlich zu sehen. Diese ungeheuerlichen Verfassungswidrigkeiten des Entwurfs müssen in dem kommenden Kampf nach jeder Richtung hin aufgedeckt werden. Angesichts der Kämpfe, denen das Proletariat auf diesem Gebiet ausgesetzt ist, wäre eine längere Zeit für die Besprechung der kulturellen Reaktion in Deutschland auf dem Parteitag wünschenswert, um aufzuzeigen, daß Kulturfragen in der Sozialdemokratischen Partei Fragen allerersten Ranges sind. Leider ist dies nur in sehr kurzen Umrissen möglich.

In den letzten Monaten haben wir schrittweise die kulturelle Reaktion zu spüren bekommen. Das Grundschulgesetz ist bekanntlich durchlöchert worden. Wir haben in Preußen konfessionelle Akademien bekommen, womit die Lehrerbildung zur Farce wird, da die religiöse Unterweisung auf diesen Akademien wiederum Trumpf ist. Die kulturelle Reaktion rührt sich auch in andern Ländern, vor allen Dingen in Thüringen, Bayern und Mecklenburg. Darüber hinaus steht aber heute der Reichsschulgesetzentwurf im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wenn wirklich die Sozialdemokratie eine Kulturpartei ist, müßte hier das Exempel statuiert und die Massen vom Vorstand, von der Fraktion, aber auch von allen Bezirksorganisationen aus zum entschlossenen Kampf gegen dieses Gesetz mobilisiert werden. (Sehr richtig!) Wir hoffen, daß das in den nächsten Wochen und Monaten der Fall sein wird. Mindestens ebenso wichtig wie alle Wirtschaftsfragen ist es, daß unsere Kinder nicht der Gewalt der Kirche und ihren Uebergriffen ausgeliefert werden.

Hinter diesem Reichsschulgesetzentwurf steht drohend das Reichskonkordat, das die Uebertragung des bayerischen Konkordats auf das Reich vollziehen wird. Dann wird nicht nur die Volksschule, die durch das Reichsschulgesetz in ungeheure Mitleidenschaft gezogen ist, des Charakters der Staatsschule entkleidet und der Kirche ausgeliefert, sondern auch die höhere Schule. Im Entwurf sind eine Reihe von Bestimmungen enthalten, die die weltliche Aufsicht in der Schule durchbrechen und die kirchliche wieder einsetzen, was verfassungswidrig ist. Durch den Genossen Sänger haben wir leider erfahren, daß sich die andern Parteien nicht dazu aufraffen konnten, die Verfassungswidrigkeit des bayerischen Konkordats zu bezeugen. Dasselbe müssen wir leider auch gegenüber dem Reichsschulgesetzentwurf befürchten, denn das Kompromiß ist voraussichtlich schon vorher mit dem Zentrum geschlossen. Soweit aber kann unsere Liebe zum Zentrum nicht gehen, daß wir auf kulturellem Gebiet, auf dem Gebiet der Schule, Konzessionen machen können. Gestern ist gesagt worden: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Dieses zweifellos richtige Wort wird vom

Zentrum viel entschiedener aufgefaßt als von der Sozialdemokratie. Es ist vielleicht am beklagenswertesten, daß wir seit dem Ausbruch der Revolution nicht begriffen haben, daß wir uns entschieden für die Kultur einzusetzen haben, daß gerade auf diesem Gebiet moralische Eroberungen größten Maßstabs zu machen sind, wenn nur der Nachdruck aller Parteiinstanzen auf diesem Gebiete viel größer als bisher sein würde.

In der Entschließung Nummer 234 von dem Genossen Löwenstein wird eindringlich dargelegt, wie nach Annahme des Reichsschulgesetzes die Ausschaltung Deutschlands aus der europäischen Kulturentwicklung vor sich gehen wird und wir zu mittelalterlichen feudalen Zuständen wieder kommen werden. Das mag vielleicht dem einen oder anderen übertrieben erscheinen, es ist aber richtig, und ich wünsche, daß diese Resolution und nicht eine schwächere, die in Vorbereitung sein soll, angenommen wird. Auf diesem Gebiete darf es nicht die geringste Rücksichtnahme auf andere Parteien geben. Wir haben in den letzten Jahren schon zuviel Rücksicht genommen. Wir haben das üble Schulkompromiß geschlossen, weil das Zentrum es verlangte, und es ist zu wünschen, daß sich solche Kämpfe kultureller Art nicht wiederholen. Der Weg zur geistigen Freiheit darf uns nicht verschlossen werden. Das Reichsschulgesetz bedeutet einen Dolchstoß gegen den Sozialismus. Darum muß der Kampf mit allen Mitteln geführt werden, und zwar nicht nur für und durch den Lehrer, sondern im Interesse des ganzen Volkes von den breiten Massen des Proletariats.

Ich bitte Sie, auch unsern Anträgen 114 und 115, die sich mit der Bodenfrage beschäftigen, zuzustimmen. Eine Statistik über die Bodenverhältnisse wird zur Aufklärung des Volkes viel beitragen. Die Richtlinien für die Bodenreform müssen im Reichstag mit großer Energie durchgesetzt werden. Es würde einen großen Fortschritt bedeuten, wenn es gelänge, den Artikel 155 der Reichsverfassung, die Bodenreform, durchzuführen.

Loeb-Frankfurt a. M.: Wir sind damit einverstanden, wenn unsere Anträge 100 und 103 der Reichstagsfraktion als Material überwiesen werden. Für den Antrag 140, der die Ablehnung des Etats der Reichswehr verlangt, hat Genosse Scheidemann gestern in so wohlgeformten Worten eine so glänzende Begründung gegeben, so daß ich dem nichts mehr hinzuzufügen brauche.

Die Genossen sollten es nicht unterlassen, die Verhandlungen des Bankiertages in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen. Daraus erfährt man nämlich, daß über die Frage der künftigen Geldpolitik zwischen den Bankiers und dem Reichsbankpräsidenten ein Unterschied kaum besteht, wohl aber zwischen der Auffassung der Industrie bzw. Landwirtschaft und derjenigen Kreise, die an einer Kreditverbreiterung Interesse haben. Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft wird auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse vorgenommen. Im Frieden saßen die Großbanken in der Mehrheit in den Aufsichtsräten der deutschen Industrie, seit der Inflationszeit ist die Industrie in die Aufsichtsräte der Banken eingedrungen. Der Vorstoß von Hugo Stinnes in die Berliner Handelsgesellschaft und der Erwerb der Merkurbank durch Barmat waren Zeichen dafür, daß die Industriekräfte ihre Zeit für gekommen hielten, um die Arbeit des Finanzkapitals zu übernehmen. Ich bitte die Reichstagsfraktion, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß heute das deutsche Unternehmertum versucht, bei dem Abbau die bodenständigen Elemente zu behalten, d. h. diejenigen, die ein bäuerliches Rückgrat haben, und diejenigen, die im Industrieproletariat gewerkschaftlich verankert sind, zu entlassen. Die chemischen Fabriken verpflanzen große Teile ihrer Betriebe in landwirtschaftliche Gegenden. Bei Behandlung der Politik der deutschen Wirtschaft und deren Elend beginnen wir immer wieder über die Frage zu straucheln: Wer trägt die Schuld? Man darf sich nicht mit dem Ruf der deutschen Banken nach Herabsetzung des Zinssatzes für

öffentliche Gelder ködern lassen. Wie auf dem Bankiertag für Privatbanken eine Risikoprämie verlangt wird, so müssen auch die öffentlichen Banken eine Risikoprämie haben. So groß, daß sie die Genialität des Präsidenten der Preußischen Staatsbank bezahlen kann, wird es diese Risikoprämie auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt allerdings nicht geben.

Ich habe für die Thüringische Staatsbank den Grundsatz aufgestellt: Was dem einzelnen Staatsbürger recht ist, ist der Gesamtheit, dem Staate, billig. Gerade die beiden Banken, die von sozialistischen Ländern gegründet und geführt waren, waren an den Barmat- und Kutisker-Krediten nicht beteiligt. Dort hat man scheinbar die Schwächen der Barmat-Konzerne früher erkannt als anderswo. (Zuruf: Warum haben Sie das nicht früher gesagt?) Ich bin gerne bereit, meinen Schriftwechsel von 1923 darüber vorzulegen.

Wir haben seit 1919 einen riesenhaften Zustrom landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industrie. Die deutsche Industrie ist übervölkert. Die Betriebe, die während der Inflation herausgewachsen sind, der Prokurist, der sich mit dem Werkmeister selbständig gemacht hat, aber keine Existenzberechtigung besitzt, muß verschwinden. Die inflationistische Gestaltung der deutschen Wirtschaft muß auf das normale Maß zurückgesetzt werden, das wir ertragen können. Man soll nicht sagen, wir brauchen die Betriebe zum Export, wir müssen exportieren, um unsere Handelsbilanz stabil zu gestalten. Ich sage: wir müssen nicht exportieren, wir müssen, wenn wir die deutsche Wirtschaft retten wollen, im Inland normal verbrauchen und von dem Luxusverbrauch abkommen, der sich in Deutschland breitgemacht hat. Man muß heute schon für eine weitgehende Siedlungspolitik sorgen, die die überflüssigen Industriearbeiter aus der Stadt aufnimmt, und dadurch für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion sorgen, so daß wir unabhängig werden. Das ist eine Aufgabe, die des Schweißes der Besten wert ist. (Beifall.)

Moses-Berlin: In einem Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion gerade auf diesem Parteitag müßte auch die Frage erörtert werden, wie sich unsere Fraktion zu den Vorkommnissen der letzten Zeit im Reichstag und zum parlamentarischen System überhaupt einzustellen hat. In der Beurteilung dieser Frage gehen die Meinungen auseinander. Die Kommunistische Fraktion hat in der letzten Zeit in steigendem Maße in bezug auf die Diskreditierung des Parlaments den höchsten Grad der Vollendung gezeigt. Was sie bei der Beratung der Zollvorlage getrieben hat, war nicht Obstruktion, sondern bewußte Sabotage am parlamentarischen System, eine Radaupolitik, die nichts mit Empörung und Entrüstung zu tun hat. Wenn die bürgerliche Mehrheit des Reichstages zu Mitteln greift, die auch wir verurteilen, wenn Abgeordnete mit Polizeigewalt aus dem Saal entfernt werden, so ist das tief bedauerlich. Wenn aber diese kommunistischen Abgeordneten im Lande herumreisen und sich als Märtyrer feiern lassen, dann muß in unserer Presse und in Versammlungen ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft an einer solchen Diskreditierung des Parlaments kein Interesse hat. Wenn die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Völkischen diese Lächerlichmachung des Parlaments zum System erheben, so ist das im Sinne ihrer Politik. Wir haben aber andere Dinge zu tun, als das Kesseltreiben gegen den Reichstag mitzumachen. Man kann nicht vier Jahre lang der Wählerschaft den Reichstag verekeln und lächerlich machen, um der Wählerschaft nachher von der großen Bedeutung der Wahlen zum Reichstag zu reden. Es scheint aber, als ob auch unsere Fraktion und unsere Presse sich diese kommunistische Mentalität so weit schon zu eigen gemacht hat, daß von dieser Art, Politik zu treiben, deutlich abgerückt werden muß. Das liegt im Interesse unserer Partei. Auch hier haben sich die Dinge in den letzten Jahren sehr verändert, und auch ich habe meine Ansicht in dieser Beziehung revidiert. Wenn mir aber vorgehalten wird, was ich früher darüber

geäußert habe, und wenn ich gefragt werde, wo die politische Konsequenz bleibt, dann antworte ich:

Wer heute klüger ist als gestern
Und es mit frohem Mut bekennt,
Den werden Biedermänner lästern
Und sagen, er sei inkonsequent.

Auch wir halten dies Parlament nicht für der politischen Weisheit letzten Schluß, wir wollen aber an der Besserung und Umgestaltung dieser Art von Parlamentarismus arbeiten.

Noch ein Wort über die Kritik, die man in unseren Reihen an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion übt. In unserer Fraktion wird jedem der weiteste Spielraum der Kritik gelassen. Aber eine Kritik in der Oeffentlichkeit muß ihre Grenzen haben. Es kann Zeiten geben, wo auch eine sachlich berechtigte Kritik schweren Schaden anrichtet. Jeder Anschluß an eine programmatisch festgelegte Partei und Fraktion schließt ein Opfer eigener Individualität in sich. Das ist die Voraussetzung ersprießlicher Wirksamkeit in einer Fraktion. Darum sei auch hier die Mahnung an die Parteigenossen gerichtet, in der Kritik an der Tätigkeit unserer Fraktion etwas zurückhaltender zu sein. Von der Entschlossenheit der Arbeiterschaft im Kampf um unsere Ziele wird es abhängen, wie wir unsere Macht im Parlament ausüben können. (Beifall.)

Lina **Schaerli**-Stuttgart: Zum Antrag 233 möchte ich sagen, daß wir uns bewußt sind, daß die Möglichkeit, das Abstimmungsergebnis der männlichen und der weiblichen Wahlberechtigten besonders festzustellen, für die Länder und die Gemeinden jetzt schon besteht. Wir wünschen aber, daß das für die nächsten Wahlen zu einer Verpflichtung gemacht wird. Ich glaube, daß die Vorteile hierbei die Schattenseiten überwiegen. Einige Genossinnen fürchten sich vor dem Ergebnis dieser Feststellung, da bei einem schlechten Wahlausfall gesagt werden könnte, daß die Frauen daran schuld sind, und das brauche man sich nicht noch schwarz auf weiß bestätigen zu lassen. Das ist eine falsche Einstellung. Wir müssen den Tatsachen in die Augen sehen. Der Vorteil einer getrennten Abstimmung liegt für uns darin, daß wir die schwachen Stellen in unserer Organisation erkennen und dann mit unserer Agitation einsetzen können. Wird bei einer künftigen Wahl festgestellt, daß die Genossen mit ihrem Vorwurf recht haben, so bedeutet das für uns keine Schande. Dann müssen eben die Konsequenzen bei der Agitation daraus gezogen werden, denn wir sehen, in welchem Bezirk oder Ort der Boden für unsere Agitation günstig ist oder nicht. Das Wahlergebnis könnte auch so ausfallen, daß die Frauen den Männern beweisen, daß sie ihre Pflicht getan haben und die Vorwürfe unberechtigt sind.

Ein anderer Einwurf könnte sein, daß bei einer getrennten Abstimmung in kleinen Landesbezirken das Wahlgeheimnis nicht mehr in dem wünschenswerten Maße gewahrt würde. Das könnte man vielleicht mit einer starken Einschränkung gelten lassen, es wird aber nicht so schwer in die Wagschale fallen. In verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches haben schon getrennte Abstimmungen stattgefunden. Daher glauben wir, daß für eine Durchführung dieses Wahlmodus kein unüberwindliches Hindernis besteht, und ich bitte Sie daher, diesem Antrage zuzustimmen.

Noch ein paar Worte zu den Anträgen 114 und 115, die von Hamburg gestellt sind. Die Bodenfrage ist eine der brennendsten der Gegenwart und ebenso die Wohnungsfrage. Hier liegen die Wurzeln einer Reihe von Klagen der Menschheit. Tausende von Menschen sind in engen Wohnungen untergebracht. Große Summen, die für Bekämpfung der Tuberkulose usw. ausgegeben werden müssen, könnten bei gesunden Wohnungen besseren Zwecken zugeführt werden. Die moralischen Schäden, die unserer Jugend infolge der

Zusammenpferchung zugefügt werden, sind unberechenbar. Wir müssen daher alles tun, um die in der Verfassung niedergelegte Versprechung, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zu geben, in die Wirklichkeit umzusetzen. Alle Wege, die dazu führen, müssen wir gehen, und die Anträge 114 und 115 sind mit ein solcher Weg. Darum bitte ich Sie, diesen Anträgen zuzustimmen. (Beifall.)

Zimmer-Saarbrücken: Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, daß ich Sie einmal in unsere politische Werkstatt an der Saar führe. Wenn wir auch ein Glied innerhalb der großen deutschen Sozialdemokratie sind, so ist doch den meisten der Anwesenden bekannt, daß wir mit der Gesamtpartei eigentlich nur noch in organisationspolitischem Zusammenhang stehen. Damit will ich nicht sagen, daß wir an der Saar uns für das politische Geschehen im Reich weniger interessieren. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb, weil wir neben der klaren Erkenntnis der Bedeutung des staats- und gesellschaftspolitischen Geschehens im Hinblick auf unser sozialistisches Endziel noch die Ueberzeugung besitzen, daß die endliche Regelung des Saarproblems im Sinne der deutschen Saarbevölkerung und im Sinne einer friedlichen Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich auf das engste verknüpft sein wird mit dem innerpolitischen Geschehen im neuen Deutschland. Gerade diese endliche Regelung des Saarproblems hat immer unsere Partei- und Verwaltungspolitik an der Saar aufs stärkste mitbestimmt. Nicht etwa aus spießbürgerlich-nationalistischem Bestreben heraus, sondern im Bewußtsein der Verantwortung für das Wohl des Saarvolkes, für seine politischen und demokratischen Rechte, aber auch, wo es not tut, für seine nationalen Rechte, ist die Taktik unserer Partei geleitet. Daß auch für uns als Sozialdemokraten an der Saar die aus den besonderen Verhältnissen der Grenzgebiete sich ergebenden sogenannten deutschen Belange den Kompaß abgeben für das Wegziel des nächsten Jahrzehnts, ist so selbstverständlich, daß ich darüber nichts weiter zu sagen brauche. Wenn ich es erwähne, so nur deshalb, weil sich in dem interparteilichen Zusammenarbeiten an der Saar zwischen uns und den bürgerlichen Parteien im letzten Jahre eine einschneidende Aenderung vollzogen hat. Die Sozialdemokratische Partei ist aus den interparteilichen Ausschüssen ausgetreten — eine Tatsache, die weit über das Saargebiet hinaus, insbesondere auf bürgerlicher Seite, höchstes Erstaunen und zum Teil eine sehr scharfe Kritik hervorgerufen hat. Eine Kritik, die oft und bis heute noch, in die gemeinsten Beschimpfungen und Verdächtigungen gegenüber der sogenannten nationalen Zuverlässigkeit der saarländischen Sozialdemokratie ausmündet. Ich stelle demgegenüber ausdrücklich fest, daß der partei- und staatspolitische Kurs der Sozialdemokratischen Partei an der Saar von der ersten Stunde unseres politischen Exils bis heute unverändert der gleiche geblieben ist. (Bravo!) Es ist der Kurs, dem als oberstes Ziel stets der Kampf um das deutsche Saargebiet vorschwebte, der unserer Redaktion schon drei Redakteure gekostet hat (hört, hört!) und dem es eigentlich erst zu verdanken war, daß in des Saarlands schwerster Stunde überhaupt ein interparteiliches Zusammenarbeiten möglich wurde. Es ist aber auch der Kurs, bei dem trotz aller Wertschätzung des rein Staatspolitischen nie die Verantwortung für die konkreten Belange des werktätigen Volkes an der Saar vergessen wurde. Dieses Verantwortungsgefühl war es denn auch, das uns eines Tages zwang, die von uns geschaffene Einheitsfront zu verlassen. In dem Moment zu verlassen, als der prominenteste Vertreter der bürgerlichen Parteien im Saargebiet, der Großindustrielle Röchling, dazu überging, seinen Einfluß, den er gerade diesem interparteilichen Ausschusse verdankte, dazu auszunutzen, um unter Androhung brutalster Maßnahmen gegenüber dem schaffenden Volk an der Saar seinen eigenen Wirtschafts- und Profitinteressen zu dienen.

Was nun unsere Politik im letzten Jahr angeht, so kann ich sagen, daß

wir uns über jegliche Kritik, insbesondere von bürgerlicher Seite, erhaben dünken können. Unsere Parteipolitik an der Saar war und ist heute noch bestimmt durch unsere Auffassung, daß das Saarproblem unter den Verhältnissen, wie sie heute an der Saar bestehen, geradezu einen Skandal bedeutet. (Lebh. Zustimmung.) Wir können es einfach nicht verstehen, daß das Saarland in einer Zeit, in der man fast in ganz Europa das hohe Lied von Volksrechten und Demokratie singt, um ein ganzes Jahrhundert zurückgeworfen sein soll und daß man uns dazu noch alle die Rechte vorenthält, deren Gewährung durch den Friedensvertrag nichts im Wege steht. (Hört, hört!) Dafür nur einige Beispiele. Wir haben im Saargebiet als Volksvertretung einen Landesrat, dessen politische und parlamentarische Rechte geradezu einen Hohn auf den Namen Volksvertretung bedeuten. Hinzu kommt, daß beim passiven Wahlrecht ein Unterschied zwischen Bürger erster und zweiter Klasse gemacht wird. Wer zufälligerweise — um mich einmal spöttisch so auszudrücken — bei seiner Geburt im Saargebiet nicht anwesend war, sondern irgendwo im Reich zur Welt kam, der kann, auch wenn er schon 70 Jahre ununterbrochen im Saargebiet wohnt, heute noch nicht ins Parlament gewählt werden. (Hört, hört!) Nun sage mir einer, welche sachlichen und moralischen Gründe angeführt werden können, um eine solche Ausnahmebestimmung zu rechtfertigen, wenn man auf der anderen Seite bedenkt, daß der Verwaltungsapparat der Regierungskommission international zusammengesetzt ist. (Lebh. Zustimmung.) Das Saarvolk wird weiter heute noch für unwürdig gehalten, seinen Vertreter in der Regierungskommission selbst zu wählen. (Hört, hört!) Ist es nicht ein Hohn auf die primitivsten Begriffe von Demokratie, wenn die fremden Regierungskommissare an der Saar den dem Saarvolk zugestandenen Vertreter in der Regierungskommission aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen und durch den Völkerbundsrat einsetzen lassen? Wir hoffen, daß die in Genf durch den französischen Außenminister Briand gemachten Zugeständnisse nun endlich verwirklicht werden. Sollte dies der Fall sein, dann ist auch dies nur der Tätigkeit und der politischen Einstellung der Sozialdemokratie an der Saar zu danken, die beim Völkerbunde stets eine offene Türe gefunden hat. Wir hoffen weiter, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter Ausnützung der gegenwärtig günstigen außenpolitischen Situation sich in möglichst kurzer Zeit vollzieht, weil wir dann den besten Anwalt an der höchsten über uns zu entscheidenden Stelle haben, was vielleicht für uns von einem heute noch nicht abzuschätzenden Werte sein wird. (Sehr richtig!) Wir erwarten weiter, daß der demokratisch-republikanische Geist des jungen Deutschland einen immer größeren Aufstieg nimmt, damit wir, wenn in zehn Jahren die Tore der deutschen Republik für unsere Heimkehr offen stehen, damit gleichzeitig den Einzug feiern können in ein neues, auf Frieden und Demokratie aufgebautes geeinigtes Europa. Daß auch der diesjährige Parteitag diesem hohen Gedanken dienen möge, ist unser besonderer Wunsch im Saargebiet. Wir werden uns wie bisher bemühen, Brücken zwischen hüben und drüben zu schlagen, und wir wissen uns darin einig mit unseren Genossen im Reich. Wir werden deshalb auch in Zukunft unbekümmert um alle Verdächtigungen unseren Weg weitergehen, der uns führen soll in eine neue Zeit mit dem neuen Geist des Schwarz-Rot-Gold. (Lebh. Beifall.)

Karsten-Peine: Der Genosse Keil hat in seinem Bericht auch davon gesprochen, daß in der verflossenen Tagung des Reichstags die Gesetzgebung außerordentlich überstürzt gewesen ist. Diese überstürzte Arbeit hat aber auch dazu geführt, daß sehr wichtige politische Fragen aus der öffentlichen Diskussion so gut wie ausgeschaltet worden sind, Fragen, die wir in früheren Jahren ausführlich behandeln konnten. Die Reichstagsfraktion hat eine umfangreiche Arbeit geleistet; aber diese Arbeit hat doch nicht den Resonanzboden in der Oeffentlichkeit gefunden, den sie eigentlich verdiente. Auch die Tätigkeit unserer

Gegner und der schwere Schaden, den sie der Arbeiterschaft zugefügt haben, konnten nicht so gewertet werden, wie wir es wünschten. Eine der wichtigsten Fragen ist die sozialpolitische Frage. Sie war vor dem Kriege, ich möchte fast sagen, eine der entscheidendsten Fragen, die unsere Partei beherrschten. Heute ist das leider zu einem Teil anders geworden. Die Sozialpolitik mußte bei der Fülle der gesetzgeberischen Arbeiten und infolge der Neuorientierung naturgemäß zurücktreten. Aber das darf nicht immer so bleiben. Auf diesem Gebiete muß sich ein Wandel vollziehen, weil ja die sozialpolitischen Fragen Fragen der Arbeiterschaft sind, deren Interessen wir zu vertreten haben. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind in den letzten Jahren außerordentlich wichtige Gesetze verabschiedet worden und andere harren ihrer Erledigung. Aber die verabschiedeten Gesetze und die neuen Gesetzentwürfe atmen nicht den Geist der neuen Zeit. Wenn in früheren Jahren Pläne der Reaktion auf Rechtlosmachung der Arbeiter in der Sozialversicherung auf der Tagesordnung gestanden hätten, wie das heute der Fall ist, dann würde sicherlich unsere Parteiorganisation in einer ganz anderen Weise dagegen Front gemacht haben.

Wir haben nun in dem Antrag Nr. 232 versucht, die Fragen der Sozialpolitik nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch draußen in den Parteiorganisationen zur Erörterung zu stellen. Wenn auf sozialpolitischem Gebiet etwas durchgesetzt werden soll, dann bedarf es dazu nach unserer Auffassung des notwendigen Resonanzbodens in der breitesten Oeffentlichkeit. Nur dann, wenn stürmisch auf Aenderung und Besserung gedrängt wird, ist Aussicht vorhanden, daß eine solche Aenderung eintritt. Die gesamten bürgerlichen Parteien befinden sich heute immer noch in den alten Geleisen; sie betreiben immer noch die unverantwortliche Organisationsspielerei auf dem Gebiete der Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge. Ja, sie versuchen, darüber hinaus noch weitere Organisationszersplitterungen durchzuführen. Durch die Schaffung von besonderen Berufskrankenkassen will man die bisherige Zersplitterung noch verstärken. Damit würde die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Ortskrankenkassen völlig untergraben. Was wir heute auf dem Gebiete der Sozialversicherung und Versorgung sehen, ist doch ein derartig sozialer Widersinn, daß wir dagegen mit allen Mitteln ankämpfen müssen. Man betrachte sich nur die verschiedenartigen Leistungen, die von den verschiedenen Organisationsträgern gegeben werden und die ohne jeden zwingenden sozialen Grund unterschiedlich gestaltet sind! Was ist es für ein Unsinn, dem kranken Arbeiter 26 Wochen lang ein Krankengeld zu geben und dieses Krankengeld nach der 26. Woche in eine Invalidenrente umzuwandeln, die vielleicht den vierten oder fünften Teil oder noch weniger des früheren Krankengeldes ausmacht. Welche Ungerechtigkeit liegt darin, daß jemand, der durch Krankheit invalide wird, eine viel niedrigere Rente bekommt als derjenige, der durch einen Unfall Schaden erlitten hat! Derselbe Widersinn liegt vor, wenn jemand, der im Kriege seine gesunden Knochen eingebüßt hat, anders behandelt wird als derjenige, der durch einen Betriebsunfall zu Schaden gekommen ist, wenn Erwerbslose anders behandelt werden als diejenigen, die krank sind. Welcher Unterschied besteht nicht heute zwischen der Fürsorge in der Krankenversicherung und in all den verschiedenen sozialen Einrichtungen! Heute werden Organisationen geschaffen nach dem Stande der Versicherten und dem Grunde der Hilfsbedürftigkeit. Nicht nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit wird Hilfe gewährt, sondern man fragt nach dem Grunde der Hilfsbedürftigkeit. Für uns muß bei der Bemessung der sozialen Leistung in erster Linie der Grad der Hilfsbedürftigkeit maßgebend sein. Es ist Zeit- und Geldverschwendung, wenn heute Arbeiter und Angestellte in drei, vier verschiedenen Kassen ihre Beiträge zahlen. (Sehr richtig!) Diese Organisationszersplitterung führt zu einem ungeheuren Verwaltungskostenaufwand; sie führt weiter dazu, daß der Rechtsweg in der sozialen Gesetzgebung

so undurchsichtig ist, daß sich niemand mehr darin auskennt. Ist es notwendig, daß jemand darum, weil er ein Kriegsbeschädigter ist, einen anderen Rechtsweg zu beschreiten hat als derjenige, der glaubt, in der Krankenkasse nicht gerecht behandelt worden zu sein? (Sehr richtig!) Ist es notwendig, daß derjenige, der einen Unfall erlitten hat, wieder einen anderen Rechtszug hat als derjenige, der in einer Angestelltenversicherung sein Recht sucht? Es ist doch ein Skandal, daß die Arbeitsveteranen, weil sie eine außerordentlich verschiedene Invalidenrente bekommen und davon nicht leben können, durch die Fürsorge unterstützt werden und in dieser Fürsorge so gut wie rechtlos gemacht sind, fast gar kein Mitbestimmungsrecht auf die Festsetzung der Leistungen haben, aber auch völlig ausgeschlossen sind vom Beschwerdeverfahren. Namentlich in der Fürsorge muß endlich einmal durchgegriffen werden, die Fürsorge muß den allgemeinen Versicherungs- und Versorgungsgesetzen angegliedert werden. (Lebh. Zustimmung.)

Wir sollen die Sozialpolitik nicht unterschätzen. Ich bin der Meinung: Eine gesunde Sozialpolitik ist das beste Mittel zur Festigung der Republik. Je mehr die Republik einen sozialen Inhalt bekommt, um so mehr werden die Arbeiter sich mit den heutigen Staatsverhältnissen solidarisch fühlen. (Lebh. Zustimmung.) Nur wenn wir der Republik einen sozialen Inhalt geben, werden wir sicher sein können, daß dieser Republik von seiten der Monarchisten und Reaktionäre kein entscheidender Schaden zugefügt werden kann. Wir verlangen in unserem Antrag, daß endlich die Sozialversicherung entsprechend den heutigen Verhältnissen einer Reform unterzogen wird, daß die bestehende Zersplitterung beseitigt und an die Stelle der Vielgestaltigkeit, des Organisationswirrwarrs eine einheitliche großzügige Sozialversicherungs- und Versorgungsorganisation tritt. Wenn unsere Partei sich in den nächsten Jahren mehr als bisher bemüht, von außen her einen größeren Druck auf die Sozialgesetzgebung auszuüben, dann wird die Reichstagsfraktion einen stärkeren Rückhalt in ihrem Kampfe finden als bisher. Nicht wir sind letzten Endes in der Fraktion verantwortlich dafür, daß das eine oder andere, was wir fordern, nicht durchgeführt wird, sondern auch die breiteste Oeffentlichkeit ist verantwortlich. Sie aufzurufen, ist unsere Pflicht, dann wird auch die soziale Gesetzgebung besseren Inhalt erhalten. (Lebh. Beifall.)

Löwenstein-Berlin: Es gehört zu den schlechtesten Traditionen unserer Parteitage, daß die schul- und kulturpolitischen Fragen nur als Anhängsel behandelt werden. Es gehört aber zu den auffälligsten Dingen des diesjährigen Parteitages, daß weder der Vorsitzende, der die allgemeinen politischen Richtlinien entwickelte, noch der Berichterstatter der Reichstagsfraktion die kulturpolitischen Keulenschläge, die augenblicklich gegen die Sozialdemokratie und gegen das gesamte freiheitlich denkende Volk in Deutschland geführt werden, erwähnt hat. Diese Tatsache wird nicht nur bei denen, die sich berufsmäßig oder politisch mit diesen Fragen zu befassen haben, sondern in der gesamten Parteigenossenschaft und darüber hinaus in der gesamten kulturell interessierten Welt Erstaunen hervorrufen. (Sehr wahr!) Denn das bayerische Konkordat, die konfessionelle Lehrerbildung in Mecklenburg und in Preußen, die erstrebt werden soll, und der neue Reichsschulgesetzentwurf sind wirtschafts- und kulturpolitische Fragen im höchsten Sinne des Wortes. Es ist schon seinerzeit aufgefallen, daß wir im Reichstage zwar eine Resolution gegen das Konkordat einbrachten, die der Genosse Sänger mit aller Schärfe vertreten hat, daß aber dieser Kampf doch sozusagen mit schleppenden Zügeln geführt wurde. Es ist seit den Weimarer Tagen unser Schicksal gewesen, daß wir diese Kämpfe mit schleppenden Zügeln führen mußten. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß das tiefere Ursachen hat. Es liegt nicht an dem mangelnden kulturpolitischen Interesse, nicht an dem Mangel an Bewegung inner-

halb unserer Partei, sondern an gewissen politisch taktischen Einstellungen. Ueber diese politisch taktischen Einstellungen haben wir um so mehr zu reden, als gerade vom Referenten mit guten Gründen gesagt worden ist, daß taktische Einstellungen immer elastisch sein müssen. In der Einstellung zu den Kulturfragen sind wir nach meiner Meinung leider nicht elastisch gewesen, sondern haben, nachdem die Grundlage des Weimarer Kompromisses gelegt worden war, von der Johannes Hoffmann einmal sagte, daß man zwar Verständnis für die Taktik haben könne, daß man sie aber nie entschuldigen und nie werde überwinden können, immer eine sehr einheitliche Linie verfolgt, nämlich die Linie der möglichst größten Zurückhaltung. Die Grundlagen des Weimarer Kompromisses sind durch diesen Reichsschulgesetzentwurf zerschlagen worden, und zwar nicht zu unseren Gunsten, sondern zugunsten der anderen, zerschlagen worden nicht nur von den Deutschnationalen, gegen die wir den Kampf gewiß richten müssen, sondern vor allen Dingen von der eigentlichen Verfassungspartei, vom Zentrum selbst. (Sehr richtig!) Der Gedanke der großen Einheitsschule war ein demokratischer staatspolitischer Gedanke, nicht nur ein sozialistischer, und er fand seine Unterlage in dem Weimarer Kompromiß. Der neue Reichsschulgesetzentwurf macht diese einheitliche Schule des deutschen Volkes völlig zunichte.

Was in der Verfassung als Regelschule verankert ist, kann höchstens in wenigen Fällen als Ausnahme durchgeführt werden. Die Verbindung mit dem Zentrum hatte staatspolitische Gründe, die Einheit des deutsches Volkes zu schaffen und zu erhalten. Hier ist die Grenze, wo selbst die Argumente derer, die die staatspolitischen Gründe in den Vordergrund stellen, hinfällig werden; denn das Zentrum zerbricht diese Unterlage mit vollem Bewußtsein im Interesse seiner engeren kulturpolitischen Ziele, und zwar in einer Weise, daß, wenn wir den Kampf dagegen nicht eröffnen, wir auf Jahrzehnte hinaus keine einheitliche, keine soziale, keine Kulturschule aufbauen können. (Sehr richtig!) Der Entwurf ist nicht einfach ein Gesetzentwurf wie jeder andere, sondern er hat mit festen Klammern alles das schon verankert, was sonst nach der Verfassung erst erobert werden müßte. Nach der Verfassung ist die Konfessionsschule als Sonderschule auf Antrag der Erziehungsberechtigten einzurichten. Dieses Antragsverfahren wird, wenn der Entwurf Gesetz wird, nicht mehr nötig. Alle der Konfessionsschule wesensähnlichen Schulen werden mit einem Federstrich zu Konfessionsschulen gemacht, nicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten, sondern durch das Gesetz. (Sehr richtig!) Dann sind $^9/_{10}$ aller Schulen in Preußen Konfessionsschulen, in Bayern alle mit wenigen Ausnahmen, ebenso in Mecklenburg. Nur in Hessen und Baden wird eine Ausnahme gemacht. Der Genosse, der von Hessen gesprochen hat, darf nicht glauben, daß wir die Dinge nur von Berlin und Sachsen aus beurteilen, daß Baden und Hessen verschont bleiben. Auch die Simultanschule in Hessen ist nicht nur gefährdet, sondern überwunden. Denn wenn schon 60 Erziehungsberechtigte in Stadt und Land den Antrag auf Einrichtung einer Konfessionsschule stellen können und diese dann eingerichtet werden muß, dann bedeutet auch das die Zerschlagung der hessischen und badischen Simultanschule. Es genügt nicht nur, daß wir diesen Entwurf bekämpfen, sondern wir müssen auch das Zentrum bekämpfen, in dem die geistigen Väter dieses Entwurfs sitzen. (Sehr richtig!) Die Partei muß dem Zentrum sagen, daß durch diese seine Schulpolitik die Unterlagen jeder Zusammenarbeit gefährdet werden, daß dieses Vorgehen weit entfernt ist von den Unterlagen, die uns einst mit dem Zentrum zusammengeführt haben. Kommen Sie uns nicht, daß in den großen Massen kein Verständnis für diesen Kampf wäre, und daß die Massen die Konfessionsschule haben wollten. An sich wäre das überhaupt kein Argument. Es gibt keine Demokratie der

Ueberzeugung. Ich glaube, Hermann Müller wird mit mir einverstanden sein, — er nickt mir zu; ich habe es auch nicht anders erwartet. Wenn die Dinge so stehen, dann haben wir unser Kulturziel gegenüber den andern durchzusetzen, auch wenn die Massen noch nicht diese Erkenntnis gewonnen haben. Unsere Kultur baut sich im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben auf weltlicher Basis auf. Deshalb haben wir die Forderung nach der weltlichen Schule nicht nur als Programmforderung, sondern als Kampfforderung zu stellen und müssen um sie kämpfen, nicht im Programm, sondern auch draußen, gegenüber der Oeffentlichkeit, auch gegenüber dem Zentrum. Es gab eine Zeit, da Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratische Partei den Gedanken der Einheitsschule vertreten haben, so daß man aus staatspolitischen Gründen den Gedanken verteidigen konnte, die weltliche Schule gegenüber der einheitlichen, der Gemeinschafts-, der Simultanschule zurückzustellen. Diese Zeiten sind vorbei. Heute handelt es sich nur darum, daß auf der einen Seite die kirchliche Schule in vollem Umfange durchgeführt werden soll. Diese Seite wird gestützt durch die Deutschnationalen, die Volkspartei und vor allen Dingen durch das Zentrum. Auf der anderen Seite stehen wir fast allein, die die weltliche Schule durchführen wollen. Deshalb müssen wir vom Parteitag aus uns an alle diejenigen wenden, die für die einheitliche fortschrittliche kulturelle Entwicklung eintreten, mit uns für die weltliche Schule als der noch einzig möglichen zukünftigen Schule des deutschen Volkes und auch der Arbeiterklasse zu kämpfen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Heinrich **Schulz**-Berlin (Parteivorstand): Mit der Geschichte des Reichsschulgesetzes bin ich von Anbeginn an durch sachliche und persönliche Beziehungen eng verbunden und hätte daher an sich das Bedürfnis, darüber eingehend zu sprechen. In den letzten Jahren ist außerdem wegen des Reichsschulgesetzes von bürgerlicher Seite und auch aus Parteikreisen auf meinem Rücken allerlei Holz gehackt worden; die bürgerlichen Angriffe berühren mich weiter nicht, die Stellungnahme bestimmter Parteikreise hätte weniger unfreundlich sein dürfen. Leider muß ich mich wegen der Kürze der Zeit auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Im Gegensatz zu dem Genossen Adams und auch zu Löwenstein halte ich mit vollem Nachdruck das Weimarer Schulkompromiß für eine politische Notwendigkeit. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es war in der damaligen gespannten politischen Situation, zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, die einzig mögliche Plattform, auf der die drei Koalitionsparteien zu einigen waren. Diese Einigung aber war damals politisch unbedingt nötig. Gewiß hat das Weimarer Schulkompromiß, dessen Vaterschaft ich bis zu einem gewissen Grade nicht ablehne, seine Schwächen, die ich nicht bestreiten will; aber Besseres war damals nicht zu erreichen. Wäre damals auch das Schulgesetz noch von der Koalition der Nationalversammlung geschaffen worden, also im Sinne des Weimarer Kompromisses, es wäre wahrscheinlich verhältnismäßig gut gewesen. Aber auch das war damals leider nicht möglich.

Als das Schulgesetz dann 1921 dem Reichstag vorgelegt wurde, hatte sich die politische Konstellation in Deutschland inzwischen erheblich verändert. Die Reichstagswahlen 1920 hatten die Stärke des Koalitionsblocks verringert. Ein persönliches Beispiel zeigt die veränderte Situation besonders deutlich: an die Stelle des sozialdemokratischen grundsatzfesten Kultusministers Hoffmann in Bayern war der Katholik Matt getreten. Was das aber für die weitere Entwicklung der Schulpolitik in Deutschland bedeutete, habe ich später oft deutlich genug empfinden müssen. Trotzdem war der erste Reichsschulgesetzentwurf noch einigermaßen annehmbar. Wir hätten froh sein können, wenn das Gesetz auf dieser Grundlage zustande gekommen wäre. Das behaupte ich trotz der taktisch

ganz falschen Opposition des deutschen Lehrervereins, die dieser von der Stuttgarter Lehrerversammlung gegen den Entwurf entfesselte. Dadurch sind die Rechtskreise erst mobil gemacht worden, denen dann obendrein die rückläufige politische Entwicklung zu Hilfe kam. Als 1923 unter der Reichskanzlerschaft Wirth die Beratungen des Entwurfs ins Stocken gerieten, waren sich Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum doch darin einig, daß die ernstesten Versuche gemacht werden müßten, das Gesetz zustande zu bringen. Es wurden damals vertrauliche interfraktionelle Besprechungen der drei Verfassungsparteien, an denen u. a. auch der spätere Reichskanzler Marx teilnahm, gepflogen, die sich auf der Grundlage eines besseren Entwurfs als des offiziellen bewegten. Ein Erfolg dieser Bestrebungen wäre sehr wünschenswert gewesen. (Zuruf: Zentrum!) — Sie vergessen, daß noch während der Verhandlungen eine andere politische Situation eintrat. An die Stelle von Wirth war das Kabinett Cuno mit dem vorwiegenden Einfluß der Deutschen Volkspartei getreten. Von dem Augenblick an haben sich Zentrum und Demokraten an vertraulichen Besprechungen mit den Rechtsparteien beteiligt, von denen die Sozialdemokraten und auch ich in meiner amtlichen Eigenschaft ausgeschlossen waren. Der vorvorige Reichstag hat dann die von der nach rechts gerichteten Koalition vorbereiteten Anträge beraten, die Beratungen sind aber bekanntlich versandet. Bei der kurzen Lebenszeit des vorigen Reichstages ist die Schulfrage überhaupt nicht recht zur Behandlung gekommen. Um so größer ist die Rolle, die sie mit dem Zusammentritt des neuen Reichstags spielte.

In der Betonung der christlichen Grundlage der Schule in der Programmrede des Reichskanzlers Luther war schon deutlich der Angelhaken zu erkennen, den er nach dem Zentrum auszuwerfen beabsichtigte, um es durch diese kulturpolitische Gegengabe um so fester an den Rechtsblock zu fesseln. In den letzten Monaten hat das Zentrum bis zur Selbstverleugnung eine volksfeindliche Wirtschafts- und Steuerpolitik unterstützt. Die innere Wirkung zeigt sich im Falle Wirth, den man gewiß nicht zu überschätzen braucht. Andererseits wäre aber eine Unterschätzung dieses Symptoms unseres politischen Lebens im gegenwärtigen Augenblick ein gefährlicher politischer Fehler. Wir müssen auf diese Erscheinung auch durch die Stellung des Parteitags in geeigneter Weise Rücksicht nehmen. Jedenfalls haben wir kein Interesse daran, die Auflehnung zahlreicher Zentrumsanhänger, und zwar gerade der proletarischen Schichten, gegen den Rechtskurs und für Demokratie und Republik mit unterdrücken zu helfen, womit wir nur die Geschäfte des Rechtsflügels des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei besorgen würden. Das würde aber geschehen, wenn wir den neuen Schulgesetzentwurf nur mit den Mitteln und Schlagworten liberaler Kulturkampfpolitik bekämpfen würden. Diese Gefahr liegt nahe, man braucht nur an Erscheinungen im deutschen Lehrerverein zu denken, und an eine alte Ueberlieferung bei uns selbst, die wir wie einen überflüssigen Blinddarm mit uns schleppen. Der Kern der Frage ist zurzeit nicht schultechnisch-pädagogischer Art, sondern die Schule ist wieder einmal, was sie im stillen immer, in besonderen Zeiten aber in besonderem Maße ist, ein Politikum. Und demgemäß muß der Entwurf von uns angefaßt werden.

Ich stimme mit Löwenstein überein: der Schulgesetzentwurf bedeutet einen Bruch der Weimarer Verfassung. Das ist bei den Rechtsparteien nicht verwunderlich, die die Verfassung abgelehnt haben und sich nur der Not gehorchend damit abfinden. Es müßte aber wundernehmen, wenn ohne innere Hemmungen — sie sind ja allerdings schon vorhanden und zutage getreten — eine der Weimarer Verfassungsparteien diesen Bruch mitmachen würde. Auch das unterschreibe ich, daß der Entwurf eine rücksichtslose Zerreißung des Weimarer Schulkompromisses und eine Abkehr von seinen Tendenzen bedeutet. Er ist

geradezu ein Hohn auf die Absichten der Väter des Kompromisses und auf die durch das Kompromiß angestrebte Anbahnung einer Ausgleichung der kulturpolitischen Gegensätze in Deutschland. Damals wurde gesagt: Wir können uns in den kulturpolitischen Fragen nicht überzeugen, wir dürfen uns nicht vergewaltigen, also müssen wir uns dulden! Ein Schulgesetz kann in Deutschland nur Wert haben und eine gute Wirkung ausüben, wenn die großen Massen des Volkes dahinterstehen, und wenn es kein Trutzgesetz ist. Mit diesem ausgesprochenen Grundsatz haben auch die leider verstorbenen Zentrumsführer Gröber, Burlage und Hitze das Weimarer Schulkompromiß abgeschlossen. Daß der neue Entwurf diesen Tendenzen ins Gesicht schlägt, kann bei den Rechtsparteien nicht wundernehmen, die am Weimarer Schulkompromiß nicht beteiligt waren, und denen dieser Versuch einer Versöhnungspolitik auf kulturellem Gebiet nach links nur ein Dorn im Auge ist, um so mehr aber müßte es überraschen, wenn das Zentrum durch seine Zustimmung zu diesem Entwurf seine Weimarer Vergangenheit verleugnen würde.

Gelänge es, dieses Schulgesetz wie die Zollgesetze durch Vergewaltigungsmaßnahmen durchzupeitschen, dann ständen wir nicht am Ende einer kulturpolitischen Auseinandersetzung, sondern am Anfang der schärfsten kulturpolitischen Kämpfe in Deutschland. Es wäre wieder einmal der alte Zankapfel der religiösen Auseinandersetzungen in das deutsche Volk geschleudert, und damit das Gegenteil von dem, was das Weimarer Schulkompromiß wollte, erreicht.

Wir wünschen und wollen das nicht. Wir wollen die Religion bei den politischen Kämpfen aus dem Spiel lassen. Wir machen den Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei über ihre Stellung zur Religion keine Vorschriften, wir achten jedes ehrliche religiöse Bekenntnis und schützen es vor Vergewaltigung. Wie der Sozialismus seine Wurzeln in allen großen Kulturepochen der Vergangenheit hat, — in der Antike, im Urchristentum, im Mittelalter, in der Reformation, im Rationalismus, im Humanismus — muß und kann er auch alle religiösen Auffassungen unter dem Dach der Gesellschaftsordnung dulden, die er errichten will. In den Arbeiterkreisen vollzieht sich gerade in den letzten Jahren eine langsame Wandlung im Sinne größerer und bewußterer Duldsamkeit in den Fragen des religiösen Bekenntnisses. Es gibt kein besseres Mittel, diese erfreuliche Entwicklung zu stören, als diese neue Schulpolitik.

Wir wenden uns nicht an die Deutschnationalen, wohl aber an alle Freunde der Republik und der Demokratie, in erster Reihe an die Sozialdemokraten und an alle Freunde einer freien fortschrittlichen Schule, auf der Wacht zu stehen und den Gesetzentwurf aufs schärfste zu bekämpfen. Die Reichstagsfraktion aber fordern wir auf, allen etwaigen Vergewaltigungsbestrebungen und Durchpeitschungsversuchen im Reichstag rücksichtslosen Widerstand entgegenzusetzen. (Bravo!)

Levi-Berlin: Keil hat in seinem Referat eine Frage berührt, die nicht nur auf einem sozialdemokratischen Parteitag erörtert zu werden verdiente, weil an ihr unser öffentliches Leben in Deutschland überhaupt krankt, nämlich: Was ist die Aufgabe einer Opposition? Keil hat die Frage dahin beantwortet, daß man die Opposition so betreiben müsse, als wenn man in der Regierung säße, daß sich also die Opposition ebenso belaste mit allen Sorgen, Gedanken und Belastungen, mit denen ein deutscher oder anderer Minister in der Welt herumgehe. Diese Betrachtungsweise ist grundsätzlich falsch, nicht nur, wenn sie in unsern Reihen aufgestellt wird, sondern auch vom Standpunkt des Bürgertums aus. Denn fragen wir uns, woran unser öffentliches Leben so sichtbar krankt, so kann keine andere Antwort gefunden werden als die: Es fehlt in unserer Republik die bürgerliche Linke. Ich bin Marxist und geschichtlich gebildet genug, um die geschichtlichen Bedingtheiten zu erkennen, warum wir

keine bürgerliche Linke haben. Auch in Frankreich war die Bildung der bürgerlichen Linken kein Werk von heute auf morgen. Man kann sagen, daß sich nach 30 Jahren, im Dreyfusprozeß, allmählich immer deutlicher das herausarbeitete, was heute in Frankreich der Begriff der bürgerlichen Linken ist. Das soziale Substrat dieser bürgerlichen Linken sind die Bauern des Südens, die Kleinbürger der Städte. Ueber die Lebenswichtigkeit der bürgerlichen Linken in Frankreich brauche ich kein Wort zu sagen. Die Frage, ob wir ein Substrat, soziale Schichten haben, geeignet und dazu bestimmt, eine bürgerliche Linke zu tragen, beantworte ich mit Ja. Ich brauche nur auf die Umschichtung der Verhältnisse durch die Inflation, auf die Verschiedenheit der Interessen zwischen Schwer- und verarbeitender Industrie hinzuweisen. Wir haben aber keinen Ausdruck für diese bürgerliche Linke, weil auch in den bürgerlichen Parteien, die vielleicht nach der allgemeinen Vorstellung zur Bildung dieser bürgerlichen Linken berufen wären, der Gedanke mit unterläuft: Opposition sein ist nichts anderes als Minister in spe sein. (Sehr gut!) An diesem Fehlen einer Opposition in einem parlamentarischen Staate krankt der Parlamentarismus. Wenn ich dies schon bei der bürgerlichen Linken feststelle, dann hat darüber eine sozialdemokratische Opposition noch weit andere Bedeutung als die eines Widerparts gegenüber Schwerindustrie und großagrarischen Interessen im Rahmen des Kapitalismus. (Sehr gut!) Die sozialistische Opposition muß darüber hinaus! Eine der ersten Aufgaben unserer sozialistischen Opposition wäre und ist auch schon im Werden, jene Keime einer bürgerlichen Opposition abzugrenzen, soziologisch zu bezeichnen und bestimmte politische Folgerungen daraus zu ziehen.

Ich sage also, wir haben die Parteien, deren geschichtliche Aufgabe es wäre, die bürgerliche Linke zu bilden. Das geschieht aber nicht. Wir als Sozialdemokraten in Deutschland haben gar nicht die Frage zu prüfen, was unsere Politik wäre, wenn wir diese Bürgerlichen hätten. Wir müssen feststellen, wir haben sie nicht, jene Parteien partizipieren an den Interessen des Großkapitals, der Großbourgeoisie. (Sehr gut!)

In diesem Rahmen bitte ich Sie, unsern Antrag 225 zu betrachten, der nichts anderes will, als festlegen, daß wir politisch gegenüber den bürgerlichen Parteien, die selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus ihre geschichtliche Aufgabe verkennen, politische Grenzen zu ziehen haben. (Sehr richtig!)

Wir haben als sozialdemokratische Opposition Aufgaben, die über den Rahmen der bürgerlichen Republik hinausweisen. Keil hat gesagt, wir dürfen kein demagogisches Schauspiel bieten. Ich glaube mich zu entsinnen, daß mit diesen oder ähnlichen Ausdrücken die sozialdemokratische Politik in vielen Jahren bezeichnet worden ist. Viele haben nicht begriffen, daß hinter dem, was sie als demagogisches Schauspiel betrachteten, etwas ganz anderes steckte; ich glaube, daß auch ein späterer objektiver Geschichtschreiber es als einen gewaltigen Weckruf wird anerkennen müssen, mit dem wir Millionen aus dem Dunkel der Indifferenz, der Unbewußtheit ihrer Klassenlage geweckt und zum Bewußtsein ihres sozialen Seins geführt haben. (Bravo!) Eine sozialdemokratische Politik und Partei, die über den sogenannten Aufgaben des Tages dieses gewaltige Ziel der Erweckung großer Volksmassen vergißt, wird Schaden leiden. (Zuruf.) — Genosse Keil, Sie fragen, ob sie denn das getan hat. Es ist Ihnen mein Standpunkt bekannt, daß sie jedenfalls nicht mit Schärfe und Rücksichtslosigkeit dieses Ziel verfolgt hat. Ich spreche hier nicht zum Parteibericht, aber gewisse Zahlen des Parteiberichts sollten auch nach dieser Richtung hin der Reichstagsfraktion zu denken geben. (Sehr richtig!)

Ich habe heute von dem Gen. Keil die Sätze gehört: „Wenn wir zurzeit nicht in der Regierung sind, und wenn wir uns vorläufig nicht daran beteiligen." Aus dieser Betonung „zurzeit" und „vorläufig" habe ich so etwas

herausgelesen, wie in jenem schönen Verse: „Dir gilt all mein Hoffen und mein Sehnen." Wenn wir die Koalition früher so scharf bekämpft haben, so deswegen, weil unser Ruf an die Massen in der Koalition im Leeren verhallte, und wir können ohne die Massen unser Ziel nicht erreichen. (Zuruf: Schrecken die Spuren der Kommunistischen Partei nicht?) Nein, mit der Politik der Kommunistischen Partei habe ich nichts zu tun. Ich glaube, daß Sie bei einer Spur von dem guten Willen, den ich von Ihnen als Delegiertem zum Parteitag erwarte, mir das nicht unterstellen sollten. Mit derartigen Schimpfworten polemisieren Sie gegen mich nicht.

Der Gen. Keil hat gesagt, er könne mit Vergnügen feststellen, daß ich den Gen. Müller so häufig an Bedachtsamkeit übertroffen habe. Darin sehe ich keinen Vorwurf gegen den Gen. Müller oder gegen mich. Ich kann ganz offen sagen: die als die Linke bezeichneten Genossen sind nicht der Auffassung, daß man mit einem Trompetenstoß morgen die Revolution einleiten kann. Wir sehen die Hemmungen, die einem sozialistischen Erfolge in dieser Stunde entgegenstehen, viel deutlicher als die, die dem Gen. Keil näherstehen. Gen. Keil glaubt, daß die Dinge so weit gediehen sind, daß wir heute schon Früchte pflücken könnten. Wir dagegen sind nicht der Meinung, daß wir jetzt schon dem Proletariat geben können, was das Proletariates ist. Wir sehen, daß ein Weg der Sammlung der proletarischen Kräfte vor uns liegt, mit denen allein wir das Endziel erreichen können. Ich sehe in der Anspielung des Gen. Keil nicht die kleine Bosheit, die ja auch gewiß nicht in ihr steckt. Ich möchte bei aller Bescheidenheit für mich und meine Freunde in Anspruch nehmen, daß wir nicht nur mit Bedacht, sondern etwas weise handeln, denn wir bedenken bei unserm Tun nicht nur die Stunde, sondern auch das Ende. (Lebh. Beifall.)

Dobbert-Meißen: Der Gen. Scheidemann hat ein Bild von der deutschen Justiz gezeichnet, so daß ich diese Frage nicht ausführlich zu besprechen brauche. Sie alle werden der Meinung sein, daß die deutsche Justiz verurteilenswert ist und daß unsere Reichstagsfraktion Wege suchen muß, wie die Unabsetzbarkeit der Richter in einem Sinne geregelt wird, der den Interessen und dem Empfinden des Volkes entspricht. Es liegen verschiedene Anträge vor, die in dieser Richtung gehen. Es müssen Wege gefunden werden, um dieses Privileg der Richter, dieses Juristenmonopol, zu brechen, damit die Justiz nicht als ein Racheinstrument der herrschenden Klasse gehandhabt wird, die uns die Republik verekeln möchte.

Wir müssen die Republik nicht nur mit dem Verstande, sondern mit der ganzen Wärme unseres Herzens lieben. So weit sind wir aber leider noch nicht. Es muß eine Empörung auslösen, wenn man hört, daß heute noch sozialdemokratische Redakteure wegen Gotteslästerung ins Gefängnis wandern müssen, daß die Kritik durch Strafverfügungen unterbunden wird, daß Schriftsteller um literarischer Erzeugnisse willen verfolgt werden. Das muß den schärfsten Protest des Parteitages herausfordern.

Ich richte ferner die Bitte an den Parteitag und die Fraktion, sich der Forderungen unserer Arbeiterjugend anzunehmen, damit sie mehr Luft und Licht und Entfaltungsmöglichkeiten hat, als der älteren Generation zuteil geworden ist. Das Wahlrecht der Jugend darf nicht beschränkt werden. Die Sozialdemokratie hat in der Vorkriegszeit wohl deswegen die Besten der Jugend in ihre Reihen bringen können, weil sie mit solcher Entschiedenheit sich für die Rechte der Jugend eingesetzt hat. Das muß auch heute geschehen. Die Jugend muß frühzeitig in die Politik hineinkommen und in der Lage sein, sich Wissen anzueignen, damit sie die Kämpfe siegreich bestehen kann. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß die kulturpolitische Reaktion zu gleicher Zeit einsetzt, wo die Reaktionäre das Wahlrecht der Jugend beschneiden wollen. Die Reichstags-

fraktion bitte ich, sich der von den Jugendorganisationen gestellten Forderungen anzunehmen.

Die jungsozialistische Bewegung ist auf dem Wege, sich zu reifen und zu klären. Sie hat, wenn sie auch manchmal um ihre Meinungen energisch streiten, doch den ehrlichen Willen, der Partei zu dienen. Die jungsozialistische Bewegung ist nicht nur politisch, sondern auch pädagogisch zu werten. Dann wird man die richtige Einstellung zu ihr finden. Die Jungsozialisten werden dann die Kampfgenossen sein, die wir brauchen und so werden wie die Alten, die mit Begeisterung und Leidenschaft die schweren Kämpfe der Vergangenheit geführt haben.

Hermann **Müller** (Parteivorstand): Der Vorredner wünschte, daß die Reichstagsfraktion sich an ihre Pflichten gegenüber der heranwachsenden Arbeiterjugend erinnere. Ich glaube, daß in dieser Beziehung nichts versäumt worden ist. Auf der Jugendschutzkundgebung in Hamburg habe ich vor kurzem als Vertreter des Parteivorstandes und der Fraktion die Versicherung gegeben, daß wir stets bestrebt sein werden, den Jugendschutz zu erhalten und das durchzusetzen, was dazu noch fehlt. Das Wahlrecht der Jugend ist durch die Reichsverfassung festgelegt und kann gegen uns nicht geändert werden. Wir werden uns auch nicht durch den Hinweis beirren lassen, daß viele Jugendliche gerade bei den Völkischen und Kommunisten zu finden sind.

Was Gen. Keil über die Koalitionen gesagt hat, unterschreibe ich. Ich glaube, daß die im Irrtum sind, die meinen, daß in der Sozialdemokratischen Partei zu irgendeiner Zeit der Drang nach Ministersesseln sehr stark gewesen wäre. Wir haben 1918 in schwierigster Zeit die Verantwortung übernommen und unsere Pflicht getan, aber später hat es oft eines starken Druckes bedurft, um uns in eine Regierung zu bringen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß in der Fraktion ein Haufe von Parteigenossen sitzt, die keinen anderen Gedanken hätten als den: Kann ich Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen treiben? Koalitionspolitik ist kein Vergnügen. Was soll es heißen, wenn Anträge kommen, wie der Nr. 105, worin gefordert wird, daß die loyale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgegeben werden soll? Sollen wir beschließen, daß wir uns in Zukunft illoyal verhalten sollen? Wenn wir mit den bürgerlichen Parteien zusammen Politik getrieben haben — für Preußen gilt das jetzt noch —, so geschah das, um an bestimmte Ziele zu kommen. Wir haben diese Zusammenarbeit nie anders aufgefaßt als gewissermaßen die Tätigkeit in einem politischen Zweckverband. Was wir beim Zentrum erlebt haben, das jetzt ja nicht mit uns koaliert ist, sondern mit den Rechtsparteien, war schon früher zu erkennen. Ich möchte den aufmerksamen Beobachter der Zentrumspartei sehen, der nicht gewußt hat, wie unter der Führung von Herold und anderen die rheinisch-westfälischen Bauern einen außerordentlich starken Einfluß in der Zentrumspartei ausübten. Wogegen wir uns hier wenden, das ist, daß die Sozialdemokratische Partei auf eine Politik der Isolierung festgelegt wird. (Sehr gut!) Wir wollen Politik von Fall zu Fall im Interesse der Arbeiterklasse treiben. In einer Zeit, wo die Könige von Dänemark, Schweden und Belgien gezwungen sind, Sozialisten ins Ministerium zu berufen, wird man nicht negieren wollen, daß in einer Republik dieser Zustand unmöglich ist. (Sehr gut!)

Ich glaube, Levi hat Keil mißverstanden. Keil hat nicht gesagt, daß wir, wenn wir in der Opposition sind, dieselbe Politik treiben sollen, die wir treiben müßten, wenn wir in der Regierung wären. Er hat sich nur gegen demagogische Anträge gewandt und auf die Deutschnationalen hingewiesen und gesagt, so dürften wir es nicht machen, sonst würden uns dieselben Flüche nachgeschickt, die heute von den betrogenen Sparern der Deutschnationalen Partei nachgeschickt werden. Es ist auch falsch, wenn Levi glaubt, daß die Politik, die wir unter

dem Kaiserreich getrieben haben, unter den Begriff der demagogischen Politik zu subsummieren wäre. Was hat denn die Sozialdemokratie getan, als sie 1918 zur Macht kam? Sie hat gezeigt, daß die Anträge, die sie früher gestellt hatte, Gegenstand praktischer Politik werden können. Die Volksbeauftragten haben den Achtstundentag eingeführt. Wenn er bis zu einem gewissen Grade verlorengegangen ist, hat das die Entwicklung der letzten Jahre mit sich gebracht. Wir haben das Frauenwahlrecht und das Jugendwahlrecht eingeführt, wir haben die Landarbeiter befreit, und überhaupt, soweit es irgendmöglich war, alles durchgesetzt, was wir früher in Anträgen vertreten hatten. Wir haben damit den Beweis geliefert, daß diese Anträge ausführbar gewesen sind.

Genosse Prien hat gesagt: Opposition muß sein. Ich bin der Letzte, der das verneint. Wenn sie nicht wäre, müßten wir sie uns bestellen, sonst würde der Parteitag furchtbar langweilig werden. Wir verlangen aber, daß die Opposition nicht immer behauptet, sie habe die Tradition der großen Sozialdemokratischen Partei für sich und sie habe die allein richtigen Grundsätze. Wenn Genosse Prien unsern Kampf bei der Beratung des Zolltarifs bemängelte und eine Parallele zu 1902 gezogen hat, dann hat er dazu selbst gesagt, daß die Verhältnisse damals anders lagen. Wie haben damals ein Jahr um den Zolltarif gekämpft. Wir waren dieses Jahr gehemmt, weil alle bürgerlichen Parteien überzeugt waren, daß ein Zolltarif notwendig für die Handelsvertragsverhandlungen sei. Wir aber sagten: Wo hat die Regierung Luther, von Belgien abgesehen, den Beweis geliefert, daß sie mit diesem Zolltarif Handelsverträge machen kann. Die Fraktion ist nicht schuld, wenn in diesen heißen Sommertagen die Massen nicht überall so auf die Beine gebracht worden sind, wie wir das an allen Orten gewünscht hätten.

Ich glaube auch, wir leiden vielfach noch unter den Nachwirkungen der Inflationszeit. Es gibt in weiten Kreisen des deutschen Volkes Frauen und Männer, die noch nicht begriffen haben, was die Pfennigrechnung eigentlich bedeutet, und die die Preissteigerung nicht so werten, wie sie gewertet werden müßte. Je mehr wir zu normalen wirtschaftlichen Zuständen kommen, um so mehr wird sich das ändern.

Mit dem Kampf gegen das Schulgesetz, wie ihn Löwenstein und Schulz für angezeigt hielten, wird jeder einverstanden sein. Wir wissen, wie notwendig es ist, die Massen für diesen Kampf zu mobilisieren. Aber ich wende mich dagegen, daß in der Resolution Löwenstein einzelne Wendungen sind, die sich ganz allgemein gegen das Bürgertum richten. Wir müssen gemäß unserer Tradition den Kampf so führen, daß alle, die im Bürgertum noch freiheitlichen Geist haben, mit uns als mit der großen Kulturpartei in einer Reihe marschieren. (Sehr gut!) Wir dürfen keinen zurückstoßen, der mit uns den Kampf führen will. So war es beim Kampf gegen den Zedlitzschen Schulgesetzentwurf und gegen die lex Heinze.

Zum Problem der Massen möchte ich sagen, daß die Massen durch eine sachlich gerechtfertigte Politik gewonnen werden. (Sehr richtig!) Ich mache auf die Artikel Woytinskis in der „Gesellschaft" aufmerksam, in denen auseinandergesetzt ist, wie stark das Proletariat in den einzelnen Ländern ziffernmäßig ist. Die Proletarier, die uns fehlen, sind zum wenigsten in der Kommunistischen Partei, sie sind zum größten Teil noch in den bürgerlichen Parteiten (sehr richtig!), und diese Proletarier gewinnen wir durch eine sachliche Politik, wie sie die Sozialdemokratie in der Vergangenheit stets geführt hat. Diese sachliche Politik wird uns auch zum Siege führen. (Beifall.)

Mathilde **Wurm**-Berlin: Gen. Keil hat in seinem Bericht weniger über die Fraktion selbst, als über ihre Stellung gesprochen, die sie nach außen hin zu den politischen Ereignissen eingenommen hat. Er sagte mit Recht, es habe innerhalb

der Fraktion ernste Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die grundsätzliche Einstellung zu den Fragen, die vom Dezember bis jetzt zur Debatte standen, nicht gegeben. Aber es haben ernste Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg bestanden, wie der Zollgesetzgebung am besten zu begegnen wäre. Die Fraktionsminderheit hat sich von Anfang an gegen jede Abmachung mit den bürgerlichen Parteien in bezug auf Festlegung einer bestimmten Redezeit sowohl im Ausschuß wie im Plenum gewehrt.

Es ist doch wohl die Frage zu erörtern, ob diese Taktik der vorherigen Abmachungen über die Befristung der Redezeit richtig gewesen ist. Wenn es uns gelungen wäre, die Zollvorlage über den Sommer hinaus zu verschleppen, hätten wir mindestens die Teuerung, wie sie jetzt trotz der glänzenden Ernte beginnt, verhindert. Die Fraktionsmehrheit wandte sich dagegen, daß wir im Ausschuß allzulange Reden hielten; sie befürchtete, daß man uns den Vorwurf der Obstruktion machen könnte. (Widerspruch und Zurufe.) Durch den Versuch, die Ausschußverhandlungen sehr lange hinzuziehen, wäre die Annahme des Gesetzes in diesem Jahre doch vielleicht verhindert worden. (Erneuter Widerspruch und Zurufe.) Bei aller Anerkennung dessen, was Sie, Genosse Breitscheid, bei der Führung unserer Fraktion in dieser Beziehung geleistet haben, müssen Sie doch zugeben, daß uns immer gesagt worden ist, wir dürften nicht allzulange reden. Es bestand eben bei der Fraktionsmehrheit die Befürchtung, das könnte uns als Obstruktion ausgelegt und dadurch ein allzu früher Schluß der Debatte herbeigeführt werden. Diese Möglichkeit bestand allerdings. (Lebhafte Rufe: Na also!) Aber ich bin der Auffassung, daß diese Obstruktion ein parlamentarisches Mittel gewesen wäre. Darin hat sich die Fraktionsminderheit von der Fraktionsmehrheit unterschieden. Wir betrachten die Obstruktion nicht als ein Mittel der Diskreditierung des Parlaments. Auch unsere österreichischen Freunde haben wochenlang Obstruktion getrieben, ohne daß es jemand eingefallen wäre, zu behaupten, daß sie damit den Parlamentarismus diskreditierten. Jede Befristung der Redezeit macht mehr oder weniger unsere Opposition unwirksam. (Lebhafter Widerspruch.) Es mag eine andere Meinung darüber bei manchen Genossen bestehen; ich kann nur meine Meinung sagen, die von sehr vielen Fraktionskollegen geteilt wird. Eine befristete Entrüstung imponiert doch dem Gegner wahrhaftig nicht. (Hermann Müller: Eine ewige Entrüstung auch nicht!) Das lasse ich dahingestellt. Ob sie den Rechtsparteien im Reichstag imponiert, darauf kommt es auch nicht an. Es handelt sich vielmehr darum, daß wir bei den Massen einen weit stärkeren Widerhall gefunden hätten, wenn wir in dieser Form Obstruktion getrieben hätten. Daß wir diesmal mit unserem Verhalten keinen Widerhall bei den Massen gefunden haben, haben unsere Versammlungen bewiesen. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß unser Zollkampf eigentlich nur im Parlament geführt worden ist, daß er trotz aller unserer Bemühungen in der Masse so gut wie gar keinen Resonanzboden gefunden hat. Wenn die Erklärung, die wir schließlich abgegeben haben, und die darin gipfelte, daß wir diese Mundtotmachung und Vergewaltigung nicht länger mitmachen, früher erfolgt wäre, und zwar nach einer guten Rede eines unserer Genossen, die dann als Flugblatt unter den Massen verteilt worden wäre, dann hätten wir eine viel stärkere Wirkung erzielt. So mußten wir uns damit begnügen, nur das Allerwichtigste zu sagen, ohne daß wir damit nach außen hin einen Eindruck machten.

Genosse Müller hat eben davon gesprochen, daß wir in der Heiligung der Tradition zu weit gingen. Aber der Zollkampf von 1902 hat doch eine ganz andere Wirkung ausgelöst als unser heutiger. Nach dem Zollkampf des Jahres 1902 strömten uns bei den Wahlen im Jahre 1903 die Massen zu, unsere Mandate stiegen fast auf das Doppelte, und unsere Wählerzahl nahm um fast eine Million zu. Aus dieser Erfahrung muß man doch lernen, und darin liegt auch

kein Uebermaß der Heiligung der Tradition. Eine solche Methode wirkt eben viel besser als ein wohltemperiertes Verhalten im Parlament selbst. Wir hätten mit einem starken Appell an die Massen hervortreten sollen. Inwiefern haben sich denn die Verhältnisse seit 1902 so wesentlich geändert, daß wir nicht dieselbe Methode wie damals hätten anwenden können? Wir werden in den nächsten Tagen die Programmdebatte haben. Im Programm ist von der Verschärfung der Klassengegensätze die Rede. Wir hören auch, daß die kapitalistischen Verelendungstendenzen sich immer mehr verstärkt haben. Warum führen wir also heute den Kampf anders als wir ihn 1902 geführt haben? Nach den Zollkämpfen des Jahres 1902 hatten wir das Vertrauen der Massen, das wir heute leider nicht in gleichem Maße für uns in Anspruch nehmen können.

Man ist hier sehr rücksichtsvoll gegen das Zentrum. Das Zentrum hat sich aber bei der Zolldebatte in einer Weise benommen, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Wenn das der Dank ist, den das Zentrum uns dafür abstatten will, daß wir 1918 Reich und Nation gerettet haben, wie hier von verschiedenen Rednern hervorgehoben wurde, so muß ich wirklich sagen: Dieser Dank ist im höchsten Grade schäbig, und wir haben alle Ursache, vor dem Zentrum auf der Hut zu sein.

In Marseille haben wir erfahren, daß unsere Genossen in allen Ländern in dem Protektionismus die größte Gefahr erblicken. In allen Reden kam zum Ausdruck, daß wir ohne eine Verständigung auf wirtschaftlicher Basis niemals zu einem Frieden gelangen können. Wenn wir heute in der Partei leider noch gar keine programmatische Stellung zu den Agrarfragen genommen haben und wenn die wirtschaftlichen Fragen im Programm nur mit den beiden Worten „freier Güteraustausch" abgetan werden, so zeigt das, wie notwendig es ist, daß wir uns auch einmal mit einem Agrarprogramm beschäftigen. Ich möchte die Anregung, die auf der freien Agrarkonferenz in Marseille von dem Genossen Compère-Morel gegeben wurde, an den Parteivorstand und an den Parteitag weitergeben: Es ist die höchste Zeit, daß sich in allen Ländern die Parteien mit der Agrarfrage auf das intensivste beschäftigen. Nur durch eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme wird es möglich sein, zum Frieden zu kommen. (Lebhafter Beifall.)

Seydewitz-Zwickau: Ich hatte nicht die Absicht, zu diesem Punkte der Tagesordnung noch einmal das Wort zu ergreifen. Da aber der Genosse Keil in seinem Referat gegen einen Artikel von mir polemisiert hat, fühle ich mich verpflichtet, einige Bemerkungen zu machen. Genosse Keil hat einen großen Teil seines Referats auf die Polemik gegen diesen Artikel verwandt. Ich fühle mich durch diese Polemik außerordentlich geehrt. (Heiterkeit und Zurufe.) In dem zitierten Artikel ist davon die Rede, daß die Reichstagsfraktion und die Gesamtpartei gegenwärtig im Reiche in der Opposition stehen, daß aber trotz unseres gemeinsamen Kampfes gegen die Regierung Meinungsunterschiede innerhalb der Partei darüber vorhanden sind, in welcher Form die Opposition geführt werden soll. Es heißt dann weiter:

„Das ist eben das Trennende, daß wir, die wir heute noch die kleinere Hälfte der Partei sind, diesen Radikalismus, der der nach dem Kriege so oft geschmähten oberflächlichen Agitationspolitik der Vorkriegszeit verdammt ähnlich sieht, ablehnen, daß wir eine Stellungnahme zu den Problemen des Tages nicht aus taktischen, sondern aus politischen Gründen wünschen, daß wir den von der Situation des Augenblicks diktierten Opportunismus ablehnen. Unser Radikalismus will nicht Opposition, weil uns die anderen nicht in der Regierung sein lassen, unser Radikalismus will den Dingen an die Wurzel gehen, alle Dinge ehrlich prüfen und das, was wir für richtig und notwendig halten, durchkämpfen, ohne Rücksicht darauf, ob wir in der

Regierung sein dürfen, in der Regierung sind oder nicht. Wir müssen, ob wir in der Opposition sind oder irgendwie in der Regierung, die Interessenvertretung der Arbeiterklasse endlich wieder von einem anderen Gesichtswinkel ansehen als den des Regierungsstuhls."

Genosse Keil hat in seinem Referat gegen uns den Vorwurf erhoben, daß wir die alte Oppositionspolitik betreiben wollten. Gerade das ist es, was wir ablehnen. Ich möchte nur einen Satz zitieren, den der Genosse Keil gebraucht hat: „Unsere Opposition darf die Grenzen nicht überschreiten, die wir einhalten müssen, wenn wir in der Regierung sitzen." (Keil: Falsch zitiert!) Ich glaube, wenigstens, der Sinn ist richtig getroffen. Ich gehe also von diesem Satz aus und möchte den Genossen Keil fragen, ob dieser Grundsatz bei dem Kampf eingehalten worden ist, den die Partei in der Aufwertungsfrage geführt hat. (Wiederholte Zurufe.) Genosse Moses hat von der Stellung zum Parlamentarismus gesprochen und gesagt, daß wir uns der Kritik am Parlamentarismus enthalten müssen. Genossin Wurm hat zum Ausdruck gebracht, daß bei dem Kampf um die Zollvorlage die Auffassung in der Fraktion über die Art der Taktik nicht einheitlich gewesen sei. Ich möchte auch hier die Frage stellen, ob es nicht richtiger gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratische Partei auch mit dem Mittel der Obstruktion, das ein durchaus parlamentarisches Mittel ist, diesen Kampf geführt hätte? (Widerspruch und Zurufe: Mit dem Knüppel in der Hand!) Unsere österreichischen Parteigenossen haben auch Obstruktion im Parlament gemacht und haben keinen Knüppel in der Hand gehabt. (Zurufe.) Wir sind jedenfalls der Meinung gewesen, daß wir nicht nur mit sachlichen Mitteln, wie es die Mehrheit der Fraktion wünschte, den Kampf gegen die Vorlage hätten führen sollen, sondern mit allen möglichen parlamentarischen Mitteln. (Lebhafte Zurufe: Welche z. B.? Nennen Sie doch mal eins!) Möglichkeiten der Obstruktion waren bei der Beratung der Steuervorlage gegeben. (Zurufe: Wir haben ja zehn Tage im Plenum verhandelt? Was wollten Sie durch die Obstruktion erreichen?) Wir haben in der Fraktion zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen, daß wir bei dem Kampf um die Zollvorlage eine andere Taktik gewünscht hätten. Aber ich will auf das kommen, was das Entscheidende ist. Für die Genossen, die da sagten, wir dürften das Mittel der Obstruktion nicht anwenden, war entscheidend, daß wir mit einer Obstruktion das Ansehen des Parlamentarismus herabgewürdigt hätten. In diesem Sinne hat sich ja Genosse Moses ausgesprochen. Wir sind dieser Meinung durchaus nicht und hierin liegt eben der Unterschied. Dieser Gegensatz liegt in unserer verschiedenen Einstellung zum Staat. Genosse Scheidemann hat gestern gesagt: Die Frage ist für uns, ob wir demokratische Staatspolitik treiben sollen oder rücksichtslose sozialdemokratische Politik. (Widerspruch und andauernde Zurufe.) Wir sind eben der Meinung, daß wir, wenn wir rücksichtslose sozialdemokratische Politik treiben, damit dem Volke und in unserem Sinne auch dem Staate am besten dienen. (Beifall.)

Breitscheid-Berlin: Ich bin dem Genossen, der zu meinen Gunsten zurückgetreten ist, sehr dankbar, weil es durch die Ausführungen der Genossin Wurm und des Genossen Seydewitz doch notwendig geworden ist, über die Taktik der Fraktion während des Zollkampfes ein paar Worte zu sagen. Ich bin außerordentlich erstaunt darüber, daß gerade unser Verhalten in der Zolldebatte hier zum Gegenstand einer so scharfen Kritik gemacht wird. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder, der unbefangen urteilt — und wir haben die Beweise in den Aussagen unserer Parteigenossen im Auslande (sehr gut!) —, muß zu dem Ergebnis kommen, daß das Verhalten der Fraktion in der Zolldebatte ein Ruhmesblatt für die Fraktion ist. (Sehr wahr!)

Nun wird uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten keine Obstruktion getrieben. Wenn wir mehr Zeit hätten, könnten wir uns ja einmal über das Wesen der Obstruktion etwas ausführlicher unterhalten. (Sehr gut!) Allerdings haben wir darauf verzichtet, eine Obstruktion im technischen Sinne, d. h. eine Obstruktion mit irgendwelchen mehr oder weniger gewaltsamen Mitteln zu treiben. Wir haben es als unsere Aufgabe betrachtet, die Debatte über die Zollfrage solange wie möglich durch sachliche Ausführungen unserer Mitglieder im Ausschuß und im Plenum hinzuziehen. (Sehr gut!) Jeder, der die Dinge richtig sieht, muß zugestehen, daß uns das in vollem Maße gelungen ist. (Sehr wahr!) Wir sollten uns nicht scheuen, den sehr zahlreichen Genossen aus der Reichstagsfraktion, die hier mitgearbeitet haben, unsere besondere Anerkennung dafür auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei keiner Frage haben die Mitglieder der Fraktion in den letzten Jahren so eifrig mitgewirkt wie bei dieser Frage. Eine Reihe von Genossen haben sich in Einzelfragen, die ihnen vielfach fernliegen mußten, vertieft und haben im Ausschuß und im Plenum durch ihre sachlichen Ausführungen einen nicht zu unterschätzenden Eindruck auch auf die anderen Parteien gemacht. (Sehr gut!) Gewiß, wer sich auf den Standpunkt stellte, wir hätten es zum Bruch treiben sollen, wir hätten einen Eklat heraufbeschwören sollen, der für die Oeffentlichkeit als Signal dienen konnte, der hätte das haben können. Wir hätten es erreichen können, daß nach zwei oder drei Tagen die Debatte im Ausschuß geschlossen worden wäre. Aber das wäre keine Politik mehr gewesen. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit würden wir damit nur den Wünschen unserer Gegner entsprochen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich persönlich bin durchaus nicht der Auffassung, daß die Heraufbeschwörung eines solchen Eklats auf die Massen im Lande günstiger gewirkt hätte als die sachliche Durchberatung dieser Materie, als der Beweis, daß unsere Leute am Platze und imstande waren, unseren Gegnern mit ihren Argumenten entgegenzutreten. Kein Mensch hat daran gedacht, irgendwie Verabredungen über den Zeitpunkt der Erledigung des Zollgesetzes mit den politischen Gegnern zu treffen. Gewiß, Verabredungen über die Redezeit haben stattgefunden; ähnliche Verabredungen werden stets im Aeltestenrat unter Hinzuziehung aller Parteien getroffen. Eine Partei von der Stärke der Sozialdemokratischen Partei, hat ohne Rücksicht auf ihre Stellung zum Staat die Aufgabe, die parlamentarischen Arbeiten möglich zu machen. (Sehr richtig!) Auch über die Redezeiten im Ausschuß sind Verabredungen getroffen worden, aber immer mit dem Hintergedanken: Treffen wir sie nicht, so sind wir nach zwei Tagen erledigt, dann können wir mit unseren Argumenten nicht mehr herauskommen. Im übrigen war die Redezeit so bemessen, daß viele unserer eigenen Freunde, von den Kommunisten gar nicht zu reden, nicht in der Lage waren, die Redezeit auszunützen. Unser Verhalten war also vielleicht nicht eine Obstruktion in dem Sinne, wie sie manche auffassen, aber es war das erfolggekrönte Bemühen, die Debatte solange wie möglich durch sachliche Ausführungen hinauszuziehen. Unsere Wähler und Anhänger werden von diesen sachlichen Darlegungen mehr profitiert haben als von irgendwelchen stürmischen Szenen. (Händeklatschen.) Genossin Wurm sagt, 1902 hätte uns unser Auftreten ungeheure Mengen von Anhängern zugeführt. Der Unterschied zu 1902 ist nur, daß wir für die Wirkung unserer Arbeit jetzt keinen Maßstab haben. In den Reichstagswahlen 1903 konnte der Erfolg des Zollkampfes festgestellt werden. Zweifellos würden wir, wenn wir heute oder morgen Reichstagswahlen hätten, mit unserer Berufung auf unser Verhalten in dem jetzigen Zollkampf, einen großen Eindruck auf die Arbeitermassen machen (Sehr gut!), und zwar einen weit größeren, als wenn wir sagen würden, wir haben durch unsere unnachgiebige Taktik, die sich an die Tatsache nicht anzupassen vermochte, daß die andern die Mehrheit haben, einen großen Sturm im Reichstag heraufbeschworen, wir hatten aber keine Gelegenheit, sachlich auseinanderzusetzen, was über diesen Brotwucher zu sagen ist.

Staat und Sozialismus spielten wieder in die Debatte hinein. Seydewitz hat Scheidemann gründlich mißverstanden; er hat nicht gesagt: Staat oder sozialdemokratische Politik, denn das ist kein Gegensatz. (Sehr richtig!) Wir treiben rücksichtslose sozialdemokratische Politik auf dem Boden dieses Staates, der da ist. (Sehr gut!) Dieser Staat ist das Fundament, auf dem und an dem wir arbeiten. Dieser Staat ist die Republik, und mit unserer sozialdemokratischen Politik suchen wir diesen Boden, diese Republik zu erhalten. Ich verstehe überhaupt die ganze Auseinandersetzung über eine positive oder negative Stellung zum Staat nicht ganz. (Sehr richtig!) Sie ist Theorie, aber keine Praxis und sie widerspricht den Tatsachen, unter denen wir leben, widerspricht der Tatsache, daß die republikanische Staatsform für uns Lebensbedingung ist, daß sie die Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere sozialistischen Ziele verwirklichen können. (Sehr gut!)

Wenn gesagt wurde, wir sollen Opposition treiben, und wenn Levi sagte, was man mit Recht oder Unrecht Demagogie nennt, sei wenigstens ein Weckruf für die indifferenten Massen gewesen, — jawohl, wir wollen sie wecken, aber unsere Partei hat noch eine andere Aufgabe, als nur immer die Trommel zu rühren. Für uns gilt nicht mehr das Wort: „Trommle, Trommler, mit aller Kraft, das ist die ganze Wissenschaft", sondern wir sind eine Partei geworden, die über dem Trommeln nicht die praktische Arbeit vergessen darf. Ich sehe auch darin keine Berechtigung, wenn gesagt wird, wir legten zu viel Wert auf die Erhaltung des Parlaments. Wir wollen in der Tat das Parlament nicht lahmgelegt sehen. Wir wollen eine Politik und eine Taktik vermeiden, die es den Gegnern und Rechtsparteien ermöglicht zu sagen: Dieser Parlamentarismus ist erledigt, die Sozialdemokratie tötet ihn selbst, also verzichten wir auf den Parlamentarismus. Wir wollen den Gegnern nicht die Möglichkeit geben, auf diese Weise ihre so oder so gearteten Diktaturgelüste zu begründen. Indem wir für das Parlament arbeiten, arbeiten wir wieder für uns. Nennen Sie es, die Würde des Parlaments bewahren, eine Verhinderung der Lahmlegung des Parlaments! Das Parlament ist einer der wesentlichsten Faktoren in der Staatsform, die wir geschaffen haben, auf deren Schaffung wir stolz sind. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt haben wir uns auch in unserm Verhalten im Zollkampf bestimmen lassen. Wer nicht Opposition um der Opposition willen auch innerhalb der Partei treibt, muß anerkennen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das getan hat, was sie tun konnte und wozu sie verpflichtet war. (Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird durch Annahme eines Schlußantrags die Debatte geschlossen.

Schluß der Sitzung 1¾ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 17. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte zunächst die Mandatsprüfungskommission, Bericht zu erstatten.

Berichterstatter **Buchwitz**-Görlitz: Die Mandatsprüfungskommission hat folgendes festgestellt:

Auf Grund des § 10 Abs. 1 bis 4 des Organisationsstatuts setzt sich der diesjährige Parteitag aus 398 Vertretern, darunter 52 Genossinnen, zusammen.

Es hatten zu entsenden		gewählt wurden bzw. anwesend	
	Vertreter	Vertreter,	darunter Frauen
Bezirke	296	290	36
Reichstagsfraktion	26	26	6
Parteivorstand	20	20	3
Parteiausschuß	36	36	4
Kontrollkommission	9	9	1
Programmkommission	3	3	1
Parteiinstitutionen	13	13	1
Referent	1	1	—

Ferner sind anwesend 16 Gastdelegierte aus Sachsen, 1 Gastdelegierter der bayerischen Landtagsfraktion und 8 ausländische Genossen.

Einspruch erhoben wurde vom 16. sächsischen Unterbezirk gegen 3 Mandate mit der Begründung, das Unterbezirkssekretariat habe eine einseitige Beeinflussung der Genossen im Bezirke zugunsten bestimmter Delegierten versucht. Die Kommission war der Ansicht, daß derartiges aufs schärfste zu mißbilligen sei, weil es gegen die demokratischen Grundsätze innerhalb der Partei verstoße, daß aber derartiges nur unter den eigenartigen Verhältnissen in Sachsen in Erscheinung treten könne. Aus diesem Grunde hat sie sich zu einer Annullierung der Mandate nicht entschließen können, da auf beiden Seiten nach dieser Richtung vieles verbesserungsbedürftig erschien. Wir haben diese Mandate gleichfalls für gültig erklärt.

Der Parteitag wird gebeten, gleich der Mandatsprüfungskommission sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Parteitag erklärt einstimmig sämtliche Mandate für gültig.

Vorsitzender **Wels**: Um die Wahlen für den Parteivorstand und die Kontrollkommission zu vollziehen und das Ergebnis rechtzeitig festzustellen, schlage ich vor, Vorschläge bis 11 Uhr beim Bureau einzureichen. Um 11 Uhr werde ich die Vorschlagsliste für geschlossen erklären und sie in Druck geben. Die Verteilung wird bis 1 Uhr erfolgen. Nachmittag um 3 Uhr wird die Mandatsprüfungskommission beim Betreten des Saales die Abstimmungszettel einsammeln und auf die vorzuzeigenden Ausweiskarten einen Vermerk setzen, damit keine doppelten Zettel abgegeben werden können. — Damit ist der Parteitag einverstanden.

Wir kommen zu unserer Tagesordnung zurück. Das Schlußwort zum 3. Punkt der Tagesordnung hat Genosse Keil.

Berichterstatter **Keil** (Schlußwort): Zunächst unterbreite ich Ihnen eine nicht gedruckte Resolution, um deren einstimmige Annahme ich bitte, da es Meinungsverschiedenheiten über ihren Inhalt nicht geben dürfte. Die sachliche Begründung habe ich bereits gestern gegeben. Die Resolution lautet:

„Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung führt zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, insbesondere zu einer Erhöhung der Preise, einer Erschwerung der Ausfuhr und einer Einschränkung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Statt der versprochenen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit dem Auslande droht der Abbruch der mit vielen Mühen angeknüpften Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge einer solchen kurzsichtigen Politik, die in erster Linie den deutschnationalen Parteiinteressen dient. Die Finanzen des Reiches weisen bereits einen Ueberschuß von mehreren 100 Millionen Mark auf. Er entstammt der drückenden Massenbelastung durch Lohnsteuer, Umsatzsteuern und Verbrauchssteuern.

Der Parteitag fordert deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck den Abbau der übermäßigen Steuerbelastung durch

Massensteuern zu verlangen, zugleich um zu verhindern, daß der Ueberschuß in der Reichskasse zu ungesetzlichen Begünstigungen des Besitzes Verwendung findet. Die von der Reichsregierung angekündigte Preissenkungsaktion ist lediglich ein Täuschungsmanöver. Wer die Voraussetzungen für Preissteigerungen auf allen Gebieten durch Massensteuern, Zölle und Abschnürung des deutschen Marktes von den billigen Auslandserzeugnissen schafft, kann nicht gleichzeitig die Preise senken. Die freie Konkurrenz, das wichtigste Mittel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Herstellung normaler Preisverhältnisse ist durch die Zollpolitik der Reichsregierung ausgeschaltet. Der Parteitag fordert deshalb die Parteigenossen auf, alle Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen."

Meine Annahme, daß es ernste Meinungsverschiedenheiten oder Unzufriedenheit in den breiten Massen der Parteigenossen über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion nicht gibt, ist durch die gestrige Diskussion bestätigt worden. Kritik hieran ist mit einer Ausnahme nicht von den organisierten Mitgliedern, von den Delegierten, sondern aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Vielleicht ist es einem größeren Teil des Parteitags wie mir gegangen, daß er der Meinung war, die kritischen Bemerkungen besonders der Genossin Wurm über eine Meinungsverschiedenheit in einer einzelnen taktischen Frage wären auf dem Parteitag nicht unbedingt nötig gewesen. (Sehr richtig!) Vielleicht hat sich zu dieser Ueberzeugung auch die Genossin Wurm durch die Ausführungen des Genossen Breitscheid bekehren lassen, sonst dienten sie nur dazu, die Genossin selbst zu befriedigen, einen anderen Zweck hatten sie kaum.

Nur ein Genosse, der nicht der Fraktion angehört, hat ernsthaft einiges auszusetzen gehabt. Die vorliegenden Anträge wollen fast ausnahmslos nicht kritisieren, sondern die Arbeit der Reichstagsfraktion stützen und fördern. Nur der Genosse Prien aus Dessau hat gemeint, die Fraktion habe den Kampf namentlich in der Zoll- und Steuerpolitik aus zarter Rücksichtnahme auf das Zentrum mit gedämpftem Trommelklang geführt. Worauf sich diese Auffassung stützt, weiß ich nicht, vielleicht auf die Berichterstattung des Parteiblattes seines Bezirks, eine andere Erklärung kann ich mir schwer denken. Ich bin diesem Vorwurf sonst nirgends begegnet. Er trifft auch nicht zu. Die Fraktion hat mit größter sachlicher Schärfe ihren Standpunkt vertreten und die Haltung der übrigen Parteien im Reichstag angefochten. Allerdings hat sie ihre Aufgabe nicht darin erblickt, wie der Stier im Porzellanladen zu arbeiten. Nicht zarte Rücksichtnahme, sondern taktische Klugheit verbietet ihr, die Kraft des Gegners dadurch zu stärken, daß sie die Gegensätze im Lager des Gegners geflissentlich übersieht. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, diese Gegensätze auszunutzen. Auch der von dem Genossen Prien vertretene Antrag, die Reichswehr abzuschaffen wegen ihres antirepublikanischen Geistes, scheint mir nicht nach allen Richtungen durchdacht. Die Werbekraft der Partei kann es nicht stärken und es wird Verständnis bei den fernstehenden Massen nicht finden, wenn wir das 100 000-Mann-Heer, das uns die Siegermächte noch gestatten, abzuschaffen fordern, während die Großstaaten Europas einschließlich Rußland bis an die Zähne gerüstet sind. Um des antirepublikanischen Geistes willen die Reichswehr abzuschaffen, hieße, das Kind mit dem Bade ausschütten. Prien schlägt vor, an Stelle eine republikanische Reichspolizei zu setzen. Wenn wir damit Erfolg haben wollten, müßten wir uns zu dieser von vornherein anders einstellen, als es weite Kreise der Partei bei der Gründung der Reichswehr getan haben. (Sehr richtig!) Wir würden sonst in dieser republikanischen Reichspolizei alsbald wieder denselben Zustand haben, den wir heute bei der Reichswehr beklagen; wir würden eine republikanische Reichspolizei ohne Republikaner haben. Den scharfen Bemerkungen von Scheidemann über die Mißstände bei der

Reichswehr habe ich mich uneingeschränkt angeschlossen. Die Mißstände fordern zu schärfster Kritik heraus. Aber ich frage, ob wir nicht Anlaß haben, diese Kritik bis zu einem gewissen Grade auf uns selbst auszudehnen. Ich glaube hier und da beobachtet zu haben, daß es in der Partei zahlenmäßig nicht ganz kleine Kreise gibt, die in jedem Uniformtragen ein Werkzeug der Reaktion erblicken. Diese Einstellung ist meines Erachtens falsch. Zur Reichswehr haben wir grundsätzlich nicht in Gegnerschaft zu stehen, sondern wir müssen uns bemühen, sie zu einem Organ der deutschen Republik auszugestalten. Deshalb wäre es unzweckmäßig, gegen den Reichswehretat als Ganzes zu stimmen. Die Anträge auf Ablehnung sind aber auch deshalb gegenstandslos, weil es nach der Geschäftsordnung des Reichstags eine Sonderabstimmung über einzelne Etats nicht gibt, sondern nur eine Abstimmung über den Gesamtetat einschließlich des Reichswehretats. Bei dieser Abstimmung wird die Fraktion, wie ich als selbstverständlich annehme, im Herbst, wenn der Gesamtetat für 1924 und 1925 verabschiedet wird, mit Nein stimmen. Ich empfehle daher, die Anträge 138 bis 142 abzulehnen.

Im übrigen werden wir die Anträge zum Fraktionsbericht zum großen Teil als Material überweisen müssen, da bei der großen Zahl derselben eine sorgfältige Prüfung im Augenblick nicht möglich ist. Im einzelnen empfehle ich folgendes:

Antrag 97 Abs. 1 bitte ich anzunehmen und damit die Anträge 144 bis 146 für erledigt zu erklären. Abs. 2 bitte ich ebenfalls anzunehmen. Abs. 3 könnte durch die Annahme des Antrages 227 für erledigt erklärt werden.

Die Anträge 98 bis 101, die sich auf Wanderarbeitsfürsorge, Erwerbslosenversicherung, Ferien für Arbeitnehmer und Arbeitsgerichtsgesetz beziehen, schlage ich zur Ueberweisung als Material vor.

Antrag 102 bitte ich anzunehmen. Er deckt sich mit der bisherigen Haltung der Fraktion.

Antrag 103 bitte ich als Material zu überweisen, wie es von dem Frankfurter Delegierten selbst vorgeschlagen ist.

Ebenso könnte Antrag 104 als Material überwiesen werden.

Den Antrag 105 empfehle ich abzulehnen, da er eine Verurteilung unserer bisherigen Taktik bedeuten würde.

Antrag 106 ist eigentlich überflüssig, da bisher in diesem Sinne gearbeitet worden ist. Der Antrag könnte aber als Material überwiesen werden.

Antrag 107 bezieht sich auf die Schulfrage. Hierzu liegen noch die Anträge 234 und 238 vor. Da die Formulierung des Antrages 238 die zweckmäßigste zu sein scheint, empfehle ich, diesen Antrag anzunehmen und die Anträge 107 und 234 damit für erledigt zu erklären.

Die Anträge 108 bis 112, die sich auf landespolitische Fragen beziehen, könnten dem Parteivorstand und den Fraktionen der Einzellandtage als Material überwiesen werden.

Antrag 113 befaßt sich mit den Reichsfarben. Wir wünschen, daß die Reichsfarben verbreitet werden, können aber dem Antrag nicht zustimmen; denn er würde nach dem zweiten Satz darauf hinauslaufen, daß in allen deutschen Schulen alltäglich ein schwarzrotgoldenes Morgengebet eingeführt wird. Ich schlage vor, den Antrag abzulehnen.

Die Anträge 114 und 115 empfehle ich zur Annahme.

Die Anträge 116 und 117 decken sich mit der bisherigen Tätigkeit der Fraktion und ich empfehle die Annahme.

Die Anträge 118 und 119 bitte ich als Material zu überweisen, ebenso Antrag 120.

Beim Antrag 121 schlage ich Annahme vor.

Die Anträge 122 und 122a bitte ich als Material zu überweisen.

Antrag 123 beschäftigt sich mit dem Impfzwang. Da handelt es sich um eine Frage, die auf früheren Parteitagen schon Gegenstand der Diskussion gewesen ist, wobei die Partei sich niemals festgelegt hat. Ich schlage vor, den Antrag abzulehnen.

Antrag 124 könnte als Material überwiesen werden. Die Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten liegt auch in der Absicht der Fraktion; aber wir können uns hier nicht auf die Zahl festlegen.

Die Anträge 125 und 126 können angenommen werden. Durch die Annahme des Antrags 126 würde Antrag 127 erledigt sein.

Die Anträge 128 bis 133 beziehen sich auf die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs. Wollte der Parteitag sich zu dieser Materie erschöpfend äußern, müßte eine sorgfältig durchgearbeitete, einheitliche Resolution beschlossen werden. Da keiner dieser Anträge eine solche Resolution darstellt, wohl aber in jedem Antrag beachtliche Anregungen enthalten sind, schlage ich Ueberweisung als Material vor. Dieselbe Erledigung könnte den Anträgen 135 und 136 zuteil werden.

Antrag 134 wird erledigt sein durch den Antrag 239, den ich zur Annahme empfehle, da er eine bessere Fassung zu enthalten scheint.

Dem Antrag 137 könnte man zustimmen, aber statt Groß-Oesterreichs würde es besser heißen: Deutschösterreichs.

Die Anträge 138 bis 142, betreffend Stellung der Fraktion zur Reichswehr, bitte ich sämtlich abzulehnen, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteitag mit der bisherigen Haltung der Reichstagsfraktion übereinstimmt.

Antrag 143 ist durch die Beschlußfassung beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt.

Die Anträge 144 bis 146 habe ich beim Antrag 97 besprochen.

Antrag 147 bezieht sich auf die Außenpolitik und ist später zu behandeln.

Antrag 148 schlage ich vor, als Material zu überweisen.

Antrag 149 ist bereits erledigt.

Dem Antrag 150 können wir zustimmen. Er scheint mir, weil selbstverständlich, eigentlich überflüssig zu sein.

Bei Antrag 151 schlage ich Ueberweisung als Material vor, ebenso bei Antrag 152, der ein Finanzprogramm aufstellt, das in vielen Punkten mit der bisherigen Haltung der Fraktion übereinstimmt, aber auch zahlreiche Anregungen enthält, die der näheren Prüfung bedürfen.

Bei Antrag 153 schlage ich vor, ihn durch Annahme des Antrags 219 für erledigt zu erklären.

Antrag 217 ist zurückgezogen.

Beim Antrag 224, der sich auf den Alkoholismus bezieht, schlage ich vor, den zweiten Satz zu streichen, der sich gegen jede Vergärung von Lebensmitteln wendet, also auch gegen die Biererzeugung. Im übrigen würde gegen den Antrag nichts einzuwenden sein.

Den Antrag 227, von dem ich schon bei Antrag 97 Abs. 3 gesprochen habe, empfehle ich zur Annahme.

Antrag 232 hat eine neue Fassung erhalten, ich empfehle Annahme.

Antrag 233 empfehle ich zur Annahme.

Antrag 234 habe ich schon behandelt.

Bei Antrag 236 hat die Genossin Schilling ihren Namen zurückgezogen, der Antrag heißt jetzt Antrag Würz und Genossen. Ich empfehle, den Antrag der Fraktion als Material zu überweisen. Denselben Vorschlag mache ich bezüglich Antrag 237.

Ich komme nun zum Antrag Seydewitz, Nr. 225. Genosse Seydewitz hat gemeint, ich hätte ihm und seinem Aufsatz über die Taktik der Fraktion viel Ehre angetan. Das habe ich nicht bestritten. Aus Gründen des menschlichen

Mitleids bin ich darüber jetzt erst recht befriedigt, nachdem ich Zeuge des Mißerfolges gewesen bin, von dem der Versuch des Genossen Seydewitz, uns zu sagen, was er will, gekrönt war. Mit dem Genossen Seydewitz kann ich mich deswegen nicht weiter befassen. Dagegen würde es sich lohnen, mit dem Genossen Levi weiter zu diskutieren. Ich will aber mein Schlußwort nicht zu Ausführungen mißbrauchen, auf die niemand mehr erwidern kann. Die Auseinandersetzung mit Levi ist auch nicht unbedingt geboten; denn die Erfolge, die die von ihm anempfohlene Politik in den letzten Jahren erzielt hat, sprechen gegen ihn. Die Resolution des Genossen Seydewitz und die Rede des Genossen Levi, die wohl die Begründung zu der Resolution sein sollten, ziehen leider nicht die Konsequenz, die sich aus ihren Gedankengängen ergeben würde. Diese Konsequenz müßte nämlich lauten: Austritt aus der preußischen Regierung, Verzichtleistung auf jede Machtentfaltung der Partei innerhalb des heutigen Staates, Preisgabe jedes direkten Einflusses, indem man die bürgerlichen Parteien machen läßt, was sie wollen, und zwar soll das geschehen im Namen des Klassenkampfes. Mir scheint, daß die Genossen, die diesem Gedanken folgen, den Begriff des Klassenkampfes mißverstanden haben. Der Klassenkampf hängt übrigens nicht von unserem Wollen und nicht von unseren Parteibeschlüssen ab; er ist eine geschichtliche Tatsache und wird es bleiben, welche Beschlüsse wir auch dazu fassen und in welche Formeln wir unsere Absichten auch kleiden mögen. Ich empfehle dem Parteitag, sich nicht auf verbrauchte Schlagworte festzulegen. Wir haben den Klassenkampf nie geleugnet. Wir haben nie bestritten, daß die ganze bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist. Unsere Politik wird immer eine Politik des Klassenkampfes sein. Aber sie wird nicht dadurch erfolgreicher, daß wir in jedem Satz, den wir öffentlich aussprechen, das Wort Klassenkampf gebrauchen. Ich empfehle daher dem Parteitag, die Resolution Seydewitz, Nr. 225, die nichts anderes bedeuten würde als ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion und eine Ablehnung der bisherigen Politik der Partei, abzulehnen. Wir dienen dem Klassenkampf am besten dadurch, wenn wir im bisherigen Geiste weiterarbeiten und wenn die Fraktion und die Vertrauensmänner der Partei sich stets von dem Bewußtsein leiten lassen können, daß sie sich der einmütigen Unterstützung und des Vertrauens der Parteigenossen erfreuen. (Lebh. Beifall.)

In der Abstimmung wird zunächst Antrag 97 Abs. 1 angenommen. Die Anträge 144—146 werden damit für erledigt erklärt. Der Abs. 2 des Antrags 97 wird angenommen. Abs. 3 wird durch die Annahme des Antrages Knack-Hamburg und Genossen, Nr. 227, für erledigt erklärt.

Die Anträge 98—101 werden der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 102 wird angenommen.

Die Anträge 103 und 104 werden der Fraktion als Material überwiesen.

Der Antrag 105 wird abgelehnt.

Ueberweisung an die Fraktion erfolgt bei Antrag 106.

Antrag 234 Abs. 2 und Antrag 107 werden durch Annahme des Antrages Hermann Müller, Nr. 238, für erledigt erklärt. Die Absätze 1, 3 und 4 des Antrages 234 werden mit den notwendigen redaktionellen Aenderungen angenommen.

Die Anträge 109—112 werden dem Parteivorstand und der in Frage kommenden Landtagsfraktion als Material überwiesen.

Antrag 113 verfällt der Ablehnung.

Die Anträge 114 und 115 werden angenommen, desgl. die Anträge 116 und 117.

Antrag 118 wird der Fraktion als Material überwiesen; ebenso werden überwiesen die Anträge 119 und 120.

Antrag 121 wird angenommen.

Die Anträge 122 und 122a werden der Fraktion als Material überwiesen.
Abgelehnt wird Antrag 123.
Antrag 124 wird der Fraktion als Material überwiesen.
Antrag 125 wird angenommen.

Berichterstatter **Keil** beantragt, die Anträge 126 und 127 der Fraktion als Material zu überweisen, da eben erst eine Amnestie erlassen worden sei und in der nächsten Zukunft mit einer neuen Amnestie nicht gerechnet werden könne. Der Antrag enthalte aber für den Fall einer erneuten Amnestie wertvolle Anregungen, die von der Fraktion beachtet werden müßten.

Darauf werden die Anträge 126 und 127 gemäß diesem Vorschlage der Fraktion mit großer Mehrheit überwiesen.

Vorsitzender **Wels** bemerkt dazu, daß die Ueberweisung als Material sehr wohl die volle Zustimmung des Parteitages zu diesen Anträgen bedeuten könne.

Die Anträge 128—133 und 135 und 136 werden der Fraktion als Material überwiesen; Antrag 134 wird durch Annahme des Antrages Hilferding und Genossen, 239, für erledigt erklärt.

Der Antrag 137 gelangt in folgender Form gegen eine Stimme zur Annahme:

Der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ist mit allen geeigneten Mitteln zu erstreben.

Der Ablehnung verfallen die Anträge 138—142.

Antrag 143 ist bereits beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt worden. Die Anträge 144—146 sind durch die Annahme des Antrages 97 Abs. 1 erledigt worden. Antrag 147 kommt beim nächsten Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung.

Antrag 148 wird der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 149 ist beim ersten Punkt der Tagesordnung bereits erledigt worden.

Antrag 150 wird angenommen.

Den Antrag 151 überweist der Parteitag der Fraktion als Material, desgl. den Antrag 152. Dabei wird festgestellt, daß der Antrag 152 nicht aus Remscheid-Lennep stammt, sondern aus Breslau.

Antrag 153 wird erledigt durch Annahme des Antrages Dobbert-Meißen und Genossen, Nr. 219.

Der Antrag Hoch und Genossen, Nr. 224, zur Alkoholfrage wird unter Streichung des Einleitungssatzes und des Satzes 2 angenommen.

Antrag Karsten und Genossen, Nr. 232, gelangt in folgender Form zur Annahme:

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die seit langem angekündigte Reform der Reichsversicherungsordnung in Angriff genommen wird. Diese Reform muß zur Vereinheitlichung der sozialen Versicherungsgesetze und zu einem solchen Umbau der Versorgungs- und Fürsorgegesetze führen, daß die heute bestehenden Unterschiede in der Art und dem Umfang der Versorgung, die lediglich durch das Bestehen besonderer Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeträger hervorgerufen werden, beseitigt werden. Die soziale Hilfeleistung muß dem Grade der Hilfsbedürftigkeit und der Art der Körperbeschädigung entsprechen. Der jetzige Organisationswirrwarr ist zu beseitigen und eine einheitliche Versorgungsorganisation für alle Zweige der bestehenden Versicherung, Versorgung und Fürsorge zu schaffen. Hand in Hand mit der Vereinheitlichung des Organisationsapparates muß auch ein einheitlicher Rechts- und Beschwerdeweg geschaffen werden, der den Versorgungsberechtigten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht sichert.

Der Antrag 233 wird angenommen.

Antrag Würz und Genossen (irrtümlich als Antrag Minna Schilling und Genossen bezeichnet), Nr. 236, wird der Fraktion als Material überwiesen, ebenso Antrag Hilferding und Genossen, Nr. 237.

Die von dem Referenten Keil in seinem Schlußwort vorgeschlagene Entschließung zur Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung sowie zur Preissenkungsaktion wird angenommen.

Der Antrag 240 wird auf Antrag aus der Mitte des Parteitages der Fraktion als Material überwiesen.

Darauf erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Seydewitz und Genossen, Nr. 225. Der Antrag wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Berichterstatter Wilhelm **Keil**: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Unklarheit besteht, was vom Antrag 224 nach der Abstimmung übriggeblieben ist. Ich habe den Beschluß so verstanden, daß die Sätze 1 und 3 angenommen, dagegen der Satz 2 gestrichen ist.

Vorsitzender **Wels**: So habe ich es auch konstatiert. Entsprechend dem heute früh gefaßten Beschluß zu den Wahlen zum Parteivorstand und der Kontrollkommission erkläre ich jetzt die Vorschlagsliste für geschlossen. Die Vorschläge gehen jetzt in Druck und werden kurz vor der Pause verteilt werden. Wir kommen jetzt zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Probleme der europäischen Politik (Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale).

Berichterstatter **Crispien**-Berlin: Die Probleme der europäischen Politik: die Befriedung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Schutz der nationalen Minderheiten, die Auslegung und Ausführung der Friedensverträge, die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zueinander, die nationale und internationale Demokratisierung, die Währungs- und Kreditfragen beschäftigen uns seit dem Ende des Krieges. Wenn sie von den Regierungen der verschiedenen Länder noch nicht gelöst werden konnten, so liegt das an dem Unvermögen der Kapitalisten, das Zusammenleben der Völker zum Besten der Menschheit zu regeln. Hieraus ergeben sich die Aufgaben für die Sozialdemokratie, die vom Boden der wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus die Lebensinteressen der breiten Massen schützt und die Menschen in friedlicher Arbeit vereinigen will. Das ist der Zweck der sozialistischen Friedenspolitik. Diese Friedenspolitik stand auf dem Marseiller Kongreß zur Erörterung. Es handelt sich um eine zusammenhängende Politik, wie wir sie seit Kriegsende geführt haben, wie wir sie nach Marseille und nach diesem Parteitag nach denselben Grundsätzen weiterführen müssen. Ich erinnere daran, daß dieselben Arbeitermassen, die 1914 in den Krieg gerissen wurden, 1918 den unmittelbaren Kampf um den Frieden aufnehmen mußten, und zwar unter den äußersten Schwierigkeiten. Ich erinnere an die tiefen Abgründe, die zwischen den Völkern durch den Krieg aufgerissen waren: auf der einen Seite die triumphierenden Siegerstaaten, bereit, die niedergeworfenen und zusammengebrochenen Länder völlig zu zertreten, auf der anderen Seite in den zusammengebrochenen Ländern, wie auch in Deutschland, der Kampf der Arbeiter um das nackte Leben. Dazu kam die Politik der Bolschewisten, die sich gegen die Sozialisten richtete, dann die Zerklüftung und Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse, ferner der Teil der Masse, der von Illusionen erfüllt war und schließlich die neuen Schichten, die damals in die politische Bewegung gestoßen wurden und die nicht gelernt hatten, politische Rechte und Macht durch Opfer selbst zu erobern, zu schätzen und entsprechend anzuwenden. Diese ungeheuren Schwierigkeiten mußten von den Sozialdemokraten überwunden werden. Wir mußten zugleich an der Sammlung der Arbeiter wie an der Ueberwindung des Widerstandes der Kapitalisten gegen einen endgültigen Abschluß des Krieges arbeiten.

Damals, nachdem wir eine Selbstverständigung innerhalb der Arbeiterklasse herbeigeführt hatten, gab es keine Meinungsverschiedenheiten über die Frage, daß der Friede abgeschlossen werden mußte, obwohl wir völlig außerstande waren, einen sozialistischen Frieden zu erringen. Einen sozialistischen Frieden hätten wir auch nicht erreichen können, wenn in Deutschland dauernd eine sozialistische Regierung sich hätte behaupten können, weil ja in den anderen Ländern kapitalistische Regierungen bestanden, und wir alle die tiefen internationalen Zusammenhänge in diesen Fragen kennen. Wir mußten, es wird ein kapitalistischer Friede sein, in dem sich der Uebermut der Siegerstaaten auswirken wird. Und doch mußten wir diesen Frieden mit zustande bringen, ja, wir Sozialdemokraten mußten in erster Reihe dafür eintreten. Wir konnten nicht etwa erklären: Da wir keinen sozialistischen Frieden erreichen können, nehmen wir überhaupt keine Stellung zur Friedensfrage. Wir mußten die Arbeiterklasse vor einer vollständigen Verelendung und vor einem Verbluten schützen, sollten die sozialistischen Armeen nicht vernichtet werden.

Der damals zustande gebrachte Friede konnte uns nicht entzücken. Wir erlebten die Diktatur der Reparationskommission, ultimative Forderungen, militärische und wirtschaftliche Besetzungen. Es war kein Zweifel, daß der Friede von Versailles ein Friede der Gewalt und Unterdrückung war. Aber obgleich wir diktatorische Maßnahmen der Reparationskommission selbst erlebt haben und sehen mußten, wie weitere deutsche Gebiete besetzt wurden, ist es keinem Sozialisten eingefallen, zu erklären, der Friede müsse durch irgendeine Gewaltaktion oder Böswilligkeit bei seiner Ausführung vernichtet werden. Wir erklärten immer wieder, der Friedensvertrag dürfe nur durch friedliche Mittel revidiert werden.

So schlecht der Friedensvertrag zunächst auch war, er hatte doch die Kanonen zum Schweigen gebracht. Die Soldaten, die Kriegsgefangenen konnten heimkehren, wir konnten die Republik sichern und darangehen, eine internationale Zusammenarbeit der Arbeiterschaft herbeizuführen; denn ohne sie wäre es überhaupt unmöglich gewesen, das Friedensproblem anzupacken. Wir hätten niemals den Sturz der Poincaristen in Frankreich und damit einen Umschwung in der Außenpolitik erlebt, wenn wir nicht den ersten Schritt, den der Abschluß des Friedensvertrages darstellt, getan hätten. Wir wären auch nicht, wenn wir nicht auf einer loyalen Erfüllung des Friedensvertrages bestanden hätten, zum Londoner Abkommen gelangt.

Für das Londoner Abkommen haben sich einmütig die Sozialisten der beteiligten Länder eingesetzt. Wiederum mußte der Widerstand der widerspenstigen bürgerlichen Parteien überwunden werden. Auch das Londoner Abkommen ist keine sozialistische Lösung der Reparationsfrage; wir mußten trotzdem zustimmen, weil es eine Besserung darstellt.

Heute können wir feststellen, daß unsere Politik richtig war. Wir haben die militärische und wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebiets erreicht, das System der Verständigungen an Stelle der Diktate der Reparationskommission und der Verhandlungen Gleichberechtigter, die Stabilisierung der Währung, die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland, die die nächsten Kämpfe erfolgreicher wird bestehen können. Ich bitte zu beachten: Erst ein Friede um jeden Preis, eine einseitige Kapitulation, dann eine Verständigung der Sozialisten, Verbesserungen und Erleichterungen.

So waren wir bis zum Marseiller Kongreß dahin gekommen, von der Grundlage des Londoner Abkommens aus die Friedensfrage im Westen neu zu überprüfen und den sozialistischen Parteien weitere Aufgaben zu stellen. Wir müssen dabei alles, was wir auf dem Gebiete der Reparationen errungen haben, immer wieder verteidigen und der Böswilligkeit entgegentreten, die bei

großen maßgebenden bürgerlichen Parteien, wie bei den Deutschnationalen in Deutschland, vorhanden ist. Kompliziert wird die europäische Politik durch die neue Gefahr, die aus dem Osten kommt. Es ist nicht nur der kapitalistische Imperialismus, sondern auch der imperialistische Bolschewismus, der immer neue Kriegsgefahren heraufbeschwört.

Der Kongreß in Marseille hatte die Aufgabe, die sozialistische Friedenspolitik für die Gegenwart und für die nächste Zukunft nach einheitlichen Richtlinien festzulegen.

Bevor ich die Beschlüsse des Kongresses erläutere, muß ich einiges über die Sozialistische Arbeiter-Internationale sagen, weil das für unsere Orientierung und zum Verständnis der Beschlüsse des Marseiller Kongresses notwendig ist. Ich habe nämlich in verschiedenen Parteizeitungen Kritiken gefunden, die von ganz falschen Voraussetzungen ausgehen. Woraus man schließen muß, daß die Kritiker mit dem Wesen und Charakter der jetzigen Internationale nicht genug vertraut sind.

In dem Bericht des Sekretariats unserer Internationale an den Marseiller Kongreß wird die Sozialistische Arbeiter-Internationale als eine Internationale des täglichen Lebens bezeichnet. Diese Charakterisierung trifft vollkommen zu. Wir erklären mit aller Offenheit, daß die Internationale gegenwärtig noch nicht imstande ist, durch direkte Massenaktion unmittelbar auf die Weltpolitik einzuwirken. Wir sagen das ganz offen; denn wir müssen die Arbeiter vor Illusionen bewahren, die nur herbe Enttäuschungen im Gefolge haben können. Wir sagen also ganz offen, daß die Internationale zunächst dazu ausreicht, zwischen den ihr angeschlossenen Parteien Vereinbarungen über brennende Fragen der Gegenwart herbeizuführen, als Vorbereitung für einheitliche parlamentarische Aktionen, Propaganda zu betreiben, die moralischen Kräfte der Arbeiterschaft mobilzumachen, an der Sammlung, Klärung und Schulung der Arbeiter zu arbeiten, durch gemeinsames Wirken mit den Gewerkschaften die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, um durch alle diese Dinge die Kampfkraft des Proletariats zu steigern. Das sagen wir nicht erst seit unserer Rückkehr vom Marseiller Kongreß, das haben wir bei der Gründung der Internationale gesagt, und daran müssen wir immer wieder erinnern. Erst wenn wir dies berücksichtigen, können wir den richtigen Boden für die Kritik der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und ihrer Beschlüsse gewinnen. Nur wer diese Tatsache verkennt, kann Beschlüsse von dem internationalen Kongreß erwarten, die sich auf unmittelbar auszulösende Massenaktionen beziehen, wobei ich gern zugebe, daß man sich leicht populär machen kann, wenn man solche Anträge stellt. Wir würden uns aber wie die Bolschewisten blamieren, wenn wir hinter machtvolle Beschlüsse keine entsprechende reale Macht setzen können. (Sehr richtig!) Damit sage ich nicht, daß wir überhaupt nie zu einer internationalen Massenaktion gelangen werden. Wir müssen nur erst daran arbeiten, eine solche Internationale der Tat zu schaffen. Die Klarstellung der derzeitigen Wirkungsmöglichkeiten der Internationale bedeutet keine Herabsetzung des proletarischen Kampfes. Das offene Eingeständnis, wie weit jeweils die Macht reicht, ist keine Schande, sie kann nur ein Ansporn sein, alle Kraft an eine Besserung und Steigerung der Leistungsmöglichkeiten zu setzen. Es wäre verderblich und verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung, wenn man die Arbeiter glauben lassen würde, es genüge der Beschluß irgendeiner Instanz oder die Parole von Führern, um die schwierigsten Fragen zu lösen. Wir müssen vielmehr den Arbeitern klarmachen, daß sie selbst an der Schaffung einer aktionsfähigen Internationale im Sinne der direkten Massenaktion arbeiten müssen. Wir dürfen sie nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen. Wir dürfen die Internationale nicht durch ungerechtfertigte Bemängelungen ihrer Beschlüsse in Grund und Boden kriti-

fieren, sondern wir müssen sie den Arbeitermassen näherbringen und unsere Kräfte vereint daran setzen, die Internationale so auszubauen, daß sie die Erwartungen erfüllen kann, die wir hegen.

Ich weise darauf hin, daß es möglich war, schon 1923, nur fünf Jahre nach dem Ende des Krieges, die Sozialistische Arbeiter-Internationale zu gründen. Wir wissen, welche Klüfte auch zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder durch den Krieg geschaffen waren, welcher Arbeit es bedurfte, die Sozialisten Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands zu einer einheitlichen Politik zusammenzuführen. Es ist bewunderungswürdig, daß die Schaffung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale von ihrer gegenwärtigen Bedeutung schon nach der kurzen Frist von fünf Jahren möglich war. (Sehr richtig!) Ich verweise auf die Internationale Arbeiterassoziation. Sie fand nach dem Kriege von 1870/71 und nach dem Niederschlagen der Commune von Paris, durch das die Vortruppen der revolutionären Kämpfer Europas vernichtet wurden, ihr Ende. Fast zwei Jahrzehnte dauerte es, bis 1889 die Sozialistische Internationale wiedererstand.

Ich darf Ihnen weiter einiges über den organisatorischen Stand der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sagen. Es ist wichtig, zu wissen, welche Parteien heute in unserer Internationale vertreten sind und welche Bedeutung sie in ihren eigenen Ländern haben. Es sind der Internationale 44 Parteien in 34 Ländern mit 6 280 304 Mitgliedern, darunter erfreulicherweise 751 841 Frauen angeschlossen. Diese Parteien zählen 25 600 000 Wählerstimmen. Sie haben 1022 Vertreter in den Parlamenten und 311 Tageszeitungen. In den Ländern der angeschlossenen Parteien zählen wir 15 585 967 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale unterhält die innigsten Beziehungen mit dem Internationalen Sozialistischen Frauenkomitee, mit der Sozialistischen Jugendinternationale, mit der Sozialistischen Erziehungsinternationale und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, außerdem freundschaftliche Beziehungen zum Internationalen Genossenschaftsbund. Es sind in Europa bis auf die Schweiz alle Staaten in der Internationale vertreten. Der Beitritt der Schweizerischen Sozialdemokratie ist eine Frage der Zeit.

Außerhalb Europas haben wir angeschlossene Parteien in den Vereinigten Staaten, in Argentinien, in Britisch-Guyana, in Palästina, und auf dem letzten Kongreß haben sich die Sozialdemokraten Chinas angeschlossen. Wir haben in der Internationale zunächst ein bedeutungsvolles organisatorisches Problem zu lösen. Es handelt sich um die Frage, wie wir die internationale Organisation auf die übrigen Kontinente ausdehnen können. Man hat erwogen, in den Vereinigten Staaten eine Unterexekutive einzurichten, den Amerikanern eine gewisse Autonomie zu geben und die sozialistische Bewegung der einzelnen Kontinente zu konzentrieren und alle Kontinente dann in einer großen Exekutive zu vereinigen. Das sind Fragen, die noch nicht spruchreif sind, aber Sie erkennen daraus, daß wir auch noch schwere organisatorische Arbeit zu leisten haben, bis wir eine wirklich umfassende und aktionsfähige Internationale haben können.

Was die Bedeutung der Parteien anbetrifft, die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen sind, so sind die sozialistischen Parteien in Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Oesterreich, Schweden und Frankreich entweder die stärksten Parteien in ihrem Lande oder fast die stärksten. Diese Parteien sind entweder an Regierungen beteiligt oder beteiligt gewesen oder trugen für die Regierung eine direkte Verantwortung, wie in Frankreich die Sozialisten für die Regierung Herriot. Hier handelt es sich um die kapitalistisch am weitesten fortgeschrittenen Länder. In diesen Ländern können die Sozialisten den stärksten Einfluß auf die Außenpolitik ihrer Regierungen gewinnen. Wir haben aber außerdem eine Anzahl von Parteien, die noch mit großen Schwierig-

keiten zu ringen haben und auf die wir bei unseren Beschlüssen Rücksicht nehmen müssen. Ich erinnere an die Tschechoslowakei, die mit Nationalitätenfragen zu ringen hat. Die Tatsache, daß in diesem Lande fünf Parteien unserer Internationale angehören, zeigt, welche inneren Schwierigkeiten noch vorhanden sind. Aus der Tschechoslowakei gehören unserer Internationale an: Die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Deutsche Sozialdemokratische Partei, die Magyarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Polnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Karpathorußlands. Das sind fünf sozialdemokratische Parteien in einem Land, wovon jede selbständig in der Internationale vertreten ist. In Polen haben wir die Sozialistische Partei Polens, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Polens, die Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens und die Poale Zion, auch ein Nationalitätenstaat mit großen inneren Schwierigkeiten. Dazu kommen Länder wie Italien und Ungarn, wo die sozialistische Bewegung unterdrückt ist, wo die Sozialdemokraten dem Terror ausgesetzt sind und um die Elementarrechte der proletarischen Bewegung kämpfen müssen.

In den Vereinigten Staaten ist die Sozialdemokratische Partei relativ klein aus Gründen, die in der Geschichte der Vereinigten Staaten zu suchen sind. Es sind dort nur zwei sozialistische Vertreter im Parlament. In demselben Lande, in dem das Finanzkapital heute eine überragende Stellung einnimmt. Ich nenne dafür nur zwei Zahlen. Während vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten 3½ Milliarden ausländisches Kapital angelegt war, sind heute im Ausland 10½ Milliarden amerikanisches Kapital angelegt. Daraus ergibt sich die weltwirtschaftlich und weltpolitisch überragende Bedeutung der Vereinigten Staaten. Gerade in diesem Land haben wir erst eine schwache sozialistische Bewegung. Die Absicht, eine große moderne Arbeiterpartei in diesem Lande zu begründen, ist zunächst gescheitert.

Wir haben aber auch Parteien, die überhaupt noch nicht im Parlament vertreten sind. Ich nenne Britisch-Guyana, das auf der Stufe einer kleinen Kolonie steht, an Jugoslawien und Griechenland, die an der Schwelle der kapitalistischen Entwicklung stehen und das englische Schutzgebiet Palästina. Wir haben ferner Parteien, die illegal arbeiten müssen oder Emigrantenorganisationen haben: Armenien, Georgien, Rußland, Ukraine und endlich die ungarischen Emigranten. Wenn Sie das alles beachten, die gegenwärtige Beschränkung der Internationale in der Hauptsache auf Europa, die eben erst begonnenen Bemühungen, mit den anderen Erdteilen weitere Verbindungen zu schaffen, und die Bedeutung der angeschlossenen Parteien in ihren eigenen Ländern, dann werden Sie ein richtiges Bild bekommen von dem Maße der Möglichkeit der Internationale, politisch unmittelbar zu wirken und auf die Geschicke der Menschheit einen direkten Einfluß zu nehmen.

Ein paar Worte über die Tagung von Marseille. Es muß ausdrücklich erwähnt werden, daß die Tagesordnung des Kongresses von der Exekutive sorgfältig vorbereitet wurde, und daß die Fragen, die auf dem Marseiller Kongreß verhandelt wurden, nach eingehender Prüfung auf die Tagesordnung gestellt wurden. Dabei wurden die Fragen zurückgestellt, die weitgehende theoretische Erörterung hätten auslösen können und die noch nicht behandelt werden können, weil es verfrüht ist, jetzt schon große prinzipielle Auseinandersetzungen in internationalem Maßstabe zu führen. Es ist nicht richtig, wie eine Parteizeitung behauptete, daß zunächst auch über die Frage der Koalitionspolitik auf dem Kongreß verhandelt werden sollte, und daß dann auf dem Kongreß diese Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Richtig ist, daß die Frage der Koalitionspolitik von der Exekutive von vornherein zurückgestellt worden ist. Die Exekutive hat ausgesprochen, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale eine durch den Hamburger Kongreß 1923

geschaffene neue internationale Organisation ist, für die nur jene Beschlüsse gelten können, die sie selbst gefaßt hat. Aus dieser Lage ergibt sich die Notwendigkeit, die Stellung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu allen wichtigen Grundproblemen der Arbeiterklasse neu festzustellen und insbesondere zu den vielfach geänderten Kampfbedingungen neu Stellung zu nehmen. Diese große und schwierige Aufgabe kann nur schrittweise gelöst werden. Zu diesen Problemen gehört auch die Frage der Ausübung der Regierungsgewalt durch sozialistische Parteien im kapitalistischen Staat. Die Exekutive hat also nicht auf die Tagesordnung gesetzt: die Frage der Koalitionspolitik, die Agrarfrage und die Kolonialpolitik. Sie beschränkte sich darauf, die Frage der sozialistischen Friedenspolitik, die Frage der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und die des Achtstundentags auf die Tagesordnung des Marseiller Kongresses zu setzen, weil das brennende Fragen sind.

Ueber den Verlauf des Kongresses ist manches kritische Wort gesagt worden. Ich gebe zu, daß man die nächsten Kongresse etwas besser vorbereiten und ihren äußeren Verlauf vorher besser durchdenken muß. Wir haben keinen Grund, etwas zu unterlassen, was einer propagandistischen Auswirkung unserer internationalen Ideen dienlich sein könnte. Aber wir waren in Südfrankreich und wissen, daß die französischen Genossen in organisatorischen Fragen nicht solche Auffassungen und Traditionen haben, wie wir es in andern Ländern, wie in Deutschland, gewöhnt sind. Doch das sind Aeußerlichkeiten.

Der Kongreß hat sachliche und bedeutungsvolle Arbeit in langen Tag- und Nachtsitzungen der Kommissionen und des Plenums geleistet. Wir haben Meinungsverschiedenheiten über die zur Verhandlung stehenden Fragen offen ausgetragen, doch immer beseelt von dem Willen, zu einheitlichen Auffassungen und innerer Geschlossenheit zu kommen. Das ist gelungen. Sie dürfen die Beschlüsse des Marseiller Kongresses nicht als Kundgebungen auffassen, die dekorativen Charakter haben, etwa als flammende Aufrufe an die Massen, die mit ihrer Veröffentlichung erledigt sind, sondern Sie müssen die Beschlüsse als Richtlinien für die praktische Politik auffassen. Ich möchte sagen: die Beschlüsse des Kongresses sind ein internationales sozialistisches Aktionsprogramm für die Politik der Gegenwart und der nächsten Zukunft.

Die Hauptfrage war die der sozialistischen Friedenspolitik. Es handelt sich darum, die Friedenspolitik fortzuführen, die wir mit dem Abschluß der Friedensverträge aufgenommen haben. Wir haben bei unseren Beschlußfassungen auch darauf geachtet, in jeder Frage klarzustellen, worin sich die sozialistische Friedenspolitik von der bürgerlich-pazifistischen Politik unterscheidet. Die sozialistische Friedenspolitik baut sich auf die Erkenntnis der gleichen Interessen der Arbeiter aller Länder auf, auf die Mobilisierung der proletarischen Kräfte, auf den Klassenkampf der Arbeiterschaft. Dem Beschluß, der die Frage der westlichen Politik behandelt, geht eine Einleitung voraus, die die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege und zum Kapitalismus klarstellt. Wir sprechen aus, daß der Kapitalismus immer neue Kriegsursachen gebiert, die endgültig nur überwunden werden können, wenn der Sozialismus verwirklicht ist. Aber da wir auch arbeiten müssen, bis wir den Sozialismus verwirklichen können, müssen wir auch sagen, wie wir uns die tägliche Politik denken und wie wir in jeder Einzelfrage Stellung nehmen. Da haben sich die Parteien, die der Internationale angeschlossen sind, dahin verständigt, daß wir schon heute unsere Kraft einsetzen wollen, um auf die Regierungen und die widerspenstigen bürgerlichen Parteien einen Druck auszuüben und sie auf die Wege zum Frieden zu drängen.

Wir erklären, daß der Völkerbund in seinem Prinzip gebilligt werden kann. Wir übersehen nicht, daß er seine eigentliche Aufgaben noch nicht erfüllt, daß er noch viel zu sehr ein Organ der siegreichen kapitalistischen Regierungen ist, die Politik der wirtschaftlichen Bedrückung, der imperialistischen Bestrebungen fort-

zusetzen. Aber wir sehen im Völkerbund auch einen demokratischen Keim, der entwickelt werden muß, bis wir zu einem internationalen Parlament gelangt sind, in dem die Fragen der internationalen Politik nach denselben Methoden erledigt werden können, wie heute in den Parlamenten der demokratischen Länder Politik gemacht wird. Wir sagen deshalb: dieser Völkerbund bedarf der Reform, er muß erweitert werden und alle Länder umfassen. Er muß demokratisiert werden, damit die arbeitenden Massen der einzelnen Länder einen direkten Einfluß auf die Beschlüsse des Völkerbundes und die gesamte internationale Politik gewinnen. Wir wollen aber den Völkerbund auch nach der Richtung der Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben erweitert wissen. Wir denken dabei an einen internationalen Wirtschaftsrat, der eine Abteilung des Völkerbundes darstellen und unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeitergenossenschaften wirtschaftliche Fragen regeln soll; die Verbrauchsregelung, die internationale Produktion, Währungs- und Verkehrsverhältnisse, die Rohstoffverteilung. Wir wollen endlich, daß das System des obligatorischen Schiedsverfahrens restlos durchgeführt wird, auch für alle Fragen, die sich aus den Friedensverträgen ergeben. Wir wollen dahin streben, daß dasjenige Land, das sich diesem Schiedsgerichtsverfahren entgegenstellt oder schiedsgerichtliche Entscheidungen ablehnt, nicht nur als Feind des eigenen Volkes, sondern als Feind der Menschheit behandelt wird, und daß alle sich zusammenfinden, um ein solches Land dahin zu bringen, daß es auf seine Auflehnung gegen die Solidarität aller Länder verzichtet. So ist auch der Absatz der 1. Resolution des Marseiller Kongresses zu verstehen, der von dem Widerstand spricht, der in diesem bestimmten Falle erlaubt ist, und mit dem nicht gemeint ist, wir wären der Ansicht, es sei nach altem Schema zu unterscheiden, ob es sich um einen „Verteidigungs-" oder „Angriffskrieg" handelt. Gemeint ist die Auflehnung eines Landes gegen die friedliche Regelung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenlebens aller Völker. Ein aufsässiges Land kann auch ohne Giftgas, durch wirtschaftliche Maßnahmen, zur Räson gebracht werden.

Wir wollen ferner — und das ist eine Aufgabe, die sich nach dem Londoner Abkommen für uns ergibt — die Frage der Reparationen zur weiteren Lösung führen. Die Frage der interalliierten Schulden ist noch nicht gelöst und beschäftigt die Arbeiter aller beteiligten Länder. Wir sagen in unseren Beschlüssen, daß die Arbeiter um alle Verbesserungen einen unermüdlichen Klassenkampf führen müssen, daß der Unterricht und die Erziehung im Geiste des Friedens erfolgen, die moralische Abrüstung herbeigeführt werden muß, und daß wir auch bestrebt sein müssen, die materielle Abrüstung herbeizuführen. Nicht nur die Abrüstung eines Landes wie Deutschland, sondern die Abrüstung aller Länder ohne Ausnahme. Für diesen Zweck erstreben wir die Einberufung einer Weltkonferenz, auf der zur Frage der Abrüstung und der Bannung der Kriegsgefahren Stellung genommen werden soll.

Dann kommt ein Kapitel in unseren Beschlüssen, das sich mit dem Genfer Protokoll und dem Sicherheitsabkommen beschäftigt, das jetzt zwischen England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien erörtert wird. Wir sagen, daß die Sicherheitsfrage zugleich eine Frage der Abrüstung ist und begrüßen die Abrüstungsbestrebungen der sozialistischen Parteien in Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen. Wir fordern die Parteien der übrigen Länder auf, diesem Beispiel zu folgen. Wir stellen ferner fest, daß eine Anzahl der angeschlossenen Parteien bemüht sind, dem Völkerbund Kraft und Leben für eine friedliche Arbeit zu geben. Ich erinnere daran, wie gewaltig die Welt in jenen Tagen aufgerüttelt wurde, als auf den Verhandlungen des Völkerbundes in Genf unsere Genossen Macdonald und Branting mit anderen gemeinsam wirkten und der Welt zeigten, wie man praktische Friedenspolitik sofort in Angriff nehmen könnte. Die englische Arbeiterregierung wird dauernd das große welt-

geschichtliche Verdienst für sich beanspruchen können, der Welt einen praktischen Weg gezeigt zu haben, schon heute zum Frieden zu kommen.

Wir stellen fest, daß das Genfer Protokoll, das von der englischen Arbeiterpartei vertreten wurde, auch heute noch richtig ist. Aber wir wissen, daß leider der englischen Arbeiterregierung eine konservative Regierung gefolgt ist und daß auch in Frankreich die Regierung Herriot durch eine andere abgelöst wurde, die nicht mit derselben Entschiedenheit die Politik betreibt, die Herriot betrieben hatte. Wir sehen, daß jetzt die Regierungen maßgebender Länder vom Genfer Protokoll abgerückt sind und sich bemühen, Sonderverträge, Sicherheitsverträge abzuschließen. Da wir im Augenblick nicht die Macht haben, das Genfer Protokoll zu verwirklichen, so sind wir bereit, dem Sicherheitsabkommen unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Die Sonderverträge dürfen keine geheimen Abmachungen enthalten, ein System der wechselseitigen Garantien ist vorzusehen, das Sicherheitsabkommen ist durch den Völkerbund zu kontrollieren und zu überwachen. Das Sicherheitsabkommen darf sich nicht gegen andere Mächte richten und kein Hindernis für eine allgemeine Abrüstung bilden. Wir haben vereinbart, vor der endgültigen Stellungnahme eine Verständigung zwischen den Parteien der beteiligten Länder herbeizuführen. Wir verkennen nicht, daß ein Sicherheitsabkommen, auch wenn es alle diese Grundsätze erfüllt, nicht eine endgültige Lösung der Friedensfrage darstellen kann, sondern wir müssen darüber hinaus weitere Maßnahmen und Einrichtungen anstreben, die den Frieden in immer umfassenderer und dauernderer Weise gewährleisten können.

Zu den Beschlüssen, die ich eben erläutert habe, machte eine Anzahl von Parteien Vorbehalte. Es war der Genosse Turati aus Italien, der für die Sozialisten Oesterreichs, Rußlands, der Tschechoslowakei, Litauens, Rumäniens und Griechenlands eine Erklärung abgab, sie hätten gegen den Inhalt der Beschlüsse nichts, aber gegen den Ton und den Stil. Eine kürzere Fassung, mehr kritischer Marxismus und eine Verurteilung der Friedensverträge wäre ihnen lieber gewesen. Aber Turati erklärte gleichzeitig für die genannten Parteien — das ist ein gutes Beispiel —, sie werden für die Resolution stimmen und seien erfreut darüber, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale darin ihre Aktionskraft zum Ausdruck bringe. Es stehen also alle Parteien einmütig hinter den Beschlüssen.

Wir mußten auf dem Kongreß auch zu dem Krieg in Marokko Stellung nehmen. Von einigen Seiten wurde angeregt, in unsere Beschlüsse grundsätzlich die Androhung des Generalstreiks für den Fall, daß ein Krieg ausgebrochen ist, aufzunehmen. Was konnten wir nun in bezug auf den Krieg beschließen, der noch in Marokko tobt? Wir haben eine Reihe von Forderungen an die Regierungen in Frankreich und Spanien gerichtet. Wir fordern eine sofortige Aktion der Regierungen zur Wiederherstellung des Friedens. Die Veröffentlichung der Abkommen, die zwischen der französischen und der spanischen Regierung getroffen worden sind, die Bekanntgabe der Friedensbedingungen, die Unabhängigkeit des Rifstaates, die Berichtigung der Grenzen durch friedliche Verständigung, die Einstellung der militärischen Operationen, sobald Friedensverhandlungen eingeleitet sind, eventuell einen Schiedsspruch durch den Völkerbund. Wir wollten dem Rifstaat das Recht verschaffen, dem Völkerbunde beizutreten und erklären endlich, daß es die Pflicht des Völkerbundes sei, einzugreifen und durch Internationalisierung von Meerengen Konflikte zu beheben, die zu Kriegen führen. Wenn wir nun sehen, daß der Krieg in Marokko seit Monaten im Gange ist und daß in Frankreich die Sozialisten und die Gewerkschaften, ohne daß wir sie deswegen anklagen dürften, weder die Kraft noch die Mittel haben, durch eine unmittelbare Massenaktion diesen Krieg zu beenden, wenn wir sehen, daß in Frankreich das Proletariat diesen Krieg mit Erbitterung dulden muß, dann können wir nicht einen Beschluß fassen: ein Krieg, der ausgebrochen ist, muß

durch einen Generalstreik sofort erledigt werden! Mit einem solchen Beschluß hätten wir uns lächerlich gemacht. (Sehr richtig!) Es ist doch viel richtiger, ohne Bemäntelung festzustellen, was man im Augenblick kann und was man nicht kann. (Zustimmung.) Das setzt uns in keiner Weise herab und kann auch nach keiner Richtung hin die Stärke unserer Bewegung herabmindern. Im Gegenteil, wir erfahren dadurch eine innere Stärkung, einen Ansporn, uns erst recht dafür einzusetzen, die Arbeiterbewegung mächtiger zu machen.

In diesem Zusammenhang muß ich auf die Beschlüsse hinweisen, die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom und auf dem großen Weltfriedenskongreß im Haag im Jahre 1922 gefaßt worden sind und auf die sich mancher beruft.

Die Sozialistische Internationale hatte in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910 und in Bern 1912 erklärt, die Parteien seien verpflichtet, durch die Anwendung der ihnen in den einzelnen Ländern am wirksamsten erscheinenden Mittel den Krieg zu verhindern. Man hat niemals den Generalstreik als ein Mittel bezeichnet, das in einem bestimmten Falle, zu einer bestimmten Zeit angewendet werden müsse, sondern man hat es den Ländern überlassen, die geeigneten Mittel in jedem Fall selbst zu bestimmen. Für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbrechen sollte, hat man erklärt: es ist die Aufgabe der Sozialdemokraten, für seine rasche Beendigung einzutreten. Ich führe diese Beschlüsse an, um zu zeigen, daß die Internationale auch damals das Problem, was geschehen solle, wenn ein Krieg dennoch ausbricht, nicht gelöst hat.

Nach dem Krieg hat der internationale Gewerkschaftskongreß in Rom im April 1922 beschlossen, den Ausbruch eines Krieges durch einen Generalstreik zu verhindern. Aber auch dieser Kongreß hat keine Antwort auf die Frage gegeben, was die Arbeiter tun sollen, wenn nun der Krieg dennoch ausbricht, wenn die Arbeiter noch nicht stark genug sind, ihn zu verhindern. Der Kongreß fordert: Propaganda gegen den Krieg, Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Kriegsmaterial. Der Weltfriedenskongreß vom Haag im Dezember 1922 hat die Beschlüsse von Rom bestätigt und hat auch nicht die Frage geklärt, was geschehen solle, wenn der Krieg dennoch ausbricht. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale sagt in ihrem Statut in Absatz 4, daß sie nicht nur für den Frieden, sondern auch während jedes Krieges ein unentbehrliches Instrument sein wolle. Sie hat dann in Hamburg beschlossen, daß sie gewillt ist, auf Grund der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses, gegen jede Kriegsgefahr anzukämpfen. Darüber hinausgehende Beschlüsse sind heute nicht möglich. Unsere Internationale will die Frage, was soll geschehen, wenn der Krieg dennoch ausbricht, prüfen und in einer späteren Zeit können wir den Versuch machen, auch darauf eine Antwort zu finden. Wenn wir einen Generalstreik für einen bestimmten Fall, für eine bestimmte Zeit ablehnen, so bedeutet das nicht, daß wir auf irgendein geeignetes Kampfmittel verzichten wollen. Wir haben uns auf unsern Parteitag hier mit den Fragen der Massenaktionen, des Generalstreiks, und mit der Frage beschäftigt, wie wir zum Staate stehen, ob wir ihn bejahen oder verneinen sollen. Ich möchte bitten, sich weniger in theoretische Spitzfindigkeiten zu verlieren und lieber einen Augenblick an das zu denken, was wir alle erlebt haben. Ich erinnere an den Kapp-Putsch. Wurde damals überhaupt die Frage erörtert, ob der Generalstreik ausbrechen sollte oder nicht? Wurde er nicht von den Arbeitern, Angestellten und Beamten bis tief ins Bürgertum hinein mit Begeisterung und mit Erfolg durchgeführt? (Sehr wahr!) Wenn ich höre, daß jemand sagt, er wisse noch nicht, ob er der Republik mit Liebe anhänge, er hänge ihr zunächst nur mit dem Verstande an, so fällt mir immer die Zeit des Kapp-Putsches ein. Während des Kapp-Putsches habt ihr alle durch Gut und Blut eure Liebe zur Republik bekundet und habt sie gegen

jene verteidigt, die sie stürzen wollten. (Sehr richtig!) Und da sollten wir noch tiefsinnige Untersuchungen darüber anstellen, ob man die Republik verteidigen kann?! Gewiß, wir alle wissen, daß diese Republik noch ein Klassenstaat ist, daß unser Ziel erst erreicht ist in der klassenfreien Gesellschaft. Wir wissen, wie diese Republik historisch g e w o r d e n ist, wird sie auch von höheren gesellschaftlichen Organisationsformen abgelöst werden. Schaffen wir also nicht durch abstrakte Auseinandersetzungen Konflikte, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Es sind Zitate gebraucht worden, klassische und nichtklassische. Gestatten Sie auch mir ein Zitat. Mancher hält es in bezug auf seine Liebe zur Republik mit jenem bekannten Liede von Bach, in dem es heißt: „Willst du dein Herz mir schenken, so sang' es heimlich an!" Genosse Blum hat auf dem Kongreß in Marseille das sehr beachtenswerte Wort geprägt: „Es ist unmöglich, revolutionäre Kampfmittel vorher in Resolutionen zu legalisieren". (Sehr wahr!) Der Generalstreik im Falle eines Krieges bedeutet die Proklamierung der Revolution. Die Revolution beschließt man nicht vorher in Resolutionen, die macht man, wenn die Dinge reif sind.

Nun einiges über die Beschlüsse, die sich mit den Problemen des Ostens beschäftigen. Ich erinnere daran, daß seit dem Sturz der englischen Arbeiterregierung eine Spannung eingetreten ist in dem Verhältnis der kapitalistischen Mächte zu Sowjetrußland, besonders soweit England in Betracht kommt. Die kapitalistischen Mächte, die sich in China, in Indien und in den mohammedanischen Ländern bedroht sehen, sind drauf und dran, eine aggressive Politik gegen Rußland anzubahnen. Wir Sozialisten stellen uns dieser aggressiven Politik entgegen. Die Kriegsgefahr im Osten wird aber nicht nur heraufbeschworen durch die Politik der Kapitalisten, sondern auch durch die Politik der Kommunistischen Internationale, die ja gleichbedeutend ist mit der der Sowjetregierung Rußlands. Diese Internationale, die die bolschewistische Politik in allen Ländern vertritt, lebt immer noch in der Illusion, wir brauchten nur einen neuen Weltkrieg, um diesen Krieg in die Weltrevolution hinüberzuführen und um dann mit Hilfe der Roten Armeen die ganze Welt im Sinne der Bolschewisten zu befreien. Wir sehen ferner, daß im Osten eine große Zahl neuer Staaten entstanden ist. Die Entstehung dieser Staaten bedeutet einen Sieg der Demokratie, der allerdings eingeschränkt wird durch die Interessenvertretung der kapitalistischen Mächte. Wir haben dort einen Zustand ständiger Unruhe; denn alle diese Randstaaten wie Estland, Litauen, Finnland, Georgien sind von beiden Seiten bedroht. Kapitalistische Mächte möchten diese Randstaaten als Sturmbock gegen Sowjetrußland benutzen, und Sowjetrußland möchte diese Randstaaten erobern, wie es Georgien erobert hat, nämlich durch militärische Gewalt und sie dann durch Terror niederhalten. Es ist die Pflicht der Sozialdemokraten, für die Selbständigkeit dieser Staaten einzutreten und die russischen Sozialisten in ihrem Kampf um die innere Demokratisierung in Sowjetrußland zu unterstützen. (Sehr wahr!) Erst wenn in Rußland nicht mehr eine bolschewistische Minderheit über Krieg und Frieden entscheiden kann wie früher in Deutschland Wilhelm II., erst wenn die Völker der Sowjetunion über Krieg oder Frieden entscheiden können, werden wir auch die Kriegsgefahren, die von dort drohen, bannen können. Wir verlangen ferner das Selbstbestimmungsrecht für Armenien, für Georgien, für die Ukraine. Wir wollen überall den arbeitenden Massen die Möglichkeit geben, sich zu entfalten und zu entwickeln. Wir unterstützen unsere russischen Parteigenossen in ihrem Kampf um die politische Demokratie in Rußland, um die gewerkschaftliche Freiheit, in ihrem Kampf gegen jede Art des Terrors und auch gegen die aggressive Politik der Bolschewikiregierung gegen andere Länder. (Sehr richtig!) Gegen den bekannten Plan der Bolschewisten in irgendeinem der kleineren Randstaaten einen Putsch zu machen, um der Roten Armee Rußlands die Möglichkeit des Einrückens und der Unterdrückung zu geben, müssen wir uns auflehnen. Es ist die Pflicht der Sozialisten aller Länder, den Kampf für die Demokratisierung und Befriedung auch dieser Staaten zu führen. Wir wollen allerdings ebensowenig die Politik jener kapitalistischen Kreise unterstützen, die der Meinung sind, man müsse gegen Rußland losschlagen und dabei Ententearmeen durch Deutschland marschieren lassen. Es ist eine Irreführung, die von den Bolschewisten betrieben wird — ähnliche Auffassungen kommen leider auch in einigen Anträgen an den Parteitag zum Ausdruck —, wenn behauptet wird, die Politik, die ich soeben begründet habe, richte sich gegen den Osten. (Zustimmung.) Es ist keine Rede davon, daß wir irgendeine Politik unterstützen würden, die einen aggressiven Charakter gegen Sowjetrußland trägt. (Sehr richtig!) Wir wollen weder im Westen noch im Osten irgendeine militärische Gewaltanwendung. Wir wollen den Frieden auch nach dem Osten hin und denken nicht daran, vereint mit den Kapitalisten Sowjetrußland niederzuschlagen, weil wir wissen, daß Sowjetrußland durch die Kraft des eigenen Volkes freigemacht werden muß von dem bolschewistischen Terror und weil wir als internationale Sozialisten unsere russischen Genossen in diesem Sinne in ihrem Kampfe unterstützen.

Wir begrüßen dann in unseren Beschlüssen ausdrücklich das Erwachen der arbeitenden Massen, der chinesischen, indischen und mohammedanischen Welt. Wir sehen in diesen Kämpfen zwar noch keine proletarische Revolution, sondern erst jenen großen Prozeß, der sich ja seinerzeit auch in Europa vollzogen hat, den Prozeß des nationalen Erwachens. Wir wissen, daß das Proletariat in jenen Ländern erst am Anfange seiner geschichtlichen Laufbahn steht. Die Bolschewisten versuchen, diese nationalen revolutionären Umwälzungen für ihre Politik auszumünzen. Wenn sie ungehemmt dort wirken könnten, würden sie auch dort nur dazu beitragen, die revolutionären Kräfte zu zersplittern und die Revolution auf Seitenwege zu drängen oder aufzuhalten, wie wir das in den westlichen Ländern erlebt haben.

Wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Asien, in Afrika. Wir fordern Aufhebung des Fremdendrucks, des Systems der Konzessionen, Einführung moderner Arbeiterschutzgesetze. Wir arbeiten, um die proletarischen Massen dieser Länder in eine Linie mit den großen internationalen Organisationen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu bringen.

Wir haben in Marseille auch Stellung genommen zu der Frage der nationalen Minderheiten und auch da eine klare Antwort gegeben. Wir erklären, daß den nationalen Minderheiten, wenn sie in geschlossenen Verbänden leben, Autonomie gewährt werden muß, daß den zersplitterten Gruppen die Gleichberechtigung und Freiheit zu geben ist im Gebrauch ihrer Sprache und ihrer gesamten Kultur. Wir wollen eine internationale Rechtsordnung, begründet auf den Völkerbundspakt nach Artikel 19, eine Revision der Staatenordnung und der Staatengrenzen mit friedlichen Mitteln, mit den Mitteln der Volksabstimmung und des Schiedsgerichts. Wenn die Arbeiter stark genug sind, werden sie diese Mittel wirkungsvoll anzuwenden wissen. Auch in bezug auf die Beschlüsse über die Probleme des Ostens machten einige Parteien Vorbehalte. Der Genosse Brouckère erklärte für Belgien, Frankreich, Polen, Estland, Lettland, Armenien, Bulgarien und einige kleinere Parteien, er hätte eine schärfere Formulierung der Beschlüsse, soweit die Kommunisten in Betracht kämen, gewünscht und die Aufforderung an Rußland in den Völkerbund einzutreten. Er stimme aber der Resolution zu, weil sie das Selbstbestimmungsrecht ohne Einschränkung anerkenne. Auch die Ost-Resolution wurde einmütig angenommen.

Auf die Beschlüsse, die sich auf die Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen beziehen, brauche ich nicht weiter einzugehen. Die Frage der Lebenshaltung, die Frage des Achtstundentages sind in Marseille gründlich be-

handelt worden; ich bitte Sie, die Beschlüsse zu studieren. Sie geben uns eine Fülle von Material, eine Fülle von praktischen Forderungen und Anregungen für den gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Kampf. Wir wollen diese Anregungen beachten und uns bemühen, die Beschlüsse durchzuführen.

So kann ich also zusammenfassend sagen, daß der Marseiller Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale uns eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat, die wir nur lösen können, wenn Massen und Führer sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einsetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Unser Parteitag hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß auch in Deutschland die Sozialdemokratie innere Festigkeit bekommt und stets wachsende Anziehungskraft auf die indifferenten Massen ausübt. Ich brauche nicht mehr zu sagen, daß es gilt, den Kommunismus zu überwinden; denn er liegt politisch am Boden und wird nicht mehr in ernst zu nehmenden Maße lebendig werden können (sehr wahr!), wenn wir als Sozialdemokraten uns stets der großen Verantwortung bewußt sind, die wir vor der gesamten Arbeiterschaft zu tragen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte meine Ausführungen mit einer Erinnerung an jene auch heute noch zutreffenden Worte von Karl Marx schließen, mit denen er in seiner Inauguraladresse die Internationale Arbeiterassoziation begrüßte:

Marx weist nach, daß der Befreiungskampf der arbeitenden Klassen ihren gegenseitigen brüderlichen Beistand erfordert. Wie können sie ihre historische Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der kapitalistischen Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurteile in Bewegung setzt und in Raubzügen das Blut und den Schatz des Volkes vergeudet? Die imperialistische Politik der Kapitalisten hat „den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu meistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden, und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten". (Lebhafter Beifall.) Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Kirschmann-Köln: Im Zusammenhang mit dem Referat des Genossen Crispien habe ich für die Delegierten des besetzten Gebiets folgende Erklärung abzugeben:

Die Bevölkerung des besetzten Gebietes, insbesondere die Arbeiterschaft, verfolgt mit aufmerksamster Spannung die diplomatische Unterhaltung, die die Schaffung eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und den Ententestaaten zum Ziel hat. Eine solche Abmachung unter Garantie der beteiligten Nationen kann die erste sichere Grundlage zur Befriedung Europas abgeben, wenn sie im Geiste wirklichen Friedens und gegenseitiger Sicherheit getroffen wird.

Seit Abschluß des Londoner Abkommens sind zweifellos Erleichterungen im besetzten Gebiet festzustellen. Trotzdem geht der gegenwärtige Zustand des Besetzungssystems weit hinaus über die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und des Rheinlandabkommens. So stellen wir fest, daß es nicht in den Rahmen einer auf die Befriedung Europas gerichteten Politik paßt, wenn die nördliche sogenannte erste Zone, die vertraglich am 10. Januar 1925 geräumt sein mußte, heute noch besetzt ist. Außerdem müssen aber in Verbindung mit dem Abschluß eines Sicherheitsvertrages im unmittelbaren Interesse des besetzten rheinischen Gebietes weitere Forderungen erhoben werden.

Deshalb erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes bei dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktes

bis zur baldigen restlosen Beseitigung der militärischen Besetzung des Rheinlandes eine sofortige weitgehende Einschränkung der Zahl der Besatzungstruppen,

eine grundlegende Aenderung des Delegiertensystems und Beschränkung der Ordonnanzen auf den ursprünglichen Zweck, den Unterhalt, die Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gewährleisten.

Unerträglich und mit der Würde eines Kulturvolkes unvereinbar ist die Einrichtung der Polizei und Kriegsgerichte im besetzten Gebiet. Die deutsche Justiz- und Verwaltungshoheit, die von den Besatzungsbehörden in Widerspruch mit Verträgen und Abmachungen in ungezählten Fällen verletzt wird, ist restlos und garantiert wiederherzustellen. Als Grundlage einer wahren Verständigung zwischen den Nationen ist zu fordern:

Uneingeschränkte persönliche und politische Freiheit (Recht auf Versammlung und freie ungehinderte Rede, Aufhebung der bestehenden Zeitungs- und Zeitschriftenverbote und Verhinderung neuer Repressalien gegen politische Vereine und politische Druckerzeugnisse).

Beseitigung der Briefzensur.

Uneingeschränkte persönliche Bewegungsfreiheit innerhalb des besetzten Gebietes und zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.

Den sichtbarsten Beweis guten Willens der Besatzungsmächte würde die Bevölkerung des besetzten Gebietes in einer Beseitigung der Personen erkennen, die unter Ausnützung ihrer amtlichen Stellung seit nun fast sieben Jahren ihre Hauptaufgabe darin erblicken, mit Hilfe zweifelhafter Elemente deutsches Land vom Mutterland zu trennen.

In der Räumung des Einbruchs- und Sanktionsgebietes erkennt die Bevölkerung im besetzten Gebiet einen Erfolg der vornehmlich von der Sozialdemokratie betriebenen und gestützten Außenpolitik. (Bravo!) Die in der Sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer im besetzten Gebiet wendeten sich von jeher, frei von nationalistischem Ungeist, mit Aufbietung ihrer ganzen organisierten Kraft unter Einsetzung von Gut und Leben gegen die versteckten und offenen Bestrebungen auf Trennung der rheinischen Lande von dem Gebiete der deutschen Republik. (Bravo!) Mit gleicher Entschiedenheit wird sie aber auch nach wie vor gegen die nationalistische Hetze und Demagogie im eigenen Lande Stellung nehmen. Sie verurteilt daher die Bestrebungen, die sogenannten Befreiungsfeiern aus Anlaß der Ruhrräumung zu nationalistischen Demonstrationen herabzuwürdigen.

Die Delegierten des besetzten Gebietes sind überzeugt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in Fortsetzung ihrer seitherigen Politik auf den Boden dieser Erklärung stellen und ihre ganze Kraft für die Durchführung der darin aufgestellten besonderen Forderungen einsetzen wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Ich glaube im Sinne des ganzen Parteitages zu handeln, wenn ich der Auffassung Ausdruck gebe, daß diese Erklärung und ihr Inhalt nicht nur die Auffassung der Delegierten des besetzten Gebietes ist, sondern daß sich der Parteitag diese Auffassung restlos zu eigen macht. (Bravo!)

Wir treten jetzt in die Diskussion ein.

Tony **Sender**-Dresden: Wenn ich auch anerkennen muß, daß der Kongreß von Marseille ein Fortschritt gegenüber der ersten Gründungstagung von Hamburg gewesen ist in der Behandlung der Zusammenhänge der internationalen Probleme, so können wir mit diesem Fortschritt allein noch nicht zufrieden sein. Wir müssen uns klar sein, was wir von einer Inter-

nationale verlangen müssen. Genosse Crispien hat hervorgehoben, wozu sie noch nicht imstande sei. Ich verlange keineswegs etwa schon Proklamationen, von denen die Internationale glaubt, die Möglichkeit zu ihrer Durchführung stände nicht dahinter. Wollen wir aber diese Möglichkeit herbeiführen, dann gilt es, sich über die Aufgaben dieser internationalen Organisation klar zu werden. Es genügt nicht, daß die Internationale zu Tagungen zusammentritt, die an sich schon eine Demonstration bedeuten. Es genügt auch nicht, daß die Internationale Verständigungen über parlamentarische Kooperationen herbeiführt, wenn ich die erzielte Uebereinstimmung über die Arbeiten der sozialistischen Fraktionen in den europäischen Parlamenten über die Frage des Sicherheitspaktes auch als einen Fortschritt betrachte. Die Internationale muß, um das erreichen zu können, was Crispien im Moment als noch nicht erreicht hinstellt, in den Massen der Arbeiterklasse lebendig werden. (Sehr richtig!) Wir müssen feststellen, daß sie das heute noch nicht ist. Die Internationale ist aber heute bereits gefestigt genug, um ihr weitere Aufgaben zuweisen zu können, Dazu gehört vor allen Dingen, daß die Internationale vor der ganzen Oeffentlichkeit nicht nur die aktuellen Fragen der Tagespolitik behandelt, sondern darüber hinaus die prinzipiellen Gegensätze innerhalb des Sozialismus und zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien diskutiert. Der Sozialismus ist in der Gedankenwelt der Arbeiterschaft der industriellen Länder heute genügend verankert, um diese öffentliche Diskussion ohne Schaden vornehmen zu können. Deshalb müssen vor jeder internationalen Tagung die Tagesordnungspunkte des internationalen Kongresses auf den Parteitagen der einzelnen Länder in aller Oeffentlichkeit behandelt werden. Wenn Sie den Zustand, den Crispien beklagt hat, beseitigen wollen, wenn Sie glauben, daß der internationale Gedanke, der Wille zum internationalen Handeln bei verschiedenen Völkern und auch bei uns noch nicht genügend fortgeschritten sei, dann müssen wir alles dafür tun, um die Voraussetzungen dazu zu schaffen, da gilt es in erster Reihe das allgemeine Interesse zu wecken, um die hohe Bedeutung dieser internationalen Aktionen in dem Denken der proletarischen Massen lebendig werden zu lassen. Dazu ist es notwendig, daß wir die Fragen, die starke Differenzpunkte bilden können, die Nationalitätenfrage, die auch auf dem Marseiller Kongreß angeschnitten wurde, die Art der Beteiligung von sozialistischen Parteien an der Regierung, insbesondere auch die Möglichkeit von Aktionen gegen den Krieg zunächst in den Sektionen der Landesorganisationen behandeln. So naiv ist doch keiner von denen, die wünschen, daß die Internationale lebendig und aktiv werden muß, daß sie insbesondere in kritischen Stunden in Aktion treten muß, um zu glauben, es ließe sich ein bestimmtes Kampfmittel als das alleinige Allheilmittel proklamieren. Vielmehr müssen die Massen dazu erzogen werden, daß sie wissen, es genügen nicht schöne Verbrüderungsszenen, sondern dahinter muß ein starker Opferwille stehen, um künftig für immer ein solches Aufeinanderprallen der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder zu verhindern. (Sehr gut!)

Die Massen müssen auch mit den Problemen der Außenpolitik beschäftigt werden, soweit sie die Probleme der Tagespolitik betreffen. Ich unterstreiche nochmals: ich halte es für einen Fortschritt, wenn wir in der Frage des Sicherheitspaktes zu einer Verständigung mit den Sozialisten der anderen beteiligten Staaten gelangt sind. Ich betrachte auch die Auseinandersetzung mit den englischen Genossen als sehr nützlich, die von dem einseitigen Sicherheitspakt gegenüber dem Genfer Protokoll Gefahren befürchteten. Das richtet unsere Aufmerksamkeit darauf, daß der Sicherheitspakt nicht in der Hand der Regierung dazu gebraucht werden darf, einen Ring um Rußland zu bilden. Ich weiß,

daß das kein Sozialist beabsichtigt. Das darf uns aber nicht hindern, wachsam zu sein. Denn wenn wir in dieser Linie Handlungen einer Rechtsregierung zu unterstützen haben, müssen wir uns auch darüber klar sein, daß Stresemann, seine Freunde und die Rechtsparteien mit dem Sicherheitspakt eine andere Absicht als wir verfolgen. (Sehr richtig!) Hinter diesen Absichten steht der Wille, Deutschland wieder zu einer Machtposition zu verhelfen und, indem man zunächst pazifistische Methoden einschlägt, die Voraussetzungen zu schaffen, Deutschland wieder in die Reihe der Staaten zu bringen, die imperialistische Politik betreiben. (Sehr richtig!) Gegenüber dieser Gefahr müssen wir von vornherein sehr wachsam sein. Wenn sich die verschiedenen kapitalistischen Mächte zusammensetzen, um über einen Friedenspakt zu verhandeln, sind sie deshalb prinzipiell nicht friedliebend geworden, denn zu gleicher Zeit, da England und Frankreich diese Verhandlungen mit uns zur Befriedung durch den Sicherheitspakt führen, haben wir das Vorgehen Englands in Indien, das Eingreifen der Großmächte in China und eine Reihe andere Konflikte, und sehen, daß dieselben Großmächte, die über den Frieden verhandeln, zu gleicher Zeit bereit sind, in anderen Teilen der Welt ihre Herrschaftsabsichten mit kriegerischen Mitteln zu unterstützen. (Sehr richtig!) Wenn wir also in der Außenpolitik bestimmte Schritte der Rechtsregierung gutzuheißen haben, so müssen wir doch unsere Motive und unsere eigenen Ziele vollkommen klar und getrennt halten.

Bei einem Vorkommnis im Reichstag scheint mir diese Linie verlassen worden zu sein, nämlich bei der Behandlung der polnischen Optantenfrage. Selbstverständlich protestieren wir gegen das Vorgehen Polens in der Optantenfrage. Wir gehen aber auch darin eine getrennte Linie von den bürgerlichen Parteien. Deshalb betrachte ich es als unglücklich und falsch, daß man im Anschluß an die Optantendebatte im Reichstag zu einer gemeinsamen Erklärung mit den bürgerlichen Parteien gelangt ist, einer Erklärung, die sogar den Gedanken von Repressalien in sich schließt. Wir als Sozialdemokraten waren immer gegen Repressalien in der auswärtigen Politik und sollten es gerade in dieser Frage Polen gegenüber um so mehr sein, als Deutschland sich in einem Wirtschaftskrieg mit Polen befindet, den wir auch wahrlich nicht gutheißen können, wobei wir uns in erfreulicher Uebereinstimmung mit dem Vertreter der polnischen Sozialdemokratie, Genossen Diamand befinden, der sich in der Eröffnungssitzung dieses Parteitags gegen den polnischen Wirtschaftskrieg ausgesprochen hat. Wenn in irgendeiner Frage, so kommt in der Frage unseres Verhältnisses zu Polen der Umstand am stärksten zum Ausdruck, daß man zunächst mit nichtkriegerischen Mitteln bestrebt ist, zu einer Machtstellung zu gelangen, um alsdann die Korrektur der Grenze mit anderen Methoden vorzunehmen, als wir Sozialisten es wünschen. Darum sollten wir gerade Polen gegenüber unsere eigene politische Linie streng einhalten. Das wird für die zukünftige Politik von hoher Bedeutung sein.

Wenn ich die Beschlüsse des Marseiller Kongresses streife, so kann man mit einem Teil in jeder Resolution einverstanden sein. Die meisten aber durchzieht ein Gedanke, vor dem wir aufs schärfste zu warnen haben. Wir sind für den Eintritt in den Völkerbund, auch für seine Ausgestaltung und Demokratisierung. Zu gleicher Stunde aber warnen wir, Illusionen wach werden zu lassen, als könne man mit dem Völkerbund alles erreichen. (Sehr richtig! und Zurufe.) — Wenn Ihr Euch dagegen wendet, Genossen, ich weiß nicht, ob Ihr Euch getroffen zu fühlen braucht. Ich wende mich nur dagegen, daß bestimmte Sätze und Formulierungen in den Resolutionen solche Illusionen zu nähren geeignet sind. (Zuruf vom Vorstandstisch: Wir wollen nur die Einmütigkeit bekunden!) — Wenn Sie die Einigkeit wollen, so darf uns das nicht hindern,

Klarheit zu schaffen, damit wir auf dem nächsten Kongreß zur Einigkeit gelangen auf einer klareren Basis und nicht die Möglichkeit zu Illusionen und Verwirrung schaffen, wie sie die Marseiller Resolutionen noch bieten. Deshalb warne ich davor, einen internationalen Wirtschaftsrat vorzuschlagen, der die internationale Verteilung der Rohstoffe, das Preisniveau regeln und das Hochschutzzollsystem abschaffen soll. Glaubt man, daß die Vertreter, die in den Parlamenten ihrer eigenen Nation den Hochschutzzoll eingeführt haben, nach Genf gehen und dort dagegen wirken werden! Solche Möglichkeiten der Regelung der internationalen Wirtschaftsorganisation durch die Vertreter kapitalistischer Regierungen erreichen zu wollen, davor warnen wir. Ich glaube, mit dieser Warnung der Internationale den besten Dienst getan zu haben, und bewege mich dabei auf derselben Linie wie Crispien, wenn er vor Illusionen gegenüber den Massenaktionen gewarnt hat. Warnen wir vor Illusionen gegenüber Massenaktionen, solange wir noch nicht die praktischen Möglichkeiten zu deren Verwirklichung zu haben glauben, aber warnen wir nicht minder vor Illusionen nach der Seite, die glaubt, mit Hilfe des Völkerbundes erreichen zu können, was nur im sozialen Machtkampf zu erobern sein wird.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Internationale nur die Kraft und den Wert hat, den die einzelnen nationalen Glieder ihr zu geben vermögen! Wenn wir ihr von uns aus diese Kraft verleihen wollen, dann müssen wir auch darauf hinwirken, unsere eigene Partei zu einem starken und tatkräftigen Instrument der revolutionären Umgestaltung zu machen. Ich weiß, daß, wenn wir von revolutionärer Umgestaltung sprechen, es immer einzelne gibt, die mit überlegenem Lächeln solcher revolutionären „Romantik" gegenüberstehen. Aber Genossen, man hat keine Ursache zu solchem überlegenen Lächeln, denn nie in der Geschichte sind große Taten vollbracht worden ohne diesen starken Glauben an eine große Idee, ohne den starken Glauben daran, daß der Wille zur revolutionären Tat allein diese große Idde verwirklichen kann. (Bravo! und Händeklatschen.)

Loeb-Frankfurt: Schon allein die Rednerfolge zu diesem Tagesordnungspunkt beweist, daß es für einen Durchschnittsparteigenossen nicht leicht sein wird, einen Standpunkt zu vertreten, von dem nicht von vornherein feststeht, daß er mit dem des Genossen Breitscheid übereinstimmt. Aber, verehrte Genossen und lieber Genosse Breitscheid, „mit Ihnen, Herr Doktor, zu spazieren, ist ehrenvoll und bringt Genuß!" (Lebhafte Zurufe.) — Ich weiß, daß ich falsch zitiert habe, das ist mit Absicht geschehen.

Nicht nur in Deutschland, sondern in so ziemlich allen Ländern der Erde, die irgendwie am Weltkrieg beteiligt waren, sind die sozialistischen Organisationen durch starke nationale Interessen und durch eine nicht ungeschickte Beeinflussung der öffentlichen Meinung von ihrem internationalen Standpunkt abgedrängt worden. Teilweise haben Anschauungen Platz gefunden, bei denen das Nationale nicht sehr weit vom Nationalistischen entfernt war. Ein großer Teil von Parteigenossen glaubte in der Angst um die eventuellen Folgen, sehr stark auf ihre nationale Betätigung Wert legen zu müssen. (Zurufe.) — Das war, um Ihnen nur ein Beispiel zu nennen, vor ganz kurzer Zeit der Fall, als man sich gegen die Beteiligung an den Rheinlandfeiern durch das Wiederaufleben der Aktionsausschüsse während des Ruhrkampfes mit der Begründung wandte, man könne sich mit den Deutschnationalen nicht an einen Tisch setzen, weil sie uns die nationale Betätigung abgesprochen hätten. (Sehr richtig!) — Ich glaube, es ist nicht sehr richtig; denn nach meiner Auffassung müßte in allen Resolutionen, die mit den Deutschnationalen gefaßt werden sollen, die Sozialdemokratie prinzipiell sehr vorsichtig sein.

Es liegt dem Parteitag ein Antrag 223 vor, durch den wir den Antrag 147 als erledigt zu betrachten bitten. In diesem Antrag wird verlangt, daß die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit jede Politik ablehnt, die auch nur im entferntesten die Gefahr mit sich bringt, daß wir in die drohenden kriegerischen Entwicklungen einbezogen werden. Wir haben es beim oberschlesischen Abstimmungskampf erlebt, wie schnell eine an sich kleine Organisation unter Umständen Konflikte hätte herbeiführen können, die wir alle hinterher bedauert hätten. Wir haben uns in unserm Antrag deutlich ausgedrückt, daß wir die imperialistischen Bestrebungen sowohl des konservativen Englands, das so gern eine Einkreisungspolitik gegen Rußland nicht wegen der von dort drohenden bolschewistischen Gefahr allein, sondern wegen der ungeheuren Bedeutung Rußlands in der Weltherrschaft treibt, ablehnen. Auch lehnen wir es ab, uns zur Schachfigur der imperialistisch geleiteten bolschewistischen Politik machen zu lassen. Es ist einmal der Ausdruck gefallen, wir müssen Rußland einkreisen, denn von dort kommt das Uebel. (Zuruf: Wer hat das gesagt?) — Das kann ich Ihnen leider Gottes nicht sagen, weil es aus einer vertraulichen Besprechung stammt. (Erneuter Zuruf.) Ich wollte damit nur kennzeichnen, daß es auch solche Ideen bei uns gibt. (Unruhe.)

Wir haben die Pflicht, uns gegen die russischen imperialistischen Bestrebungen genau so zu wenden, wie wir bei Abschluß des Sicherheitspaktes darauf zu achten haben, ob dieser Pakt nicht ein Vertrag mit Frankreich wird, der uns durch die natürliche Lage Deutschlands mit den östlichen Staaten in Konflikte bringen kann. Deutschland ist entwaffnet. Die Genossin Sender hat auf die Gefahren hingewiesen, wenn man erst auf pazifistisch verbrämter Grundlage versucht, imperialistische Politik zu treiben. Unser Kampf mit der Wirtschaft Polens ist imperialistische Politik. Wenn sich die Herren über die ungeheuren Schäden für die deutsche Wirtschaft aus diesem Wirtschaftskrieg klar gewesen wären, wäre man vielleicht bei den Verhandlungen etwas weniger arrogant aufgetreten, vielleicht viel weniger aus eigener Veranlassung als aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus. Im Krieg wurden alle Einwände mit der Begründung militärischer Notwendigkeiten abgetan.

Bei der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft hat man die Interessenten gehört und sich der wirtschaftlichen Notwendigkeit gebeugt, und heute ist man schnell bereit, auf Grund sogenannter außenpolitischer Notwendigkeiten sehr viel Dinge zu machen, die im Endergebnis anders aussehen, als wie sie vorgelegt werden. Wir verlangen eine scharfe Politik gegen jeden Imperialismus, aber wir verlangen Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland, da Rußland ein Agrarstaat in weitem Umfange ist. Man sieht aber immer wieder, wie die Leute vom Reichswirtschaftsministerium, dessen Minister Neuhaus ja nur ein Gefangener der Interessentengruppen ist, das Fortschreiten der Verhandlungen unterbinden. Daß Rußland als agrarischer Ausfuhrstaat in Frage kommt, kann niemand bezweifeln, der die riesenhaften Mengen von russischem Getreide sieht, die an den Börsen von Mannheim, Hamburg und Berlin gehandelt werden. Während wir das Getreide aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern nach Belgien und Frankreich bis auf den Januar hinaus verkauft haben, handelt man die Ausfuhrscheine, die dafür gegeben sind, auf süddeutschen Märkten allerdings schon mit einem gewissen Nachlaß. Im Januar und Februar aber müssen wir überlegen, wo wir das Getreide wieder herbekommen. Dann brauchen wir einen russischen Handelsvertrag, der uns ermöglicht, das Getreide auf der Basis einer gleichberechtigten Ausfuhr einzuführen. Das leuchtet höchstens denen nicht ein, die in allem, was von Rußland kommt, eine Gefahr sehen. Ich bin mir über die Wirkungen des Bolschewismus klar, aber das russische Getreide führt keinen Bolschewismus mit sich, und die Reinigungsanlagen der deutschen Mühlen sind so glänzend, daß sie jenen Infektionsbazillus vertilgen können.

Wenn ich Sie bitte, diesem Antrag zuzustimmen, so deswegen, weil ich glaube annehmen zu dürfen, sogar mit dem Parteivorstand und der Fraktion einig zu gehen — weil er nichts enthält, mit dem man nicht einverstanden sein kann. Oder will die Reichstagsfraktion nicht den Kampf gegen die Einkreisung Rußlands? Will sie nicht den Sicherheitspakt oder nicht den Kampf gegen den von Sowjetrußland geführten Imperialismus? Handelsverträge will sie doch sicherlich haben, und den Krieg bekämpft sie ebenso wie wir.

Gewiß gibt es Bedenken und andere verschiedene Kleinigkeiten, die Rücksicht verlangen. Wenn die Genossen über diesen Antrag abstimmen, sollten sie Rücksicht auf das Leben ihrer Genossen und auf die Tatsache nehmen, daß auch in diesem Falle die rote Fahne das Panier der internationalen Verständigung ist. (Beifall.)

Breitscheid-Berlin: Genosse Loeb machte eine Bemerkung über die Reihenfolge auf der Rednerliste, knüpfte daran auch einige mehr oder weniger schmeichelhafte Worte an meine Adresse. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich ohne besonderes Zutun das Vergnügen habe, unmittelbar hinter dem Genossen Loeb zu sprechen, und daß es sehr schwer ist, auf eine Rednerliste zu kommen, auf der Genosse Loeb nicht steht (große Heiterkeit), daß es infolgedessen aus dem sachlichen Interesse, das uns beiden eignet, gekommen ist, daß ich die Ehre habe, unmittelbar hinter ihm zu sprechen. Wenn er sich als Durchschnittsgenossen bezeichnete, so wird damit eine Frage aufgeworfen, über die zu urteilen ich mich nicht für befugt halte; darüber müssen die andern Genossen entscheiden.

Gestatten Sie mir nun einige Worte zu dem von Loeb so warm empfohlenen Antrag. Ich verbinde damit einige Worte der Begründung für den Antrag 228 des Genossen Müller, der auch von mir unterstützt ist. Loeb meinte, es sei ganz unmöglich, gegen seinen Antrag zu stimmen, weil darin nur Dinge enthalten seien, von denen er annehme, daß auch der Parteivorstand sich mit ihnen identifiziere. Bis zu einem gewissen Grade ist das zweifellos richtig, aber ich glaube doch, daß der Geist, aus dem der Antrag geboren ist, immerhin ein Geist der Kritik an dem Verhalten ist, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der auswärtigen Politik bisher an den Tag gelegt hat. (Loeb: Das ist gar nicht beabsichtigt!) Es ist nicht beabsichtigt, aber es ist dann unbeabsichtigt in Ihren Worten enthalten.

Es ist ja verständlich, wenn eine Kritik besonders an unserer Stellung gegenüber dem Sicherheitspakt geübt wird, weil es sich hier um eine Maßnahme handelt, die von einer Regierung ausgeht, zu der wir in scharfer Opposition stehen. Auch hier wird die Frage wieder lebendig: Was hat die sozialdemokratische Fraktion in der Opposition zu tun? Ich glaube, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß unbeschadet unserer gegensätzlichen Haltung zur allgemeinen Tendenz des Kabinetts Luther wir verpflichtet gewesen sind, ihm auf diesem Wege zu folgen oder besser gesagt, auf diesem Wege voranzugehen, weil der Sicherheitspaktgedanke in der Linie derjenigen Politik liegt, die wir seit Jahr und Tag unterstützt haben und die auf zahlreichen Konferenzen unserer Internationale festgelegt worden ist. Wir lieben das Kabinett Luther nicht, auch nicht den Außenminister in diesem Kabinett. Aber das dürfte uns nicht veranlassen, in eine grundsätzliche Opposition dann einzutreten, wenn von der Regierung etwas unternommen wird, was im wesentlichen mit unseren Forderungen übereinstimmt.

Wenn gesagt wird, Stresemann habe andere Motive als wir, so will ich nicht prüfen, ob das im einzelnen richtig ist. Aber wenn es auch richtig ist, so stimmen wir nicht über Motive ab, sondern treiben diese Politik in der Erwartung und Absicht, daß wir ihr zuletzt auch den Ausdruck und die Auswirkung geben können, die wir ihr von unserem Standpunkt aus geben wollen. So machen wir in der Opposition eine Politik mit der Regierung, von der wir genau wissen, daß sie von der stärksten Regierungspartei zum mindesten mit sehr starkem Mißtrauen verfolgt wird. Wenn es in der Folge dahin kommt, daß die Deutschnationalen ihr trotzdem zustimmen, so dürfen wir uns dieses Erfolges rühmen und feststellen, daß die Deutschnationalen um des Linsengerichts der Beteiligung an der Regierung willen ihre so laut verkündeten Grundsätze preisgegeben haben.

Nun wird uns gesagt: die Gefahr besteht darin, daß hier eine Einkreisung Rußlands geplant wird. Der Genosse Loeb hat auf eine Aeußerung Bezug genommen, aus der hervorging, wir müßten Rußland einkreisen, wir müßten gemeinsam mit den anderen gegen Rußland marschieren aus irgendwelchen Motiven heraus, die vielleicht mehr in dem parteipolitischen Gegensatz zwischen uns und der russischen herrschenden Richtung liegen. Genosse Loeb, wenn man man solche Ausführungen vor dem Parteitag zitiert, muß man auch erklären, woher sie kommen. (Sehr richtig!) Sonst schweigt man, denn sonst haben diese Aeußerungen keine Autorität, man trägt sie nicht weiter, weil dadurch Stimmungen und Vermutungen erweckt werden können, die für die Partei oder einzelne ihrer Mitglieder nachteilig wirken. Es gibt keine maßgebende Stelle in der deutschen Sozialdemokratie, die auch nur andeutungsweise mit dem Gedanken gespielt hätte, eine Politik zu unterstützen, die sich gegen den Bestand von Sowjetrußland richtet. (Sehr wahr!) Wenn uns gesagt wird, der Sicherheitspakt habe eine versteckte Spitze gegen Sowjetrußland, so muß uns dafür der Beweis erbracht werden. Diesen Beweis ist Loeb uns auch schuldig geblieben. Der Beweis *kann* nicht erbracht werden, wenn man sich darauf beruft, daß einzelne Mitglieder unserer englischen Bruderpartei sich gelegentlich dahin geäußert haben, so weiß Genosse Loeb so gut wie wir, daß das nicht die offizielle Auffassung der englischen Labour Party ist, die mit uns die Resolution in Marseille angenommen hat. Wenn die Labour Party sich gegen den Sicherheitspakt skeptischer verhält als wir, so wollen wir nicht vergessen, daß sie in die Lage versetzt ist, für jenes von Macdonald begründete und unterstützte Genfer Protokoll eintreten zu müssen, für das wir ebenso eintreten wie die britische Labour Party, wobei wir nur den Vorteil haben, daß wir nicht in demselben Maße für jenes Genfer Protokoll engagiert gewesen sind wie die Labour Party, und wobei wir nachdrücklichst sagen können: der Sicherheitspakt ist, kann und soll sein nur ein Schritt auf dem Wege, an dessen erstem Abschnitt die Verwirklichung des Genfer Protokolls steht. So sage ich, daß ein Beweis für die Absichten einer Einkreisung Rußlands auf dem Wege über den Sicherheitspakt nicht erbracht ist.

Wenn nun nicht nur bei uns, sondern in verstärkter Form von kommunistischer Seite aus uns der Vorhalt gemacht wird: Ihr müßt wählen zwischen Westen und Osten und müßt als proletarische Vertreter für den Osten gegen den Westen eingreifen, — so behaupte ich, daß dieser Gegensatz künstlich gemacht und an den Haaren herbeigezogen ist. Wir haben nicht zu wählen zwischen dem kapitalistischen Westen und dem proletarischen Osten, sondern die Frage ist die: Was liegt im gegenwärtigen Moment im Interesse des gesamten deutschen Volkes und insbesondere dem der deutschen Arbeiterklasse, und durch welche Politik können wir am besten den unmittelbar drohenden Kriegsgefahren entgehen? Da sind wir zu der Entscheidung gekommen: der Gefahrenpunkt liegt dort, wo wir uns nach dem Westen hin abgrenzen. Diesen Gefahrenpunkt zu beseitigen, ist unsere wichtigste Aufgabe.

Die Verständigung zwischen uns und dem Westen, vor allem dem französischen Westen herbeizuführen, ist die dringendste Notwendigkeit des gegen-

wärtigen Augenblicks, selbstverständlich, ohne daß wir uns dadurch gegen den Osten festlegen, denn wir stehen unbeschadet aller parteipolitischen Differenzen gegenüber den deutschen und den russischen Kommunisten auf dem Standpunkt: Hände weg von Sowjetrußland!

Was bedeutet nun die andere Möglichkeit, eine Orientierung nach dem Osten hin? Sie bedeutet zum mindesten keine Erleichterung in unserem Verhältnis zum Westen. (Sehr richtig!) Sie bedeutet darüber hinaus eine Verstrickung in jene imperialistische Politik, die Sowjetrußland in Asien treibt. (Sehr richtig!) Dazu kann sich die deutsche Sozialdemokratie nicht bereit finden. Es bedeutete, daß wir sozusagen zu Hilfstruppen jener aus angeblich proletarischen, in Wirklichkeit aber aus anderen Erwägungen geborenen Politik würden, die in Asien gegen England und Frankreich und andere Kolonisationsstaaten unternommen wird. Es bedeutete für uns, daß wir, die wir unmittelbar vor den Toren des Westens liegen, die ersten Schläge auszuhalten hätten für das, was die Russen in ihrer asiatischen Politik treiben. (Sehr gut!) Deshalb sind wir genötigt, die westliche Orientierung aufzunehmen, was nichts anderes heißt als: dort ist für Beruhigung zu sorgen, für die Herstellung eines erträglichen Verhältnisses, wo es nach Lage der Dinge am unmittelbarsten und dringendsten notwendig ist.

Hindert uns das, in Handelsbeziehungen mit dem Osten einzutreten? Ich glaube, da spielen proletarische und kapitalistische Erwägungen nur eine geringe Rolle. Das kommunistische Rußland bemüht sich lebhaft, mit den kapitalistischen Staaten des Westens zu Verträgen und Vereinbarungen zu gelangen. (Sehr richtig!) Wenn ihm das gelingen würde, würde es um unserer schönen Augen willen keine Schritte unternehmen, um uns aus den Schwierigkeiten zu befreien, die in unserem Verhältnis zum Westen liegen. Soweit gehen wir allerdings nicht wie Genosse Loeb, der gleich mehrere Handelsverträge mit Rußland abschließen will. Wir wollen nur e i n e n Handelsvertrag abschließen, von dem wir hoffen, daß er möglichst schnell und günstig zustande kommt und daß er nicht an der russischen Forderung scheitert, die uns daran hindern will, daß wir irgendeinem asiatischen Staat neben Rußland das Meistbegünstigungsrecht zugestehen. (Hört, hört!) Daß wir für Handelsverträge sind, brauchen wir nicht mehr zu beweisen. Wir haben den dringenden Wunsch, mit Rußland zum Vertrag zu kommen, auch aus den von Loeb angeführten Gründen, und wir hoffen nur, daß das Getreide aus Sowjetrußland tatsächlich in so reichem Maße fließen wird, daß die deutsche Arbeiterbevölkerung davon in hohem Maße Nutzen ziehen kann. Wenn ich deshalb zu dem Ergebnis komme, daß der Antrag Loeb doch nicht ganz so herrlich ist, wie er ihn dargestellt hat, so muß ich auch sagen, daß wir einen Antrag eingebracht haben, in dem alles Notwendige enthalten ist ohne die zu mehrfacher Auslegung die Möglichkeit gebenden Sätze, die im Antrag Loeb enthalten sind.

Zum Schluß noch ein Wort über das, was die Genossin Sender über unsere Stellung zum Völkerbund gesagt hat. Wir Sozialisten wissen ganz genau, daß der heutige Völkerbund nicht die Erfüllung unserer Ideale darstellt. (Sehr wahr!) Ich habe in Marseille ausdrücklich gesagt: Wenn der Völkerbund das wäre, dann brauchten wir keine Arbeiterinternationale. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß der Völkerbund heute eine Vertretung kapitalistischer Staaten ist, und daß aus ihm nur etwas werden kann, was uns bis zum letzten gefällt, wenn die Staaten, die dort vertreten sind, selbst von sozialistischem Geist durchdrungen sind. Aber der Völkerbund ist die einzige Form, die im kapitalistischen Staatssystem vorhanden ist, die die Möglichkeit gewährt, auch im kapitalistischen Staaten die Ansätze, die — aus kapitalistischen Interessen heraus — für die Erhaltung des Friedens vorhanden sind, zu sichern und zu stärken.

Wir wissen weiter, daß, wie die Dinge in Europa und in der Welt liegen, Deutschland die berechtigten Forderungen, die man stellen kann, ohne in den Geruch der nationalistischen Gesinnung zu kommen — und ich glaube, Genosse Loeb könnte mich am allerwenigsten mit denen meinen, die den Nationalisten Zugeständnisse machen, denn ein so notorischer Landesverräter wie ich kommt dabei nicht in Frage (Heiterkeit) — nicht außerhalb, sondern nur innerhalb des Völkerbundes mit Aussicht auf Erfolg stellen kann. So viel uns Sozialisten und uns Deutschen an diesem Völkerbund auch nicht gefallen mag, so wird er für uns dadurch nicht günstiger, daß wir draußen bleiben. (Sehr gut!) Was wir erreichen können, vermögen wir nur durch Mitwirkung im Völkerbund, bei aller Zurückhaltung gegenüber seinem gegenwärtigen Charakter. Wir wollen ihn als Instrument auch für uns benutzen. Wir stehen zum Völkerbund vielleicht ähnlich wie viele von uns zu der gegenwärtigen kapitalistischen Republik stehen. Beide sind da, wir wollen sie ausnutzen, wir wollen an ihrer Demokratisierung mitarbeiten. Dem Völkerbund gegenüber stehen wir auf dem Standpunkt, daß er von Dauer nur sein kann, wenn er sich mit dem Geist durchdringt, von dem die Sozialistische Internationale durchdrungen ist.

So stehen wir diesen Dingen gegenüber, ganz nüchtern, ohne Hintergedanken, aber auch ohne Illusionen. Wir treiben eine Politik, die, wohl bewußt, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus den Frieden der Welt garantieren kann, doch darauf hinausläuft, in dem Staatensystem, in das wir gestellt sind, jeden Keim und jede Bewegung zu unterstützen, die uns auch nur einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden bringen kann. (Lebhafter Beifall.)

(M i t t a g s p a u s e.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet. Wir fahren in der Diskussion fort.

Mäder-Altenburg: Genosse Crispien hat uns in seinen Darlegungen über die Verhandlungen der Arbeiterinternationale in Marseille die Notwendigkeit der Völkerverständigung und des Weltfriedens in aller Eindringlichkeit dargetan. Wenn ich mir aber das Endergebnis dieser Konferenz ansehe, kann ich unmöglich ungeteilte Freude darüber empfinden. Vielmehr ist dieses Endergebnis ebenso ungeklärt wie das der früheren Haager Friedenskonferenzen. Auch sie sahen keine einheitlichen und international verbindlichen Mittel zur Erzwingung des Friedens durch die Arbeiterklasse und alle übrigen friedlichen Elemente vor. In Marseille wurde keine Verbindlichkeit geschaffen bezüglich der Methoden, die die Arbeiterschaft künftig zur Abwendung eines Weltbrandes anzuwenden gedenkt. Wir haben deshalb mit aller Entschiedenheit in der Richtung zu arbeiten, daß möglichst schon im Laufe der nächsten Zeit eine solche internationale Verbindlichkeit erzwungen wird; denn nur dann können wir die Wiederholung eines 1. August 1914 verhüten.

Nun aber betrachte ich die Frage des Weltfriedens nicht vorwiegend als ein Problem der Zweckmäßigkeit und der parteipolitischen Taktik, sondern in erster Linie als eine Frage der allgemeinen sittlichen Bildung. Die Genossen Löwenstein und Heinrich Schulz haben gestern dargelegt, daß leider die bisherigen Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei dem Bildungsproblem viel zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet haben. (Sehr wahr!) Ich unterschreibe das durchaus. Es kommt mir darauf an, die sozialistische Bildung und den Pazifismus als einen ihrer wesentlichsten Bestandteile mit aller Entschiedenheit gegenüber dem innerlich erkalteten groß- und kleinbürgerlichen Bildungsideal scharf abzu-

grenzen. Wir müssen uns auf ein unbedingtes Bekenntnis zum Pazifismus einigen. Heute vormittag haben wir eine Reihe von Entschließungen angenommen, die sich mit der Reichswehr befassen. Ich bedauere das Ergebnis dieser Abstimmung. Die Reichswehr ist ein Instrument des Militarismus, ein Ueberrest der alten wilhelminischen Armee. Die verschiedensten politischen Vorkommnisse haben das eindeutig klar erwiesen. Bei unserer Einstellung zur Reichswehr müssen wir uns von dem Gesichtspunkte unserer allgemeinen Programmforderungen leiten lassen, und dürfen die Taktik unter keinen Umständen über den Grundsatz stellen. In weiten Kreisen, leider auch der Arbeiterschaft lebt bedauerlicherweise eine gewisse verdrängte Kriegervereinsmentalität. Sie äußert sich darin, daß man auf der einen Seite dem deutschen Heere der Gegenwart außenpolitisch zuviel Bedeutung beimißt, auf der anderen Seite innenpolitisch eine zu geringe Bedeutung zuerkennt. Außenpolitisch ist das deutsche Heer eine Lächerlichkeit und deshalb ohne Vorbehalt abzulehnen. Aus diesem Grunde bin ich auch für entschiedene Ablehnung des Reichswehretats. Innenpolitisch bedeutet das deutsche Heer schwerlich eine Stütze der Republik. Wenn wir die militärischen Organisationen, die draußen im Lande wohl auch als schwarze Reichswehr bezeichnet werden, unter die Lupe der Kritik nehmen, dürfen wir sogar sagen: sie bedeuten eine bewußte Unterminierung der deutschen Republik und müssen deshalb von unserer Partei mit aller Entschiedenheit bekämpft werden, wenn wir überhaupt den Gedanken der Gewalt von uns weisen wollen, wie das unserem Programm entspricht. Es scheint mir das allerstärkste Minus der KPD. zu sein, daß sie über die Methode der Gewaltanwendung nicht hinauskommt. Als Sozialdemokraten und entschiedene Pazifisten müssen wir den Gedanken der Völkerversöhnung so uneingeschränkt in unser Programm und in unser Handeln aufnehmen, daß es eine Bewilligung von Reichswehretats niemals wieder geben kann.

Die Frage der Völkerversöhnung läßt sich nicht entscheiden durch augenblickliche Mehrheiten oder Minderheiten, sondern sie ist eine Frage der Menschheitsbildung überhaupt. Nehmen wir deshalb diesen Gedanken in unser gesamtes Denken auf und verpflanzen wir ihn vor allem in die Jugend. Die Genossen, die gestern über das Schulproblem gesprochen haben, waren einmütig der Auffassung, daß die bisherige Schule nicht vorbehaltlos eine Schule der Republik ist, sondern noch recht viel Rumpelwerk aus der alten Zeit enthält. Das trifft besonders für den Geschichtsunterricht zu, der in Zukunft den Gedanken der Völkerversöhnung und des Weltfriedens fördern muß.

Nun ein Wort zu den beiden Anträgen der Genossen Loeb-Frankfurt und Hermann Müller. Aus der bisherigen Diskussion konnte der Eindruck entstehen, als ob jene beiden Anträge einander ausschlössen. Ich sehe durchaus die Möglichkeit, beide Anträge anzunehmen; den sie enthalten nichts Gegensätzliches. Genosse Loeb ist nicht gegen einen Eintritt in den Völkerbund; Genosse Müller befürwortet ihn. Es besteht also eine starke Uebereinstimmung. Den Vorbehalt, den Genosse Loeb macht, unterstreiche ich; wir müssen uns die Handlungsfreiheit im Osten unter allen Umständen offenhalten (sehr richtig!), auch dann, wenn wir von einer berechtigten inneren Ablehnung gegenüber dem Bolschewismus erfüllt sind. Politische und wirtschaftliche Erwägungen müssen bei Behandlung der russischen Frage scharf getrennt werden. Deutschland und Rußland gehören geographisch und wirtschaftspolitisch zusammen. Deshalb bitte ich Sie, beide Anträge anzunehmen.

Högner-München: Die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist in Parteikreisen wohl nahezu allgemein anerkannt. An den verantwortlichen Stellen in der Partei wird es aber auch keine Illusionisten geben, die davon eine alsbaldige Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen

Lage erwarten. Die Entstehungsgeschichte des Völkerbundes schließt das aus. Wir alle wissen, daß der Völkerbund aus dem Bedürfnis der assoziierten und alliierten Regierungen heraus entstanden ist, auch noch nach dem Weltkriege beisammen zu bleiben und weiterhin Schiedsrichter der Welt zu sein. Der bereits von meinem Vorredner gekennzeichnete kapitalistische Charakter und die Entstehungsgeschichte dieses Völkerbundes sind die Erklärung für alle die Halbheiten und Ungerechtigkeiten, die bisher in seinem Wirken zu verzeichnen sind, vor allem bei der Entscheidung über Oberschlesien und in manchen Danziger Angelegenheiten, sie sind ursächlich für das katastrophale Versagen des Völkerbundes im Saargebiet. Eine Aenderung wird solange nicht eintreten, als es imperialistische Regierungen gibt, die auf Kosten ihrer Nachbarn chauvinistische Ziele verfolgen. Die Gründe der wirtschaftlichen und menschlichen Vernunft allein reichen nicht aus, um darin eine Aenderung herbeizuführen; es muß eine Wandlung der Gesinnung eintreten. Wenn nun Deutschland in den gegenwärtigen Völkerbund eintritt, so hat es an der Hauptaufgabe zu arbeiten, dem Völkerbunde erst jenen Inhalt zu geben, der für die wahre Befriedung der Welt unerläßlich ist. Deutschland allein kann das nicht leisten. Wir müssen hoffen, daß es Deutschland gelingt, zu diesem Ziele die Gutgesinnten unter den anderen Völkern zusammenzufassen. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß es die vornehmste Pflicht eines Deutschland im Völkerbunde ist, für das Selbstbestimmungsrecht gerade des deutschen Volkes und für den Schutz der deutschen Minoritäten im Auslande einzutreten. (Sehr richtig!) Das ist keine nationalistische Politik. Der internationale Organismus kann nicht gedeihen, wenn nicht die nationalen Zellen lebensfähig sind. Wir haben also auch als gute Sozialdemokraten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Lebensfähigkeit des gesamten deutschen Volkes wiederhergestellt wird. Allerdings müssen wir in dieser Beziehung bis auf weiteres noch mit einer starken Gegenstimmung unter den anderen Völkern rechnen. Unsere Lage wäre zweifellos leichter, wenn es gelänge, die Vereinigten Staaten und Rußland zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, schon deshalb, weil diese Völker in geringerem Maß als andere uns gegensätzliche Interessen haben. Die Sachlage ist aber doch die, daß das bolschewistische Rußland in den Völkerbund gar nicht hineinwill, weil es auf seine Propaganda nicht zu verzichten gedenkt und seine imperialistische Politik nicht aufgeben will. (Sehr richtig!) Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als eine aufrichtige Versöhnung mit dem französischen Volke zu suchen. (Sehr gut!) Das setzt natürlich auf beiden Seiten Verzicht auf liebgewordene Vorstellungen voraus. Das deutsche Volk hat bei seiner nationalen Einigung schon auf wichtige Bestandteile verzichten müssen, und das Versailler Diktat hat uns weitere Gebiete deutschen Kulturlandes genommen. Ein Verzicht aber auf den Zusammenschluß mit Oesterreich wäre für uns im Süden vollends unerträglich. (Sehr wahr!) Ein solcher Verzicht darf nicht zur Bedingung unseres Eintritts in den Völkerbund gemacht werden.

Auch andere Vorfragen sind noch zu klären. Zweifellos ist die Bestimmung des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts, der uns zur Waffenhilfe für den Völkerbund und zur Duldung des Durchmarsches fremder Truppen verpflichten würde, nicht unbedenklich. Die deutschen Kantone der Schweiz haben mit überwiegender Mehrheit seinerzeit wegen dieses Artikels 16 die Beteiligung abgelehnt. Wir hoffen, daß sich ein Modus finden läßt, um Deutschland trotzdem den Eintritt in den Völkerbund zu ermöglichen. Unsere österreichischen Brüder sind von dem bisherigen Wirken des Völkerbundes nicht entzückt, und auch wir werden uns keinen Illusionen hingeben dürfen. Der gegenwärtige Völkerbund ist kein Allheilmittel gegen die Schäden der Welt, auch nicht gegen das kapitalistische System. Von dem gegenwärtigen Völkerbund eine Erleichterung der Lage des

deutschen Proletariats in absehbarer Zeit zu erwarten, ist ebenso verfehlt wie der Glaube an die Durchführung des Sozialismus bei uns durch eine Legion roter Engel aus dem Sowjetparadies. Die einzige Erleichterung unserer internationalen Lage ist bisher in dem Augenblick eingetreten, als in England eine Arbeiterregierung am Ruder war. Wir werden also den Eintritt Deutschlands in den gegenwärtigen Völkerbund nicht mit überschwenglichen Hoffnungen begleiten dürfen, werden dafür aber dann nachher auch keine schlimmen Enttäuschungen ernten. (Beifall.)

Haubach-Hamburg: Vorhin hat jemand in der Diskussion den Standpunkt der englischen Arbeiterpartei zum Genfer Protokoll sozusagen als vorbildlich hingestellt. Es ist gut, daran zu erinnern, daß der Enthusiasmus der englischen Arbeiterpartei für das Genfer Protokoll erst neueren Datums ist. (Sehr richtig!) Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß eine mehr oder weniger große Begeisterung für das Genfer Protokoll an den entscheidenden weltpolitischen Tatsachen vorübergeht. Für das Genfer Protokoll heute eintreten, heißt für gar nichts eintreten; denn in der augenblicklichen Lage der Weltpolitik ist das Genfer Protokoll unmöglich. Solange das englische Weltreich existiert, wird das Genfer Protokoll von England niemals verwirklicht werden; denn die entscheidenden Widerstände kommen von den englischen Dominions, von Australien, Kanada, Neuseeland. Das Genfer Protokoll wird von dem englischen Weltreich nur dann ratifiziert werden, wenn eine Loslösung dieser Dominions von England stattgefunden hat. Daher ist es nicht gleichgültig, nach einem Ersatz zu suchen. Vorhin meinte ein Redner, die Friedenspolitik sei eine sittliche Angelegenheit. Nein, sie ist eine politische Angelegenheit. Eine sittliche Angelegenheit war die Friedensidee auch vor dem Kriege. Niemand kann daran zweifeln, daß die alte Internationale von sittlicher Begeisterung für den Frieden entflammt war. Daß es ihr nicht gelang, den Krieg zu verhindern, beweist, daß die Friedensidee eben nur eine sittliche Angelegenheit war und keine politische. Friedenspolitik betreiben heißt, Schritt für Schritt konstruktive Politik betreiben. Das entscheidende Friedensproblem für das deutsche Volk liegt an der Rheingrenze. Wenn es gelingt, diesen Jahrhunderte alten Fluch von dem französischen und dem deutschen Volke zu nehmen, ist der erste positive Schritt getan. (Lebhafte Zustimmung.) Daher ist die Sicherheitspaktpolitik nur zu verstehen als eine Politik, die darauf hinausläuft, die endgültige Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. (Sehr richtig!) Nun wird darauf hingewiesen, daß der Sicherheitspakt uns vielleicht mit Frankreich zusammen in eine Front gegen Rußland spannen könnte. Wer das sagt, kennt die augenblickliche weltpolitische Konstellation nicht. Momentan zeigt sich eine starke Annäherung zwischen Frankreich und Rußland an allen entscheidenden Plätzen der Weltpolitik, so in China, wo Frankreich an Rußlands Seite eingegriffen hat, in der Türkei, wo die russische und die französische Politik gemeinsame Sache machen, und an verschiedenen anderen Plätzen. Wenn Rußland befürchtet, daß man es mit dem Sicherheitspakt einkreisen wolle, so ist es nicht der Sicherheitspakt als solcher, sondern die Methode der Verhandlung, die in Moskau Verdacht erregt. Die Stresemannsche Sicherheitspolitik geht darauf hinaus, mit dem Sicherheitspakt den englisch-französischen Gegensatz gegen Frankreich auszuspielen. Sie versucht, auf dem Wege über London auf Paris zu drücken, und auf diese Weise entsteht von Moskau aus gesehen der Eindruck, als ob sich Berlin an den großen angelsächsischen Block verkauft habe. Die Partei hat mit seltener Deutlichkeit und Eindringlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß das entscheidende Problem im Sicherheitspakt die deutsch-französische Verständigung ist. Wir können dem Sicherheitspakt ruhig zustimmen; denn wenn er einmal lebt, ist die deutsch-französische Verständigung nicht mehr aufzuhalten. (Sehr richtig!) Daß auf der

schwarzweißroten Seite in Deutschland der Versuch besteht, Deutschland auf die Seite des angelsächsischen Blocks hinüberzumanövrieren, ist richtig, und dieser Versuch muß gebrandmarkt werden. Heute ist in der Außenpolitik nicht mehr der Streit, ob Verständigungspolitik oder nicht, sondern heute geht der Streit um die Richtung der Verständigung. Wenn die schwarzweißrote Seite uns in die Hände des angelsächsischen Blocks hineinjagen will, so will die bolschewistische Seite uns in die Hände des asiatischen Blocks hineinjagen. Eine konstruktive deutsche Friedenspolitik besteht darin, Deutschland aus diesen beiden großen Riesenkonzentrationen in der Weltpolitik herauszuschälen. Deutschland muß eine europäische Politik treiben. Genosse Crispien wies darauf hin, daß die Stärke der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern liegt. Das ist kein Zufall. Die Arbeiterbewegung kann nur da Arbeiterpolitik betreiben, wo sie selbst am Leben ist. Daher ist die europäische Frage für die Arbeiterschaft eine Frage allerersten Ranges. Wir dürfen uns von Schlagworten nicht gefangen nehmen lassen. Vorhin hat ein Redner es als selbstverständlich hingestellt, daß Deutschland und Rußland wirtschaftlich zusammengehören. Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Leider geht meine Redezeit zu Ende. Ueber die verwickelte Frage, was wirtschaftlich zusammengehört, können wir hier nicht diskutieren; daher nur die kurze Antwort: was wirtschaftlich zusammengehört, ist zunächst Europa! (Bravo!)

Hermann **Müller**-Franken (Parteivorstand): Zunächst einige Bemerkungen über die Ostfragen, und zwar möchte ich zunächst auf das antworten, was die Genossin Sender über die Behandlung der Optantenfrage im Reichstag ausgeführt hat. Sie hat sich gegen die Entschließung gewandt, die damals vom Reichstag angenommen wurde und auch unsere Unterschrift gefunden hat. Es mag sein, daß der eine oder andere Satz dieser Entschließung manchem nicht gepaßt hat. Diese Entschließung war uns damals kurz vor der Abstimmung zugegangen und sollte eine andere Entschließung ersetzen, gegen die wir noch mehr Einwendungen gehabt hätten, die wir aber trotzdem, so wie die Dinge nun einmal lagen, nicht hätten ablehnen können. Wer die Debatte über die Optantenfrage im Reichstag verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß die Haltung der sozialdemokratischen Redner einen deutlichen Strich erkennen ließ gegenüber der Haltung der bürgerlichen Parteien. Was die Optantenfrage im ganzen angeht, so haben wir nie bestritten, daß rein juristisch auf Grund der Wiener Abmachungen die polnische Regierung ein Recht gehabt hat, so vorzugehen. Aber man kann ein juristisches Recht so mißbrauchen, daß es zum schwersten moralischen Unrecht wird. Diesen Vorwurf haben wir der polnischen Regierung, die unter dem Druck ihrer Nationalisten steht, zu machen. Wir haben uns gerade im Interesse der Herbeiführung einer allgemeinen europäischen Befriedung dagegen zu wehren, daß diese Maßnahme mit der Brutalität und Schärfe angewandt wurde, wie es die polnische Regierung tut. Es besteht ja gar kein Zwang dazu, so vorzugehen. Auch andere Regierungen, die den Versailler Vertrag unterschrieben haben, haben nicht von all den Rechten Gebrauch gemacht, die ihnen der Vertrag gab. Es wird niemand geben, der nicht gute wirtschaftliche Beziehungen zu Polen wünscht; das gilt nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für weite Kreise der deutschen Industrie. Aber auch hier liegen die Dinge nicht so einfach, wie sie oft zu liegen scheinen. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß bei den Verhandlungen, die wir über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu führen Gelegenheit hatten, ein Haupthindernis die Forderung gewesen ist, die die Bergarbeiter Oberschlesiens wegen der Einführung der oberschlesisch-polnischen Kohle gestellt hatten. Wir haben volles Verständnis für die Haltung dieser Gewerkschaften, deren Mitglieder unter außerordentlich großer Arbeitslosigkeit leiden. Wir haben aber

auf der anderen Seite erlebt, daß gleichzeitig aus den deutschen Kreisen Polnisch-Oberschlesiens, aus der Kattowitzer Gegend, Deputationen von Arbeitern zu uns kamen, die uns baten, doch dafür zu sorgen, daß etwas mehr Entgegenkommen gezeigt würde, weil sonst diejenigen deutschen Bergarbeiter, die für Polen optiert hätten, schließlich darunter zu leiden hätten.

So liegen die Dinge oft für den, der ihnen nähertreten muß, und es ist nicht immer möglich, in Resolutionen Richtlinien zu geben, die für alles passen.

Breitscheid hat bereits die Ablehnung des Antrags Loeb empfohlen. Ich halte es geradezu für gefährlich, wenn gesagt wird, daß ein Sicherheitspakt einer positiven Ostpolitik nicht im Wege stehen darf. Das ist selbstverständlich. Wenn es aber vom Parteitag ausgesprochen wird, involviert es geradezu einen Vorwurf. Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Sozialdemokratische Partei und die Parteigenossen, die als Minister in der Regierung gesessen haben, jederzeit eine Haltung eingenommen haben, über die billigerweise die Sowjet-Regierung sich nicht beschweren kann. Wir haben immer gesagt: wirtschaftliche Beziehungen müssen gepflogen werden ganz unabhängig von der Staatsverfassung, in der sich ein Staat befindet. Die Sowjet-Regierung ist uns darin Vorbild: sie poussiert geradezu das faschistische Italien Mussolinis, um in gute wirtschaftliche Beziehungen zu Italien zu kommen. Als ich im November 1919 Außenminister war, hat Lloyd George mir eine Note mit der Aufforderung zur Teilnahme am Boykott Sowjetrußlands zugesandt. Wir haben trotz der schwierigen außenpolitischen Lage — der Versailler Vertrag wurde erst im Januar 1920 ratifiziert — diesen Boykott glatt abgelehnt, weil wir ihn nicht verantworten konnten. Diese Haltung ist von uns immer eingenommen worden. Wir müssen es deshalb zurückweisen, wenn die von der Sowjet-Regierung ausgehaltene deutsche Kommunistische Partei aus rein agitatorischen Gründen in dieser Beziehung falsche Vorwürfe gegen die Sozialdemokratische Partei erhebt.

Wir haben uns in Marseille im Anschluß an das Referat Otto Bauers über die Ostfragen die These zu eigen gemacht: Hände weg von Sowjet-Rußland! Als mich ein österreichischer Delegierter fragte, ob wir mit Bauers Rede einverstanden wären, habe ich geantwortet: Jawohl, mit jedem Satz, wenn er auch nicht so weit geht wie Brockdorff-Rantzau! Man kann der deutschen Politik auf diesem Gebiet wirklich keinen Vorwurf machen. Es schien im Gegenteil des öfteren, als ob die deutsche Regierung bei der Behandlung der Westfragen zu sehr nach Rußland hinschielte. (Sehr richtig!) Die Linie, die wir gefunden haben, entspricht durchaus dem, was die deutsche Arbeiterklasse und die Internationale von uns zu verlangen haben.

Breitscheid hat schon gesagt, daß keiner von uns irgendwelche Illusionen über den Völkerbund hat. Dr. Haubach hat ganz recht, wenn er sagt, daß der Völkerbund durch den Versailler Vertrag ins Leben gerufen worden ist als eine Institution, die über den Krieg hinaus die Politik der Sieger weiter verfechten sollte. Deshalb ist es um so mehr unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Völkerbund sich immer mehr unserm Ideenkreis zuwendet, universell wird und auch unter deutscher Mitwirkung Politik treiben kann. (Sehr richtig!) Diese Auffassung ist nichts Neues. Auf der ersten Konferenz nach dem Weltkrieg im Februar 1919 in Bern, bevor also der Versailler Vertrag fertig war, haben wir internationalen Sozialisten übereinstimmend Richtlinien aufgestellt, die unser Ideal vom Völkerbund aufzeigten, und haben ausgesprochen, daß der geplante Völkerbund nicht dem entspricht, was die Völker nach diesem furchtbaren Weltkrieg erwartet hatten. Nicht nur die Regierungen, sondern die Völker wollten wir in den Delegationen und Institutionen dieses Völkerbundes vertreten sehen. Wenn in den letzten Tagen die sozialistischen Minister und Regierungsvertreter als Völkerbundsdelegierten eine Besprechung in Genf abgehalten haben, so ist das wieder ein kleiner Schritt nach unserm Ideal hin. Wir müssen es dahin zu treiben suchen, daß sich in diesem Völkerbund die Sozialisten aller Länder finden, — die Nationalisten können sich ja nicht finden, weil sie sich durch die nationalistischen Bestrebungen ihrer Länder gegenseitig aufheben. Also darüber kann kein Streit sein, was wir vom jetzigen Völkerbund zu erwarten haben, und wie wir Sozialisten ihn uns ideal denken.

Wenn dann die Genossin Sender gesagt hat, die Politik der Internationale müsse auf allen Gebieten lebendig werden, daß eine Frage, wie die Beteiligung an der Regierung, international zur Debatte gestellt werden müsse, so ist auch dieser Gedanke nicht neu. Unsere französischen Freunde haben in der vorletzten Sitzung der Exekutive im Mai in Paris vorgeschlagen, daß man dieses Thema bereits in Marseille behandeln sollte. Ich glaube nicht, daß viel dabei herauskommen wird, wenn man sich hierüber international unterhält, denn die Beteiligung an der Regierung wird durch die Verhältnisse der einzelnen Länder stark bestimmt. (Sehr richtig!) Notwendig ist aber, daß nicht gewisse Schranken aufgerichtet werden. Hier sollten die Spuren von Amsterdam schrecken. Ich habe schon in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß vielleicht manches anders gekommen wäre, wenn nicht Jaurès durch die Amsterdamer Beschlüsse gehindert worden wäre, in ein Ministerium einzutreten. Dann hätte sich vielleicht ein stärkerer sozialistischer Einfluß 1914 in Frankreich bemerkbar machen können.

Es kommt heute vor allem anderen darauf an, daß die Internationale zu den praktischen Fragen, die internationaler Lösung bedürfen, Stellung nimmt. Ich erinnere an die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, an die Abhaltung von Wirtschaftskonferenzen, die die Behebung der Arbeitslosigkeit zur Diskussion stellen sollen, vor allen Dingen aber an die Verhinderung künftiger Kriege. Mit Recht hat Leon Blum in seiner großen Rede in Marseille hierauf den größten Wert gelegt.

Wir brauchen über das, was in der von uns eingebrachten Resolution vorgeschlagen ist, nicht hinauszugehen. Es ist notwendig, worauf Breitscheid schon hingewiesen hat, daß genau wie der Staat so auch die Internationale und der Völkerbund immer mehr von sozialistischem Geist durchdrungen werden, daß der Geist von Marseille immer mehr auf die Genfer Verhandlungen Einfluß erhält. Das wird der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Segen gereichen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Da Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter **Crispien** (Schlußwort): Ein Schlußwort halte ich nicht für nötig, da sich alle Debatteredner, von Nuancen im einzelnen abgesehen, auf den Boden der Beschlüsse der Internationale gestellt haben und die notwendigen Berichtigungen durch Breitscheid und Müller bereits erfolgt sind.

Von den vorliegenden Anträgen ist der Antrag 147 zurückgezogen.

Der Antrag 154 billigt die Politik, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeiführen will, warnt aber davor, sich zu Vorspanndiensten gegen Rußland gebrauchen zu lassen und enthält in seinem zweiten Teil eine Kritik des „Vorwärts“ und anderer Zeitungen. Dieser Antrag wird durch die Resolution Hermann Müller und Genossen erledigt.

Der Antrag 155 deckt sich mit dem Antrag Müller und Genossen.

Antrag 156 ist zurückgezogen.

Antrag 157 ist durch die Beschlüsse des Kongresses von Marseille erledigt, nach denen wir verpflichtet sind, allgemein für die Abrüstung einzutreten.

Der Antrag Loeb ist ebenfalls durch den Antrag 228 erledigt, da nach diesem Antrag die Beschlüsse des Kongresses von Marseille ausdrücklich anerkannt werden. Die vielen Einzelheiten in den verschiedenen Anträgen sind

in den gründlich durchgearbeiteten Vorschlägen des Marseiller Kongresses viel besser formuliert.

Ich erhoffe eine einstimmige Annahme der Resolution Müller und Genossen, durch deren Annahme alle anderen Anträge erledigt werden.

Der Antrag 228 wird einstimmig angenommen; damit sind alle anderen Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender **Wels**: Wir kehren nun zu dem Teil des Tagesordnungspunktes 1 zurück, der den

Sachsenkonflikt.

betrifft. Ich erteile dem Berichterstatter der Kommission Roß-Hamburg das Wort.

Berichterstatter **Roß**-Hamburg: Die von Ihnen eingesetzte Sachsenkommission trat am Dienstag vormittag 11 Uhr zusammen, wählte den Genossen Marum-Karlsruhe zum Vorsitzenden, Siering-Berlin zum Schriftführer und mich zum Berichterstatter.

Als Vertreter des Parteivorstandes waren der Genosse Dittmann und zeitweise auch Stelling bei den Verhandlungen zugegen.

Als Vertreter der sächsischen Parteiorganisation erschienen die Genossen Lipinski und Liebmann-Leipzig, Arzt und Edel-Dresden, Böchel-Chemnitz, Graupe-Zwickau, Geiser und Fleißner.

Als Vertreter der Fraktionsmehrheit des Landtags erschienen die Genossen Heldt, Bethke, Müller-Leipzig, Müller-Chemnitz, Schnierch, Wirth, Franz und Hagen.

Die Kommission beschloß, zunächst die streitenden Parteien zu hören und vollständige Redefreiheit zu gewähren; die sächsischen Genossen wurden aber gebeten, ihre Augen mehr vorwärts als rückwärts zu richten und nach Möglichkeit auch sich über die künftige Entwicklung zu äußern, wobei auf beiden Seiten der ernsthafte Wille zur Verständigung im Interesse der Gesamtpartei vorausgesetzt wurde. Von jeder Seite kamen drei Redner abwechselnd von jeder Richtung zum Wort, die in ausführlichen Darlegungen auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Sachsen, die Entstehung und Vertiefung der Gegensätze innerhalb der Partei und die einzelnen Streitpunkte eingingen und ihren Standpunkt zu rechtfertigen suchten. Von der einen Seite sprachen Lipinski, Liebmann und Edel, auf der anderen Heldt, Bethke und Müller-Leipzig. Die Kommissionsmitglieder beschränkten sich zunächst auf kurze Fragen zur Aufklärung des Sachverhalts.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß sich alle Redner bemühten, ihren Standpunkt sachlich und maßvoll in der Form darzulegen. (Bravo!) Da aber von den Parteien, wenn sich auch in den einzelnen Punkten eine Verständigung anzubahnen schien, brauchbare Vorschläge für eine gemeinsame Plattform nicht zu erwarten waren, hat die Kommission selbst einen geeigneten Weg gesucht und kam verhältnismäßig rasch zu einer Verständigung. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten waren in keinem Stadium der Beratung vorhanden, abgestimmt wurde überhaupt nicht, und bei der Feststellung des Ergebnisses ergab sich völlige Einmütigkeit. Ich unterstreiche das besonders deshalb, weil in der Kommission nicht nur die verschiedenen Landesteile Deutschlands, sondern auch die verschiedenen taktischen Richtungen innerhalb der Partei vertreten waren.

Das Ergebnis der Beratungen ist der Antrag der Sachsenkommission an den Parteitag.

Die Kommission war sich zunächst darüber einig, daß ein Eingehen auf die Schuldfrage möglichst vermieden werden müsse. Eine völlige Klärung dieses Punktes halten wir für unmöglich. Kein noch so weiser Richter wird hier ein allen vollkommen gerecht werdendes Urteil finden können. Im Laufe der Zeit ist immer mehr Material angehäuft worden, Berge von Akten sind entstanden, in denen ich herumzuwühlen verurteilt war, da in der knappen Zeit ein völliges Durcharbeiten unmöglich war. Von den streitenden Parteien wurde weiteres Material noch während der Verhandlungen der Kommission überreicht, wir haben es aber bis vor kurzem nicht zur Kenntnis genommen, soweit es nicht mündlich vorgetragen wurde, weil wir es für unnötig und unmöglich hielten, auf einzelne Differenzpunkte einzugehen. Fehler sind auf beiden Seiten gemacht worden, sogar schwere, jedoch ist jeder Versuch, hier nach Pfund und Gramm abzuwägen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Im Laufe der Jahre hat sich ein immer dichteres Gestrüpp um die Angelegenheiten der Partei in Sachsen entwickelt. Wir haben den Eindruck, daß die sächsischen Parteigenossen in diesem Gestrüpp so verirrt und verwirrt sind, daß sie, wenn sie selbst auch nach der großen Linie suchen, doch durch die vielen Einzelheiten, die ihnen ja viel mehr gegenwärtig sind als uns, auf Teilfragen abgelenkt und gedrängt werden, wodurch die Entscheidung immer schwieriger wird. Es gilt also, durch dieses Gestrüpp einen Weg zu hauen.

Dazu mußten wir einen Richtungspunkt haben. Er war uns dadurch gegeben, daß wir uns die Frage vorlegten: Was soll in Sachsen in der nächsten und weiteren Zukunft werden? Wir sind der Auffassung, daß der Parteitag einen dicken Strich unter das Vergangene ziehen soll. Auch die Genossen in Sachsen sollten das tun! (Sehr richtig!) Daß sie das tun können, ist nicht nur meine persönliche, sondern auch die Ueberzeugung aller Kommissionsmitglieder.

Wir müssen anerkennen, daß der gute Wille und die ehrliche Ueberzeugung, das Beste der Partei gewollt zu haben, auf beiden Seiten vorhanden gewesen ist und auch heute noch vorhanden ist. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß es sehr schwer sein wird, in Sachsen zu gesunden Verhältnissen zu kommen, denn die Erbitterung und Verbitterung ist auf beiden Seiten immer größer geworden. Schuld daran trägt unserer Ueberzeugung nach in erster Reihe der Ton und die Formen, in denen der Kampf unter den sächsischen Parteigenossen geführt worden ist. Das ist eigentlich das Traurigste bei der ganzen Sache, daß solche Formen des Kampfes unter Parteigenossen Platz greifen konnten. In Versammlungen, in der Presse, im Parlament und in persönlichen Auseinandersetzungen hat der Kampf eine Schärfe angenommen, die kaum zu überbieten ist. Wie soll das auf unsere Gegner wirken? (Sehr richtig!) Wie soll das auf die vielen wirken, die nicht wissen, wohin sie politisch gehen sollen, die zu uns kommen möchten, weil sie von uns ein Ideal vertreten sehen, das würdig ist, von immer größeren Kreisen des Volkes getragen zu werden, die also für die Idee des Sozialismus durchaus empfänglich sind? Werden nicht alle diese, die wir gewinnen müssen, von derartigen Formen des Kampfes unter Parteigenossen abgeschreckt! Auch davon abgesehen, wie es nach außen wirkt, ist es einfach unwürdig, in dieser Form miteinander zu verhandeln oder nicht zu verhandeln. Diese persönliche Zuspitzung der Gegensätze hätte vermieden werden können, wenn sich die Auseinandersetzung mit aller Energie nur auf die Behebung der sachlichen Gegensätze gerichtet hätte.

Ich habe schon angedeutet, daß diese tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten doch nicht ganz so groß sind wie in einem früheren Stadium. Das hängt mit der politischen Gesamtlage in Deutschland zusammen. Die augenblickliche politische Lage verpflichtet uns ganz besonders zu einmütigem Handeln, wie es uns durch unser Programm und die Interessen des Gesamtproletariats vorgeschrieben ist. Muß dann nicht eine Einigkeit in Fragen der Taktik möglich sein, die Differenzen zu überwinden, wenn man immer wieder den Blick auf das Ganze richtet!

Die Kommission ist danach einmütig zu der Auffassung gelangt, daß die gegenwärtigen Verhältnisse, auch auf die hinter uns liegenden Vorgänge zurückgreifen müssen, die von verschiedenen Seiten und demnach auch in verschiedener Auffassung in großen Zügen in der Kommission vorgetragen wurden.

Die Kommission ist danach einmütig zu der Auffassung gelangt, daß die Haltung des Parteivorstandes in der ganzen Frage richtig war. Er hat die politischen Notwendigkeiten gesehen, sich aber auch ehrlich bemüht, auszugleichen und zu vermitteln. Die sachlichen Gegensätze gruppieren sich sämtlich um die Frage der Koalitionspolitik in Sachsen. Im Zusammenhang damit steht auch die Frage der Zweckmäßigkeit einer Auflösung des Landtages. Die Kommission ist der Auffassung, daß gerade in diesem Punkt die Stellungnahme des Parteivorstandes in allen Phasen des Konflikts richtig war, und daß sich daraus die Folgerungen für die Zukunft ergeben. Eine hochpolitische Frage wie die der Landtagsauflösung kann allein nach sachlichen Gesichtspunkten unter sorgfältiger Würdigung aller Verhältnisse, auch der im Reiche, getroffen werden. Hierbei ist ganz besonders eine Geschlossenheit der Front notwendig. Der Berliner Parteitag hat das auch anerkannt und in seinem Beschluß vom vorigen Jahre die Grundlagen für die Behandlung der ganzen Frage festgelegt. Der Beschluß lautet:

1. Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktikfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion.
2. Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegend wichtige Fragen eine Beschlußfassung der Landesinstanzen herbeizuführen.
3. Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteiversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Die Entscheidungen der Landesparteiversammlungen sind für die Fraktionen bindend.
4. Nicht berührt hiervon wird das Recht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages zu suspendieren, wenn diese den Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen.

Danach kommen also drei Instanzen für solche Entscheidungen in Frage: die Fraktion, die Landesparteiversammlungen bzw. Bezirksvorstände und der Parteivorstand. Die Kommission legt Wert darauf, daß bei künftigen Entscheidungen diese drei Instanzen zusammenwirken. Der Regel nach wird es so sein, daß Fraktion und Parteiorganisation sich zunächst zu verständigen haben. Bei der besonderen Lage der Verhältnisse in Sachsen erachten wir es aber für notwendig, daß dort der Parteivorstand von Anfang an bei den Verhandlungen vertreten ist. Der Parteivorstand darf nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern muß die Möglichkeit haben, in jedem Stadium der Beratung einzugreifen und zu vermitteln. Wir verkennen nicht, daß das eine schwere und undankbare Arbeit sein wird. Wir haben aber das Vertrauen, daß der Parteivorstand sie auf sich nehmen wird. Die Sache ist so gedacht, daß, wenn Fraktion und Organisation der Partei sich einig sind, dann der Parteivorstand mit seiner Stimme natürlich nicht in Betracht kommt. Diese Einigung darf nur so erfolgen, daß eine Uebereinstimmung der beiden Instanzen erfolgt. Es kann nicht etwa durch die zufällige Zahl der Mitglieder bei der Beratung durch eine Abstimmung nach Mehrheit entschieden werden. Fraktion und Organisation haben je eine Stimme. Ist ein übereinstimmendes Votum nicht herbeizuführen, so gibt die Stimme des Parteivorstandes den Ausschlag. Nötig ist dazu, daß die Landtagsfraktion sich wieder zu einer einheitlichen Fraktion zusammenschließt. Der Versuch dazu ist auch in der letzten Vergangenheit gemacht worden, aber daran gescheitert, daß die eine Seite behauptet, die andere verständige sich schon vorher über die Haltung, die sie einnehmen wolle. Solches Verfahren kann nicht gebilligt werden. Wir müssen erwarten, daß in freier Entscheidung über die Haltung der Fraktion beraten wird, und daß die Minderheit sich fügt. Wir glauben, daß, wenn so verfahren wird, der zweckmäßige Zeitpunkt für eine Auflösung des Landtags gefunden werden kann, wie die politischen Verhältnisse es erfordern.

Die Sachsenkommission hat auch die Frage der Ausschließung von Mitgliedern der Landtagsfraktionsmehrheit eingehend behandelt. Wir sind der Ueberzeugung und beantragen es hiermit, daß alle anhängigen Ausschlußverfahren gegen Mitglieder der Landtagsfraktion, die aus Anlaß des Konflikts eingeleitet worden sind, niederzuschlagen sind. Wir billigen allen den guten Glauben und den Willen zu, im Interesse der Partei gehandelt zu haben. Danach sind diese Parteigenossen in ihre vollen Rechte als Parteimitglieder wieder einzusetzen. Das schließt im besonderen in sich, daß sie in Presse und Versammlungen die Möglichkeit haben, an die Massen der Parteigenossen heranzukommen. Sie haben sich bei uns darüber beschwert, daß ihnen diese Möglichkeit in der letzten Zeit mehr und mehr genommen worden ist. Wir haben auch hier im einzelnen nicht festgestellt, wie weit diese Behauptungen richtig sind, aber so viel ist auch von der andern Seite zugegeben, daß in der letzten Zeit die Mitglieder der Fraktionsmehrheit des Landtags nicht mehr zu Worte gekommen sind. Das muß natürlich ein für allemal beseitigt werden. Andererseits muß der Parteitag die Erwartung aussprechen, daß die Mitglieder der Mehrheit der Landtagsfraktion alle Versuche von Sonderkonferenzen usw. in Zukunft unterlassen und die Fühlung mit den Massen der Parteigenossen wieder aufnehmen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich ein Wort über das zweite Problem sprechen, das ist die Frage der Disziplin. Von den Gegnern der 23 wird diesen Disziplinwidrigkeit vorgeworfen. Die Vertreter der 23 sagen, daß sie als Landtagsabgeordnete in entscheidenden politischen Situationen zuerst nach ihrem politischen Gewissen und ihrer politischen Ueberzeugung hätten handeln müssen, daß sie gehandelt haben in Uebereinstimmung mit den Ratschlägen und Vorschlägen des Berliner Parteivorstandes, und daß die Disziplin nicht so weit gehen dürfe, daß, wenn gänzlich unverständige und unsinnige Beschlüsse gefaßt würden, die führenden Genossen dann gehalten wären, diese Beschlüsse auszuführen. Ich glaube, in diese Frage ist eine gewisse Verwirrung hineingetragen worden. Selbstverständlich muß jeder Genosse, der in führender Stellung in der Partei steht, besonders die Abgeordneten unserer Partei in Parlamenten, unter Umständen ganz selbständig sich entscheiden. Eine Verständigung mit der Gesamtpartei ist nicht immer möglich. Er kann sich auch gegen den ausdrücklichen Willen seiner Parteigenossen entscheiden in einer besonderen politischen Situation, weil er sich sagt: ich sehe die Einzelheiten, die zur Beurteilung der Sache notwendig sind, klarer als ihr da draußen; ihr könnt die Frage im gegenwärtigen Moment nicht richtig beurteilen. Aber das darf niemals so weit gehen, daß diese Genossen in führenden Stellungen sich dauernd in Widerspruch zur Haltung der Gesamtpartei und der Organisationen setzen. (Sehr richtig!) Immer wieder muß ich das, was ich getan und vertreten habe, auch vor der Masse der Parteigenossen rechtfertigen können. Wenn ich mich dauernd von der Masse loslöse, dann bin ich nicht mehr ihr Führer, sondern stehe ohne eine Gefolgschaft da, und das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir sind uns in der Kommission darüber einig gewesen, daß in dieser Frage der Disziplin von einzelnen Ge-

nossen unter den 23 Ansichten entwickelt worden sind, die wir nicht billigen können. Wir wollen unter das Vergangene einen Strich machen, aber wir erwarten, daß die 23 und alle anderen Genossen in Zukunft in den grundlegenden politischen Fragen sich den Entscheidungen der Parteigenossenschaft, wie sie auf Grund unserer Organisation getroffen sind, fügen. (Sehr gut!) Wenn ich das nicht mehr vertreten kann, was die Parteigenossen wollen, dann sage ich: Ich lege mein Amt in eure Hände zurück. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.)

Ich glaube, daß ich damit im wesentlichen den Standpunkt der Sachsenkommission dargelegt habe. Ich werde mir jetzt erlauben, den Antrag, den wir dem Parteitage unterbreiten, zu verlesen. Er lautet:

„Die wirtschaftliche und politische Situation in Sachsen macht eine Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats notwendig. Der Parteitag billigt deshalb die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachsenkonflikt einer Lösung entgegenzuführen.

Die Frage der Landtagsauflösung, welche in diesem Konflikt eine erhebliche Rolle spielt, darf nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Für diese Entscheidung bleibt maßgebend der Beschluß des Berliner Parteitags von 1924. Auf der Grundlage dieses Beschlusses verlangt der Parteitag, daß zunächst Fraktionsmehrheit und -minderheit sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und unter Zuziehung einer Vertretung des Parteivorstandes beraten und entscheiden, und daß die Frage der Landtagsauflösung von der Landtagsfraktion, den Bezirksvorständen Sachsens und dem Parteivorstand sobald als irgend möglich beraten und gemeinsam entschieden wird.

Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschluß alle gegen sächsische Parteigenossen aus Anlaß des Sachsenkonflikts anhängig gewordenen Ausschlußverfahren erledigt sind, daß die beteiligten Genossen wieder in ihre Parteirechte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in Presse und Versammlung zu geben ist. Es wird aber von ihnen erwartet, daß sie sich im Rahmen der Beschlüsse der Bezirksorganisationen Sachsens halten.

Der Parteitag gibt weiterhin seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Parteistreitigkeiten in Sachsen in der Presse, in Versammlungen und in persönlichen Aeußerungen mit einer Schärfe geführt worden sind, die nicht gebilligt werden kann.

Der Parteitag hat das Vertrauen zu allen beteiligten Genossen, daß sie durch kameradschaftliche Ausführung dieses Beschlusses des Parteitages den Sachsenkonflikt endgültig beseitigen und damit in Sachsen die Bahn freimachen zu fruchtbarer Arbeit für den Sozialismus."

Wir haben heute vormittag in einer letzten Sitzung den sächsischen Genossen beider Richtungen unseren Antrag vorgelegt. Wir haben ihnen gesagt, daß wir einmütig diesen Antrag zu stellen gewillt seien und daß wir im Interesse der Beilegung des Konflikts und der Gesamtpartei sie ersuchen, sich auf den Boden dieses Beschlusses zu stellen. Wir haben ihnen Zeit gelassen, denn ihnen war dieser Antrag bereits gestern bekannt gegeben worden. Nun hat der Genosse Arzt im Namen der Delegation erklärt, daß es ihnen leider nicht möglich sei, diesen Antrag der Sachsenkommission gewissermaßen zu unterschreiben (hört, hört!), daß sie aber, wenn der Parteitag beschlossen hätte, ehrlich und loyal sich dem Beschlusse des Parteitags fügen und ihn zur Ausführung bringen würden. (Bravo!) Die Vertreter der Fraktionsmehrheit haben erklärt, daß sie ebenfalls Bedenken gegen einzelne Teile des Antrags hätten, daß sie aber im Interesse der Lösung des Konflikts diese Bedenken zurückstellen und auf den Boden dieses Antrags sich zu stellen bereit seien. (Bravo!) Die Kommission hat dann beschlossen, daß sie nunmehr ihren Antrag dem Parteitag einreichen würde.

Der Genosse Arzt hat ferner noch erklärt, daß sie ihren Standpunkt in einer Erklärung dem Parteitag gegenüber darlegen möchten, daß sie aber ebenfalls nicht die Absicht hätten, eine unserer Ueberzeugung nach unfruchtbare und unersprießliche Diskussion über diese Sache auf dem Parteitag herbeizuführen.

Ich bitte Sie demnach, Genossen, nehmen Sie unsern Antrag an! Reinigen Sie dadurch die Atmosphäre in Sachsen! Nehmen Sie den Antrag möglichst einmütig an, damit die sächsischen Parteigenossen sehen, wie die Gesamtparteigenossenschaft in Deutschland zu diesen Dingen steht, und schaffen Sie dadurch die Grundlage für einen neuen Aufbau der ganzen Partei in Sachsen, die unter diesem Kampf in den letzten Jahren sehr schwer gelitten hat! So kann und darf es nicht weitergehen! Wir haben mehr zu vertreten als Augenblicksinteressen. Wir gehen auf einer großen Linie der Zukunft entgegen und müssen in einigem, geschlossenem Zuge gehen. Wir müssen unsere Kräfte zusammenfassen, damit das kommt, was wir wollen: Erfolge in der politischen Gegenwartsarbeit und endgültiger Sieg des Sozialismus in der Zukunft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Das Wort zu einer Erklärung im Namen der sächsischen Delegation hat Genosse Böchel-Chemnitz.

Böchel-Chemnitz: Genossinnen und Genossen, die sächsische Delegation weiß ausnahmslos die schwere Arbeit der Kommission zu würdigen. Wenn wir Sie bitten, jetzt unserer Erklärung zuzuhören, bitten wir Sie gleichzeitig, in dieser hoffentlich letzten Stunde des Konflikts sich noch einmal in die Herzen der sächsischen Parteigenossen hineinzuversetzen, die die schweren Kämpfe politischer und organisatorischer Natur durchgemacht haben. Ich habe im Namen von 51 Delegierten Sachsens — ausgenommen sind von der ganzen Delegation 5 — folgende Erklärung abzugeben:

Der Parteitag in Heidelberg hatte in seiner Urteilsfindung über den Sachsenkonflikt eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen, die nicht nur die Parteiorganisationen aller anderen Freistaaten, sondern auch die politischen und organisatorischen Lebensgrundlagen der Gesamtpartei berührt. Weil die Kernstücke des Problems bei den Verhandlungen in einem Wust von Nebensächlichkeiten untergegangen sind, deshalb fühlen die sächsischen Delegierten und Organisationsvertreter die Pflicht, der geschichtlichen Wahrheit zu Liebe vor der gesamten Partei diese Kernstücke nochmals hervorzuheben:

1. Durfte die Sozialdemokratie oder ein Teil von ihr eine Koalition eingehen, die von dem Gegner unter Gewaltexzessen brutalster Art angestrebt und von der übergroßen Mehrheit der sächsischen Parteigenossen abgelehnt worden ist?
2. Darf in der Sozialdemokratischen Partei das elementarste Grundrecht der Demokratie jahrelang durch eine Führergruppe, die bindende Parteibeschlüsse brach und schließlich selbst gegen die Weisungen des Parteivorstandes handelte, in einer Weise verletzt werden, daß der ganze demokratische Charakter der Partei in Frage gestellt wird?

Die sächsische Koalition wurde nach einem kurzen Uebergangsstadium geboren unter den Maschinengewehren der bürgerlich-reaktionären Reichsexekutive in einem Augenblick, als die Reichspartei eben infolge dieses Gewaltaktes gegen die sozialistischen Freistaaten aus der Regierung austrat und die Koalition löste. Die bewaffnete Macht der Bourgeoisie in Verbindung mit der unerträglichen Tatsache, daß unsere Partei in einer geschichtlichen Situation gegen ihren Willen zur Bildung der Regierung der großen Koalition gezwungen wurde, raubten der sächsischen Sozialdemokratie von der ersten Stunde dieser Koalition an jede Handlungsfreiheit. Alle Folgeerscheinungen, wie die rücksichtslose Entfernung der sozialdemokratischen Be-

amten, die Verschandelung der Volksrechte, die Zerrüttung unserer Partei mit dem offen ausgesprochenen Ziel des Bürgertums, sie zu spalten, liegen mit unerbittlicher Konsequenz in dieser Koalition beschlossen, die unsere entscheidenden Machtpositionen dem Gegner auslieferte und uns nur die Verantwortung für seine reaktionären Handlungen überließ. Von der Volkspartei wurde wiederholt öffentlich erklärt, daß sie die Koalition nicht mit der sächsischen Sozialdemokratie, sondern nur mit 23 Abgeordneten dieser Partei eingegangen sei. So gesehen, steht neben der subjektiven Schuld der einzelnen parteigenössischen Abgeordneten als Disziplinbrecher die große objektive Schuld, die sie vor der Geschichte auf sich genommen haben durch eine Politik, von der sie nach Lage der Sache wissen mußten, daß sie zur Katastrophe führte. (Lebhafte Zurufe — Unruhe.)

Die letzte Möglichkeit, dieses verhängnisvolle Bündnis, das in der Art seines Zustandekommens kein Beispiel in allen anderen Freistaaten hat, endlich zu lösen, bot sich nach dem Parteitag in Berlin, der die Entscheidung der Landesversammlung übertragen hatte, indem er sagte: Die Beschlüsse der Landesversammlungen sind für die Fraktion bindend. Ein Korrektivrecht hatte allein der Parteivorstand, wenn durch einen solchen Beschluß die Gesamtinteressen der Partei gefährdet waren. Dieser vom Reichsparteitag vorgesehene Sonderfall konnte aber bei dem einstimmig gefaßten Beschluß der sächsischen Landesversammlung im Oktober 1924, den Landtag aufzulösen und die Neuwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorzunehmen, deshalb nicht vorliegen, weil ja der Parteivorstand selbst in der Dresdner Vorsitzung die Auflösung dringend empfohlen hatte. Was also vorher als „nicht den Interessen der Gesamtpartei zuwiderlaufend" betrachtet, sondern nach den Worten des Parteivorstandsvertreters als ein „Gnadengeschenk des Himmels" bezeichnet wurde, konnte nachher nicht konstruiert werden als ein Fall, der dem Parteivorstand Veranlassung geben konnte, sein Korrektivrecht anzuwenden.

In logischer Folge entwickelten sich die Dinge weiter. Der bürgerliche Gegner koppelte nunmehr die 23 Abgeordneten, die kein Zurück mehr sahen und sich völlig von ihren Organisationen losgelöst hatten, immer fester an seine Politik, bis bei dem Angriff auf unsere wichtigste Position, die Gemeindeverfassung, der Parteivorstand selbst einschreiten mußte. Nun war niemand mehr in der ganzen Reichsorganisation, keine Körperschaft vom Bezirksverband bis zum Parteivorstand, die hätte Einhalt gebieten können. Die öffentliche Aufforderung des Parteivorstandes im letzten Stadium der Krise, den Landtag aufzulösen, wurde ebenso abgelehnt wie alle früheren Beschlüsse der Landesorganisation.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß ohne scharfe Bindungen die widerstrebenden Abgeordneten nicht zu bewegen sind, den Landtag aufzulösen und der Partei die unbedingte notwendige Handlungsfreiheit zurückzugeben. Die Fassung der neuen Entschließung bietet gerade in den entscheidenden Stellen den sächsischen Organisationen keine hinreichende Gewähr für sinngemäße Durchführung des Willens des Parteitags. Außerdem werden die dauernden Disziplinbrüche nicht klar und deutlich gerügt. Wir werfen die Frage auf, wie der einfache Parteigenosse zur Disziplin anzuhalten ist, wenn ungestraft eine Gruppe von Abgeordneten das höchste Recht der Partei außer Kraft setzen kann.

Wesentlich aus diesen Gründen sind die sächsischen Delegierten zu ihrem tiefen Bedauern nicht in der Lage, dieser Entschließung zuzustimmen. (Lebhafte Zurufe. — Lachen. — Große Unruhe. Zuruf: Das ist unglaublich! Schämen sollt Ihr Euch! — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Ich bitte um Ruhe!

Böchel-Chemnitz: Sie betrachten es aber als ihre selbstverständliche Pflicht, mit allen Kräften an der Erledigung des Konflikts im Sinne des Parteitagsbeschlusses mitzuwirken — — (Erneute große Unruhe. — Stürmische Rufe: Schluß! Schluß! — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Die 2 Minuten werden vorübergehen. Was Sie hier erleben, ist nichts gegen das, was in Sachsen jahrelang gespielt hat.

Böchel-Chemnitz: und damit ein Beispiel von Disziplin zu geben (Lachen und stürmische Zurufe), damit die Einheit gewahrt und die Hoffnungen der Gegner rechts und links auf Parteispaltung zunichte gemacht werden. (Erneute stürmische Zurufe und große Unruhe.)

Marum-Karlsruhe: Parteigenossinnen und -genossen! Ich habe zwar die Mitglieder der Sachsenkommission jetzt nicht mehr sprechen können, aber ich glaube, so, wie ich die Mitglieder in dem Ausschuß habe kennen lernen, werden sie durchaus das billigen, was ich jetzt dem Parteitag sagen möchte. Ich bedaure auf das Tiefste die Erklärung, die wir soeben von dem Genossen Böchel gehört haben. (Sehr richtig!) Wir haben, wie der Genosse Roß vorhin ausgeführt hat, loyalerweise den beteiligten Genossen gestern den Entwurf unseres Antrages vertraulich bekannt gegeben. Als die Parteigenossen aus Sachsen mitteilten, daß sie die Absicht hätten, hier eine Erklärung abzugeben, habe ich in der Kommissionssitzung und auch nachher persönlich verschiedene Genossen aus Sachsen gebeten, sie möchten dem Sachsenausschuß oder mir den Entwurf dieser Erklärung zeigen, nicht als ob ich eine Zensur ausüben wollte, sondern weil ich verhüten wollte, daß durch eine solche Erklärung eine neue Schärfe in den Konflikt hineingetragen wird. (Sehr richtig!) Bedauerlicherweise haben die sächsischen Genossen das nicht getan. (Hört, hört!) Das, was in dieser Erklärung enthalten ist, ist im Ausschuß alles vorgetragen worden. Der Ausschuß hat es gekannt und ist trotzdem zu seiner Entscheidung gekommen. (Sehr wahr!) Aus dieser Tatsache mögen Sie entnehmen, welche Stellung der Ausschuß zu solchen Behauptungen einnimmt.

Wenn man loyal den Beschluß, den wir Ihnen vorgelegt haben, durchführen will, dann darf man nicht von neuem Oel ins Feuer gießen. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder wird der Beschluß, den wir Ihnen vorgelegt haben, lediglich ein gedrucktes Blatt Papier bleiben oder er wird loyal durchgeführt und schlägt zum Nutzen der Partei aus. Die erste Möglichkeit wird dann zur Wirklichkeit, wenn von den Beteiligten die bisherige Schärfe beibehalten wird und nicht ein Strich unter die Vergangenheit gemacht wird. Diese Möglichkeit wird dann zur Wahrheit, wenn man solche Erklärungen abgibt, wie sie die Sachsen abgegeben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Will man aber den Beschluß loyal durchführen, dann ist es notwendig, daß man auch einmal die Hand in die Tasche steckt und den Mund hält. (Sehr gut!) Nur dann kann Friede in Sachsen werden.

In dem letzten Absatz unseres Antrages steht, daß der Parteitag zu allen beteiligten Genossen das Vertrauen hat, daß sie sich bemühen werden, loyal an der Durchführung des Beschlusses mitzuarbeiten. Entweder ist das eine Phrase, oder es ist Wahrheit. (Sehr richtig!) Wenn es Wahrheit werden soll, dann müssen sich alle beteiligten Genossen Mühe geben, den Beschluß loyal durchzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Wege, den die Sachsen jetzt beschritten haben, geht das nicht. (Sehr richtig!) Deshalb möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, über die Erklärung, die wir eben gehört haben, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender **Wels**: Der Sinn des Beschlusses des Parteitages am ersten Tage, nach Anhörung von zwei Generalrednern aus Sachsen, alle Anträge aus dem Plenum des Parteitages zu entfernen und die ganze Angelegenheit der

Sachsenkommission zu überweisen, war der, den Parteitag nach Möglichkeit von der Behandlung dieser Frage zu entlasten, um einer Vertiefung der Gegensätze entgegenzuwirken. Der einmütig gefaßte Beschluß des Parteitages verpflichtet mich, eine neue Debatte über diese Frage zu verhindern. Ich muß annehmen, daß mit der eben abgegebenen Erklärung vielleicht eine neue Debatte heraufbeschworen werden sollte. (Rufe: Nein!) — Ich kann mir nicht denken, daß ein Mitglied der sächsischen Delegation glaubt, der übrige Parteitag werde für sich das Schweigegebot anerkennen, dem anderen Teile aber das Recht solcher Erklärungen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte trotz alledem den Parteitag bitten, von jeder Diskussion Abstand zu nehmen und einen dahingehenden Beschluß zu fassen. (Sehr richtig!) Ich weiß, welche Aufgabe Sie mit der Annahme dieser Resolution dem Parteivorstand zuweisen. Wir waren in den verflossenen zwei Jahren oft in unserer Arbeit für die Gesamtpartei nahezu lahmgelegt, weil alle unsere Kräfte im sächsischen Konflikt verbraucht wurden. Das Martyrium, das wir ausgestanden haben, hat ein Ende damit, daß die gegen den Parteivorstand wegen seiner Haltung im Sachsenkonflikt erhobenen Angriffe durch den einmütigen Beschluß der Sachsenkommission, die sich aus Genossen der verschiedenen Auffassungen zusammensetzte, zurückgewiesen worden sind. Ich bitte Sie dringend, durch die möglichst einmütige Annahme des Beschlusses dem Parteivorstande die Kraft zu geben, die Auffassung der Gesamtpartei bei seiner schlichtenden Tätigkeit in Sachsen mit dem Nachdruck zu vertreten, der notwendig ist, wenn Ihr Wille durchgeführt werden soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt darauf mit großer Mehrheit, keine weitere Diskussion zuzulassen. **Gegen die Stimmen der Sachsen wird dem Antrag der Sachsenkommission zugestimmt.**

Vorsitzender **Wels**: Ich richte von hier aus namens der Gesamtpartei an die Genossen der sächsischen Organisation die Aufforderung, daß, was sie am Schlusse ihrer Erklärung zum Ausdruck gebracht haben, nämlich daß sie loyalerweise helfen, die Einigung mit durchzuführen, dadurch zu bestätigen, daß auch für sie mit dieser Erklärung das letzte vergiftende Wort in dem Streit gesprochen sein soll. (Lebhafter Beifall.)

Darauf vertagt sich der Parteitag auf Freitag, 9 Uhr vormittags.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 15 Minuten.

Bethke-Dresden gibt nachstehende schriftliche Erklärung zu Protokoll: In der Sitzung vom 14. September haben die Delegierten von Plauen i. V. erklärt, daß meine Behauptung: „führende Genossen aus Plauen i. V. hätten verhindert, daß der als Referent für die Verfassungsfeier für Plauen festgelegte Genosse Dr. Gradnauer sprechen konnte, falsch sei. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Leiter des Republikanischen Reichsbundes aus Plauen i. V., Genosse Forster, unter dem 1. August 1925 an Genossen Dr. Gradnauer schreibt:

„Deutscher Republikanischer Reichsbund,
Gau Südwestsachsen.

Plauen i. V., den 1. August 1925.

Sehr geehrter Herr Dr. Gradnauer!

Verzeihen Sie, daß ich Ihnen erst heute auf Ihre Zusage, in Plauen zur Verfassungsfeier zu sprechen, antworte. Abgesehen davon, daß ich nach Ferienbeginn einige Zeit verreist war, haben sich erst kürzlich unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Rednerfrage eingestellt.

Es handelt sich, wie ich Ihnen schon wohl mitgeteilt hatte, um eine gemeinsame Veranstaltung von Reichsbund, Reichsbanner, demokratischer Partei und SPD. Nachdem die beteiligten Organisationen einstimmig beschlossen hatten,

den Redner aus der SPD. zu nehmen, hat sich auch von dieser Seite kein Widerspruch gegen die in Aussicht genommenen Redner erhoben. Erst vor etwa 14 Tagen sind nun von führenden Persönlichkeiten der hiesigen SPD. Einwände gegen Sie gemacht worden. Alle Vermittlungsversuche sind gescheitert, und um nicht die ganze Veranstaltung zu gefährden, ist von dem eingesetzten Ausschuß der SPD. die Konzession gemacht worden, einen ihr genehmen Redner zu gewinnen. (K. Hermann-Eisenach.)

Es tut mir außerordentlich leid, daß ich Ihnen deshalb heute erst abschreiben muß; denn es ist sonst von keiner Seite Widerspruch erhoben worden, und der Vorgang hängt natürlich nur mit dem leider bestehenden Zwist in der SPD. zusammen.

Indem ich Ihnen nochmals für Ihre Bereitwilligkeit danke, begrüße ich Sie mit vorzüglicher Hochachtung gez. O. Forster."

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Mandatsprüfungskommission hat noch gestern das Resultat der Vorstandswahl und der Wahl der Kontrollkommission festgestellt. Es haben erhalten als Vorsitzende: Hermann Müller 327 Stimmen, Otto Wels 284, Crispien 247; als Kassierer: Friedrich Bartels 358, Ludwig 275; als Sekretäre: Adolf Braun 329, Dittmann 260, Marie Juchacz 335, Molkenbuhr 343, Stelling 312; als Beisitzer: Richard Fischer 275, Otto Frank 221, Karl Hildenbrand 263, Hilferding 261, Moses 217, Nemitz 229, Ryneck 236, Heinrich Schulz 273, Stahl 231, Stampfer 260, Aufhäuser 143, Fleißner 113, Frölich 173, Künstler 102, Wurm 107. Gewählt sind die bisherigen Beisitzer: Fischer, Frank, Hildenbrand, Hilferding, Moses, Nemitz, Ryneck, Schulz, Stahl und Stampfer. Ungültig waren vier Stimmzettel bei der Wahl der Vorsitzenden, ein Stimmzettel bei der Wahl der Kassierer, fünf bei der Wahl der Sekretäre und siebzehn bei der Wahl der Beisitzer.

Zur Kontrollkommission haben Stimmen erhalten: Lore Agnes 231, Wilhelm Bock 320, August Brey 288, Friedrich Brühne 309, Hengsbach 302, Löbe 324, Müller 278, Schönfelder 296, Treu 294 und Donalies 157. Die Kontrollkommission ist in ihrer alten Zusammensetzung wiedergewählt. Donalies hat die genügende Zahl der Stimmen nicht erhalten.

Ich schlage dem Parteitag nun vor, ehe wir zur Beratung des Parteiprogramms übergehen, noch den Rest unserer Tagesordnung aufzuarbeiten. Es handelt sich da zunächst um die Anträge 213 und 212. Beim Bureau ist angeregt worden, den Antrag 213, der sich auf die Alkoholfrage bezieht, durch die Annahme des Antrages Hoch zu derselben Frage für erledigt zu erklären. Ich schlage dem Parteitag vor, so zu verfahren.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Vorsitzender **Wels**: Der Antrag 212, der zur Esperantofrage Stellung nimmt, ist natürlich in der vorliegenden Form unannehmbar; immerhin ist die Frage der Welthilfssprachen der Beachtung wert. Ich empfehle daher, diesen Antrag dem Parteivorstand als Material zu überweisen.

Es wird so beschlossen.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen dann zu den Anträgen 205—208, die den nächsten Parteitag betreffen. Wir haben schon auf den letzten Parteitagen aus Zweckmäßigkeitsgründen von der Festlegung des Ortes für den nächsten Partei-

tag Abstand genommen. Ich möchte deshalb bitten, die Anträge 205—208 auch diesmal dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überweisen. Dabei verhehle ich nicht, daß Parteivorstand und Parteiausschuß im nächsten Jahre die Aufgabe haben, zu prüfen, wann der nächste Parteitag stattfinden soll. Das Statut schreibt vor, daß er in der Regel alle Jahre stattzufinden hat. Der Parteitag hat aber unter Abänderung des Statuts beschlossen, das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr in Einklang zu bringen. So dürften Kontrollkommission und Parteivorstand im nächsten Jahr vor die Entscheidung gestellt werden, wenn nicht wichtige politische Dinge etwas anderes notwendig machen, den nächsten Parteitag vielleicht erst in eineinhalb Jahren einzuberufen und überhaupt die Parteitage in den Anfang des Jahres, in die Osterwoche hineinzuverlegen.

Die Anträge 205—208 werden darauf dem Parteivorstand und Parteiausschuß zur Beschlußfassung überwiesen.

Zum Bericht der Beschwerdekommission erhält dann das Wort

Berichterstatter **Buchwitz:** Der Beschwerdekommission waren fünf Fälle zur Entscheidung unterbreitet worden. Ueber einen Fall wird der Genosse Kieß-Jena berichten, weil ich in diesem Falle Schiedsrichter war und es nicht gut angängig ist, daß ich in derselben Sache zum zweitenmal entscheide. Es handelt sich um den Fall Pappenheim aus Schmalkalden.

Wir befaßten uns zuerst mit dem Fall Gut und Gen. aus Eidelstädt. Bei der Gemeindewahl im Mai 1924 hatten die genannten Genossen sich auf eine sogenannte Mieterliste stellen lassen, also auf eine Gegenliste gegen die Sozialdemokratische Partei. Dabei war als verschärfend zu beachten, daß der Mieterverein im dortigen Ort oftmals eine scharfe Kampfstellung gegen unsere Partei eingenommen hat. Der Ortsverein Eidelstedt, dem die Genannten als Mitglieder angehörten, stellte am 6. April 1924 einen Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Der Bezirksvorstand vollzog daraufhin am 22. Juni den Ausschluß. Die Ausgeschlossenen erhoben Einspruch, und es tagte nunmehr ein Schiedsgericht, das den Genossen eine scharfe Rüge erteilte. Die Gerügten erhoben gegen den Spruch des Schiedsgerichts Einspruch; die Beschwerdekommission hat entschieden, daß dieser Einspruch zurückzuweisen sei, und daß es bei der Rüge verbleibe. Wir ließen uns dabei von dem Gedanken leiten, es könne unter keinen Umständen zulässig sein, daß Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sich auf eine gegnerische Liste bei irgendwelchen Wahlen setzen lassen. Wir bitten den Parteitag, dem Spruch der Beschwerdekommission zuzustimmen.

Der zweite Fall betraf den Genossen Bethke. Ein sich bedrängt fühlender parteigenössischer Beamter kam zum Genossen Bethke und bat ihn um seine Hilfe. Im Beisein von Zeugen wurde das Material fixiert, auf das es ankam, damit Genosse Bethke damit beim Minister vorstellig werden könnte. Einen Schriftsatz dieses diktierten Materials sollte der Genosse Bethke, einen anderen der Genosse Arzt als Vorsitzender der sächsischen Landesorganisation erhalten. Der Genosse Bethke glaubte, daß sehr schnell gehandelt werden müsse. Er ging deshalb schon am anderen Tage allein zu dem Minister. Zeugenaussagen bestätigen, daß er sich energisch der Sache annahm. Dabei äußerte jener Minister, daß er in dem Falle nur tätig sein könne, wenn ihm der Fall schriftlich fixiert vorgelegt würde. Genosse Bethke hatte nun vergessen, das Material von Freiberg nach Dresden mitzunehmen, und er hielt sich für berechtigt, da ihm die Zeit mangelte, das umfangreiche Schriftstück abzuschreiben, dem Minister den Brief auszuhändigen, der für den Genossen Arzt bestimmt war. Das führte dazu, daß die Ortsgruppe Freiberg den Ausschluß des Genossen Bethke veranlaßte. Der Bezirksvorstand Dresden schloß sich dem an. Gegen diesen Schiedsspruch erhob der Genosse Bethke Einspruch. Es tagte ein Schiedsgericht,

das zu dem Entscheid kam, daß der Genosse Bethke zweifellos den ehrlichen Willen gehabt habe, dem Beamten in seiner Notlage zu helfen, daß der Genosse Bethke nichts Ehrenrühriges getan habe und aus diesem Grunde der Ausschluß aufzuheben sei. Das Schiedsgericht hob also den ersten Spruch auf, erteilte aber dem Genossen Bethge eine Rüge. Gegen diesen Schiedsspruch legten Einspruch ein einerseits der Genosse Bethke, andererseits der Bezirksvorstand der Parteiorganisation des BezirksDresden. Die Kommission kam zu dem Entscheid, daß der beiderseitige Einspruch zu verwerfen sei, und daß es bei der Rüge sein Bewenden haben müsse. Sie ließ in der zur Anklage führenden Angelegenheit nicht die Vorsicht walten, die der Sache und der Stellung des Genossen Bethke entsprochen hätte. Der Beschluß der Kommission wurde ebenso wie vorher geschildert, einstimmig gefaßt.

Der dritte Fall betrifft die ehemaligen Mitglieder unserer Partei Wynands und Hinz aus Landau im Bezirk Pfalz. In der Inflationszeit mußte im dortigen Bezirk wie in den meisten anderen Bezirken zum Abbau von Sekretariaten und zur Entlassung von Sekretären geschritten werden. Der jüngste Sekretär war Wynands. Nach Ausweis der Akten hat Wynands sich auch dem Bezirksvorstand gegenüber bereiterklärt, seinen Posten zu verlassen. Später setzte im dortigen Unterbezirk ein scharfer Kampf gegen die Maßnahme des Bezirksvorstandes ein. Es bildete sich eine Kommission, die es sich zur Aufgabe machte, unter allen Umständen das Sekretariat in Landau und damit auch den Sekretär Wynands zu halten. Der Kampf artete soweit aus, daß von jener Kommission die Beitragssperre gegen den Bezirksvorstand organisiert wurde, und daß die Beiträge, die ordnungsgemäß an den Bezirk abgeliefert werden mußten, benutzt wurden, um Wynands und das Sekretariat zu halten. Nachdem offiziell und ordnungsgemäß im dortigen Bezirk die Aufstellung der Landtagskandidaten vor sich gegangen war, betrieb man sogar von jener Seite eine Sonderkandidatur für die Person Wynands. Dies führte zu einem Ausschlußverfahren von Hinz und Wynands. Hiergegen wurde von den Ausgeschlossenen Einspruch erhoben. Aber auch ein Schiedsgericht, das im November 1924 tagte, entschied einstimmig auf Ausschluß der Genannten. Nunmehr erhoben die Ausgeschlossenen Einspruch beim Parteitag. Die Beschwerdekommission verwirft den Einspruch mit fünf gegen vier Stimmen und erklärt den Ausschluß für berechtigt. Sie ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß es doch ziemlich das Schwerste ist, wenn Parteiangestellte und führende Personen in der Partei die Beitragssperre in der Partei organisieren wollen und so einen offenen Kampf gegen die Partei aufnehmen.

Der Parteitag beschließt in allen drei Fällen gemäß den Vorschlägen der Kommission.

Berichterstatter **Buchwitz:** Ich komme zu dem letzten Fall meiner Berichterstattung. Er betrifft das Verfahren gegen den Genossen Bauer. Der Fall wird Ihnen zur Genüge bekannt sein. Seine ersten Auswirkungen führten die Mandatsniederlegung des Genossen Bauer herbei. Alsdann wurde durch die Berliner Bezirksorganisation auf Grund der Vorgänge der Ausschluß Bauers vollzogen. Genosse Bauer erhob hiergegen Einspruch, und es tagte alsdann ein Schiedsgericht. Dieses Schiedsgericht kam zu dem Entscheid, daß der Genosse Bauer nicht auszuschließen sei. Der Ausschlußspruch wurde aufgehoben und der Genosse Bauer wurde freigesprochen. Nunmehr beantragte die Berliner Bezirksorganisation beim Parteitag, dem Genossen Bauer eine Rüge zu erteilen. Die Beschwerdekommission hat sich mit diesem Fall beschäftigt. Ihr Urteilsspruch lautet:

Der Parteitag erteilt dem Genossen Bauer eine Rüge in schärfster Form. Von einer weitergehenden Entscheidung wird abgesehen, weil die politische Laufbahn des Genossen Bauer als abgeschlossen anzusehen ist.

Zur Begründung habe ich im Auftrag der Kommission anzuführen, daß sie auf Grund der getroffenen Feststellungen zu der Ueberzeugung kam, daß das Urteil des Schiedsgerichts vom 30. Juni 1925 aufzuheben ist, weil das Vertrauen, daß die Partei Bauer durch die Uebertragung wichtiger Funktionen entgegengebracht hat, von ihm nicht gerechtfertigt worden ist und sich sein Verhalten nicht mit den Forderungen vereinbaren läßt, die vom Standpunkt einer proletarisch-sozialistischen Partei führenden Parteigenossen gegenüber vertreten werden müssen. Zwar hat sich Bauer nach bürgerlicher Anschauung nicht unzulässig verhalten, aber eine proletarisch-sozialistische Partei hat einen andern Maßstab anzulegen. Nach dem einstimmigen Urteil der Kommission hat Bauer diesen Forderungen nicht entsprochen. Genosse Bauer hat sich heute in einem Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses gewandt und darauf hingewiesen, daß angeblich die statutenmäßige Frist nicht innegehalten worden sei. Wir haben aus den Akten festgestellt, daß die Frist gewahrt ist, daß infolgedessen die Kommission zu dem Spruch berechtigt war. Wir bitten, auch dieser Entscheidung der Kommission zuzustimmen.

Vorsitzender **Wels**: Bauer hat ein Telegramm an den Parteitag gerichtet: Er erfahre soeben, daß die Beschwerdekommission in einem geheimen Verfahren über die angebliche Berufung des Berliner Bezirksvorstands verhandelt und weittragende Beschlüsse gegen ihn gefaßt haben soll, er erwarte, daß der Parteitag einem Urteil nicht zustimmt, das ohne Anhörung des Angeklagten gefällt sei.

Pflüger-Stuttgart: Ich halte den Vorschlag der Beschwerdekommission nicht für annehmbar, da sie das Wichtigste, was in einem solchen Fall geschehen muß, unterlassen hat: Sie hat dem Angeschuldigten keine Gelegenheit gegeben, sich selbst vor der Kommission zu rechtfertigen. Ich habe gegen ein derartiges Verfahren die allerstärksten Bedenken, die dadurch noch unterstrichen werden, daß das Schiedsgericht im Fall Bauer nach eingehender Verhandlung unter Anhörung des Genossen Bauer einstimmig zu dem Urteil kam, daß ihn keine Schuld treffe. Bei dieser Sachlage kann nicht eine Entscheidung getroffen werden, wie sie von der Kommission vorgeschlagen ist, ohne den Angeschuldigten zu hören.

Ich beantrage daher, die Anträge 47 und 48, die die Grundlage für die Verhandlung in der Beschwerdekommission gegeben haben, dem Parteivorstand mit dem Auftrag zu überweisen, ein neues Schiedsgericht einzusetzen, das den Fall Bauer unter Zuziehung des Angeklagten nochmals zu behandeln hat. Die Partei hat ein politisches Interesse daran, daß der Mann, den sie zum deutschen Reichskanzler machte, makellos vor der Oeffentlichkeit dasteht. Zum mindesten darf ein abschließendes Urteil vom Parteitag nicht ohne Anhörung des Beschuldigten getroffen werden. Diese Art der Justiz kann sich die Partei nicht erlauben.

Vorsitzender **Wels**: Ein Antrag Pflüger liegt mir schriftlich vor und ist genügend unterstützt.

Nicht nur der Angeklagte ist nicht gehört worden, sondern auch das Schiedsgericht nicht, das aus Parteigenossen besteht, die Ihnen alle bekannt sind und die lange in der Bewegung stehen, deren Auffassung vom Parteitag ebenfalls korrigiert werden soll. Ich weiß nicht, ob der einzelne einen Urteilsspruch abgeben kann, ohne auch diesen Genossen die Möglichkeit zu geben, die Motivierung ihrer Auffassung darzulegen. Die Partei erweist sich selber den besten Dienst, wenn sie dem Antrag Pflüger zustimmt und so für eine objektive Prüfung Gelegenheit gibt.

Der Antrag Pflüger lautet:

„Der Parteitag beschließt, die Anträge 47 und 48 dem Parteivorstand zu überweisen mit dem Auftrag, zur Nachprüfung der Entscheidung des Schiedsgerichts im Fall Bauer durch erneute Stellungnahme zu denselben ein neues Schiedsgericht einzusetzen."

Der Antrag Pflüger wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender **Wels**: Zum letzten Bericht der Beschwerdekommission hat der Genosse Kieß-Jena das Wort.

Kieß-Jena: Im Falle Pappenheim-Schmalkalden hat auf Beschwerde Pappenheims gegen seinen Ausschluß ein Schiedsgericht in Weimar stattgefunden; da Genosse Buchwitz Vorsitzender dieses Schiedsgerichts gewesen ist, schied er aus der Beschwerdekommission für diesen Fall aus, und ich wurde zum Berichterstatter bestellt.

Dem Falle Pappenheim liegt die Beschwerde eines Genossen zugrunde, der preußischer Landrat ist; ihm wurde eines Tages von Kommunisten ein anonymer Brief übermittelt, in dem sehr schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden, die sich, wie ich vorwegnehme, in keiner Weise als gerechtfertigt erwiesen. Der Genosse hatte ein Interesse an der Feststellung des anonymen Briefschreibers. Der kommunistische Kreisdeputierte, der ihm den Brief übermittelt hatte, glaubte in dem Genossen Pappenheim den Briefschreiber vermuten zu müssen. Unser parteigenössischer Landrat hat den anonymen Brief mit Schriftproben des Parteigenossen Pappenheim zwei Sachverständigen übermittelt, die zu dem übereinstimmenden Urteil kamen, daß die Schriftzeichen übereinstimmten. Darauf ist von einer Ortsgruppe des Kreises Schmalkalden das Ausschlußverfahren gegen Pappenheim eingeleitet worden. Zunächst ist in einer vorbereitenden Ortsvereinsversammlung beschlossen worden, Pappenheim zu einer Versammlung zu laden, in der endgültig über die Sache entschieden werden sollte. Pappenheim ist erschienen und hat die Urheberschaft an dem Brief lebhaft abgestritten. Trotzdem ist in einer Resolution beschlossen worden, Pappenheim auszuschließen. Der Bezirksvorstand hat sich dem Vorschlag der Ortsgruppe angeschlossen. Auf Beschwerde von Pappenheim hat entsprechend dem Organisationsstatut der Parteivorstand den Genossen Buchwitz zum Vorsitzenden ernannt, Pappenheim und die Ortsgruppe haben je drei Beisitzer bestimmt. Das Schiedsgericht in Weimar hat den Ausschluß Pappenheims bestätigt. Dagegen hat Pappenheim Beschwerde erhoben und stützt sich auf drei Punkte. Zunächst hält er das Statut nicht für eingehalten, weil nach § 29 je drei Beisitzer sowohl vom Angeschuldigten wie von der antragstellenden Ortsgruppe zu ernennen sind, von den drei von der Ortsgruppe ernannten Schiedsrichtern aber nur einer im Schiedsverfahren erschienen sei, während, wie Pappenheim vermutet, auf Vorschlag des parteigenössischen Landrats als Anzeigers zwei vollkommen neue Beisitzer teilgenommen hätten. Allerdings haben sich die nunmehr zusammengekommenen Genossen darüber geeinigt, daß die beiden restlichen von der Ortsgruppe ernannten Schiedsrichter nicht fungieren sollten. Die Beschwerdekommission hält aber das Statut für das organisatorische Leben der Bewegung von so großer Bedeutung, daß es nicht dem Zufall von 6 oder 7 Genossen überlassen werden kann, es jeweilig zu ändern. Das Statut ist zwingendes unabänderliches Recht, so daß die Beschwerde Pappenheims schon deshalb durchgreifen müßte. Er behauptet weiter, daß eine Resolution der Ortsgruppe, die den Antrag zu seinem Ausschluß gestellt hatte, nicht bis zum Schiedsgericht und auch nicht bis zu uns gelangt ist. Diese Resolution soll außer dem Vorwurf der Urheberschaft des anonymen Briefs mehrere noch *andere* Punkte enthalten haben, die der Ortsgruppe Anlaß gegeben haben sollen, Pappenheim auszuschließen. Danach ist es selbstverständlich, daß diese Resolution von wesentlicher Bedeutung ist, denn in ihr hätte der anonyme Brief nicht die große Rolle gespielt wie später im Verfahren. Wir haben geglaubt, daß die Ortsgruppe, da diese Resolution auf dem Wege zum Bezirksvorstand verloren gegangen ist, scheinbar nicht

großen Wert darauf gelegt hat, der Angeschuldigte hat dies aber durch Zeugen belegt und geglaubt, darin einen wesentlichen Mangel erblicken zu müssen. Zuletzt haben wir uns der Tatsache nicht verschließen können, daß die Herbeischaffung von sachverständigen Gutachten über die Urheberschaft des anonymen Briefes durch den Ankläger unmöglich für einen Ausschluß Pappenheims genügen kann. Der parteigenössische Landrat ist selbstverständlich vom besten Willen erfüllt gewesen, als er sich um die sachverständigen Gutachten kümmerte, denn es ging nicht nur um seine Ehre, sondern um die eines hohen preußischen Staatsbeamten. Bei aller Berechtigung dieses Selbstschutzes können wir aber die von ihm angewandten Mittel nicht als stichhaltiges Material gegenüber dem Angeschuldigten ansehen. Wir waren übereinstimmend der Auffassung, daß es bisher in sämtlichen Instanzen versäumt worden ist, von neutraler Seite ein sachverständiges Gutachten einzuholen. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Kampfmittel des anonymen Briefes infam ist, halten aber den bei der Schwere des Vorwurfs selbstverständlich notwendig einwandfreien Beweis nicht für geliefert. Das Verfahren hat erhebliche Mängel, so daß die Beschwerdekommission einstimmig zu der Entscheidung gekommen ist, daß sie wegen fehlerhaften und mangelhaften, statutenwidrigen Verfahrens dem Parteitag empfiehlt, der Berufung Pappenheims gegen seinen Ausschluß aus der Partei stattzugeben und den Ausschluß aufzuheben.

Der Parteitag beschließt dementsprechend.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen zu **Punkt 5 des Tagesordnung**:

„Das Parteiprogramm".

Hierzu sind noch folgende zwei Anträge eingegangen, die vor der Abstimmung nicht mehr gedruckt werden können.

Antrag Biedermann und Genossen:

Wir beantragen, in Absatz 2 „Wirtschaftspolitik" hinzuzufügen, nach „dienen" Banken und andere Geldinstitute" und in Absatz 3 nach Interessengemeinschaften" „Banken" hinzuzufügen.

Antrag Wurm und Genossen: Antrag zum Programm Sozialpolitik zweiter Absatz zweiter Satz

vor „Recht" ist zu setzen „gleiches" (Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit).

Hilferding-Berlin: Das ungeheure Geschehen des letzten Jahrzehnts hat nicht nur zu einer neuen Staatenordnung geführt, sondern auch zu einer grundlegenden Umgestaltung der Machtverhältnisse der Klassen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Im Lauf der Revolution hat uns die Flut der Entwicklung hinaufgetragen. Wir wurden gehoben zum Teil, zum Teil waren wir selbst Träger der Entwicklung und versuchen nunmehr, die Fluten zu meistern. Daraus entsteht für die Sozialdemokratie das Bedürfnis, ihr Programm, ihre Grundsätze und ihre Forderungen zu überprüfen. Wir sehen deshalb in allen Ländern das Bedürfnis nach einem neuen Programm. Dieselbe Entwicklung, die uns hinaufgetragen hat, war aber für die Theorie, für die wissenschaftliche Erforschung der neuen Probleme weniger günstig. Unter den Waffen schweigen nicht nur die Künste, sondern es fehlt auch die Zeit zu theoretischer Zusammenfassung der historischen Ereignisse. Andere sozialistische Parteien haben Kommissionen für die einzelnen Fragen eingesetzt und ihnen Zeit zu längerer Prüfung gelassen. Wir aber verlangen von diesem Parteitag bereits die Verabschiedung des neuen Programms, weil wir in einer besonderen Zwangslage sind. Der eine Teil der Partei hatte sich in Görlitz ein neues Programm gegeben, während der andere noch an dem alten Erfurter Programm festgehalten hatte. Der Nürnberger Parteitag hat nur ein kurz zusammengefaßtes Aktionsprogramm beschlossen, das uns heute ungenügend und unvollständig

erscheinen muß. Wir haben also heute überhaupt kein Programm, das für die Gesamtpartei gilt.

Wir sind heute in einer andern Lage als in Erfurt. Damals hatte eine jahrzehntelange theoretische Arbeit erst eine wirkliche marxistische Schule in Deutschland, vor allem aber auch in den andern Ländern herangebildet, die in grundlegender Weise die älteren sozialistischen Ideologien ebenso zurückdrängen konnte wie die bürgerlichen Auffassungen, die in den Arbeiterkreisen noch Wurzel hatten. Das Erfurter Programm konnte nach dieser jahrzehntelangen Diskussion als Gesamtauffassung der deutschen Sozialdemokratie festgelegt werden.

Trotzdem ist die vorliegende Arbeit der Programmkommission nicht als eine solche zu bezeichnen, die nur dem Bedürfnis der Stunde genügt und nicht Bestand hat. Was wir in dem grundsätzlichen Teil festgelegt haben, ist vielmehr heute Gemeingut der Anschauung der Partei und jedes ihrer Mitglieder, wobei es ganz selbstverständlich ist, daß im Parteiprogramm nicht Wünsche einzelner und besonderer Richtungen berücksichtigt werden können, sondern nur das festgelegt werden kann, was wirklich allen Parteigenossen, allen Sozialisten nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale als gemeinsame theoretische Ueberzeugung sich aufdrängen muß.

Wir konnten diese Arbeit in der Programmkommission um so eher leisten, als uns der Schöpfer des Erfurter Programms, Karl Kautsky, einen Entwurf als Grundlage für unsere Arbeiten gegeben hat, dem wir im großen und ganzen folgen konnten. Ich darf auch an dieser Stelle Kautsky im Namen der Programmkommission und wohl auch des ganzen Parteitags unsern Dank aussprechen. (Bravo!)

Zunächst lassen Sie mich sagen, in welcher Richtung wir auch nach Verabschiedung dieses Programms die Arbeit für die Ausgestaltung und Vertiefung unserer programmatischen Anschauungen werden fortsetzen müssen. Nach dem Geschehen des letzten Jahrzehnts wird diese Fortarbeit durch zwei Grundtatsachen bestimmt werden. Nach der Revolution war die Arbeiterklasse in allen Ländern, wo sie die Macht ganz oder zu einem wesentlichen Teil inne hatte, vorübergehend vor die Frage der Verwirklichung des Sozialismus gestellt. Diese Situation hat uns neue und fruchbare Erkenntnisse vermittelt. Wie hat sich nun die Stellung zu diesen Fragen der Verwirklichung des Sozialismus, die man mit einem etwas weiten und nicht ganz festen Begriff als Sozialisierung bezeichnet, gestaltet? Zunächst mußten wir abrücken und sind abgerückt von jener alten Anschauung des Staatssozialismus, die noch bei einem großen Teil von uns eine Rolle gespielt hatte. Es trat für uns die Erkenntnis in den Vordergrund, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleitet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der wirtschaftlichen Demokratisierung ist. In schärfstem Gegensatz zu der Anschauung, daß etwa eine Staatsbureaukratie die Wirtschaft leiten könnte, kamen wir zu der Auffassung, daß die Leitung der Wirtschaft Sache der Produzenten selbst sein müsse, aber das Produzenteninteresse nicht allein als partikularisches Interesse entscheiden dürfe, sondern sein Gegengewicht in der Kontrolle der Konsumenten und der Gemeinschaft — der sozialistischen Gesellschaft im letzten Stadium, des Vertreters des Staates in der Uebergangszeit — finden müsse. So kamen wir zu jener Konstruktion der Gemeinschaftskörper, die die großen konzentrierten kapitalistischen Produktionszweige vor allem auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung, der Energieerzeugung usw. zu ersetzen hätten, und von Vertretern der Produzenten, der Konsumenten und des demokratischen Staates geleitet werden sollten.

Mit dem Problem der Sozialisierung drängte sich uns also das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf und setzte unsere Auffassung von Sozialismus sofort in schärfsten Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, der in einzelnen

Konzeptionen vorhanden war, sondern auch zu jenem Sozialismus der Despotie, wie ihn die Bolschewiki in Rußland zu verwirklichen trachten. Untrennbar vom Begriff des Sozialismus war für uns also der Begriff der Demokratie, der Freiheit. Damit war aber auch der schärfste Gegensatz gegeben zum Bolschewismus — schon in dem eigentlichsten Kernpunkt der Theorie, in der grundlegenden sozialistischen Auffassung.

Diese Auffassung von der Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie hat dann unmittelbar zur Folge gehabt, daß wir das System der Wirtschaftsräte, aufsteigend von den Betriebsräten als eine unerläßliche Bedingung der Neuorganisation der Wirtschaft begriffen haben. Dadurch sind wir sofort mit den Gewerkschaften in dieselbe Linie gekommen, denen die neuen Aufgaben ebenfalls ein neues Ziel gegeben haben. Während die Gewerkschaften in der früheren Periode notwendigerweise vor allen Dingen Organisationen der Anpassung der Arbeitsverhältnisse an das kapitalistische System waren, die durch den Kampf für bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit die Ausbeutung zu verringern trachteten, drängte sich in dieser Situation den Gewerkschaften aus ihrem täglichen gewerkschaftlichen Kampf heraus das sozialistische Ziel der Wirtschaftsdemokratie und der Neuorganisation der Wirtschaft von selbst auf und verband sie mit uns in einem wahrhaft sozialistischen Geist.

Das war unabhängig von einer theoretischen Konzeption der Gewerkschaften, das ergab sich jetzt als notwendige Folgerung aus den Tageskämpfen. Es ist interessant, daß in dieser Periode trotz aller Trennung durch Politik und Weltanschauung, die die christlichen Gewerkschaften aufhielt, die notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen, sich auch den christlichen Gewerkschaften dieses sozialistische Ziel aufdrängen mußte. Für uns als Partei ist deshalb heute unser Verhältnis zu den freien Gewerkschaften ganz anders konsolidiert. Wenn es heute die alten Differenzen, die wir früher auf den Parteitagen mit den Gewerkschaften auszutragen hatten, nicht mehr gibt, so deswegen, weil der Sozialismus sich der Wirklichkeit genähert hat, und die Gewerkschaften dadurch mit sozialistischem Geist erfüllt sind.

Ich möchte hier eine Angelegenheit erledigen, der ich keine besondere Bedeutung zumesse. Es ist ein Brief des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Parteivorstand gelangt, in dem gegen zwei Sätze des ursprünglichen Programmentwurfs Einspruch erhoben wird. Der Gewerkschaftsbund wünscht einmal, daß im Programm noch deutlicher zum Ausdruck kommt, daß der Kampf der Arbeiterklasse nicht nur ein politischer, sondern auch ein ökonomischer sei — ein Wunsch, dem wir ohne weiteres Rechnung tragen konnten. Der zweite Einwand war der, daß wir im Entwurf gesagt hatten: den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Die Gewerkschaften haben gewünscht, daß sie in diesem Zusammenhange nicht genannt werden; sie befürchteten, daß dadurch insofern Mißverständnisse entstehen könnten, als ob die Partei analog der kommunistischen Internationale eine Art Oberleitung oder Bevormundung der Gewerkschaften in Anspruch nehmen wollte. Es fällt sicher niemandem von uns ein, eine solche Oberleitung in Anspruch zu nehmen, und das wäre auch ganz überflüssig. Um die Erfüllung mit sozialistischem Geist brauchen sich die Organisationen nicht zu streiten, dafür sorgt die ökonomische Situation und die geschichtliche Entwicklung selbst. (Sehr richtig!) Infolgedessen haben wir diesem Bedenken der Gewerkschaften Rechnung getragen. Wir sind die letzten, die ihnen taktische Schwierigkeiten schaffen werden. Wir haben es um so eher getan, als die Einsicht in die notwendige Einheit des

ökonomischen und politischen Kampfes im grundsätzlichen Teil in jeder Zeile enthalten ist.

Die eine große Frage, die künftiger Programmarbeit vorbehalten ist, ist also die Stellung zu dem Problem der Verwirklichung des Sozialismus, und ich hoffe, daß einer der nächsten Parteitage Zeit und Gelegenheit haben wird, sich ausführlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Neben der Tatsache, daß wir unmittelbar vor die Verwirklichung des Sozialismus durch die wirtschaftliche Situation gestellt wurden, steht die andere große politische Tatsache der Erringung der Demokratie, der Beseitigung des Obrigkeitsstaates für ganz Mitteleuropa. Was bedeutet das? Lassen Sie mich ein Wort sagen, um ein Mißverständnis zu beseitigen, das in der Parteidiskussion eine Rolle spielt. Es wird immer viel von „bürgerlicher" Demokratie gesprochen. Wenn damit gesagt werden soll, daß die Demokratie heute noch die politische Form einer bürgerlichen Gesellschaft ist, so ist das richtig. Es besagt aber nicht, daß die Demokratie nicht auch die politische Form ist und sein muß einer sozialistischen Gesellschaft. Ich möchte Sie an die glänzenden Ausführungen erinnern, die Rosa Luxemburg in ihrer letzten Zeit in unmittelbarer Polemik mit dem Bolschewismus in einer nachgelassenen Schrift gemacht hat. Sie zeigt dort, daß Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist bei voller, freier Betätigung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft, also nur im demokratischen Rahmen. Wenn wir die geschichtliche Entwicklung der Demokratie betrachten, so paßt das Wort bürgerliche Demokratie überhaupt nicht, weil die Demokratie, wenn sie auch schon von Denkern des dritten Standes, in dem damals noch Bourgeoisie und Proletariat vereinigt waren, gedacht war, doch erst vom Proletariat in schärfstem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie erobert werden mußte. Die politische Idee der Bourgeoisie hat Lassalle richtig erkannt. Er meinte — historisch betrachtet unbedingt mit Recht — daß die politische Idee des Bürgertums das Zensus-Wahlrecht gewesen, daß gerade der Ausschluß der Arbeiterschaft von den politischen Rechten immer wieder Ziel des Bürgertums gewesen sei, und daß die Erkämpfung der gleichen politischen Rechte ausschließlich durch das Proletariat geschehen könnte. Und warum? Weil die Erringung der politischen Demokratie, die Klassengegensätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft weiter entfaltet, weil die politische Freiheit, deren sich das Proletariat zu seiner ökonomischen Befreiung bedienen kann und muß, mit der ökonomischen Abhängigkeit fortwährend in schärfsten Widerspruch gelangt. Politische Freiheit, ökonomische Abhängigkeit treiben den inneren Widerspruch, in dem Politik und Oekonomie der bürgerlichen Gesellschaft heute umfangen ist, auf die Spitze. Deswegen ist politische Demokratie tatsächlich eine wichtige Errungenschaft des Proletariats, um in der fortschreitenden Entfaltung und Offenbarung der Klassengegensätze die politische Macht der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen zur Beseitigung der ökonomischen Abhängigkeit. So wird zur politischen Freiheit die ökonomische erobert werden oder, wie der junge Marx es ausgedrückt hat, so wird zur politischen Emanzipation die menschliche hinzukommen.

Demokratie bedeutet aber für uns noch etwas anderes im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat. Dieser war die starre Herrschaftsorganisation, die, gestützt auf die Bourgeoisie, das Militär, die Hofgesellschaft, sich dem Volkswillen entgegenstellte. Das war jene politische Organisation, in der alle demokratischen und parlamentarischen Elemente zur Ohnmacht verdammt waren, wenn sie in Widerspruch zu dieser Herrschaftsorganisation gerieten. Die Beseitigung dieser Starrheit bedeutet, daß der politische Wille plastisch, formbar geworden ist, daß es jetzt von der politischen Entscheidung der großen Volksmassen abhängt, wie sich das Schicksal des Staates und damit ihr eigenes gestaltet. Das bedeutet für uns

als Partei, daß wir anders als in Erfurt heute zu den konkreten Problemen der Politik, der Wirtschaft, der Finanz- und Handelspolitik Stellung nehmen müssen. Deshalb brauchen wir neben unserm theoretischen Programm ein Aktionsprogramm, das sich den wechselnden Verhältnissen wird anpassen müssen je nach dem Einfluß, den wir erreichen, das aber zu all den Fragen der Wirtschafts- und Staatspolitik ganz konkret wird Stellung nehmen müssen.

Wir haben versucht, Ihnen ein solches Aktionsprogramm gleichzeitig vorzulegen, obwohl unsere ursprüngliche Aufgabe nur die Schaffung des theoretischen Teils gewesen ist. Wir sind dazu gekommen, weil das Nürnberger Aktionsprogramm für die heutigen Verhältnisse nicht ausreicht. Wir haben auch versucht, in diesem Aktionsprogramm das zusammenzufassen, was gemeinsamer Besitzstand an politischen Forderungen sowohl der früheren Unabhängigen Sozialdemokratie wie der Mehrheitssozialdemokratie gewesen ist. Wir haben hineingearbeitet sowohl das Aktionsprogramm, das sich die Unabhängigen seinerzeit gegeben hatten, als auch die praktischen Forderungen des Görlitzer Programms. Wir sind nicht dabei stehen geblieben, sondern haben gemeint, daß wir für eine Reihe von Gebieten dieses Aktionsprogramm ausweiten können, damit aus seiner Lektüre bereits die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu allen wichtigen Problemen hervorgehen könne. Ich meine, daß auch hier Fortschritte erzielt worden sind, wenn ich auch zugebe, daß einzelne Wünsche noch nicht erfüllt sind, daß wir auf den nächsten Parteitagen bei Behandlung konkreter Fragen, z. B. der Kolonialpolitik, der Gesundheitspolitik usw. dieses Aktionsprogramm noch werden vervollständigen müssen.

In zwei Punkten namentlich bedeutet dieses Aktionsprogramm einen Fortschritt, einmal in der Formulierung und Systematisierung der sozialpolitischen Forderungen, von denen ich feststellen kann, daß auch die Vertreter der Gewerkschaften ihnen zustimmen, und zweitens in dem, was wir über die Verfassung und Verwaltung gesagt haben. Wir haben an die Spitze gestellt den Ausbau und die Verteidigung der demokratischen Republik. Wir haben mit besonderem Nachdruck zweierlei festgestellt: einmal, daß für uns dieser Ausbau der Ausbau zum Einheitsstaat sein muß. Ich möchte das um so mehr hervorheben, weil ich wünsche, daß auch in den einzelnen Ländern unsere Genossen von diesem Gedanken, daß wir zur Einheitsrepublik kommen müssen, sich stärker leiten lassen. (Sehr richtig!) Wir haben gleichzeitig mit dieser Forderung darauf verwiesen, daß Demokratie unvollständig ist, so lange sie nur Demokratie der Gesetzgebung ist, und daß die notwendige Ergänzung sein muß die Demokratie der Verwaltung, also die Selbstverwaltung. Deswegen fordern wir den Einheitsstaat auf Grund einer neu vorzunehmenden Gliederung der Länder und Gemeinden, und wir wollen, daß durch ein Reichsgesetz den Ländern und Gemeinden endlich die Möglichkeit wirklicher Selbstverwaltung zuteil wird.

Ich will über die einzelnen Punkte des Aktionsprogramms nicht sprechen, weil das zu weit führen würde und weil sowohl in der Tätigkeit der Reichstagsfraktion als auch in Diskussionen, die wir künftig haben werden, Gelegenheit zum Ausbau einzelner Abschnitte sein wird. Aber mit der konkreten Stellungnahme zu Einzelfragen sind die Aufgaben, die die Demokratie unserer Partei gestellt hat, noch nicht vollendet. Demokratie bedeutet für uns in noch höherem Grade als vorher den Zwang, auch jene Mittelschichten zu gewinnen, die zur Eroberung der politischen Macht notwendig sind. Hier können wir wieder unterscheiden: einmal hat die ökonomische Entwicklung durch die immer größere Ausweitung des Großbetriebs, durch die innere Umwälzung der Betriebsorganisation innerhalb der Industrie und des Handels jene Schicht von Arbeitern geschaffen, die man bald geistige Arbeiter, Kopfarbeiter usw.

benennt, die notwendige Glieder des Produktionsprozesses geworden sind und wichtige Funktionen der Organisierung, Ueberwachung usw. ausüben. Ebenso wie das Proletariat werden sie durch ihre Zusammenfassung in den Betrieben organisiert, werden ihrer spezifischen Interessen bewußt und gleichzeitig durch die kapitalistische Entwicklung von der Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen ausgeschlossen. Diese Schicht der Angestellten aller Art spielt namentlich innerhalb der städtischen Bevölkerung eine immer wichtigere Rolle; ihre Zahl ist noch rascher in den letzten Jahrzehnten kapitalistischer Entwicklung gewachsen als die Zahl des eigentlichen Proletariats. Diese Schichten müssen wir gewinnen. Ich habe infolgedessen stets den Aufstieg der Angestelltenbewegung, der Afa, für eins der bedeutungsvollsten Zeichen der Entwicklung gehalten. Denn wir brauchen diese Schichten nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, weil gerade aus diesen Schichten uns jene Hilfe kommen wird, die wir für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie nötig haben. (Sehr richtig!) Das ist der eine Teil der großen Massen, die für uns in Betracht kommen.

Der andere Teil sind jene Massen der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer, die heute innerhalb einer demokratischen Verfassung die eigentliche Stütze der bürgerlichen Herrschaft sind. Hier liegt ein außerordentlich wichtiges Problem vor. Wir müssen konstatieren, daß das, was das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil über die agrarische Entwicklung gesagt hat, in dieser Schärfe nicht zutrifft. Das Erfurter Programm spricht von den verfinkenden bäuerlichen Schichten. Wir wissen, daß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ein solches Versinken nicht gesehen hat, sondern im Gegenteil eine Stärkung des bäuerlichen Besitzes. Hier ergibt sich für uns die Aufgabe, in eine neue Prüfung der agrarischen Entwicklungstendenzen einzutreten. Wir werden zu untersuchen haben, wie die Frage der technischen Ueberlegenheit zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb zu entscheiden ist. Wir werden besonders zu prüfen haben, welche spezifisch ökonomischen Ursachen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft das Fortleben und die Stärkung bäuerlicher Kleinbetriebe möglich macht. Wir werden aber darüber nicht vergessen dürfen, daß unsere Aufgabe auf dem Lande sich nicht nur darauf beschränkt. Es ist sicher, daß wir auch für eine Kleinbauernpolitik wesentliche Grundlagen gewinnen können. Wir werden aus den Bedürfnissen des bäuerlichen Betriebes selbst eine Reihe von Forderungen ableiten können, die nicht die Parteien des Privateigentums, sondern die nur wir im Interesse der bäuerlichen Wirtschaft werden erheben können. Wir werden aber außerdem die Interessen und die Bedürfnisse der proletarischen Schichten auf dem Lande festzustellen haben. Ich meine, daß wir bereits mit dieser Arbeit angefangen haben. Die Haltung der Reichstagsfraktion, wie sie in dem Antrag Müller-Franken über die Bodenfrage zum Ausdruck kommt, die Haltung unserer Vertreter in den Regierungen und den Landtagen in bezug auf die Siedlungsfrage, auf die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter usw. zeigt, daß wir gewillt und imstande sind, die Interessen dieser breiten proletarischen Schichten auf dem Lande mit unmittelbar praktischen Gesetzesvorschlägen zu unterstützen. Das ist eine große und bedeutsame Aufgabe, aber ich hege keinen Zweifel, daß es bereits dem nächsten Parteitag möglich sein wird, ein umfassendes Agrarprogramm, zum mindesten aber Leitsätze für unsere Agitation und Werbearbeit auf dem flachen Lande aufzustellen. Deswegen haben wir in dem vorliegenden Programm die Punkte, die sich auf das Agrarprogramm beziehen, nicht berührt, und ich bitte, auch heute auf die Aufnahme einzelner Formulierungen zur Agrarfrage nicht zu bestehen.

Es ist also klar, daß die Programmarbeit, die wir heute beginnen, ein Anfang ist und daß sie auf künftigen Parteitagen wird ausgebaut werden müssen. Wenn nun gesagt wird, das Programm drohe ein Buch zu werden, so sage ich darauf: Das ist nichts, was etwas Freiwilliges ist, sondern gerade darin,

daß wir zu soviel Problemen Stellung nehmen müssen, zeigt sich, wie wirklichkeitsnahe der Sozialismus geworden, wie stark der Einfluß der Partei auf die wirkliche Gestaltung der konkreten Verhältnisse bereits ist. Dem müssen und können wir nur durch ein Programm Rechnung tragen, das auf alle konkreten Einzelheiten eingeht.

Was bedeutet aber dieses Programm nun in seinem grundsätzlichen Teil? Wenn ich gesagt habe, daß wir über manches hinausgehen müssen, was das Erfurter Programm enthielt, daß wir in der Frage der agrarischen Entwicklung zu neuen Formulierungen werden gelangen müssen, so bleibt demgegenüber die Tatsache bestehen, daß die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Entwicklung nicht nur unerschüttert geblieben ist, sondern durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ihre Bestätigung erfahren hat. (Sehr richtig!) Als Marx zum erstenmal im Kommunistischen Manifest das große Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Industrie aufstellte, das Konzentrationsgesetz, als er es im „Kapital" mit allen Argumenten der Wissenschaft untermauerte, selbst noch als es Kautsky in die Form des Erfurter Programms goß, war das alles Prophezeiung des Künftigen. Heute sprechen wir in der Gegenwart. Heute hat sich dieses Konzentrationsgesetz als das allbeherrschende Gesetz kapitalistischer Wirtschaft bewiesen. (Sehr wahr!) Das Konzentrationsgesetz auf der ersten Stufe: Das rasche Fortschreiten des Großbetriebes, der Sieg der technischen und ökonomischen Ueberlegenheit des Großbetriebs über die Kleinbetriebe, das Zurückdrängen der Kleinbetriebe zur sozialen Bedeutungslosigkeit. Die zweite Stufe: Die Großbetriebe legen immer größere Kapitalmassen in Form des fixen Kapitals fest. Das bedeutet, daß in Zeiten der Krise, in Zeiten heftigen Konkurrenzkampfes alle Großbetriebe in Gefahr geraten, der Konkurrenz untereinander zu erliegen und die ungeheuren fixen Kapitalmassen zu verlieren. Infolgedessen die Tendenz zur Vereinigung der Großbetriebe einer Industrie zu monopolistischer Organisation, die die Konkurrenz auszuschalten sucht. Die Vereinigung beginnt zumeist bei der Rohstoffgewinnung, bei der Halbzeugherstellung, bei der Energieerzeugung. Durch die Monopolisierung der Rohstoffe und Krafterzeugung gerät die weiterverarbeitende Industrie in eine schwierige Lage in bezug auf die Verwertung des Kapitals und das Bestreben entsteht, die aufeinanderfolgenden Produktionszweige zu vereinigen und dadurch wieder eine neue Ausgleichung der Profitraten zu erzielen. So steigert sich mit der Konzentrationstendenz die Monopolisierungstendenz. Das bedeutet aber schließlich eine grundlegende Veränderung des kapitalistischen Produktionsprozesses überhaupt. War früher die treibende Kraft der kapitalistischen Entwicklung die freie Konkurrenz, so wird diese jetzt immer stärker aufgehoben durch die kapitalistische Monopolbildung: In die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise schieben sich immer erfolgreicher Organisationstendenzen des Kapitals hinein. Aber die Wirtschaft wird nicht zugunsten der Gesamtheit organisiert, sondern es entsteht eine hierarchisch organisierte Wirtschaft. An der Spitze der Hierarchie steht eine kleine Anzahl von Kapitalisten, die die gesamten Produktionsmittel und ökonomischen Kräfte der Gesellschaft für sich monopolisiert haben und damit das gesamte wirtschaftliche und auch persönliche Schicksal der Riesenmassen von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Konsumenten immer stärker bestimmen können.

Damit ist der Konzentrationsprozeß, der die Periode der kapitalistischen Gesellschaft, der freien Konkurrenz und Anarchie zu beenden trachtet, nicht erschöpft. Technisch-organisatorisch begonnen, setzt er sich — auf der dritten Stufe — ökonomisch fort. Mit der Entwicklung der Konzentrationstendenzen vollzieht sich immer mehr der Uebergang des Privatbetriebs zur Aktiengesellschaft, vollendet sich der Zusammenhang des industriellen Kapitals mit der Kreditorganisation der Gesellschaft, durch die alles verfügbare Kapital in den Banken

angesammelt und von da je nach dem Willen der Beherrscher der Banken in den Produktionsprozeß geleitet wird. Diese Verbindung des kapitalistischen Produktionsprozesses mit der Kreditorganisation führt schließlich dazu, daß die alte Trennung des Kapitals in seine Funktionen: Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital, immer mehr aufhört und daß das Kapital die Einheitsform des Finanzkapitals annimmt, d. h. Kapital, das sich in Geldform in den Banken ansammelt und unter ihrer Kontrolle von der Industrie zur Schaffung des Mehrwertes, des Profits angewandt wird. Das Finanzkapital vollendet so die kapitalistischen Konzentrationstendenzen, aus deren Wirken es selbst entsprungen ist und schafft jene hierarchische, antagonistische Organisation der Wirtschaft in der höchsten Vollendung, die innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft möglich ist. Ich brauche nur an einen Fall zu erinnern, der schlaglichtartig das bisher erreichte Resultat dieser ganzen Entwicklung, soweit sie uns politisch zu interessieren hat, beleuchtet, nämlich an den Fall Stinnes. Worin besteht die sozialistische Kritik an dem Fall Stinnes? Sie richtet sich nicht gegen die Kombination verschiedener Produktionszweige, noch gegen den Versuch Stinnes' in andere Kapitalsphären, z. B. in die des Bankkapitals, einzudringen, noch an sich gegen die Tatsache, daß, als Stinnes zusammenbrach, die Großbanken sich vereinigen mußten, um auf Verlangen der Reichsbank mit Unterstützung der Preußischen Seehandlung den Zusammenbruch zu verhindern. Unsere sozialistische Kritik bezieht sich darauf, daß Stinnes in unnormalen Zeiten, die aber unnormal im Grunde genommen nur waren als eine Steigerung von Bedingungen, die immer in der kapitalistischen Produktionsweise vorhanden sind, einen großen Teil der deutschen Volkswirtschaft unter seine Botmäßigkeit bringen konnte, und zwar ausschließlich mit Benutzung von Mitteln, die im Grunde genommen der Kontrolle, der Verfügung der Oeffentlichkeit unterstehen müßten. (Sehr richtig!) Stinnes konnte seine Konzerne nur aufbauen mit Hilfe von Riesenkrediten, vor allem auch der Reichsbank, also einer Körperschaft öffentlichen Rechts, deren Leitung der Regierung unterstand. Dieser Aufbau aus öffentlichen Mitteln zeigt, daß in Wirklichkeit die Verfügungsgewalt der Privatkapitalisten in Widerspruch steht zu den bereits eingetretenen ökonomischen Tatsachen, zu der Tatsache, daß diese Leute gar nicht mehr über ihr Privateigentum verfügen, sondern ihre Riesenkonzerne nur aufbauen können, weil sie über öffentliches Eigentum verfügen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Banken dann beim Zusammenbruch eingreifen mußten, dann taten sie es wiederum mit Mitteln, die bei ihnen als Depositen usw. zusammenfließen, mit anonymen Geldern, die in Wirklichkeit von der Arbeiterschaft erarbeitet sind, die einer unendlichen Anzahl von Leuten gehören, die über ihre Verwendung gar kein Bestimmungsrecht mehr haben. Diese angesammelte Masse anonymer Gelder war es, die in Bewegung gesetzt werden mußte, um den Stinneskonzern vor dem völligen Bankerott zu retten; und diese Rettungsaktion für eine mißglückte, ungeheuerliche Spekulation war unvermeidlich, weil ein völliger Bankerott nicht Stinnes und ein paar Banken nur getroffen hätte, sondern die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Das Privateigentum erweist sich so überhaupt nicht mehr als privates, sondern Privateigentum ist heute bei diesen großen Monopolisten die Verfügung über das öffentliche Eigentum. (Sehr wahr!) Wir verlangen deshalb, daß die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum denjenigen zusteht, die dieses Eigentum im Produktionsprozeß geschaffen haben; wir verlangen, daß die Stellen, die es heute verwalten und die in Wirklichkeit öffentliche Funktionen ausüben, auch der Kontrolle der Gesellschaft unterstellt werden. Deshalb muß die demokratisierte, die sozialistische Gesellschaft die Verfügung über dieses öffentliche Eigentum endlich erlangen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Konzentrationsprozeß war vielleicht nie so beschleunigt wie in unserer Periode. Der Krieg war ja für einen Teil der Kapitalistenklasse eine Quelle ungeheuerer Bereicherung und zugleich für den gesamten Produktionsprozeß eine starke Förderung der Konzentration. Wir alle wissen, wie die Inflation in den meisten kapitalistischen Ländern einen neuen Anstoß zu neuer Konzentration gegeben hat. Ich will nur davor warnen, zu sagen: die Inflation war die Ursache dieser Konzentration und sie wird zugleich mit der Inflation jetzt zum Stillstand kommen. O nein! Die Konzentration ist das Grundgesetz, das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Wirtschaft. Gerade heute nach der Stabilisierung sehen wir, wie dieser Prozeß der technischen Ausgestaltung und der ökonomischen Monopolisierung wiederum gesteigert wird. Gerade jetzt scheint die technische Revolutionierung beschleunigt vor sich zu gehen. Ich erinnere daran, wie beide Seiten des technischen Prozesses, die Verwendung der Kraft und die Verwendung der Arbeit in neuen Revolutionen begriffen sind, wie die Stellung der Kohle erschüttert wird durch die Verbesserung in der Verfeuerung, durch die Erzeugung der Elektrizität aus den Wasserkräften, durch den Uebergang zur Oelfeuerung; die alte Stellung der Kohle kann vielleicht nur wiederhergestellt werden durch eine neue technische Revolution, durch die Verflüssigung der Kohle. Bei allen diesen Dingen, die zuletzt in der Technik begründet sind, wirkt die wirtschaftliche Aenderung wieder auf die Politik zurück; die Kohlenkrise greift auf die gesamte Volkswirtschaft über, sie hört auf, ein nationales Problem zu sein und könnte im Grunde genommen nur gelöst werden, wenn die Regierungen der kohlenproduzierenden Länder, wenn Deutschland und England unter Hinzuziehung noch anderer Staaten sich zu einer Regulierung und Neugestaltung der Kohlenproduktion vereinigen würden, d. h. wenn diese Regierungen die Privatwirtschaft auch auf diesem Gebiete bewußt verlassen zugunsten einer gesellschaftlichen, in diesem Falle internationalen Regelung der Grundlage aller Produktion.

Zur Umwälzung in der Krafterzeugung kommt jene vielleicht noch bedeutsamere Revolutionierung des Arbeitsverfahrens. Die einzelnen Verrichtungen der Handarbeit werden nicht mehr der Empirie überlassen, die alten Verfahren, von der Arbeit des Bauern angefangen bis zur kompliziertesten Arbeit des Mechanikers, werden wissenschaftlich untersucht, physiologisch geprüft und psychologisch auf den Grad ihrer Wirksamkeit und Intensität erforscht. Die Arbeit wird immer mehr zerlegt. Die Zerlegung der Arbeit führt zu immer weiterer Anwendung neuer Arbeitsmaschinerien. Diese ganzen Prozesse werden dann zusammengefaßt in neue Betriebsorganisationen, die auf dem Prinzip der Kontinuität des Prozesses beruhen. Alles das hat wiederum zur Folge, auf der einen Seite eine ungeheuere Steigerung der Produktivkräfte, auf der anderen Seite die Monopolisierung dieser Produktivkräfte in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Kapitalistenoligarchie.

Oekonomisch sehen wir, daß auf die Inflationskrise mit ihrer Rückwirkung auf die Konzentration und Monopolisierung jene Stabilisierungskrisen folgen, die wiederum nur beseitigt werden können durch eine noch weitergehende Konzentration, die aber privatwirtschaftlich nur beseitigt werden können durch die Aneignung der Früchte dieser Konzentration durch die Monopole. Ich erinnere daran, wie gerade jetzt jene meiner Meinung nach notwendigen Uebergänge der deutschen Wirtschaft von der Kartellorganisation zur Trustorganisation erfolgen. Die mächtigsten Konzerne des Rheinlandes sehen ein, daß die Stufenleiter ihrer Produktion zu gering und die alte Kartellorganisation ökonomisch unrationell geworden ist. Sie gehen infolgedessen zur Trustorganisation über, zur völligen Verschmelzung der Unternehmungen in ein einziges, innerhalb dessen dann wirklich rationell produziert, wirklich mit geringstem Aufwand an Kraft

die größte Produktivität erreicht werden kann, aber wieder zugunsten der kapitalistischen Monopolinhaber.

Lassen Sie mich nur noch kurz zwei Wirkungen betrachten, die aus diesen ganzen Konzentrations- und Monopolisierungsvorgängen hervorgehen. Zunächst die außenpolitische Wirkung. Diese ungeheuere Kraft des monopolisierten Kapitals wendet sich nach außen, um für die stetig steigende Produktion zur Erzielung steigender Profite Absatzmärkte zu finden, um geeignete Gebiete als Rohstoff- und Energiequellen, als Anlagesphären für Kapital sich anzueignen. Das ist, mit einem Schlagwort bezeichnet, die imperialistische Tendenz. Aber wohin führt diese Tendenz? Wir haben im 19. Jahrhundert gesehen, wie das Kapital in bisher unerschlossene Länder eindringt. In diese Länder bringt es nicht nur den Kapitalismus, nicht nur zunächst seine Waren, nicht nur auf der zweiten Stufe die kapitalistische Produktionsweise selbst, sondern mit dieser Produktionsweise entstehen in diesen Ländern die modernen kapitalistischen Klassen, ein modernes Bürgertum, eine moderne Intelligenz, ein modernes Proletariat. Diese Klassen beginnen nun, zunächst unter der Führung der Bourgeoisie und der Intelligenz, sich gegen die Einflüsse des ausländischen Kapitals zur Wehr zu setzen. Sie beginnen gegen die auswärtigen Mächte ihren nationalen Unabhängigkeitskampf, der im 19. Jahrhundert die Gestaltung Europas vollständig umgewälzt hat, der zuerst zur Bildung der großen Nationalstaaten Deutschland und Italien führte und im Osten die Revolution, die Befreiung des Balkans, die Entstehung der neuen Nationalstaaten nach dem Kriege hervorgerufen hat. Dieser ganze Prozeß, den wir sozusagen im kleineren Maßstabe in Europa erlebt haben, geht nun wiederum, ungeheuer beschleunigt durch Krieg und Revolution, im weltweiten Maßstabe vor sich am Nordrande Afrikas und in den weiten Gebieten Asiens, in China, Japan, Indien usw. Damit schafft der Kapitalismus eine neue ungeheuere Verwicklung. Da berührt er mit seinem Zauberstabe gewaltige Menschenmassen und weckt sie aus jahrhundertelangem Schlaf. Er erfüllt die bisher geschichtslosen Nationen mit neuem Freiheitssehnen, mit dem Drang nach Emanzipation. Wir wissen allerdings, daß diese erste Form der Emanzipation sich vollziehen wird unter der Führung und im Interesse des neu entstehenden Bürgertums und der bürgerlichen Intelligenz mit ihrer nationalen Ideologie, vor allem als Kampf gegen die auswärtigen Eindringlinge. Aber wir erkennen zugleich darin einen ungeheueren historischen Fortschritt, den wir zu unterstützen haben. Auf der anderen Seite sehen wir auch eine außerordentliche Gefahr, nämlich die Gefahr der Entstehung neuer politischer Krisenherde, wenn es uns nicht gelingt, durch unseren Einfluß auf die auswärtige Politik, auf die Geschicke Europas zu verhindern, daß diese Bewegung, die ein ungeheuerer Fortschritt sein kann, zu einer starken Bedrohung Europas und seiner Menschenmassen wird. Deshalb wird für uns nicht nur die auswärtige Politik immer bedeutsamer, deswegen wird auch unsere Politik, die dem bürgerlichen Nationalitätenprinzip, dem Prinzip der Rivalität der Nationen, dem kapitalistischen Konkurrenzkampf der Nationen die Erkenntnis der notwendigen Solidarität der Nationen entgegengestellt, das Rettungsprinzip für Europa sein. (Lebhafte Zustimmung.) Aus diesem Grunde haben wir in unser Programm zum erstenmal eine neue, bestimmtere Formulierung unserer internationalen Politik aufgenommen, durch die wir zum Ausdruck bringen, daß wir für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa eintreten, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen. Diese Formulierung unterscheidet unsere Konzeption wiederum grundlegend von allen bürgerlichen Reden über die Vereinigten Staaten Europas. Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas

nicht als ein Wirtschaftsgebiet, das sich im Konkurrenzkampf gegen die Vereinigten Staaten Amerikas abschließt (sehr wahr!), wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Ausschließungsmittel etwa gegen England oder Rußland, sondern wir wollen die Vereinigten Staaten Europas, damit die großen Probleme der Wirtschaft, die großen Probleme der auswärtigen Politik gelöst werden können. Vielleicht die allerletzte Ursache des Weltkrieges war doch der Umstand, daß die ungeheuer angewachsenen Produktivkräfte, die längst den einzelnen Bourgeoisien über den Kopf gewachsen waren, gegen die überkommenen nationalen Staatsgrenzen, die der wirtschaftlichen Stufe der Entwicklung nicht mehr entsprachen, rebellierten. Wir wollen eine Lösung des europäischen Staatenproblems, weil wir den Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen allerdings bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, zu überwachen und zu lenken haben, damit dieser Prozeß sich nicht wieder in einer katastrophalen, kriegerischen Weise vollziehe, die heute bei der Entwicklung der Kriegstechnik die ganze europäische Zivilisation dem Untergange aussetzen würde. Wir wünschen diesen Prozeß durch eine einsichtige Politik der vereinigten europäischen Staaten zu fördern, die jede Unterdrückung anderer Nationen, jede Unterdrückung der Kolonialvölker unter Zerstörung ihrer Kultur, ihres Rechtes ablehnt. Das ist der große Gesichtspunkt unserer auswärtigen Politik, der unmittelbar aus unserer sozialistischen Ueberzeugung entspringt.

Bedeutet nach außen die Konzentration und Monopolisierung die Schaffung neuer Krisenherde, so bedeutet sie im Inneren für alle europäischen Staaten, für alle großen kapitalistischen Länder eine neue Phase heftigster Kämpfe. Fortgeschrittene bürgerliche Gelehrte wie Prof. Bonn und Alfred Weber sprechen heute viel von einer Krise der europäischen Demokratie oder von einer europäischen Staatskrise. Was liegt denn diesen Betrachtungen in Wirklichkeit zugrunde? Nichts anderes als das Erschrecken über die Tatsache, daß ungeheuer starke, partikularistische Wirtschaftsinteressen, zusammengefaßt in der Hand einiger weniger Beherrscher der Großbanken, der Rohstoffquellen und der Energieerzeugung, die Verfügung über die Staatsmacht fordern. Der Kampf, den Stinnes einst am offensten mit seiner Forderung proklamiert hatte, daß die Staatsmacht den Wirtschaftsbezirken, die er gründen wollte, untergeordnet werden sollte, war das ausgesprochene Symptom dieses Ringens der großen kapitalistischen Monopole. Sie wollen die Staatsmacht haben, ja sie müssen es wollen, weil heute die kapitalistische Wirtschaft, organisiert, wie sie ist, verflochten in den Rechtszustand, den der Staat bestimmt, eingeschlossen in alle staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitik, notwendigerweise dazu getrieben wird, die Staatsmacht für sich in Anspruch zu nehmen. Das vor allem kennzeichnen wir, wenn wir in unserem Programm sagen, gerade diese Kämpfe um die Staatsmacht bestätigen auf das klarste unsere alte Auffassung, daß die Geschichte aller Gesellschaften, die auf Privateigentum gegründet sind, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Diese werden — das sage ich ganz offen — gar nicht mit vollem Bewußtsein von den proletarischen Schichten, gar nicht in voller Erkenntnis ihrer Klassenlage von den Massen der Ausgebeuteten geführt, sondern sie werden in allererster Linie geführt von jenen großen Partikularisten der Wirtschaft um die Staatsmacht. (Sehr wahr!) Es ist ganz klar, daß der Kampf um die Staatsmacht, der von den Beherrschern der Wirtschaft aufgenommen worden ist, die Klassenkämpfe immer offenbarer macht — das ist der große Fortschritt —, und daß sie auch den indifferentesten Arbeiter darauf aufmerksam machen, was für eine Bedeutung der Eroberung der politischen Macht, der Verfügung über die Staatsmacht beigelegt werden muß, von der heute das wirtschaftliche Geschick jedes einzelnen Staatsbürgers bis zur Höhe des Wochenlohnes und bis zur

Länge der Arbeitszeit und bis auf die Preise der Lebensmittel abhängt. Deshalb sagen wir in unserem Programm, daß gerade durch die Entwicklung des Konzentrationsgesetzes, gerade durch diese Entfaltung der innersten kapitalistischen Tendenzen wir in der kapitalistischen Gesellschaft nunmehr zu einem Höhepunkt gelangt sind, wo die Klassengegensätze sich immer mehr vertiefen, wo sie immer schärfer in die Erscheinung treten, wo die Gesellschaft immer mehr vor die Entscheidung gestellt wird: entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Verwaltung, die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit! Daß die Klassenkämpfe immer erbitterter werden, liegt also in der Natur der kapitalistischen Gesellschaft, liegt überhaupt in der Natur einer klassenmäßigen Gesellschaftsentwicklung, in der große Gegensätze vorhanden sind, weil ja mit dem Fortschreiten dieser Gesellschaft diese Gegensätze sich immer mehr und mehr vertiefen und schließlich zum Austrag gelangen müssen; denn nur so wird eine Neuorganisation, ein neues Werden des gesellschaftlichen und geschichtlichen Seins möglich. Deswegen sprechen wir im Programm von der Verschärfung der Klassengegensätze.

Zwei Dinge müssen hier Mißverständnissen gegenüber noch gesagt werden. Verschärfung, stetige Vertiefung der Klassengegensätze bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Klassengegensätze sozusagen in immer knüppelhafterer Form ausgetragen werden müssen. (Sehr wahr!) Die Demokratie ist eine politische Form, die einerseits den Klassengegensätzen Raum zur vollen Entfaltung gibt, die auf der anderen Seite aber erlaubt, die Klassengegensätze auch in ihren Formen und nach ihren Methoden auszutragen. Deswegen bedeutet „Verschärfung der Klassengegensätze" durchaus nicht, daß der Klassenkampf immer gewaltsamer oder gewalttätiger werden müßte. Das ist durchaus nicht notwendig. Aber gegenüber jenen faschistischen Vorstellungen, gegenüber den Einbildungen der Reaktionäre, daß die Demokratie bei irgendwelchen Angriffen ihrerseits etwa stillhalten müßte, sagen wir ganz ruhig: wir übernehmen für die Geschichte keine Garantie, und wenn die anderen die Demokratie aufgeben, werden wir sie mit allen zweckdienlichen Mitteln verteidigen, mit allen Mitteln, die geeignet sind, die Faschisten, die Reaktionäre, die Bekämpfer der Demokratie, die Feinde der Republik um jeden Preis niederzuschlagen. (Stürmischer Beifall.)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Groß und gewaltig sind die Probleme, die uns die Zeit stellt, und wir sind diesen Problemen nähergekommen in dem Auf und Ab der Flut des historischen Geschehens. Bald hat uns die Welle gehoben, bald schien sie uns senken zu wollen. Aber ich glaube, die Zeit, in der manche von uns sich entmutigen lassen wollten, ist vorüber. Was war es denn für ein Gefühl, das manche beschlichen haben mag? Wenn wir eine Gipfelwanderung vorhaben und nun den Marsch beginnen, sehen wir die Spitze vor uns, scheinbar zum Greifen nahe, scheinbar mühelos zu erobern. Dann beginnt der Marsch durch das Vorgelände. Bald schwindet uns die Aussicht. Wir marschieren. Unser Weg dauert viel länger, als wir gedacht haben. Plötzlich treten wir aus dem Wald heraus, das Vorgelände ist überwunden. Aber vor uns erhebt sich das steile Bergmassiv, steinig und unwegsam auf den ersten Blick. Da wollen wir einen Moment lang verzagen. Doch dann sagen wir uns: wir sind nähergekommen, wir haben die Vorbereitungszeit hinter uns, jetzt geht es zum Aufstieg und wir müssen hinauf. Das ist die Stimmung, in der heute die wiedererstarkte deutsche Sozialdemokratie, die wiedererstarkte Internationale dem letzten Ziel des Sozialismus zustrebt. Wir müssen hinauf, wir werden hinauf, und unser Programm ist ein guter Wegweiser. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Weis**: Inzwischen sind zwei Anträge eingelaufen. Der erste Antrag lautet:

Der Parteitag beschließt, den Satz des Görlitzer Programms „Religion ist Privatsache aus innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache" in das vorliegende Programm aufzunehmen.

Der zweite Antrag ist ein Antrag Levi und Genossen und hat folgenden Wortlaut:

In dem Abschnitt „Internationale Politik" ist in Abs. 2 folgender Zusatz hinzuzufügen:

Sie wird drohende Kriege mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu verhindern suchen. Sollte ein Krieg demungeachtet doch ausbrechen, so wird sie ohne Rücksicht auf die sogenannte militärische Lage durch unmittelbaren Appell an die Volksmassen, durch parlamentarische Opposition, durch Generalstreik oder andere Mittel auf die sofortige Beendigung hinarbeiten.

Wir treten jetzt in die Diskussion ein.

Scheidemann-Cassel: An dem Programmentwurf der Programmkommission ist in der Presse eine Kritik geübt worden, die ich zu einem erheblichen Teile für berechtigt halte. Die uns jetzt zugegangene Vorlage versucht, den erhobenen Bedenken Rechnung zu tragen und stellt gegenüber dem ersten Entwurf zweifellos eine Verbesserung dar. (Sehr richtig!) Sicherlich wird mancher ebenso wie ich wünschen, daß man noch mehr verbessert hätte. Vielleicht hätte die untrennbare Verbundenheit des demokratischen mit dem sozialistischen Gedanken und die positive Einstellung der Partei dem Staate gegenüber noch klarer zum Ausdruck gebracht werden können. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, vorbehaltlich näherer Ausführungen in dem angekündigten Agrarprogramm schon jetzt auf die große Bedeutung der Landwirtschaft und auf die Zugehörigkeit der schwerschaffenden, kleinbäuerlichen Bevölkerung zur Arbeiterklasse, wie wir als Sozialisten sie verstehen, hinzuweisen. (Sehr wahr!) Wenn in der Vorlage von der Verschärfung des Klassenkampfes die Rede ist, so halte ich diesen Gedanken für richtig in dem Sinne, daß auf der einen Seite eine immer größere Anhäufung der ökonomischen Machtmittel, auf der anderen Seite eine ständige Vermehrung der Massen stattfindet, die ihrer Klassenlage nach am Kampfe gegen den Kapitalismus interessiert sind. Diese Verschärfung schließt natürlich nicht aus, daß der Kampf in zivilisierten Formen geführt wird, die im Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse selbst liegen. Die Einrichtungen einer demokratischen Verfassung bieten ja auch die Möglichkeit, in den notwendigen Klassenkämpfen gewaltlose Entscheidungen zugunsten des arbeitenden Volkes herbeizuführen.

Ich führe das nicht als Polemik gegen den Programmentwurf an, der natürlich auch nichts anderes meint, sondern nur zur Verdeutlichung seiner offenbaren Absicht. Ich glaube den Referenten völlig richtig verstanden zu haben. Darum, und um die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach außen zu dokumentieren, werde ich für den Programmentwurf stimmen und bitte alle, die gleichen Sinnes sind, das gleiche zu tun. (Bravo! und Händeklatschen.)

Biedermann-Hamburg: Wir sind uns bei der Stellung unserer Anträge klar gewesen, daß es gegenüber dem neuen Entwurf, von dessen Verbesserung schon Scheidemann gesprochen hat und gegenüber der Begründung schwer sein wird, noch im letzten Augenblick Aenderungen anzubringen. Trotzdem haben wir die kleinen Abänderungsanträge für notwendig gehalten, um den immer wieder erhobenen Vorwurf zu entkräften, die Sozialdemokratie kümmere sich so gut wie gar nicht um das Bankkapital. Wer sich mit den Völkischen herumschlagen mußte, weiß, wie einsichtsvoll ihre Agitation dadurch geworden

ist, daß sie bei ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftskritik von den Geldinstituten ausgegangen sind. Wenn im grundsätzlichen Teil daran nicht vorbeigegangen wird, muß man auch im Aktionsprogramm, wo zu den Einzelheiten Stellung genommen wird, darauf eingehen. Durch die Einfügung einiger weniger Worte von fast nur redaktioneller Bedeutung wird der außerordentliche Wert der Gesamtarbeit der Programmkommission nicht wesentlich geändert.

Wir Hamburger hätten darüber hinaus gewünscht, daß die Auseinandersetzung über die Fortbildung des Rätesystems sich schärfer dem Gedanken angenähert hätte, der auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau deutlich ausgesprochen worden ist. Wir werden uns bei der praktischen Gestaltung doch darüber klar werden müssen und den alten Streit, ob Arbeiterkammern oder Arbeitskammern durch eine programmatische Formulierung zur Entscheidung bringen. Jetzt läßt der Entwurf die Form vollkommen offen. Um unter keinen Umständen zu irgendwelchen Gegensätzen zu den Gewerkschaften zu kommen, hätten wir die Entscheidung des Parteitags für Arbeitskammern begrüßt.

Gleichfalls wäre eine Stellungnahme zu dem, was wir unter Gesundheitspolitik beantragt hatten, wünschenswert gewesen. Wir hoffen auf eine recht baldige Erweiterung des Programms in dieser Richtung und darauf, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion, weil das Programm zu den in dem Antrag niedergelegten Gedanken schweigt, von sich aus jede Gelegenheit wahrnehmen, um in dieser Richtung weiterzukommen, da man schließlich um eine planmäßige Bevölkerungspolitik nicht herumkommen kann.

In dem Abschnitt internationale Politik hätten wir einen Zusatz gewünscht, der nicht nur negativ die Abrüstung fordert, sondern positiv Stellung nimmt. Da außer von Hamburg noch von zwei Orten Anträge vorliegen, bin ich der festen Ueberzeugung, daß wir auf die Dauer um eine Stellung zum Wehrgedanken nicht herumkommen. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß diese Ideenwelt im Deutschen viel stärker steckt, als es vorher auch nur geahnt wurde, und daß gerade unsere Gegner in der internationalen Politik hier sehr leichte Angriffsflächen gegen uns entdeckt und zweifellos zu unserem Nachteil ausgenutzt haben.

Alle Kritik aber fällt gegenüber dem Gesamteindruck des Entwurfs nicht zu sehr ins Gewicht. Gleichwohl bitten wir um Annahme der kleinen Aenderungen, um die notwendige Ausdehnung praktisch auszudrücken. Da wir insgesamt doch zu wesentlich ruhigeren Verhältnissen gekommen sind, hoffe ich, daß wieder jene alte Ueberlegenheit in der Vorkriegszeit gegenüber den bürgerlichen Parteien in unsere Mitglieder einzieht: die genaue Kenntnis des Erfurter Programms, die in Praxis und Theorie der Werbung unter den Fernstehenden uns das Uebergewicht gegeben hat. So hoffe ich, daß auch das Heidelberger Programm Gemeingut all unserer Genossen und Genossinnen in Stadt und Land wieder werden möge und damit wieder jener Weg beschritten wird, der zum Aufstieg der Arbeiterklasse und zum Sieg des Sozialismus führt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Levi-Berlin: Das Beste von dem Referat und auch das absolut Versöhnliche ist, daß Hilferding selbst den Programmentwurf und seine Annahme nicht als Schlußpunkt, sondern als Anfang unserer Arbeit bezeichnet hat. Damit wird auch der wesentliche Fehler korrigiert, der diesem Programm anhängt und ihn vom Erfurter Programm unterscheidet, das in jahrelanger Vorarbeit von viel engeren und vielleicht auch interessierteren Kreisen von Mitgliedern, wie ich zugebe, Satz für Satz von der Mitgliedschaft erarbeitet worden ist. Dieser Programmentwurf kam so rasch, daß zwischen seiner Veröffentlichung und Beratung die 1 Million zählende Mitgliedschaft ihn unmöglich praktisch ver-

arbeiten, theoretisch durchdenken und zum Gegenstand ihres eigenen Nachdenkens machen konnte. Beginnt diese Arbeit heute, so wird der Entwurf in Zukunft seine Früchte tragen. Heute aber müssen wir uns mit dem Programm, wie es ist, auseinandersetzen.

Dieser Entwurf ist nichts anderes als eine „zeitgemäße" Verarbeitung des Erfurter Programms und kann nur durch eine Vergleichung mit dem Erfurter Programm in seiner Bedeutung richtig gewürdigt werden. Ich kann mich in der knappen Zeit mit dem Referat nicht weiter auseinandersetzen, sondern muß mich auf die Feststellung der Punkte beschränken, in denen der Entwurf zu seinem Nachteil von dem Erfurter Programm abweicht.

Erstens ist der Satz des Erfurter Programms von der fortdauernden Zuspitzung der Gegensätze und der immer größeren Unverträglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit den Interessen der breiten Volksmassen völlig gestrichen. In der zweiten Beratung ist ein kurzes Amendement eingefügt worden. Dieser Satz ist im wesentlichen das Kernstück der jahrelangen Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei zwischen den sogenannten Revisionisten und Radikalen gewesen. Ich stelle mit Bedauern fest, daß dieser Stein des Anstoßes der Revisionisten von damals heute gestrichen ist.

Zweitens ist unsere Stellung zum Staat, wie Genosse Scheidemann schon vor mir bedauert, nicht genügend klar ausgedrückt. Dieses Bedauern von Scheidemann war von seinem Standpunkt aus nicht gerechtfertigt. Ich möchte nicht unterlassen zu sagen, daß unsere dem bürgerlichen Staat feindliche Stellung zum Ausdruck gebracht werden mußte. Hilferding hat gesagt: heute, in der bürgerlichen Demokratie sei insofern die gewaltige Aenderung gegenüber dem sogenannten Obrigkeitsstaat, daß damals die parlamentarischen Kräfte versagten, wenn sie mit außerparlamentarischen Kräften in Widerspruch gerieten. Wenn wir den scharfen Gegensatz der Sozialisten zur bürgerlichen Republik so betonen, so ist das, wie ich vorausschicke, keine Absage an die Demokratie; im Gegenteil, wir glauben, eine wahre Demokratie ist nur in einem andern Staat zu verwirklichen, als in dem, der vom Bürgertum beherrscht wird. Wir haben auf diesem von Hilferding berührten Gebiet schon unsere praktischen Erfahrungen. Ich erwähne die schwerste Situation in diesen Jahren für uns, die Frage der Ermächtigungsgesetze. Was war es anderes, als daß in einer besonders schwierigen Situation die Kräfte des Parlamentarismus hinter gewisse außerparlamentarische Kräfte zurücktraten, genau wie in der alten Monarchie. Also, die Grundzüge des Klassenstaates sind auch in der Republik geblieben.

Drittens: Die Entwicklung der Internationale, die kein Besserer als Hilferding schildern könnte, muß uns mit Notwendigkeit zu einer schärferen Konkretisierung unserer internationalen Beziehungen führen. Die Stärkung der imperialistischen Kraft auf seiten der Bourgeoisie legt es dem Proletariat auf, nachzuprüfen, ob seine internationalen Verbindungen von ihm nicht nur eine Betonung der Internationalität erfordern, und zu bedenken, ob nicht die Zeit auch für internationale Aktionen gekommen sei, die Marx schon als die erste Bedingung der Befreiung aufgezeigt hat.

Viertens befand sich in dem Erfurter Programm ein Satz über die Koalition, indem dort gesagt war: die Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlage der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Aus diesem Satz haben sich für die Sozialdemokratie *vor* dem Krieg gewisse praktische und damals kaum angefochtene Folgerungen im Hinblick auf ihr Verhalten zu bürgerlichen Parteien ergeben. Der Satz ist jetzt gestrichen. Ich brauche das nur zu konstatieren; denn jeder weiß, was das zu bedeuten hat.

Der Schlußsatz des allgemeinen Teils heißt: In ständigem Ringen und Wirken auf politischem und wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt die Sozialdemokratie ihrem Endziel zu. In diesem Satz ist alles zusammengefaßt und abgegrenzt, was vor dem Krieg in unseren Reihen unter dem Begriff Evolution oder Revolution streitig war. Keiner wird nun im Zweifel sein, wie sich das Programm die künftige Gestaltung denkt. Ich sehe in diesem Satz eine gewisse Undankbarkeit auch gegenüber der Entwicklung, an die hier so oft appelliert wurde. Wie oft wurde hier gesagt: die Republik, wie sie jetzt ist, ist trotz allem das Werk der Arbeiterschaft von 1918 gewesen! Die Fehler, die Schwächen und Mängel der Bewegung von 1918 hundertfach zugegeben, es war doch die erste große revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb stimmt dieses Bekenntnis zur Evolution nicht zu unserer nächsten Vergangenheit. Es wird auch nicht für unsere nächste Zukunft stimmen. Ich kann die Gründe meiner Betrachtungsweise in dieser knappen Zeit nicht im einzelnen dartun, aber ich erinnere an die visionären Sätze, die Marx im Jahre 1850 nach der damaligen Revolution schrieb: Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt; es hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind. Die Vision von damals war richtig, ich aber sage: es wird kein neues Geschlecht mehr aufwachsen, ehe die nächste große Welle der Arbeiterbewegung kommt; die ganze schwere Aufgabe wird noch auf dieser Generation lasten, und für diese größte Aufgabe der Arbeiterbewegung gibt dieses Programm den rechten Wegweiser nicht.

Mit dieser Maßgabe werden wir vieles, was uns in diesem Entwurf Gold scheint, durch die Entwicklung als Flitter erwiesen sehen. Deshalb glaube ich, daß es Pflicht sei, nicht um die Aktionen, die im wesentlichen unstreitig sind, zu stören, sondern dieser ferneren Zukunft willen gegen dieses Programm Zeugnis abzulegen, indem wir dagegen stimmen (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels:** Es sind noch folgende Anträge eingegangen:

Antrag Marum und Genossen:

Im Aktionsprogramm „Justiz" ist der letzte Satz, lautend „Oeffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilfindung" zu streichen.

Antrag Klupsch und Genossen:

Der Parteitag beschließt, den Programmentwurf so zu gestalten, daß unter Artikel „Kultur- und Schulpolitik" es im Abs. 3 Satz 3 nicht heißt „für kirchliche und religiöse Zwecke", sondern „für kirchliche und konfessionelle Zwecke".

Grötzsch-Dresden: Dem Genossen Levi gebe ich insofern recht, als man sich ein besseres Programm denken könnte als das vorliegende. Die Kritik zum Programm setzte sehr schwer ein, wurde dann lebendiger, so daß man das Gefühl hatte, aus dieser Kritik würde ein Entwurf der Kritik hervorgehen, denn wir Delegierten können uns nur über das entscheiden, was vorgelegt wird, nicht nach dem, wie es sein könnte. Die Genossen, die den Entwurf nicht für eine geeignete Diskussionsgrundlage hielten, hätten mit einem eigenen Entwurf hervortreten müssen, den man sich mehr aus einem Guß geschaffen denken könnte als den vorliegenden Entwurf, der alle Merkmale der Kompromißarbeit trägt.

Der Entwurf ist von einer Gewissenhaftigkeit in der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, daß es hier und da an Pedanterie grenzt. Das Beste an einem Programm soll seine Werbekraft auch auf die einfachen Gemüter sein. Wir haben niemals ein solches Programm gehabt, denn auch die einfachen Gemüter sind schwerlich von dem theoretischen Teil des Erfurter Programms gewonnen worden. (Sehr richtig!) Also auch das Kunststück, den wissenschaftlichen Sozialis-

mus in eine programmatische Form zu bringen, die wie ein Fanal wirkt, hätten wir uns gern von einem der Kritiker vormachen lassen.

Der Entwurf vermeidet alle Prophetie. Man merkt ihm an, daß wir nicht mehr in der nur agitatorischen Periode des Sozialismus, sondern in einer Periode stehen, wo die realen Aufgaben sehr hart an uns herantreten. Insofern ist dieser Entwurf von einer Vorsicht, die man gern vermieden hätte. Wir können ihn nur so annehmen oder ablehnen wie er ist. Wir glauben, daß nach einem Jahr uns ein besserer Entwurf vorliegen könnte. Ich möchte gerade meinen Freunden von der Linken sagen, daß in der gegenwärtigen Situation wahrscheinlich schon das markanteste Programm herauskommen kann. Wir wissen nicht, wie die Dinge in einem Jahre liegen. Mir erscheint nur eins sicher: daß dieser Programmentwurf nicht Hinzufügungen verträgt, denn dann würden wir den Eindruck, daß es ein Königsberger Klops ist, in dem alles drin ist, nur vermehren. Eher vertrüge er einige Streichungen, z. B. des letzten Satzes. Der Entwurf schließt:

> Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Mit diesem Satz wäre der markanteste Schluß erreicht, den der Entwurf haben kann. Aber der Entwurf fährt fort:

> In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu diesem Endziel.

Dieser letzte Satz ist eine Trivialität, weil er eine Selbstverständlichkeit ist. Außerdem ist er als Interpretation unseres realen Tageskampfes unzureichend. Darum sollte man ihn streichen.

Für die Genossen, die in dem Entwurf eine Stellungnahme zu den Wirtschaftsproblemen vermissen, kann es ein Trost sein, daß uns ein besonderes Sozialisierungs- und Agrarprogramm versprochen ist. Wir wollen hoffen, daß die Kommission, die Vorbereitungen dazu zu treffen hat, recht bald zusammentritt. Denn in diesem Punkt sind wir am verlassensten in der Partei. Die Sozialdemokratie hat zu diesem Problem der Sozialisierung überhaupt keinen Standpunkt, der von den Agitatoren draußen in einer gültigen Weise entwickelt werden könnte, weil wir bis heute vermieden haben, eine Klärung in diesen Fragen herbeizuführen. Die österreichischen Genossen haben sich damit auch praktisch beschäftigt. Genosse Levi sagt z. B.: Das Bekenntnis zur Evolution, das im letzten Satz enthalten ist, stimmt nicht. Viele unter uns wissen überhaupt nicht mehr, was sie sich unter der evolutionären Entwicklung zu denken haben. Wir stehen heute mitten in einer Wirtschaftssituation, die ihre programmatische Klärung möglichst bald finden muß. Bei uns ringen heute die verschiedenen Sozialisierungsmöglichkeiten um Geltung. Wir haben Angst bekommen vor dem, was ich den realen Utopismus nennen möchte, ohne den keine Partei auskommt, die den Weg in die Zukunft weisen will, darum möchten wir nicht vom Parteitag fortgehen, ohne bei dieser Diskussion den Appell zu erlassen, daß eine Wirtschaftssozialisierungskommission uns endlich einmal sagt, wie die Gesamtpartei sich die evolutionäre Entwicklung im Wirtschaftssozialismus denkt. (Beifall.)

Hackelberg-Altona: Mit dem grundsätzlichen Teil des Programmentwurfs kann wohl jeder, der die Geschichte unseres Programmwesens verfolgt hat, einverstanden sein. Alle strittigen Punkte des Erfurter Programms sind in geschickter und grundsätzlicher Weise so formuliert, daß die Formulierung mit der theoretischen Erkenntnis der Dinge übereinstimmt. Ich habe hauptsächlich das Wort genommen, um darauf hinzuweisen, daß es in taktischer wie in prinzipieller Beziehung ein Fehler ist, eine Forderung nicht aufzustellen, die seit Jahren in allen Programmen zu finden war. In allen Programmen ist die Forderung

aufgestellt, die Religion als Privatsache zu erklären. Im Görlitzer Programm hat diese Erklärung noch eine geschicktere Prägung dadurch erfahren, daß es hieß: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache. Was ist denn nun in den letzten Jahren geschehen, daß man diesen so selbstverständlichen Satz in den Entwurf nicht aufnimmt? Das erschwert uns die Agitation außerordentlich. Wir Parteisekretäre, die wir die Agitation in den kleinen Orten zu betreiben haben, wissen, welche Dienste uns die bisherige Fassung des Programms leistete. Wir haben in Gegenden zu wirken, wo nicht nur der katholische Geistliche die Obermacht hat, sondern auch in evangelischen Gegenden, wo wir uns gegen die Demagogie der Deutschnationalen und Volkischen wehren müssen. Da war es für uns gut, wenn wir auf unser Programm hinweisen konnten, wo unsere Meinung klar ausgesprochen war. Das fällt in dem vorliegenden Entwurf weg.

Unsere Partei muß einen solchen Programmpunkt haben. Auch der demokratischste Staat wird immer ein Zwangsinstitut sein. Aber es gibt ein Gebiet, wo das Individuum zu seinem Recht kommen muß. Das ist das Gebiet der Denk- und Glaubensfreiheit, der religiösen Ueberzeugung. Wir machen einen Fehler, wenn wir das nicht in unserem Programm zum Ausdruck bringen. Ich bitte daher, unserem Antrage zuzustimmen und die Fassung des Görlitzer Programms auch in unseren jetzigen Entwurf hineinzubringen. (Beifall.)

Nölting-Frankfurt a. M.: Wir fühlen wohl alle, wie heute die Geschichte durch diesen Saal schreitet. Ich hätte es gern, wenn wir das auch äußerlich durch unser Verhalten stärker zum Ausdruck brächten. Es ist verständlich, daß wir mit einer gewissen Bangigkeit den Schritt tun, den wir gehen müssen, denn es ist ein Schritt in Ungewißheit und Dunkelheit hinein. So ist es selbstverständlich, daß eine gewisse Wehmut zurückbleibt, wenn wir das überdenken, wovon wir hiermit Abschied nehmen müssen. Die Umrisse des Neuen, das am Horizont aufsteigt, erkenne ich vor allem darin, daß stärker die willensmäßigen und aktivistischen, ich könnte auch sagen, die politischen Tendenzen in unser neues Programm hineindrängen. Die soziologische Analyse eines Marx, ewig groß und unvergessen, wird heute in ein politisches Aktionsprogramm übersetzt. Nicht so, daß wir damit von dem Abschied nehmen, was wir bisher glaubten, daß wir in das rationale, ungeschichtliche Denken des 18. Jahrhunderts zurückfielen, in jenen Wunderglauben, daß der freie Wille zu allen Zeiten und überall souverän die Möglichkeit seiner Verwirklichung fände. Es bleiben die Gegebenheiten politisch-ökonomischer Struktur maßgebend. Auch auf Grund dieses neuen Programms werden wir nicht predigen, sondern Politik treiben. Unser Weg zum Sozialismus ist nicht in erster Linie pädagogisch-ethischer, sondern politischer Art. Diese politisch-ökonomischen Gegebenheiten aber stecken immer nur den Rahmen des Möglichen, nicht aber den Rahmen des Notwendig-Zwangsläufigen ab. Die naturalistische Zwangsläufigkeit des Geschehens, die vielfach wie ein Alp auf uns gelastet hat, die fällt nunmehr ab. Nicht eine zwangsläufige automatische Entwicklung arbeitet für uns, unser an den politisch-ökonomischen Gegebenheiten geschultes Wollen, unser politischer Instinkt, unser Haß, unsere Sehnsucht und unsere Opferbereitschaft, das sind die Entwicklungsfaktoren. Wir wissen zu schätzen, wovon wir Abschied nehmen. Das alte Programm hat geleistet, daß die Sozialisten, die damals in Verschwörerklubs und versprengten Konventikeln in allen Landen saßen, sich zu einer großen Einheitsorganisation zusammenfanden. Es hat den Schichten, die ein Heute nicht hatten, das große Morgen gegeben. Es hat dem Elends- und Abfallhaufen der kapitalistischen Gesellschaft, der sich damals Proletariat nannte, das frohe Evangelium verkündet: Ihr werdet Eckstein sein einer kommenden Ordnung. Es hat uns den Traum gegeben. Wenn die Bürgerlichen von Verhetzung reden, dann sage ich: Wehe, wenn wir damals nicht geträumt

hätten, wenn damals nicht der prophetische Funken eingeschlagen wäre bei uns! Dann wäre die lichte Kultur hinweggeschwemmt worden von einer Stallrevolte. Wir alle wissen: wir treten ein großes Erbe an. Wir hoffen, daß der politische Wille, den wir bilden mit diesem neuen Programm, so stark sein wird, wie die Sehnsucht von damals. Denn es wird Stärke notwendig sein, wenn wir das nüchterne Tageslicht aushalten wollen, wenn uns nicht die Sehnsucht überkommen soll, in die Dunkelheit zurückzukriechen, wo wir bisher ohnmächtig träumten. Das möchte ich jenen sagen, die heute darum bangen, ob wir auch noch revolutionär genug sein werden unter den neuen Formeln. Ueberlassen wir es den Kommunisten, in unsern ausgetretenen Kinderschuhen einherzulaufen! Heute ist der nüchterne Arbeitskittel, in dem wir ans praktische Werk gehen, revolutionärer als die rote Rebellentoga, die wir einstmals getragen haben. Mit diesem nüchternen Wirklichkeitsblick sehen wir das heutige Geschehen an. Mit ihm fassen wir zunächst den Staat ins Auge. Es gefällt mir nicht, wenn ohne Einschränkung gesagt wird: wir nehmen eine andere Stellung zum Staat ein. Das ist unklar. Dem alten Staat standen wir doppelt feindlich gegenüber. Er war formal Obrigkeitsstaat, und wir haßten ihn darum. Und er war materiell kapitalistischer Ausbeuterstaat, und das war der zweite Grund unseres Hasses. Heute hassen wir nicht mehr seine Form. Dagegen ist hassenswert geblieben sein kapitalistisch-plutokratischer Inhalt, der sich ständig weiter befestigt. Deshalb geht es nicht mit der frommen Parole Brögers, daß der ärmste Sohn des Staates auch immer sein getreuester sei. Auch unsere Opferbereitschaft hat ein Ende. Die Form ist uns nur der erfolgreichere Kampfboden, auf dem wir zu neuem Angriff anspringen.

Mit dem gleichen Wirklichkeitsblick sehen wir die Sozialisierung. Die große Wunderformel: Expropriation der Expropriateure! genügt heute nicht mehr. Ich sprach einmal als junger Student in Berlin über die Sozialisierung, und ein schnoddriger Fabrikantensohn stand auf und sagte: Nun gut, ich will meinen Betrieb sozialisieren lassen; können Sie mir Straße und Telephonnummer Ihrer „Gesellschaft" angeben? Ich mußte schweigen, aber ich hoffe, daß es mir in meinem Mannesalter noch einmal möglich sein wird, die Antwort darauf geben zu können, die ich in meiner Jünglingszeit schuldig blieb, wo die gesellschaftlichen Instanzen sitzen, die die privatkapitalistischen Betriebe zu übernehmen vermögen.

Noch ein Letztes! Wir sehen mit diesem nüchternen Wirklichkeitsblick, von dem ich sprach, auch im politischen Raum uns heute anders um. Die kapitalistische Basis wird immer schmaler. Die Verhältnisse spitzen sich zu, und dadurch stoßen Schichten zu uns, an die wir heran müssen mit unserer Werbung. Die marxistische Analyse: hie Proletarier, hie Bourgeois! — dieser soziologische Dualismus ist zu primitiv. Es wimmelt im politischen Raum von allerlei Mittelschichten und Zwischenfiguren, an die wir herankommen müssen. Das sind die Bauern, die Beamten, die Intellektuellen, das ist der neu aufgebaute Mittelstand und die alte durchaus nicht niederkonkurrierte Gewerbeschicht. Dafür brauchen wir neue Parolen. Sie können nicht aufs Land gehen, wenn Sie dem Bauer sagen: Wir schaffen den lieben Gott ab und wir sozialisieren euer Eigentum. Damit erweckt man nicht Gegenliebe. (Sehr wahr!) Diese Schichten haben eine andere soziologische Struktur, sind alte Ordnungsschichten von reichem Kulturbesitz. Wir kommen an diese nicht so leicht illusionären und weniger suggestiblen Schichten nur mit einem nüchternen, elastischen, politischen Wirklichkeitssinn aufweisenden Gegenwartsprogramm heran. (Sehr wahr!) Deshalb freue ich mich, daß wir die Zweiteilung vorgenommen haben, daß wir neben die grundsätzlichen Erklärungen ein bewegliches Aktionsprogramm gestellt haben, so daß wir nicht immer in der Paradegarnitur einherschreiten müssen bei der politischen Werktagsarbeit, sondern daß wir nun auch den Arbeitsrock besitzen.

Wir fühlten alle heute morgen, als Hilferding sprach, die Hammerschläge niedergehen und den Mörtel, der niederfiel. Aber ich sage: Werden wir nicht bange darum! Wir nehmen nicht von jenem Marx Abschied, der mit der souveränen Freiheit des überlegenen Geistes seinen Jüngern einmal sagte: Moi, je ne suis pas Marxist. Ich bin ja selbst kein Marxist. Mit jenem Marx gehen wir in die neue Phase der Verwirklichung des Sozialismus ein, an die wir heute rühren. Wir werden jetzt nicht immer nur vom Ziele träumen können. Es werden uns auch die Kilometersteine am Wege wichtig werden müssen. Verlören wir aber dabei unser Ziel und unsere Sehnsucht aus dem Auge, dann wären wir ein Wirtschaftsstand und Interessenverband wie jeder andere, und nicht mehr die Kreuzritterschaft mit dem geheimen Kreuzfahrerabzeichen auf der Achsel, das es vielen von uns ja erst möglich macht, innerhalb des Sozialismus zu leben. Gewiß, wir werden nicht mehr mit den großen rollenden Formeln deklamieren können. Wir konnten es schon lange nicht mehr, und wir bekommen durch das neue Programm endlich das ehrliche Gewissen wieder. Gewiß wir werden Flickarbeit leisten müssen an dieser miserabelsten aller Welten. Aber in dieser Stunde beschwören wir den guten, alten Geist, uns zu behüten, daß wir, wenn wir gleich Flickarbeit leisten, doch nicht Flickschuster dabei werden. (Lebhafter Beifall.)

Helwes-Hannover: Mein Vorredner hat es begrüßt, daß ein elastisches Gegenwartsprogramm — er meint Agrarprogramm — herauskommen würde. Mich befriedigt das Programm aber noch nicht ganz. Ich weiß, wie es draußen aussieht, weil ich Tausende von Kleinbauern zu vertreten habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unbedingt etwas geschehen muß. Wer draußen auf dem Lande arbeitet, weiß, daß wir in der nächsten Zeit mit Umwälzungen in wirtschaftlicher Beziehung zu rechnen haben. Wir müssen dem Kleinbauer etwas bieten. Im Landbund kriselt es schon ganz bedeutend. — Wenn wir Stimmen gewinnen wollen, müssen wir versuchen, vor allem die Kleinhandwerker wieder zu uns herüberzuziehen. Das ist aber nicht möglich, wenn wir den Leuten nichts bieten. Jahrelang schwebt uns ein sozialdemokratisches Argrarprogramm vor. Genosse David hat sich stark dafür eingesetzt. Auf dem vorigen Parteitag hat der Genosse Helling einen Vortrag über unser Bodenprogramm gehalten. Wir sind seitdem noch nicht weitergekommen. Darum möchte ich Sie bitten: Schaffen Sie einige Sätze in dem jetzigen Programm, die die Grundlage dafür geben sollen, was später zu geschehen hat. Material ist genügend vorgelegt worden. Wir müssen versuchen, die Krise im Landbund auszunutzen, dann werden wir auch vorwärtskommen und die Stimmen wiederbekommen, die uns verlorengegangen sind. Ich weiß, wie der Landbund arbeitet. Man sagt uns auf dem Lande: Ihr tut nichts für uns. Man erlebt, daß organisierte Landarbeiter und Reichsbannerkameraden zugleich Mitglieder des Landbundes sind. Warum ist es uns bisher nicht gelungen, die großen Massen der Landarbeiter für uns zu gewinnen? Weil die Referenten, die auf das Land gehen, kein Material besitzen, weil die Partei kein Agrarprogramm geschaffen hat. Daher muß unbedingt in das Programm ein entsprechender Abschnitt aufgenommen werden; dann kommen wir vorwärts. Von Schwerin in Mecklenburg ist beantragt worden, folgende Bestimmung in das Agrarprogramm aufzunehmen: Staatlicher Grund und Boden ist nicht an Private als Eigentum abzugeben. Für Mecklenburg-Schwerin mag das zutreffen. Für viele andere Gebiete trifft es nicht zu. Weiter wird in dem Antrag verlangt: Der Grund und Boden zur Neu- und Anliegersiedlung ist vom privaten Großgrundbesitz zu nehmen.

In Westfalen, Hannover und in anderen Gebieten liegen die Verhältnisse ganz anders. Da haben wir vielerorts Ländereien, die nur als staatliche anzusehen sind. Wenn die Landbedürftigen Land zu Anliegersiedlungen oder zur Schaffung von Heimstätten haben wollen, dann sind sie auf staatlichen Grund-

besitz angewiesen. Daher möchte ich bitten, diese beiden Sätze des Schweriner Antrages nicht anzunehmen, und im Agrarprogramm nur zu sagen: „Soweit Domänenland nicht in Frage zu kommen braucht, soll da, wo Großgrundbesitz vorhanden ist, in erster Linie auf den Großgrundbesitz zurückgegriffen werden." Wo die Verhältnisse umgekehrt liegen, muß auch Domänenland zur Verfügung gestellt werden. Auf alle Fälle müssen einige grundlegende Sätze in unser Programm aufgenommen werden; das kann dann der Anfang eines Agrarprogramms sein. Dann haben wir eine Waffe in der Hand, mit der es uns gelingen wird, die Hunderttausende von Landarbeitern und Kleinbauern auf unsere Seite zu bringen, und dann hat die Stunde der Reaktion in Deutschland geschlagen. Wenn wir in den Jahren 1918, 1919 und 1920 mehr Einfluß auf die ländliche Bevölkerung gehabt hätten, wäre die Reaktion nicht so stark geworden und Hindenburg hätte nicht so viele Stimmen bekommen. Wir müssen Einfluß auf dem Lande erringen; das können wir aber nur, wenn wir den Leuten etwas bieten, wenn wir ein Agrarprogramm haben. Erst dann werden unsere Referenten Erfolg haben, wir werden wieder Boden gewinnen, und dann ist es aus mit der Reaktion in Deutschland. (Beifall.)

Marum-Karlsruhe: Ich bitte Sie, mir für einige Augenblicke aus dem Gebiet der großen idealen und theoretischen Erörterungen in das Gebiet der Tagespolitik zu folgen. Wir sind der Meinung, daß aus dem Aktionsprogramm im Kapitel Justiz der Satz gestrichen werden muß: „Oeffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung". Das ist etwas ganz Unmögliches. (Sehr wahr!) Ich verkenne nicht, daß in dem einen oder anderen Kanton der Schweiz diese öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung vorhanden ist. Ich verkenne auch nicht die Beweggründe, die für die nachträgliche Aufnahme dieses Satzes in das Aktionsprogramm vorgebracht werden. Man wollte offenbar eine Kontrolle der Justiz ermöglichen. Aber dieses Mittel ist durchaus ungeeignet und wird das Gegenteil erreichen. Jeder Parteigenosse, der einmal Schöffe, Geschworener oder Beisitzer an einem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht gewesen ist, wird mir bestätigen, daß es ganz unmöglich ist, auf öffentlichem Markte alle diese Dinge zu besprechen. (Sehr richtig!) Es wäre dann nicht mehr nötig, bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Beisitzer zu wählen, sondern dann könnte man dem Vorsitzenden die Entscheidung überlassen. Sie werden doch nicht glauben, daß ein Arbeitgeber in einem Gewerbegerichtsverfahren öffentlich zugunsten der Arbeiter stimmt, ohne fürchten zu müssen, dem Terror seiner Arbeitgeberverbände ausgeliefert zu sein. Was die politische Justiz anlangt, so wären in dem größten Teil Deutschlands die Schöffen und Geschworenen dem reaktionären Terror ausgeliefert (sehr richtig!) und hätten nicht den Mut, in einer öffentlichen Beratung zugunsten der Wahrheit und Gerechtigkeit ihr Votum abzugeben. Es gibt aber auch manche Momente, die die Laienbeisitzer verhindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Ebensowenig wie beispielsweise die Sitzungen der Gemeinderäte oder die Wahlen öffentlich sind, können die Beratungen der Gerichte öffentlich sein. Ich möchte deshalb dringend bitten, den Passus wieder zu streichen. Sie wollen eine demokratische gerechte Justiz erzielen. Sie würden aber bei dem Mangel an Zivilcourage, der leider heute bei vielen Beisitzern der Gerichte noch vorhanden ist, nur eine reaktionäre Justiz herbeiführen. (Beifall.)

Löwenstein-Berlin: Ich habe es begrüßt, daß in dem neuen Programmentwurf der Satz des Erfurter Programms „Religion ist Privatsache" verschwunden ist. Dieser Satz war irreführend. Er hat niemals bedeuten sollen, daß die Religion keine gesellschaftliche Angelegenheit ist, weder im positiven noch im negativen Sinne, sondern dieser Satz sollte nur den Gegensatz zu dem weltlichen Staat festlegen. Aus dem Gedanken des weltlichen Staates heraus sollte gesagt werden, daß seitens des Staates keinerlei Einflußnahme auf diese Dinge

zu erfolgen hat. Die Formulierung in dem neuen Programmentwurf ist nach beiden Richtungen hin klarer und eindeutiger. Sie besagt: „Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung und Bildung sind weltlich; jede öffentlichrechtliche Einflußnahme von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen". Das sagt klipp und klar, um was es sich handelt, sagt auch ganz deutlich, daß natürlich jeder sich nach seinen religiösen Erlebnissen oder nach seiner Weltanschauungsgemeinschaft orientieren kann; aber das bedeutet nicht, daß diese Angelegenheiten damit zur Privatsache geworden sind.

Dann liegt ein Antrag vor, der eine Umänderung in dem Sinne bezweckt, daß keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und konfessionelle Zwecke gemacht werden dürfen. In dem vorliegenden Entwurf ist nur von religiösen Zwecken die Rede. Ich glaube, daß dieser Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt werden muß. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Staat sich um Weltanschauungsgemeinschaften wie um religiöse oder kirchliche Gemeinschaften nicht zu kümmern hat, sondern weltlich ist, dann können wir nicht nur kirchliche und konfessionelle Gemeinschaften, sondern müssen auch Weltanschauungsgemeinschaften von der Bevormundung und Bevorzugung von dem Staat ausschließen, selbst Weltanschauungsgemeinschaften, die uns nahestehen. Nicht aus Gründen irgendwelcher Philosophie oder irgendwelcher Religionserlebnisse, sondern aus der soziologischen Stellung des Staates heraus als einer weltlichen, öffentlich-rechtlichen Gemeinschaft haben wir diese Dinge abzulehnen.

Hilferding (Schlußwort): Parteigenossinnen und -genossen! Wie nicht anders zu erwarten war, ist eine ganze Reihe von Einzelanträgen, namentlich zum Aktionsprogramm, gestellt worden. Von verschiedenen Seiten wurde bemängelt, von anderer Seite begrüßt, daß der Satz „Religion ist Privatsache" nicht in das Programm aufgenommen worden ist. Ich möchte zunächst erklären, daß in keiner Weise eine Aenderung der prinzipiellen Stellung der Partei zur Religion, wie sie in diesem Satz zum Ausdruck kam, beabsichtigt ist. (Sehr wahr!) Wir haben gemeint, daß durch die Ausdrücke „Trennung der Kirche vom Staat, Trennung der Schule vom Staat, keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke" das, was in dem Satz „Religion ist Privatsache" enthalten war, seine politische Formulierung gefunden hat. Nur in diesem Sinne ist die Weglassung zu verstehen. Damit dürften die Bedenken im wesentlichen ausgeräumt sein.

Eine zweite Frage, die umstritten wurde und die zuletzt der Genosse Marum berührte, bezieht sich auf den Satz im Justizprogramm „Oeffentliche Beratung bei der Urteilsfindung". Dieser Satz stand nicht in dem ursprünglichen Programmentwurf. Er ist hineingekommen, nachdem der Parteiausschuß die Programmkommission durch einen Juristen verstärkt hat. (Heiterkeit.) Es handelt sich hier nach meiner Meinung nicht um eine besonders aktuelle Frage. Ich persönlich sehe keine Veranlassung, mich gegen einen Beschluß der Programmkommission zu wenden. Hier wird der Parteitag entscheiden können. Als Referent der Programmkommission bin ich für unveränderte Annahme.

Dann ist eine Reihe von Spezialwünschen geäußert worden, namentlich zu dem wichtigen Kapitel der Gesundheitspflege. Ueber diesen Punkt ist in den Beratungen des Parteivorstandes ausführlich gesprochen worden. Wir waren der Meinung, daß dieser Punkt es seiner Wichtigkeit nach verdient, einmal ausführlich in einem Referat auf dem Parteitag zur Sprache gebracht zu werden und daß wir uns infolgedessen gegenwärtig mit der Formulierung des Programms begnügen können. Ich möchte Sie also bitten, mit der stilistischen Abänderung, die die Genossinnen vorgeschlagen haben und die dahin geht, von dem

„gleichen Erwerbsrecht für die Frauen" statt nur vom Erwerbsrecht zu sprechen, die Formulierung des Entwurfs anzunehmen und damit die Anträge, die zum Programm gestellt worden sind, für erledigt zu erklären, mit Ausnahme der Anträge, die zum Agrarprogramm eingebracht worden sind. Es handelt sich um einen Antrag Heidelberg und einen Antrag Schwerin. Ich bitte, diese Anträge dem Parteivorstand und durch ihn der Agrarkommission zu überweisen.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich über die Frage des Agrarprogramms noch ein Wort sagen. Die Genossen, die das Bedürfnis nach Richtlinien für ihre Landagitation haben, besitzen bereits jetzt ein überreiches Material, einmal in dem prinzipiellen Antrag der Reichstagsfraktion zum Bodenprogramm, dann aber auch in dem Referat und in der Debatte auf dem letzten Berliner Parteitag. Unterdessen hat die Diskussion über das Agrarprogramm namentlich in der „Gesellschaft" in sehr vielversprechender Weise eingesetzt. Ich empfehle Ihnen vor allen Dingen das Studium der Beiträge, die von Dr. Baade und Dr. Krüger zu dieser Frage beigesteuert worden sind. Ich habe die feste Zuversicht, daß es einer vom Parteivorstand bald einzusetzenden Agrarkommission gelingen wird, bis zum nächsten Parteitag ein Agrarprogramm vorzulegen; aber ich möchte davor warnen, eine solch schwierige Frage ohne eingehende theoretische Diskussion in unseren wissenschaftlichen Organen, in unserer Parteipresse und in unseren Parteiorganisationen schon jetzt zu entscheiden und damit dem künftigen Parteitage vorzugreifen. Daher bitte ich Sie, die Anträge über die Agrarfrage dem Parteivorstand als Material zu überweisen.

Nun einige Ausführungen zu den Darlegungen der Genossen Nölting und Levi. Genosse Nölting, der eine Reihe sehr beachtenswerter Gedanken in eine sehr schöne Form gekleidet hat, möge entschuldigen, wenn ich ihm in einem Punkte widerspreche. Wenn er von Abschiedsstimmung gesprochen hat, so möchte ich sagen: ich und viele andere sind durchaus nicht in Abschiedsstimmung gegenüber dem Erfurter Programm. Vielmehr glaube ich, daß die Arbeit, die hier vom Parteitag geleistet werden soll, eine Erneuerung, ein Wiederaufleben, eine Wiederbestärkung der unerschütterten Grundsätze ist, die in der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft durch Marx enthalten sind. (Sehr wahr!) Wir haben das Veraltete entfernt, wir haben das ausgeschaltet, worüber wir nicht mit aller Bestimmtheit sprechen können. Wenn Genosse Grötzsch gemeint hat, das Programm verrate allzuviel wissenschaftliche Genauigkeit, ja einigermaßen Pedanterie, so hat er damit meines Erachtens ein großes Lob ausgesprochen; denn wenn man wissenschaftlich analysiert, kommt es gerade auf die Genauigkeit, auf die wissenschaftliche Bedenklichkeit an. (Sehr wahr!) Diese wissenschaftliche Genauigkeit hat ja auch den Verfasser des Erfurter Programms geleitet. Nur dadurch ist es möglich, daß in dem Programm, soweit menschliches Vermögen und menschliches Erfassen gehen, nichts gesagt wird, was nicht vor der historischen Kritik — und die Geschichte ist die beste Marxistin — standhält. Die einen Diskussionsredner sprachen vom Ewigkeitswert, die anderen sprachen davon, es solle nur ein Beginn sein. Nun, ich hoffe doch, daß das Heidelberger Programm, das, wie gesagt, in wesentlichen Teilen eine Erneuerung des Erfurter Programms ist, ebenso wie dieses das Geschick haben wird, daß seine grundsätzliche Analyse von der geschichtlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte bestätigt werden wird.

Die einzige sozusagen grundsätzliche Kritik ist geübt worden von dem Genossen Levi. Ich muß allerdings sagen, daß mir nicht alles in diesen Ausführungen klar geworden ist. Genosse Levi hat davon gesprochen, daß diese Generation durch die Wüste gegangen sei. Ich glaube, schon das ist nicht richtig. Wir haben Ungeheuerliches erlebt. Aber es war Großes und Unvergängliches, was wir dabei erfahren haben, und wir haben nicht das Gefühl, durch die

Wüste gewandert zu sein. Genosse Levi meinte, diese Generation, die durch die Wüste gegangen sei, müsse zugrunde gehen, damit die neue Generation ihre großen Aufgaben erfüllen könne. Das war nicht die Ansicht über proletarische Entwicklung, über sozialistische Aufgaben, die Marx und Engels ausgesprochen haben. Keine Arbeitergeneration darf zugrunde gehen (lebhafte Zustimmung), am wenigsten diese Generation, die durch alle diese Drangsale hindurchgegangen ist, die so viele Prüfungen durchgemacht, so schwer erworbene Erfahrungen gesammelt hat. Wir brauchen gerade diese Generation, damit sie weiterkämpft und die Jugend lehrt, wie sie in der Zukunft zu kämpfen hat. (Sehr richtig!). Wenn Genosse Levi revolutionäre Tendenzen in dem Programm vermißt, so ist auch das nach meiner Ueberzeugung eine ganz falsche Auffassung von dem, was wirklich revolutionär ist. Wir leben in einer revolutionären Zeit, weil es keinen größeren Umwälzer, keinen größeren Revolutionär gibt als den Kapitalismus, als das Kapital und seinen notwendigen Widerpart, die Arbeiterklasse, die sich aus innerer Notwendigkeit, aus innerer Gesetzmäßigkeit gegen das Kapital erhebt, um eben jene Revolution, die das Kapital anfängt, politisch und sozial zu vollenden. Deswegen braucht man nicht fortwährend von Revolution zu sprechen. (Sehr richtig!) Ich bin hier vollkommen einig mit Engels, der im Jahre 1881 an Eduard Bernstein schrieb:

> „Ich finde Ihre Ansicht über die dem Blatt zu gebende Haltung ganz übereinstimmend mit der meinen. Ich freue mich auch, daß in der letzten Zeit nicht mehr so viel Aufwand mit dem Wort „Revolution" gemacht wird wie zuerst. Das war anfangs ganz gut nach der Abwiegelei von 1880. Aber jetzt ist es besser, auch gegenüber Most, vor großen Phrasen auf der Hut zu sein."

Was damals Most war, sind heute die Kommunisten. Ich glaube, daß wir gerade durch wirkliche wissenschaftliche Analyse und nicht durch vielen Gebrauch des Wortes „Revolution" am besten den Kampf gegen die Kommunisten führen können. (Sehr wahr!) Allerdings darf man das Programm nicht so lesen, wie es der Genosse Levi gelesen hat; so darf man weder das Erfurter noch das Heidelberger Programm lesen. Genosse Levi hat z. B. gesagt, die Weglassung des Satzes, der, glaube ich, im kommunistischen Manifest steht und der im Erfurter Programm schon in eine andere Form gekleidet worden ist, nämlich des Satzes „Der Befreiungskampf der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein", verbiete jede Koalitionspolitik. Auf diese Auslegung ist wirklich noch niemand gekommen. Was ist das aber für eine Auffassung von Koalitionspolitik, zu meinen, daß während der Koalitionspolitik der Klassenkampf irgendwie ruhe? (Sehr gut!) Der Klassenkampf muß gerade im Schoße von Koalitionsministerien, in der Zeit, in der Sozialdemokraten Koalitionsminister sind, mit besonderer Wachsamkeit, unter Umständen auch mit besonderer Schärfe geführt werden. (Zustimmung.) Unter bestimmten Bedingungen kann die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung gegeben sein, aber damit wird nie die Notwendigkeit aufhören, den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Forderungen soweit wie irgend möglich zu steigern. (Sehr richtig!) Es wäre ein schwerer Fehler unserer Agitation, eventuell die andere Möglichkeit heraufzubeschwören, daß Koalitionsregierungen eine Abschwächung des Klassenbewußtseins werden. Nur eine schlechte und ungenügende Verteidigung oder falsche Angriffe auf die Koalitionspolitik können eine solche Wirkung haben. (Sehr wahr!)

Genosse Levi hat auch in dem Programm eine klare Stellung zum Staat vermißt und hat Ausführungen gemacht, von denen ich gleichfalls wünschte, daß sie einmal durch ein prinzipielles Referat auf einem der nächsten Parteitage so klar gestellt würden, daß die Mißverständnisse endlich aufhören. Levi hat offene Türen eingerannt, als er sagte, daß wir mit der bürgerlichen Republik,

wie er sie nannte, nicht zufrieden sein dürften. Ich möchte denjenigen Parteigenossen, und wenn es der äußerste Revisionist wäre, sehen, der sagen würde, wir sollten mit der bürgerlichen Republik zufrieden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Aber gewöhnen wir uns doch endlich an jene begrifflichen Unterscheidungen, die absolut notwendig sind, wenn wir auch nur eine Diskussion über den Staatsbegriff anfangen wollen. Wovon sprechen wir, wenn wir von der Republik, von der Demokratie sprechen? Wir sprechen von einer bestimmten politischen Kategorie, von einer bestimmten Art, den Willen der Massen zum Ausdruck zu bringen und danach das Regierungssystem zu gestalten. Ich habe schon in meinem Referat erwähnt: diese politische Form der Demokratie, diese politische Form der demokratischen Republik wollen wir, wollen wir sogar als etwas Absolutes, als etwas ohne Einschränkung, weil diese politische Demokratie, die Republik ein ungeheuerer Fortschritt gegenüber jeder anderen Staatsform ist. Lassen wir uns doch nicht durch die Episode des Bolschewismus darin irre machen, daß sämtliche Arbeiterparteien nicht aus einer Doktrin heraus, sondern aus der Notwendigkeit ihres Kampfes stets in den Vordergrund ihres politischen Kampfes den Kampf um die Demokratie, den Kampf um die Republik gestellt haben. Wir wollen diese politische Demokratie, weil sie zugleich der beste Kampfesboden für das Proletariat ist, weil in der politischen Demokratie das Ringen der einzelnen Klassen um den Einfluß im Staate am unverhülltesten zum Ausdruck kommt, ganz anders als in einem Nationalitätenstaat, ganz anders, als in einem zaristischen System oder in dem halbkonstitutionellen System der deutschen Monarchie. Deswegen ist uns Sozialisten vom Standpunkt der Arbeiterklasse die Erhaltung der demokratischen Republik an sich von sehr großem Wert.

Aber dann gibt es die andere Seite: die demokratische Republik kann politische Form sein nicht nur für ein sozialistisches Gemeinwesen, sondern auch für ein bürgerliches Gemeinwesen. Diese politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns erhalten. Ich unterstreiche nochmals, was Rosa Luxemburg gerade in dieser Beziehung über die Notwendigkeit der Demokratie in der Zeit der Herrschaft der Arbeiterklasse geschrieben hat.

Diese politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns also auch für ein sozialistisches Gemeinwesen erhalten, und sie bleibt auch die politische Bewegungsform für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, für die letzte Periode der kapitalistischen Herrschaft, die zwar noch das Kapital stark genug steht, um die soziale Abhängigkeit der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten, in der aber andererseits die Arbeiterklasse politisch stark genug ist, um die alten politischen Herrschaftsformen der direkten politischen Abhängigkeit, der direkten Beherrschung der Besitzlosen auf Grund der Ungleichheit des Wahlrechts, der Einrichtung einer erblichen Monarchie usw. auszumerzen. Wir sprechen also einmal von einer bestimmten politischen, das andere Mal von einer bestimmten sozialen Kategorie, nämlich von der Tatsache einer kapitalistischen Wirtschaft, und diese kapitalistische Wirtschaft wollen wir beseitigen. Wir sagen aber: Dazu ist die Eroberung der Staatsmacht in der demokratischen Republik der beste Weg. (Sehr richtig!) Deshalb ist es einfach falsch, wenn man sagt, wir — irgendwelche Richtungen in der Partei — unterscheiden uns durch unsere Stellung zum Staat. Sie, die Sie sich „Linke" nennen, müssen im Ernstfall genau so für die Republik eintreten, Sie müssen in aller Zukunft genau so die demokratische Republik aufrechterhalten wie jeder andere; wozu also eine ganz falsche Formel hineintragen, die unser wirkliches Ziel, das soziale Ziel, nicht berührt.

Deshalb halte ich die Kritik Levis am Programm für falsch, weil sie mit einem Doppelbegriff arbeitet. Einmal wird das Wort Demokratie in seinem politischen Sinn gebraucht, andererseits in dem Sinn, in dem wir von Wirtschaftsdemokratie sprechen, was nichts anderes ist als Sozialismus. Daß wir die bürgerliche Gesellschaftsordnung bekämpfen, daß wir an ihre Stelle eine sozialistische setzen wollen, daß es also niemand gibt, der diese „bürgerliche Republik", um diese ganz falsche Verbindung zu gebrauchen, als etwas Letztes ansieht, ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß man wirklich nur durch eine unmögliche Auslegung in unserem Programm einen Widerspruch, einen Mangel an Prinzipien oder eine Unzulänglichkeit sehen kann.

Ebenso kann ich auch die Behauptung des Genossen Levi nicht zugeben, wir übersähen, daß auch innerhalb der bürgerlichen, der demokratischen Republik außerparlamentarische Kräfte am Werk sein können. Wer wollte das leugnen? Wir haben es im Kapp-Putsch erlebt. Welche Haltung hat aber die sozialdemokratische Partei eingenommen? Sie hat diesen reaktionären außerparlamentarischen Kräften die große außerparlamentarische Kraft des Generalstreiks entgegengesetzt, damit die außerparlamentarischen Kräfte niedergeschlagen, um zur normalen Funktion der parlamentarischen Kräfte zurückzukehren. (Sehr richtig!) Das ist eine ganz selbstverständliche Haltung. Deshalb ist es ebenso selbstverständlich, daß wir den Aufbau und die Erhaltung der Republik an die Spitze des Verfassungsprogramms gestellt und in den theoretischen Teil aufgenommen haben, weil wir tatsächlich in dieser politischen Form unter den besten Bedingungen und mit der meisten Aussicht auf Erfolg um unser Endziel kämpfen können.

Ich kann dem Genossen Levi nicht in Einzelheiten folgen, aber wenn er die Formulierung über die internationalen Aktionen für ungenügend hält, so kann ich auch das nicht für berechtigt anerkennen. Wir haben ausdrücklich im Programm gesagt: Wir kämpfen solidarisch verbunden mit allen andern Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterinternationale nicht nur um die Verwirklichung des Sozialismus, sondern auch in gemeinsamen Aktionen gegen alle Vorstöße des Faschismus und Imperialismus. Ich glaube, damit ist alles gesagt, was in einem allgemeinen Programm zu sagen ist. Gerade unsere Haltung auf den internationalen Kongressen hat immer wieder bestätigt, daß, wo die Möglichkeit für solche internationalen Aktionen gegeben ist, wir uns mit aller Kraft daran beteiligen. Lassen Sie mich aber noch eins sagen. Gewiß, die imperialistischen Tendenzen sind stark. Vieles davon ist durch die neueste Entwicklung unberührt geblieben. Andererseits aber dürfen wir auch nicht übersehen, daß die imperialistischen Tendenzen nur die politische Umsetzung bestimmter ökonomischer Tendenzen sind. Gerade infolge ihrer politischen Natur sind die jeweiligen imperialistischen Mittel und Ziele wandelbar und Aenderungen unterliegend. Gerade der letzte Krieg hat wesentliche Bedingungen dafür geschaffen, um uns zu erlauben, in gewissem Sinn auch von einer neuen Phase des Imperialismus zu sprechen. Während jeder vorhergehende Krieg schlecht und recht mit der Herstellung eines gewissen Gleichgewichts der politischen Kräfte der europäischen Staaten geendet hat, hat dieser Krieg — das ist gerade sein Charakteristikum, seine fortdauernde Gefahr — nicht mit der Wiederherstellung eines Gleichgewichts, sondern mit einem ungeheuren ökonomischen, aber auch mit einem latenten militärischen Uebergewicht der Vereinigten Staaten geendet, andererseits hat er in Europa neben industriellen, neben militärischen Machtzentren eine Machtdepression über Mitteleuropa geschaffen, eine Störung des Gleichgewichts, die verhängnisvoll werden kann, wenn es nicht der Arbeit der Demokratie und des Sozialismus gelingt, diese Störung wieder zu beseitigen, nicht im kapitalistischen, sondern im sozialistischen Sinne. Betrachten wir die deutsche Situation, so sehen wir hier einen gefährlichen Widerspruch. Deutschland ist nach dem Krieg ein industrielles, ein

ökonomisches Energiezentrum ersten Ranges geblieben, es ist aber militärisch und außenpolitisch ohnmächtig. Dieser Widerspruch hat wieder zweierlei Folgen. Auf ökonomischem Gebiet zwingt die militärische Machtlosigkeit unsere Kapitalistenklasse, zu versuchen, jenes Ziel einer imperialistischen Politik, Monopolisierung von Absatzmärkten, Konzentration der Wirtschaft nicht durch militärische Entscheidungen zu erreichen, sondern durch Kartell- und Trustbildung auf internationalem Maßstab. Ich erinnere nur an die Verhandlungen, die immer wieder gerade unsere Schwerindustrie mit der französischen und belgischen Schwerindustrie führt, um zu einer solchen Monopolisierung des europäischen Absatzmarktes auf einem der wichtigsten Gebiete der Rohstoffversorgung zu gelangen. Politisch aber bedeutet die einseitige Abrüstung, die machtpolitische Depression hier, die machtpolitische Steigerung dort wieder eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Diese Dinge gilt es zu analysieren, danach unsere Politik einzurichten. Die Analyse wird zeigen, daß wir nicht allein, aber in Verbindung mit allen demokratischen, sozialistischen Kräften der übrigen Welt stark genug sein werden, um diesen sehr starken imperialistischen Tendenzen unsere Gegentendenz entgegenzustellen und sie allmählich so erstarken zu lassen, daß unsere Friedenspolitik nicht mehr Utopie ist, nicht mehr auf den endgültigen Sieg des Sozialismus verschoben werden muß, sondern Bestandteil unserer Außenpolitik ist und so ernst und aussichtsreich wie unsere übrigen Kämpfe, so daß also unsere Friedenspolitik eine durchaus reale Politik sein kann. Diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu sehen, ihnen von vornherein jede Aussicht abzusprechen, wäre ein schwerer Fehler unseres Programms, wollte unser Programm dies versuchen. Gerade in diesen Dingen ist unser Programm durchaus auf der Höhe der Aufgaben, die der internationale Sozialismus zu erfüllen hat.

Ich gebe im übrigen ohne weiteres zu, daß eine ganze Anzahl der gemachten Anregungen beachtenswert sind und hoffe, daß sie auf nächsten Parteitagen ihre Berücksichtigung finden werden, für heute aber bitte ich Sie, möglichst einmütig unser Programm anzunehmen und damit unter die bisherige Entwicklung ein gewisses Resümee zu setzen, es vor allen Dingen aber anzunehmen, damit wir wieder hinausgehen können, agitieren, unserer Jugend sagen, was Sozialismus ist, wofür sie kämpft und kämpfen muß, wenn diese neue Generation würdig sein will der Arbeit, Mühen und Leiden, die die vergangenen Arbeitergenerationen auf sich genommen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag der Frauen, statt „Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit" unter „Sozialpolitik zu setzen „gleiches Erwerbsrecht der Frauen", wird angenommen.

Der Parteitag beschließt, über den Antrag, die öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung zu streichen, abzustimmen und nimmt hierauf den Antrag an.

Darauf stimmt der Parteitag unter Ablehnung aller übrigen Anträge dem vorgelegten Programmentwurf gegen ganz wenige Stimmen zu und überweist die Anträge zum Agrarprogramm der Agrarkommission. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Dem Bureau ist folgende Erklärung übermittelt, die zu Protokoll geht:

Die unterzeichneten Mitglieder der Beschwerdekommission geben zum Fall Bauer folgende Erklärung ab:

„Die Beurteilung der Angelegenheit ist an Hand der eingehenden, das gesamte Material darlegenden Begründung des Schiedsgerichts, das zu einem Freispruch kam, behandelt worden. Ein Grund, Bauer zu diesen von ihm selbst anerkannten Feststellungen zu hören, lag nicht vor, ebensowenig wie dies in den anderen Beschwerdefällen ohne Beanstandung des Parteitages geschah. Die Kommission verwahrt sich gegen die Art der Behandlung dieser Angelegenheit und legt ihr Mandat hiermit in die Hand des Parteitages zurück.

gez. Buchwitz, Kaisen, Dr. Kieß, Asch, Puchta, Henßler, Schmitt."

Dann hat die Sachsenkommission eine Erklärung übermittelt, in der sie zu den Ausführungen Marums Stellung nimmt und darlegt, daß sie von der Erklärung vorher keine Mitteilung geben konnte, da sie durch meine Aufforderung, ins Plenum zu kommen, weil die Sachsenfrage zur Behandlung komme, in der Aufklärung über diese Frage unterbrochen worden sei. Damit ist die Sache erledigt.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen Brühne, zum Vertreter den Genossen Wilhelm Bock und zum Schriftführer den Genossen Hengsbach gewählt.

Damit sind wir am Schluß der Arbeit des Parteitages angelangt.

Namens des ganzen Parteitages danke ich unseren badischen und insbesondere unsern Heidelberger Genossen für ihre Unterstützung unserer Arbeit und die unvergeßlichen Tage hier in Heidelberg, insbesondere die uns vermittelten Schönheiten des Ausflugs mit Schloßbeleuchtung (Bravo!)

Wir hoffen, daß unsere Tagung den Auftakt für die Landtagswahlen in Baden bildet und zu einem Erfolg für die Sozialdemokratie führt. (Bravo!)

Die Partei hat sich in imponierender Geschlossenheit zur Mitarbeit am republikanischen Staat bekannt unter immerwährender Betonung, daß dieser von unserer Hand geschaffene Staat ein wahrer Volksstaat werden soll. (Bravo!) Wir arbeiten, atmen und wirken in der deutschen Republik und sind willens, diese unsere Republik nicht nur zu schützen und zu stützen, sondern zu einer Heimstatt für alle diejenigen auszubauen, die mühselig und beladen sind und sich nach einer Heimat sehnen, in der sie sich wohl fühlen. Die Demokratie ist unser Weg, der Sozialismus unser Ziel! (Bravo!) Wer wir sind und was wir wollen, haben wir soeben in dem neuen Programm zusammengefaßt, das sich an alle wendet, die sich aus der kapitalistischen Zwangswirtschaft in ein Land hinaussehnen, das keine Knechtschaft kennt, das allen seinen Kindern Frieden und ein erträgliches Dasein sichert, die Erzeugnisse gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamem Wohlergehen verwendet und die Segnungen der Kultur nicht nur einer auserwählten Klasse zuteil werden läßt, sondern zum Gemeingut aller macht, die durch ihre Arbeit diese Kultur schaffen helfen. (Bravo!)

Wir haben uns in der Stellungnahme zu den Problemen der europäischen Politik aufs neue zu allem bekannt, was den Haß abzubauen geeignet ist, der die Völker untereinander entzweit, um die Völker zu gemeinsamer Arbeit und dem Wirken des Friedens zu verbinden. Wir wissen, daß dieser Weg hart und steinig ist, aber wir sind gewohnt, gegen Hindernisse aller Art mit der Hingabe anzukämpfen, die das große Ziel erfordert.

In der Stellung zur inneren Politik aber hat der Parteitag eine außerordentliche, eine erfreuliche Einmütigkeit gezeigt, wie wir sie sonst selten auf Parteitagen konstatieren können. (Bravo!) Der Anschlag der Reaktion auf die Entwicklung des Schulwesens findet die Partei in geschlossener Abwehrfront. Der Kampf um die Schule ist der Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes. (Sehr richtig!)

Der Klassenkampf ist eine historische Notwendigkeit und innerhalb einer Wirtschaftsentwicklung von ungeheurem Ausmaß eine sittliche Pflicht. Deshalb fordern wir alle auf, mit uns am Neubau einer von den Schlacken kapitalistischer Willkür befreiten Gesellschaft zu schaffen. Das gilt für alle, die noch fernstehen und von der Sehnsucht nach einer besseren Weltordnung erfüllt sind. Es gilt vor allen Dingen auch unsern eigenen Parteigenossen. (Sehr gut!) Wir haben

mehr als alle andern die Pflicht, an die Zukunft zu denken. Sie dürfen sich vor allen Dingen nicht durch die Schatten der Vergangenheit den Blick für die Aufgaben der Gegenwart und das große Ziel trüben lassen, das uns allen vorschwebt. Es hat immer Meinungsverschiedenheiten und persönliche Gegensätze gegeben; aber die 13er-Kommission, die den Sachsenkonflikt beraten hat, hat durch ihren Bericht gezeigt, wie auch unter Parteigenossen so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten geschlichtet werden müssen. (Sehr gut!)

Die Sozialdemokraten reichen allen diesseits und jenseits der Grenzen die Hand, die mit uns den Weg in das Land des Friedens und des Sozialismus gehen wollen. Wir erstreben die internationale Verständigung und wollen auch keinen Unfrieden in den eigenen Reihen. (Sehr gut!)

Deshalb, Parteigenossen, die Stirn empor und den Blick in die Zukunft gerichtet! Die heilige Unruhe, von der auch hier die Rede gewesen ist, soll uns alle erfüllen, damit wir durch das Gestrüpp der Gegenwart den Weg zu Freiheit und zum Sozialismus bahnen. Darum, Sozialisten, schließt die Reihen, die Trommel ruft, die Banner wehen! Es lebe die Internationale! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Der Parteitag stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.

Unter den kraftvollen Klängen des Sozialistenmarsches schließt der Parteitag.

Schluß 1¼ Uhr.

Angenommene Anträge.

Zum Bericht des Parteivorstandes.

25. **Breslau.** Alle Parteiinstanzen und die gesamte Parteigenossenschaft werden aufgefordert, sich gegen eine weitere Erhöhung des Mietzinses zugunsten des entschuldeten Hausbesitzes zur Wehr zu setzen.

86. **Parteivorstand.** § 8 letzter Absatz soll lauten: Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.

87. **Parteivorstand.** Dem § 8 zweiter Absatz ist anzufügen: „wovon 10 Pf. pro Marke und Mitglied an die Parteikasse abzuführen sind.

90. **Bielefeld, Hannover, Stettin, Magdeburg, Bezirk Franken, Göppingen, Bezirk Württemberg.** Das Geschäftsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beginnt und endet mit dem Kalenderjahr.

96. **Zwickau.** Der Parteitag wolle beschließen: Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten.

214. **Antrag des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.** Parteigenossen, die in den Reichstag, in die Landtage, in die Provinzial-, Bezirks- und Gemeindevertretungen gewählt werden, dürfen Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen nur bekleiden, wenn die Fraktionen, deren Mitglieder sie sind, dagegen keine Einwendungen erheben. Das gleiche gilt für die Annahme solcher Stellen während der Dauer einer Wahlperiode.

231. **Wilhelm Sander zu Antrag 230.** Im § 22 Satz 3 des Organisationsstatuts soll statt 10 000 die Zahl 7500 gesetzt werden.

242. **Antrag der Kommission zum Sachsenkonflikt.** Die wirtschaftliche und politische Situation in Sachsen macht eine Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats notwendig. Der Parteitag billigt deshalb die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachsenkonflikt einer Lösung entgegenzuführen.

Die Frage der Landtagsauflösung, welche in diesem Konflikt eine erhebliche Rolle spielt, darf nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Für diese Entscheidung bleibt maßgebend der Beschluß des Berliner Parteitages von 1924. Auf der Grundlage dieses Beschlusses verlangt der Parteitag, daß zunächst Fraktionsmehrheit und -minderheit sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und unter Zuziehung einer Vertretung des Parteivorstandes beraten und entscheiden, und daß die Frage der Landtagsauflösung von der Landtagsfraktion, den Bezirksvorständen Sachsens und dem Parteivorstand sobald als möglich beraten und gemeinsam entschieden wird.

Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschluß alle gegen sächsische Parteigenossen aus Anlaß des Sachsenkonflikts anhängig gewordenen Ausschlußverfahren erledigt sind, daß die beteiligten Genossen wieder in ihre Parteirechte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit der freien Meinungsäuße-

rung in Presse und Versammlung zu geben ist. Es wird aber von ihnen erwartet, daß sie sich im Rahmen der Beschlüsse der Bezirksorganisationen Sachsens halten.

Der Parteitag gibt weiterhin seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Parteistreitigkeiten in Sachsen in der Presse, in Versammlungen und in persönlichen Aeußerungen mit einer Schärfe geführt worden sind, die nicht gebilligt werden kann.

Der Parteitag hat das Vertrauen zu allen beteiligten Genossen, daß sie durch kameradschaftliche Ausführung dieses Beschlusses des Parteitages den Sachsenkonflikt endgültig beseitigen und damit in Sachsen die Bahn frei machen zu fruchtbarer Arbeit für den Sozialismus.

Marum, Vorsitzender, Roß, Berichterstatter, Stering, Schriftführer, Berten, Broßwitz, Bugdahn, Janotta, Klupsch, Linke, Litke, Dr. Rosenfeld, Steinmayer, Vogel.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion.

97. Hamburg. Parteileitung und Reichstagsfraktion sind zu beauftragen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag von Deutschand ratifiziert wird.

Parteileitung und Reichstagsfraktion sind zu beauftragen, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß die Technische Nothilfe durch Gesetz aufgehoben wird.

102. Hamburg. Der Parteitag fordert die Parteifraktionen des Reiches und die der Länder auf, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die verfassungsmäßige Gleichstellung der Geschlechter überall ausnahmslos verwirklicht werde, insbesondere die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Angestellte und Beamte (siehe Artikel 14 der Reichspersonalabbauverordnung) verschwinden.

114. Hamburg-Nordwest, Uelzen. Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln für eine baldige Beratung der von der Reichstagsfraktion bereits im April 1923 aufgestellten Richtlinien zur Bodenpolitik (Antrag Müller-Franken) einzutreten, die bislang durch den von eigennützigen Rücksichten diktierten Widerstand der Rechtsparteien nicht zur Verhandlung gekommen sind.

115. Hamburg-Nordwest, Uelzen. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung baldigst eine eingehende Statistik über die Verteilung und Nutzung des Grundeigentums im Deutschen Reiche vornehmen müsse.

116. Breslau. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Wohnungswirtschaftsgesetze über den 30. Juni 1926 hinaus verlängert werden.

117. Breslau. Die Fraktionen im Reich und Ländern werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Erträgnisse aus der Hauszinssteuer nicht zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs, sondern ausschließlich für die Neubautätigkeit verwendet werden.

121. Hannover. Unseren Reichstagsabgeordneten wird anheimgegeben, soweit es in ihrer Macht steht, für den gesetzlich festgelegten Mieterschutz noch mehr als bisher einzutreten; denn die Anzeichen beginnen sich zu mehren, daß der Rechtskurs alles daran setzt, die Bestimmungen der Wohnungsmangelverordnungen, der Zwangswirtschaft, die zum Schutze der Mieter dienten, bis zur Bedeutungslosigkeit zu lockern, das Kündigungsrecht noch vor Ablauf des Jahres 1925 wieder einzuführen. Um ihre Hausrechte wiederzugewinnen, werden die Hausagrarier nichts unversucht lassen, den wenigen Schutz für die Mieter ganz zu beseitigen.

125. Breslau. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, in der Stellungnahme zur Handelsvertragspolitik und auch zu den bestehenden Zwangskartellen die Wünsche einzelner Arbeitergruppen nach Sicherung von Mindestpreisen für ihre Erzeugnisse unbedingt abzulehnen, da ihre Erfüllung die Gesamtheit der Arbeiterklasse schädigen und letzten Endes nur Monopolprofiten einzelner Unternehmergruppen zugute kommen kann.

137. Schleswig. Der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ist mit geeigneten Mitteln zu erstreben.

150. Bielefeld. Die Generalversammlung Bielefeld-Wiedenbrück erkennt die bisherige Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in der Schutzzollfrage als richtig an. Sie fordert aber weiter vom Parteivorstand, der außerordentlichen Bedeutung wegen, die die Zollfrage für die Arbeiterschaft hat, die Fortsetzung des Kampfes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, um dieselben zu einem für uns günstigen Abschluß zu bringen.

219. Antrag Dobbert-Meißen und Genossen. Der Parteitag wolle folgende Entschließung fassen:

Ausgesprochene Tendenzurteile und unverständliche Handlungen deutscher Gerichte gegen Sozialisten und Republikaner haben das elementare Rechtsempfinden des Volkes aufs schwerste verletzt. Der Prozeß des verstorbenen Reichspräsidenten Genossen Ebert, die Verhängung schwerer Strafen gegen Arbeiter, Reichsbannerangehörige wegen angeblichen Landfriedensbruches, harte Urteile, Strafverfügungen gegen sozialdemokratische Redakteure wegen sogenannter Gotteslästerung, sogenannten Landesverrats oder sachlich berechtigter Kritik an Justizskandalen sind Symptome einer aufs schärfste zu brandmarkenden Klassenjustiz.

Die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes gibt Anlaß zur Empörung. Während ein Küchenmeister freigesprochen wurde, sind gegen Arbeiter unverständliche Urteile gefällt worden.

Schriftsteller und Dichter sind neuerdings Verfolgungen ausgesetzt, weil sie angeblich durch doch nur literarisch zu wertende Produkte zum „Klassenhaß" aufreizen.

Diese Symptome wirken um so verbitternder, weil gegen Anhänger und Mitglieder reaktionärer Gruppen und Verbände wie überhaupt gegen Angehörige der besitzenden Klassen eine geradezu aufreizende Milde selbst bei schwersten Vergehen festzustellen war. Ausschreitungen von Angehörigen rechtsradikaler, monarchistischer Verbände, Verleumdungen gegen sozialistische und republikanische Führer, wüste Schmähungen gegen die Republik und ihre Verfassung wurden teils mit lächerlich geringen Geldstrafen geahndet oder blieben meist ungesühnt.

Der Parteitag erhebt gegen diesen Kurs der deutschen Justiz schärfsten Einspruch. Er erwartet, daß alle Volkskreise, die wie er über die Schändung des Rechtsgefühls entrüstet sind, den schon seit langem geführten Kampf der Sozialdemokratie um Aenderung dieses Kurses, um Umgestaltung des derzeitigen Systems durch einen leidenschaftlichen Protest durch öffentliche Meinung und Stellungnahme der Organisationen unterstützen.

224. Antrag Hoch und Genossen. Die Sozialdemokratie betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, den Alkoholismus, der die Massen in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht schwer schädigt, nicht nur indirekt durch Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft zu bekämpfen, sondern auch direkt durch großzügige Aufklärung und entsprechende Gesetze. Sie unterstützt alle Bestrebungen zur Verringerung der Trinkgelegenheiten, insbesondere die Schaffung alkoholfreier Jugendheime und Volkshäuser.

227. Antrag Knack-Hamburg und Genossen. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, in Fühlung mit dem Parteivorstand die Richtlinien einer plan-

mäßigen Bevölkerungspolitik, wie sie durch Einzelbeschlüsse früherer Parteitage vorbereitet und in Görlitz zur Programmforderung erhoben wurden, festzulegen und durch zu geeigneter Zeit eingebrachte Gesetzanträge einer baldmöglichen Verwirklichung näher zu bringen.

232. Antrag Karsten und Genossen. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die seit langem angekündigte Reform der Reichsversicherungsordnung in Angriff genommen wird. Diese Reform muß zur Vereinheitlichung und zu einem solchen Umbau der Versorgungs- und Fürsorgegesetze führen, daß die heute bestehenden Unterschiede in der Art und dem Unterschiede der Versorgung, die lediglich durch das Bestehen besonderer Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeträger hervorgerufen werden, beseitigt werden. Die soziale Hilfeleistung muß dem Grade der Hilfsbedürftigkeit und der Art der Körperbeschädigung entsprechen. Der jetzige Organisatinswirrwarr ist zu beseitigen und eine einheitliche Versorgungsorganisation für alle Zweige der bestehenden Versicherung, Versorgung und Fürsorge zu schaffen. Hand in Hand mit der Vereinheitlichung des Organisationsapparates muß auch ein einheitlicher Rechts- und Beschwerdeweg geschaffen werden, der den Versorgungsberechtigten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht sichert.

233. Antrag Lina Schaefli-Stuttgart und Genossen. Zu III: Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auf eine Ergänzung des Wahlverfahrens im Reichstagswahlgesetz hinzuarbeiten, daß Einrichtungen geschaffen werden, die es ermöglichen, das Abstimmungsergebnis der männlichen und der weiblichen Wahlberechtigten je gesondert für sich festzustellen.

234. Antrag Löwenstein. Der Parteitag sieht im Abbau der Grundschule, im bayerischen Konkordat, dessen Ausdehnung auf das Reich droht, in dem mecklenburgischen Entwurf und der preußischen Denkschrift zur Lehrerbildung den bewußten, systematischen Angriff der Reaktion gegen das aufstrebende Proletariat.

Der Parteitag fordert daher von den Reichs- und Landtagsfraktionen klare und entschiedene Stellungnahme gegen alle kulturell-reaktionären Gesetzentwürfe und Einbringung von eigenen Gesetzentwürfen und Anträgen, die den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse fördern und den Grundsätzen und programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie entsprechen.

Der Parteitag fordert von allen Organen der Sozialdemokratischen Partei schärfsten, zähesten Kampf gegenüber den Angriffen der Reaktion und weitestgehende Aufklärung der Arbeiterschaft und Heranziehung aller in Betracht kommenden proletarischen Organisationen zu einer starken gemeinsamen Kampffront.

238. Antrag Hermann Müller-Franken und Genossen. Der Parteitag erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen den neuen sogenannten Reichsschulgesetzentwurf der Regierung Luther-Schiele.

Der Entwurf bedeutet einen schnöden Bruch der Reichsverfassung. Entgegen dem ausdrücklichen Willen der Verfassung, wonach die Simultanschule die Regelschule sein soll, wird die Simultanschule durch den Entwurf entrechtet. Die von der Verfassung überhaupt nicht vorgesehene Weltanschauungsschule wird zum Zwecke der Schädigung der weltlichen Schule, der einzigen, dem modernen Volksstaat völlig gerecht werdenden Schulform, bevorzugt, um dadurch gleichzeitig die einseitigste Konfessionsschule zu errichten. Die Sicherung eines leistungsfähigen Schulwesens durch die Bestimmung der Verfassung vom „geordneten Schulbetrieb" wird in ihr Gegenteil verkehrt. Die Staatsschule wird durch eine über alles Maß hinausgehende Heranziehung der Religionsgesellschaften und

durch Bevorzugung der Privatschule schwer geschädigt. In die Stellung und Tätigkeit des Lehrers wird eine dem Wesen des Volksstaats widersprechende Unsicherheit hineingetragen.

Darüber hinaus bedeutet der Entwurf eine rücksichtslose Zerschlagung der Grundlage, die durch das Weimarer Schulkompromiß zur Anbahnung einer ausgleichenden und die Gegensätze mildernden Kulturpolitik geschaffen werden sollte. Diese Abkehr von dem Wunsch und Willen der Verfassung wird einen leidenschaftlichen Schulkampf in Deutschland entfesseln, der zugleich zu einer schweren Schädigung der Republik führen muß.

Der Parteitag fordert alle Freunde der Demokratie und der Republik, insbesondere alle Parteigenossen auf, diese Absicht der deutschnationalen Gegner der Republik und eines freien und fortschrittlichen Schulwesens zuschanden zu machen, indem sie den Luther-Schieleschen Schulgesetzentwurf mit allen Mitteln auf das schärfste bekämpfen.

239. Antrag Hilferding und Genossen. Der Parteitag fordert den schleunigen Erlaß des zum Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbefehlshaber übertragen werden darf.

241. Resolution Keil. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung führt zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, insbesondere zu einer Erhöhung der Preise, einer Erschwerung der Ausfuhr und einer Einschränkung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Statt der versprochenen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit dem Auslande droht der Abbruch der mit vielen Mühen angeknüpften Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge einer solchen kurzsichtigen Politik, die in erster Linie den deutschnationalen Parteiinteressen dient.

Die Finanzen des Reiches weisen bereits jetzt einen Ueberschuß von mehreren hundert Millionen Reichsmark auf. Er entstammt der drückenden Massenbelastung durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Verbrauchssteuern. Der Parteitag fordert deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck den Abbau der übermäßigen Steuerbelastung durch Massensteuern zu verlangen, zugleich um zu verhindern, daß der Ueberschuß in der Reichskasse zu ungesetzlichen Begünstigungen des Besitzes Verwendung findet.

Die von der Reichsregierung angekündigte Preissenkungsaktion ist lediglich ein Täuschungsmanöver. Wer die Voraussetzung für Preissteigerungen auf allen Gebieten durch Massensteigerungen, Zölle und Abschnürung des deutschen Marktes von den billigeren Auslandserzeugnissen schafft, kann nicht gleichzeitig die Preise senken. Die freie Konkurrenz, das wichtigste Mittel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Herstellung normaler Preisverhältnisse, ist durch die Zollpolitik der Reichsregierung ausgeschaltet. Der Parteitag fordert deshalb die Parteiorganisationen auf, alle Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Dem Parteivorstand wurden überwiesen:

3. Bezirk Brandenburg. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Verbindung mit dem Bureau des Parteivorstandes ein besonderes Sekretariat für Agrarpolitik einzurichten, unverzüglich die Herausgabe einer Monats- oder Vierteljahrszeitschrift für Bodenrecht und Bodenwirtschaft in die Wege zu leiten und eine für die Tagespresse bestimmte Agrarkorrespondenz herauszugeben.

4. Burgsteinfurt (Westf.) Der Parteitag wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, baldigst einen Reichsbeirat für Landwirtschaft und Agrarreform

(landwirtschaftlichen Beirat) zu bilden, zu welchem aus dem ganzen Reiche zwecks planmäßiger Bearbeitung laufender und anderer Fragen parteigenössische Mitglieder der Organisationen der Kleinbauern, Pächter und Heuerlinge hinzugezogen werden. Gleichzeitig soll die Einrichtung einer besonderen Abteilung innerhalb des Parteivorstandes für diese Fragen in Erwägung gezogen werden.

5. Bezirk Berlin. Der Parteivorstand wird ersucht, sich mehr als bisher mit den Zielen und der Arbeit der jungsozialistischen Bewegung zu befassen.

7. Gera (Reuß). Der Parteivorstand wird ersucht, wie früher zusammengestelltes Material für die Funktionäre, das laufend erscheint, herauszugeben.

8. Bielefeld. Die politischen Ereignisse zeigen immer mehr, daß die Einstellung der bürgerlichen Parteien, auch der sogenannten Mittelparteien, von einer Art ist, die den Volksinteressen zuwiderläuft. Besonders wird festgestellt, daß auch Zentrum und Demokraten eine ausgesprochen feindliche Haltung gegenüber der Arbeiterklasse einnehmen. Deshalb wird von der Parteileitung und der Presse gefordert, auch diesen Parteien gegenüber die notwendige Aufklärung zu verbreiten.

9. Bielefeld. Den Elternbeiräten ist größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Parteitag erachtet es als notwendig, eine Schrift zu schaffen, welche eine gründliche Durchbildung der Elternbeiräte bezweckt und diesen in regelmäßigen Zeitabständen zuzustellen ist.

10. Franken. Der Parteivorstand wird ersucht, statt der Reden einzelner Parteigenossen in den Parlamenten Broschüren, enthaltend die Kerngedanken sozialistischer Weltanschauung und sozialistischer Wirtschaftsbetrachtung, herauszugeben und möglichst jedem Parteigenossen unentgeltlich zu verabfolgen.

10a. Franken. Der Parteivorstand wird ersucht, durch ein Preisausschreiben für Filmdichter Filme mit sozialistischer Grundanschauung zu schaffen.

12. München. Der Parteitag wolle beschließen: In Anbetracht der gegenwärtigen und bereits stattgefundenen Verhandlungen im Reichstag über Aufwertung, Steuer, Schutzzölle usw. soll, um dem gesamten Volke Aufklärung über das Arbeiten und Wirken der sozialdemokratischen Fraktion im Gegensatz zu den Deutschnationalen zu geben, ein ausführliches Flugblatt vom Parteivorstand herausgegeben werden. Ganz besonders soll dabei auf das Verhalten des neuen Reichspräsidenten in diesen wichtigen Fragen hingewiesen, und das Gehalt desselben im Gegensatz zu Friedrich Ebert nicht vergessen werden.

13. Zittau. Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, in Zukunft die Mitteilungsblätter besser auszugestalten und das gebotene Agitationsmaterial in Politik, Wirtschaft, Sozialpolitik, Steuerfragen usw. übersichtlich geordnet in Form der früheren Korrespondenzblätter herauszugeben.

14. Zittau. Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zukunft für die Funktionäre der Partei eine Schrift in Form einer Rededisposition herauszugeben, wie es durch den Genossen Reichstagsabgeordneten Krätzig seit langer Zeit für die Oberlausitz geschieht.

15. Unterbezirk Nordhausen. Der Parteitag beschließt, den Parteivorstand zu beauftragen, die Gesetze über Unfall- und Invalidenversicherung, sowie die Gesetze für Mutterschutz und Säuglingsfürsorge mit kurzen Kommentaren in Broschürenform in Kürze herauszugeben.

17. Leipzig. Wir verlangen zur Gewinnung und politischen Schulung der Massen leicht faßliches Agitationsmaterial in Form von kleinen Broschüren und Flugschriften, die eine schnelle Aufklärung über alle aktuellen Tagesfragen ermöglichen und die Wählermassen ständig mit der Volksvertretung und insbesondere mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und anderer Parlamente in Verbindung hält.

18. Göppingen. Das vom Parteivorstand herausgegebene SPD.-Material soll in höherer Auflage als bisher erscheinen, damit dasselbe einem größeren Kreis tätiger Genossen, insbesondere den Betriebsvertrauensleuten, zugestellt werden kann.

19. Göppingen. Der Parteivorstand wird ersucht, zur Förderung der Bildungsarbeit Wanderlehrer anzustellen und Wanderkurse abzuhalten.

21. Burgsteinfurt (Westf.). Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, dahin zu wirken, daß die Parlamentsberichte des Sozialdemokratischen Pressedienstes, die für die Provinzpresse der Partei herausgegeben werden, ausführlicher gestaltet werden. Es soll auch mehr Wert darauf gelegt werden, die Ausführungen der Abgeordneten aus der Provinz in den Ausschüssen und im Plenum ausführlicher zu bringen, da in den Wahlkreisen dieser Abgeordneten dafür naturgemäß ein verstärktes Interesse vorliegt.

34. Groß-Leipzig. Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, zur Unterstützung unserer Reichstagsforderung auf Reform der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches eine einheitliche außerparlamentarische Aktion einzuleiten, durch welche die öffentliche Meinung nachdrücklich beeinflußt werden kann.

35. Unterbezirk Groß-Leipzig. Der Parteitag möge beschließen, daß der Forderung eines internationalen Frauentages entsprechend in Deutschland ein Frauentag abgehalten wird, an dem für die Interessen der werktätigen Frauen demonstriert werden soll.

52. Groß-Leipzig. Der Parteitag möge beschließen, die Reichsfrauenkonferenz zukünftig vor dem Parteitage abzuhalten. Die tätigen Genossinnen betrachten es im Interesse der Frauenbewegung für wesentlich, daß die auf der Frauenkonferenz geleistete Arbeit auf dem Parteitage besprochen und erledigt werden kann.

53. Bautzen. Die Frauenkonferenz künftig vor dem Reichsparteitag stattfinden zu lassen.

54. Stettin. Die Generalversammlung des Parteivereins Groß-Stettin steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die mit dem Parteitage parallel laufenden Frauenkonferenzen nicht notwendig sind. Sollte der Parteitag sich diesem Antrage nicht anschließen können, dann muß diese Konferenz vor dem Parteitage abgehalten werden, wenn sie ihren Zweck nicht ganz verfehlen soll.

57. München. Die Wahrung und Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeitnehmer, soweit sie sich zur sozialistischen Weltanschauung bekennen, ist vordringlichste Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Das Ziel, die Umwandlung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in das sozialistische und damit die Befreiung der Arbeiterklasse von Unterdrückung und Ausbeutung, kann nur mit Hilfe machtvoller Organisationen erreicht werden. Deshalb ist der Ausbau und die Stärkung derselben erstes Gebot für jeden klassenbewußten Arbeitnehmer. Diese Stärkung wird jedoch zurzeit vielfach ungünstig beeinflußt durch die vielen Ueberorganisationen, die für verschiedene Zwecke in den letzten Jahren innerhalb der modernen Arbeiterbewegung entstanden sind.

Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, alsbald mit den Spitzen der verschiedenen Ueberorganisationen in Verbindung zu treten, um eine bessere Einheitlichkeit der gesamten modernen Arbeiterbewegung herbeizuführen und womöglich alle überflüssigen Ueberorganisationen auf das für die Arbeitnehmer erträgliche Maß zurückzuführen und damit die eigentliche Schlagkraft der Arbeitnehmerschaft für ihren obersten Zweck zu stärken.

94. Bezirk Niederrhein. Der Parteivorstand wird verpflichtet, vom Beginn des neuen Geschäftsjahres ab für alle Bezirke und Ortsvereine einheitliche

Abrechnungsformulare, Kassenbücher, Berichtsformulare über Organisation und Agitation und sonstiges Verwaltungsmaterial herauszugeben und Ortsvereine und Bezirke zu verpflichten, dieses Material zu benutzen.

203. Heidelberg. Die Sozialdemokratische Partei hält sich für verpflichtet, die Kleinbauern vor der Uebermacht der Großagrarier zu schützen und sieht in der Bildung kleinbäuerlicher Produktivgenossenschaften das beste Mittel, den kleinbäuerlichen Stand zu erhalten.

211. Berlin. Der internationale Frauentag, beschlossen auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910, findet, wie in anderen Ländern, fortab auch in Deutschland statt.

212. Blankenese. Wir fordern den Parteitag auf, den Parteivorstand zu beauftragen, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

zur Anstellung eines esperantokundigen Genossen beim Zentralvorstand,

zur Einladung an alle sozialistischen Parteien der Welt zur Korrespondenz in Esperanto,

zur Herausgabe eines Mitteilungsblattes in Esperanto an alle sozialistischen Parteien und die gesamte Arbeiterpresse der Welt, zwecks Aufklärung über die innere und äußere Politik der SPD. und über deutsche Verhältnisse im allgemeinen,

zur Stellung eines Antrages an die sozialistische Internationale für die gleichen Maßnahmen,

zur Verpflichtung aller Angestellten der Partei zur Erlernung des Esperanto innerhalb einer gewissen Frist (1 Jahr, normal Lernzeit ein Vierteljahr),

zur Einwirkung auf die deutschen und internationalen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Genossenschaften in der unter 1 bis 5 geforderten Richtung.

226. Antrag Asch und Genossen. Angesichts der Bedeutung der kommunalpolitischen Arbeit für den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse und in Anbetracht der Tatsache, daß die zur Vereinheitlichung dieser Arbeit notwendige Verbindung zwischen den in den Gemeinden tätigen Genossen fehlt, hält es der Parteitag nicht für ausreichend, daß bei der Zentrale und in den Bezirken ein kommunalpolitischer Beirat ernannt wird, sondern fordert vom Parteivorstand, daß mit größter Beschleunigung Maßnahmen getroffen werden, um die kommunalpolitisch tätigen Genossen in kommunalpolitischen Vereinigungen zusammenzufassen.

Der Reichstagsfraktion wurden überwiesen:

56. Berlin. Die seit der Umwälzung des November 1918 verflossenen sieben Jahre haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bekräftigt.

Der am 2. August tagende Parteitag des Bezirksverbandes Berlin bedauert deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag und zu den Gemeindeparlamenten dieser Tatsache nicht überall Rechnung getragen wurde. Er fordert die Genossinnen auf, durch regste Mitarbeit im politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch stärkeren Eintritt der Frauen in die parlamentarische Tätigkeit die Interessen von Mann und Frau und damit des Volksganzen gewahrt werden.

Der Bezirksparteitag protestiert gegen die Aufrechterhaltung des § 14 der Beamtenabbauverordnung, der die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten und Angestellten aufhebt. Er ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestrebungen, die Ausnahmebestimmungen gegen

weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.

Der Bezirkstag fordert von der Partei, daß sie ihrem alten programmatischen Grundsatz „Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit" theoretisch und praktisch energisch zum Durchbruch verhilft.

Unsere Aufgabe als Kulturpartei liegt in der Förderung der Volkswohlfahrt wie der Bekämpfung aller Volksschäden, unter denen der Alkoholismus in Deutschland mit an erster Stelle steht. Es ist eine der sozialen Aufgaben der Frauen, ihren Einfluß gegen das verheerende Volksgift einzusetzen, um den Alkoholismus zum Wohle des arbeitenden Volkes zu bekämpfen.

98. Kassel. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem ADGB. dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach die Wanderarbeiterfürsorge mit der Arbeitslosenversicherung vereinigt und den Arbeitsnachweisen angegliedert wird.

99. Schleswig. Bei der Invalidenversicherung Herunterſetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, Ausbau einer vernünftigen Erwerbslosenversicherung.

100. Frankfurt a. M. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, sofort einen Gesetzesantrag einzubringen zwecks gesetzlicher Festlegung der Ferien für alle Arbeitnehmer. Richtschnur für diese gesetzliche Regelung soll sein eine Feriendauer von mindestens 14 Tagen für alle Arbeitnehmer unter 30 Jahren und 3 Wochen für alle über 30 Jahre.

101. Offenburg. Der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist auch in seiner neuen Fassung für die Partei und die gesamte Arbeitnehmerschaft unannehmbar. Seine Annahme würde die arbeitsrechtliche Rechtsprechung in die Hände von dafür in keiner Weise vorgebildeten Richtern legen, die noch dazu in ihrer großen Mehrzahl eine dem Grundgedanken unserer arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ausgesprochen feindliche Haltung einnehmen. Die Durchführung des Entwurfes würde die für die Arbeitnehmerschaft günstigen Bestimmungen unseres Arbeitsrechts praktisch auf absehbare Zeit außer Kraft setzen. Die SPD. fordert darum die Beibehaltung und den Ausbau der kommunalen Arbeitsgerichte und ist entschlossen, den Regierungsentwurf aufs äußerste zu bekämpfen.

103. Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, binnen kürzester Frist eine entscheidende Erklärung der Reichsregierung zu einem Arbeitsgesetz zu verlangen. Ist die Regierung nicht bereit, bis zu einem bestimmten Termin einen die Arbeiterschaft zufriedenstellenden Gesetzentwurf einzubringen, dann hat der Parteivorstand unverzüglich alle Schritte in Gemeinschaft des Bundesvorstandes des ADGB. zu unternehmen, um den Volksentscheid noch vor der in Aussicht stehenden drohenden Wirtschaftskrise durchzuführen.

104. Hamburg. Angesichts der drohenden kulturellen Reaktion fordert der Parteitag vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion erhöhte Wachsamkeit und verstärkte Energie im Abwehrkampfe und ein positives Herausstellen der sozialistischen Kulturforderungen in einer großzügigen Agitation und in dem Einbringen entsprechender Anträge und Gesetzentwürfe in den Parlamenten.

106. Altenburg i. Thür. Der Parteitag wolle beschließen: Es wird den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Bayerischen Landtages zur Pflicht gemacht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, das verfassungswidrige und kulturschädigende bayerische Konkordat aufzuheben.

108. Breslau. Der Parteitag beauftragt die preußische Landtagsfraktion, gegen die vom preußischen Kabinett beschlossenen konfessionellen Lehrakademien Stellung zu nehmen.

Wir vermissen die Berücksichtigung der Interessen der weltlichen Schulen und erblicken in der Neuordnung eine Verletzung der Reichsverfassung, welche die weltliche Schule festlegt.

109. Breslau. Der Parteitag beauftragt die Abgeordneten aller Landtage, besonders die preußische Landtagsfraktion, dafür zu sorgen, daß die notwendigen Ausführungsbestimmungen zum § 137 der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 geschaffen werden. Alle Verträge zwischen Religionsgemeinschaften jeder Art und den einzelnen Ländern müssen abgelehnt werden.

110. Hamburg. Der Parteitag verlangt für die Lehrerbildung Reifeprüfung und ordentliches akademisches Studium. Er bekämpft jede konfessionelle Gestaltung der Lehrerbildung und fordert besonders die preußische Landtagsfraktion auf, mit aller Energie zu verhindern, daß in Preußen konfessionelle pädagogische Akademien errichtet werden.

111. Hamburg. Der Parteitag fordert nach wie vor eine mindestens vierjährige Dauer der Grundschule. Da durch das neue Grundschulgesetz ein Uebertritt in die höhere Schule nach drei Jahren ermöglicht wird, so fordert der Parteitag die Parteigenossen in den Parlamenten und in den Schulverwaltungen auf, dafür zu wirken, daß dieser Uebertritt nach drei Jahren nur als Ausnahme zugelassen wird. Dieser Grundsatz muß auch bei den Vereinbarungen der Länder untereinander Geltung haben.

112. Breslau. Der Parteitag wolle beschließen, die preußische Landtagsfraktion hat für die Aenderung des Feuerbestattungsgesetzes zu sorgen, dergestalt, daß

a) § 3 Abs. 7 betreffende Mehrheitsverhältnisse Erleichterungen zu bringen hat,

b) § 6 beseitigt wird,

c) 7 Abs. 1 betreffend die Genehmigung der Ortspolizeibehörde des Verbrennungsortes fallengelassen wird.

118. St. Gangloff (Thüringen) Der Reichsparteitag wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß die Mietsteuer für Arbeiter, Beamte und Gewerbetreibende genau in derselben Weise wie für die Landwirtschaft ermäßigt wird.

119 Berlin. Der Bezirkstag hat von dem neuesten Angriff der arbeiterfeindlichen Parteien auf die wirtschaftliche und sittliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch maßlose Erhöhung der Miete und stärkeren Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen mit Empörung Kenntnis genommen. Er ist sich bewußt, daß die Sozialdemokratische Partei die Führerin im Kampfe gegen diese erneute Bewucherung der lebendigen Arbeitskraft der Arbeitnehmer ist. Er ersucht daher, folgenden Antrag an den Parteitag zu beschließen:

1. Die Reichstagsfraktion aufzufordern, unter Ausnutzung der ganzen Macht einer 8-Millionen Partei den Kampf gegen Wohnungswucher und Wohnungselend, gegen Wohnungslosigkeit und für eine soziale Wohnungspolitik zu führen.

2. Den Parteivorstand aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß auch die parteigenössischen Fraktionen in den Ländern und Gemeinden sich geschlossen dieser Parole fügen, und zu diesem Zwecke dafür Sorge tragen, daß in allen Parteibezirken, insbesondere in den großen Städten, die Mieterbewegung tatkräftig unterstützt wird, erforderlichenfalls durch Schaffung von parteigenössischen Mieterausschüssen nach dem Vorbilde des Groß-Berliner Bezirks.

120. Hannover. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion als auch die Fraktionen der Länder, mit aller Entschiedenheit dagegen einzuschreiten, daß die Mieterschutzgesetzgebung in irgendeiner Beziehung gelockert wird, noch Mietbeträge auf Grund des Reichsmietengesetzes zugesichert werden, die nicht dazu dienen, die Verwaltung des Hauses zu gewährleisten, sondern den Eigentümern eine ungewollte Rente zusprechen. Der Parteitag beauftragt ferner die Reichstagsfraktion, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß der Artikel 155 der Reichsverfassung in der Weise berücksichtigt wird, daß endlich eine den sozialen Verhältnissen gerecht werdende Wohnungswirtschaft geschaffen

wird, die spätestens zu dem Zeitpunkt in Kraft zu treten hat, an dem die Mieterschutzgesetzgebung infolge Befristung automatisch außer Kraft tritt. Ferner richtet der Parteitag an die Vertreter des Reiches, der Länder und Gemeinden das Ersuchen, dem Siedlungswesen ihre besondere Beachtung zu schenken. Insbesondere erwartet der Parteitag, daß der Verschleuderung von Grundeigentum dadurch vorgebeugt wird, daß das Erbbaurecht den Vorrang genießt vor allen denjenigen Verkäufen von Grundeigentum, welches der Bebauung freigegeben ist. Erforderlichenfalls hat die Reichstagsfraktion, gegebenenfalls haben die Fraktionen der einzelnen Länder dafür einzutreten, daß, soweit die Reichsgesetzgebung nicht zuständig sein sollte, auf dem Wege der Landesgesetzgebung alles geschieht, der Verschleuderung des deutschen Grundbesitzes entgegenzuwirken. Die Vertreter der Gemeinden fordert der Parteitag auf, alles Denkbare zu unternehmen, um in der Wohnungsfrage die Mittel zur Verfügung zu stellen, die einmal zur Behebung der Wohnungsnot, andererseits aber auch zur rationellen Bauweise und Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms erforderlich sind.

122. Solingen. Die Reichstagsfraktion soll darauf hinwirken, daß so schnell wie möglich ein Gesetz geschaffen wird, nach dem Staat und Großgrundbesitz, gleichmäßig verteilt, soviel Holz unentgeltlich abzugeben haben, als zum Wohnungsbau der minderbemittelten Bevölkerung nötig ist.

122a. Bezirk Berlin. Der Parteivorstand soll im Einvernehmen mit den freien Gewerkschaften die Möglichkeiten einer gesetzlichen Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vermögensverwaltungen aller Sozialversicherungsträger und ihre Zusammenlegung auf bankmäßiger Grundlage untersuchen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereiten.

124. Bautzen. Um die Zahl der Reichstagsabgeordneten zu vermindern, ist die notwendige Stimmenzahl auf 80 000 zu erhöhen; für die Parlamente der einzelnen Länder ist die Zahl der Abgeordneten um ein Drittel zu vermindern.

Entsprechende Anträge sind in den einzelnen Parlamenten einzubringen.

126. Kaiserslautern. Für eine vollständige Amnestie aller politischen Gefangenen, sowie aller wegen Streikvergehens Abgeurteilten ist einzutreten, soweit es sich um Abwehrkämpfe gegen die bei Aufgabe des Ruhrkampfes zutage getretene Willkür des Arbeitgebertums, gegen den Bruch von Tarifverträgen handelt und soweit ihre Vergehen im direkten Zusammenhang mit den gewerkschaftlichen Aktionen standen oder besonderer Notlage entsprungen sind.

128. Kaiserslautern. Die beschleunigte Vorlegung eines neuen Strafgesetzbuches ist zu verlangen und bei der Neugestaltung des Strafrechts ganz besonders für die Beseitigung der sogenannten Abtreibungsparagraphen einzutreten.

129. Zwickau. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit größter Energie auf eine freiheitliche Neugestaltung des Strafgesetzbuches Einfluß zu nehmen, um insbesondere alle diejenigen Paragraphen auszumerzen, die die freie Willensbestimmung des Menschen über seinen Körper ausschalten (Abtreibungsparagraphen usw.).

130. München. Die Sozialdemokratische Partei hält fest an der Gegnerschaft gegen die Kasernierung der Prostituierten und begrüßt, daß der neue Strafgesetzentwurf die Bordellierung strafrechtlich erfaßt.

131. München. Der Parteitag wolle beschließen: Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zu §§ 218 und 219 ist unbeschadet der kommenden Strafrechtsreform zur gesetzlichen Wirksamkeit zu bringen.

132. Schleswig. Die Beseitigung der §§ 218 und 219 ist mit aller Macht zu erstreben.

133. München. Die verschiedenen großen und kleinen Prozesse, welche in letzter Zeit unter der Anklage, Verbrechen wider das keimende Leben, basierend auf §§ 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches durchgeführt wurden, haben in

der Urteilsprechung die Härten dieser Paragraphen wieder klar bewiesen. Die Angeklagten waren meistens Angehörige der unteren Volksschichten. Der Sozialdemokratie als Vertreterin des schaffenden Volkes erwächst hiermit die Aufgabe, die Ungeheuerlichkeiten dieser Gesetzesparagraphen zu beseitigen. Der Parteitag beauftragt deshalb die Reichstagsfraktion erneut, im Reichstag auf Beseitigung der Härten dieser Paragraphen zu dringen und nichts unversucht zu lassen, bei der kommenden Neugestaltung dieser Gesetzesparagraphen diese ungeheuren Härten aus dem Gesetze zu streichen.

135. Hannover. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die Gefängnisreform und Gefängnisfürsorge in Angriff zu nehmen.

136. Hamburg. Im Interesse einer dem Willen des Volkes entsprechenden Rechtspflege fordert die Sozialdemokratie die Möglichkeit, Richter abzusetzen durch Organe, die dem Parlament verantwortlich sind.

148. Groß-Leipzig. Wir sozialistischen Frauen sehen in der Prostitution eine verabscheuungswürdige Kulturschande, die einen Teil der Frauen der niedrigsten Sklaverei und der Ausbeutung ausliefert. Die gewerbsmäßige Unzucht mit ihren demoralisierenden und gesundheitsschädlichen Folgen kann nur durch Ueberwindung des kapitalistischen Systems im sozialistischen Sinne und durch eine Erziehung der Jugend im Gedanken höherer Menschenachtung beseitigt werden. Inzwischen erwarten wir tatkräftiges Eintreten aller Genossen in den schärfsten Kampf gegen die Kasernierung der Prostituierten und die einseitige Reglementierung, die wir ersetzt wissen wollen durch wirkungsvolle, für beide Geschlechter geltende gesetzliche Maßnahmen gegen die Geschlechtskrankheiten.

Zur Bekämpfung der Prostitution schlagen wir vor, daß jeder örtlichen Wohlfahrtspolizei eine Abteilung weiblicher Beamten angegliedert wird, die die ersten Hilfsmaßnahmen für die sittlich Gefährdeten übernimmt. In England und Amerika besteht bereits seit langem eine derartige Einrichtung, wobei die Beamtinnen sich durch Taktgefühl und Verständnis für ihre schwierige Aufgabe die volle Anerkennung der Behörden und des Publikums erworben haben.

151. Hannover. 1. Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, mit allen Mitteln für eine baldige Beratung der von der Reichstagsfraktion bereits im April 1923 aufgestellten Richtlinien zur Bodenpolitik (Antrag Müller-Franken) einzutreten, die bislang durch den von eigennützigen Rücksichten diktierten Widerstand der Rechtsparteien nicht zur Verhandlung gekommen sind.

2. Die Vertreter der Partei haben in den Parlamenten aller Länder darauf hinzuwirken, daß

a) die verheirateten Landarbeiter auf den staatlichen Domänen, die 10 Jahre als Landarbeiter tätig gewesen sind, unabhängig vom Arbeitsverhältnis eine Arbeiterstelle in Erbpacht bzw. Erbbaurecht oder als Reichsheimstätte (RHG. vom 10. Mai 1920 — RGBl. S. 962 —) erhalten, die ihnen die Kuhhaltung ermöglicht.

b) den vorgenannten Landarbeitern der Bau von Wohn- und Wirtschaftsräumen auf den ihnen überlassenen Stellen durch staatliche Tilgungsdarlehen bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegen mäßige Verzinsung erleichtert wird.

3. Die Reichstagsfraktion der SPD. ist zu ersuchen, im Reichstag ein Reichsgesetz zu beantragen, wonach

a) den Landarbeitern, die in Betrieben von mehr als 20 Hektar länger als 10 Jahre tätig gewesen sind, einen Rechtsanspruch auf Erwerb einer Arbeiterstelle, unabhängig vom Arbeitsverhältnis, in Erbpacht bzw. Erbbaurecht oder als Reichsheimstätte (RHG. vom 20. Mai 1920 — RGBl. S. 962 —) verliehen wird, die ihnen die Haltung einer Kuh ermöglicht.

b) Der Bau von Wohn- und Wirtschaftsräumen auf den vorgenannten Stellen durch die Gewährung von ausreichenden Baudarlehen aus den Erträgen der nach der dritten Steuernotverordnung zu erhebenden besonderen Abgabe zum

Ausgleich der Geldentwertung (in Preußen Hauszinssteuer) bis zu 90 Proz. des Bauwertes gegen mäßige Verzinsung erleichtert wird.

4. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung baldigst eine eingehende Statistik über die Verteilung und Nutzung des Grundeigentums im Deutschen Reiche vornehmen müsse.

152. Breslau. Der Parteitag der SPD. erkennt die Unmöglichkeit, auf dem bisherigen Wege dem Recht zum Siege zu verhelfen, weil im jetzigen Parlament die Parteien in der Mehrzahl vertreten sind, welche die Beraubung des Volkes entweder direkt begünstigt oder gedeckt haben. Auch in einem späteren Reichstag wird das nicht viel anders sein, denn die volksfeindlichen Parteien werden es abermals verstehen, durch allerlei Betrugsmanöver, durch Verwendung von monarchistischen, nationalen und religiösen Aushängeschildern Millionen von Dummen einzufangen. Als einzig aussichtsreichen Weg sehen wir daher den Volksentscheid oder das Volksbegehren an, weil hierbei die vorerwähnten Momente nicht zur Irreführung benutzt werden können.

Wir verlangen die Generalabrechnung mit Kriegs- und Inflationsgewinnlern. In einer Zeit, in der Millionen von Volksgenossen Gut, Blut und Leben fürs Vaterland eingesetzt haben, darf es keine Menschen geben, die ihr Vermögen ins Ungeheure vermehrten und als Belohnung für ihre Skrupellosigkeit heute aufgefordert werden, sich weiter zu bereichern, damit neues Kapital gebildet wird. Wenn aus volkswirtschaftlichen Gründen Kapitalneubildung stattfinden muß, so soll es gemeinnütziges Kapital sein, das nicht der Ausbeutung, sondern dem Volksganzen dient und das durch die Art seiner Verwendung nicht wieder neue imperialistische Katastrophen heraufbeschwört.

Wir verlangen:

1. Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft bis zum 1. Januar 1935 unter Begrenzung der Miete auf Vorkriegshöhe und an Stelle der Mietzinssteuer die Belastung sämtlicher Miethausgrundstücke mit einer Reichshypothek in Höhe von 50 Proz. des Wertes vom 1. Januar 1914 bei einer Verzinsung von 6 Proz.

2. Aller Landbesitz über 1000 Morgen, der sich in den Händen einer Familie befindet, wird von Reichs wegen enteignet. Die prozentual auf die abgetretenen Geländeteile entfallende hypothekarische Belastung wird vom Reich übernommen, soweit sie vor dem 1. Januar 1926 eingetragen war. Für den übrigen Boden Annahme des Bodenreformgesetzentwurfes des Bundes Deutscher Bodenreformer und Durchführung des sozialdemokratischen Agrarprogramms, beschleunigte und preiswerte Beschaffung von Siedlungsland, verbesserter Pachtschutz, Eindämmung der Bodenspekulation, Grundwertsteuer nach dem nackten Bodenwert mit Staffelung wie in Anhalt. Schonung der kleinen und mittleren Besitzer, scharfe Erfassung des Großgrundbesitzes. Einziehung aller Schlösser und größeren Landhäuser, soweit sich mehr als eins im Besitze einer Familie befindet. Ueberweisung derselben an die Träger der deutschen Sozialversicherung zur Errichtung von Kinder-Erholungs- und Wöchnerinnenheimen.

Für Preußen außerdem Einziehung des gesamten Hohenzollernbesitzes einschließlich des Lehens Oels und Zahlung einer mäßigen Rente bis zum Ableben der heute lebenden Hohenzollern

3. Alle von industriellen Werken, Banken, Versicherungs- und anderen Gesellschaften durch Geldentwertung gemachten Gewinne werden für das Reich erfaßt. Von dem gesamten Wert aller Aktiengesellschaften werden 25 Proz. dem Reiche durch Aushändigung von neuen Aktien übertragen, die mit den älteren gleichwertig sind. Bei allen Neugründungen und Kapitalvermehrungen sind dem Reiche 25 Proz. zum Kaufe anzubieten einschließlich aller Vorzugsaktien. Sinngemäß gleichartige Bestimmungen für Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit

beschränkter Haftung, Einzelfirmen mit größerem Kapital usw. Erforderlichenfalls Zwang zur Körperschaftsbildung.

Vermögensabgabe.

Alle Personen, welche nach Durchführung obiger Maßnahmen noch über ein Vermögen von mehr als 30 000 Goldmark verfügen, reichen eine genaue Aufstellung ihres gesamten Vermögens ein, in der restlos alle Vermögensteile aufzuführen sind. Im Auslande angelegtes Vermögen und der gesamte Besitz an ausländischen Effekten, Wertpapieren und Geldern sind getrennt aufzuführen. Auf Verlangen müssen alle Gegenstände zum selbst eingeschätzten Werte abgegeben werden.

Da die Mehrheit des deutschen Volkes ungeheure Opfer gebracht hat und weiter bringt, sollen diejenigen, die verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben, durch eine Ausgleichsabgabe herangezogen werden.

Die Vermögensteile bis zu 40 000 Goldmark bleiben abgabefrei. Von dem überschießenden Teil verbleibt dem Besitzer ein bestimmter Hundertsatz des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens. Als solches werden auch die Vermögensteile behandelt, die seit diesem Tage ererbt werden, vom Erblasser aber am 1. Januar 1914 versteuert worden sind, wenn dieselben zur Erbschaftssteuer angemeldet waren.

Von dem Vermögensteil von 40 000 bis 200 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 50 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Von dem Vermögensteil von 200 000 bis 1 000 000 Goldmark verbleiben dem Besitzer 10 Proz. des am 1. Januar 1914 versteuerten Vermögens.

Personen, die am 1. Januar 1914 mehr als 1 000 000 Mark versteuerten, behalten 20 Proz. des damals versteuerten Betrages.

Der überschießende Teil muß innerhalb eines Jahres an das Reich abgeführt werden. Können Vermögensteile, die auf Grund dieses Gesetzes abzuliefern sind, zur Weiterführung eines Gewerbes oder Berufes nicht entbehrt werden, so verbleiben sie dem bisherigen Eigentümer auf Antrag und nach Prüfung als ein Darlehen des Reiches, das mit 3 Proz. zu verzinsen und mit 2 Proz. zu amortisieren ist. Nach dem Tode des Schuldners kann die Restsumme den Erben nötigenfalls zur Weiterführung eines Betriebes als Darlehen überlassen werden, jedoch nur gegen eine Verzinsung und Amortisation von je 5 Proz.

Wohlfahrtspflege und Sozialversicherung.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege wird mit Erwerbslosenfürsorge, Kriegsopferversorgung und der zu vereinheitlichenden Sozialversicherung zusammengefaßt. Alle Personen mit weniger als 3000 Goldmark Jahreseinkommen zahlen an Stelle der bisherigen Einkommensteuer und der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge eine Sozialsteuer, die 10 Proz. vom gesamten Einkommen des Arbeitnehmers beträgt. Der Arbeitgeberbeitrag ist ebenso hoch, dafür fallen die Beiträge zur Unfallversicherung fort, mit Ausnahme eines Zuschlages für Betriebe mit besonders hohen Unfallziffern. Personen mit mehr als 3000 Mk. Jahreseinkommen, die der Sozialversicherung nicht freiwillig als berechtigte Mitglieder beitreten, zahlen 5 Proz. ihres Einkommens als Sozialsteuer ohne Gegenleistungen.

Verwendung der jährlich einkommenden Gelder.

1. Zur Zahlung von Renten an diejenigen Inflationsopfer, die bei der bisherigen Aufwertung so wenig erhielten, daß sie davon nicht ein menschenwürdiges Dasein führen können.

2. Zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. 100 000 neue Wohnungen im Jahre 1927, steigend um jährlich 10 000 bis zu 200 000 im Jahre 1937. Familien mit zwei und mehr Kindern und mit weniger als 300 Mk. Monatseinkommen erhalten für Heimstättenbauten Tilgungshypotheken in Höhe von 10 000 Mk., die bei regelmäßiger monatlicher Rückzahlung zinsenfrei sind. Das gleiche gilt für Familien mit einem Kind bei weniger als 250 Mk. Monatseinkommen und bei kinderlosen Eheleuten mit weniger als 200 Mk. Einkommen.

3. Produktionskredite für Landwirtschaft und Industrie zu billigen Zinssätzen. Genossenschaften bevorzugt. Vergebung an Private statthaft, wenn angemessene Löhne gezahlt werden und der Nachweis niedrigster Preisbildung ohne Kartellbeeinflussung erbracht wird.

4. Später große Urbarmachungen von Oedland, Eindeichungen, Kanalanlagen, Ausbau von Wasserkraftwerken, planmäßige Elektrifizierung Deutschlands, Uebernahme oder Finanzierung gemeinnütziger Werke usw.

5. Durch ihre Gewerkschaften, Berufsvertretungen und sonstigen Verbände erhalten diejenigen Arbeitnehmer, welche durch lange Arbeitslosigkeit oder schlechte Entlohnung heruntergekommen sind, zinslose Darlehen in Form von Gutscheinen auf Bekleidungs- und Wirtschaftsgegenstände. Das gleiche gilt für bedürftige Kriegs- und Inflationsopfer. Die Gutscheine werden vom Reiche eingelöst. Annahmeberechtigt sind solche Genossenschaften, gemeinnützige Geschäfte und Firmen, die den verlangten Nachweis erbracht haben. Oberster Grundsatz ist allgemeine Kreditverbilligung und Preisherabsetzung.

Durch Arbeit aller Volksgenossen hebt sich die natürliche Kaufkraft und der Nationalreichtum nimmt zu. Dadurch wird dann dauernde Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Vorläufig aber müssen die bisher Erwerbslosen so ernährt und bekleidet werden, daß sie produktive Arbeit leisten können. Ergebnis: erweiterter Produktionsprozeß, größerer Umsatz und größere Stabilität der Wirtschaft. Das Reich, das schon durch die Besitzübertragung wirtschaftlich erstarkt ist, wird durch dauernde Neuschaffung von Werten wirtschaftlich immer mächtiger. Die Kontrolle über Aufkommen und Verwendung der Zinsen und Abzahlungen der Reichshypotheken wird von einer Körperschaft ausgeübt, die von den Mietern nebst wahlberechtigten Angehörigen gewählt wird, die durch Zahlung der Friedensmiete die Verzinsung aufbringen. Dieser Körperschaft obliegt auch die Durchführung des Wohnungsbauprogramms. Sie hat das Recht, bei Sabotage und Preisübersetzungen der Unternehmerschaft Enteignungen von Ziegeleien, Steinbrüchen und ähnlichen Werken vorzunehmen, wenn das zur ungestörten Durchführung des Programms erforderlich ist.

Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands um baldige Einbringung eines Gesetzentwurfs mit vorstehenden Forderungen und um sofortige Volksbefragung nach erfolgter Ablehnung im Parlament.

240. Antrag Schrader-Kassel und Genossen. Durch die Annahme der Dawes-Gesetze ist die Deutsche Reichsbahn dem Einfluß des Reichstages entrückt. Die Rücksichtslosigkeit, mit der sich das gesamte deutsche Arbeitgebertum, vertreten durch ihre Beauftragten im Verwaltungsrat, selbst gegen die formalsten Rechte der Beamten und Arbeiter im Eisenbahnbetrieb wendet, bedarf der sorgsamsten Beachtung der Reichstagsfraktion und der Gesamtpartei, weil die hier erprobten Experimente mit Sicherheit Anwendung in der gesamten deutschen Wirtschaft zum Nachteile der arbeitnehmenden Schichten finden werden. Der Parteitag verurteilt die Maßnahme des Reichsverkehrsministers, den § 80 4 der Betriebsräteverordnung im Reichseisenbahnbetrieb auf die Dauer von 1¾ Jahren außer Kraft zu setzen. Durch diese Maßnahme sind zahllose Beamte und Arbeiter schwer geschädigt und rechtlich zu Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert worden. Wenn auch zurzeit keine Möglichkeit besteht, auf die Wirtschaftlichkeit dieses Betriebes seitens des Reichstages einen Einfluß aus-

zuüben, so muß aber seitens der Reichstagsfraktion mit aller Strenge die Personalfrage und die arbeitsrechtliche Seite überwacht werden, damit Fehlgriffe des Reichsverkehrsministers, wie sie geschehen sind, sich nicht wiederholen.

236. Antrag Minna Würz und Genossen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung. Die Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden stellen einen verhältnismäßig großen Anteil der Reichstagswahlberechtigten. Es ist deshalb notwendig, daß die Reichstagsfraktion sich mehr als bisher bei jeder Gelegenheit nachdrücklich mit der wirtschaftlichen Lage dieser Kreise beschäftigt, zumal ein beträchtlicher Teil nicht nur der Partei als Wähler, sondern auch als Mitglied angehört.

237. Antrag Hilferding und Genossen. Die Vermögensauseinandersetzung mit den ehemaligen landesfürstlichen Familien ist reichsgesetzlich für alle Länder zu regeln. Das liegende Eigentum dieser Familien (z. B. Schlösser, Museen, Güter, Forsten) ist grundsätzlich für öffentliches Eigentum zu erklären. Art und Höhe der zu gewährenden Entschädigung wird unter Ausschluß des Rechtsweges im Gesetzeswege bestimmt.

Andere Anträge:

Zum Tagesordnungspunkt: **„Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale"** wurde der nachstehende Antrag angenommen:

228. Antrag Hermann Müller und Genossen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Marseiller Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Durch seinen Eintritt in den Völkerbund erlangt Deutschland die Möglichkeit der direkten und gleichberechtigten Mitwirkung bei der Lösung der Sicherheitsfrage, den Problemen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, des Schutzes der nationalen Minderheiten und der friedlichen Regelung aller aus der Auslegung oder aus der Ausführung der Friedensverträge entspringenden Konflikte.

Der Kampf für fortschreitende Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Friedensinstrument gehört zu den wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Internationale. Sie kann nur erreicht werden durch den energischen Kampf der Arbeiterklasse eines jeden Landes gegen den Nationalismus und Militarismus ihrer herrschenden Klassen. Nur durch Erringung eines bestimmenden Einflusses der sozialistischen Parteien auf die auswärtige Politik kann ein wirklicher Friede, gegründet auf Sicherheit, Abrüstung und obligatorisches Schiedsverfahren, errungen werden.

*

Von den **abgelehnten Anträgen** sind hier nur die zwei wichtigsten wiedergegeben, weil über sie namentliche Abstimmungen erfolgten.

225. Antrag Seydewitz und Genossen. Die Entwicklung der vergangenen Monate hat gezeigt, daß mit fortschreitender innen- und außenpolitischer Stabilisierung der Verhältnisse der Deutschen Republik die bürgerlichen Parteien immer ungenierter beginnen, den Interessen der von ihr vertretenen Klassen zum Siege zu verhelfen. Die Steuer- und Zollpolitik zumal hat diese Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien aufs schärfste enthüllt. Zentrum sowohl als auch in entscheidenden Punkten die Demokraten haben die Interessensolidarität der Bourgeoisie wieder hergestellt, das Zentrum insbesondere ist wieder mit aller Offenheit zum Steigbügelhalter der Reaktion in allen innen- und außenpolitischen Fragen geworden. An dieser Tatsache ändert der vereinzelte Widerspruch in den Reihen dieser Parteien nichts. So hat sich gezeigt, daß in allen lebenswichtigen Fragen das Proletariat und die sozialdemokratische

Partei auf sich selbst und ihre eigene Kraft angewiesen sind und daß alle bürgerlichen Parteien Bündnisse nur solange eingehen und halten, als sie selbst den Vorteil daraus ziehen.

Unter diesen Umständen fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, in allen künftigen Kämpfen ohne jede Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe die Interessen des Proletariats so zu vertreten, daß auch die proletarischen Anhänger jener Parteien in ihr die Vertreterin ihrer Interessen erkennen und das große Heer klassenbewußter Proletarier vermehren.

(In namentlicher Abstimmung mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.)

220. Antrag Liebmann-Leipzig und Genossen. Dem Antrag 86 ist einzufügen: „Dieser Betrag darf nur vom Reingewinn, und zwar in Höhe bis zu 25 Proz. des im Vorjahr erzielten Geschäftsgewinns erhoben werden."

(In namentlicher Abstimmung mit 272 gegen 74 Stimmen abgelehnt.)

Liste der Delegierten

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Adams, Dr. K.	Hamburg 27	Bez. Hamburg-Nordwest
Adolphi, August	Wiesdorf-Küppersteg	Bez. Niederrhein
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Ambros, Emerich	Löbau	Bez. Dresden
Ammon, Lina	Nürnberg	Bez. Franken
Andresen, Grete	Hamburg 22	Bez. Hamburg-Nordwest
Anforge, Marie	Neu-Salzbrunn	Reichstagsfraktion
Arzt, Artur	Dresden	Parteiausschuß
Asch, Bruno	Höchst a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Auer, Erhard	München	Parteiausschuß
Bartels, Elise	Hildesheim	Reichstagsfraktion
Bartels, Friedrich	Berlin	Parteivorstand
Baum, Paul	Bitterfeld	Bez. Halle
Baumann, Andreas	Nienburg	Bez. Hannover
Bayerer, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß
Beckmann, Georg	Gießen	Bez. Hessen
Bergdolt, Hans	Schweinfurt	Bez. Franken
Berger, Otto	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Bergmann, P.	Hamburg 23	Bez. Hamburg-Nordwest
Berneike, Ernst	Köslin	Bez. Pommern
Bernick, Gustav	Magdeburg	Bez. Magdeburg
Berten, Peter	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Biedermann, Ad.	Hamburg 33	Bez. Hamburg-Nordwest
Blum, Karl	Burg bei Magdeburg	Bez. Magdeburg
Böchel, Karl	Chemnitz	Parteiausschuß
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Bohm-Schuch, Clara	Berlin-Johannisthal	Reichstagsfraktion
Bollmann, Minna	Halberstadt	Bez. Magdeburg
Boritzka, Walter	Berlin	Dietz-Verlag
Börnemann, August	Cassel	Bez. Cassel
Braun, Dr. Adolf	Berlin-Neu-Tempelhof	Parteivorstand
Breitscheid, Dr. Rudolf	Berlin W. 15	Reichstagsfraktion
Brey, August	Hannover	Kontrollkommission
Broll, Karl	Beuthen (O.-Schl.)	Bez. Breslau
Broßwitz, Conrad	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Brühne, Fr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Buchmann, Georg	Berlin	Bezirksverband Berlin
Buchner, H.	Hamburg-Farmsen	Bez. Hamburg-Nordwest
Buchrucker, Käte	Berlin	Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt
Bülow	Stettin	Reichstagsfraktion
Buchwitz, Otto	Görlitz	Bez. Görlitz
Bugdahn, Paul	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Busche, Fritz	Beckedorf	Bez. Cassel
Clauß, Johanne	Neu-Oelsnitz	Bez. Chemnitz
Crispien, Artur	Berlin-Cöpenick	Parteivorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Daemisch, Fritz	Frankfurt	Parteiausschuß
Dautz, Otto	Cüstrin-Neustadt	Bez. Brandenburg
Dennstädt, Josef	Bamberg	Bez. Franken
Deppe, Marie	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Dichtl, Adolf	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Dieckmann, Wilhelm	Salzwedel	Bez. Magdeburg
Dittmann, Wilhelm	Berlin-Steglitz	Parteivorstand
Dittrich, Artur	Döbeln	Bez. Leipzig
Dobbert, Alfred	Meißen (Sachsen)	Bez. Dresden
Dölz, Paul	Tönning (Schl.-Holst.)	Bez. Schleswig-Holstein
Dörfer, Nikolaus	Nürnberg	Bez. Franken
Donalies, F.	Königsberg	Parteiausschuß
Dreher, Andreas	Stuttgart	Bez. Württemberg
Eberhard, Konrad	Fürth (Bayern)	Bez. Franken
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß
Edel, Oskar	Dresden-T.	Bez. Dresden
Ehrenteit, John	Hamburg 1	Bez. Hamburg-Nordwest
Ehrlich, Ernestine	Breslau II	Bez. Breslau
Fauth, Gottl.	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Fehlisch, Bruno	Liegnitz	Bez. Görlitz
Fechner, Max	Berlin	Kommunalpolit. Zentralstelle
Feldmann, Friedrich	Hannover	Bez. Hannover
Ferl, Gustav	Magdeburg	Parteiausschuß
Fischer, Marie	Lüneburg	Bez. Hannover
Fischer, Lucie	Greiz (Thür.)	Bez. Thüringen
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß
Fischer, Richard	Berlin-Cöpenick	Parteivorstand
Fleißner, Hermann	Dresden-B.	Bez. Dresden
Forthuber, Karl	Frankenthal	Bez. Pfalz
Frank, Gottlob	Schwäbisch-Hall	Bez. Württemberg
Frank, Otto	Berlin	Parteivorstand
Franken, Paul	Zeitz	Bez. Halle
Freidhof, Rudolf	Mannheim	Bez. Baden
Freitag, Alfred	Mainz	Bez. Hessen
Frenzel, Ernst	Leipzig	Bez. Leipzig
Freudenberger, Felix	Würzburg	Bez. Franken
Frey, Else	Gera-Reuß	Bez. Thüringen
Fries, Fritz	Siegen (Westf.)	Bez. westl. Westfalen
Frölich, August	Weimar	Reichstagsfraktion
Fuchs, Georg	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Funk, Frau Herta Maria	Düsseldorf-Gerresheim	Bez. Niederrhein
Garbe, Karl	Bochum (Westf.)	Bez. westl. Westfalen
Geiser, Hans	Dresden-Bl.	Bez. Dresden
Giermann, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Giesen, August	Cuxhaven	Bez. Hamburg-Nordwest
Glocke, Theodor	Berlin	„Vorwärts“
Graßmann, Peter	Berlin SW. 29	Reichstagsfraktion
Graupe, Georg	Zwickau i. Sa.	Bez. Zwickau
Gries, Thomas	Nürnberg	Bez. Franken
Grotewohl, Otto	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Groth, Karl	Neukloster i. M.	Bez. Mecklenburg
Grötzsch, Robert	Dresden-T.	Bez. Dresden
Haberland, Karl	Düsseldorf	Parteiausschuß
Hackelberg, Rud.	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Hagenah, Thomas	Itzehoe	Bez. Schleswig-Holstein
Hampe, Franz	Hannover	Bez. Hannover
Handschke, Sophie	Crimmitschau	Bez. Zwickau
Hansen, Fritz	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Hansen, Richard	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Harnisch, Hermann	Neukölln	Bezirksverband Berlin
Hartleib, Joseph	Hannover	Bez. Hannover
Hartsch, Erwin	Mylau i. V.	Bez. Zwickau
Hartung, Marie	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Hartwig, Theodor	Stettin	Parteiausschuß
Haubach, Dr. Th.	Hamburg 36	Bez. Hamburg-Nordwest
Haut, August	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Heilmann, Ernst	Berlin SW. 61	Bez. Brandenburg
Heinze, Gustav	Großenhain i. Sa.	Bez. Dresden
Helmker, August	Hilwartshausen	Bez. Hannover
Helwes, Friedrich	Gronau (Hannover)	Bez. Hannover
Hengsbach, Klemens	Köln-Sülz	Kontrollkommission
Henke, Alfred	Berlin-Tegel	Programmkommission
Hennecke, Hans	Waren (Müritz)	Bez. Mecklenburg
Hennig, Paul	Berlin	Bezirksverband Berlin
Henßler, Fritz	Dortmund	Bez. westl. Westfalen
Herre, Alfred	Leipzig	Bez. Leipzig
Herrmann, Karl	Rochlitz i. Sa.	Bez. Leipzig
Herrmann, Fritz	Jena	Thüringen
Hertz, Dr. Paul	Charlottenburg	Reichstagsfraktion
Herwig, Reinhold	Magdeburg	Bez. Magdeburg
Heß, Wilhelm	Laatzen b. Hannover	Bez. Hannover
Heyne, Reinhold	Forst i. d. L.	Bez. Brandenburg
Hielscher, Paul	Hirschberg i. Schl.	Bez. Görlitz
Hildenbrand, Karl	Berlin	Parteivorstand
Hilferding, Rudolf	Berlin	Parteivorstand
Hille, Richard	Berlin	Bezirksverband Berlin
Hinkel, Dr. Karl	Schlüchtern	Bez. Hessen-Nassau
Hoch, Gustav	Hanau a. M.	Reichstagsfraktion
Höcker, Heinrich	Herford	Bez. östl. Westfalen
Hofmann, Wilhelm	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Hoffmann, Adolf	Berlin	Bezirksverband Berlin
Högner, Dr. Wilhelm	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Högg, Clemens	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Hoin, Richard	Weilburg a. d. Lahn	Bez. Hessen-Nassau
Holle, Otto	Magdeburg	Bez. Magdeburg
Hug, Paul	Rüstringen	Bez. Oldenburg
Hünlich, Oskar	Rüstringen	Parteiausschuß
Huschke, Karl	Duisburg	Bez. Niederrhein
Hüttmann, Heinrich	Frankfurt a. M.	Reichstagsfraktion
Jahn, Moritz	Borna b. Leipzig	Bez. Leipzig
Jakobs, Heinrich	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Jakobs, Mathias	Gladbeck i. Westf.	Bez. westl. Westfalen
Janotta, Erhard	Breslau	Parteiausschuß
Jasper, Dr.	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Jensen, Toni	Kiel	Parteiausschuß
John, Fried	Leipzig	Bez. Leipzig
Juchacz, Marie	Berlin-Cöpenick	Parteivorstand
Jung	Karlsruhe	Bez. Baden
Jungmann, Fritz	Bernburg	Bez. Magdeburg
Jungmittag, Clara	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Junke, Paul	Braunschweig	Parteiausschuß
Jürgens, Ludwig	Stade (Unterelbe)	Bezirk Hamburg-Nordwest
Kabelitz, Helene	Brandenburg a. d. H.	Bez. Brandenburg
Kahn, Jakob	Singen a. H.	Bez. Baden
Kaisen, Wilhelm	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Kammerahl, Heinrich	Bremerhaven	Bez. Hamburg-Nordwest
Kämpf, Paul	Merseburg	Bez. Halle
Kampffmeyer, Paul	Berlin	Programmkommission
Karsten, August	Peine	Reichstagsfraktion
Karsten, Rudolf	Altona	Bez. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	Referent
Keitsch, Anna	Leopoldshall	Bez. Magdeburg
Kieß, Dr. Paul	Jena i. Thür.	Bez. Thüringen
Kion, Wilhelm	Neumünster	Bez. Schleswig-Holstein
Kirschmann, Emil	Köln-Klettenberg	Reichstagsfraktion
Klarmann	Amberg i. Bayern	Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Klein, Eduard	Wildau (Kr. Teltow)	Bez. Brandenburg
Klein, Reinhold	Blumenthal (Hannov.)	Bez. Hamburg-Nordwest
Kleinspehn, Johannes	Nordhausen (Harz)	Bez. Groß-Thüringen
Kleiter, Willi	Hof (Saale)	Bez. Franken
Klement, Eduard	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Klindworth, J. H.	Hamburg-Geesthacht	Bez. Hamburg-Nordwest
Klupsch, Fr.	Dortmund	Parteiausschuß
Knack, A.	Hamburg 33	Bez. Hamburg-Nordwest
Köhler, Albert	Celle	Bez. Hannover
Koine, Marie	Magdeburg	Bez. Magdeburg
König, Franz	Gollnow (Pommern)	Bez. Pommern
Kreutlein, Gustav	Berlin-Reinickendorf	Bez. Groß-Berlin
Krismanusky, Heinrich	Essen a. d. Ruhr	Bez. Niederrhein
Kröger, Wilhelm	Rostock i. M.	Parteiausschuß
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß
Krüger, Richard	Merseburg	Reichstagsfraktion
Kuhnt, Bernhard	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Kühn, Ferdinand	Oppeln (O.-Schl.)	Bez. Breslau
Künstler, Franz	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Kutschan, Karl	Lauban i. Schl.	Bez. Görlitz
Landgraf, Georg	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Langebeck, Carl	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Langer, Paul	Striegau i. Schl.	Bez. Breslau
Langersdorf, Rudolf	Köln a. Rh.	Bez. Oberrhein
Lärtz, Paul	Steinach i. Thür.	Bez. Thüringen
Lau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß
Laumer, Josef	Straubing	Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß
Leonhardt, Jakob	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Leuschner, Wilhelm	Darmstadt	Bez. Hessen
Leuteritz, Max	Hamburg	Parteiausschuß
Levi, Dr. Paul	Berlin	Bez. Leipzig
Lewerenz, Fritz	Krefeld	Bez. Niederrhein
Liebmann, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Limbertz, Heinrich	Essen-Boedeneh	Reichstagsfraktion
Linke, Adolf	Dessau	Bez. Magdeburg
Lepinski, Franz	Berlin	Jungsozialisten
Lipinski, Richard	Mork Ottendorf (Post Wurzen)	Parteiausschuß
Litke, Karl	Berlin	Bezirksverband Berlin
Löbe, Paul	Berlin NW. 7	Kontrollkommission
Löwenstein, Kurt	Berlin	Arbeitsgem. sozialdem. Lehrer
Loeb, Walter	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Lohmann, Frau	Hannover	Bez. Hannover
Lohmann, Dr. Richard	Berlin	„Frauenwelt“
Lowig, Georg	Nürnberg	Bez. Franken
Lübbring, Josef	Königsberg i. Pr.	Reichstagsfraktion
Lüdemann, Rud.	Tonndorf-Lohe	Bez. Schleswig-Holstein
Ludwig, Konrad	Strausberg	Parteivorstand
Lütke, Otto	Breslau I	Bez. Breslau
Lutz, Wunibald	Worms (Rhein)	Bez. Hessen
Mache, Karl	Breslau	Bez. Breslau
Maderholz, Georg	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Mäder, Erich	Altenburg i. Thür.	Bez. Thüringen
Maier, Emil	Heidelberg	Bez. Baden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Maintz, Joseph	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Marum, Ludwig	Karlsruhe	Bez. Baden
Markwardt, Karl	Lüneburg	Bez. Hannover
Matschke, Anna	Berlin	Parteiausschuß
Mayer, Peter	Freiburg i. Br.	Bez. Baden
Meier, Otto	Berlin	Preßkommission
Meier, Stefan	Freiburg i. Br.	Reichstagsfraktion
Meier, Wilhelm	Detmold	Bez. östl. Westfalen
Mellert	Rastatt	Bez. Baden
Menke, Bernhard	Dresden-A.	Bez. Dresden
Meierhöfer, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Meissinger, Xaver	Roth b. Nürnberg	Bez. Franken
Mertins, Ferdinand	Königsberg	Bez. Ostpreußen
Michel, Willy	Minden i. Westf.	Bez. östl. Westfalen
Miß, Konrad	Köln	Parteiausschuß
Molkenbuhr, Hermann	Berlin-Schöneberg	Parteivorstand
Moltmann, Karl	Schwerin i. M.	Bez. Mecklenburg
Moses, Dr. Julius	Berlin	Parteivorstand
Mössinger, Karl	Aachen	Bez. Oberrhein
Morgenstern, Ba.	Olbernhau	Bez. Chemnitz
Müller, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller, Gustav Adolf	Leipzig	Bez. Leipzig
Müller, Herm.	Berlin-Lichtenberg	Kontrollkommission
Müller, Kurt	Planitz i. Sa.	Bez. Zwickau
Müller, Kurt	Freiberg	Bez. Dresden
Müller, Frau Marie	Lintfort (Mörs)	Bez. Niederrhein
Münkle, Robert	Geislingen-Altenstadt	Bez. Niederrhein
Nachtigal, Hans	Aschaffenburg	Bez. Franken
Nawroth, Richard	Neumarkt i. Schl.	Bez. Breslau
Nebig, Otto	Quasnitz	Bez. Leipzig
Neidhardt, Artur	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Nemitz, Anna	Berlin-Cöpenick	Parteivorstand
Neue, Paul	Wilhelmshaven-Rüstr.	Bez. Oldenburg
Nimmerfall, Hans	Pasing	Bez. Oberbayern-Schwaben
Noll, Christine	Gießen	Bez. Hessen
Nölting, Prof. Dr. Erik	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Otter, Karl	Bochum (Westf.)	Bez. westl. Westfalen
Paetzel, Wilhelm	Berlin-Neukölln	Bez. Brandenburg
Pagels, Alex	Berlin	Bezirksverband Groß-Berlin
Peschel, Max	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Peters, Franz	Halle a. d. S.	Parteiausschuß
Peters, Wilhelm	Magdeburg	Bez. Magdeburg
Petersdorff, Georg	Halle a. d. S.	Bez. Halle
Pfotenhauer, Alfred	Mühlhausen i. Thür.	Bez. Thüringen
Pflüger, Albert	Stuttgart	Bez. Württemberg
Pfülf, Antonie	München	Programmkommission
Pietsch, Karl	Breslau V	Bez. Breslau
Pieper, Heinrich	Dortmund	Bez. westl. Westfalen
Pikard, Emil	Koblenz	Bez. Oberrhein
Prien, Paul	Dessau	Bez. Magdeburg
Puchta, Fritz	Bayreuth	Bez. Franken
Quarck, Dr. M.	Frankfurt a. M.	Programmkommission
Quitza, Emil	Elberfeld	Bez. Niederrhein
Ratz jun., Karl	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Raute, Wilhelm	Friedberg	Bez. Hessen
Remmele, Adam	Karlsruhe i. Baden	Bez. Baden
Reiche, Adele	Hamburg 23	Bez. Hamburg-Nordwest
Reitze, Johanna	Hamurg	Parteiausschuß

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Reinbold, Georg	Mannheim	Parteiausschuß
Reitz, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Reuter, Franz	Stadthagen	Bez. östl. Westfalen
Riedmiller, Lorenz	Köln	Bez. Oberrhein
Riemann, Theo	Wittgensdorf bei Chemnitz	Bez. Chemnitz
Rösch, Richard	Dresden-A.	Bez. Dresden
Rosenfeld, Dr. Kurt	Berlin	Bez. Thüringen
Roß, A.	Hamburg 30	Bez. Hamburg-Nordwest
Rothenberg, Wilh.	Bielefeld	Parteiausschuß
Rittmann, Karl	Freilassing	Bez. Oberbayern-Schwaben
Ruder, Fritz	Lichtenstein-C.	Bez. Chemnitz
Rumstich, Anna	Klein-Räschen (Kreis Calau)	Bez. Brandenburg
Rupprecht, Adolf	Strausberg II	Konzentration A.-G.
Ryneck, Elfriede	Bln.-Baumschulenweg	Parteivorstand
Sachse, Emma	Altenburg i. Thür.	Bez. Thüringen
Saenger, Alwin	München	Reichstagsfraktion
Sander, Wilhelm	Dresden-A.	Bez. Dresden
Sattler, Minna	Dortmund	Bez. westl. Westfalen
Saupe, Otto	Wurzen i. Sa.	Bez. Leipzig
Schaertl, Lina	Stuttgart	Bez. Württemberg
Scheibenhuber, Elise	Berlin-Lichtenberg	Bez. Groß-Berlin
Scheidemann, Philipp	Kassel	Bez. Kassel
Schiffgens, Luise	Aachen	Reichstagsfraktion
Schilling, Martha	Leipzig	Bez. Leipzig
Schilling, Minna	Döbeln	Reichstagsfraktion
Schiskowski, August	Hamm i. Westf.	Bez. westl. Westfalen
Schmidt, Christian	Gera-Reuß	Bez. Thüringen
Schmidt, Eduard	Coswig i. Sa.	Bez. Dresden
Schmidt, Luis	Leipzig	Bez. Leipzig
Schmidt, Robert	Berlin-Tempelhof	Reichstagsfraktion
Schmidt, Richard	Berlin NO 55	Bez. Brandenburg
Schmitt, Johann	Bielefeld	Bez. östl. Westfalen
Schönert, Artur	Pesterwitz	Bez. Dresden
Schönfelder, Adolf	Hamburg 22	Kontrollkommission
Schoving, Johann	Zittau i. Sa.	Bez. Dresden
Schüßler, Wilh.	Altwasser i. Schl.	Bez. Breslau
Schrader, Otto	Kassel	Bez. Kassel
Schulz, Albert	Rostock i. M.	Bez. Mecklenburg
Schulz, Berta	Herne i. Westf.	Parteiausschuß
Schulz, Heinrich	Berlin-Eichkamp	Parteivorstand
Schulz, Gustav	Glogau	Bez. Görlitz
Schumacher, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg
Schuster, Adolf	Wesermünde-Lehe	Bez. Hamburg-Nordwest
Schweickardt, Hermann	Berlin	Bezirksverband Groß-Berlin
Seger, Friedrich	Leipzig	Programmkommission
Seidel, Hans	Hof a. d. Saale	Reichstagsfraktion
Seifert, Willy	Pirna i. Sa.	Bez. Dresden
Sender, Tony	Dresden-L.	Bez. Dresden
Seinhold, Fritz	Hannover	Bez. Hannover
Seppel, Max	Breslau 23	Reichstagsfraktion
Seyer, G.	Ludwigshafen a. Rh.	Parteiausschuß
Severing, Carl	Bielefeld	Reichstagsfraktion
Seydewitz, Max	Zwickau i. Sa.	Parteiausschuß
Sidow, Otto	Brandenburg a. d. H.	Bez. Brandenburg
Siegmund, Josef	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Siering, Willi	Berlin W 9	Bez. Brandenburg
Simon, Georg	Augsburg	Reichstagsfraktion
Stuhr, Max	Hagen i. Westf.	Bez. westl. Westfalen
Sommer, Jakob	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Stahl, Emil	Charlottenburg	Parteivorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Stampfer, Friedrich	Berlin-Tempelhof	Parteivorstand
Steinbrecher, Georg	Meseritz	Bez. Brandenburg
Steinkampf, Karl	Plauen i. V.	Bez. Zwickau
Steinmayer, Otto	Stuttgart	Parteiausschuß
Stelling, Johannes	Berlin-Köpenick	Parteivorstand
Stolten, Hanna	Hamburg 22	Bez. Hamburg-Nordwest
Strauß, Wilhelm	Hemelingen-Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Ströbel, Heinrich	Berlin-Steglitz	Programmkommission
Struve, Johannes	Kassel	Parteiausschuß
Teichmann, Hans	Fürth i. Bayern	Bez. Franken
Theil, Emil	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Thöne	Gr.-Ilsede (Kr. Peine)	Bez. Hannover
Thurm, Fritz	Berlin	Bezirksverband Berlin
Todenhagen, Minna	Berlin	Bezirksverband Groß-Berlin
Treu, M.	Nürnberg	Kontrollkommission
Uebelhör, Therese	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Unterleitner, Hans	München	Reichstagsfraktion
Verdieck, Paul	Wandsbek	Bez. Schleswig-Holstein
Verdieck, W.	Kiel	Parteiausschuß
Victor, Walter	Zwickau i. Sa.	Bez. Zwickau
Viertel, Karl	Gornsdorf i. E.	Bez. Chemnitz
Vogel, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß
Vogel, Heinrich	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Wagner, Bernhard	Oelsnitz i. V.	Bez. Zwickau
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtenzentrale
Walter, Auguste	Bielefeld	Bez. östl. Westfalen
Weckel, Kurt	Dresden	Bez. Dresden
Wegener, Oskar	Frankfurt a. d. O.	Bez. Brandenburg
Wehle, Joh.	Oberguhrig	Bez. Dresden
Wehr, Albert	Kempten	Bez. Oberbayern-Schwaben
Weigel, Kurt	Harburg a. d. E.	Bez. Hannover
Weimann, Richard	Berlin	Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit
Weißer, Johann	Schwenningen a. N.	Bez. Württemberg
Wels, Otto	Berlin	Parteivorstand
Wengels, Margarete	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Wendt, Georg	Berlin-Schöneberg	Bez. Groß-Berlin
Wendt, Rudolf	Neuruppin	Bez. Brandenburg
Werner, Martha	Brunsbüttel	Bez. Schleswig-Holstein
Werz, Georg	Stuttgart-Cannstatt	Bez. Württemberg
Westphal, Max	Berlin	Sozialistische Arbeiterjugend
Westphälinger, Karl	Osnabrück	Bez. Oldenburg
Widmann, W.	Offenbach a. M.	Parteiausschuß
Wilhelm, Bernhard	Hannover	Bez. Hannover
Wilke, Hermann	Stettin	Bez. Pommern
Winker, Richard	Idstein i. T.	Bez. Hessen-Nassau
Winkler, Paul	Nimptsch i. Schl.	Bez. Breslau
Wolff, Frau	Bocholt i. Westf.	Bez. westl. Westfalen
Wolfradt, Hermann	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Wurm, Mathilde	Berlin W 35	Reichstagsfraktion
Würz, Otto	Langen (Kr. Offenbach)	Bez. Hessen
Wuschick, Adolf	Berlin-Lichtenberg	Bez. Brandenburg
Zabe, Grete	Hamburg-Langenhorn	Bez. Hamburg-Nordwest
Zappay, Daniel	Nieky (O.-L.)	Bez. Görlitz
Zeick, Max	Hamburg-Gr.-Borstel	Bez. Hamburg-Nordwest
Ziegler, Anna	Leipzig	Bez. Leipzig
Zimmer, Peter	Saarbrücken 2	Bez. Oberrhein

Sprechregister des Parteitages.

chmeteli 95—96.

dams 204—205.
mann 78.
ner 86.

artels 107—112, 184—188.
ehke 120—131.
iedermann 284—285.
öbel 263—265.
reitscheid 222—224, 248—251.
roßwitz 143—144.
rühne 119.
uchwitz 224—225, 268—270.

rispien 231—242, 257—258.

iamand 88—89.
ubbert 217—218.

bel 153—155.
ffelaers 89—90.

ißner 145—146.

erwy 90—91.
röpsch 287—288.

Hackelberg 288—189.
Haubach 254—255.
Heilmann 159—161.
Heller 92—93.
Helwes 291—292.
Hilferding 272—283, 293—298.
Högner 252—254.
Hoffmann 151—152.

Juchacz 116—119.

Karsten 209—211.
Keil 190—201, 225 bis 229, 230, 231.
Kieß 271—272.
Kirschmann 242—243.
Knack 201—202.
Krüger 178.
Künstler 146—148.

Lau 86.
Leuteritz 86.
Levi 215—217, 285 bis 287.
Liebmann 149—151.
Lipinski 131—142.
Loeb 144—145, 188 bis 189, 205—206, 246—248.
Löwenstein 211—213, 292—293.
Ludwig 188.

Mäder 163—164, 251 bis 252.
Maier 143, 154, 167, 171.
Marum 265, 292.
Moses 206—207.
Müller-Franken 172 bis 176, 218—219, 255—257.
Müller-Leipzig 166 bis 168.

Nielsen 96—97.
Nölting 152—153, 289 bis 291.

Paetzel 148—149.
Pflüger 270.
Prien 202—204.
Propper 93—94.

Renner 87—88.
Riedmiller 161—162.
Roß 258—263.

Schaertl 207—208.
Scheidemann 155 bis 159, 284.
Schulz 112—116, 213 bis 215.
Sender 243—246.
Seydewitz 176—177, 221—222.
Soukup 91—92.
Stelling 98—107, 178 bis 184.
Szende 94—95.

Theil 169—170.
Thurm 162—163.

Wels 80, 86, 97, 98 119, 120, 142—143, 159, 178, 189, 190, 201, 224, 225, 230, 231, 243, 251, 258, 263, 265, 266, 267, 268, 271, 272, 284, 287, 298—300.
Widmann 170—171.
Wolff 177—178.
Wurm 219—221.

Ziegler 164—166.
Zimmer 208—109.

Sachregister des Parteitages.

bgeordneter, Fernbleiben, bei Abstimmungen 180.
brüstung 257.
bstimmung, getrennte, der Geschlechter 207.
chtstundentag 180, 227, 228.
gitation 109.
gitationsmaterial 179.
grarpolitik 148—149, 178 bis 179, 221.
lkoholfrage 168, 169, 175, 228, 267.
ltersstatistik 169, 184.
nnestie 203, 228.
nschluß Deutschösterreichs 228.
nträge 301—317.
rbeiterwohlfahrt 114, 119.
rbeitsgem. soziald. Lehrer 114, 115.
rbeitsgesetz 205, 227.
ufsichtsratsposten 148, 163, 164, 167, 168, 179, 180.
ufwertung 199.
ußenpolitik 81, 193, 228, 244, 246, 247, 248.

Bankiertagung 205—206.
Barmataffäre 102, 149, 150, 154, 160, 161, 163, 167, 172, 173, 188, 206.
Bauer 270, 271, 298, 299.
Beamtenabbauverordnung 168.
Beamtenorganisationen 172, 180, 181.
Begrüßung 78, 86—97, 143, 171.
Beiträge 108, 109, 162, 185, 186, 187.
Bericht der Beschwerdekommission 268, 269—272.
Bericht der Kontrollkommission 119.
Bericht der Mandatsprüfungskommission 224, 225.
Bericht des Parteivorstandes 98—107.
Bericht der Reichstagsfraktion 190—201.
Bericht über die Frauenbewegung 116—119.
Bericht über die Probleme der europäischen Politik 231—242.
Bericht über Bildungsarbeit 112—116.
Bericht über Organisation und Kasse 107—112.
Besetztes Gebiet 242—243.
Bevölkerungspolitik 201, 202, 228.
Bildungswesen 164, 177.
Bodenpolitik 205, 207, 208, 227, 228.
„Bücherkreis" 113.

Delegierten, Liste der 318.
Demokraten 151, 170, 171.
Deutsche Volkspartei 159, 171, 192.
Deutschnationale Volkspartei 158, 159, 175, 176, 194, 195, 246.

Ebert 78, 82, 83, 84—86.
Eintrittsgeld 162, 185.
Elternbeiräte 115, 164, 179.

Elternbeiratswahlen 152.
Eröffnung 80.
Erwerbslosenversicherung 227.
Esperanto 267.

Ferienfahrten 113.
Ferienfrage 205, 227.
Finanzprogramm 228.
Flaggenfrage 172.
Frauenbewegung 164, 168.
—, Erwerbstätigkeit der 168.
Frauenkonferenzen 185.
Frauentag, Internationaler 169, 185.
Frauenvertretung im Parteiausschuß 166, 187.
„Frauenwelt" 110, 165, 166.
Frauenzeitung 164, 165, 166, 184.
Funktionärkurse 177.
Funktionärmaterial 179, 184.

„Genossin" 109, 110, 165.
Geschäftsjahr 109, 187.
Geschlechter, Gleichstellung der 227.
Geschlechtskrankheiten, Reichsgesetz zur Bekämpfung der 227.
Grundeigentum 227.
Grundschule 227.

Handelsverträge 247, 250.
Hauszinssteuer 227.
Höfle 155, 156.

Impfzwang 228.
Internationaler Kongreß 82, 143, 243, 244, 251, 257.

Jahrtausendfeier 181, 246.
Jugendbewegung 114, 161, 177—178, 217, 218.
Jungsozialisten 109, 114, 153, 164, 175, 184, 218.
Justiz 200, 217, 228.
Justizreform 202.

Kinderfreunde 115, 164.
Klassenkampf 157, 166, 167, 176, 227.
Kleinhandwerker 228.
Koalitionspolitik 145, 146, 149, 151, 177, 178, 179, 218.
Kommunalpolitische Vereinigungen 181.
Kommunisten 81, 82, 106, 107, 159, 170, 176, 206.
Konkordat 227.
„Konzentration" 110, 111.
Kulturbeitrag 170, 187.
Kulturbewegung 170, 171.
Kulturkampf 227.
Kulturpolitik 164.

Labour Party 249, 254.
Lehrakademien 227.
Lehrerbildung 227.
Liste der Delegierten 318.

Mandate der Sekretäre 185.
Mieterschutzgesetze 227.
Mietsteuer 179, 227.
Mitgliederbewegung 107, 108, 145, 146, 154, 155, 161, 169, 187.
Mitgliedschaft in nationalistischen Sportvereinen 187.
„Mitteilungsblatt" 109.

Namentliche Abstimmungen über Anträge 316, 317.
Nelsonbund 106, 118.

Obstruktion 220.
Oppositionspolitik 215, 216, 217.
Optantenfrage 245, 255.
Organisationsstatut 185.

Parlamentarisches System 206, 207.
Parlamentsberichte 184.
Parteipolitik 145, 157, 158, 161, 162, 173, 181, 183, 228, 229.
Parteipresse 110, 147.
Parteiprogramm 272—298.
Parteischulen 164.
Parteitag 267, 268.
Pazifismus 251, 252.
Pensionskasse 111.
Preissenkungsaktion 197.
Prostitution 228.

Rechtspflege 155, 156.
Rechtsreform 180.
Reichsbanner 179.
Reichsfarben 227.
Reichspräsidentenwahl 106, 146, 147, 149, 157, 160, 169, 170, 173, 174, 175, 176, 177, 180, 183, 185.
Reichsschulgesetz 151, 152, 164, 203, 204, 205, 211, 212, 213, 214, 215, 219, 227.
Reichstagswahlen 228.
Reichs- und Landeslistenaufstellung 162, 163, 184, 185.
Reichsversicherungsordnung 228.
Reichswehr 155, 203, 226, 228.
Reichswehretat 205.
Republik, Stellung zur 182.

Saargebiet 208, 209.
Sachsenkonflikt 98, 102 bis 106, 120—131, 131—142, 143, 154, 258—267, 299.
Sachsenkonflikt, Abstimmung und Antrag der Kommission 301.
Scheidemann-Attentat 159, 160.
Schiedsgerichtsvorsitz 172, 187.
Schule 155.
Sicherheitspakt 244, 245, 248, 249, 254, 256.
Sonderkonferenzen 187.
Sowjetrußland 246, 247, 248, 249, 250, 256.
Sowjetrußland-Delegationen 107, 183, 184.
Sozialpolitik 210, 211.
Steuerpolitik 197, 198, 199, 202, 203.
Strafrechtsreform 228.
Strafvollzugsreform 228.
Studenten, sozialistische 115.

Tagesordnung 86, 98.
Technische Nothilfe 227.
Todesstrafe 203, 204.
Totengedächtnis 83, 97, 98.

Unterbezirke 185.

Vermögensverwaltung 227.
Völkerbund 245, 248, 250, 251, 252—254, 256, 257.
Völkerfrieden 252.
Volksentscheid 180.
Vollzugsgewalt 228.
Vorstandsbericht 153.

Wahlbeeinflussung, Delegiertenwahl 182, 188, 189.
Wahl der Kontrollkommission 267.
Wahl des Parteivorstandes 144, 145, 152, 153, 155, 172, 181, 267.
Wanderarbeiterfürsorge 227.
Wanderkurse 113, 179.
Werbebeitrag 150, 186, 188.
Wirth 146, 151, 156, 157.
Wissenschaftliche Parteizeitung 184.
Wohnungsbau 227.
Wohnungsfrage 207, 208.
Wohnungspolitik 227.
Wohnungswirtschaftsgesetz 227.

Zeigner 154, 155.
Zentrum 151, 156, 159, 160, 162, 170, 171, 175, 192, 204, 205, 212, 221.
Zölle 81, 180, 195, 196, 202, 203, 219, 220, 221, 222, 223, 226, 228.
Zolldemonstrationen 154.

Reichsfrauenkonferenz

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend, den 19. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Im Anschluß an den sozialdemokratischen Parteitag fand Sonnabend, den 19. September, in der Stadthalle zu Heidelberg die Reichsfrauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt.

Die Versammlung wurde von Frau Marie **Juchacz**-Berlin mit folgender Ansprache eröffnet:

Werte Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand und der Parteiausschuß haben auch in diesem Jahre wieder entsprechend der Bedeutung, die die sozialdemokratische Frauenbewegung innerhalb der Gesamtbewegung hat, beschlossen, eine Frauenkonferenz abzuhalten. Ein Vertreter des Parteivorstandes wird die Begrüßung übernehmen.

Bevor ich aber dem Genossen Dittmann das Wort dazu gebe, möchte ich eine Pflicht erfüllen, die mir persönlich nicht leicht fällt, weil ich die Genossin **Ottilie Baader**, deren Andenken ich hier besonders ehren will, persönlich gut gekannt habe, und weil sie mir als Mensch so lieb gewesen ist, daß es mich einige Ueberwindung kostet, hier zu Ihnen davon zu sprechen.

Die Genossin Ottilie Baader hat ein hohes Alter erreicht. Es ist unser aller Schicksal, einmal alles das zu verlassen, was uns lieb gewesen ist. Aber es ist Pflicht der Jüngeren, sich in das Leben derjenigen zurückzuversetzen, die vor uns gearbeitet haben und deren Arbeit dazu beigetragen hat, daß wir das sind, was wir sind, und deren Arbeit dazu beigetragen hat, uns ein Wirkungsfeld im öffentlichen Leben zu erschließen, das unserem Leben Inhalt und Gehalt gibt. Die Genossin Ottilie Baader war eine ganz einfache Frau, aus dem Volke hervorgegangen und hatte nur ganz kurze Zeit die Möglichkeit, die Schule zu besuchen. Aber sie war der Typus der aufstrebenden Arbeiterfrauen, die aus ihrer Schlichtheit heraus zu den Höhen des Wissens strebte, und der das Leben für andere Inhalt ihres eigenen Lebens bedeutete. Als ich Ottilie Baader auf dem Parteitag in Jena näher kennenlernte, wurde ich gefragt: Was hat diese Frau auf dich für einen Eindruck gemacht? Ich habe damals gesagt: Der stärkste Eindruck, den ich von ihr hatte, war der der Mütterlichkeit. So oft ich mit dieser Frau zusammengekommen bin, habe ich immer wieder feststellen müssen, daß diese Mütterlichkeit von ihr in einer so reinen und feinen Form ausstrahlte und sich nicht auf ihre nächste Umgebung begrenzte, sondern die Formen annahm, die notwendig waren, um auch bei der Arbeit für die Oeffentlichkeit fruchtbringend zu wirken. Wenn Ottilie Baader in ihrer Schlichtheit und Mütterlichkeit unendlich viel an Pionierarbeit für die Frauenbewegung und den Sozialismus geleistet hat, dann sollen wir auf das Leben dieser einfachen Frau zurückblicken und es uns zum Beispiel nehmen für unser eigenes Wirken. Wenn wir zu gleicher Zeit auch der Frauen gedacht haben — und wer von Ihnen hätte das nicht getan —, die namenlos von uns gegangen sind und doch in der Bewegung manches geleistet haben, so danke ich Ihnen auch dafür. Sie haben sich von den Sitzen erhoben, ich danke Ihnen.

Nunmehr möchte ich den Genossen Dittmann bitten, für den Parteivorstand zu Ihnen das zu sagen, was er sich vorgenommen hat.

Wilhelm Dittmann (Parteivorstand): Genossinnen! Im Namen des Parteivorstandes begrüße ich Ihre Konferenz. Der zahlreiche Besuch beweist das Interesse, das unsere Genossinnen in allen Teilen des Reiches dieser Veranstaltung entgegenbringen. Auf der letzten Frauenkonferenz, die sich an den Berliner Parteitag anschloß, konnten wir Vertreter des Parteivorstandes mit einer gewissen Ueberraschung und Genugtuung feststellen, daß sich nicht nur die Verhandlungen der Konferenz auf einem sehr hohen geistigen Niveau bewegten, sondern daß auch in den letzten Jahren unserer Frauenbewegung eine große Zahl vorwärtsstrebender Kräfte neu zugewachsen ist, die zu großen Hoffnungen für die Gesamtpartei berechtigen.

Wer unter Ihnen unsere Frauenkonferenzen der Vorkriegszeit aus persönlicher Anteilnahme gekannt hat, weiß, wie schwer es gewesen ist, aus den Reihen der Frauen selber heraus die Kräfte zu gewinnen und heranzubilden, die unter dem weiblichen Proletariat die Propaganda für den Sozialismus zu betreiben imstande sind. Vor fast 20 Jahren, als der Parteitag im benachbarten Mannheim tagte, war die Zahl unserer Rednerinnen und Agitatorinnen im ganzen Reiche kaum größer, als sie heute durchschnittlich in einem einzigen Bezirk der Partei ist. Damals, im Jahre 1906, wurde auch die erste Frau, die Genossin Luise Zietz, in den Parteivorstand gewählt, und damit das Signal gegeben, zu allen Organisationsinstanzen unserer Partei auch Frauen heranzuziehen. Wer unter Ihnen diese Entwicklung, die seitdem eingetreten ist, miterlebt hat, wer den Fortschritt, der seitdem eingetreten ist, durch den Vergleich des Heute mit dem Damals feststellen kann, der ist gefeit gegenüber allem Kleinmut, der denjenigen leicht befallen kann, der nur die gewaltige Arbeit sieht, die noch geleistet werden muß, um die Masse der Frauen für unsere Sache zu gewinnen.

Die Betätigungsmöglichkeiten, die den Frauen durch die Revolution, vor allem durch ihre Gleichstellung im Wahlrecht erwachsen sind, haben zweifellos viel dazu beigetragen, daß uns in der Frauenbewegung in den letzten Jahren so viele neue, hoffnungsvolle Kräfte erwachsen sind. Die Frauen sitzen heute in zahlreichen Gemeindevertretungen, sie sitzen in den Landesparlamenten, im Reichstage, an den praktischen Fragen des Tages schulen und bilden sie sich dort, und selbst die Gegner des Frauenwahlrechts geben zu, daß die Arbeit der Frauen in den Parlamenten derjenigen der Männer absolut gleichwertig ist. Ich habe auch nie die Auffassung geteilt, die hin und wieder in Parteikreisen zutage tritt, daß es vielleicht ein Fehler gewesen sei, daß man 1918 ohne jeden Uebergang das Frauenwahlrecht eingeführt hat. Ich glaube, hätten die Volksbeauftragten am 12. November 1918 nicht das Frauenwahlrecht dekretiert, die spätere Nationalversammlung, die eine bürgerliche Mehrheit hatte, hätte es überhaupt nicht eingeführt. (Sehr richtig!)

Wenn manche proletarischen Frauen heute noch einen falschen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen, so ist das kein Argument gegen das Frauenwahlrecht an sich. Als Bismarck das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Männer einführte in dem Konkurrenzkampf Preußens gegenüber Oesterreich um die Vorherrschaft im Deutschen Reich, da haben auch die männlichen Proletarier Jahre, Jahrzehnte nötig gehabt, um von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch zu machen. Auch bei den Männern fällt kein Meister vom Himmel. Darin sind sich beide Geschlechter gleich. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Wir werden mit der Zeit auch lernen, diejenigen weiblichen Wählerschichten durch unsere Agitation zu erfassen, die trotz ihrer proletarischen Lebensverhältnisse heute leider vielfach noch reaktionär wählen. Es ist eine der Aufgaben, die besonders Ihnen, Genossinnen, zufällt, diese Wählerinnen systematisch für unsere Sache zu gewinnen. Gelingt uns das — und ich zweifle nicht, daß es uns gelingen wird —, kann keine Rede davon sein, daß das Frauenwahlrecht sich reaktionär auswirke und zum Nachteil der Partei ausschlage.

Ich wünschte nur, daß die Gleichstellung der Geschlechter auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine so vollständige wäre, wie sie auf dem Gebiete des Wahlrechts ist. (Sehr richtig!) Dann käme auch sehr bald die Zeit, wo besondere Frauenkonferenzen in der Sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht mehr notwendig wären. (Sehr richtig!) Ich glaube mit Ihnen darin übereinzustimmen, daß auch Sie der Meinung sind, der ideale Zustand wäre der, daß wir besondere Frauenkonferenzen nicht mehr brauchten. (Sehr richtig!) Aber heute sind sie noch eine Notwendigkeit für die Heranziehung der Frauen zu unserer Frauenbewegung, und darum auch eine Notwendigkeit für die Gesamtpartei. Wie sehr es heute auch im Rahmen unserer allgemeinen Parteierörterungen noch besondere Fragen gibt, die die Frauen in ganz anderem Maße interessieren als die Männer, das werden die Erörterungen zeigen, die bei dem zweiten Punkt Ihrer heutigen Tagesordnung einsetzen werden, bei dem Referat des Genossen Saenger über die Frau im neuen Strafrecht.

Die Tagesordnung, die Sie an einem Tage erledigen wollen, ist sehr reichhaltig, und deshalb möchte ich Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Aber eins möchte ich noch sagen: Wenn es dem Parteivorstand nicht möglich ist, sich bei Ihren Verhandlungen durch eine größere Zahl seiner männlichen Mitglieder vertreten zu lassen, so dürfen Sie doch überzeugt sein, daß der ganze Parteivorstand Ihrer Tagung das größte Interesse entgegenbringt. Ich wünsche deshalb im Namen des Parteivorstandes Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Vorsitzende **Juchacz:** Ich glaube in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich dem Genossen Dittmann für seine freundlichen Begrüßungsworte danke. Ich erteile nunmehr der Genossin Therese Blase das Wort zu ihrer Begrüßungsansprache für den Bezirk Baden, in dessen Mitte wir hier tagen.

Frau **Blase:** Werte Parteigenossinnen und -genossen! Unser Parteitag hat gestern in der Mittagsstunde sein Ende erreicht. Meinungsverschiedenheiten wurden ausgetauscht. Möge all den begeisterten Worten die Tat folgen, so daß für die Zukunft unserer Partei neue Kämpfer und Kämpferinnen zustreben! Den Schluß der sozialdemokratischen Tagung bildet heute eine Reichsfrauenkonferenz. Ich fühle mich verpflichtet, namens des Bezirksvorstandes Baden, der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sowie namens der Heidelberger Genossen und Genossinnen Ihnen die herzlichsten Grüße und Glückwünsche zu überbringen. Möge auch für die Frauen unsere heutige Tagung ein wirkungsvoller Auftakt für die künftige Tätigkeit in unserer Bewegung sein. Wir sind uns bewußt, daß noch eine riesenhafte Arbeit auch in unserem Badener Lande zu leisten ist.

Der letzte Geschäftsbericht, den der Parteivorstand herausgegeben hat, verzeichnet, daß bei uns in Baden im Jahre 1924 317, im Jahre 1925 312 Ortsvereine bestehen. Die männliche Mitgliederzahl beträgt für 1924 24 212, für 1925 25 113, wir haben eine Zunahme um 901 Mitglieder. Die weibliche Mitgliederzahl in Baden war 1924 3010, im Jahre 1925 leider nur 2815. Also nicht eine Zunahme, sondern eine Abnahme von 195 Mitgliedern haben wir in Baden zu verzeichnen. Das ist bedauerlich, aber Sie werden mir zugeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die gerade von den Frauen am schwersten zu tragen sind, hier die Hauptschuld daran haben. Wir haben in Baden mehr als 20 Vertreterinnen im Stadtparlament, 3 Genossinnen im Stadtrat und auch einige im Kreistag und 2 Genossinnen im Badischen Landtag. Am 5. Oktober v. J. hatten wir eine Tagung der tätigen Genossinnen in Karlsruhe, wobei 32 Genossinnen anwesend waren. Ich kann Ihnen heute bestätigen, daß die Aussprache auf dieser Tagung auf einem hohen Niveau gestanden hat. Wir wollen

hoffen, daß die tätigen Genossinnen von damals auch weiterhin in unserem Sinne tätig sind.

Zum zweiten Male haben wir im badischen Musterländle eine Reichsfrauenkonferenz. Im Jahre 1906, also vor 19 Jahren, tagte in der Zentralhalle zu Mannheim die erste Frauenkonferenz in Baden. Welche Erinnerungen tauchen bei diesem Gedanken in uns auf! Bilder ernster und heiterer Natur ziehen an unserem geistigen Auge vorüber. Ich möchte von den heiteren Erlebnissen Ihnen heute nur ein einziges Bild vorführen, daß Sie gewiß interessieren wird. Wir hatten eine Kontrolle aufgestellt, damit nur Mitglieder in den Saal hineindurften. Unsere Genossinnen haben genau aufgepaßt, daß keine Nichtmitglieder im Saale erschienen. Da kam ein alter Herr, und eine Genossin von uns verlangte sein Mitgliedsbuch. Der Herr sagte: Ich habe es leider nicht da. — Dann kann ich Sie nicht hereinlassen; ich habe den Auftrag, nur Mitglieder hereinzulassen. Da sagte der Herr: Ich kann mich vielleicht persönlich ausweisen; mein Name ist Bebel. (Heiterkeit). Die betreffende Genossin erklärte uns, das Blut habe ihr in den Adern gestockt, weil sie dem alten Genossen Bebel derartiges angetan hatte.

Nun möchte ich noch daran erinnern, daß wir Frauen in Mannheim nach einjähriger Gründung unserer Frauenbewegung voller Stolz und Freude waren, daß wir im Jahre 1906 die erste Reichsfrauenkonferenz begrüßen durften. Eine Reihe braver, arbeitsfreudiger Genossen und Genossinnen lernten wir damals kennen und achten. Viele von ihnen weilen nicht mehr unter uns, ihre leuchtenden Augen sind gebrochen, ihr beredter Mund hat sich für immer geschlossen. Unser altbewährter und treuer Freund Dreesbach kam uns als Freund und Berater in den vorbereitenden Sitzungen stets zu Hilfe. Auch Genosse Dr. Ludwig Frank war mit uns bestrebt, den Delegierten eine gute Unterhaltung zu bieten. Die Genossen Bebel und Singer nahmen mit lebhaftem Interesse an unserer Frauenkonferenz teil. Unsere Genossin und damalige Vertrauensperson Stefani Hoffmann arbeitete mit voller Hingabe, obwohl sie schon schwer gichtleidend war. 1918 ist sie uns durch den Tod entrissen worden. Und wie prächtig verstand es unsere Genossin Luise Zietz, uns in der Agitations- und Organisationsarbeit anzufeuern! Ferner unsere liebe und treue Genossin Ottilie Baader, deren Sie vorhin stehend gedacht haben, konnte uns noch mit wohlgemeinten Ratschlägen zu Hilfe kommen.

Unser allzu früh verstorbener, von den Rechtsparteien zu Tode gequälter Genosse Reichspräsident Friedrich Ebert, konnte sich damals in Mannheim wohlfühlen. Er war glücklich, unter seinen Landsleuten zu sitzen. Das zeigt uns eine Photographie aus jenen Tagen, als der sozialdemokratische Parteitag einen Ausflug nach Heidelberg unternahm. Da sieht man den Genossen Ebert mit seiner lieben Gattin auf einer Postkarte. Er sieht freudig und glückstrahlend aus, da er noch nicht wußte, welche Tätigkeit ihm in Zukunft bevorstand.

Wir ehren alle die Toten. Für uns bleibt nur das eine, das Werk weiterzuführen, das diese Genossinnen und Genossen begonnen haben. Wir wollen Aufbauarbeit in der Agitation und Organisation leisten, um die Frauenbewegung, die Gesamtpartei zu stärken. Wir wollen den Tempel bauen, der uns von unserer Genossin Adele Schreiber in einer Riesenversammlung in Mannheim im Nibelungen-Saal in so prächtiger Weise vor Augen geführt wurde. Jede Genossin und jeder Genosse muß Bausteine für den Bau dieses Tempels herbeitragen. In der Versammlung im Nibelungen-Saal kam auch zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie an dem bevorstehenden Friedenswerk mitarbeiten soll, daß sie gegen einen neuen Krieg protestieren muß. (Sehr richtig!) Wir sagen: in allen Ländern müssen wir einig sein. Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir sind mit den gesamten Sozialdemokraten der Welt in vollster Einigkeit. Wir kennen keine fremden Völker, keine nationalen Erbfeinde; wir kennen nur ein Volk der Arbeit und des Sozialismus. Unsere Fahne trägt kein buntscheckiges Farbengemisch, sondern nur eine Farbe, die Farbe der Liebe, wie Körner gesungen hat, der Menschheit heilig Rot.

Nun möchte ich noch zum Ausdruck bringen, daß gerade die badischen Frauen das allergrößte Interesse daran haben, in den nächsten Wochen fleißig zu arbeiten, weil wir vor der Landtagswahl stehen. Wir müssen bestrebt sein, in allen Orten Badens Agitationsarbeit zu leisten, damit am 25. Oktober wirkliche Volksvertreter in das badische Parlament gewählt werden. Wir Frauen haben aufklärend zu wirken, denn wir wissen, wie schwer die Verhältnisse auf uns lasten. Wir, die wir den Haushalt führen müssen, brauchen uns nur an den Zolltarif zu erinnern, an die künstliche Verteuerung des Brotes. Hier haben wir die Möglichkeit, agitatorisch zu wirken. Die Unterstützungen der Klein- und Sozialrentner, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sind so gering, daß uns auch hier ein großes Tätigkeitsfeld erwächst. Darum rufe ich Ihnen zu:

Auf, ihr Frauen. helft uns bauen
An der Liebe Weltenreich!
Es zu krönen,
Aus Töchtern und Söhnen
Zieht uns Menschen, Helden gleich.

Mit diesen Dichterworten nochmals ein Glückauf unserer heutigen Tätigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Die Frauenkonferenz konstituiert sich. Zu Vorsitzenden werden gewählt: Blase-Mannheim, Juchacz-Berlin und Remitz-Berlin; zu Schriftführerinnen: Margarete Wengels-Berlin, Marie Anforge-Schlesien, Martha Schilling-Sachsen und Uebeler-München.

Außerdem wird eine Mandatsprüfungskommission gebildet, bestehend aus den Genossinnen Minna Bollmann-Magdeburg, Hartung-Königsberg, Minna Sattler-Westfalen, Johanna Tesch-Frankfurt und Johanna Reitze-Hamburg.

Die Frauenkonferenz tritt dann in die Tagesordnung ein. Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Frauenbewegung und Sozialdemokratie

nimmt das Wort

Frau **Juchacz**: Genossinnen! Ich hatte schon auf dem Parteitag Gelegenheit, einige kurze Ausführungen zur Frauenbewegung zu machen. Der Parteivorstand hat aus der Beobachtung der Frauenbewegung kritische Schlüsse ziehen müssen, die nicht restlose Befriedigung auslösen können. Die Frau steht heute gleichberechtigt im politischen Leben. Die Sozialdemokratie, die schon vor der Einführung der Gleichberechtigung der Frau der Frauenbewegung und ihren Forderungen am vorurteilslosesten gegenübergestanden und diese Forderungen stets unterstützt hat, ist es gewesen, die, wie der Genosse Dittmann in seiner Begrüßung sehr richtig bemerkte, zu einer günstigen Stunde den Frauen die Gleichberechtigung mit den Männern gegeben hat. Wenn das 1919 nicht historische Tatsache geworden wäre, würden die Frauen um ihre Gleichberechtigung heute noch einen sehr schweren Kampf führen müssen. Bitte, schauen Sie einmal in das belgische Land. Dort nimmt die Sozialdemokratie aus taktischen Gründen einen Standpunkt zum Frauenwahlrecht ein, der sicherlich nicht schnell dazu führt, den Frauen durch einen gesetzlichen Akt das Wahlrecht zu geben und der den Frauen Belgiens die Pflicht auferlegt, innerhalb und außerhalb der Organisation um ihre Rechte zu kämpfen und mit krampfhafter Anstrengung für die politische Schulung der nicht gleichberechtigten Frauen zu

sorgen, damit durch den Ansturm der Frauen die umlagerte Festung endlich fällt. Aber diese Gleichberechtigung unseres Geschlechts sollte nun auch dazu beitragen, die Frauen in großen Massen der Organisation zuzuführen, die Frauen bei den politischen Wahlen wachzurütteln, so daß uns nicht immer gesagt werden kann: das Frauenwahlrecht wird zum Hemmschuh des Fortschritts. Sehen Sie sich einmal die Tabelle des Geschäftsberichts an den Parteitag an, dann werden Sie finden, daß der Prozentsatz der politisch organisierten Frauen noch relativ klein ist. (Sehr richtig!) Das zeigt sich natürlich auch bei der Mitarbeit der Frauen im politischen Leben und bei der Stellungnahme der Frauen zu öffentlichen politischen Fragen, ganz besonders bei den Wahlen. Wenn ich auch nicht behaupten will, daß bei der Abgabe der Frauenstimmen das Verhältnis zu den Parteien ebenso ungünstig wäre, wie es sich in den Organisationsziffern ausdrückt, so ist doch aus der Tatsache der geringen Organisierung die Schlußfolgerung zu ziehen, daß wir, wenn wir günstige Ergebnisse bei den Wahlen haben wollen, bessere Organisationsziffern eine unbedingte Vorbedingung darstellen, weil sich darin zweifellos ein Stück politischer Frauenaufklärung ausdrückt.

Ich habe weiter auf dem Parteitag nur angedeutet, worüber ich hier noch etwas eingehender sprechen möchte, um es zur Aussprache zu stellen: wenn die Frauen eine Frauenbewegung haben sollen, wenn sie innerhalb der Frauenkreise Initiative, geistiges Leben entfalten sollen, dann brauchen sie innerhalb der Partei Bewegungsfreiheit. (Sehr richtig!) Prüfen Sie aber einmal — ich will nicht anklagen —, ob Sie diese Bewegungsfreiheit haben! Prüfen Sie aber bitte vorurteilslos. In den Geschäftsbericht ist mit voller Absicht ein ganz alter Beschluß hineingearbeitet worden, auf den ich Sie besonders aufmerksam mache. Danach sollen die den Vorständen der Ortsgruppen, Unterbezirke usw. angehörenden Genossinnen die Aufgabe haben, die Agitation und Schulung der Frauen zu pflegen. Sie sind ihrem Vorstand dafür verantwortlich. Um eine bessere Fühlungnahme der Frauen untereinander, bis herauf zur Zentrale, zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die im Vorstand der Ortsgruppen sitzenden Genossinnen mit den weiblichen Vorstandsmitgliedern der Unterbezirke, diese wieder mit dem weiblichen Vorstandsmitglied und letzteres mit dem weiblichen Mitglied des Parteivorstandes schriftlich in Verbindung treten. Der Schriftwechsel geht über die Sekretariate und erfolgt im sachlichen Einverständnis mit diesen resp. den in Frage kommenden Vorständen. Diese Form der Arbeit setzt das Vorhandensein von Frauengruppen, mindestens aber weiblichen Vertrauenspersonen in allen Orten, Unterbezirken, Bezirken und im Reich voraus, die im Einverständnis mit dem Vorstand arbeiten.

Wenn wir einen solchen Beschluß in uns aufnehmen und verarbeiten, dann haben und wollen wir nicht etwa eine besondere Frauenorganisation, aber wir haben die Möglichkeit, innerhalb der Gesamtbewegung durch die Bildung von Frauengruppen und durch den Verkehr, wie er in diesem Beschluß zum Ausdruck kommt, fruchtbare Arbeit zu leisten und untereinander engste Fühlung zu nehmen. Wenn nun die Berichte vom Parteivorstand eingefordert werden, stellt sich noch immer heraus, daß diese zwanglose Fühlungnahme unter den Genossinnen nicht in dem wünschenswerten Maße vorhanden ist. Das bedeutet, daß die Genossinnen von dem Recht der Bewegungsfreiheit immer noch nicht den möglichen Gebrauch machen. Dasselbe muß ich bei Besuchen von Frauenkonferenzen der Bezirke immer wieder feststellen.

Wir können auch bei den Mitgliedsziffern feststellen, daß die Beteiligung der Frauen an der Gesamtbewegung in einzelnen Bezirken recht verschieden ist. Wir haben Bezirke, in denen nur eine ganz geringe Anteilnahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen ist. So habe ich festgestellt, daß in einem Bezirk

die Zahl der weiblichen Mitglieder nur 5,83 Proz. der Gesamtmitgliederziffer ausmacht. Das ist ein so beschämend geringer Prozentsatz, daß wir uns fragen müssen, ob in diesem Bezirk — und ähnlich liegt es in anderen Bezirken — überhaupt Propaganda unter den Frauen getrieben wird, ob überhaupt irgendeine Schulungsarbeit geleistet wird. Wir haben weiter Bezirke mit einer weiblichen Mitgliederzahl von 27,65 Proz. der Gesamtmitgliederzahl. Laut Geschäftsbericht beträgt der Durchschnitt 18,24 Proz. Es ist notwendig, daß wir aus diesen Zahlen die notwendigen Schlußfolgerungen für unsere fernere Arbeit ziehen.

Mit dem prozentualen Anteil der Frauen an den Mandaten im Reichstag und im preußischen Landtag können wir insofern zufrieden sein, als wir keine Abnahme zu verzeichnen haben. Anders liegt es auf einem Gebiet, von dem wir vor der Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland immer gesagt haben, daß dort der Anfang gemacht werden müßte, in der Kommunalpolitik. Wenn Sie die Entwicklung bis heute verfolgen, werden Sie bemerken, daß eine relative und prozentuale Abnahme der weiblichen Stadtverordneten und Gemeindevertreter eingetreten ist. Gehen wir den Dingen einmal nach! Fragen wir uns: hat die Frau denn so versagt auf dem Gebiete der kommunalen Mitarbeit, daß es gerechtfertigt ist, ihre Anteilnahme am passiven Wahlrecht so zu verringern?

Oder aber kommt hier nicht etwa etwas zum Ausdruck, was in der Sozialdemokratischen Partei nicht vorhanden sein sollte, nämlich der Konkurrenzkampf zwischen Mann und Frau auf politischem Gebiet! (Sehr richtig!) Mir soll es an der Feststellung genügen, daß wir tatsächlich an den Stadtverordnetenvertretungen als Frauen nur mit 4 Proz. beteiligt sind und der Prozentsatz in der Gemeindevertretung in den ländlichen Gemeinden überhaupt kaum noch festzustellen ist, so gering ist er! Das ist eine so betrübliche und niederschmetternde Tatsache, daß wir uns mit dieser Frage ganz eingehend beschäftigen müssen.

Wenn es wahr ist, daß die Frau im politischen Leben eine viel stärkere Befähigung für kommunalpolitische Arbeit, ganz besonders für soziale Arbeit aufweist, dann muß ihre Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften aber auch einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Ausdruck finden. (Sehr richtig!) Wir müssen es aber auch lernen, unsere Forderungen so zu formulieren, daß wir damit zum Ziel kommen. Ich kann hier als Beispiel keine Versammlung aufführen, bei der die Frauen mit ihren Forderungen nach Stadtverordnetenmandaten heruntergerutscht wären, weil sie ungeschickt waren. Ich denke aber an eine Frauenkonferenz im Laufe des vorletzten Jahres, in der die Genossinnen die Aufstellung von 4 Frauen für die Landtagswahlen an sicherer Stelle forderten und diese 4 befähigten Frauen dann nicht genannt werden konnten. Die Genossinnen waren sich untereinander nicht einig, wer diese 4 eigentlich seien. (Bewegung.) Das ist aber Vorbedingung für unser Handeln, wenn wir Forderungen aufstellen wollen. Es ist auch bei der Aufstellung der Stadtverordnetenkandidaten notwendig, daß man sagt: Ich schlage diese oder jene Genossin für eine sichere Stelle vor, weil sie diese und jene Fähigkeiten für ein ganz bestimmtes Gebiet mitbringt, oder weil Beweise vorliegen, daß sie für eine ganz bestimmte Arbeit befähigt ist. Wenn im Auftrage der Frauen des Orts eine Forderung so formuliert wird, macht es einen andern Eindruck, als wenn die Berücksichtigung nur um der Frau willen gefordert wird. Darum haben wir das Wahlrecht nicht bekommen, daß wir als Frauen in die Parlamente kommen, sondern damit wir unsern Fähigkeiten entsprechend an den Arbeiten beteiligt werden und den weiteren Befähigungsnachweis in der Arbeit erbringen können! Nur so kommen wir mit unseren Forderungen durch. Ich habe den Eindruck, daß die ungeheuerliche Abnahme in den Selbstver-

waltungskörpern darauf zurückzuführen ist, daß die Frauen ihre berechtigten Forderungen nicht in der geeigneten Weise vertreten haben. Das ist natürlich kein Grund, die Notwendigkeit der weiblichen Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern zu verneinen oder zu behaupten, die Frauen hätten sich in der Arbeit selbst nicht bewährt. Das wird auch keinem Mann einfallen, denn es stellt sich heraus, daß auf einem andern Gebiet, das ich nur streifen will, nämlich auf dem Gebiet der Wohlfahrtsarbeit, eine ganze Reihe von Frauen, die als Beauftragte der Arbeiterwohlfahrt in die Deputationen und Verwaltungskörperschaften der Gemeinden zur Mitarbeit hineingenommen wurden, in großem Maße in der Arbeit selbst ihren Befähigungsnachweis erbracht haben.

Daß wir als Frauen Wünsche an die Bewegung haben, haben die Anträge an den Parteitag bewiesen. Diese sind fürs erste erledigt. Wenn ich nochmals darüber spreche, geschieht es nur, um über die Materie überhaupt zu sprechen, weil aus den Anträgen spezielle Wünsche der Frauen hervorgehen und diese Wünsche aus dem ganz engen Zusammenhang mit unserer begrenzten Arbeit geboren sind. Ich meine den Antrag, der eine neue Zeitung für die Frauen verlangt; Zeitungen sind für uns Arbeitsmittel, wir haben die „Frauenwelt" und die „Genossin".

Von der Geschäftsstelle der „Frauenwelt" wurde mir mitgeteilt, daß die Zeitschrift durch einen besonderen Teil eine Bereicherung erfahren soll, der aus der „Schaffenden Frau" übernommen werden soll. In vielen Zuschriften an das Frauenbureau und an die Redaktion der „Frauenwelt" ist es zum Ausdruck gekommen, daß der Modeteil der „Schaffenden Frau" eine Tendenz aufweise, die vielen unserer Frauen gefalle. Wenn also von dieser Zeitschrift, die sich nicht mehr halten kann, etwas übernommen werden soll, was in bestimmten Schichten unserer Frauen Anklang gefunden hat, so wollen wir uns dazu ruhig beglückwünschen und damit in weiteren Frauenkreisen Propaganda zu machen suchen.

Sie sind, wie sich immer wieder herausstellt, über die „Frauenwelt" verschiedener Meinung. Ich bitte, die „Frauenwelt" so zu betrachten, wie sie betrachtet sein will, nämlich als Mittel zum Zweck. Wenn wir nach Berlin zurückkommen, werden in der ersten Parteivorstandssitzung die Arbeitsgebiete verteilt, und ganz automatisch wird den drei Frauen im Vorstand das Gebiet der Frauenbewegung und der Arbeiterwohlfahrt zufallen. Im Augenblick, wo wir von neuem mit dieser Verantwortung belastet werden, sehen wir das ganze Arbeitsgebiet vor uns, d. h. wir sehen die ungeheuren Schichten der arbeitenden Frauen und Hausfrauen, die wir für den Sozialismus gewinnen sollen. Wir wissen aus den Organisations- und Wahlziffern, daß wir diese Frauen noch lange nicht gewonnen haben, daß der Prozentsatz der sozialistisch absolut sicheren Frauen relativ klein ist und wir über diesen Prozentsatz hinaus gleich auf das große Heer der schwankenden Massen stoßen, die von Fall zu Fall und oftmals ihren Gefühlen folgend entscheiden, die im Moment der Wahl irgendwelchen agitatorischen Einflüssen unterliegen. Diese großen Massen der Frauen müssen ganz intensiv mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln aufgeklärt werden, und diese Aufklärungsarbeit kann nur von den bereits politisch organisierten Frauen geleistet werden. In Erkenntnis dieser unumstößlichen Tatsache dürfen wir aber auch die Mittel nicht ablehnen, die uns für diese Zwecke in die Hand gegeben werden. Deshalb hat jede Genossin die Pflicht, dafür zu sorgen, daß über den Kreis der organisierten Genossinnen hinaus die „Frauenwelt" Verbreitung findet. Würde die „Frauenwelt" schon von außen her als absolut sozialistische Zeitschrift gekennzeichnet sein, so würde uns diese Arbeit sehr erschwert werden. Wir müssen eine Zeitung haben, die den Zweck

der allmählichen Aufklärung erfüllt und der nicht von vornherein die Türen verschlossen werden. Die indifferenten Frauen oder die, die von anderer Seite politisch bearbeitet werden, verschließen sich doch leider vor allem, was von vornherein nach sozialistischer Propaganda aussieht. Genau wie auch andere Parteien sich aller Mittel bedienen, um zu dem von ihnen gewünschten Ziele zu kommen, sollen auch wir die „Frauenwelt" dazu benutzen, in die weiten Kreise der uns fernstehenden Frauen einzudringen. In diesem Sinne können wir auch mit der uns in Aussicht gestellten Bereicherung zufrieden sein und wissen ganz genau, daß wir hier ein Arbeitsmittel in der Hand haben, mit dem wir etwas leisten können.

Einige Bemerkungen über die kleine Zeitschrift, die den tätigen Genossinnen umsonst als Informationsorgan in die Hand gegeben wird. Ich höre darüber sehr wenig Kritik. Im Zusammenhang mit dem auf dem Parteitag geäußerten Wunsch nach einer weiteren Zeitschrift muß ich darauf hinweisen, daß es ungeheuer schwer ist, Frauenliteratur gegen Bezahlung unterzubringen. Wir haben auf Wunsch den Bericht unserer letzten Frauenkonferenz gedruckt und den Genossinnen angeboten, weil dieser Bericht die Grundlage für die zukünftige Arbeit gibt. Ich darf Ihnen verraten, daß trotz des geringen Preises der Bericht über die Frauenkonferenz in Berlin heute zum größten Teil noch in der Buchhandlung liegt. (Zuruf: Das liegt an den Organisationen!) — Gewiß, aber wir sind es doch, die innerhalb der Organisation für den Absatz zu sorgen haben und dürfen nur neue Forderungen aufstellen, wenn wir dieser Verpflichtung auch gewachsen sind. Die Frauenliteratur muß auch in die Kreise hineinkommen, die diese Literatur verarbeiten sollen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie es möglich sein soll, neben der „Frauenwelt" und der „Genossin" noch eine politische Frauenzeitschrift gegen Bezahlung zu vertreiben. Diese Frage haben wir doch mit zu lösen, wenn wir die Forderung erheben, und diese Verantwortung steht riesengroß vor uns. Ich muß hier Klage erheben, wenn Berichte über die Frauenbewegung und ähnliches Material nicht gegen Bezahlung von den Frauenkreisen aufgenommen werden, die dieses Material zweifellos für ihre Arbeit gebrauchen.

Der Antrag, die Frauenkonferenz künftig vor dem Reichsparteitag abzuhalten und der weitere Antrag Stettins, die mit dem Parteitag parallel laufende Frauenkonferenz, weil sie überflüssig sei, gar nicht, oder wenn sie abgehalten wird, dann wenigstens vor dem Parteitag abzuhalten, sind dem Parteivorstand überwiesen. Wenn wir drei Genossinnen im Parteivorstand uns nachher bei der Beratung im Vorstand dazu äußern sollen, möchten wir hier auf der Konferenz Ihre Meinung dazu hören. Wir drei haben pflichtgemäß auch schon bei den Vorberatungen zu dieser Frauenkonferenz dafür plädiert, daß die Frauenkonferenz vorher stattfinden soll. Aber es ist auch Sachliches dagegen zu sagen. Zum Beispiel ist noch ein Antrag auf dem Parteitag angenommen worden, die Zahl von 10 000 organisierten Frauen, die zur Entsendung eines Parteiausschußmitgliedes berechtigt, auf 7500 herabzumindern. Infolgedessen werden im nächsten Jahre ohne weiteres 10 bis 12 Genossinnen dem Parteiausschuß angehören und hoffentlich in Zukunft sehr bald 20 und mehr. Würde die Forderung zum Parteigesetz erhoben, die Frauenkonferenz vor dem Parteitag abzuhalten, dann könnten die weiblichen Parteiausschußmitglieder an den Parteiausschußverhandlungen nicht teilnehmen, die regelmäßig dem Parteitag vorangehen. Das kann nicht der Wille der Frauen sein, daß diese Mitglieder, die den andern Parteiausschußsitzungen beiwohnen, die in der Regel alle Vierteljahre stattfinden, von der wichtigsten Parteiausschußsitzung ausgeschlossen werden. Es läßt sich auch nicht rechtfertigen, daß die Frauenkonferenz dann noch einen Tag früher stattfindet, weil dann die Organisationen einen ganz nutzlosen

Tag für die hoffentlich noch größere Zahl von weiblichen Delegierten, als sie auf diesem Parteitag anwesend war, tragen müßten. Also rein organisatorisch-sachlich genommen ist es nicht praktisch, die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfinden zu lassen, wenn wir auch nicht leugnen können, daß auch eine ganze Anzahl Gründe dafür sprechen. Aber wenn wir uns die Beschlüsse dieses Parteitages ansehen, können wir doch konstatieren, daß die Partei das starke Bestreben zeigt, den Frauenwünschen entgegenzukommen. Das können wir mit Befriedigung am Schlusse dieses Parteitages konstatieren.

Es kommt in letzter Zeit sehr oft vor, daß Genossinnen, die politisch geschult sind, sagen: Brauchen wir denn überhaupt noch Reichsfrauenkonferenzen, sollte man diese nicht nur dann einberufen, wenn sich von außen her ein dringendes Bedürfnis dafür zeigt! Bitte, diskutieren Sie über diese Frage! Ich habe mich mit vielen Frauen, die im politischen Leben stehen, darüber auseinandergesetzt. Sie wissen, daß ich in meiner ganzen Auffassung zum politischen Leben durchaus nicht frauenrechtlerisch bin, und unsere Genossinnen sind es mit ganz wenigen Ausnahmen auch nicht. Wir arbeiten nicht darauf hin, Sonderveranstaltungen für Frauen zu haben, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Wenn aber gesagt wird, daß die Probleme, die den Frauen ganz besonders nahestehen, doch auf allgemeinen Parteiveranstaltungen erörtert werden sollten, dann müssen wir immer wieder konstatieren, daß hier wohl der Wunsch der Vater des Gedankens ist, daß aber die Tatsachen dem leider bis heute aus mancherlei Gründen nicht folgen. Die Partei beschäftigt sich bis jetzt noch nicht in wünschenswertem Ausmaß mit den uns naheliegenden Fragen, weil die Flut der politischen Ereignisse dazu gar keinen Raum läßt. Wenn die Propagandawirkung auch von der Erörterung dieser Fragen ausstrahlen soll, dann ist es notwendig, daß die Frauen hier in die Bresche springen und selbst die Erörterung aller dieser Fragen vornehmen. Ein Beispiel dafür ist das Thema des heutigen Nachmittags. Wo hat sich die Partei in einer großen Zusammenkunft, auf die die Welt schaut, einmal mit dem neuen Strafrecht beschäftigt! (Sehr richtig!) Wohl hat sich die Presse etwas damit beschäftigt. Aber wir wissen ganz genau, daß von einer breiten Erörterung in einem Kreise, hinter dem die Organisationen stehen, auch die Wirkungen geistiger Art ausstrahlen, die wir haben müssen, um im Sinne der Sozialdemokratischen Partei wirken zu können. Wir konnten uns das ganze Problem nicht vornehmen, sondern mußten uns dem Charakter unserer Konferenz entsprechend auf ein Teilgebiet beschränken. Ueber dieses Teilgebiet, das die Frauen ganz besonders interessiert, soll innerhalb der breiten Parteikreise diskutiert werden. (Sehr richtig!) Ich möchte von dieser Frauenkonferenz wünschen, daß sie die Wirkung in die breiten Kreise unserer organisierten Frauen und darüber hinaus ausstrahlt, daß man sich in den Bezirken wie in den einzelnen Orten auch weiter mit diesen Problemen beschäftigt. Ich brauche deshalb in diesem Zusammenhang nicht über die Fragen zu sprechen, die im Antrag Groß-Leipzig zum Ausdruck kommen, weil ich dem zweiten Referat nicht vorgreifen werde. Wir werden nach diesem Referat in einer Entschließung zu dieser Frage Stellung nehmen müssen.

Auf diesem Parteitag waren prozentual mehr Frauen anwesend als bei sonstigen Parteitagen.

Ich möchte wünschen, daß die Beteiligung der Frauen an den allgemeinen Parteiveranstaltungen immer stärker wird, und daß sich daraus die zwingende Notwendigkeit zur inneren Ausgestaltung der allgemeinen Parteiarbeit in dem Sinne ergibt, wie ich es vorhin gekennzeichnet habe. Aber mit derselben Schlußfolgerung, mit der man vielleicht die Frauenkonferenzen ablehnen kann und will, kommt man auch dahin, davon zu sprechen, daß man eigentlich im Zeitalter des Frauenwahlrechts keine besonderen Frauenveranstaltungen mehr

braucht, z. B. die politischen Versammlungen. Ich gebe den Leuten, die gegen besondere politische Frauenversammlungen mit aktuellen Tagesfragen sind, vollkommen recht. Mit einem politischen Thema locken Sie alle Frauen, die politisch interessiert sind, und die gehen mit den Männern zusammen in die Versammlung. (Sehr richtig!) Es ist auch falsch, wenn wir politisch tätige Frauen, die in Versammlungen reden, dazu verurteilen, nur vor Frauen über politische Themen zu sprechen. (Sehr richtig!) Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, daß es nicht angenehm ist, wenn man nur vor einem kleinen Kreis von Frauen über Wahlen spricht, weil es immer dieselben Frauen sind, die auch in die allgemeinen Versammlungen gehen. Es ist deshalb erwünscht, daß die in der Partei tätigen Frauen ihre ganze Agitationskraft darauf verwenden, Frauen in die allgemeinen politischen Versammlungen mit den Männern gemeinsam hineinzubringen. Dadurch wird das Interesse der Frauen für die Fragen des politischen Lebens erhalten. Und wir sollten in politischen Versammlungen soviel Frauen wie möglich sprechen lassen, damit sie dort ihre Agitationskraft entfalten können zur politischen Gewinnung der Frau.

Eine andere Stellung nehme ich zu Spezialversammlungen, Frauenabenden, Frauenfeierstunden und Arbeitsgemeinschaften für Frauen ein. Da müssen wir viel enger als bisher mit unseren Bildungsgemeinschaften zusammenarbeiten und die Frauen zu Kursen, Arbeitsgemeinschaften und Bildungsveranstaltungen führen. Wenn ich aber wünsche, daß da, wo es notwendig ist, Frauenveranstaltungen besonderer Art getroffen werden, dann tue ich es einmal wegen der propagandistischen Wirkung, die von den Frauenfeierstunden und Frauenweltabenden ausstrahlt, dann aber auch aus der Erfahrung heraus, die ich im Laufe der Jahre gewonnen habe. Die Genossinnen, die seit Jahren in der Bewegung stehen, sind uns zum größten Teil bekannt, und ich weiß ungefähr von jeder einzelnen Frau, daß sie in Frauenleseabenden und Frauendiskutierabenden reden und arbeiten gelernt hat. Ich weiß auch, daß es heute noch eine große Anzahl von Frauen gibt, die gewisse Redehemmungen nicht überwinden. Sie sitzen dabei und sagen nichts, trotzdem sie eine feste Meinung zu dem Versammlungsstoff haben, sie finden nicht den Mut, frisch und frei ihrer Meinung Ausdruck zu geben und bleiben später oft mutlos zu Hause. Wenn wir ein weibliches Führertum heranbilden wollen, müssen wir die Frauen, die Führerqualitäten haben, dauernd zusammenfassen und ihnen Mut zu ihrer Arbeit geben, müssen ihre Fähigkeiten wecken und fördern. Daher brauchen wir diese Veranstaltungen auch heute noch. Nur dann können wir damit rechnen, daß wir in der nächsten Zeit den Mangel an Initiative, wie er zweifellos in der sozialdemokratischen Frauenbewegung noch festzustellen ist, beheben werden, Das ist die Aufgabe der nächsten Zeit neben der Werbung und Schulung von weiblichen Mitgliedern.

Es ist mir in der letzten Zeit oft gesagt worden: Aber es gibt doch so viele Möglichkeiten für die Zusammenarbeit von Mann und Frau und danach Gelegenheit zum Entwickeln der Fähigkeiten, von denen Sie immer sprechen. Gewiß gibt es diese Möglichkeiten. Ich möchte im Zusammenhang damit noch einmal einen Blick auf die Arbeiterwohlfahrt werfen. Das ist neben den Kinderfreunden und den Bildungsgemeinschaften ein Gebiet, auf dem die Frauen sich austummeln können. Aber unsere Partei ist eine Partei mit so unendlich vielen Kulturaufgaben und Aufgaben für das öffentliche Leben, und je stärker die Entwicklung der Fähigkeiten der einzelnen Menschen in der Partei wird, um so größer wird auch die Zahl der zu lösenden Aufgaben. Deshalb gehe ich bei meinen Darlegungen immer von dem Gedanken aus, daß man das eine tun und das andere nicht lassen soll. Man soll keine Gelegenheit versäumen, die Frau zur Arbeit in der Bewegung zu bringen.

Genossinnen, Sie bekommen jetzt sehr viel Material in die Hände, sofern es von den Bezirkssekretariaten gewissenhaft verteilt wird. Ich denke an die „Genossin", von der ich eben sprach. Vor mir liegt der Verteilungsplan, aus dem ich einmal Ziffern vorlesen möchte. Mir scheint noch manches im Widerspruch zu stehen mit der Zahl der in den einzelnen Bezirken tätigen Genossinnen. Es verteilt z. B. Ostpreußen 105 Nummern der „Genossin", Berlin 800, der Bezirk Brandenburg 1200, Pommern 100. Der Bezirk Breslau, der ziemlich groß ist, verteilt 220 Nummern, der Bezirk Görlitz 320. Der Bezirk Magdeburg, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit deshalb lenken möchte, weil er im letzten Jahre eine ganz besonders günstige Entwicklung genommen hat, bezieht 800 Nummern, und der Nachbarbezirk Halle, der durchaus nicht klein ist, läßt sich an 100 Nummern genügen. Der Bezirk Thüringen mit seiner ziemlich umfangreichen Industrie und seinem zahlreichen Proletariat auch weiblicher Art hat nur Bedarf für 200 Nummern. Schleswig-Holstein bezieht 300 Nummern, Oldenburg 80, Hannover 250 und Braunschweig 75, östliches Westfalen 150, west-Niederrhein 730, Bayern-Schwaben 240 und die Oberpfalz 75, während der Nachbarbezirk Franken 1000 Nummern nötig zu haben glaubt. Pfalz bekommt 150 Nummern, der Bezirk Dresden 1000, Leipzig 700, Chemnitz 220, Zwickau 200, Württemberg 100, Baden 150, Hessen 180, Hamburg 520 und Mecklenburg-Lübeck 100. Das ist eine Auflage von insgesamt etwa 12 000 Exemplaren. So sehr ich mir den Kopf zerbrochen habe, hinter das Geheimnis dieser Verteilung bin ich noch nicht gekommen. Die Bestellungen gehen von den Bezirkssekretariaten aus. Ich hätte den Wunsch, einmal von allen Bezirkssekretariaten zu erfahren, nach welchen Grundsätzen die Verteilung vor sich geht.

Das alles sind Aufgaben, die die Genossinnen haben, die in der Frauenbewegung stehen. Es genügt nicht allein, sich mit den Problemen der Frauenbewegung zu beschäftigen, mit den Fragen der Bevölkerungspolitik, der Frauenerwerbsarbeit, der Wohnungsfürsorge und der kommunalen Arbeit und darin tätig zu sein. Wir dürfen auch das Kleine nicht übersehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir noch eine sehr schwierige Pionierarbeit in der Bewegung zu leisten haben. Da müssen sich die Genossinnen, die den Bezirksvorständen und den Ortsorganisationen angehören, auch um die technischen Angelegenheiten kümmern. In einzelnen Bezirken geschieht es schon. Wir haben aber nicht überall Sekretärinnen und die ehrenamtlich tätigen Genossinnen müssen das auch tun, auch wenn es ihnen weniger wichtig erscheint, es gehört zu ihren Aufgaben.

Ich habe auf dem Parteitag davon gesprochen, daß im Frauensekretariat täglich ungefähr 100 Parteizeitungen durchgesehen werden. Die Frauenbeilagen, die ich mir aus dem Reiche habe sammeln lassen, sind durchaus nicht alle gut. Bei sehr vielen steht wohl als Titel darüber Frauenpost, Frauenzeitung oder Frauenbeilage, aber es gibt nur wenige Frauenbeilagen, die nach bestimmten frauenpolitischen Gesichtspunkten zusammengestellt werden. Auch das gehört mit zu Ihren Aufgaben, daß Sie darauf sehen, wie die Frauenbeilage für den Verbreitungsbezirk Ihrer Zeitung aussieht. Es schadet nichts, wenn die eine oder andere der Genossinnen, die für diese Arbeit befähigt ist, einmal zur Redaktion geht und sagt: Hören Sie mal, lieber Genosse, Sie haben hier keine Redakteurin; wenn Ihnen meine Mitarbeit gefällig ist, möchte ich an der Frauenbeilage mitarbeiten, indem ich nicht nur mal eine Skizze schreibe oder einen Artikel, sondern auch bei der Sammlung des Stoffes mitarbeite. Genossinnen, lächeln Sie nicht, das geht. Ich selbst habe es gemacht. Als der „Vorwärts" eine Frauenbeilage schaffen wollte, hat man zu mir gesagt: Wir haben keine Frau in der Redaktion — trotzdem ich der Ansicht bin, daß dort unter den Redakteuren längst eine Frau sitzen könnte. Wir sind in einiger Verlegenheit. Ich habe dann eine Zeitlang die Beilage des „Vorwärts" zusammengestellt,

wie nach meiner Meinung eine Frauenbeilage, die politisch schulen soll, aussehen muß. In Köln, in München und vielen andern Orten geschieht es auch so. Wenn Sie das mit dem nötigen Geschick anfangen, können Sie es schaffen. Die Frauenbeilagen sollen nicht Ableger für schlechtes Feuilleton sein. Dann empfinde ich die Ueberschrift „Für unsere Frauen" als Beleidigung. Es hängt von uns ab, wenn eine Frauenbeilage herausgegeben wird, ob sich der Text dann auch mit den den Frauen naheliegenden Problemen beschäftigt. Es braucht auch nicht immer im Rahmen einer Frauenbeilage zu sein. Es sieht auch gut aus, wenn hin und wieder ein Leitartikel im politischen Teil des Blattes aus der Feder einer Frau abgedruckt wird, und wirkt sicher werbend und schulend, und das soll doch der Zweck sein.

Wir sollten uns in der Debatte mit der Frage des Internationalen Frauentages beschäftigen. Alles, was zur blöden Schablone wird, verfehlt seine Wirkung, und wenn wir uns an dem Internationalen Frauentag beteiligen, müssen wir ihm auch eine Note geben, die auf die große Masse der Frauen anziehend wirkt. Wie können wir unseren Frauenveranstaltungen die Zugkraft, die Ausgestaltung, die notwendig ist, um große Scharen der Frauen auf ein Ziel zu vereinigen, geben? Immer praktisch denken bei allen Fragen, nie neben dem großen Ziel die Ausführung vergessen! Das muß auch für unsere Frauenbewegung das Signum sein, das wir uns für unsere künftige Arbeit geben. Wenn wir als Frauen in der Partei unsere politischen Aufgaben erfüllen wollen, dann haben wir bei unseren Wünschen auch an die Ausführung zu denken. Das Frauenwahlrecht ist in der Internationale vorwärtsgeschritten. Wir haben heute nur noch ganz wenige Staaten, in denen wir das Frauenwahlrecht nicht haben. Der Kongreß in Marseille und die voraufgehende Frauenkonferenz haben bewiesen, daß man sich den Notwendigkeiten nicht verschließt, die sich aus dieser Tatsache ergeben. Vor dem Kriege war es nicht möglich, eine wirklich anerkannte Fraueninternationale zu schaffen. Die Versuche, die früher von den Frauen gemacht wurden, haben damals nicht zu einem befriedigenden Ziele geführt. Als wir nach der Vereinigung in Hamburg zu einem internationalen Kongreß zusammengetreten sind, hat noch eine improvisierte Frauenkonferenz neben der Internationale getagt. Aber daraus ist in Marseille eine nicht nur von der Exekutive anerkannte, sondern von ihr eingeleitete, legalisierte Frauenkonferenz geworden, und der auf dieser Frauenkonferenz gefaßte Beschluß ist nachher vom internationalen Kongreß einstimmig angenommen worden. Neben den Forderungen, die wir von deutscher, englischer, österreichischer und belgischer Seite mit erfreulicher Einstimmigkeit zu einer Entschließung formuliert haben, ist noch ein Umstand bemerkenswert. Es ist jetzt die Möglichkeit zu legalen Verständigungen in den internationalen Frauenkreisen gegeben, weil nach dem angenommenen Beschluß aus den einzelnen Ländern Delegierte zu einem Frauenkomitee ernannt werden, das künftige Frauenkonferenzen vorbereiten und der Exekutive in allen Frauenangelegenheiten zur Seite stehen soll. Das ist ein Fortschritt, bei dem wir nicht stehen bleiben werden, mit dem wir aber im Augenblick zufrieden sein können. Es wird nicht ausbleiben, daß auch in Zukunft auf internationaler Basis Frauenfragen erörtert werden und daß dadurch Grundsätze, die den führenden Frauen bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind, in weite Kreise eindringen und zum Allgemeingut werden.

Mit diesem Ausblick auf eine weitere Vertiefung der Frauenbewegung möchte ich meinen Bericht beenden. Ich glaube, daß wir mit frischem Mut in die neue Arbeit hineingehen können. Ich kann Ihnen zum Schluß noch etwas Erfreuliches mitteilen. Die Kräfte der Genossinnen des Parteivorstandes und besonders die Kräfte des beamteten Mitgliedes des Parteivorstandes, werden in Zukunft dadurch etwas freier gestellt werden, daß das Arbeitsgebiet, das ich

hier mehrmals berührt habe, eine Entlastung erfahren hat. Die Genossin Buchrucker, die in Ihrer Mitte weilt, ist die Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt geworden. Ich möchte Sie bitten, während dieser Tagung mit irgendwelchen Wünschen betreffs Arbeiterwohlfahrt nicht zu mir zu kommen.

Wenn Sie ganz besondere Wünsche bezüglich der Arbeiterwohlfahrt haben, wenden Sie sich an die Genossin Buchrucker. Wir aber wollen wünschen, daß unsere heutige Tagung in bezug auf die Entwicklung der Frauenbewegung zu Beschlüssen führt, die uns die nötige Bewegungsfreiheit geben und die uns die Stimmung vermittelt, wie sie in den Kreisen der Genossinnen besteht, damit wir, wenn der nächste Parteitag einberufen wird, über einen äußeren und inneren Fortschritt der Frauenbewegung berichten können, wie er noch niemals dagewesen ist. (Lebh. Beifall.)

Die Frauenkonferenz tritt dann in die Diskussion zu Punkt 1 der Tagesordnung ein.

Alwine **Wellmann**-Osnabrück: Die Ausführungen der Genossin Juchacz hatten die Auffassung zur Grundlage, daß die Frau verpflichtet ist, sich in das Weltgeschehen hineinzustellen und die Eindrücke zu verarbeiten, damit sich ein weibliches Führertum heranbilde, das geeignet ist, die Gesamtorganisation der Sozialdemokratischen Partei vorwärts zu treiben und vor allen Dingen die noch indifferenten Frauen heranzuziehen. Auf dem Parteitage haben die Genossen Breitscheid, Hermann Müller-Franken und Crispien betont, daß die Hauptaufgabe der Partei auf politischem Gebiet darin besteht, die Befriedung der Welt durch die Internationale herzustellen. Wenn auf dem Frauenkongreß in Marseille zwei Richtungen zum Wort gekommen sind, deren eine sich dafür einsetzte, daß die Behandlung der Kriegs- und Friedensfragen nur im Rahmen der Gesamtorganisationen erfolgen könne, während die andere dies als ein besonderes Gebiet der Frauen bezeichnete, so kann ich mich nur der letzteren Richtung anschließen. Die Sicherstellung des Weltfriedens, die unter allen Umständen die Grundlage für die Verwirklichung des Sozialismus bilden muß, geht in allererster Linie die Frau an. (Sehr richtig!) Natürlich kann dieser Kampf nicht außerhalb des Rahmens der Gesamtorganisation geführt werden; ich möchte sogar dringend davor warnen. Aber ich bin der Auffassung, daß auf diesem Gebiet die Frauen den Männern Führer im Kampfe sein sollen. Wenn wir bedenken, daß die Frau das Leben gibt, daß sie dieses Leben mit so ungeheurer Liebe und Sorgfalt großzieht und daß auch sie selbst durch dieses andere Leben sehr viel inneren Reichtum und Glück erfahren kann, so ist es ihre vornehmste Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Leben erhalten bleibt (Sehr gut!), daß es als dienendes Glied in die Organisation der Menschheit hineingestellt wird. Wenn wir nicht zur Befriedung der Welt kommen und wenn die Frauen nicht in erster Linie dazu beitragen, dann versäumen die Frauen ihre Hauptaufgabe und dann wird Sprengler mit seinem „Untergang des Abendlandes" recht bekommen.

Daneben muß international eine moralische, eine geistige Abrüstung erfolgen. Ich lege nicht allzu großen Wert auf Programmpunkte. Es kommt vielmehr darauf an, diese Programmpunkte mit Leben zu erfüllen und sie zu verwirklichen. Aber wir müssen doch in jedem Jahr erneut an diesen Programmpunkt unserer Partei erinnern. Wir wissen doch, daß die Menschen leicht vergessen, sonst hätten die Wahlen in den letzten Wahlkämpfen anders ausfallen müssen. Die Wahl Hindenburgs hat uns gezeigt, daß im deutschen Volke die Kriegspsychose noch längst nicht beseitigt ist. (Sehr wahr!) Deshalb muß systematisch immer und immer wieder in das Hirn der Massen hineingehämmert werden, wie unmenschlich der Krieg ist. Wenn wir auch nicht zu große Ansprüche an den Idealismus der Menschen stellen, so doch wenigstens an den nackten Egoismus

der Arbeiterklasse. Wenn wir bedenken, daß in den achtziger Jahren für die Rüstungen 316 Millionen, im Jahre 1913 2 Milliarden jährlich ausgegeben wurden, und daß diese Mittel aus den indirekten Steuern und den Zöllen bestritten wurden, die die Arbeiterklasse bezahlen mußte, dann haben wir alle Ursache, aus nacktem Egoismus den Krieg abzulehnen.

Ich bin durchaus der Meinung der Genossin Juchacz, daß wir uns auf internationalen Frauenkonferenzen nicht falschen Illusionen hingeben dürfen, daß wir nicht Forderungen stellen sollen, von denen wir selbst überzeugt sind, daß sie nicht durchgeführt werden können; aber bei zu viel praktischem Denken laufen wir leicht Gefahr, wichtige Aufgaben zu übersehen. Die Frauen müssen sich in den nächsten Jahren auf ihren Kongressen einmal darüber klar werden, inwieweit es möglich ist, im Falle einer akuten Kriegsgefahr Aktionen zu unternehmen, und zwar, wie ich immer wieder betone, im Rahmen der Gesamtorganisation. Ich gebe unbedingt unserm Genossen Paul Löbe recht, der kürzlich schrieb, daß es nicht genüge, auf den alten Satz der Sozialdemokratie, die Kriege würden mit der Verwirklichung des Sozialismus sowieso ihr Ende finden, hinzuweisen. Gerade, weil wir uns noch inmitten einer reaktionären Welt befinden, und die Kriegsgefahr jeden Tag akut ist, haben wir alle Maßnahmen zu treffen, um die Menschen immer wieder darauf hinzuweisen, daß ein neuer Krieg den Untergang Europas und der gesamten Menschheit bedeuten würde.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, folgenden beiden Anträgen zuzustimmen:

Der Heidelberger Parteitag hat auf Antrag des Genossen Hermann Müller-Franken den energischen Kampf der Arbeiterklasse gegen Nationalismus und Militarismus für notwendig erklärt. Die Frauenkonferenz hält es für unerläßlich, zur aktiven Förderung dieses Kampfes alljährlich einen allgemeinen Antikriegstag in allen Orten Deutschlands zu veranstalten. Sie ersucht den Parteivorstand solche Antikriegstage durchzuführen und dazu die Gewerkschaften mit heranzuziehen. Alwine **Wellmann** und Genossinnen.

Die Frauenkonferenz wolle beschließen:

Die Durchführung regelmäßiger internationaler Frauentage ist zur Förderung der Menschheitsinteressen absolut notwendig. Auf ihnen ist an erster Stelle die Bekämpfung des Krieges zu beraten und in einem besonderen Referat zu behandeln. Alwine **Wellmann** und Genossinnen.

Dann noch einige Worte zu der Frage des bevorstehenden Reichskonkordats. Wir treten in der nächsten Zeit wieder in den Wahlkampf für die Provinziallandtage. Dabei werden auch wieder kulturelle Fragen aufzuwerfen sein. Ich bitte Sie, sich ernstlich zu überlegen, ob wir mit der alten Agitation für die weltliche Schule weiterkommen. Ich habe unglaubliche Dinge in Versammlungen festgestellt. So wurde z. B. von Genossinnen gesagt, diejenigen, die der Kirche noch angehörten, seien keine Sozialdemokraten. Wir müssen einmal erörtern, wie wir den Menschen klar machen können, daß wir gerade aus tief religiösen Gründen die weltliche Schule wünschen müssen. (Beifall.)

Frau **Arning**-Magdeburg: Genossin Juchacz hat in ihrem Referat all die kleinlichen Mängel und Beschwerden aufgezeigt, an denen unsere Frauenbewegung im Reich krankt. Sie hat auch Ausblicke für unsere künftige Arbeit gegeben. Es ist eine bekannte Tatsache: wenn man eine Bewegung fördern will, dann muß man zuerst die Schäden erkennen, die einer Aufwärtsentwicklung entgegenstehen. Wir alle können infolgedessen das Referat der Genossin Juchacz nur begrüßen. Unsere Reichsfrauenkonferenz muß sich einmal mit diesen speziellen Dingen unserer Frauenbewegung befassen. Etwas möchte ich allerdings richtigstellen. Genossin Juchacz hat gesagt, der prozentuale Anteil der Frauen an der gesamten Mitgliederzahl betrage 27—28 Proz. Wir können berichten, daß wir in unserem Bezirk sogar 33⅓ Proz. organisierte Frauen haben.

Leider haben wir in den letzten Jahren mit großer Wehmut feststellen müssen, daß der Fraueneinfluß auf allen Gebieten stark zurückgedrängt worden ist, und zwar aus verschiedensten Gründen. Genossin Juchacz sprach das Wort aus vom Konkurrenzkampf zwischen dem Genossen und der Genossin. Wir müssen in unserer Bewegung m. E. viel mehr dazu kommen, daß der Genosse in der Genossin nicht eine Frau sieht, die man nun an einen besonderen Platz stellen müsse. (Sehr richtig!) Die Auffassung muß immer mehr zum Gemeingut werden, daß die Frau ein Mensch ist, der propagandistisch für die sozialistische Idee wirkt. (Sehr wahr!) Wir Frauen können selbst erheblich dazu beitragen, wenn wir uns an den geeigneten Platz stellen und an diesem Platz das Bestmögliche leisten. In den Gemeinden z. B. liegt ein ungeheures Arbeitsgebiet für die Frau vor, und es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade hier die Zurückdrängung des Fraueneinflusses sich viel mehr bemerkbar macht als irgendwo anders. Bei den kommenden Wahlen müssen wir diese Scharte wieder auszuwetzen suchen. Wir müssen die Frauen, die wir an irgendeinen Platz stellen, mit einem ganz starken Verantwortungsgefühl an die Partei binden. Die Genossin Alma Röhle hatte vor einigen Jahren, als wir noch die „Gleichheit" hatten, die Frage der Frauenarbeit in den Gemeinden angeschnitten. Es ist eine rege Diskussion darauf gefolgt. Ich habe es sehr bedauert, daß diese Aussprache nicht fortgeführt werden konnte. Bald darauf haben wir feststellen müssen, daß fast überall die Frauen aus den Gemeinden verschwunden sind. Die Frauen in den Gemeindevertretungen müssen verpflichtet werden, Berichte über ihre Arbeit zu erstatten. Das belebt die Arbeit und schult zugleich die anderen Frauen, die später einmal in diese Arbeit hineinsteigen sollen. Auf der anderen Seite zerbrechen wir uns den Kopf darüber, wie wir das große indifferente Heer der Frauen aufklären und politisch organisieren können. In unserer „Frauenwelt", der ein gewisser Dank für diese Anregung gebührt, haben wir m. E. ein Mittel für die Gewinnung der indifferenten Frauen gefunden. Seit einem Jahr veranstalten wir in unserem Bezirk besondere Frauenzusammenkünfte, und zwar in allen Orten, selbst in den kleinsten. Dadurch, daß wir versucht haben, uns an die Frauenseele zu wenden und die Frauenpsyche zu verstehen, indem wir nicht nur an das Gefühl der Mütterlichkeit appellierten, sondern auch die Frauen in unseren Abenden in eine andere Welt hineinführten, haben wir große Erfolge erzielt. Ich denke da vor allem an die Welt der Literatur, der Musik, der Kunst. Wir haben ihnen Ausblicke auf unsere Ziele, auf die sozialistische Gemeinschaft gegeben und dadurch erreicht, daß wir im letzten Jahr den Stand unserer Frauenbewegung in die Höhe bringen konnten.

In der „Genossin" haben wir ein besonders gutes Organ, und ich kann denjenigen Genossinnen nicht beipflichten, die auf dem Parteitag der Meinung waren, wir müßten ein anderes Frauenorgan haben. Gewiß mag es unter den Genossinnen viele geben, die schon ein Stück über uns hinausgewachsen sind. Das ist sehr erfreulich und wir alle sollten ihnen nachstreben. Aber für diese Genossinnen gibt es viele Möglichkeiten, ihr Wissen zu vertiefen, wenn ihnen die „Genossin" nicht genügt. Jedenfalls findet die „Genossin" nach meiner Ueberzeugung den rechten Ton für die Frauen und wird geschickt redigiert.

Wenn wir zu der Arbeitsteilung, die die Genossin Juchacz anführte, überall, nicht nur im Parteivorstand, sondern in jedem Bezirk kommen, dann werden wir in der kommenden Zeit alles das überwinden, womit wir uns jetzt zu beschäftigen haben. In der Belastung der einzelnen Genossin mit der Arbeit liegt der Grund für den negativen Erfolg aller Arbeit. Deshalb bin ich dafür, endlich zu dieser Arbeitsteilung überzugehen; dann wird der Bericht der nächsten Frauenkonferenz ein ganz anderes Bild von unseren Erfolgen geben. (Lebhafter Beifall.)

Berta **Schulz**-Westfalen: Der Parteitag hatte sich mit einem Antrag Nr. 11 der Leipziger Genossinnen zu beschäftigen, neben den bisher bestehenden Organen „Frauenwelt" und „Genossin" noch neue Literatur für die Frauen zu schaffen. Ein Teil der Delegiertinnen hat gegen diesen Antrag gestimmt. Die Genossinnen sind deswegen später mit Vorwürfen überschüttet worden. Ich möchte hier feststellen, daß wir als Delegiertinnen absolut nicht dagegen sind, daß reichlich Aufklärung durch Literatur unter unseren Genossinnen verbreitet wird; wir sind aber der Ansicht, daß dies durch die Zeitschriften, die wir heute haben, zur Genüge geschehen kann. Die Kritik, die heute an der „Frauenwelt" und an der „Genossin" geübt wird, ist auf jedem Parteitag früher auch an der „Gleichheit" geübt worden. Trotzdem ist die „Gleichheit" eingegangen, weil nicht genügende Abonnenten vorhanden waren. (Widerspruch und Zurufe: Inflationszeit!) In unserem Bezirk ist die „Frauenwelt" sehr stark verbreitet, und gerade unsere indifferenten Frauen haben sie liebgewonnen. Die „Genossin" ist für die Funktionärinnen, für die Genossinnen, die in der Bewegung stehen, ein allgemein beliebtes Organ geworden. Es liegt an uns, die „Genossin" so auszubauen, daß sie allen unseren Wünschen Rechnung trägt. Aber daneben muß auch die Tagespresse im Interesse unserer Frauen ausgebaut werden. Gerade die für die Frauen geeignete Aufmachung der Tagespresse ruft zum größten Teil den Widerstand der Frauen hervor, die in der Presse nicht das finden, was sie brauchen. Wenn wir in unserem Bezirk an die Zeitungen herantreten und unsere Wünsche zum Ausdruck bringen wollen, wird das von den Redaktionen stets mit Freuden begrüßt und wir hören immer die Klage, daß die Frauen leider viel zu wenig an den Zeitungen mitarbeiten. Genossin Juchacz wies auf die Zahl der abgesetzten Exemplare der „Genossin" hin. Dabei wurde bemerkt, daß wir im Bezirk westliches Westfalen 400 Exemplare beziehen. Hier liegt der Grund der Klage. Die „Genossin" kommt heute höchstens in einem Exemplar an die einzelnen Filialen, und dieses Exemplar bekommt die leitende Genossin. Es muß die Frage aufgerollt werden, ob nicht durch den Vorstand die Möglichkeit geschaffen werden kann, den Funktionärinnen die „Genossin" in größerem Maße zur Verfügung zu stellen. Ob dieses unentgeltlich möglich ist, kann vielleicht dann im Vorstand diskutiert werden.

Ich und mit mir ein Teil der Genossinnen sind der Ansicht, daß wir uns schließlich durch die Forderung nach Sonderkonferenzen unserer Frauen isolieren, besonders wenn die Konferenzen vor dem Parteitag stattfinden, weil dann bei der Aufstellung der Delegationen der Frauen betont werden wird, daß man die Frauen nur zu den Frauentagungen und nicht zu den Parteitagen zu schicken braucht. Ich warne vor dieser drohenden Isolierung.

Trotzdem ist die Veranstaltung von Frauentagungen von großem Wert wenn wir sie richtig zu organisieren verstehen, namentlich in den Bezirken und Unterbezirken, wo sie von großer Bedeutung zur Schulung der vielen Funktionärinnen in den einzelnen Ortsgruppen sind. Wir im westlichen Westfalen haben an der Gewinnung von Mitarbeiterinnen den größten Anteil. Wir haben weit über 100 Genossinnen als Vorstandsmitglieder zu verzeichnen. Wenn wir in regelmäßigen Konferenzen die aktuellen Fragen der Politik beraten und unseren Genossinnen das Material an die Hand geben, um die Ortsgruppen zu beleben, wird das von besonderem Wert für unsere Bewegung sein.

Die Schulung unserer Genossinnen spielt in allen Anträgen und Verhandlungen eine große Rolle. Die Genossinnen Juchacz und Arning haben darauf hingewiesen, daß wir als führende Genossinnen es besonders gut verstehen müssen, die Frauenveranstaltungen so zu beleben, daß die Frauen gern zu uns kommen, besonders die vielen indifferenten Frauen, die im letzten Jahre zu uns

gekommen sind. Hier haben wir uns an die Organisationen anzulehnen, die uns nahestehen. Die Genossin Juchacz hat von den Feierstunden und Frauenabenden gesprochen, die wir durch die „Frauenwelt" organisieren. In unserem Bezirk haben wir versucht, mit der Konsumgenossenschaft zusammenzugehen, da wir Frauen eigentlich die Trägerinnen dieser Organisationen sind, indem Feierstunden eingelegt wurden, in denen führende Genossinnen aus unserer Bewegung sprachen. Ich bin überzeugt, daß wir gerade durch diese Veranstaltungen und durch den Hinweis auf die großen wirtschaftlichen Fragen viele Frauen für unsere Bewegung gewonnen haben. Wir müssen außerdem intensiver mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Wir müssen uns bewußt sein, daß wir in den nächsten Monaten großen kulturpolitischen Kämpfen entgegengehen, besonders diejenigen Bezirke, die damit zu rechnen haben, daß sie eine große Beteiligung an Sammelklassen der weltlichen Schule besitzen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau **Zabe**-Hamburg: Wir müssen den Bericht, der uns durch die „Genossin" zugestellt ist, zu dem die Genossin Juchacz nur eine Ergänzung gegeben hat, ohne Illusion und nüchtern betrachten, um zu einer Wertung der Frauenbewegung in ganz Deutschland zu kommen. Der Mann war gewöhnt, bisher das politische Leben allein zu beherrschen und sieht in uns heute noch eine Konkurrenz. In den Orten, in denen die sozialdemokratischen Männer gewohnt waren, die Frauen sachlich in der Diskussion und in jeder Arbeit zu fördern, werden die Männer keine Hindernisse für die Frauenarbeit im allgemeinen bilden, wie der Bericht es bestätigt. In den anderen Orten, in denen sich die Frauen ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Einstellung nach nicht an der sozialdemokratischen Arbeit beteiligt haben, ist es auch heute sehr schwer, die Frau zur Arbeit heranzuziehen.

Es ist bedauerlich, daß die Vertretung der Frauen in den Gemeinden und Parlamenten zurückgegangen ist. Ich glaube, mich nicht zu irren, daß es bei den Bürgerlichen ebenso ist, es handelt sich um eine allgemeine Erscheinung.

Eine apolitische Position bedeutet für den Mann Macht um eine wirtschaftlich bessere Stellung. Deshalb versucht er, uns in jedem Fall zurückzudrängen. Solange sich die Frauen das ruhig gefallen lassen, uneinig sind und sich gegenseitig bekämpfen, haben es die Männer sehr leicht, die Frauen zurückzudrängen. Sobald wir uns aber sachlich zur Arbeit einstellen, nur die sozialdemokratische Bewegung zu fördern bedacht sind und alles Persönliche ausschalten, wird der Mann eine dem Mitgliederbestande prozentuale Mitarbeit an der Organisation, Parlament und Gemeinde nicht hindern können.

Ich bedaure, daß die Literatur nicht so allgemein gekauft wird. Man muß es aber verstehen, die nötige Propaganda dafür zu machen. Eine Broschüre über Mutterschutz der Genossin Luise Schröder haben wir kürzlich restlos verkauft. Wenn die Genossinnen das Interesse für die wichtigsten Fragen beleben, die heute für uns Frauen noch ungeklärt sind, die zu unserer Entrechtung im allgemeinen führen, dann wird jede Frau, die auch nur die geringste Anregung durch uns bekommt, von selbst nach Aufklärung verlangen.

Ich begrüße die stärkere Vertretung der Genossinnen im Parteiausschuß. Man kann, wenn man sich von rein politischen und organisatorischen Fragen leiten läßt, jedenfalls geteilter Meinung sein, ob die Frauenkonferenz vorher oder nachher gelegt werden soll. Im Grunde genommen sollten wir aus unserer Einstellung als Sozialistinnen heraus alle die von uns für nötig gehaltenen Anträge stets an den Parteitag einbringen. Die Frauenkonferenz, die zur Klärung der im Laufe des Jahres aufgetretenen Probleme dienen soll, halte ich nicht für zwecklos, sondern für notwendig, solange wir Frauen im öffentlichen und im privaten Leben noch keine Gleichberechtigung und Gleichwertung

haben. Denn niemand von uns wird verkennen, daß es heute Frauenfragen gibt, sonst würden wir uns heute nicht über die Nöte, die uns drücken, hier aussprechen wollen. (Sehr richtig!) Es wäre natürlich sehr zweckmäßig, wenn wir diese Fragen auch vor Männern behandeln könnten. Diese haben aber nicht immer das gleiche Interesse, weil sie von diesen Nöten nicht so bedrückt werden wie wir. (Sehr richtig!) Uns drücken sie heute noch überall auf Schritt und Tritt, und deshalb liegen sie uns näher, und deshalb müssen wir heute an die Frauen, die uns heute noch nicht zuströmen, diese Fragen heranbringen. Die Frauen glauben, daß die Männer die meisten politischen Fragen lösen. Aber die Fragen, an denen die Frauen selbst leiden, müssen wir ihnen näherbringen.

Selbstverständlich sind auch wir von Hamburg für einen allgemeinen internationalen Frauentag, dem Inhalt zu geben wohl nicht schwer sein dürfte. Es ist wiederholt hier die Kriegsfrage angeschnitten, die ich lieber die Friedensfrage nennen möchte. (Sehr gut!) Außerdem haben die Frauen doch in der ganzen Welt über dieselben Nöte und Leiden zu klagen, wie in Deutschland. Die doppelte Moral ist heute noch in der ganzen Welt Usus, die schlechtere Entlohnung ist noch überall landesüblich. (Sehr richtig!) Also für eine solche internationale Frauentagung des arbeitenden Volkes dürfte an Problemen kein Mangel sein. (Sehr richtig!)

Frau **Ziegler**-Leipzig: Bei der Besprechung des Geschäftsberichts tauchen für mich Fragen von größter Bedeutung auf, die eigentlich in die Unterbezirkskonferenzen gehören. Ich weiß aber, daß noch nicht in allen Bezirken und Unterbezirken solche Zusammenkünfte möglich sind, weil noch nicht überall die Personenfrage gelöst, die im Vordergrund unseres Organisationslebens steht, gleichzeitig aber auch Finanz- und andere Fragen eine Rolle mitspielen. Wo die Frau in organisatorischer Beziehung die Frauenbewegung fördern, beeinflussen und die Tatkraft der Frau wecken kann, sehen wir erfreuliche Fortschritte. Ich will die Arbeit und Tatkraft der Genossinnen im Leipziger Bezirk nicht besprechen, möchte nur zum Ausdruck bringen, daß sich der Kulturkampf zur Umgestaltung der heutigen Gesellschaft sehr viel schneller vollziehen wird, je mehr sich die Frau von den Fesseln frei macht, die ihr heute leider in ihrer Jugendzeit gegenüber der Mutter in der eigenen Familie auferlegt sind. Die Frau führt heute als Hausfrau, als Mutter und Erzieherin oft noch im eigenen Haushalt ein Sklavenleben unter dem Tyrannen Mann. (Sehr gut!) Ich will nicht allgemein über unsere Männer ein Vorurteil fällen, aber wir wollen als Mensch zum Menschen reden und uns darüber klar sein, daß auch innerhalb der Arbeiterbewegung Männer noch nicht im Interesse des Sozialismus sich betätigen, weil sie es noch nicht verstehen, den Sozialismus in erster Linie im Familienleben einzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir an das Sklaventum und das Martyrium der Frau denken und wissen, daß die Frau der unteren Gesellschaftsschicht Gebärmaschine sein muß, können wir ermessen, wie schwer es für sie ist, wenn sie sich von den übergroßen Anforderungen der Mutterschaft befreien will, die an ihre Gesundheit im Interesse der Familie gestellt werden. Wir wissen, wie sie, als Sklave der heutigen Gesellschaft, das Opfer der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der Justiz wird. Diese Frage wird noch als zweiter Punkt der Tagesordnung zu besprechen sein. Von der Frau, die im Erwerbsleben steht, von den Mühen des Alltags abgehärmt ist, können wir nicht fordern, daß sie als vorderster Pionier in unseren Reihen steht. Wir können ihr aber sehr viel Beistand leisten, wenn wir ihr die Mittel geben, die wir dank der Tatkraft unserer Frauen in unserer Bewegung gefunden haben, indem wir ihnen in erster Reihe die Wertschätzung der Arbeit beibringen, die darin liegt, daß sie nicht allein Mutter und Erzieherin der

Kinder ist, und dadurch der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt die Hilfsmittel liefert. Denn die Frau, die im Erwerbsleben steht, muß 10 Stunden arbeiten, weil sehr viele Männer zu rückständig waren, um den Achtstundentag zu erkämpfen. Für die Frau würde ein Sechsstundentag genügen, der Sonnabendnachmittag müßte für die Frau unbedingt errungen werden. Wie steht es mit dem Arbeiterschutz der Frau, der Mutter, der erwerbstätigen Jugend? Weil die geistigen Kräfte 1918 noch nicht entfesselt waren, muß heute die kinderreiche Mutter, wie es der Textilarbeiterverband bestätigt, für billigen Lohn 10 Stunden Sklavenarbeit leisten. So sehen wir, wie notwendig es ist, die Kräfte der Frau zu entfalten, die in der Ehe ihre Illusion vor der Verheiratung gesehen hatte. In diesen im Erwerbsleben stehenden Frauen muß das Klassenbewußtsein geweckt werden. Den Hauptwert müssen wir auch darauf legen, die Nur-Hausfrauen zu gewinnen, die auch in unseren eigenen Reihen der Arbeiterbewegung zu finden sind, sofern die Stellung des Mannes sozial gehoben ist. Gerade diese Frau wird eher ihre Kraft der geistigen Betätigung innerhalb der Organisation widmen können. Wird die geistige Grundlagen zum Klassenbewußtsein und zur Solidarität bei der Frau geweckt, dann wird auch der Wissensdrang nach Lektüre der Frau die Grundlagen schaffen, um als tüchtige Streiterin in unseren Reihen zu stehen. Die Worte unseres Vorkämpfers Liebknecht: Wissen ist Macht und Bildung macht frei! müßten in jeder Proletarierfamilie als Wegweiser angeschlagen sein.

Der Vertrieb der Literatur in der Organisation ist ungeheuer wichtig. Ich lege in meiner Tätigkeit das Hauptgewicht darauf. Wir müssen in unserer politischen Tätigkeit viele Versammlungen besuchen, da gehe ich niemals ohne ein Bündel Lektüre hinaus. Daß man Literatur vertreiben kann, kommt in dem Geschäftsbericht von Groß-Leipzig zum Ausdruck. Legen Sie auch in Ihrer Betätigung den Hauptwert hierauf. Es ist nicht wahr, daß in der Arbeiterfamilie kein Geld dafür vorhanden ist. 20 Pf. für Literatur angelegt, stellen ein gut lohnendes Kapital im Befreiungskampf der Arbeiterklasse dar. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzende **Nemitz**: Von einer 80jährigen Parteiveteranin ist folgendes Telegramm eingelaufen:

„Den in Heidelberg versammelten sozialdemokratischen Frauen zu ihrer Tagung wünscht die besten Erfolge Wilhelmine Neidlitz-Gera.

Todenhagen-Berlin: Der Ansicht der Hamburger Kollegin über die Notwendigkeit dieser Konferenzen schließe ich mich an. Viel wertvoller aber noch ist die Abhaltung von Bezirksfrauenkonferenzen, weil an ihnen eine größere Anzahl von Parteigenossinnen teilnehmen kann. Wir haben in Berlin mit der Veranstaltung von „Frauenwelt"-Abenden gute Erfolge gehabt.

Die meisten Neuaufnahmen im Laufe des Berichtsjahres sind auf den „Frauenwelt"-Veranstaltungen gemacht. Im Gegensatz zur Genossin Ziegler muß ich sagen, daß die Frage der Beschaffung von Literatur vielfach an den Mitteln unserer Frauen scheitert. Wir haben sogar unseren Frauen das Fahrgeld zurückerstattet, das sie zur Teilnahme an den Kursen benötigten. Die Frauen können nicht das Geld dafür aufbringen; es ist genug, wenn sie die Zeit dafür opfern. Es liegt vielen Frauen mehr, sich durch einen Referenten belehren zu lassen oder in einer Arbeitsgemeinschaft zu arbeiten, als sich hinzusetzen und zu lesen. Vielfach sind die häuslichen Räumlichkeiten auch zu beschränkt, um die nötige Sammlung dazu finden zu können.

Die Genossin Juchacz hat gesagt, „viele Frauen verschließen sich der sozialistischen Agitation". Das muß seine Gründe in dem haben, was die Frau an innerem Leben aus der Familie, der Schule und der Erziehung mit ins Leben hineinbringt. Ich glaube, unsere Agitation macht da sehr häufig allerlei

Fehler. Wir haben jetzt wieder einen Kampf um die Schule vor uns, in dessen Mittelpunkt die Frage der Religionsschule steht. Da ist es sehr schwer, das richtige Maß und die richtige Form der Agitation zu finden. Bei den Elternbeiratswahlen machen wir die Erfahrung, daß vielfach christliche Elternbeiräte die Stimmen der Frauen auf sich vereinigen. Dieselben Schwierigkeiten erwachsen uns bei unserer Propaganda gegen die Kirche. Da wir mit der Propaganda bei den Frauen oft das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen, warne ich vor Unvorsichtigkeiten bei dieser Propaganda. Die Frauen glauben ihren Besitz an sittlichen Werten aus dem Christentum geschöpft zu haben. Ihnen muß das Positive aus dem Sozialismus gegeben werden. Man muß vermeiden, ihnen nur zu sagen, was schlecht ist. Man verlangt von uns, daß wir durch unser persönliches Auftreten zeigen, welche sittlichen Werte im Sozialismus liegen. Ich habe einmal einer Genossin gesagt: Schweigen Sie doch lieber über die Kirche, wenn Sie sehen, daß Sie damit keinen Beifall ernten, sondern nur stillschweigendes Mißfallen, und erreichen, daß die Frauen nicht wiederkommen, weil sie sich in ihrem tiefsten Empfinden verletzt fühlen. Geben Sie den Frauen die positiven Werte des Sozialismus. Im Sozialismus liegt so unendlich viel Großes, daß es uns gelingen wird, gerade die Frauenseele, die fähig ist, so viel zu geben und zu empfangen, voll und ganz dafür zu gewinnen. (Sehr wahr!)

Es ist eine Resolution eingegangen, die verlangt, daß wir besondere Antikriegstage bzw. Friedenstage veranstalten sollen. Ich meine, mit solchen Veranstaltungen muß ebenso vorsichtig umgegangen werden wie mit dem Mittel der Demonstrationen. Was allzu oft in den letzten Jahren getan werden mußte, beginnt sich zu überleben. Die allgemeinen Frauentage, die wir veranstalten wollen, sind geeignet, zu Friedenstagen, zu Tagen der Verkündung des Sozialismus gemacht zu werden und damit als bestes Agitationsmittel für den Sozialismus unter den Frauen zu dienen. (Beifall.)

Frau **Schumann**-Stettin: In dem Bericht der „Genossin" über Pommern ist gesagt worden, daß es dort trostlos aussehe. Wir sind mit der Frauenbewegung allerdings nicht ganz zufrieden, aber wie der Bericht es darstellt, hat es auch den Unwillen unserer männlichen Delegierten auf dem Parteitage erregt. Wir haben in Stettin allein 36 Funktionärinnen, die in jedem Monat einmal zusammenkommen und ihre Meinungen darüber austauschen, wie man die Bewegung vorwärtstreiben soll. Wir haben unsere Frauenabende, Unterhaltungs- und Belehrungsabende gehabt. Allerdings hat die Inflationszeit uns etwas zurückgeworfen, aber unser Arbeitsplan für Stettin ist jetzt schon nahezu festgelegt, so daß man nicht sagen kann, von einer Frauenbewegung sei dort nichts zu spüren.

Von Stettin ist der Antrag gestellt, daß die Frauenkonferenzen beseitigt werden müssen, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir, nachdem wir die Gleichberechtigung in jeder Beziehung erhalten haben, mit unsern männlichen Genossen gemeinsam arbeiten müssen. Die Fragen, die die Frauen berühren, müssen auch den Mann interessieren. Ich will nur an die §§ 218 und 219 erinnern, die auch den Mann interessieren, weil es um die Gesundheit der Frau geht. Wenn die Frauen den Mut hätten, in den Veranstaltungen den männlichen Genossen ihre Meinung zu sagen, dann würden sie auch mehr Beachtung finden und an den Platz gestellt werden, wo sie hingehören. Aber leider ist das nicht immer der Fall. Wenn unsere Frauenbewegung noch so im argen liegt, kommt es daher, weil die männlichen Genossen noch nicht das genügende Interesse dafür haben und die Frauen nicht richtig einschätzen. Verschiedene Genossen stehen noch auf dem Standpunkt, daß die Frau nicht in die Politik hineingehört. Dieser Ansicht muß man nicht nur in den Veranstaltungen der Bezirke, sondern

auch auf dem Parteitag entgegentreten. Die Frau muß auch auf dem Parteitag hinreichend vertreten sein. Wenn wir mit dem Antrag nicht durchdringen, müssen wir unter allen Umständen darauf bestehen, daß die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfindet.

Frau **Höfs**-Stettin: Ich muß als Bezirksvorstandsmitglied von Pommern dem widersprechen, was in der „Genossin" über uns gesagt wird. Wenn es heißt, daß es in Pommern trostlos ist, so muß ich das bestreiten. Im übrigen ist es anderwärts nicht viel erfreulicher. Wir haben von 134 Ortsvereinen 74, wo weibliche Mitglieder organisiert sind. Wir haben 28 Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt, wo die Frauen die Hauptarbeit machen. Ferner werden in den verschiedensten Orten regelmäßige „Frauenwelt"-Abende abgehalten. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, daß Frauenkonferenzen veranstaltet werden. Das hat sich aber infolge der finanziellen Lage nicht ermöglichen lassen.

Frau **Nemitz**-Berlin: Gestatten Sie auch mir ein paar Worte! Wir sind gekommen, um einen Ueberblick zu gewinnen, wie die Partei während des letzten Geschäftsjahres gearbeitet hat. Wir im Parteivorstand sind mit dem Jahresbericht nicht zufrieden, haben aber auch keinen Anlaß, mutlos zu werden. Man hört oft von Parteigenossen, besonders nach getätigten Wahlen, die Worte: Ach, wenn wir doch das Frauenwahlrecht nicht hätten, wäre es für die Partei besser. Die Frauen werden dafür verantwortlich gemacht, daß die Sozialdemokratische Partei nicht den gewaltigen Aufstieg nimmt, wie wir alle ihn wünschen. Aber unsere männlichen Parteigenossen haben auch unter dem ungerechten Wahlsystem unter großen Opfern erst durch Kinderschuhe gehen müssen. Wir geben das Wahlrecht nicht mehr preis. In Stadt- und Landesparlamenten arbeiten die Frauen rührig mit. Im Reichstage, bei der Zollvorlage, die für die arbeitende Klasse eine Lebensfrage ist, ist die Mitarbeit der Frauen unserer Fraktion im Ausschuß sehr in Erscheinung getreten. Unsere Genossinnen haben sich in die Position mit großem Fleiß hineingearbeitet. Wo waren bei der Beratung der Zollvorlage bürgerliche Frauen? Auch keine Zentrumsfrau hat versucht, für die Interessen der minderbemittelten Klassen eintreten zu wollen.

Ich sehe immer mit Freude, wie in der letzten Zeit einige Bezirke rührig sind, weil die Bezirksleitungen erkannt haben, daß die Frauen, wenn man sich nicht um die Aufklärungsarbeit kümmert, hemmend und hindernd im Wege stehen. Deshalb wollen wir die Fragen nicht immer als Frauenfragen behandeln, sondern gemeinsam, Männer und Frauen, wollen wir Menschheitsfragen lösen. (Sehr richtig!) Dazu müssen wir ein Instrument haben, das alle rührigen und fleißigen Genossen zusammenfaßt, dazu brauchen wir unsere Organisationen. Freudig begrüßen wir, wenn aus den Bezirken die Nachricht kommt, daß Kurse veranstaltet werden, wo die Referenten Genossinnen sind. Mit Freude geht man in den Kampf, wenn man weiß, daß für Veranstaltungen, um weibliche Mitglieder zu gewinnen, die Propaganda schon wochenlang vorher betrieben wird. Wir müssen die Mitglieder erziehen, damit sie Mitarbeiter und Führerinnen werden und den Weg weisen helfen, damit wir schneller an unser Ziel kommen.

Zu dem Antrag Wellmann betreffend Antikriegstag möchte ich sagen, daß wir auch schon viele Jahre wichtige und heilige Fragen im Interesse der Menschheit bei unserm Weltfeiertag in den Vordergrund gerückt haben. Wollen wir nicht auch den 1. Mai zu einem Antikriegstag machen? (Sehr richtig!) Schon seit Jahrzehnten ist am 1. Mai die Forderung gestellt, für Völkerfrieden, Völkerversöhnung und Achtstundentag zu arbeiten. Wir wollen nicht Sonderveranstaltungen treffen, sondern uns dem anpassen, was im Rahmen der Partei schon geschieht. (Beifall.)

Dittmann-Berlin: Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in Baden und der Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin am 25. Oktober möchte ich

eine praktische Anregung in diesem Kreise weitergeben, die mir kürzlich in einem Briefe gemacht worden ist, und zwar von einem jungen Mann, der in einem sehr wohlhabenden bürgerlichen Hause aufgewachsen ist. Der junge Mann schreibt mir, ihm sei schon als Kind der große Unterschied in der Behandlung der Dienstboten in seinem elterlichen Hause und den andern Häusern aufgefallen. Während in seiner Familie die Arbeitslast der Dienstboten stets beschränkt gewesen sei und sie alle möglichen Freiheiten genossen hätten, sei das Los der Dienstboten in anderen Häusern sehr bedauernswert gewesen. Er habe daher die Dienstbotenfrage zu seiner Spezialfrage gemacht. Er teilt mir dann in dem Briefe mit, wie wichtig es für unsere Partei sei, bei Wahlen uns der Dienstboten zu erinnern. Er lebt in einer Stadt, wo ganz kleine Verhältnisse sind und man fast bei jeder Wahl sagen kann, wie jeder sein Wahlrecht ausgeübt hat. Er stellt fest, daß, während bei den Wahlen im Mai und im Dezember v. J. sehr viele Dienstmädchen überhaupt nicht gewählt haben, bei der Hindenburgwahl alle restlos ihre Stimme abgegeben hätten, ein Beweis, daß von der Herrschaft auf die Stimmabgabe eingewirkt worden sei. Und nun schreibt mir der junge Mann: Sind diese Dienstmädchen nicht alle die Kinder und Schwestern von Proletariern und vornehmlich sozialistischen Proletariern? (Sehr richtig!) Da glaube ich, wir sollten uns überlegen, ob wir nicht die Möglichkeit der Einwirkung auf diese jugendlichen Wählerinnen haben. Warum sollten die sozialistischen Eltern, Brüder und Schwestern nicht einen Brief an diese jungen Dienstmädchen schreiben und ihnen auseinandersetzen, wen sie in ihrem eigenen Interesse zu wählen haben? Bei den bevorstehenden Wahlen kommen viele Tausende von Wählerinnen in Betracht, und es ist nicht zuviel verlangt, daß die Genossen und Genossinnen sich hinsetzen und an diese jugendlichen Wählerinnen schreiben, damit sie bei den bevorstehenden Wahlen nicht dem Einfluß ihrer Herrschaften unterliegen. Vor dem Kriege haben wir in unserer Partei die individuelle Agitation in ganz anderer Weise betrieben als nach dem Kriege. (Sehr richtig!) Wir haben damals ganz systematisch dafür gesorgt, daß unsere Genossen die Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates erwarben, in dem das Wahlrecht vom Besitz der Staatsangehörigkeit abhängig war. Wir haben zum Beispiel dort, wo das Wahlrecht von einem gewissen Einkommen abhängig war, dafür gesorgt, daß unsere Genossen sich zu höheren Einkommen versteuern ließen, damit sie das Wahlrecht bekamen. So müssen wir auch jetzt an die jungen Wählerinnen, die Hausangestellte sind, individuell herangehen. Das ist auch verhältnismäßig leicht. Wenn Sie jetzt wieder in Ihre Bezirke zurückkehren und Bericht erstatten, dann haben Sie die Möglichkeit, den Genossinnen zu sagen, daß sie als Mütter oder Schwestern diese jugendlichen Wählerinnen aufzuklären und auf sie einzuwirken haben. Das Briefporto und das Briefpapier spielt dabei doch wirklich kaum eine Rolle. Ich habe mir vorgenommen, im Mitteilungsblatt unserer Partei ausdrücklich auf diese Dinge hinzuweisen. Wenn Sie in diesem Sinne wirken, dann können Sie zweifellos dazu beitragen, daß die Wahlen überall besser ausfallen, daß die Mißstimmung gegen das Frauenwahlrecht, die hier und da auch in den Kreisen unserer Parteigenossenschaft noch vorhanden ist, schwindet. Ich bitte Sie daher dringend, das zu beherzigen, was ich Ihnen gesagt habe. (Lebh. Beifall.)

Vorsitzende **Nemitz**: Inzwischen ist zu dem Antrag Wellmann bzgl. der Abhaltung regelmäßiger internationaler Frauentage ein Abänderungsantrag eingelaufen, statt „zur Förderung der Menschheitsinteressen" zu sagen „zur Förderung der Arbeiterklasse in allen Ländern".

Hertha **Funk**-Niederrhein: Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen den Wunsch eines großen Teiles von Genossinnen am Niederrhein zum Ausdruck

bringen, daß in die Hände aller weiblichen Mitglieder wieder eine Frauenzeitung kommen möchte.

Mit einer Frage haben wir uns heute noch nicht befaßt, die von der größten Wichtigkeit ist, nämlich mit der Ausbreitung der sozialistischen Tagespresse, die unbedingt größer werden muß als bisher. (Sehr richtig!) Gerade in den Familien der arbeitenden Schichten erleben wir es immer wieder, daß der größte Teil die bürgerliche Presse, das landläufige Blättchen, das gerade dort erscheint, abonniert. Da entstehen sogar des öfteren die größten Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Familie. Es gibt aber kein besseres Mittel, um die Menschen aufzuklären und die Frauen allmählich unserer Partei zuzuführen, als daß wir sie veranlassen, die sozialistische Presse zu abonnieren. Den Kampf gegen die bürgerlichen Zeitungen müssen wir unbedingt aufnehmen.

Allenthalben machen wir die sehr traurige Wahrnehmung, daß uns die Jugend in der Frauenbewegung fehlt, daß die Frauen, die als Funktionärinnen in der Bewegung stehen, meistens einer älteren Schicht angehören. Nur vereinzelt sind bei uns Frauen unter dem 36. Lebensjahr tätig; das muß uns zu denken geben. Wir wissen doch, daß wir in der Arbeiterjugend auch weibliche Mitglieder haben, und wir fragen uns sehr oft, wo diese Mitglieder nachher bleiben. Wir müssen uns infolgedessen etwas mehr mit der Generation befassen, die hinter uns steht und die große Lücke zwischen dem 17., 18. Lebensjahr und dem 36. Lebensjahr auszufüllen versuchen. Sie werden sagen: das sind gerade die Jahre, in denen die Frauen am meisten innerhalb ihrer Familie durchzumachen und zu leiden haben. Aber wir müssen doch versuchen, diese Schwierigkeiten zu beheben; denn wir müssen doch auch für unseren Nachwuchs in der Pionierarbeit Sorge tragen. Gerade die, die noch mit einem gewissen Schwung und Begeisterung an die Arbeit gehen, sind uns von großem Wert. (Sehr wahr!) Ich habe das Gefühl, daß wir uns um die weibliche Jugend mehr als bisher kümmern müssen. Mit elegischen Volkstänzen kommt man nicht in die sozialistische Bewegung und Erkenntnis hinein. (Beifall.)

Frau **Wolff**-Münsterland: Auch ich möchte Ihnen dringend ans Herz legen, die Jugend in der Arbeit mehr als bisher zu berücksichtigen und sich mit ihr zusammenzutun. Wenn von einer Genossin gesagt worden ist, daß die Frau, die im politischen Leben wirken soll, frei sein muß, so kann ich das nur voll und ganz unterstreichen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es in unserem großen deutschen Vaterlande noch außerordentlich politisch rückständige Gebiete gibt. In diesen Gebieten wirkt die Frau mit starker Familienbindung durch ihre warme Mütterlichkeit oft mehr als der beste Wissenschaftler.

Im Anschluß an das Referat der Genossin Juchacz haben wir uns drei Fragen vorzulegen. Erstens, wie erfassen wir die Fernstehenden, zweitens, wie machen wir aus den Papiersoldaten Mitkämpfer und drittens, wie erwächst uns ein geeignetes Führertum? Was die erste Frage anlangt, so ist es nicht mit der Herausgabe von allerlei Schriften getan, sondern es kommt vor allem darauf an, auf dem Boden der Geselligkeit eine Bildung zu pflegen, die es den Genossinnen möglich macht, zu solchen werbenden Veranstaltungen Fernstehende mitzubringen. An der Ausgestaltung dieser Veranstaltungen liegt es, ob auf dem Resonanzboden des Vergnügens ein wertvoller Keim für unsere spätere Menschheitsarbeit erwachsen kann. Bei unseren Veranstaltungen müssen wir die Schönheit mehr als bisher zur Geltung kommen lassen. Viel Freundlichkeit in unseren Veranstaltungen, Blumen oder, wenn keine Blumen vorhanden sind, etwas Grünes, zum mindesten gedeckte Tische, ein wenig Gesang und Rezitationen! Wenn so der Resonanzboden geschaffen wird, dann werden auch die Worte des Referenten oder der Referentin auf fruchtbaren Boden fallen.

Auch um Mitarbeiterinnen zu erziehen, ist es notwendig, die Geselschaft zu

pflegen. Wir stehen uns in manchen Parteibewegungen ganz fremd gegenüber und fühlen uns gar nicht als Mitglieder einer großen Menschheitsorganisation. Da ist die Freude das notwendige Bindeglied bei diesen Veranstaltungen, die gewissermaßen zu einem kleinen Aufatmen Gelegenheit geben. Die Veranstaltungen bringen uns einander näher, und in Freude wird die gemeinsame Mitarbeit erwachsen. Einzelne Frauengruppen haben ein außerordentlich günstiges Resultat dadurch erzielt, daß sie gemeinsam mit der Arbeiterjugend arbeiteten. Wir haben feststellen können, daß durch diese gemeinsame Arbeit, durch gemeinsame Veranstaltungen, deren Ausgestaltung wir gemeinsam mit der Jugend übernahmen, ein starkes Bindemittel zwischen Alten und Jungen geschaffen wurde. Auf diese Weise wachsen junge Mitarbeiter in die Bewegung hinein, die unsere Arbeit fortführen können.

Was die Ausbildung der Führerinnen anlangt, so sind verschiedene Anträge auf dem Parteitag gestellt worden, mit Literatur einzugreifen. Gewiß ist die Literatur neben der praktischen Arbeit das Wichtigste für die Führerinnen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß an uns Führerinnen doch eine ungeheure Menge von Material herankommt, das wir kaum bewältigen können. Wenn ich neben meiner Privatarbeit die „Gemeinde", die „Genossin" und die Tageszeitung sowie noch verschiedene volkswirtschaftliche Broschüren, wie sie auf den Markt geworfen werden, gelesen habe, dann bin ich, wie ich offen gestehe, nicht mehr in der Lage, in die „Gesellschaft" hineinzublicken. Wenn wir das in uns verarbeiten, was uns als Schulungsmaterial in der „Gemeinde" gegeben wird, dann können wir auf dem kommunalen Gebiet alles das leisten, was notwendig ist. Wenn wir aus dem westlichen Westfalen auf dem Parteitag zu der Kultur- und Sozialpolitik einen Antrag gestellt haben, statt der Forderung, keine öffentlichen Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke zu verwenden, in das Programm die Forderung aufzunehmen, daß öffentliche Mittel in keiner Weise für konfessionelle Zwecke verwendet werden dürfen, so deshalb, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß man uns in unserer Agitationsarbeit mit dem Argument kommt, der Sozialismus wolle keine religiöse Bildung haben, er verneine die Religion. Wir wollen eben die letzte Lücke, die der Sozialismus an manchen Stellen noch hat, durch ihn die Frauen aus den konfessionellen Fesseln zu lösen, ausfüllen, indem wir in den Vordergrund die Solidarität und das Lebendigmachen dessen stellen, was wirklicher Sozialismus ist, nämlich: was du nicht willst, das man dir tu, das füge auch keinem anderen zu! (Bravo!)

Mathilde **Wurm**-Berlin: Ich möchte zu den Anregungen sprechen, die die Genossin Juchacz gegeben hat. In erster Linie steht die Frage, warum die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfinden soll. Da wir eine gemeinsame Organisation sind und selbständige Beschlüsse auf der Frauenkonferenz nicht fassen können, liegt es in der Natur der Sache, daß es unser Wunsch ist, die Frauenkonferenz v o r dem Parteitag abzuhalten, damit unsere Wünsche sofort auf dem Parteitag auf die eine oder andere Weise zur Erledigung kommen können. Auf der vorjährigen Reichsfrauenkonferenz hatte Berlin einen Antrag gestellt, der inzwischen nicht erledigt worden ist. Auf dem diesjährigen Parteitag haben wir den Antrag in erweiterter Form wiederholt. Er wurde dem Parteivorstand überwiesen. Und was enthält dieser Antrag? Er enthält eine Forderung, die heute wiederholt erhoben wurde, nämlich die einer stärkeren Berücksichtigung der Genossinnen bei den verschiedenen Kandidatenlisten. Auf der Reichsliste standen Frauen an aussichtsreicher Stelle, aber nur solche Genossinnen, die sowieso in den einzelnen Wahlkreisen an sicherer Stelle aufgestellt waren. Die einzige Genossin, die nicht an aussichtsreicher Stelle stand, war die Genossin Schreiber, die glücklich als 17. auf die Reichsliste gesetzt und auch nicht gewählt worden ist. Deshalb ist es notwendig, die Frauen-

konferenz vor dem Parteitag stattfinden zu lassen, damit solche Wünsche zeitgemäß erledigt werden und nicht erst ein Jahr später.

Wenn Protokolle nicht genügend gekauft werden, so darf ich wohl anregen, daß die Verlage deutlich auf die Adresse schreiben, daß die Sendungen für weibliche Vorstandsmitglieder bestimmt sind. Vielleicht wird es dann möglich sein, daß das weibliche Vorstandsmitglied in den einzelnen Bezirken Kenntnis davon bekommt. (Sehr richtig!)

Dann möchte ich eines richtig stellen. Die „Gleichheit" ist nicht eingegangen wegen zu weniger Abonnenten, sondern infolge der Inflation. (Sehr richtig!) Allerdings hatte ich geglaubt, sie werde nach der Inflation wiedererstehen. Sie ist in anderer Form wiedererstanden, doch will ich mich darüber aus naheliegenden Gründen weiter nicht aussprechen.

Auf dem Parteitag ist der sehr beachtliche Antrag angenommen worden, daß bei künftigen Wahlen männliche und weibliche Wähler getrennt abstimmen sollen. Genossin Juchacz hat in ihrem Referat schon darauf hingewiesen, daß, soweit wir das beurteilen können, das Frauenwahlrecht unbefriedigende Resultate gezeitigt hat; aber mir scheint bei allen diesen Feststellungen ein Manko vorzuliegen. Wenn wir mehr weibliche Wähler haben als männliche, muß die Zahl derer, die gewählt haben, in ein Verhältnis gebracht werden zu der Zahl derer, die wahlberechtigt sind. In sehr vielen Orten haben absolut mehr Frauen gewählt als Männer, und wenn dann absolut mehr Stimmen für die Rechte als für die Linke abgegeben werden, scheint es mir notwendig zu sein, das in ein Verhältnis zu bringen. Deshalb wünschte ich, um den Frauen gerecht zu werden, daß die Berechnung nach der Zahl der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten aufgestellt wird und daß dann erst das Verhältnis der Stimmabgabe festgestellt wird.

Der Internationale Frauentag wurde zum ersten Male auf der Konferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 beschlossen. Das war die erste internationale Frauenkonferenz überhaupt. Uns alle, die wir daran teilgenommen haben, hat ein Gefühl der Genugtuung, der Befriedigung und der Begeisterung auf dieser ersten internationalen Frauenkonferenz erfüllt, wie es leider seitdem nicht mehr in dem Maße bei uns vorhanden gewesen ist. Es mag sein, daß die Frauen, da sie inzwischen eine Anzahl von Rechten erobert haben, den Dingen etwas kühler gegenüberstehen. Aber damals war diese erste internationale Frauentagung eine Tat, und als wir auf Anregung unserer damaligen Genossin Clara Zetkin beschlossen, eine internationale Frauenkorrespondenz herauszugeben, waren wir alle begeistert. Ich möchte nur wünschen, daß wir recht bald wieder dazu kommen, vielleicht in Form einer Erweiterung der „Genossin", solche internationalen Mitteilungen in regelmäßigen Zeitabständen zu veröffentlichen. Schon jetzt enthält die „Genossin" internationale Mitteilungen. Ich möchte aber die Bitte aussprechen, diese internationalen Mitteilungen nicht nur wiederzugeben, sondern sie auch mit einem Kommentar zu versehen. Mitteilungen aus der Schweiz und aus England liegen vor mir. Da wird u. a. mitgeteilt, daß eine katholische Delegierte auf dem englischen Frauenkongreß unserer Partei sich gegen die Schwangerschaftsverhütung gewendet habe, weil das ein Vergehen gegen die Religion darstelle. (Heiterkeit.) Ich sage das, weil es mir notwendig erscheint, daran die Bemerkung zu knüpfen, daß der Katholizismus in allen Ländern der gleiche ist und deshalb überall eine Gefahr für jede freiheitliche Bewegung bedeutet. Was die Internationale Korrespondenz geleistet hat, möchte ich denen sagen, die die Dinge nicht miterlebt haben. Ohne diese Internationale Frauenkorrespondenz hätten wir nie die Internationale Frauentagung in Bern 1915 zusammengebracht. (Sehr richtig!) Diese Tagung war während des Krieges die erste internationale Demonstration von Sozialisten und Sozialistinnen gegen den Krieg. Wir wissen, in welch schweren Zeiten wir heute leben, und ich möchte deshalb wünschen, daß die Fraueninternationale immer mehr Aktivität gewinnt und sie zuerst und am energischsten gegen zukünftige Kriege Protest erhebt.

Damit komme ich zu den Anträgen der Genossin Wellmann. Der erste Antrag, Antikriegstage zu veranstalten, ist an sich sehr gut. Bloß ist dieser Wunsch längst erfüllt. Die Gewerkschaften veranstalten Jahr für Jahr Antikriegstage, und ich möchte nicht, daß wir Frauen uns den Vorwurf zuziehen: ihr beschließt etwas, was bereits Tatsache ist. Genossin Wellmann täte also gut, den Antrag zurückzuziehen. (Zurufe.) Wir können überall dafür wirken, daß solche Antikriegstage stattfinden, und wir werden dabei bestimmt nicht auf Widerstand stoßen. — Zu dem anderen Antrag, in dem die Abhaltung von internationalen Frauentagen gefordert wird, möchte ich empfehlen, statt: „zur Förderung der Menschheitsinteressen" zu sagen „im Interesse der Arbeiterklasse aller Länder". Als ich den Antrag las, fiel mir ein Wort von Marx ein, der einmal den Utopisten gegenüber gesagt hat: den Utopisten genügt es nicht, die Enterbten und Ausgebeuteten aus ihrem Elend zu befreien, sondern sie wollen gleich die ganze Menschheit umarmen. Laßt uns erst einmal diejenigen befreien, die heute unterdrückt und ausgebeutet sind; laßt uns unsere Interessen und unser Wirken konzentrieren auf die Befreiung der Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Der Antrag Wellmann birgt die Gefahr in sich, daß der Gedanke der Volksgemeinschaft wieder auferstehen könnte, dieser Volksgemeinschaft, die ja nicht existieren kann und nie existieren wird, denn eine Gemeinschaft zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern gibt es nicht. Ich bitte Sie deshalb, mit der eben angeführten Abänderung den Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag Ulrich auf Schluß der Debatte eingegangen.

Frau Ulrich begründet den Antrag.

Frau Agnes spricht gegen den Antrag. Die Frauen seien zum Teil aus weiter Ferne zusammengekommen, um sich über die Arbeit in der Organisation auszusprechen.

Die Versammlung schließt sich dem Vorschlag der Vorsitzenden an, zunächst in die Mittagspause einzutreten, dann das Referat von Dr. Saenger-München entgegenzunehmen und darüber zu debattieren und danach die jetzt abgebrochene Diskussion fortzusetzen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzende **Blase:** Ich eröffne die Sitzung. Es ist heute vormittag ein Telegramm aus Gera verlesen worden. Wir erfahren nachträglich, daß es das Telegramm einer 80jährigen Genossin ist. Diese lebhafte Teilnahme an unseren Verhandlungen sollte allen Genossinnen ein Ansporn sein, ebenso begeistert in Zukunft für unsere Bewegung tätig zu sein. Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Die Frau im neuen Strafrecht.

Ich erteile dem Referenten Genossen Dr. Saenger-München das Wort.

Dr. **Saenger**-München: Das Thema meines Vortrages ist von Ihrer Leitung glücklich gewählt; im Recht, im Strafrecht spiegelt sich vollkommen die jeweilige Zeit wider. Alles, was Sie in Moral und Sitte, in Wirtschaft und Kultur in dieser Zeit, in der es gärt, erleben, findet seinen Rückschlag im Recht. Ich darf deshalb das Thema unter einem vielfachen Gesichtspunkt behandeln, um nicht bei dem nüchternen Paragraphen stehen bleiben zu müssen, sondern um sie, die Frauen des werktätigen Volkes, allgemein in die große Welt des kriminellen Erlebens einzuführen. Zunächst darf ich ein Wort über

die Kriminalität im besonderen unter Heranziehung von ziffernmäßigen Angaben sagen, um Ihnen die ungeheure Bedeutung des Strafrechts und der Strafrechtspflege vor Augen zu führen; dann folgen einige grundsätzliche Bemerkungen über die Ursachen und Kausalität des verbrecherischen Geschehens, dann werde ich die Frage der Stellung der Frau im neuen deutschen Strafgesetzentwurf behandeln, und schließlich werden wir zu der Frage Stellung nehmen müssen, was vom sozialistischen Standpunkt für ein neues Strafgesetzbuch in Deutschland zu fordern ist.

Was Recht und Unrecht ist oder als solches gilt, ist je nach dem kulturellen Erleben eines Volkes vollkommen verschieden. Aus der Summe der Erscheinungen einige Beispiele: Mord war in gewissen Zeiten der Entwicklung vor Jahrtausenden nicht in allen Fällen strafbar. Die Griechen belohnten die Tötung lebensschwacher Kinder, in gewissen Perioden die Tötung von Zwillingen, von altersschwachen Frauen und Greisen. Bei gewissen griechischen Völkern wurde nur der bestraft, der bei der Tat erwischt wurde, bei skythischen Völkern finden wir gerade das Gegenstück. Als heiteres Beispiel darf ich Ihnen aus dem Mittelalter die Tierprozesse nennen. Der Stier, der durch eine Seuche eine Herde angesteckt hatte, wurde von dem ordentlichen Richter zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Richter des 15. und 16. Jahrhunderts sprach dann bei der Beerdigung des hingerichteten Stiers den Vers:

„Ruhe sanft, du guter armer Stier!
Denn du wareſt unseres Dorfes Zier.
Heiland stinkt dein Aas durch unsere Luft,
Was du warst, sind wir an deiner Gruft,
Jenseits — denn wir sind zu traute Brüder —
Sehn wir Ochsen uns als Ochsen wieder."

(Heiterkeit.)

In Bayern gab es unter den Herzögen am Ende des 17. Jahrhunderts (1693—1703) nicht weniger als 7 schwere Strafen gegen das Verbrechen des Bettelns und Eigentumvergehens. Wer damals einen Diebstahl im Wert von 20 Gulden verübte, wurde mit dem Tode am Strang bestraft. Wie heilig früher das Eigentum war im Gegensatz zu heute, wo auf Diebstahl, Mundraub, Krebsen, geringe Strafe steht, ersehen Sie daraus, daß nach authentischen Mitteilungen des VIII. Heinrich von England während seiner Regierungszeit nicht weniger als 70 000 Bettler hinrichten ließ. Im 17. Jahrhundert wurde das unberechtigte Fischen und Krebsen mit den schwersten Schand- und Körperstrafen und Landesverweisung bestraft, während 300 Jahre später das unberechtigte Fischen und Krebsen eine Uebertretung ist und mit wenigen Mark Geldstrafe bestraft wird.

Ich darf diesen Gedankengang abschließen, indem ich zusammenfasse: Wie der Staat so das Strafrecht; im Staate, in dem die Theokratie galt, d. h. alles mit dem Begriff des regierenden Gottes durchsetzt war wie im Gesetz bei den Juden, war die Gotteslästerung das schwerste Verbrechen und die Grenzsteinverrückung das leichteste. Als im Anfang des römischen Rechts in Rom und im römischen Kolonialgebiet die Bevölkerung hauptsächlich Landwirtschaft betrieb, war die Grenzsteinverrückung das schwerste Verbrechen. Im Handelsstaat wurde das Münzverbrechen am strengsten bestraft, und zwar mit dem Tode. Im Militärstaat waren die Vergehen, die sich gegen den Begriff der Autorität des obersten Herrn vergingen, die schwersten, in der Republik, z. B. in den italienischen Städterepubliken das Streben nach königlicher Macht. Ich schließe diese einführende Betrachtung mit dem Satz des berühmten Universitätsprofessors Ihering aus seinem Werk „Der Zweck im Recht": „Kurz, die Reaktion des Rechtsgefühls der Staaten und Individuen ist da am heftigsten, wo sie sich

in ihren eigentümlichsten Lebensbedingungen unmittelbar bedroht fühlen." So sind auch in dem neuen Entwurf selbst in diesem bürgerlichen Staat an die Stelle der Einzelgüter, die zu schützen sind, die Ideen und die Güter der Gemeinschaft und der Gesamtheit in den Vordergrund in dem Maße getreten, in dem sozialistische, d. h. Gemeinschaftsgedanken in die Kanäle des Staatslebens eingedrungen sind.

Im Strafrecht sind Gebote und Verbote enthalten. Der Staat bestraft etwas, weil die Gemeinschaft an der Nichtverletzung eines Gutes ein Interesse hat. Die Verletzung eines Mietvertrages wird nicht bestraft, weil der Staat daran kein Interesse hat und den Verletzten an den Zivilrichter verweist. Die Tierquälerei wird bestraft, weil nach der Ansicht des Staates durch diesen Anblick das ethische Gefühl des normalen Durchschnittsmenschen verletzt wird.

Nach diesen Darlegungen ist die Vorstellung von Rechten und Pflichten des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft von kardinaler, klassischer Bedeutung für den Inhalt eines Strafrechts.

Die Behauptung, daß das ungeheure Anwachsen der Kriminalität in Deutschland eine Folge der Revolution sei, ist eine der übelsten und ungebildetsten Lügen, die in unserem Vaterlande aufgestellt worden sind. Im Jahresdurchschnitt 1911 bis 1915 sind im Deutschen Reich 1 139 997 Anklagen erhoben worden, in den Jahren 1916 bis 1920, in denen sich bereits die „schreckliche Revolution" kriminell fast restlos ausgewirkt hatte, waren es 1 266 012. Als deutlicher Beweis für den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Verbrechen beginnt unter der Einwirkung der Inflation eine verhältnismäßig nicht geringe Steigerung der Anklageziffern, so daß das Jahr 1923 denn auch die bisher größte Zahl von Anklagen in Deutschland gebracht hat, nämlich 1 742 780.

Wie verteilen sich Verbrechen und Vergehen in Art und Geschlecht? In Deutschland beträgt die Zahl der Rückfälligen 18,6 Proz., so daß jeder fünfte, Mann oder Frau, der vor den Richter kommt, mindestens schon einmal mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist. Es ist äußerst lehrreich, festzustellen, wo beim Mann und bei der Frau diese Zahl überschritten wird. Der Mann überschreitet bei Raub, Mord, Totschlag, Betrug, Unzucht, Diebstahl, Meineid, Brandstiftung, Hehlerei und Unterschlagung diese Durchschnittszahl teilweise um das Doppelte. Der Mann weist die geringsten Vorstrafen auf beim Hausfriedensbruch, leichter Körperverletzung und Beleidigung. Von 100 verurteilten Personen sind 80 Männer und 20 Frauen. Außerdem sind 11,8 Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren. Die Männer aber überschreiten die ihnen zukommende Zahl von 80 in folgenden Fällen. Der Mann stellt bei dem Verbrechen der Unzucht und Notzucht 99,3 Proz., während die Frau nur 0,7 stellt. Beim Raub stellt der Mann 96,8 Proz., bei der Nötigung 93 Proz., bei Gewalt gegen Beamte 91,5 Proz. der Kriminellen. Ferner ist der Mann stärker als mit 80 Proz. beteiligt bei der Sachbeschädigung, Körperverletzung (223, 223a StGB.), Betrug und Hausfriedensbruch und Arrestbruch; während der „Herr der Schöpfung" am geringsten beteiligt ist bei dem Verbrechen des Meineids und vor allen Dingen beim Verbrechen der Beleidigung, wo es also aufs Schimpfen ankommt. (Große Heiterkeit.) Die Frau dagegen ist weit über die 20 Proz., die ihr zukommen, beteiligt beim Meineid (43 Proz.), wobei die katholische Frau einen höheren Prozentsatz stellt als die protestantische und die jüdische Frau. (Bewegung.) Bei der Beleidigung stellt die Frau 33,6 Proz., und hier sind viele Frauen rückfällig. (Heiterkeit.) Auch bei der Urkundenfälschung ist die Frau erheblich stärker beteiligt, nämlich mit 25,5 Proz. Bei den folgenden Vermögensdelikten, Hehlerei (23,3 Proz.), Unterschlagung (20,7 Proz.) und Diebstahl (20,6 Proz.) ist die Frau etwas stärker beteiligt, als sie es sein dürfte. Andererseits ist die Frau, entgegengesetzt den Erfahrungen

bei dem Temperamentdelikt der Beleidigung, weniger beteiligt bei der Sachbeschädigung, wo sie nur einen Prozentsatz von ungefähr 8,8 stellt, also 12 Proz. weniger als sie von Rechtswegen zerschlagen und demolieren dürfte. (Heiterkeit.) Auch bei der Gewalt gegen Beamte (8,5 Proz.) weist die Frau einen geringen Prozentsatz auf, insbesondere aber auch bei der Nötigung und Bedrohung (6,7 Proz.), am geringsten aber ist der Prozentsatz in den Verbrechen des schweren Raubes (3,2 Proz), der Unzucht und der Notzucht (0,7 Proz.). Sie sehen eine Fülle der Erscheinungen! Ich kann Ihnen nur das Hauptsächlichste sagen, und Ihnen eine Anregung zu eigenem Nachdenken auf den Weg geben. Sie werden aber angesichts der Zahl von 1 742 780 Anklagen im Jahre 1923 erkennen, welche unerhört große Welt diese Welt des Verbrechens und der Kriminalität ist.

Ich komme zu dem zweiten Gesichtspunkt: die Ursachen der Kriminalität überhaupt. Ueber die Ursachen der Kriminalität in Deutschland begannen die Forschungen eigentlich erst in dem Jahre, wo es zum erstenmal eine Reichskriminalstatistik gab, im Jahre 1882. Die nächsten Jahre diente diese kriminaltaktische Wissenschaft in Deutschland vor allem dem Zweck, den vollkommenen und restlosen Bankrott des Strafrechts, seiner Methode und des Strafvollzugs nachzuweisen. Das Gesetzbuch, das heute noch Rechtens ist, das Strafgesetzbuch von 1871, das trotz der ungeheuren Umwälzung eigentlich drei Menschenalter hindurch schon gilt, weil es im wesentlichen auf den Grundsätzen des preußischen Strafgesetzbuches von 1851 beruht, gründet sich noch auf den Gedanken: der Staat straft aus dem Grunde der gerechten Vergeltung. Es war also noch der alte Grundsatz des mosaischen Rechts: „Wenn du eines Menschen Blut vergeußet hast, soll auch deins vergeußet werden", in Geltung. Wie viehische Roheit und Grausamkeit in dem Strafrecht des deutschen Kaisers Karl V. im 16. Jahrhundert, wie Roheit und Brutalität nach dieser sogenannten Carolina nichts anderes zur Folge hatte, als daß die Kriminalität ungeheuer gestiegen ist, so hat auch dieses Strafrecht und die Anwendung seiner Grundsätze und der Methode der Bekämpfung des Verbrechens nur eine unerhörte Steigerung der Kriminalität zur Folge. In dem neuen Strafgesetzentwurf, der jetzt dem Parlament vorgelegt wird, klingen schon die Gedanken durch: Verhütung der üblen Wirkungen des Verbrechens, bis eben in Jahrzehnten ein anderes Strafgesetzbuch den Grundsatz zum Ausdruck bringen wird: Verhütung der Ursache des Verbrechens. Dieses allmählich sich vollziehende Abrücken von dem Gedanken der „gerechten Vergeltung", hat sich schon nach der Revolution in einer Reihe von Gesetzen vollzogen. Es ist erfolgt in dem Jugendgerichtsgesetz von 1923, in der Verordnung über Straftilgung und beschränkte Auskunft aus dem Strafregister von 1920 und in den Geldstrafgesetzen. Der Bankrott dieses Strafrechts zeigt sich in der erschütternden Tatsache, daß nach einer preußischen Zuchthausstatistik, die unmittelbar vor dem Kriege aufgenommen wurde und sich auf 2297 preußische, entlassene Zuchthausgefangene bezieht, festgestellt wurde, daß die Zuchthausdirektoren bei 2093 mit absoluter, 100prozentiger Sicherheit den demnächstigen Rückfall voraussagten, daß es bei 128 zweifelhaft war und nur bei 76 mit einiger Sicherheit angenommen werden konnte, daß sie durch das Zuchthaus erzogen worden seien und nicht mehr mit dem Strafrecht in Konflikt kommen würden. Wenn ich das auf Grund einer anderen Zahlenübersicht in Prozenten ausdrücken darf, so ist es dies: Von allen Insassen der preußischen Zuchthäuser aus einer Zeitspanne von 2½ Jahren ist festgestellt worden, daß von den 18 049 Zuchthausgefangenen, die in 2½ Jahren in preußischen Zuchthäusern gesessen sind, 92,3 Proz. mit absoluter Sicherheit wieder rückfällig werden mußten und auch rückfällig geworden sind.

So ist es klar, daß selbst dieser bürgerliche Staat unter dem unbewußten Einfluß der Gemeinschaftsgedanken des Sozialismus sich zu der Ueberzeugung

an den Universitäten und in den Strafanstalten selbst durchringen mußte: der Bankrott ist zu groß, wir müssen andere Methoden wählen. Man kam dann auch auf Grund der im Jahre 1882 beginnenden Reichskriminalstatistik auf die Ursachen des Verbrechens zu sprechen. Man stellte zunächst fest, daß in Preußen im Jahre 1854 auf 1200 Menschen ein Bettler, 2 Jahre später aber bereits auf 842 Menschen ein Bettler kam. Man stellte mit der vergleichenden Wirtschaftsstatistik fest, daß gerade das Jahr 1856 einen außerordentlichen Teuerungszustand gebracht hate, und daß in den folgenden Jahren in dem Maße, wie Wohlstand mit schlechter Lebenslage abwechselte, auch die Zahl der Bettler abgewechselt hat, so wie man für Bayern im letzten Jahrhundert in den statistischen Seminaren festgestellt hat, daß im vorigen Jahre in Bayern auf jeden Sechser, um den das Getreide im Preise stieg, auch ein Diebstahl mehr auf die Zahl von 100 000 kam. Oder nehmen Sie an, daß die Kriminalitätsziffer für Diebstahl, Unterschlagung und Betteln im Jahre 1870 in Preußen 176 war, im nächstfolgenden Jahre 227, so mußte die Wissenschaft erklären: das hängt mit der Notlage nach dem Kriege zusammen. Man beachte weitergehende Forschungen, man stellte z. B. fest, daß die Bauarbeiter vom März bis November, also in der Zeit der Bautätigkeit zu den Wanderbettlern 1 Proz. stellten, aber in den Monaten Dezember bis Februar 9 Proz. Die Revolution ist schuld an der steigenden Kriminalität! Darum betrug im Jahre 1909 die Kriminalität 62 Proz. mehr als 1882, und obwohl seit dem Jahre 1900 die Fürsorgegesetze in Deutschland in praktischer Anwendung erstanden, ist die Zahl der vorbestraften Jugendlichen von 1889 bis 1909 um 60 Proz. gestiegen! Das ist natürlich die Folge der Revolution! Selbst ein Mann, der nicht auf unserm Boden stand, der frühere Strafrechtslehrer an der Universität Königsberg, Professor Kohlrausch, mußte in einem Vortrage über Strafrechtsreform mit dem Satze schließen: „Der Zusammenhang zwischen Getreidepreisen und Kriminalität, der vielfach bestritten worden ist, ist einwandfrei nachgewiesen."

Als weiterer Faktor der Kriminalität, letzten Endes nur als eine Abart der wirtschaftlichen Not, ist dann der Alkohol zu nennen. Mehr als die Hälfte aller Körperverletzungen, die im Reiche begangen werden, werden am Sonntag begangen, ungefähr 60 Proz., und von sämtlichen Körperverletzungen werden 66 Proz. im Wirtshaus begangen. Unter den Landstreichern befinden sich in Deutschland 80 bis 90 Proz. Gewohnheitstrinker, und unter den im Jahre 1913 in die Universitätsirrenklinik in München aufgenommenen Trinkern war die Hälfte vorbestraft, und zwar 75 mehr als viermal, darunter einige bis 99mal. In Schweden sind — das ist mit ein Grund der starken Alkoholbekämpfung in Schweden gewesen — nach amtlichen Mitteilungen bis 70 Proz. aller Vergehen — die Zahl kommt mir allerdings etwas hoch vor — auf Trunkenheit zurückzuführen. In Bayern, dem klassischen Lande der Ordnung und des Biertrunks, haben wir über die Verbindung zwischen Alkohol und Kriminalität ganz besonders verlässige Aufnahmen, die sich über eine ganze Reihe von Jahren hinziehen. Da ist festzustellen, daß von 100 Verurteilten etwa 13 Proz. Trinker sind, deren strafbares Handeln in einen innigen Zusammenhang mit dem Alkohol zu bringen ist. Aber das Erschütternde ist eigentlich das, was auf dem Gebiet der Alkoholkriminalität der Jugendlichen festgestellt werden muß; denn es ist für Bayern festgestellt, daß in den letzten Jahrzehnten die Zahl der alkoholischen Jugendlichen, die Verbrechen begehen, doppelt so hoch gestiegen ist wie die Zahl der Jugendlichen, die sich vom Alkohol ferngehalten haben. (Hört, hört!) Da darf ich vor Ihnen, die Sie Mütter sind, um Ihnen diese sehr interessanten Zusammenhänge noch einmal klarzustellen, zu dem, was ich eben ausgeführt habe, noch eins nachholen. Das bezieht sich auf eine Alkoholstatistik, die an Münchener Schulen im Jahre vor dem Kriege gemacht wurde. Ein

Münchener Schularzt hat an einzelnen Schulen den Alkoholgenuß der Münchener Schulbuben und Schulmädel nachgewiesen. Er ist hinsichtlich des Biertrinkens der Kinder zu der Feststellung gekommen, daß schon in der ersten Klasse, also 6jährige, 26 Proz. der Knaben es waren, die zweimal täglich regelmäßig Bier bekamen, und 72,8 Proz, die überhaupt Bier bekamen. Bei den Mädchen ist das Verhältnis noch ungünstiger. Da waren es 77,6 Proz., die regelmäßig im Elternhaus Alkohol zu trinken bekamen. In der obersten Klasse, wo die 14- bis 16jährigen sitzen, waren es im ganzen nur 11,7 Proz. der Kinder, die nicht regelmäßig Alkohol zu trinken bekamen.

Lassen Sie mich Ihnen noch ein Drittes unter dem Gesichtspunkt Ursache des Verbrechens sagen. Das bezieht sich auf die Frage: Welche Frau ist am Strafrecht mehr beteiligt, die ledige oder die verheiratete? Der ledige Mann verübt mehr strafbares Tun als der verheiratete, bei der Frau ist es umgekehrt. In dieser Tatsache drücken sich die unsagbaren Tragödien vieler Ehen im Arbeiterstande aus. Die verheiratete Frau ist deswegen viel intensiver im Strafrecht tätig, weil die Ehe des kapitalistischen Staates für die arbeitende Frau durchaus nicht eine Quelle des Glückes und der Freude, sondern häufig eine Quelle des Unglücks, der seelischen Pein, der Not und der Knechtung der Frau als Gattin und Mutter bedeutet. Vor allem sollten die Männer Einsicht haben und besonders die sozialistischen Männer es wenigstens soweit bringen, daß in einer proletarischen Familie, wo Mann und Frau Vorkämpfer einer neuen größeren Welt sein wollen, die Frau nicht mehr vom Mann geschlagen wird. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir sind noch lange nicht so weit.

Wenn die Frau in bezug auf Kriminalität schlechter dasteht als der Mann, so am schlimmsten von allen Frauen die Witwe. Wieder ein klarer Beweis für die enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Recht. Denn während die ledige Frau im Alter von 40 bis 50 Jahren beim einfachen Diebstahl eine Kriminalitätsziffer von 173 aufweist, weist die Witwe in den gleichen Lebensjahren eine solche von 355 auf. Alles andere, was Sie auf diesem interessanten Gebiete bei den Zusammenhängen zwischen der außerehelichen Mutterschaft und der Kriminalität sehen, geht letzten Endes auf folgendes zurück: die wirtschaftlichen Verhältnisse sind es, die das kriminelle Erleben des Menschen bestimmen. Es ist kein Zufall, daß Sachsen-Meiningen mit die höchste Kriminalität in Deutschland aufzuweisen und gleichzeitig auch den höchsten Prozentsatz der außerehelichen Geburten hatte. Ich meine das, soweit das flache Land in Frage kommt. Sonst sind wir in München in diesem Punkte mit an der Spitze. Die Zahl der unehelichen Geburten wird gegenüber München und Sachsen-Meiningen nur von Gegenden übertroffen, wo noch kein Sozialdemokrat gesprochen hat, sondern wo die Bevölkerung noch absolut in allem kirchlich bestimmt wird. Das sind gewisse Gegenden in Oesterreich, wo die Zahl der außerehelich Geborenen am höchsten ist.

Noch eins über die Bildung, was ich Ihnen mit auf den Weg geben möchte. Von den männlichen Zuchthausgefangenen Preußens haben 60 Proz. nahezu keine oder nur eine ganz ungenügende Volksschulbildung erhalten. Sie sehen, daß auch hier wieder der Zusammenhang zwischen der Wirtschaft und dem Recht gegeben ist, denn die mangelnde Bildung ist zum größten Teil auf eine schlechte soziale Lage zurückzuführen.

Ich komme zu dem dritten Gesichtspunkt: Wie steht es mit der Frau im Entwurf des Strafgesetzbuchs, also im künftigen Strafrecht? Ich sagte schon, daß es beschämend ist, daß das heutige Strafrecht, nach dem noch Recht gesprochen werden soll, aus dem Jahre 1851 stammt, also über 70 Jahre alt ist. Ich muß anerkennen, daß in diesem Entwurf eines neuen allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches — ich hoffe, daß dieser Reichstag noch das neue Strafgesetzbuch

schaffen kann — sehr viel enthalten ist, was nicht darin stehen dürfte, wenn es keine Sozialdemokratie und keine sozialistische Arbeiterbewegung gegeben hätte. Neu ist in diesem Strafgesetzbuch, daß künftig Frauenhandel und Kinderhandel auch dann in Deutschland bestraft werden kann, wenn er im Ausland betrieben worden ist, aber die Täter nach Deutschland kommen und hier abgeurteilt werden. Neu ist, daß ausdrücklich festgestellt wird, daß man unter Frau jede unverheiratete Person weiblichen Geschlechts zu verstehen hat. Das mag heute als Kleinigkeit erscheinen, aber denken Sie daran, wieviel Reden gehalten und Arbeit unternommen worden ist, um diesem Anspruch der Frau zum Siege zu verhelfen! Dann ist ein neuer Schutz für die Frau auch insofern vorhanden, als ausdrücklich die Hypnose, die Suggestion als Gewaltmittel bezeichnet wird. In dem neuen Entwurf ist das Lächerliche beseitigt, daß eine Frau, die glaubt, keimendes Leben töten zu können, wenn sie eine Tasse Schokolade trinkt oder eine Portion Gurkensalat mit Pfeffer ißt, wegen Abtreibung bestraft wurde, indem in einer Bestimmung ausdrücklich gesagt ist, daß ein Versuch straflos bleibt, wenn der Täter die Tat aus grober Unwissenheit über Naturgesetze an einem Gegenstand oder mit einem Mittel versucht hat, an oder mit dem die Tat überhaupt nicht ausgeführt werden kann. (Untauglicher Versuch!)

Endlich ist in dem Entwurf der Begriff der geminderten Zurechnungsfähigkeit aufgenommen worden. Weiter ist als Aenderung zu begrüßen, daß die kurzen Freiheitsstrafen wenigstens teilweise weggefallen sind, und daß jetzt die Freiheitsstrafen nicht mit einem Tage, sondern im ungünstigsten Falle mit einer Woche beginnen, eine Strafe, die auch noch ein Unsinn ist. Dieser Unsinn erhöht sich noch beträchtlich, wenn er für eine Frau ausgesprochen wird. Es ist geradezu ein brutaler Blödsinn, mit welcher unsinnigen und unverständigen Art heute noch immer verheiratete Frauen durch Strafen von 3 oder 4 Wochen, die genau so gut durch eine Geldbuße in Raten abgetragen werden könnten, aus der Familie herausgerissen werden.

Es ist dann weiter ein Erfolg sozialistischer Agitation, daß in diesem Strafgesetzentwurf eine neue Methode der Verbrechensbekämpfung unter dem Begriff „Schutzaufsicht“ eingeführt worden ist. Es kann nämlich dem Verurteilten nicht nur Bewährungsfrist künftig erteilt werden, sondern er kann auch unter die Schutzaufsicht gestellt werden, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß auch das wirtschaftliche Fortkommen des Verurteilten zu erleichtern ist. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber dem jetzt geltenden Recht.

Wir Sozialisten haben bekanntlich immer bei der Verbrechensbekämpfung den Standpunkt vertreten: Ihr begeht an den Verbrechern selbst ein Verbrechen, wenn ihr die Leute, von denen ihr wißt, daß sie, aus welchen Gründen immer, nicht mehr imstande sind, ordentliche Menschen in absehbarer Zeit zu werden, in Kenntnis ihrer alsbaldigen Rückfälligkeit wieder auf die Menschen loslaßt; ihr begeht damit auch ein Verbrechen an der Gesellschaft. Wir Sozialisten haben Jahrzehnte hindurch immer wieder betont: Die Gesellschaft hat denjenigen, von dem anzunehmen ist, daß er in absehbarer Zeit in Freiheit ein brauchbares Glied der menschlichen Gesellschaft nicht werden kann, in einer Verwahrungsanstalt unterzubringen. So finden Sie denn — und das ist ein ungeheurer Fortschritt in der Gedankenwelt der Bekämpfung des Verbrechens — in dem neuen Strafgesetzbuch: „Maßregeln der Besserung und Sicherung“. So ist dieser Abschnitt überschrieben. Das ist eine Ueberschrift, die eigentlich eine vollkommene Verleugnung alles dessen bedeutet, was bisher die amtliche Strafrechtswissenschaft über Verbrechen und Verbrechensbekämpfung vorgetragen hat. In den Vordergrund tritt unbewußt der Gedanke des gemeinschaftlichen Wohlseins. Die Unterbringung in eine öffentliche Heil- und Pflegeanstalt kann aus-

gesprochen werden, desgleichen die Unterbringung in eine Trinkeranstalt, ferner die Schutzaufsicht.

Dann ist als eine Neuerung, die für die Frauen von höchstem Interesse ist, folgendes festzustellen: in den Paragraphen, die sich mit der Strafzumessung und der Höhe befassen, ist ausdrücklich dem Richter vorgeschrieben — nicht in sein freies Ermessen gestellt —, daß das Vorleben des Täters, seine persönlichen Verhältnisse und *seine wirtschaftliche Lage* bei der Strafe zu berücksichtigen sind. Dieser Gedanke der persönlichen Berücksichtigung ist noch weiter — durchaus im Anklang mit Forderungen, die wir Sozialisten jahrzehntelang vertreten haben — in den folgenden Bestimmungen fortgeführt worden, die davon sprechen, daß bei der Bemessung der Geldstrafe das Vermögen, die Wirtschaftslage des Täters zu berücksichtigen ist, und daß derjenige, der eine Geldstrafe nicht zahlen kann, deswegen nicht etwa im Gegensatz zum Reichen die Gefängnisstrafe anzutreten hat, sondern daß dem Armen, dem sozial Schwächeren, die Geldstrafe gestundet werden muß, bis seine soziale Lage es ihm gestattet, diese Geldstrafe in kleineren Beträgen abzuzahlen. In dem Entwurf sind ausführliche Bestimmungen über Friften und Teilzahlungen gerade für die sozial Schwächeren enthalten. Glauben Sie nicht, daß das alles eine restlose Erfüllung unserer sozialistischen Forderungen sei. Der Strafgesetzentwurf enthält Bestimmungen, die auf das schärfste von uns bekämpft werden; aber es ist doch hervorzuheben, daß in soundsoviel Bestimmungen Gedanken verwirklicht sind, die von uns Sozialdemokraten in der Kriminalistik stets ausgesprochen worden sind.

Nehmen Sie eine andere Bestimmung in dem Entwurf! Im allgemeinen Teil befindet sich eine Bestimmung des Inhaltes, daß derjenige, der aus seinem sittlichen, religiösen und politischen Empfinden heraus gehandelt hat, nicht mehr in das Gefängnis und in das Zuchthaus kommen darf, sondern daß bei Leuten, die als ausschlaggebenden Beweggrund ihrer Tat ihr religiöses, ihr sittliches Empfinden glaubhaft dargelegt haben, nur auf Strafe der einfachen Einschließung erkannt werden darf. Es ist das, was heute Festung ist und was bisher in deutschen Landen, auch in der Republik, ein Vorrecht für Offiziere oder für Völkische gewesen ist. (Sehr richtig!) Also auch zweifellos ein Fortschritt.

Was von uns vor allem bekämpft werden muß und was die Frauen bekämpfen müssen, ist, daß die Todesstrafe noch grundsätzlich im Strafgesetzbuch enthalten ist. (Zurufe: Leider!) Hier muß in erster Linie die Frau in die Bresche springen. (Sehr richtig!) Ihre edelste und vornehmste Aufgabe ist es, gegen diese unerhörte Barbarei des Zum-Schafott-geschleppt-Werdens aus den Instinkten, aus der Moral und aus dem sittlichen Erleben der Frau heraus, glühend zu protestieren. Nur derjenige, der jemals einen Mörder in seiner letzten Stunde gesehen hat, nur derjenige, der mit angesehen hat, wie das Schleifen unter das Fallbeil vor sich geht, kann die niedrige Roheit dieses Exekutionsaktes voll ermessen. Darum wird es die vornehmste Aufgabe der Frau sein, den Ruf erschallen zu lassen: die Todesstrafe ist eine Barbarei, sie ist kriminalistisch ein Unsinn, darum weg mit ihr! Freilich, spurlos ist auch unsere Agitation gegen die Todesstrafe nicht an dem Strafgesetzentwurf vorübergegangen; denn es gibt jetzt wenigstens auch für den Mörder, der mit Vorsatz und mit Ueberlegung gehandelt hat, an Stelle der Todesstrafe sogar eine zeitlich beschränkte Freiheitsstrafe, wenn ihm mildernde Umstände zur Seite stehen. Beim Mord gab es im bisherigen Strafrecht keinen mildernden Umstand. Im neuen Strafgesetzentwurf, den diese Regierung allerdings zum Teil fußend auf dem Entwurf des sozialistischen Ministers Radbruch vorgelegt hat, gibt es mildernde Umstände bei den Mördern — eine Forderung, die auch wir seit Jahrzehnten erhoben haben.

Eine weitere Verwirklichung von Forderungen unsererseits ist es, daß in

dem allgemeinen Teil des Entwurfs eine Bestimmung enthalten ist, wonach auch bei schuldhaften Vergehen der Richter auf vollkommene Freiheit erkennen, von jeder Strafe absehen kann, wenn es sich um eine unbedeutende Sache handelt. Daß es natürlich eine große Gefahr bedeutet, wenn es sich um den Einzelrichter und den heutigen Klassenstaat handelt, die Entscheidung in das Ermessen des Richters zu stellen, ist klar; aber ich möchte den Vorteil dieser geplanten gesetzlichen Bestimmung höher einschätzen als den Nachteil.

Ich komme jetzt zu dem speziellen Teil, zu den einzelnen strafbaren Handlungen, soweit sie für Sie heute von Interesse sind. Wenn ich vorhin sagte, daß es für die heutige Kriminalistik etwas Unerhörtes sei, wenn man Ueberschriften wählt, wie ich sie eben bekannt gab, Ueberschriften wie „Besserung und Sicherung", so ist es auch etwas Ungewohntes, daß in einem Abschnitt des speziellen Teiles des Strafgesetzentwurfes sich die Ueberschrift findet „Angriffe gegen die Volkskraft". Das ist etwas vom Gemeinschaftsgedanken des Sozialismus. Die Volkskraft, die Gesamtheit ist als Rechtsgut langsam erkannt worden.

Zum Schutze der Frau ist eine Bestimmung bei Unterlassung der Verbrechensanzeige enthalten, die neu ist. Künftig wird auch derjenige bestraft, und zwar in schweren Fällen wegen eines Verbrechens mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, der von dem Verbrechen des Frauen- oder des Kinderhandels Kenntnis erhalten hat und nicht sofort seine Kenntnis an die Behörden weitergegeben hat. Sie wissen, daß derjenige — und das ist ein Gebiet der Kriminalistik, an dem hauptsächlich Frauen beteiligt sind — bisher mit Gefängnis nicht unter drei Jahren bestraft wurde, der einen anderen auf dessen ausdrückliches Verlangen getötet hatte. Vor eineinhalb Jahren ist ein solcher Fall in der deutschen Presse besprochen worden, wo eine Frau einen Mann, den sie über alles geliebt hat, auf dessen ausdrücklichen Wunsch tötete, weil er einem unheilbaren und unglücklichen Siechtum verfallen war. Sie bekam damals von einem Strafgericht 3 Jahre Gefängnis, es war die Mindeststrafe. In dem Strafgesetzentwurf heißt es nun, daß derjenige, der einen anderen auf ausdrückliches und ernstes Verlangen tötet, nur mehr mit Gefängnis bestraft wird, d. h. daß, während drei Jahre bisher die Mindeststrafe war, jetzt acht Tage die Mindeststrafe sind. Es wird Sie dann weiter interessieren, daß merkwürdigerweise in diesem Zusammenhang ein Vergehen neu in dem Entwurf konstruiert worden ist; der Selbstmord ist nach heutigem Recht straflos, und darum ist auch derjenige straflos, der einem Selbstmörder das Gift oder die Waffe in die Hand gibt. Merkwürdigerweise ist aber im Gegensatz zu der eben mitgeteilten Strafbestimmung nach dem Entwurf der Selbstmord nicht strafbar, wohl aber derjenige, der einen anderen zum Selbstmord verleitet. Derjenige, der einen anderen zum Selbstmord verleitet, wird, wenn der andere wirklich Selbstmord begeht, mit Gefängnis bestraft. Es ist allerdings möglich, daß diese Bestimmung deshalb geschaffen wurde, weil es schon vorgekommen ist, daß Frauen von Männern aus egoistischen Gründen zum Selbstmord bestimmt worden sind. Solche Fälle haben sich ereignet.

Sie wissen, daß heute bestraft wird die Mutter, die ihr Kind unmittelbar nach der Geburt tötet, also noch unter dem Einfluß des Geburtsvorganges, und zwar wird eine solche Frau nach dem heutigen Recht mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; Voraussetzung für die Strafbarkeit ist, daß das Kind unehelich geboren wird. In dem neuen Entwurf lautet die Bestimmung, daß eine Mutter, die ihr Kind — das Merkmal der unehelichen Geburt ist weggefallen — in oder gleich nach der Geburt tötet, nur mit Gefängnis bestraft wird, also statt mit drei Jahren Zuchthaus, mit acht Tagen Gefängnis als Mindeststrafe. Für besonders schwere Fälle ist allerdings in dem neuen Entwurf wieder Zuchthaus bis zu zehn Jahren vorgesehen.

Lassen Sie mich nun zu der Bestimmung kommen, die mit Recht bei allen

Ihren Diskussionen in Ihren Zeitungen, in Ihrer sozialen Wohlfahrtspflege eine außerordentlich große Rolle spielt; es ist die Abtreibung. Ich muß hier noch einmal die Bestimmung in Ihr Gedächtnis zurückrufen, wie sie heute im Strafrecht lautet:

Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnis, nicht unter sechs Monaten, ein.

Die Bestimmung des neuen Entwurfs lautet:

Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen andern zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft.

Der Versuch ist strafbar; aber in besonders leichten Fällen kann der Richter die versuchte Abtreibung straflos lassen. Zu wenig, viel zu wenig für das, was wir über die Gründe und Ursachen der Abtreibung wissen. (Sehr richtig!) Aber ein Anfang, der uns Stärke und Berechtigung gibt, mehr zu verlangen. Denn wenn der bürgerliche Gesetzgeber hier bereits Fälle vorsieht, in denen der Richter die versuchte Abtreibung, die bis jetzt mit mindestens sechs Monaten Gefängnis bestraft wurde, für straffrei erklären darf, dann werden die sozialdemokratischen Frauen mit Recht sagen: warum willst du, Gesetzgeber, bei dem Versuch halt machen? denn es kann ja eine vollendete Tat der Abtreibung geben, bei der die Milderungsgründe des Versuchs noch in viel konkreterem und stärkeren Maße gegeben sind als beim Versuch; es ist daher unlogisch, daß du nur den Versuch unter besonderen Voraussetzungen straffrei lassen willst, die vollendete Tat aber nicht. Es ist ein Anfang, und ich glaube, daß wir auf diesem Anfang weiterbauen können. In der Begründung des § 228 des Strafgesetzentwurfs ist eine sehr interessante Erklärung abgegeben worden; ich kann nur das Wesentlichste vortragen. Es heißt da:

„In der Oeffentlichkeit ist mehrfach eine Vorschrift verlangt worden, welche ausspricht, daß ein Arzt, der nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Rettung der Mutter die Frucht abtreibt oder das in der Geburt befindliche Kind tötet, nicht wegen Abtreibung bestraft werden soll. Der Entwurf von 1919 hatte diesem Wunsche entsprochen. Maßgebend war dafür vor allem die Erwägung, daß die Bestimmungen über die Nothilfe zum Schutze der Aerzte nicht ausreichen . . ."

Es wird dann angeführt, daß nach dem Begriffe der Nothilfe im neuen Entwurf eine besondere Bestimmung nicht mehr nötig sei. Der Arzt kann also nach dem Entwurf zur notwendigen Rettung der Mutter dieser gegen ihren Willen das Kind nehmen, die Frucht vernichten oder das in der Geburt begriffene Kind töten. (Bravo!)

Ein bayerischer Aerztetag hat in Augsburg jüngst einstimmig vom hohen Piedestal ärztlicher Wissenschaft herab erklärt:

Milderungen der Bestrafung der Abtreibungen sind nicht angebracht. Die Aerzteschaft stellt den Gerichten vor, daß durch milde Urteile die Eindämmung dieser nationalen Gefahr der Abtreibung erschwert wird.

(Hört, hört!) Man möchte fragen: leben eigentlich diese Aerzte auf dem Mond oder leben sie auf der Erde? (Sehr richtig!) Das, was hier die ärztliche Standesvereinigung Bayerns beschlossen hat, ist ein inhaltsloses Geschwätz. (Sehr wahr!) Die Herren sollten einen Teil ihrer Tagungen lieber auf die Frage verwenden, wo wirklich von einer nationalen Gefahr für die Nachkommenschaft gesprochen werden kann. (Sehr gut!) Sie sollten sich lieber damit befassen, was es vom ärztlichen Standpunkte aus bedeutet, wenn man Menschen die verfassungsmäßig gewährleistete bürgerliche Gleichheit nimmt und sie damit der

Not und dem Elend aussetzt. Die Herren Aerzte sollten lieber Tagungen einberufen, in denen sie sich ausschließlich mit dem Schutz der Schwangeren, der Gebärenden und der stillenden Frauen in einer gerechten sozialen Gesetzgebung befassen. (Sehr richtig!) Die Herren Aerzte sollten von der nationalen Gefahr bei der Unterbindung des Achtstundentages sprechen, sie sollten von einer nationalen Gefahr beim Wohnungswucher und beim Zollwucher reden. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sollten lieber davon sprechen, daß es für einen Kulturstaat eine Schande ist, wenn der Gesetzgeber dem Manne im Jahre 1925 in der Republik noch erlaubt, nach dem Vergnügen sich vom Zahlen gegenüber der schwangeren Frau so leicht zu drücken, wie es nach dem unmoralischen bürgerlichen Gesetzbuch in Deutschland heute noch der Fall ist. (Erneute lebh. Zustimmung.) Wenn Sie einmal Zeit haben, dann lesen Sie das Buch von Martha Berger, das im Verlag von Nicola in Wien erschienen ist und in dem alle diese Fragen der Mutterschaft in einer ethisch hochstehenden und fesselnden Weise geschildert sind. Aber auch die Herren Aerzte können auf die Dauer nicht mit Erfolg gegen die Postulate der Zeit ankämpfen. So hat denn der Deutsche Aerztetag in Leipzig nach einem anderen Referat selbst zum Ausdruck bringen müssen, daß der Aerztetag sich gegen die Aufhebung gesetzlicher Strafbestimmungen wende, aber die Forderung erhebe, daß durch Herabsetzung der unteren Strafgrenze bis zum vollen Straferlaß dem Richter die Möglichkeit gegeben werde, besonderen Notlagen oder drängenden Beweggründen gerecht zu werden. Die deutschen Aerzte haben auf dem Aerztekongreß in Leipzig in besserer Erkenntnis als die Herren der Ordnungszelle gewisse Postulate für den Schutz der schwangeren, der stillenden, der sozial abhängigen Frau aufgestellt.

Merkwürdig ist in dem Gesetzentwurf, daß der Gesetzgeber hinsichtlich des Ausstellens von Gegenständen und Schriften, die zum unzüchtigen Gebrauch bestimmt sind, einen Ausweg gefunden hat, der wiederum eine lächerliche Rechtsprechung ad absurdum führt. Bis jetzt ist nach dem Strafrecht jedes Ausstellen von Gegenständen, die der Verhütung der Empfängnis und der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dienen, verboten. (Hört, hört!) Auch hier ist eine leise Aenderung zum Besseren eingetreten. Nach dem künftigen Strafgesetzbuch wird nur derjenige bestraft, der in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise solche Sachen öffentlich ankündigt, anpreist oder allgemein zugänglich macht. Selbstverständlich ist die Sache noch sehr kitzlig (Sehr richtig!); aber es ist ein Weg, auf dem man weiterschreiten kann.

Dann möchte ich auf die Bestimmungen kommen, die sich auf ein Delikt beziehen, bei dem die Frau hauptsächlich die Leidtragende ist. Es ist das Gebiet der Nötigung und Unzucht. Im allgemeinen ist es Tendenz der Gesetzesvorlage, alle Höchststrafen des jetzigen Rechts wesentlich zu erhöhen. Wo früher z. B. Gefängnis nicht unter zwei Monaten stand, stehen jetzt Zuchthausstrafen. Allerdings geht mir persönlich nicht weit genug der Schutz der Kinder. In dem Gesetzentwurf ist gesagt, daß derjenige, der ein Kind, das noch nicht 14 Jahre alt ist, zur Unzucht mißbraucht, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird. Ich würde vorschlagen, daß die Interessenvertretung der proletarischen Frauen in diesem Falle die Höchststrafe verlangt; denn die Geschlechtsehre des Kindes ist im Strafgesetzbuch nach meiner Anschauung das höchste Gut, das überhaupt im Strafrecht zu schützen ist (Sehr richtig!), weil ein Schaden angerichtet werden kann, der in den meisten Fällen niemals wieder gut zu machen ist. (Zustimmung.) Ich verlange also hinsichtlich des Schutzes der Frauen- und der Kinderehre den Höchstsatz, das sind 15 Jahre Zuchthaus.

Der erhöhte Schutz der Frau zeigt sich dann noch in einer Reihe anderer Bestimmungen. Während z. B. derjenige, der durch ein unzüchtiges Vorgehen

gegen eine Frau ihr eine schwere körperliche Verletzung für die Dauer zufügt, heute nur eine verhältnismäßig geringe Freiheitsstrafe bekommt, während die Mindeststrafe Zuchthaus nicht unter zwei Jahren ist, ist künftig vorgesehen, daß derjenige, der durch eine unzüchtige Handlung gegenüber der Frau und gegenüber dem Kinde eine Ansteckung durch eine geschlechtliche Erkrankung vornimmt, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft wird, oder — und das ist ein Triumph des Frauenrechtes — mit lebenslänglichem Zuchthaus. Nicht weit genug geht mir die Bestimmung (§ 261 Entwurf), in der es heißt: „Wer ein Mädchen unter 16 Jahren zum Beischlaf verführt, wird mit Gefängnis bestraft." Nach meiner Auffassung ist angesichts der Gefahren der Großstadt der Altersschutz der Jugend auf das 20. Lebensjahr zu erhöhen, und der Schutz des jungen Mädchens, namentlich hinsichtlich der Verführung, ist zweifellos auf das 18. Lebensjahr zu erhöhen, es sei denn, daß etwa Verlöbnis in Frage kommt. Ein weiterer Fortschritt ist darin zu konstatieren, daß die unsinnige Bestimmung geändert wird, wonach nur der Mann bestraft wird, der ein unbescholtenes Mädchen verführt. Es ist heute ein Skandal, daß ein Mädchen unter 16 Jahren, das einmal durch einen Mann verführt worden ist, als bescholten gilt, wenn es selber vielleicht die Hand leise dazu gereicht hat. Mit diesem so qualifizierten Mädchen darf der Mann in Deutschland machen, was er will, ohne daß er bestraft wird.

Während es sich in der Praxis sehr oft so verhält, daß ein Mädchen nach einem einmaligen Zusammentreffen mit einem Mann, das ihr übel bekommen ist, von dem sie verführt wurde, sehr wohl einen ganz anderen Lebenswandel wieder einschlagen kann, gilt es heute noch wegen der Tat vor vielleicht zwei Jahren als bescholten. Deshalb hat der Strafgesetzgeber das Merkmal der Bescholtenheit aus dem Gesetz herausgelassen.

Gefallen ist in dem neuen Strafgesetzbuch die Prostitution. Es wird nur noch verlangt, daß diejenigen, die ihren Körper gegen Entgelt zur Verfügung stellen — ein Hohn auf diese Gesellschaftsordnung —, dies in einer gewisser dezenten Weise tun. (Bewegung.) Wenn aber ein Mädchen sich in einer gegen die guten Sitten oder den Anstand grob verletzenden Weise anbietet und zweimal verwarnt worden ist, so kann sie zwar nicht bestraft werden, aber — und diese Institution hätte ich lieber in dem Strafgesetzbuch nicht mehr gesehen — in das Arbeitshaus gesteckt werden. Hier gilt die Forderung: Weg mit dem Arbeitshaus in Deutschland und her mit sozialen Anstalten, in die eventuell solche Mädchen aufgenommen werden! (Sehr richtig!)

Gottlob ist die lächerliche Bestimmung gefallen, daß derjenige wegen schwerer Kuppelei bestraft wurde, der seinen Kindern drei Tage vor der Hochzeit den Verkehr in der elterlichen Wohnung gestattete. Künftig ist Kuppelei nur strafbar, wenn sie aus Eigennutz geschieht — das trifft ausdrücklich nach dem Entwurf auf Bordelle und bordellartige Betriebe zu —, zweitens gegenüber einem Mädchen unter 18 Jahren, drittens bei der Anwendung von hinterlistigen Kunstgriffen und viertens beim Vorliegen besonderer verwandtschaftlicher Verhältnisse, Pflegeeltern usw.

Sie sehen also, es ist ein Teil von dem erfüllt, was an der Spitze aller Reformbestrebungen die sozialistische Frau verlangt hat.

Beim Wucher ist insofern eine Aenderung zugunsten unserer Auffassung eingetreten, als künftig schon die Ausnutzung einer Zwangslage, nicht nur einer Notlage wegen Wuchers bestraft wird. Zwangslage ist natürlich ein weiterer Begriff als Notlage.

Das hätte ich Ihnen im allgemeinen über den Strafgesetzentwurf in großen Zügen zu sagen. Wo ein Fortschritt in diesem Entwurf enthalten ist, ist es das ausschließliche — man kann diesen Satz verantworten —, das alleinige Ergebnis

der siebzigjährigen Kulturarbeit der deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Viele Teile — ich hebe die Todesstrafe nochmals hervor — müssen wir auf das rückhaltloseste bekämpfen. Aber der Strafgesetzgeber hat sich, dem Zwang der ewig gleichbleibenden geschichtlichen Entwicklung folgend, in soundso vielen Grundproblemen beugen müssen.

Ich habe schon bei den verschiedenen strafrechtlichen Bestimmungen die Wünsche und das Verlangen von uns Sozialdemokraten besprochen. Aber um der Klarheit willen lassen Sie mich nochmals in fünf Sätzen kurz zusammenfassen, was der Sozialdemokrat für die Frau im künftigen Strafrecht verlangt, keine Paragraphen, aber Grundsätze des sozialistischen Lebensbekenntnisses:

1. Wenn die Frau ihre sozialen und gesellschaftlichen Aufgaben nicht erfüllt, so kann sie die Gesellschaft dessentwegen nur dann bestrafen, wenn die Gesellschaft der Frau auch die Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen gibt. Unter diesem grundsätzlichen Gesichtspunkt sind alle strafrechtlichen Normen zu betrachten, die sich auf die Frage beziehen, inwieweit eine Frau frei über Körper und Seele verfügen darf.

2. Mutter und Kind, als die Grundlage der Gesellschaft, sind gegen jede Ausbeutung jeder Art durch höchste Strafe und höchste Sicherungsmaßregeln zu schützen.

3. Dieser Schutz hat sich insbesondere zu erstrecken gegen eine jede Gewalt, die gegenüber der Frau und dem Kind in körperlicher und seelischer Hinsicht angewendet wird oder angewendet zu werden versucht wird.

4. Die Frau ist dem Mann gleichberechtigt. Die „Frau der Schöpfung" ist neben dem „Herrn der Schöpfung" in der kriminellen Fürsorge, kriminellen Rechtsprechung und im kriminellen Strafvollzug beizuziehen.

5. Weg mit dem Arbeitshaus und ähnlichen Zwangsmitteln, die durch heilende soziale Faktoren ersetzt werden müssen!

Gestatten Sie mir noch die Ausführung eines Schlußgedankens. Ich kehre zu dem Gedanken zurück, von dem ich ausgegangen bin, daß das Recht und das Strafrecht das Spiegelbild der Zeit ist, die man durchlebt. Man sagt oft vom Sozialismus, er ist Gleichmacherei, er stellt nur das Gemeinschaftsleben in den Vordergrund, das allein sei die bestimmende Idee, und das alleinige Fördern und Schützen des Gemeinschaftslebens bedeutet die Tötung des Individuums. Jeder Gedanke unwahr; Sozialismus ist eine Komplikation, ein Zusammenschluß von Individuum und Gemeinschaft. Wir vertreten gerade im kriminellen Recht, im Strafrecht, im Strafvollzug den Gemeinschafts- und Gesellschaftsgedanken, um den Schutz der persönlichen Entwicklung des einzelnen Individuums zu gewährleisten.

Wie ist die Erde doch eigentlich klein und wie mühsam ist alles menschliche Streben und Schaffen! Ueberall in der Welt herrscht heute noch Kummer, Elend, Leid und Sorge. Ueberall sehen Sie das Unglück der gefesselten, unterdrückten und ausgebeuteten Frau. Da könnte mancher zage werden im Kampf und sich fragen: Was nützt eigentlich alles Mühen und Plagen, wenn man so wenig Erfolg sieht! Denken Sie nur an eines: in Oesterreich gilt heute noch hinsichtlich der gerichtlichen Lösung von Ehen österreichischer Staatsangehörigen dem Grunde nach das Allgemeine Gesetzbuch vom 1. 6. 1811. (Bewegung.) Auch nach der Revolution beruht das gerichtliche Verfahren in Ehestreitigkeiten in der österreichischen Republik auf dem Kaiserlich Königlichen Hofdekret vom 23. 8. 1819. Was ich Ihnen aber heute an Fortschritt sozialistischer Erkenntnis vortragen durfte, wird Sie vielleicht doch in dem großen Gedanken stärken, daß Arbeiten Menschenpflicht ist, die sich verlohnt. Wollen wir arbeiten für die Emanzipation der Frau im Glauben an das Proletariat, im Glauben an die Frau und an die Emanzipation der Frau, im Glauben an alles, was

Sozialdemokraten heilig und teuer ist. Lassen Sie in dieser Stunde in diesem Glauben vor den Kümmernissen und Schmerzen der leidenden Frau uns verneigen und in der Ferne grüßen das befreite Vaterland der Menschheit. (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

Ein Antrag Ziegler und Genossen geht hierauf ein:

Der Parteivorstand wird ersucht, das Referat des Genossen Saenger über die Frau im neuen Strafrecht in Broschürenform vertreiben zu lassen.

Ein Antrag Ansorge, keine Diskussion stattfinden zu lassen um den tiefen Eindruck des wertvollen Referats nicht zu verwischen, wird angenommen.

Der obige Antrag Ziegler wird einstimmig angenommen.

Vorsitzende **Blase:** Ich ersuche die Genossin Bollmann, den Bericht der Mandatsprüfungskommission zu erstatten.

Frau **Bollmann:** Die Konferenz ist von 105 Teilnehmern besucht. Es haben entsandt die Bezirke 86, der Parteivorstand 3, der Wohlfahrtsausschuß 1 Mitglied. Außerdem haben delegiert der Preußische Landtag 1, der Hessische Landtag 1, der Reichstag 5, der Bayerische Landtag 1, der Parteiausschuß 4 und die Bremer und die Hamburger Bürgerschaft je 1 Delegierte.

Sämtliche Mandate werden hierauf für gültig erklärt.

Vorsitzende **Blase:** Wir kehren nunmehr zu der Diskussion über den ersten Tagesordnungspunkt zurück in der Reihenfolge, wie heute früh die Wortmeldungen eingingen.

Frau **Sachse**-Thüringen: Ich hätte das Wort nicht genommen, wenn die Genossin Juchacz nicht an Thüringen scharfe Kritik geübt hätte. Als Entschuldigung führe ich an, daß wir im Laufe des verflossenen Geschäftsjahres sehr schwer zu kämpfen hatten, weil wir nicht weniger als 6 Wahlkämpfe bestehen mußten und in diesen Kämpfen keine instruktive Schulung unserer Genossinnen möglich war. Trotzdem können wir unsere Frauenwerbewoche im vergangenen Oktober in Thüringen als einen Erfolg verbuchen und brauchen nicht pessimistisch zu sein, wenn wir daran denken, daß diese Veranstaltung durch den Reichstagswahlkampf jäh unterbrochen wurde. Mit dieser Erklärung dürfte die Genossin Juchacz zufrieden sein.

Ich wünschte, daß wir über den internationalen Frauentag heute zu einem positiven Entschluß kommen, weil wir mit diesen internationalen Frauentagungen immer einen guten Erfolg hatten.

Die Frauenkonferenzen sollten immer vor die Parteitage gelegt werden, einmal aus den Gründen, die die Genossin Wurm anführte, zum andern deshalb, wenn wir an den Fragen, die wir auf den Frauenkonferenzen behandelt haben, nachher unsere Genossen auf den Parteitagen zu interessieren versuchen sollten. Die Frauenkonferenzen brauchten nicht unmittelbar vor dem Parteitag stattzufinden, sondern wir könnten sie ganz leger einige Monate vorher erfolgen lassen. (Sehr richtig!) Dieser Auffassung bin ich um so mehr, als es uns, wenn wir mit unserer Frauenbewegung vorwärts kommen wollen, in Zukunft mehr als bisher gelingen muß, in den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine zu unsern Genossinnen zu sprechen. Wenn wir die Genossen intensiv interessieren wollen, dann müssen wir in den Mitgliederversammlungen sprechen.

Ich glaube auch versprechen zu können, daß wir in Thüringen im Laufe des nächsten Geschäftsjahres besser vorwärts kommen, weil wir die Absicht haben, im kommenden Herbst mit einem Schulungskurs für unsere Genossinnen zu beginnen. Ich kann aber nicht die Auffassung teilen, daß wir nur durch geselliges Beisammensein an unsere Frauen herankommen können. Wer die Kleinarbeit kennt, und weiß, was es heißt, Hausagitation zu treiben und zu versuchen, an unsere indifferenten Frauen heranzukommen, der wird mit mir darin übereinstimmen, daß die mündliche Agitation immer der beste Lehrmeister

für unsere Frauenbewegung gewesen ist, vor allen Dingen zur Gewinnung neuer Mitglieder für unsere Partei. Das gesellige Beisammensein muß damit Hand in Hand gehen. Wenn wir unsere Arbeit so auffassen, dürfte uns nicht bange sein.

Was das Referat des Genossen Saenger betrifft, so bin ich etwas pessimistisch und möchte unsere Genossinnen und unsere Vertreter in der Reichstagsfraktion dringend bitten, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß das, was Genosse Saenger uns vorgetragen hat, auch Wirklichkeit wird. Man kann pessimistisch sein, wenn man weiß, wie die bürgerliche Weltanschauung in starkem Kontrast zu uns steht. Ich wünschte, daß der Parteivorstand, soweit es die §§ 218 und 219 angeht, der Frage die größte Aufmerksamkeit schenkt. Hier haben wir ein Gebiet, wo wir segensreich für die Partei, aber auch für unsere Frauen und Mütter wirken können. Ich habe es immer mit den Worten gehalten: Ein edler Mensch, der für sein Vaterland, ein edlerer, der für die Freiheit, doch der edelste, der für die Menschheit kämpft. (Beifall.)

Frau **Matschke:** Es wird niemanden hier geben, der wünscht, daß Reichsfrauenkonferenzen nicht stattfinden. Die Ausführungen des Genossen Saenger haben gezeigt, daß es Spezialfragen für die Frauen gibt, die nur auf einer besonderen Frauenkonferenz behandelt werden können. Ob diese Konferenzen vor oder nach dem Parteitag stattfinden, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich möchte nicht, daß die Konferenzen, die vor dem Parteitag stattfinden, zu einem Tummelplatz von Anträgen werden.

Die Genossin Juchacz gab in ihrem Bericht eine Aufstellung von dem Versand der „Genossin", das heißt von der Anteilnahme der Bezirke. Die Genossin Juchacz wollte gern das Geheimnis erfahren, wie die „Genossin" verteilt wird. Ich gehöre zu den Bezirken, die in der glücklichen Lage sind, 10 000 weibliche Mitglieder zu haben. Wir verteilen in dem Bezirk Brandenburg 1200 Exemplare, die wir nicht nur den tätigen Genossinnen zusenden, sondern auch den Vorsitzenden in den Ortsvereinen in der Annahme, daß dadurch der Frauenbewegung genützt wird. Denn wenn wir die Vorsitzenden der Ortsvereine dauernd aufmerksam machen, daß es eine Frauenbewegung gibt, müssen wir ihnen auch etwas Material in die Hand geben und sie darauf hinweisen, daß ihre Aufgabe nicht nur darin besteht, die Männer zu gewinnen. Wir haben 450 Ortsvereine, und jeder bekommt von uns zwei Exemplare. Außerdem haben wir das System der weiblichen Vertrauensleute in den Orten, wo nur wenige organisiert sind. Da haben wir uns in einem Zirkular an die Frauen gewandt und sie gebeten, uns ihre Mitarbeit zu widmen. Wir sind auf Gegenliebe gestoßen und haben so in der Provinz Brandenburg 140 weibliche Vertrauensleute.

Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns mehr als bisher um die Parteipresse kümmern und darauf achtgeben müssen, daß sie Artikel bringt, die für die Frauenbewegung wertvoll sind. Wir bitten die Genossinnen, uns das notwendige Material für die Frauenbeilage zu geben. So kommt es, daß unsere Parteipresse gute Artikel für die Frauenbewegung bringt.

In bezug auf die Aufstellung der Kandidaten für die Parlamente ist Kritik geübt worden, daß die Frau vielleicht erst an 17. Stelle steht und daß die Genossinnen, die schon einmal in den Parlamenten waren, zurückgedrängt worden sind. Es liegt aber an uns, uns mehr Bewegungsfreiheit und Anerkennung zu verschaffen. Wir Frauen sollen in den Versammlungen der Ortsvereine oder in Bezirkskonferenzen nicht schweigen, sondern reden. Wenn die Genossinnen beständig schweigen, dann sage ich mir: Dann rede ich. Leisten unsere Genossinnen im Parlament nicht ganz ersprießliche Arbeit? Im Provinziallandtag hatten wir bis jetzt noch keine einzige Frau. Als es zur Kandidatenaufstellung

kam, war keine Frau in Vorschlag gebracht. Da habe ich mich mit dem Bezirksvorstand und einigen Genossinnen ausgesprochen, und wir haben es durchgesetzt, daß eine Genossin aufgestellt wurde. Wenn überall so gearbeitet wird, dann werden wir auch dazu kommen, daß unsere Mitarbeit in den Parlamenten geschätzt wird.

Die „Frauenwelt" habe ich nicht als ein politisches Organ betrachtet, sondern als eine Zeitschrift zur Werbung neuer Mitglieder. Dazu ist die Zeitschrift ein ganz gutes Organ und wir haben gute Erfolge damit erzielt.

Frau **Köpert**: Wenn die Genossin Juchacz heute die einzelnen Zahlen der Exemplare der „Genossin" genannt hat, die an die Bezirke gehen, so hat sie taktisch sehr klug gehandelt. Sie hat auch die Andeutung gemacht, daß sie hinter das Verteilungsgeheimnis zu kommen wünsche. Ich habe immer geglaubt, daß die „Genossin", die unentgeltlich geliefert wird, dem Parteivorstand eine beträchtliche Summe Geld kostet, und habe so wenig wie möglich Exemplare verlangt, um die Unkosten nicht unnötig zu vergrößern. Ich glaube auch, daß die Zahl von 100 Funktionärinnen für unseren Bezirk etwas reichlich bemessen ist. Ich habe aber den Wunsch, im nächsten Jahre sagen zu können, daß wir etwas geschafft haben. Ein klein wenig besser ist es ja geworden, wir haben einen Zuwachs zu verzeichnen. Aber leider liegen die Dinge nicht so, wie man es wünschte. Wenn es darum geht, Broschüren umzusetzen, die Geld kosten, stößt man immer auf Hindernisse. Ich würde gern mehr Exemplare der „Genossin" beziehen, wenn es darauf ankommt, die Zeitschrift in Umsatz zu bringen. Aber ich glaubte, sie wäre nur für die tätigen Genossinnen gedacht.

Was den Antrag betrifft, eine neue Informationsschrift zu schaffen, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß die „Genossin" für uns so vollkommen ausgebaut ist, daß wir damit zufrieden sein können.

Die Genossin Juchacz kritisierte auch die geringe Teilnahme der Genossinnen an der Mitarbeit bei den Frauenbeilagen. Wir haben es in Halle auch versucht, mit unserer Redaktion darüber zu reden, sind aber auf unser Bezirksmitteilungsblatt verwiesen worden, weil das mehr für unseren Bezirk in Geltung komme.

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Provinziallandtagswahlen haben die einzelnen Bezirke Schwierigkeiten gemacht, und die Anregung des Bezirksvorstandes, eine Genossin in Vorschlag zu bringen, wurde sabotiert. Bei uns liegen die Verhältnisse sehr traurig. Das Schlimmste ist, daß die rechtsstehenden Frauenorganisationen erschreckende Fortschritte machen und daß diese Zustände von unseren Parteigenossen nicht genügend beachtet werden. Die Genossinnen, die diese Arbeiten ehrenamtlich leisten, sind den Bürgerlichen nicht gewachsen. Ich hoffe im nächsten Jahre sagen zu können, daß wir den Anstrengungen entsprechend, die wir machen, auch auf Erfolge zurückblicken können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Graf-Braunschweig (zur Berichtigung): In dem Bericht des Parteivorstandes über den Stand der Frauenbewegung steht, daß der Bezirk Braunschweig nicht berichtet hätte. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich als weibliches Bezirksvorstandsmitglied von Braunschweig meinen Bericht in der letzten Woche des Juli abgeschickt habe. Ich stelle der Genossin Juchacz anheim, Nachforschungen darüber anzustellen, wo er geblieben ist. Ich bedaure, daß das vorgekommen ist und daß infolgedessen kein einheitliches Bild über die Frauenbewegung bei uns gegeben werden konnte.

Frau **Juchacz**-Berlin (Schlußwort): Der Bericht hat mir viel Vorwürfe aus diesem Kreise eingetragen. Die Genossin Graf hat gesagt, sie hätte einen Bericht an mich abgeschickt. Es ist ja nicht unmöglich, daß ein Bericht irgendwo hängen bleibt und nicht in meine Hände kommt. Wenn ich aber den Fragebogen herausgeschickt habe und nach einigen Wochen festgestellt wird, daß ungefähr die Hälfte der Bezirke nicht geantwortet hat, werden diese Bezirke gemahnt. Nach einigen weiteren Wochen werden die Bezirke, deren Berichte noch immer ausstehen, nochmals gemahnt. Allerdings sind diese Mahnungen nicht an die weiblichen Vertrauenspersonen, sondern an die Bezirkssekretariate gegangen. Soll ich dann etwa drei Wochen vor dem Parteitag, wenn ich bei der letzten redaktionellen Bearbeitung des Berichts bin, nachdem der eigentliche Bericht an den Parteitag schon längst aus meinen Händen ist, noch einmal mahnen? Die weiblichen Bezirksvorstandsmitglieder müssen sich in ihrem Bezirkssekretariat darum kümmern, ob die Berichte abgehen. Sollte sich herausstellen, daß dem einen oder anderen Bezirk bei der Berichterstattung Unrecht geschehen ist, dann werde ich das in einer späteren Nummer der „Genossin" berichtigen. Ich möchte aber darum bitten, daß Sie nach dem flüchtigen Eindruck, den Sie hier von dem Bericht erhalten haben, sich nicht alle getadelt fühlen. Von dem Bezirk Franken wurde mir z. B. gesagt, daß er in dem Bericht schlecht weggekommen sei, während ich das Gefühl habe, daß ich ihn gelobt habe. Ich habe mir zuerst nach der Beantwortung der Fragebogen ein Bild über das gemacht, was in fast allen Bezirken Gleiches geschehen ist. Das habe ich in der Einleitung zusammengefaßt. Da sind natürlich die meisten Bezirke, soweit sie berichtet haben, drin enthalten, aber nicht mit Namen genannt, es ist eine Arbeitsübersicht. Ich muß um Entschuldigung bitten, daß nur die Charakteristik, nicht die ganzen Berichte abgedruckt werden können. Beim Durchblättern der einzelnen Berichte soll nicht der Eindruck entstehen, als ob die Bezirke alle schlecht wären.

Eine Rüge, die ich bekommen habe, möchte ich aber doch an die richtige Stelle zurückweisen. Gen. Höfs und Gen. Schumann, ich werde Ihnen den Bericht des Bezirkssekretärs in Abschrift zusenden; dann werden Sie verstehen, warum ich festgestellt habe, wie ich die Frauenbewegung Pommerns ansehe. Ich wäre froh gewesen, wenn ich Besseres hätte berichten können.

Nun zu den vorliegenden Anträgen. Der eine Antrag, den Vortrag Sänger als Broschüre herauszugeben, ist ja bereits angenommen und wird dem Parteivorstand zugehen. Der erste Antrag Wellmann verlangt die Durchführung regelmäßiger internationaler Frauentage, auf denen an erster Stelle die Bekämpfung des Krieges zu beraten und in einem besonderen Referat zu behandeln sei. Ein Abänderungsantrag will statt der Worte „zur Förderung der Menschheitsinteressen" einsetzen „im Interesse der Arbeiterklasse aller Länder". Ich empfehle, den Antrag mit dieser Aenderung anzunehmen.

Der zweite Antrag Wellmann, der einen allgemeinen Antikriegstag in allen Orten Deutschlands fordert, rennt offene Türen ein. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften veranstalten diesen Antikriegstag schon seit langem und die Partei unterstützt sie dabei. Das ganze Handeln der Partei ist gegen zukünftige Kriege eingestellt; im übrigen proklamiert die Partei doch bei ihren Feiern am 1. Mai regelmäßig den Kampf gegen den Krieg. Ich empfehle also, den Antrag abzulehnen.

(Die Frauenkonferenz beschließt gemäß diesen Vorschlägen.)

Ich komme nun zur Debatte selbst. Es ist eigentlich nichts gesagt worden, was gegen meine Ausführungen spricht. Die verschiedensten Genossinnen haben sich mit der „Genossin" und mit den Versammlungen beschäftigt. Dabei sind die verschiedensten Anregungen gegeben worden, wofür wir alle dankbar sind. In diesem Zusammenhang eine kleine Richtigstellung. Ich sprach in meinem Referat davon, es sei nicht angenehm, nur vor Frauen zu sprechen; diese Aeußerung ist von einer altbewährten Genossin so aufgefaßt worden, als ob darin eine Minderbewertung der Frauen läge. Ich habe damit nur zum

Ausdruck bringen wollen, daß die politisch interessierten Frauen heute in den allgemeinen Versammlungen bereits über die politischen Tagesfragen orientiert werden. Die Frauen gehen mit ihren Männern in diese Versammlungen, und zwar aus Pflichtgefühl. Es ist nun kein schönes Gefühl, vor einem kleinen Kreis von politisch wissenden Frauen dieselben Fragen zu erörtern, die auch in den allgemeinen Parteiversammlungen besprochen werden; nur so war meine Aeußerung gemeint. Ich glaube, persönlich über den Verdacht erhaben zu sein, meine eigenen Geschlechtsgenossinnen niedriger einzuschätzen. Damit dürfte dieses Mißverständnis aufgeklärt sein.

Dann ist die dankenswerte Anregung gegeben worden, noch mehr mit den Gewerkschaften in der Frauenagitation zusammenzuarbeiten. Genosse Dittmann regte an, wir sollten uns besonders im Hinblick auf die Wahlen in stärkerer Weise der Agitation unter den Hausangestellten zuwenden. Von anderen Genossinnen wurde darauf hingewiesen, daß wir die Agitationsarbeit unter den Frauen in noch stärkerem Maße individualisieren müßten. Ich unterstreiche alle diese Anregungen. Wir müssen nach Gelegenheit suchen, an die verschiedensten Berufsschichten heranzukommen. Wenn ich mir heute die jungen Mädchen ansehe, die als Verkäuferinnen arbeiten, so sehe ich, daß sie fast alle aus Proletarierhäusern stammen. Sie werden genau wie die Hausangestellten durch ihre Berufsumgebung gegen die Sozialdemokratie beeinflußt. Sie bilden sich oftmals, obschon sie aus den ärmlichsten Verhältnissen kommen, ein, daß sie etwas Besseres seien, während sie aus Eigenem kaum das Geld verdienen können, das sie für die Fähnchen, mit denen sie sich schmücken, brauchen. Rezepte für die Agitation unter diesen Schichten lassen sich leider nicht geben; aber suchen wir, zusammen mit den Gewerkschaften und auf anderem Wege, an die Hausangestellten und an das Bureaupersonal, an das Verkaufspersonal und an die Fabrikmädchen heranzukommen, um auch diese Frauen und Mädchen für den Sozialismus zu gewinnen! Dazu gibt es allerhand Gelegenheiten, indem man Veranstaltungen abhält, zu denen man die Frauen einlädt, aber auch, indem man zu ihnen in die Häuser hineingeht. Wir müssen wieder zu der intensiven Arbeitsmethode zurückkehren, wie wir sie vor dem Kriege gehabt haben; nur dann ist es möglich, die einzelnen Frauen wirklich mit der wünschenswerten Aufklärung zu versehen.

Dann noch etwas zu dem Kapitel der Frauenliteratur. Wir brauchen uns nicht darüber zu streiten, ob die Frauen 20 oder 40 Pf. für eine Broschüre übrig haben oder nicht. Fest steht, daß sie oftmals nichts übrig haben. Aber der Mensch findet Mittel und Wege, wenn ihn dieser Wunsch wirklich erfüllt. Es sind nicht immer die, die es übrig haben, die sich ein Buch kaufen oder eine Versammlung oder einen Kursus besuchen; es sind nur die, die der Wissensdrang und die Sehnsucht dazu treibt, die ihrem Leben einen Inhalt geben wollen, die nach Freiheit streben. Diesen Wissensdrang, diese Sehnsucht nach einem Inhalt des Lebens müssen wir zu wecken verstehen. Wir müssen wieder zu einem intensiven Zusammenarbeiten der Frauen, zu einer geistigen Gemeinschaft kommen.

Ein Wort zu dem, was von der Genossin Todenhagen und anderen über Frauenkonferenzen in den Bezirken gesagt worden ist. Ja, wenn ich Berichte veröffentlichen könnte, wie ich Lust dazu hätte, wenn es möglich wäre, Arbeitsmethoden durch das geschriebene Wort so darzustellen, daß sie sich dem anderen zur Nachahmung geradezu aufdrängen, dann könnte ich manches über Bezirke schreiben, deren Arbeitsmethoden ich genau verfolge. Wir sollen es verstehen, den Zusammenkünften immer wieder fesselnden Inhalt zu geben. Ich könnte Ihnen hier von dem Bezirk Schleswig-Holstein erzählen, wo die Frauen das ganze Jahr hindurch damit beschäftigt sind, immer aufs neue solche Zusammenkünfte zu arrangieren, wo genau überlegt wird, wieviel Fahrgeld es bis zu diesem oder jenem Ort kostet, wie die Unterkunftsmöglichkeiten sind usw. Auf diese Weise kann ein Frauenkursus oder eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet und nachher darüber berichtet werden, wie begeistert die Frauen gewesen sind. Das stärkt den Arbeitsmut der Frauen, das gibt ihnen die Möglichkeit, sich der mühevollen Hausagitation und anderen mühevollen Arbeiten gern und willig zu unterziehen.

Weiter ist richtig ausgeführt worden, daß unsere Arbeit für die Frauenbewegung in diesem Jahr sehr oft durch Wahlen gestört worden ist. So gut und so förderlich Wahlen im allgemeinen für eine politische Bewegung sind, so sehr hemmen sie die ruhige, stetige Entwicklung und machen die Ausführung von Plänen unmöglich. Ich kenne diese Störungen. Es hat mir sehr wehe getan, daß im vergangenen Jahr die Oktoberagitation unter den Frauen durch die Wahlen gestört worden ist. Wie wäre es nun aber, wenn die Frauenkonferenz den Beschluß faßte, bis zum Januar eine ganz intensive Agitation vorzubereiten und mit dieser Agitation schon morgen zu beginnen! Das liegt in Ihrer Hand. Ein solcher Beschluß würde sicherlich sehr gut auf den Parteivorstand wirken.

Es ist uns Ernst, wenn wir davon sprechen, daß wir die Jugend mehr in den Kreis unserer Arbeit hineinziehen wollen. Ich habe vorhin bei meinem Referat den Brief einer Genossin in der Hand gehabt, die mir schrieb, daß unsere Arbeit deshalb in manchen Kreisen nicht so vorwärts gehe, wie es wünschenswert wäre, weil die Frauen nicht über Kleinlichkeit und Neid hinwegkommen. Das ist sicherlich etwas zu schwarz gesehen. (Widerspruch und Zurufe.) Aber es liegt doch ein Kern von Wahrheit in diesen Befürchtungen. Ziehen wir die Jugend in unsere Bewegung hinein und fördern wir sie in der Frauenbewegung! Uns fehlt eine Generation, die der Krieg geistig totgeschlagen hat, weil wir unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse während des Krieges und nach dem Kriege stagnieren mußten, weil wir unsere Bildungsarbeit nicht so fördern konnten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Diese Schlappe müssen wir jetzt dadurch wettzumachen suchen, daß wir die jungen Kräfte heranholen und schulen. Jeder weiß von sich selbst, daß man mit dem Aelterwerden auch nicht mehr so aufnahmefähig für die neuen Dinge ist, die an uns herantreten, daß wir zur Verarbeitung der neuen Ideen das junge Menschentum brauchen. Gewiß gärt und brodelt es noch in diesen jungen Menschen, aber es drängt doch auch zum Licht und zur Freiheit, ebenso, wie es uns in unseren jüngeren Jahren dazu gedrängt hat. Deshalb sollten wir uns schützend und fördernd vor die heranwachsende weibliche Jugend stellen; denn nur von dieser weiblichen Jugend kann uns das Führertum kommen, das wir für die kommenden politischen Kämpfe brauchen. (Sehr gut!)

Wir stehen nunmehr am Schlusse unserer Frauenkonferenz. Wir haben ein wertvolles Referat über eine Materie gehört, die in sich ein unendliches Frauenunrecht einschließt und über die in den zukünftigen Verhandlungen im Reichstag noch sehr viel zu sprechen sein wird. Denn aller Voraussicht nach stehen die politischen Dunkelmänner schon bereit, um das, was an Fortschritten in dem neuen Strafgesetzentwurf enthalten ist, wieder auszumerzen. Deshalb ist es notwendig, daß wir nun in unsere Heimat den Willen mitnehmen, weiterzuarbeiten, nicht nur in der bisherigen Weise, sondern noch viel intensiver, noch viel hartnäckiger, noch viel ausdauernder, um alle die Kräfte zu entwickeln, die in der Frauenbewegung stecken und die dem Sozialismus zuliebe entfaltet werden müssen, weil der Sozialismus sich nicht erfüllen kann ohne die Mithilfe der Frau. Wenn wir das aus unseren Frauenkonferenzen mitnehmen, dann ist es gleichgültig, ob die Frauenkonferenz einen Tag vor der Eröffnung des

Parteitages oder einen Tag nach Schluß des Parteitages stattfindet, ob sie im Zusammenhang mit dem Parteitag stattfindet oder ganz gesondert an einem anderen Ort. Die Bedeutung der Frauenfrage liegt darin, daß die Frauen genügende Kraft entfalten, um die Aufgaben zu lösen, die ihnen historisch zugewiesen sind. Mögen wir alle die Kraft und den Willen zur Lösung dieser Aufgaben finden, damit wir, wenn wir uns zu dem gleichen Zweck einer Frauenkonferenz wiedersehen, uns jubelnd die Hände entgegenstrecken können mit dem Rufe: es ist vorwärts gegangen und es geht weiter vorwärts dem Lichte entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Blase: Mit diesen trefflichen Ausführungen der Genossin Juchacz sind wir nunmehr am Schlusse der Frauenkonferenz angelangt. Wir alle wollen wünschen, daß unsere Tätigkeit für die Zukunft fruchtbringend wird, nicht nur für die Partei ganz Deutschlands, sondern auch für die Bewegung in unserem Badener Lande. Wir haben in Baden in den nächsten Wochen eine riesenhafte Arbeit für die Landtagswahl zu leisten, wie ich schon in meinen Begrüßungsworten sagte. Ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit, die Sie der Konferenz entgegengebracht haben und ersuche Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: die badische, die deutsche, die internationale Frauenbewegung sie lebe hoch, hoch, hoch! (Die Anwesenden stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein.) Damit erkläre ich unsere Reichskonferenz für geschlossen.

(Schluß 5 Uhr 35 Minuten.)

Anwesenheitsliste

Name	Wohnung	Vertretung
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Ammon, Lina	Nürnberg	Bez. Franken
Andresen, Grete	Hamburg 22	Bez. Hamburg-Nordwest
Ansorge, Marie	Neusalzbrunn	Reichstagsfraktion
Arning, Marie	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Bartels, Elise	Hildesheim	Reichstagsfraktion
Bernhardt, Katharina	Bensheim	Bez. Worms-Bensheim
Blase, Therese	Mannheim	Bez. Baden
Bohm-Schuch, Clara	Berlin-Johannisthal	Reichstagsfraktion
Bollmann, Minna	Halberstadt	Bez. Magdeburg
Buchrucker, Käte	Berlin	Hauptausschuß f. Arbeiterwohlf.
Clauß, Johanna	Neu-Oelsnitz	Bez. Chemnitz
Deppe, Marie	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Dettmer, Lina	Minden i. W.	Bez. östl. Westfalen
Eberhard, Emilie	Fürth	Bez. Franken
Ehrlich, Ernestine	Breslau II	Bez. Breslau
Evers, Else	Hannover	Bez. Hannover
Fischer, Lucie	Greiz i. Thür.	Bez. Thüringen
Fischer, Marie	Lüneburg	Bez. Hannover
Frey, Else	Gera-Reuß	Bez. Thüringen
Funk, Hertha Maria	Düsseldorf-Gerresh.	Bez. Niederrhein
Graf, Frau	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Handschke, Sophie	Crimmitschau	Bez. Zwickau
Hartung, Marie	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Heiner, Hedwig	Groitzsch	Bez. Leipzig
Hoffmann, Hedwig	Freiberg	Bez. Dresden
Höfs, Else	Stettin	Landtagsfraktion
Höhne, Marie	Regensburg	Bez. Oberpfalz
Jacobshagen, Susanna	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Jaffé	Heidelberg	
Jahn, Emma	Glauchau	Bez. Chemnitz
Jensen, Toni	Kiel	Parteiausschuß
Juchacz, Marie	Berlin	Frauenbureau
Jungmittag, Clara	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Kabelitz, Helene	Brandenburg a. d. H.	Bez. Brandenburg
Keitsch, Anna	Leopoldshall	Bez. Magdeburg
Kirschmann-Röhl, Elisab.	Köln-Klettenberg	Bez. Oberrhein
Koine, Marie	Magdeburg	Bez. Magdeburg
Köpke, Aenne	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Kröger, Berta	Wilhelmsburg	Bez. Hannover
Kürner, Anna	Offenbach	Bez. Hessen
Lehner, Wally	Regensburg	Bez. Oberpfalz
Leiparth, Martha	Rahnsdorf b. Chemn.	Bez. Chemnitz
Linke, Adolf	Dessau	Bez. Magdeburg
Lohmann, Frau	Hannover	Bez. Hannover
Ludwig, Helene	Pirmasens	Bez. Pfalz
Margenau, Käthe	Mannheim	Bez. Baden
Matschke, Anna	Berlin	Parteiausschuß
Melzer, Anna	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Möbus, Amalie	Berlin-Pankow	Bez. Groß-Berlin
Müller, Charlotte	Kaiserslautern	Bez. Pfalz
Müller, Marie	Lintfort-Mörs	Bez. Niederrhein

Name	Wohnung	Vertretung
Nemitz, Anna	Berlin-Cöpenick	Parteivorstand
Noll, Christine	Gießen	Bez. Hessen
Oestreicher, Annemarie	Berlin	Bez. Ostpreußen
Peine, Hermine	Hamburg	Bez. Hamburg
Pietzsch, Klara	Dresden-A.	Bez. Dresden
Prüfer, Frau	Wolfenbüttel	Bez. Braunschweig
Reiche, Adele	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Reitze, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß
Röpert, Marie	Halle	Bez. Halle
Ruderer, Luise	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Rumstich, Anna	Klein-Räschen	Bez. Brandenburg
Ryneck, Elfriede	Bln.-Baumschulenweg	Parteivorstand
Sachse, Emma	Altenburg i. Thür.	Bez. Thüringen
Sattler, Minna	Dortmund	Bez. westl. Westfalen
Seering, Martha	Mainz	Bez. Hessen
Selbert, Elisabeth	Niederzwehren	Bez. Cassel
Sender, Tony	Dresden	Bez. Dresden
Setzer, Johanna	Ludwigshafen	Bez. Pfalz
Simmerl, Johanna	Ludwigshafen	Bez. Pfalz
Schaertl, Lina	Stuttgart	Bez. Württemberg
Scheibenhuber, Elise	Berlin-Lichtenberg	Bez. Groß-Berlin
Schiffgens, Luise	Aachen	Reichstagsfraktion
Schilling, Martha	Leipzig-Stadt	Bez. Leipzig
Schilling, Minna	Döbeln i. Sa.	Reichstagsfraktion
Schmitz, Helene	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Schulz, Berta	Herne i. W.	Parteiausschuß
Schütz, Sophie	Ludwigsburg	Bez. Württemberg
Schuster, Ida	Chemnitz i. Sa.	Bez. Chemnitz
Schumann, Elise	Stettin	Stettin-Stadt
Schwarz, Frau	Konstanz	Bez. Baden
Steinhäuser, Margarete	Offenbach a. M.	Landtagsfraktion
Stiegler, Anna	Bremen	Bez. Bremen
Stolten, Hanna	Hamburg 22	Bez. Hamburg-Nordwest
Sureck, Frau	Liegnitz	Bez. Görlitz
Tesch, Johanna	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Todenhagen, Minna	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Thümmel, Elise	Dresden	Bez. Ostsachsen-Dresden
Tröster	Hersfeld	Bez. Cassel.
Uebelhör, Therese	München	?
Urbaniak, Luise	Grimma	Bez. Leipzig
Vogel, Alwine	Geringswalde	Bez. Leipzig
Vogel, Rosa	Nürnberg	Bez. Franken
Walter, Auguste	Bielefeld	Bez. östl. Westfalen
Wellmann, Alwine	Osnabrück	Bez. Oldenburg
Wengels, Margarete	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Welz, Elise	Homburg	Bez. Hessen-Nassau
Werner, Martha	Brunsbüttel	Bez. Schleswig-Holstein
Wohlgemuth, Toni	Berlin-Neukölln	Bez. Ostpreußen
Wolff, Frau	Bocholt i. W.	Bez. westl. Westfalen
Wurm, Mathilde	Berlin	Reichstagsfraktion
Zabe, Grete	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Zeeb, Babette	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Ziegler, Anna	Leipzig	Bez. Leipzig

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anträge	301
Anwesenheitsliste des Parteitages	318
Anwesenheitsliste der Frauenkonferenz	373
Bericht des Parteivorstandes	18
Beschwerdekommission	3
Bureau des Parteitages	3
Ergebnis der Abstimmungen	301
Organisationsstatut	11
Parteiprogramm	5
Programmkommission	3
Protokoll des Parteitages	78
Protokoll der Frauenkonferenz	327
Sachsenkommission	3
Sachregister des Parteitages	325
Sprechregister des Parteitages	325
Tagesordnung des Parteitages	4